













Die

Europäischen Kolonien.

Schilderung

ihrer Entstehung, Entwickelung, Erfolge und Aussichten

von

Dr. Alfred Zimmermann.

ESM

Dritter Band.

Die Kolonialpolitik Großbritanniens, 2. Theil.

Berlin 1899.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68–71.

Die Kolonialpolitik Großbritanniens.

Zweiter Theil.

Vom Abfall der Vereinigten Staaten bis zur Gegenwart

von

Dr. Alfred Zimmermann.

136
42
47928
1900

Berlin 1899.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—71.

Alle Rechte aus dem Gesetze vom 11. Juni 1870
sowie das Uebersetzungsrecht sind vorbehalten.

Vorwort.

Mehr als in den beiden ersten Bänden war der Verfasser in dem hier vorliegenden Abschnitte der Kolonisationsgeschichte genöthigt, auf die ursprünglichen Quellen zurückzugehen. So überaus groß die Litteratur über die Kolonialpolitik und die Kolonien Großbritanniens auch ist, fehlt es nämlich an jeder auch nur irgend erschöpfenden Verarbeitung des von amtlicher Seite veröffentlichten Materials. Besonders auffällig tritt dieser Mangel in den über die britischen Afrikakolonien vorhandenen Darstellungen in Erscheinung.

Wenn der Verfasser durch sorgsame Berücksichtigung der großartigen und überaus lehrreichen Blaubuchlitteratur eine Lücke ausgefüllt zu haben hofft, ist er sich der Mängel seiner Arbeit dennoch wohl bewußt. Eine nach jeder Richtung erschöpfende und gleichmäßige Schilderung der unvergleichlichen Leistungen Großbritanniens auf kolonialem Gebiete zu geben, übersteigt eben bei Weitem die Kräfte eines Einzelnen, der noch dazu dieser Arbeit nur seine Mußestunden widmen kann. Ist doch die Geschichte der neueren britischen Kolonialpolitik im wesentlichen zugleich die Geschichte der gesammten auswärtigen Politik Englands!

Um den Umfang des Buches nicht ins Ungemessene zu steigern, konnte der Zusammenhang des Geschilderten mit der allgemeinen Geschichte immer nur kurz angedeutet werden. Es läßt sich ja bei dem Leser gewöhnlich eine genügende nähere Kenntniß der neueren Geschichte voraussetzen. Dafür ist den Fragen der Verfassung und Verwaltung in den britischen Kolonien, welche im Allgemeinen nicht hinreichend bekannt sind, und die gegenwärtig hohes Interesse beanspruchen, ein breiterer Raum gewidmet worden.

In Bezug auf die Anordnung des Stoffes ist eine andere Methode als im Vorband gewählt worden. Da Großbritannien seine Kolonien je nach den örtlichen Verhältnissen in neuerer Zeit sehr verschieden behandelt, hat der Verfasser hier die Entwickelung seiner Niederlassungen in jedem Erdtheil besonders geschildert und die großen Züge der kolonialen Gesammtpolitik in einem besonderen Kapitel anzudeuten versucht.

Wie in den früheren Bänden ist von kritischen Erörterungen ebenso wie von allgemeinen Schlußfolgerungen abgesehen worden. Der Leser soll durch das übersichtlich und unparteiisch vorgeführte Material in den Stand gesetzt werden, sich selbst ein Urtheil zu bilden.

Die Angaben der Blaubücher, besonders auf statistischem Gebiete, weichen oft ohne ersichtlichen Grund stark voneinander ab. Auch Ungenauigkeiten sind in den von amtlicher Seite veranstalteten Veröffentlichungen nicht selten. Der Jahrgang 1898 der sonst sehr verdienstvollen colonial office list nennt (um nur ein Beispiel herauszugreifen) den vor Jahren abgegangenen Gouverneur v. Zimmerer als deutschen Generalkonsul für die Goldküste! In den meisten Fällen ist es nicht möglich, die falschen Angaben richtig zu stellen.

Kaum der Erwähnung bedarf es, daß das hier gebotene Werk in erster Linie mit steter Rücksicht auf Deutschlands überseeische Bestrebungen und Bedürfnisse abgefaßt ist. Es soll zeigen, wie ein großes, kräftiges und tüchtiges Volk es angefangen hat, um ungeachtet aller Angriffe und Feindseligkeiten sich zum Beherrscher der halben Welt aufzuschwingen; welche Fehler es begangen hat, welchen Umständen es seine Erfolge verdankt.

Berlin, März 1899.

Alfred Zimmermann.



Inhaltsverzeichniß.

Zweiter Theil.

Das britische Westindien.

Dritter Theil.

Das britische Nordamerika.

Vierter Theil.

Das britische Reich in Asien.

Fünfter Theil.

Das britische Reich in Australasien.





Einleitung.

Die Entstehung der britischen Weltherrschaft.

Der Abfall der Vereinigten Staaten, die bis ins vorige Jahrhundert den weitaus wichtigsten und werthvollsten kolonialen Besitz Großbritanniens ausmachten, bedeutete den Zusammenbruch der älteren englischen Kolonialpolitik. Es verblieben ihm nach Abschluß des Pariser Friedens zwar noch Kolonien in Amerika, Asien und Afrika, doch sie reichten an das Verlorene in ihrer Bedeutung bei Weitem nicht heran. Indien, damals noch in den Händen der Company, hatte nicht entfernt den Werth wie heute; von Kanada war nur ein schmaler Landstreifen am St. Lawrence mit wenigen Tausenden Weißer besiedelt, die wenigen Niederlassungen in Westafrika dienten lediglich dem Sklavenhandel. Am werthvollsten war noch der Besitz Englands in Westindien. Doch stand er damals an Bedeutung weit hinter dem spanischen zurück und kam nur etwa dem französischen gleich. — In Würdigung dieser Lage hob das Parlament 1783 auf Burkes Antrag das Amt des Staatssekretärs für Amerika und das Kolonialamt auf. Die fernere Leitung der überseeischen Angelegenheiten wurde erst dem Plantation Office des Home Office, dann einem Committee des Privy Council übertragen! — Entmuthigt aber war man im Volke durch die gemachten Erfahrungen nicht. Der Unternehmungsgeist, der Drang nach Eroberung neuer überseeischer Gebiete lebten hier in ungeschwächter Kraft fort. Alle die wagemuthigen Seefahrer und Kaufleute, welche den Ausbruch jedes Krieges jeder Zeit mit Jubel begrüßt und mit Trauer die Friedensschlüsse gesehen hatten, welche ihren Kaperfahrten und Kriegskontre=

bandelieferungen ein Ziel gesteckt hatten, warteten nur auf eine neue Gelegenheit, Großbritanniens Flagge wieder in der Ferne aufzupflanzen.

Diese Gelegenheit kam, als das revolutionäre Frankreich 1793 den Briten Krieg erklärte und Miene machte, ihnen auch in den Kolonien entgegenzutreten. Dieser Krieg, welcher zwei Jahrzehnte ausfüllte, und in den bekanntermaßen bald auch die beiden zu jener Zeit mächtigsten Kolonialstaaten, Spanien und Holland, verwickelt wurden, hat den Grund zur heutigen See- und Kolonialmacht Großbritanniens gelegt. Mit seiner überlegenen Politik und seiner nie verzagenden Ausdauer wußte es die Anstrengungen Frankreichs, seiner Herr zu werden, immer aufs Neue zu vereiteln und schließlich den ganzen Kolonialbesitz Frankreichs und Hollands in seine Gewalt zu bringen.

Die erbittertsten und hartnäckigsten Kämpfe dieses langen Krieges, bei dessen Beginn England die Kolonialverwaltung 1794 dem Secretary of State for War*) unterstellte, haben sich in Westindien abgespielt. Es lag das nicht allein an der geographischen Lage dieser Kolonien und der Leichtigkeit, dort dem Gegner Schaden zuzufügen, sondern auch an dem Wunsche aller Kolonialvölker, möglichst viel Antheil an dem Besitz dieser damals wegen des hohen Gewinns des dortigen Rohrzuckerbaues überaus hochgeschätzten Gebiete zu erwerben.

Schon vor Ausbruch des Krieges hatten die Royalisten von Martinique Englands Hülfe angerufen und Uebergabe der Insel versprochen, und an einer vom jüngern Pitt zu diesem Zweck ausgerüsteten Expedition nahm eine Anzahl französischer Emigranten theil. Die Eroberung des französischen Westindien erschien daher sehr leicht, und schon im Februar 1793 ergingen dahin lautende Befehle an die britische Flotte in jenen Gewässern. In der That ergab sich Tabago fast ohne Widerstand den Briten Mitte April. Eine Mitte Juni 1793 in Martinique landende Expedition fand aber die französischen Republikaner so wohlgerüstet, daß sie, ohne einen ernstlichen Angriff zu wagen, wieder abfuhr.

Diese Erfahrung bestimmte die Briten, ihre Seemacht im westindischen Meere auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie im Stande war, allen Widerstand in diesen Gebieten zu brechen. Vier große Linienschiffe, neun Fregatten und eine Menge Transportfahrzeuge

*) Kriegsminister.

wurden unter den Befehl des Vizeadmirals Sir John Jervis gestellt und etwa 6000 Mann Soldaten darauf eingeschifft!

Anfang Februar 1794 griff diese Expedition Martinique an. St. Pierre fiel ihr am 16. Februar in die Hände. Die Forts Bourbon und Royal hielten sich einige Wochen. Ende März mußten sie sich auch ergeben, und die Insel ging in Großbritanniens Besitz über. Die Engländer hatten nur 71 Todte und 193 Verwundete zu beklagen. — Anfang April gelang den Briten die Einnahme Sta. Lucias. Am 10. April griffen sie Guadeloupe an und eroberten die Insel binnen wenigen Tagen. Da um jene Zeit auch Port au Prince, der Hauptort des französischen San Domingo, von einer englischen Expedition erobert war, befanden sich somit Mitte 1794 alle westindischen Besitzungen Frankreichs in Englands Händen! Der durch den Verlust des besten Theils Nordamerikas eine Zeit lang stark gesunkene Muth wurde dadurch aufs Neue belebt, und die Kolonien traten wieder in den Vordergrund des Interesses.

Schwieriger als die Eroberung erwies sich die Behauptung des neuen Besitzes. Es zeigte sich bald, daß das Klima den größten Theil der Truppen dienstunfähig gemacht hatte. Die Leute starben in Massen am Fieber. Von acht Kompagnien, die nach Port au Prince geschickt wurden, starben zwischen Guadeloupe und Jamaica 100, gegen 150 mußten sterbend in Port Royal gelandet werden. Im Laufe von zwei Monaten verloren die Engländer in Port au Prince durch Krankheiten 600 Mann und 40 Offiziere! Da Nachschub von Hause ausblieb, war es nicht möglich, die Lücken zu füllen und die verschiedenen Festungen genügend zu besetzen.

Unter diesen Umständen gelang es Frankreich, das Anfang 1794 eine ansehnliche Flotte nach Westindien geschickt hatte, auf Guadeloupe wieder festen Fuß zu fassen und Anfang Oktober die Insel zurückzuerobern. Die Briten gaben dabei über 300 Royalisten, welche sich ihnen angeschlossen hatten, den Siegern, an deren Spitze General Victor Hugues stand, preis. Die Unglücklichen wurden sämmtlich grausam hingerichtet. — Gegen Ende des Jahres 1794 ging auch Port au Prince den Briten verloren, und ihre ganze Unternehmung gegen San Domingo scheiterte an der Gefährlichkeit des Klimas und der Unwegsamkeit des Landes. In Martinique und Sta. Lucia blieben die Briten damals noch ungestört, doch ihre Herrschaft stand bei dem Mangel an Truppen auf schwachen Füßen. In den

Bergen Sta. Lucias hausten Mengen aufständischer Neger, und in Martinique war die Stimmung der Bevölkerung so bedenklich, daß der britische Befehlshaber mehrere hundert Leute unter Beschlagnahme ihres Besitzes aus der Insel verwies. — Noch bedenklicher für England war die Mißstimmung der Bevölkerung in verschiedenen seiner alten Kolonien, wie Dominica, St. Vincent und Grenada. Auf allen drei Inseln gab es eine französisch gesinnte Partei. In St. Vincent lebte außerdem noch eine zahlreiche eingeborene Bevölkerung, welche in den Briten die Räuber ihres Besitzes sah.

Victor Hugues wußte diese Lage geschickt auszunutzen. Er begünstigte nach Kräften die Ausrüstung von Kaperschiffen, die den englischen Handel schwer schädigten, und griff seinerseits im Februar 1795 Sta. Lucia an. Mit Hülfe der aufständischen Schwarzen eroberte er binnen Kurzem die Insel bis auf zwei feste Punkte, in denen die Briten sich noch einige Monate hielten. Im Juni mußten sie auch diese räumen. — Auf St. Vincent erhoben sich die Eingeborenen und Pflanzer französischer Abkunft im März 1795 und richteten fürchterliche Verwüstungen an. Die englischen Milizen brachten ihnen mit Hülfe einiger regulärer Truppen mehrere Niederlagen bei; die Aufständischen, denen von Sta. Lucia und Guadeloupe Verstärkungen zuflossen, behaupteten sich jedoch und bedrohten im September aufs Ernstlichste den Hauptort der Insel, Kingston. Zur Freude seiner Bewohner trafen Ende September hier Truppen aus England ein, welche ohne Verzug den Feind angriffen und so in Schrecken versetzten, daß er eiligst von Kingston abzog, ohne freilich die Insel ganz zu räumen. — Auch in Grenada war im März 1795 ein Aufstand der Franzosen und Farbigen ausgebrochen, den die britischen Truppen nicht zu unterdrücken vermochten, da schlechtes Wetter und Fieber sie arg mitnahmen. Ebenso bedenklich waren Angriffe auf Dominica und Martinique sowie eine Negererhebung in Jamaica.

Wenn Victor Hugues' Unternehmungen auch nur theilweise von Erfolg begleitet waren, gestaltete sich doch die Lage Englands Ende 1795 sehr bedenklich. Im Vorjahre hatte es eine französische Flotte bei Brest vernichtet und dadurch einen Angriff auf seine Küsten verhindert. 1795 war es indessen genöthigt worden, seine Truppen aus Holland und Norddeutschland zurückzuziehen, und sah sich, während auf seinen Schiffen eine gefährliche Meuterei der

meist gewaltsam gepreßten, schlecht behandelten Matrosen ausbrach, von einem Angriff der unter einem Scepter vereinigten Seemacht Frankreichs, Spaniens und Hollands bedroht. Mit der Gefahr wuchs aber der Muth und der Unternehmungsgeist der Briten! Es stand für sie fest, Frankreich die Erbschaft der holländischen und spanischen Kolonien unter keinen Umständen zu überlassen. Unbekümmert um alle Hindernisse, wurden Vorkehrungen getroffen, die Bildung des Napoleonischen Kolonialreichs zu hindern. Schon im Herbst 1795 wurde das holländische Kapland besetzt und gleichzeitig eine Flotte von mehr als 200 Schiffen für Westindien ausgerüstet, die Mitte November absegelte. Ein Sturm im Kanal, der die Schiffe zerstreute und verschiedene zum Scheitern brachte, zwang zur Umkehr, und nach mehreren weiteren durch Unwetter vereitelten Auslaufversuchen gelang es erst im Frühjahr 1796, die für Westindien bestimmte Streitmacht dorthin zu schaffen.

Die erste Maßregel des Oberbefehlshabers General Abercromby war ein Angriff auf die holländischen Besitzungen in Südamerika. Ohne Widerstand ergaben sich Demerara, Essequibo und Berbice Ende April und Anfang Mai 1796. Dann wandten sich die Briten, da sie sich zu einer Unternehmung gegen Guadeloupe nicht kräftig genug fühlten, nach Sta. Lucia, wo die Franzosen über 2000 Negersoldaten verfügten. Nach hartnäckigem Kampf fiel die Insel Ende Mai England in die Hände. -- Nun erst sah sich Sir Ralph Abercromby in der Lage, auf St. Vincent und Grenada, wo seit Monaten wüthende Kämpfe mit den Franzosen fortdauerten, Ordnung zu schaffen. Dank seiner Uebermacht gelang dies binnen wenigen Tagen im Anfang Juni. Die am Aufstand betheiligten Eingeborenen St. Vincents wurden mit Weib und Kind nunmehr auf eine kleine Insel Rattan in der Bay von Honduras geschafft, und ihr fruchtbarer Besitz für England weggenommen. Der französische General Victor Hugues begnügte sich angesichts der Uebermacht des Feindes im Herbst des Jahres mit einem Ueberfall der unbeschützten Insel Anguilla. Bei der Rückkehr seiner Schiffe gelang es den Engländern, zwei davon zu zerstören. Da auch in verschiedenen andern Seetreffen die britischen Schiffe den Sieg erfochten, wagten die Franzosen keine weiteren Schritte und beschränkten sich auf Behauptung Guadeloupes und Cayennes, ihrer letzten Kolonien in Amerika.

Nach seinen Erfolgen gegen die Franzosen ging Abercromby an

Eroberung der spanischen Kolonien. Februar 1797 gelang es ihm nach kurzem Kampf, die Insel Trinidad wegzunehmen, während die englische Flotte unter Sir John Jervis bei Kap St. Vincent den größten Theil der spanischen Seemacht besiegte und vernichtete!

Im April 1797 wurde ein Angriff auf Puerto Rico unternommen und die Stadt San Juan belagert. Dieses Unternehmen ebenso wie ein Angriff auf die Philippinen scheiterte, da die britische Truppenmacht zu klein war. — Dafür gelang es den Briten, einen Angriff der Spanier von Venezuela aus auf Essequibo abzuschlagen und einen Handstreich Victor Hugues' gegen Dominica zu vereiteln. Da überdies die englische Flotte ungeachtet neuer Meutereien ihrer Bemannung im Laufe des Jahres 1797 die holländische Seemacht bei Camperdown zu vernichten und so einen Landungsplan Napoleons zu vereiteln vermochte, hatte die englische Regierung gewiß Grund, mit ihren Erfolgen zufrieden zu sein.

Doch in London erachtete man die britische Vorherrschaft zur See und die Stellung in Westindien für noch nicht hinreichend gesichert. Die große Sterblichkeit unter den weißen Truppen erregte insbesondere schwere Bedenken. Um diesem Uebelstand zu begegnen, verfiel die britische Regierung auf den Gedanken, in Westindien fünf Regimenter aus Negern zu bilden, die sich dem Klima besser gewachsen zeigten und billiger als Weiße kommen sollten. Der Gedanke fand jedoch heftigen Widerstand in Westindien. Die Pflanzer behaupteten, daß eine Bewaffnung der Negersklaven Tödtung der Weißen und Zustände wie in San Domingo zur Folge haben würde. In Barbados wie Jamaica protestirten die gesetzgebenden Versammlungen entschieden gegen den Plan, und in letzterer Kolonie wurde, um das Mutterland zum Nachgeben zu bringen, Unterhaltung von 2000 Mann weißer Truppen auf eigene Kosten beschlossen. Die Bewohner Jamaicas sträubten sich ebenso energisch gegen Zulassung der mit vielen Hunderten von Sklaven aus San Domingo flüchtenden französischen Pflanzer und Landung der von dort zurückgezogenen schwarzen britischen Truppen. Sie erreichten damit, daß Großbritannien seinen Plan fallen ließ und sich mit der Bezahlung des Unterhalts einiger weißer Regimenter durch die Kolonie begnügte. — Die Angelegenheit hatte so wie so im Laufe des Jahres 1798 an Bedeutung verloren. Von französischer und holländischer Seite erfolgte damals in amerikanischen Gewässern kein weiterer Angriff, ohne Schwertstreich ergab sich auch

Surinam den Engländern. Die Spanier zeigten sich nicht einmal im Stande, die kleinen Niederlassungen der Briten in Honduras einzunehmen, und Napoleon schien, nachdem Nelson seine Flotte an der egyptischen Küste im August 1798 zerstört hatte, für längere Zeit in Afrika festgelegt und unschädlich gemacht. 1799 wurde der Rest der holländischen Kriegsflotte bei Texel zur Uebergabe gezwungen, und Großbritannien war nun unbeschränkter Herrscher auf dem Weltmeer. 1800 besetzte es die holländische Insel Curaçao, auf welcher die Franzosen vergeblich sich einzunisten versucht hatten. Im Jahre darauf nahm es die schwedische Kolonie St. Bartholomew und die dänischen Inseln St. John, St. Tomas und Santa Cruz weg. Ohne Widerstand fielen dann auch die französischen Inseln Sta. Eustatia und Saba in Englands Hand. Des von Napoleon kaum eroberten Egypten hatte es sich schon 1801 bemächtigt!

Das Ergebniß des langen Krieges, der Großbritannien allein gegen 30 000 Menschen gekostet hat, entsprach nicht den Erwartungen seiner Bürger. Der Friede zu Amiens 1802 bescheerte den Briten nur die Fortdauer ihres Besitzes in Trinidad und Ceylon. Alle anderen Eroberungen mußten sie infolge der Mißerfolge ihrer Politik in Europa wieder herausgeben!

Der Zorn über diesen Ausgang in England und die ununterbrochenen Bemühungen Napoleons, Großbritanniens Macht an empfindlichen Stellen zu treffen, gewährten dem Frieden keine lange Dauer. Kaum hatte England sich von den Anstrengungen des letzten Krieges etwas erholt und seine Rüstungen vervollständigt, als es ohne Rücksicht auf den eben geschlossenen Friedensvertrag Malta herauszugeben verweigerte und, da Frankreich die Niederlande nicht räumte, verschiedene französische Handelsschiffe wegnehmen ließ. Ehe die Franzosen einen Vertheidigungsplan gefaßt hatten, erschien ein englisches Geschwader im Juni 1803 vor Sta. Lucia und Tabago. Beide Insel fielen ohne Weiteres den Angreifern in die Hände. Demerara, Essequibo und Berbice stellten sich darauf freiwillig unter englischen Schutz. — Die Franzosen verfügten damals über weit bedeutendere Streitkräfte in Westindien als früher. Aber diese ganze Macht war damit beschäftigt, San Domingo von den aufständischen Schwarzen zurückzuerobern, und befand sich dort infolge des schlimmen Klimas und der großen Terrainschwierigkeiten in bedenklicher Lage. Die Besatzungen von Guadeloupe und Martinique

reichten nur zur Vertheidigung dieser Inseln. So hatten die Briten freien Spielraum. Ihre Flotte vernichtete zunächst die französischen Schiffe an der Küste San Domingos, dann blockirte sie die von den Negern zu Lande schon schwer bedrängten französischen Stationen, bis eine nach der andern kapitulirte. Die französischen Truppen zogen es, um den Grausamkeiten der Neger zu entgehen, meist vor, sich den Briten zu ergeben. Ende 1803 war auch der letzte französische Posten auf San Domingo gefallen! Im Mai 1804 wurde Surinam aufs Neue von den Engländern eingenommen und somit beinahe derselbe Stand der Dinge wie vor dem Frieden herbeigeführt.

Napoleon verstärkte inzwischen die französische Seemacht in Westindien und rüstete aus allen Kräften in seinen und den niederländischen Häfen für einen Einfall in England selbst. Im Frühjahr 1805 führten französische Schiffe Angriffe auf Dominica, St. Christophers, Nevis und Montserrat aus und gelangten mit reicher Beute wohlbehalten nach Frankreich. Ende März segelte eine Flotte von 19 großen Kriegsschiffen mit 10 000 Mann an Bord unter Admiral Villeneuve von Toulon nach Westindien und schickte sich dort an, über die weit schwächeren Engländer herzufallen. Kaum drei Wochen später erschien aber Lord Nelson mit seiner ganzen Macht in den westindischen Gewässern. Seine Ankunft scheint Villeneuve, dem sich eine starke spanische Flotte zugesellt hatte, bewogen zu haben, die Rückfahrt anzutreten. Ohne das Geringste gegen die englischen Kolonien unternommen zu haben, segelten die französischen und spanischen Flotten nach Europa, wo ihnen Nelson im Oktober 1805 bei Trafalgar den Garaus machte.

Trotz dieser schweren Niederlage, welche den Plänen eines Einfalles in England ein Ende bereitete, gab Napoleon, dem zu Lande das Glück mehr als je lachte, den Kampf zur See nicht auf. Im Dezember 1805 sandte er neue Schiffe nach Westindien und versuchte, die Kap-Kolonie in seine Gewalt zu bekommen. Es war nicht seine Schuld, wenn beide Maßnahmen mißglückten. Zur See waren ihm eben die Engländer weit überlegen. Während die französischen Schiffe noch unterwegs waren, bemächtigte sich der britische Admiral Sir Home Popham im Januar 1806 schon Kapstadts. Die Franzosen ließen, als sie davon Kunde erhielten, diesen Plan fallen und segelten nach Westindien. Hier wurde ein Theil ihrer Flotte bei

San Domingo von den Briten vernichtet; der Rest ging in einem Sturm zu Grunde. Außer der Wegnahme zahlreicher Handelsfahrzeuge erlitten die Engländer keine Verluste durch die Franzosen. Es gelang ihnen überdies, sich im Sommer 1806 in Argentinien festzusetzen.*)

Großbritannien wurde durch diese Siege fast unbeschränkter Herrscher auf allen Meeren. Napoleon war nicht mehr in der Lage, die Sperre Europas gegen englische Waaren, welche er 1806 von Berlin aus dekretirte, wirksam durchzuführen, wenn er nicht in den Besitz neuer Kriegsflotten gelangte. Nur Dänemark, Schweden und Portugal verfügten damals noch über solche. Um ihrer Herr zu werden, verständigte sich Napoleon Anfang 1807 insgeheim mit Rußland. Seine Absicht wurde jedoch an England verrathen, und dieses kam ihm bei Dänemark zuvor. Im August 1807 verlangte eine englische Flotte vom dänischen König Auslieferung seiner Schiffe bis zum Frieden. Als er dies verweigerte, wurde Kopenhagen bombardirt, die Flotte gewaltsam weggenommen und Helgoland besetzt. Nur in Portugal und Spanien gelang es Napoleon, den Briten zuvorzukommen. Auf die Kolonien beider Staaten vermochte er freilich die Hand nicht zu legen. Noch vor Ablauf des Jahres 1807 bemächtigte sich England auch des holländischen Curaçao, der dänischen Inseln St. John, St. Tomas und Santa Cruz und bereitete die Eroberung des Restes der französischen Besitzungen in Westindien vor. Napoleon vermochte ihnen so gut wie keine Hülfe zu senden, da die Unternehmungen auf dem Kontinent alle seine Kräfte in Anspruch nahmen.

Im März 1808 fielen die kleinen Inseln Mariegalante und Deseada in englische Hand. Später im Jahre gelang es, den gut gelegenen Hafen Samana auf San Domingo, wo die Franzosen aufs Neue festen Fuß gefaßt hatten, wegzunehmen. 1809 wurde mit Hülfe von Brasilien aus Cayenne, wo Victor Hugues noch immer kommandirte, erobert und die Besatzung von mehr als 1000 Mann gefangen. Dann wandten sich die Briten gegen Martinique und Guadeloupe, deren Küsten sie schon seit längerer Zeit scharf überwachten. Am 26. Februar 1809 mußten die Vertheidiger Martiniques

---

*) Siehe das Nähere in meinen „Kolonialgeschichtlichen Studien“. Oldenburg und Leipzig 1895.

kapituliren. Der Feldzug hatte nur 28 Tage beansprucht. Ein zu Hülfe geschicktes kleines französisches Geschwader kam zu spät und segelte schleunigst nach der Inselgruppe Les Saints zwischen Mariegalante und Guadeloupe.

Auf die Nachricht davon wurden einige tausend Mann von englischer Seite nach den Inseln geschickt. Sie bemächtigten sich eines hochgelegenen Punktes und zwangen durch Beschießung von dort die französischen Schiffe, aufs hohe Meer zu laufen, wo die Engländer das eine erbeuteten. Der Rest flüchtete nach Guadeloupe. Von einem zweiten französischen Geschwader von vier Schiffen, das im Dezember in Westindien erschien, wurden zwei durch die Briten zerstört. Dasselbe Schicksal erlitten verschiedene andere nach Guadeloupe bestimmte französische Schiffe. Dieses, die letzte Besitzung Frankreichs in Amerika, nachdem auch die von ihm wiedereroberte Stadt San Domingo 1809 sich den Briten hatte ergeben müssen, wurde Ende Januar 1810 mit einer Macht von 6000 Mann angegriffen. Die Franzosen leisteten keinen nennenswerthen Widerstand. Schon am 5. Februar ergab sich der Oberbefehlshaber der Insel. Das Unternehmen hatte England nur 50 Todte und 250 Verwundete gekostet. In die Kapitulation war auch der französische Theil der Insel St. Martin eingeschlossen. Der andere holländische wurde am 16. Februar besetzt. Einige Tage später nahm England auch noch die holländischen Inseln Sta. Eustatia und Saba in Besitz und war damit Herr aller nichtspanischen Niederlassungen in Westindien. Im selben Jahre wurde auch noch Mauritius*) den Franzosen entrissen, nachdem seine Senegal-Kolonie und seine Posten in Indien schon vorher in Englands Gewalt gefallen und seine letzten Schiffe in verschiedenen Meeren besiegt worden waren. Da 1811 auch noch Java und der größte Theil Holländisch-Indiens einem Angriff Englands unterlag, war dieses von da an einige Jahre lang Herr sämmtlicher französischer und holländischer Besitzungen. Napoleons Hoffnung, ihm durch Sperrung der europäischen Märkte und Vereinigung der kontinentalen Staaten so schweren Schaden zu thun, daß es sich schließlich seinem Willen fügen müsse, erwies sich als eitel. Englands Geld und Politik erweckten ihm immer neue Feinde.

---

*) Isle de France.

Seine Heere wurden in Spanien und Rußland aufgerieben, seine letzte Kraft in Deutschland gebrochen und er selbst schließlich aus Frankreich verbannt. Am Ende des langen Kampfes war die Seemacht Frankreichs und Hollands vollständig gebrochen; Spanien und Portugal waren tief in Englands Schuld, und Großbritannien, das auch noch mit den Vereinigten Staaten, die Canada angegriffen hatten, ohne große Mühe fertig geworden war, stellte unbestritten die bedeutendste Macht der Welt dar! Wenn es bei den Friedensverträgen nur einen Theil seiner Eroberungen behielt, ist diese Mäßigung wohl großentheils verschiedenen politischen Erwägungen beizumessen.

Die großbritannische Regierung begnügte sich unter den in Europa herrschenden Umständen damit, von den französischen Kolonien nur Sta. Lucia, Tabago und Mauritius zu behalten. Den Niederlanden entriß England dauernd nur Kapland, Demerara, Essequibo und Berbice sowie die Stationen auf dem Festland Indiens und Ceylon. Den Dänen gab es ihre Inseln bis auf Helgoland zurück. Außerdem behielt es Malta als Stützpunkt für seine Flotte im Mittelländischen Meere.

Da während des langen Weltkrieges Großbritannien auch noch Australien besetzt, die Kolonisation Sierra Leones begonnen und seine Herrschaft in Ostindien bedeutend ausgedehnt und befestigt hatte, konnte der Verlust, der ihm durch den Abfall der Vereinigten Staaten erwachsen war, als ausgeglichen angesehen werden. Für alle Wechselfälle wohlgerüstet, im Besitze fast aller neben den Vereinigten Staaten für Auswanderung von Europäern geeigneten Länder der Erde, mit einer von keinem anderen Staat auf lange hinaus nur annähernd zu erreichenden Seemacht und als Gebieter des Welthandels trat Großbritannien in die neue Aera seiner kolonialen Politik ein!



Erster Theil.

Die Kolonisation Afrikas.

Erstes Kapitel.

Die Anfänge der britischen Afrikapolitik.

Im Frieden von Versailles verzichtete England 1783 auf das 1763 erworbene, im Jahre 1778 von den Franzosen aber zurückeroberte St. Louis und Gorée am Senegal, es gab auch alle Ansprüche auf Arguin und Portendik im Norden des Senegal auf und behielt sich nur das Recht zum Gummihandel an der Küste zwischen St. John und Portendik vor. Englands Einfluß in diesen Gegenden war damit auf das Fort James in der Mündung des Gambia und den letzteren Fluß beschränkt. An der Goldküste hatte England während des amerikanischen Krieges 1781 Elmina an Holland verloren, dafür aber Commendah und Accra erobert. Im Frieden von 1784 mit den Niederlanden wurde beiderseitige Rückgabe dieser Eroberungen ausgemacht, hier also am Besitzstand nichts geändert. — Mit Frankreich entstanden bald neue Schwierigkeiten. Seine Regierung besetzte 1786 trotz der Abmachungen des Friedens den Posten Albreda an der Mündung des Gambia mit der Begründung, daß der Lauf des letzteren erst an dem weiter stromauf gelegenen Fort James beginne, und erwarb auch Kap Verde und Dakar von den Eingeborenen. Zu ernstlichen Streitigkeiten kam es aber nicht, da bald innere Angelegenheiten die Aufmerksamkeit der Franzosen von Afrika ablenkten. Die britische Regierung widmete ihrerseits den westafrikanischen Angelegenheiten damals so wenig Interesse wie früher. Sie erblickte in diesen Gebieten nichts als die Quelle für die in Westindien erforderlichen Negersklaven und wollte damit möglichst wenig zu thun haben. Für Schutz der britischen Handels- und Schifffahrtsinteressen daselbst erachtete sie die

vom Parlament subventionirte Company als ausreichend. Trotz der gegen sie wiederholt erhobenen Klagen stellte England 1783 auch den Gambia, der von 1765 an eine Zeit lang als Staatskolonie behandelt worden war, wie alle anderen afrikanischen Besitzungen, wieder unter ihre Verwaltung.

Ein um so lebhafteres Interesse für Afrika begann sich schon damals in privaten Kreisen zu regen, wo man Ersatz für das verlorene Nordamerika wünschte und die Möglichkeit einer anderen Verwerthung Afrikas denn als Markt für Sklaven erörterte. Den Anlaß zu größerer Beachtung der Sklavenfrage hatten seit Mitte des 18. Jahrhunderts die scharfen Urtheile verschiedener Denker über den Menschenhandel und die daran anknüpfenden Bemühungen der Quäker und Wesleyaner gegeben. Dank dieser Bewegung wurde das Publikum allmählich über die fürchterlichen Greuel dieses Handels aufgeklärt. Granville Sharp setzte 1772 durch, daß englische Richter einen nach England gebrachten Sklaven frei erklärten und den Grundsatz aufstellten, daß jeder Sklave durch das Betreten englischen Gebietes frei werde. 1783 brachte er eine Klage gegen den Kapitän eines Sklavenschiffes ein, der 132 kranke Neger über Bord geworfen hatte. In demselben Jahre petitionirten die Quäker beim Parlament um Ausdehnung des Verbotes der Sklavenausfuhr, welches gegen die Beamten der African Company vorbereitet wurde, auf alle Engländer. Wenngleich Lord North den Antrag ablehnte, da der Sklavenhandel für fast jede Nation Europas unentbehrlich geworden sei, richteten schon 1784 die Bürger von Bridgewater eine neue Petition gegen den Menschenhandel ans Unterhaus. Die Angelegenheit erregte immer allgemeinere Aufmerksamkeit. Im folgenden Jahr schrieb die Universität Cambridge zwei lateinische Preisarbeiten über die Frage aus, ob es rechtlich zuläßig sei, Jemand gegen seinen Willen zum Sklaven zu machen. Der Gewinner des Preises, Thomas Clarkson, veröffentlichte seine Schrift 1786 in englischer Sprache und fand damit lauten Beifall bei zahlreichen angesehenen Leuten, insbesondere dem damals erst bekannt werdenden Politiker William Wilberforce.*) Mit ihm, Granville Sharp, Mr. Hoare und neun anderen bildete er 1787 einen Verein zur Beseitigung des Sklavenhandels.

*) Wilberforce, geb. 1759, trat 1783 als Freund Pitts ins Parlament. Schon als Knabe schrieb er einen Aufsatz gegen den Sklavenhandel.

Um dieselbe Zeit entstand in London eine Vereinigung, welche es unternahm, für befreite Neger, deren es damals in England nach dem Krieg mit Amerika, wobei sie im englischen Heere gedient hatten, sehr viele gab, zu sorgen. Ihr Schöpfer war Granville Sharp, mit dem der frühere westafrikanische Kaufmann Smeathman und Henry Thornton zusammen wirkten. Smeathman hatte vorgeschlagen, die meist mittellos verkommenden Neger in England nach Sierra Leone zu schaffen und dort mit ihnen eine Kolonie zu gründen. Es wurden hierzu einige tausend Pfund Sterling zusammengebracht, die Regierung bewogen, die Kosten des Transports und des Unterhaltes der Leute während der ersten Monate zu tragen, und im Frühjahr 1787 nicht weniger als 400 Schwarze mit 80 Weißen nach Sierra Leone gesandt. Der Kapitän Thompson kaufte hier bei der Ankunft 20 Quadratmeilen von einem Häuptling und legte den Grund zur ersten Ansiedelung. Infolge schlechter Vorkehrungen auf den Schiffen waren unterwegs 84 Neger gestorben, und weitere 100 starben während der ersten Regenzeit, besonders wegen starken Branntweingenusses. Der Rest gerieth in Streit mit einem benachbarten Häuptling und mußte 1789 die kaum gegründete Ansiedelung verlassen. Die ganze Kolonie wäre verloren gewesen, wenn Sharp nicht unermüdlich weiter gesorgt hätte. Er sandte nicht allein neue Leute und Vorräthe aus eigenen Mitteln, sondern rief 1790 eine neue Vereinigung, St. Georges Bay Company,*) ins Leben, welche einen Agenten nach Sierra Leone schickte. Dieser sammelte die Flüchtlinge wieder und siedelte die 64 Ueberlebenden in einer neuen Niederlassung Granville Town an. Auf Sharps Betreiben widmete auch das Parlament dem Unternehmen neues Interesse und inkorporirte die Gesellschaft 1791 als Sierra Leone Company. Als Zweck der Company wurde angegeben: Beförderung des Handels und Verkehrs mit der Küste Afrikas und von da nach dem Innern. Man beabsichtigte durch Ausbreitung des Waarenhandels das versperrte Innere Afrikas zu öffnen und damit den Sklavenjägern das Handwerk zu legen. Das Gebiet Sierra Leones wurde in der Parlamentsacte ausdrücklich als britischer Besitz (vested in the Crown) bezeichnet. Die neue Gesellschaft, deren Direktoren Sharp, Wilberforce, Clarkson und Thornton waren, brachte ein Kapital von

---

*) St. Georges Bay ein Theil von Freetown Harbour.

250 000 Pfund Sterling auf und ging sofort daran, neue Ansiedler nach der Kolonie zu senden. Es handelte sich diesmal um eine große Zahl befreiter Neger, die im englischen Heere gedient hatten und nach dem Frieden in Nova Scotia angesiedelt worden waren, wo sie das Klima nicht vertragen konnten. 1200 dieser Leute wurden auf ihren Wunsch 1792 nach Sierra Leone geschafft. Sie wurden auf dem von der ersten Expedition gewählten, später verlassenen Fleck angesiedelt, der den Namen Freetown erhielt. — Auch die neue Niederlassung hatte viele Schwierigkeiten zu bestehen infolge der Unfähigkeit mancher der Beamten, Widerspenstigkeit der Ansiedler, Krankheiten und dergleichen. Einmal waren 800 Schwarze und alle Aerzte bis auf einen gleichzeitig krank. In der ersten Regenzeit starb ein Zehntel der schwarzen und die Hälfte der weißen Kolonisten! Kaum waren diese ersten schweren Zeiten überwunden, und kaum begann Freetown etwas aufzublühen, nachdem es Beziehungen mit dem Innern angeknüpft hatte, da erschien im Herbst 1794 ein französisches Geschwader vor der Stadt und plünderte sie aus. Die Company erlitt einen Schaden von mehr als 50 000 Pfund Sterling. Auch mehrere englische Schiffe fielen den Feinden in die Hände. Dank der Tüchtigkeit des Governors der Kolonie Zachary Macaulay, des Vaters des Geschichtschreibers, und der Hülfe der Company wurde auch dieser Schlag verwunden. 1798 besaß Freetown schon 300 Häuser und 1200 Einwohner; drei Waarenhäuser, öffentliche Gebäude und ein kleines Fort waren vorhanden. 100 bis 200 Eingeborene besuchten täglich den Markt, und Handel und Schifffahrt machten ständige Fortschritte.

Während dieser Jahre hatten die Bemühungen der englischen Afrika-Interessenten noch weitere Früchte getragen. Im Jahre 1788 wurde durch eine Anzahl Mitglieder des Saturdays-Club ein Committee gebildet, welches den Kern eines Vereins zur Erforschung des Inneren Afrikas darstellen sollte. Dieser Ausschuß, dem Lord Rawdon, Sir Joseph Banks und drei Andere angehörten, war der Ausgangspunkt der Association for promoting the discovery of the interior regions of Africa, welche zunächst den Seemann Ledyard und den Kaufmann Lucas entsendete. Ersterer sollte versuchen, Afrika von Osten nach Westen, Letzterer von Tripolis nach dem Süden zu durchziehen. Ledyard starb leider, ehe noch seine Karawane fertig gerüstet war, in Kairo, und Lucas sah sich infolge von Unruhen im

Inneren Afrikas außer Stande, seine geplante Reise von Tripolis aus anzutreten. Die Frucht seines dortigen Aufenthaltes waren nur Nachrichten über die Geographie der Sudan- und Nigerländer, welche die Grundlage zu der von der Association 1791 veröffentlichten Karte des nördlichen Afrika abgaben. Auch den späteren Unternehmungen der Gesellschaft blühte kein Erfolg,*) bis 1795 der schottische Wundarzt Mungo Park in ihre Dienste trat. Er erreichte vom Gambia aus den Niger und kehrte nach erfolgreicher Reise 1797 nach England zurück. Seine Erfolge veranlaßten verschiedene andere Briten zu Forschungsreisen in Westafrika.

Weniger glücklich war ein weiterer Kolonisationsversuch, der in dieser Gegend der Welt 1792 ins Werk gesetzt wurde. Seine Väter waren der Offizier Henry Hew Dalrymple, welcher längere Zeit in Gorée gestanden hatte, und der Schiffsleutnant Philip Beaver. Beide hatten, veranlaßt durch das Sierra Leone-Unternehmen und die immer stärker werdende Antisklavereibewegung, den Plan gefaßt, im nördlichen Westafrika eine Kolonie zu gründen, wo tropische Gewächse angebaut und der Beweis geführt werden sollte, daß die Neger durchaus bildungsfähig und zur Selbstregierung geeignet seien. Beide Männer, riefen in Old Slaughters Kaffeehaus 1791 einen Verein für ihren Zweck ins Leben und brachten Mittel für eine Ansiedelung auf der Insel Bulama an der Mündung des Rio Grande zusammen. Gewählt wurde der Fleck hauptsächlich auf die sehr günstige Schilderung hin, welche fast 100 Jahre früher der Direktor der französischen Senegal-Kompagnie de la Brue davon entworfen hatte. Das Geld wurde in der Weise aufgebracht, daß jedem Zeichner von 30 Pfund Sterling 500, von 15 Pfund Sterling 250 und von 7 Pfund Sterling 10 Schilling 125 Acres in der Kolonie versprochen wurden, wenn er sich persönlich ansiedelte, die Hälfte, wenn er in Europa blieb. Verheiratheten Arbeitern wurden 60 Acres für sich und 10 für jedes Kind in Aussicht gestellt. Die Ansiedler sollten freie Ueberfahrt und Verpflegung für 6 Monate erhalten. Jedem landsässigen Ansiedler von 21 Jahren wurde endlich das Stimmrecht in der gesetzgebenden Versammlung der Kolonie versprochen.

Nachdem genügend Geld und Ansiedler beisammen waren, trug eine Abordnung den Plan des Unternehmens dem Minister William

*) Ihr Beauftragter, Major Hougton, der 1790 vom Gambia aus ins Innere reiste, starb in Yarra.

Pitt vor, der keinen Einwand dagegen erhob. Alsdann wurden im März 1792 drei Schiffe mit 273 Personen in Begleitung zweier Aerzte nach Afrika abgesandt. Das eine Schiff erreichte Bulama Ende Mai, und einige Kolonisten gingen ans Land, um sich dort umzusehen. Sie benahmen sich dabei aber so unvorsichtig und unklug, daß sie von den Eingeborenen angegriffen und zum Theil getödtet wurden. Ende Juni, als alle Fahrzeuge vor der Insel vereint waren, wurden mit großer Vorsicht Verhandlungen über den Kauf der Insel und Auslieferung einiger Gefangener mit den Negern begonnen. Sie hatten Erfolg; um etwa 79 Pfund Sterling in Waaren verkaufte der Häuptling Bulama an Dalrymple und seine Genossen.

Inzwischen war aber unter den Kolonisten, die an Fieber und unter Entbehrungen litten und durch den ersten Zusammenstoß mit den Wilden in große Bestürzung gerathen waren, Muthlosigkeit und Unzufriedenheit ausgebrochen. Sie wollten während der Stürme der begonnenen Regenzeit nicht an Land gehen und wären am liebsten nach England zurückgekehrt. Nach einigem Zaudern wurde Anfang Juli beschlossen, nach Sierra Leone zu gehen, dort die Regenzeit abzuwarten und dann sich schlüssig zu machen, ob man nach Bulama zurückkehren oder nach England segeln solle. Kapitän Beaver und einige seiner Freunde weigerten sich, dem Beschlusse des Council Folge zu leisten, und eine Anzahl Personen entschloß sich, mit ihnen auf der Insel zu bleiben, während das eine Schiff nach Sierra Leone fuhr.*) — Die ganze zurückgebliebene Schaar zählte 90 Seelen, darunter 13 Frauen und 25 Kinder. Beaver versuchte mit ihnen das Land zu klären und eine dauernde Ansiedelung zu schaffen; doch fortwährendes Fieber und Todesfälle entmuthigten die Leute immer weiter. Schon Anfang August benutzten fünf Leute eine Gelegenheit, um heimzufahren. Beaver war genöthigt, fortwährend die Hülfe des portugiesischen Gouverneurs von Bissao in Anspruch zu nehmen. Mitte August waren die Ansiedler schon auf 75 zusammengeschmolzen. Ihre Energielosigkeit und ihr Ungeschick brachten den Kapitän zur Verzweiflung. Es wurde nichts gearbeitet. Nur mit Mühe brachte Beaver sie zum Bau eines Blockhauses, das nach Abreise der Schiffe

---

*) Die Leute wurden dort nur kurze Zeit geduldet und dann heimgesandt.

als Schutz und Wohnung dienen sollte. Der Bau machte so langsame Fortschritte, daß Beaver schließlich schwarze Arbeiter anwarb. Ende September zählte die Ansiedelung nur noch 58 Köpfe. Die Leute beschuldigten Beaver, ihnen nicht ausreichend Lebensunterhalt zu geben, während der Kapitän in seinem Tagebuch behauptet, daß sie zum Theil eine lasterhafte, gefährliche Gesellschaft gewesen seien. Die Verhältnisse wurden immer unerquicklicher. Als der Kontrakt des einen größeren Schiffes Mitte November 1792 ablief, kehrten auf ihm 14 Leute nach England zurück. Beaver selbst war Wochen lang schwer krank, doch er blieb mit 27 Leuten noch auf seinem Posten. Von ihnen starben im Dezember 10. Der Rest hielt aus bis zum Herbst 1793; dann verlangten sie sämmtlich, die Ansiedelung zu verlassen, und Beaver mußte sich fügen. Am 29. November segelte er auf einem Kutter mit den letzten 6 Kolonisten nach Sierra Leone ab, von wo ein Schiff sie nach der Heimath zurückbrachte. —

Die Antisklavereibewegung hatte inzwischen weitere Fortschritte gemacht. Dem von Sharp, Wilberforce, Clarkson gegründeten Vereine waren Leute wie William Smyth, John Wesley, Paley, Bischof Porteus, La Fayette, Condorcet und andere beigetreten. In Frankreich war unter dem Namen amis des noirs eine Gesellschaft zu demselben Zweck entstanden. In Wort und Schrift wirkten diese Vereine für ihren Zweck und wußten die Regierung bald zu bewegen, der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Im Februar 1788 beauftragte der König den Board of Trade, die Gebräuche beim Ankauf von Sklaven in Afrika, ihrer Versendung und beim Weiterverkauf in Westindien zu prüfen und den Einfluß dieses Handels in Afrika wie in den Kolonien auf den gesammten englischen Handelsverkehr zu untersuchen. Die Vertreter der Antisklavereibewegung benutzten diese Gelegenheit, nicht allein um dem Board of Trade alle Greuel des Menschenhandels vor Augen zu führen, sondern auch Pitt, Fox und Lord Grenville persönlich zu gewinnen. Daß diese Bemühung erfolgreich war, hatte große Bedeutung, denn die Vertreter der Sklavereiinteressen legten die Hände auch nicht in den Schooß. Vor dem Board thaten sie dar, daß die 450 000 Neger, welche damals in den Zuckerpflanzungen Britisch-Westindiens arbeiteten, bei einem Preise von 50 Pfund Sterling pro Kopf allein einen Werth von 22 500 000 Pfund Sterling darstellten. Die Zuckerpflanzungen mit Zubehör wurden auf 45 Millionen, die Schiffe und

Waarenhäuser auf etwa 25 Millionen Pfund Sterling veranschlagt! Die Sklavereifreunde leugneten, daß jemals Kriege geführt würden, um Sklaven zu machen, und daß Menschenraub vorkomme; sie behaupteten, daß der Sklavenexport vielen Tausenden von Kriegsgefangenen einheimischer Stämme das Leben rette, und daß alle die Greuelgeschichten erfunden seien. Auch als die City von London und die anderen großen Städte, die Universitäten, die Diöcesanversammlungen der Hochkirche und andere Körperschaften Verbot des Menschenhandels forderten, gaben sie ihre Sache nicht verloren.

Doch Pitt erklärte sich Sharp gegenüber als entschiedener Freund seiner Bestrebungen und brachte am 9. Mai 1788 im Unterhaus eine Motion ein, dahingehend, daß das Haus in seiner nächsten Tagung die Frage des Sklavenhandels in Berathung ziehen möge. Er betonte dabei die überaus große Bedeutung der Angelegenheit. Während er hinzufügte, daß er als Minister in diesem Stadium sich noch vorbehalten müsse zu entscheiden, ob Aufhebung oder Regulirung dieses Handels nützlicher sei, sprachen sich Fox und Burke schon damals unumwunden für Ersteres aus. Nur die zwei Vertreter Liverpools nahmen die Sklavenhändler und Pflanzer in Schutz und versprachen ihre glänzende Rechtfertigung bei einer parlamentarischen Untersuchung. — Obwohl Pitts Bill rund angenommen wurde, war dies den Gegnern der Sklaverei nicht genügend. Sie verlangten noch im Mai sofortige Regulirung der Zahl und Verpflegung der Neger auf jedem Sklavenschiff und veranlaßten Pitt über den bestehenden Zustand in Liverpool nähere Untersuchungen vornehmen zu lassen. Dabei zeigte sich, daß jedem der Neger im Durchschnitt nur ein Raum von 5 Fuß 6 Zoll Länge. 4 bis 5 Fuß Höhe und 16 Zoll Breite gewährt war, daß die Leute auf der Fahrt eng gefesselt und schlecht ernährt wurden und daß grausamste Strafen alltäglich waren. Diese Erfahrungen bewogen Pitt, noch im Juni eine Bill zur Abschaffung der Mißbräuche einbringen zu lassen. Damit brachte er die Liverpooler Kaufleute in Harnisch. Sie legten alle möglichen Zeugnisse vor, daß alle Anklagen falsch, die Reise von Afrika nach Westindien (die sogenannte middle passage) eine der glücklichsten Perioden des Negerlebens sei, verlangten Schutz ihrer Interessen und widersetzten sich aufs Aeußerste der Annahme der Bill.

Ihr Widerstand hatte nur die Wirkung, Pitt, der sich überzeugt hatte, daß auf den Sklavenschiffen auch die Sterblichkeit

der Weißen sehr groß war, zu entschiedeneren Schritten zu veranlassen. Er bezeichnete den Sklavenhandel als eine Schande für die Menschheit und sprach die Hoffnung aus, daß das Haus zunächst den größten Greueln ein Ende machen werde, selbst auf die Gefahr hin, ihn ganz zu unterbinden. Mit 56 gegen 5 Stimmen ging das Gesetz im Unterhaus durch. Doch bei den Lords erhoben der Duke of Clarence, Lord Sandwich und Lord Thurlow ihre Stimme sehr energisch dagegen. Sie warnten davor, die öffentliche Meinung durch solche plötzlichen Anfälle von Menschenliebe zu verwirren und Bürger in die Gefahr zu bringen, ihr Eigenthum zu verlieren. Sie setzten schließlich so bedeutende Aenderungen in der Bill durch, daß das Unterhaus sie verwarf. — Ein zweites von Sir W. Dolben hier sofort eingebrachtes Gesetz hatte dasselbe Schicksal. Erst ein drittes ging durch und trat im Juli 1788 in Wirksamkeit.

Im Winter des Jahres begannen die Untersuchungen der Lords des Privy Councils, und im April 1789 unterbreitete Pitt dem Parlament ihren Bericht. Am 12. Mai beantragte Wilberforce einen Ausschuß des ganzen Hauses zur Prüfung alles vorliegenden Materials. Er entrollte dabei ein so furchtbares Bild dieses unmenschlichen Handels, daß die Sklavereiinteressenten ernstlich besorgt wurden und nun die Taktik wählten, ihrerseits Regulirung der Sklavenverschiffung und -behandlung zu befürworten. Im Uebrigen führten sie in der Presse aus, daß die Neger kaum überm Thier stünden, daß die befreiten Sklaven Hungers sterben, ihre Besitzer ruinirt, die Inseln Westindiens zu Grunde gerichtet und gleichzeitig die englischen Finanzen durch die nothwendige Entschädigung der Pflanzer schwer geschädigt werden würden. Ihrem Einfluß gelang es, die Debatte im Hause durch Vertagungen 2c. wochenlang hinzuziehen und zu erreichen, daß eine neue Enquête angeordnet wurde.

Während dieser Zeit veranlaßte Wilberforce mit Zustimmung seiner Freunde Clarkson nach Paris zu gehen und die Führer der französischen Revolution zu bewegen, die Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien in Erwägung zu nehmen.*) La Fayette, Rochefoucault, Brissot, Condorcet, Sieyès erklärten sich durchaus für Freunde der Aufhebung des Menschenhandels. Aber sie machten

*) Die Nationalversammlung hatte bekanntlich 1789 alle Menschen als frei geboren und zur Freiheit berechtigt erklärt.

Clarkson darauf aufmerksam, daß sie vor der Hand dringendere Aufgaben hätten, und daß das Zögern Englands in der Sache den Verdacht erwecke, daß es Frankreich den Vortritt lassen wolle, um dadurch für sich Vortheile zu gewinnen! — Erfolgreicher waren die Vertreter der Sklavereiinteressen. Sie wußten ihre Sache so geschickt zu vertreten, daß ein großer Theil der öffentlichen Meinung ihre Partei zu nehmen begann. Die Verschiffung von Negern wurde durch sie während dieser Kriegsjahre eifriger als je betrieben. Im Parlament selbst wußten sie so viele dem Sklavenhandel günstige Aussagen von Sachverständigen vorzubringen, daß ihre Aussichten wieder besser wurden.

Erst Anfang 1791 kamen die Vernehmungen der Sachverständigen zu Ende. Auf Grund des damit gewonnenen Materials beantragte Wilberforce am 18. April 1791 Verbot der weiteren Einfuhr von Sklaven nach Westindien. Nochmals gab er dabei ein treues, mit Urkunden belegtes Bild der Greuel des Menschenhandels. Er wies nach, mit welcher Kaltblütigkeit die englischen Agenten in Afrika harmlose Familien einfingen und die Eingeborenen zu Kriegen anstifteten, um nur Sklaven zu bekommen. Er gab Belege von Sklavenschiffen, wo von 450 Negern bis 200 unterwegs umgekommen waren. Auch die fürchterlichen Zustände auf den westindischen Pflanzungen enthüllte er schonungslos. Aber obwohl Pitt, Fox, Burke und eine Reihe hervorragender Parlamentarier Wilberforce in meisterhaften Reden unterstützten, stimmten nur 88 für seinen Antrag, 163 dagegen. Die Gegner hatten ihre Stütze in Pitts Kollegen Lord Chancellor Thurlow, Lord Liverpool und Mr. Dundas, welche von Antisklavereibewegung nichts wissen wollten.

Wilberforce und seine Freunde ließen sich durch diesen Mißerfolg nicht zurückschrecken, erregte doch die Frage der Sklaverei immer mehr Aufmerksamkeit in der ganzen Welt. Von San Domingo, wo 455 000 Negersklaven im französischen Gebiet lebten, war eine Deputation Schwarzer nach Paris gekommen und hatte 1790 erreicht, daß den freien Negern, die bis dahin ganz rechtlos waren, dieselbe Stellung wie den Weißen zugebilligt wurde. Als die Behörden der Insel das Dekret auszuführen sich weigerten, brach ein blutiger Aufstand aus, der 1793 zum Siege der Neger führte. Erregten schon die furchtbaren Grausamkeiten, welche bei diesen Kämpfen verübt wurden, allgemeines Aufsehen, so that es nicht

minder das am 16. März 1792 von Dänemark erlassene Gesetz, welches allen dänischen Unterthanen Kauf, Verkauf und Transport von Sklaven verbot!

Diese Ereignisse trugen dazu bei, daß im April 1792 Wilberforce das Unterhaus dazu brachte, mit 230 gegen 83 Stimmen einen Antrag auf allmähliche Abschaffung des englischen Sklavenhandels anzunehmen. Es wurde beschlossen, den Menschenhandel nach fremden Kolonien sogleich, den nach britischen vom Jahre 1796 ab zu verbieten. Wieder scheiterte dieses Gesetz am Widerstande des Oberhauses. Wilberforce regte 1793 die Angelegenheit aufs Neue an, setzte aber nur durch, daß die Lords eine neue Enquête veranstalteten. 1794 lehnte das Oberhaus nochmals Verbot des Sklavenhandels, auch nur nach fremden Kolonien, ab, und in den drei folgenden Jahren kamen Wilberforce und seine Freunde in ihren Bestrebungen keinen Schritt vorwärts. Wenn auch die Vereinigten Staaten, März 1794, die Ausfuhr von Sklaven nach außerhalb verboten und infolge der Revolutionskriege nur noch englische, amerikanische und portugiesische Schiffe Menschenhandel trieben, wurden doch die jährlich aus Westafrika ausgeführten Neger auf 100 000 im Durchschnitt veranschlagt.

Die Gegner der Sklaverei gewannen 1798 die Hülfe Cannings und versuchten aufs Neue, das Verbot des Menschenhandels durchzusetzen. Doch 1798 und 1799 fielen wieder alle Anträge im Parlament durch. Selbst ein Verbot der Sklavenausfuhr aus der Nachbarschaft Sierra Leones wurde von den Lords abgelehnt. Infolge dieser Erfahrungen beschränkten sich Wilberforce und seine Anhänger in den nächsten Jahren auf Agitation. Erst 1804, als ihre Partei durch Beitritt der Iren im Parlament verstärkt war, brachten sie wieder eine Bill für Aufhebung des Sklavenhandels binnen bestimmter Frist ein. Noch einmal scheiterte die Sache am Einspruch der Lords, und auch 1805 blühte Wilberforce kein Erfolg, doch in demselben Jahre wurde erreicht, daß die englische Regierung die Einfuhr von Sklaven in die während des Krieges eroberten Kolonien verbot! 1806 kamen Lord Grenville und Fox ans Ruder, und unter ihrem Einfluß beantragte am 31. März 1806 der Attorney-General das Verbot des Sklavenhandels nach fremden Kolonien und der Landung fremder Sklavenschiffe in britischen Häfen. Schon am 23. Mai wurde diese Bill angenommen. Am 10. Juni 1806 regte Fox im

Unterhaus an, den Sklavenhandel, der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Politik widerspräche, ganz abzuschaffen. Wenige Tage später that Lord Grenville denselben Schritt im Oberhause. Er schlug zugleich vor, den König zu bitten, ein Uebereinkommen mit den fremden Mächten zur Beseitigung des Menschenhandels herbeizuführen. Nach langer Debatte wurden beide Anträge angenommen und im August 1806 verboten, neue Schiffe für den Sklavenhandel auszurüsten. Der entscheidende Schlag wurde endlich Anfang 1807 geführt. Lord Grenville legte am 2. Januar den Lords eine Bill wegen Aufhebung des britischen Menschenhandels vor. Sie ging mit 16 Stimmen Mehrheit durch, wurde alsdann vom Unterhaus mit 108 Stimmen Mehrheit genehmigt und erhielt die Königliche Genehmigung am 24. März 1807.

Hiernach war vom 1. Mai 1807 ab aller Kauf, Verkauf und Versand von Sklaven in Afrika britischen Unterthanen bei 100 Pfund Sterling Strafe für jeden Sklaven und Verlust des Schiffs verboten. Ebenso war Versendung eines Sklaven von einer Kolonie nach der anderen untersagt und den Beamten, welche Verletzungen dieses Gesetzes feststellten, eine Prämie von 3 bis 13 Pfund Sterling für jeden Sklaven, je nach Geschlecht und Alter, in Aussicht gestellt. — Da kurz zuvor, März 1807, die Vereinigten Staaten Einfuhr von Negern in ihr Gebiet überhaupt verboten hatten, war nunmehr Ausrottung des Menschenhandels in absehbarer Zeit zu erwarten! —

Nicht minder folgenreich war das erste Eingreifen Englands in Südafrika, welches innerhalb dieser Jahre vor sich ging. Jahrhunderte hindurch hatte die englische Regierung dem Kapland und seiner Nachbarschaft ebensowenig Aufmerksamkeit gewidmet wie dem übrigen Afrika. Als Stützpunkt und Erfrischungsstation für die Indienfahrer hatte man die Insel St. Helena trotz ihrer Armuth immer für ausreichend befunden. Erst der Verlust der Neu-England-Kolonien, die Aufmerksamkeit, welche Afrika zu Ende des 18. Jahrhunderts überall zu erwecken begann, und die Furcht, daß Frankreich nach der Revolution in Holland sich der Kolonien desselben bemächtigen würde, lenkten die Blicke der Briten auf Südafrika. Im Einverständniß mit dem nach London geflüchteten Prinzen von Oranien wurde Anfang 1795 eine ansehnliche Flotte nach Kapstadt geschickt, welche die Kolonie zum Schutz vor den Franzosen in Besitz nehmen sollte. Viele der Kapstädter schwärmten aber für die Sache der Revolution

und erwarteten mit Ungeduld eine französische Flotte. Selbst unter den Behörden waren nur wenige dem Statthalter Prinzen von Oranien ergeben. Als am 11. Juni das englische Geschwader erschien und ein englischer Offizier die Befehle des Prinzen betreffend Uebergabe der Stadt überreichte, weigerte sich das Council, zu gehorchen, da die Ordres von dem Statthalter allein gezeichnet seien, und rief in aller Eile die Milizen zusammen. Auch persönliche Vorstellungen des Generals Craig am 18. Juni blieben erfolglos. Umsonst versprach er, nichts am Bestehenden zu ändern, verbürgte die Rückgabe der Kolonie an Holland nach dem Frieden, bot freien Handel mit England und Indien und wies auf die von den Sklaven drohende Gefahr hin. Als der Admiral in öffentlichen Proklamationen die Bürgerschaft für England zu erwärmen suchte, sperrte ihm die Kapregierung die weitere Lieferung von Lebensmitteln und traf offen Anstalten zur Gegenwehr. Die Abneigung gegen die Engländer wuchs, als zufällig durch eine der Wachsamkeit der Engländer entgangene Zeitung die Proklamirung der Republik in Holland und Abschaffung der Statthalterschaft bekannt wurde. Man zog alle Truppen und Geschütze in dem befestigten Muizenberg zusammen, um den Weg nach Kapstadt zu vertheidigen.

Die Engländer ließen dies ruhig geschehen; sie beschlagnahmten nur alle Schiffe im Hafen, besetzten Simonstown und warteten ab. Inzwischen gingen die holländischen Soldtruppen, angelockt durch gute Zahlungen, zu ihnen über, und die Milizen wurden durch das lange Lagerleben sehr unzufrieden. Die Folge war, daß am 7. August, als die Engländer plötzlich Muizenberg angriffen, bei den ersten Schüssen alle Milizen flohen. Um Blutvergießen zu vermeiden, forderte der englische Admiral Kapstadt jetzt nochmals zur Uebergabe auf. Die Kolonisten verweigerten sie, obwohl kaum noch 900 Milizsoldaten bei der Fahne geblieben waren. Die Reiterei der Bürger versuchte sogar, als am 14. September die Engländer in Stärke von 4—5000 Mann vor die Stadt rückten, ernstlichen Widerstand zu leisten. Erst als sie sich von der Unmöglichkeit eines Erfolgs überzeugten, fügten sich die Kapstädter und übergaben am 16. September 1795 die Stadt.

Als die Engländer die Geschäfte der Kolonie in die Hand nahmen, staunten sie über die geringe Kenntniß, welche selbst bei den holländischen Behörden über Land und Leute verbreitet war. Kein Mensch

wußte über die Größe der Bevölkerung, Entfernungen und Hülfsmittel des Landes Bescheid. Während die weiße Bevölkerung der ganzen Kolonie, wie sich später zeigte, nicht viel über 20 000 Köpfe zählte, glaubten die Kolonisten eine Miliz von 15—20 000 Mann zu besitzen. Den Distrikt von Graaf-Reynet an der Grenze des Kaffernlandes schätzte man etwa 800 Meilen entfernt von Kapstadt, während der Weg noch nicht 500 Meilen betrug. Ueberhaupt lag die ganze Kolonie danieder. Ihr Handel war unbedeutend, das Geldwesen verrottet. Die gesammten Einnahmen erreichten seit Jahren nur eine Höhe von etwa 450 000 Mark, während die Ausgaben das Sechsfache betrugen! Die englische Verwaltung steuerte dieser Mißwirthschaft nach Kräften. Sie hob lästige Steuern auf, beseitigte die drückenden Monopole der holländisch-ostindischen Gesellschaft und suchte die Einwohner möglichst mit der englischen Herrschaft zu versöhnen. Dies gelang bis zu einem gewissen Maße in der Stadt und den benachbarten Distrikten Stellenbosch und Swellendam. Die weltfremden, ungebildeten Bauern des entferntesten Distrikts Graaf-Reynet sträubten sich so lange gegen Aufnahme englischer Beamten, bis Truppen gegen sie mobil gemacht wurden. Die holländische Republik unternahm mehrere Versuche im Laufe der Jahre 1796 und 1797, sich Kaplands wieder zu bemächtigen. Sie mißglückten aber gänzlich. Ein ganzes Geschwader mit mehr als 2000 Soldaten fiel den Engländern in die Hände.

Das Londoner Kabinet war damals zum Entschluß gelangt, die Kolonie auch nach dem Frieden zu behalten, und sandte daher 1797 einen angesehenen alten Diplomaten, den Earl of Macartney, hin, um das Amt des Governors zu übernehmen. Dieser Mann schuf mit eiserner Hand Ordnung. Die wichtigsten Posten wurden mit hochbezahlten Engländern besetzt, die Verwaltung möglichst vereinfacht, Ruhe zwischen den Bauern und den Kaffernstämmen hergestellt und der Handel nach Kräften gefördert. Englische Waaren erhielten Zollfreiheit, fremde auf englischen Schiffen mußten 5 pCt., auf Schiffen befreundeter Nationen 10 pCt. Einfuhrzoll zahlen. Der Verkehr hob sich infolge des Anlaufens der indischen Flotten nunmehr außerordentlich. Von 1795—1800 landeten 742 Schiffe in Kapstadt. Die Einnahmen deckten bald nicht nur die Ausgaben, sondern überstiegen sie noch sehr erheblich.

Die Ansiedler im Innern blieben aber unzufrieden, nicht allein,

weil ihnen die Engländer das fortwährende Einbrechen mit ihren Herden in das Gebiet der Eingeborenen, das zu ewigen Kämpfen führte, verboten, sondern auch da sie die Missionsthätigkeit der Mährischen Brüder und später der Londoner Missionsgesellschaft förderten. Die Bauern wollten hiervon durchaus nichts wissen. Sie behaupteten, daß, wo so viele Christen ohne Unterricht aufwüchsen, Hottentotten keinen brauchten, und nahmen es als Recht in Anspruch, jeden kriegsgefangenen Eingeborenen sein Leben lang als Sklaven zu benutzen. Als Macartney Ende 1798 das Land verließ, brach in Graaf-Reynet ein Aufstand aus, der mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte. Auch nachher nahmen Unruhen besonders infolge von Streitigkeiten der Bauern mit den Eingeborenen kein Ende. Das hinderte die Engländer nicht, die Verwaltung weiter umzugestalten und die Zustände der Kolonie zu bessern. Es wurde eine eigene landwirthschaftliche Behörde geschaffen, bessere Ackergeräthe eingeführt und auch das Justizwesen völlig umgestaltet. Die bis dahin übliche Folter und die grausamen Leibesstrafen wurden aufgehoben und die Rechtspflege nach englischem Muster geordnet. — Ueber die Wichtigkeit dieses Besitzes für England herrschte unter den Sachkennern nur eine Stimme. Der Marquis Wellesley erklärte 1798 z. B. ausdrücklich, daß Indien für England auf die Länge seiner Meinung nach nicht haltbar sei, wenn das Kap in den Besitz einer Seemacht komme. Er berechnete auch den Nutzen einer Anlaufstation im Kapland für die nach Indien und Ostasien bestimmten Flotten als so bedeutend, daß selbst bedeutende Opfer dafür wohl angebracht wären.

Trotz dessen entschloß sich die britische Regierung, im Frieden von Amiens am 27. März 1802 auf Drängen Frankreichs das Kapland an die Batavische Republik zurückzugeben. Im Februar 1803 räumten die englischen Truppen Kapstadt, sehr zum Bedauern vieler Kolonisten, welche allmählich die Vortheile der englischen Herrschaft erkannt hatten. Doch die Holländer sollten sich nur kurze Zeit des wiedererlangten Besitzes freuen. Kaum brach 1805 der neue Krieg Englands mit Frankreich aus, und kaum verlautete in London, daß Napoleon Besetzung des Kaps beabsichtige, so entschloß sich das englische Ministerium in aller Stille, sich Kapstadts aufs Neue zu bemächtigen. Sechs große Kriegsschiffe und mehr als 50 Transportfahrzeuge mit 6654 Mann an Bord erschienen Anfang Januar 1806 bereits vor der Stadt und landeten wenige Meilen von ihr entfernt.

Die Holländer hatten in Voraussicht solcher Ereignisse alles Eigenthum der englisch-ostindischen Company beschlagnahmt und die englischen Kolonisten ausgewiesen. Sie hatten auch nach Kräften die weißen Ansiedler wie Hottentotten und Malayen militärisch ausgebildet und hatten die von den Engländern ausgebesserten Befestigungen Kapstadts verstärkt. Doch dem Gouverneur Janssens standen wenig mehr als 2000 Mann zur Verfügung, da die Kolonisten meist im Innern mit Feldarbeiten beschäftigt waren. Er hatte daher von Anfang an wenig Hoffnung, die Angreifer zurückzudrängen. Nichtsdestoweniger stellte er sich ihnen am 8. Januar vor der Stadt muthig entgegen und zog sich, als seine Truppen vor den englischen Kanonen flohen, mit einer Hand voll Getreuer in die Berge zurück, um sich nach dem Innern durchzuschlagen. Doch dies war fruchtlos. Nachdem schon am 9. Januar Kapstadt seine Thore geöffnet hatte, mußte auch Janssens am 13. der Uebermacht sich ergeben. Diesmal richtete sich England am Kap für die Dauer ein. Die Beamten, Offiziere und angeseheneren Bürger wurden veranlaßt, England Treue zu schwören, alles Staatseigenthum wurde beschlagnahmt und die Küste in guten Vertheidigungsstand gesetzt. Noch im selben Jahr traf in der Person des energischen Earl of Caledon ein englischer Governor ein, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet war und die Kolonie nach englischen Bräuchen organisirte. —

Durch die Erwerbung des Kaplands und durch den Entschluß, dem afrikanischen Sklavenhandel ein Ende zu machen, erhielten die britischen Niederlassungen in Westafrika plötzlich eine ganz andere Bedeutung als früher. Während alle die Forts am Gambia und an der Goldküste ursprünglich als Stützpunkte für Menschenfang und -handel gegründet waren, wurden sie nunmehr Mittelpunkte der Maßnahmen gegen den Negerhandel. Für den Augenblick verloren sie bei der Geringfügigkeit des Waarenhandels jeden wirthschaftlichen Nutzen, und man konnte höchstens hoffen, daß der Erwerb der Kapkolonie vielleicht mit der Zeit ihrem Handel zu Gute kommen werde. Die britische Regierung widmete daher diesem Theil der Erde damals noch geringere Aufmerksamkeit als zuvor. Gambia und Goldküste blieben nach wie vor in den Händen der African Company, welche trotz der jährlichen Unterstützung von 13 000 Pfund Sterling kaum im Stande war, nur die befestigten 14 Stationen in Westafrika vor gänzlichem Verfall zu bewahren. Der Handel und Verkehr am

Gambia gingen so zurück, daß Fort James allmählich überhaupt keine Bedeutung mehr hatte. Auch an der Goldküste, wo die englischen Stationen zwischen dänischen und holländischen eingesprengt lagen, stand es um die Wende des Jahrhunderts sehr schlimm. Als gar 1807 das Verbot des Sklavenhandels erging, erklärte sich die Company außer Stande, ihren Betrieb weiter fortzusetzen. Das Parlament mußte sich entschließen, die jährliche Unterstützung auf 23 000 Pfund Sterling zu erhöhen und Aufgabe des Gambia zu genehmigen, um nur den Zusammenbruch der Gesellschaft zu verhüten und nicht die Gefahr entstehen zu lassen, daß fremde Sklavenhändler sich in den englischen Stationen festsetzten. Am meisten geschah noch für Sierra Leone dank dem Einfluß seiner Gründer. Schon 1800 wurde der Sierra Leone Company eine jährliche Zuweisung von 4000 Pfund Sterling bewilligt. Wiederholt sandte die Regierung aus eignen Mitteln befreite Neger hin und half bei Unruhen durch Truppen. Der Kolonie wurden auch eigene Verfassung und Gerichtsbarkeit im Jahre 1800 verliehen. Das genügte jedoch Alles nicht, um das Unternehmen über Wasser zu halten. Klima, Kämpfe mit Eingeborenen, Sklavenhändlern und unruhigen Kolonisten verschlangen so große Summen, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß schon 1803 Uebernahme der Kolonie durch die Krone empfahl. 1808 wurde die Ansiedelung, welche 1870 Seelen zählte, von der britischen Regierung in der That übernommen. Maßgebend bei diesem Schritt war wohl nicht allein die Rücksicht auf die am Ende ihrer Mittel angelangte Company, sondern auch die Nothwendigkeit, eine Unterkunftsstätte für die Massen befreiter Neger zu haben, mit denen man bei den Fortschritten der Antisklavereibewegung zu rechnen hatte.*)

Zweites Kapitel.

Feldzug gegen den Sklavenhandel.

Die Bewegung gegen den Negerhandel war in England nach dem ersten Erfolge nicht eingeschlafen. Ihre Wortführer blieben ohne Unterbrechung bemüht, die völlige Beseitigung dieses schmachvollen

*) In der That lebten 1805 hier schon 10 000 Personen, meist befreite Sklaven.

Geschäftszweiges durchzusetzen. Das Gesetz von 1807 war dazu wohl ein erster Schritt, doch es schreckte nicht genügend ab. War doch auf seine Uebertretung nur eine Geldstrafe gesetzt, und boten sich rücksichtslosen Geschäftsleuten zahlreiche Hinterthüren. Dazu war man noch machtlos gegen den Menschenhandel, welchen fremde Staaten in großem Umfang trieben. Zunächst wurde versucht, dem von englischer Seite getriebenen Sklavenhandel wirksamer beizukommen. Die Sache wurde wiederholt im Parlament zur Sprache gebracht und im Frühjahr 1811 eine Bill vorgeschlagen, wonach auf Sklavenhandel englischer Unterthanen Deportation und Zwangsarbeit als Strafe gesetzt wurden. Die Bill wurde von beiden Häusern angenommen und erhielt am 14. Mai die Königliche Zustimmung. Sie bedeutete einen neuen Erfolg der Antisklavereibewegung. Doch blieb noch viel zu thun. Auch nunmehr war nämlich noch die Versendung eines Sklaven von einer britischen Kolonie in eine andere zulässig, und man war gegen fremde Sklavenhändler wehrlos.

Gleichzeitig mit dem Verbot des britischen Negerhandels waren allerdings auf Wunsch beider Häuser des Parlaments Weisungen an die englischen Vertreter im Auslande ergangen, um alle andern Staaten zu veranlassen, dem Beispiel Großbritanniens, Dänemarks und der Vereinigten Staaten zu folgen und auch ihrerseits dem Sklavenhandel ein Ende zu machen. Diese Bestrebungen stießen indessen auf unerwartet große Schwierigkeiten. Die an dem Menschenhandel hervorragend betheiligten Mächte, wie Portugal, Brasilien und Spanien, zeigten sich durchaus abgeneigt, aus Menschlichkeitsrücksichten eine wirthschaftliche Einbuße zu erleiden.

Die ersten Schritte geschahen bei Portugal. Der Gesandte am Lissaboner Hof erhielt schon im April 1807 Befehl, die Regierung zu veranlassen, den Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels in vollem Umfang beizutreten. Wollte sie trotzdessen aus „irgend einem falschen Gefühl heraus“ ihren Unterthanen den Handel weiter gestatten, so sollte er es für England als unzweifelhaftes Recht in Anspruch nehmen, daß die portugiesischen Sklavenhändler sich auf die bisherigen Gebiete zu beschränken und sich von den britischerseits den Eingeborenen zu überlassenden Küstenstrichen (Gambia) fernzuhalten hätten. — Die letztere Forderung erkannte Portugal als berechtigt an, zu weiterem Entgegenkommen ließ es sich nicht herbei, bis es sich dringend auf englische Hülfe angewiesen sah.

Mr. Canning erklärte schon 1808 entschieden, daß Portugal für Abschluß eines Bündnisses in der Sklavenhandelfrage nachgeben müsse, und im Vertrage vom 19. Februar 1810 verpflichtete man es, in der That, „Großbritannien in der Sache der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu unterstützen, indem es die wirksamsten Maßregeln zur allmählichen Aufhebung des Sklavenhandels in allen seinen Besitzungen ergriffe". Dies Versprechen blieb freilich vor der Hand auf dem Papier. Der portugiesische Sklavenhandel blieb so groß wie je. Die portugiesischen Behörden sahen lediglich darauf, daß ihre Sklavenschiffe die von England geräumten Gebiete an der afrikanischen Küste verschonten! Der erste wirkliche Erfolg den Portugiesen gegenüber war der Erlaß eines Gesetzes Ende 1813, wonach portugiesische Sklavenschiffe einen Arzt mitführen und auf je zwei Tonnen nur fünf Neger, die ordentlich zu ernähren waren, befördern sollten. Mit der Durchführung aller dieser Verpflichtungen hätte es schlecht ausgesehen, wenn nicht die englischen Kreuzer von 1810 an alle portugiesischen Schiffe, die an nicht portugiesischen Theilen der afrikanischen Küste sich aufhielten, angehalten und oft beschlagnahmt hätten. Die lebhaften Klagen Portugals hiergegen hatten bei seiner Ohnmacht wenig Erfolg.

Spanien war zu jener Zeit ebenso sehr auf Englands Hülfe angewiesen wie sein Schwesterstaat. In der Sklavenfrage verhielt es sich indessen noch zurückhaltender als dieser. Alle Bemühungen der englischen Diplomaten, den Madrider Hof auch nur zu einem papiernen Versprechen zu bewegen, blieben umsonst. 1814 bot die britische Regierung den Spaniern eine Zahlung von 300 000 Pfund Sterling, wenn sie dafür sich anheischig machten, binnen fünf Jahren den Sklavenhandel ganz und bis dahin wenigstens in den Gebieten nördlich vom Aequator abzuschaffen. Auch dieser Schritt fruchtete nichts. Die Regierung war zu nichts Anderem als einem Zusatzartikel zum Vertrag vom 5. Juli 1814 zu bewegen, worin sie die Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit des Sklavenhandels anerkannte und versprach, Ausländern, die zu seinem Betrieb die spanische Flagge benützten, diese zu entziehen und den Inländern nur noch Versorgung der spanischen Kolonien mit Negern zu erlauben.

Entgegenkommender verhielten sich nur die Staaten, deren Kolonien damals in Englands Händen waren, oder die überhaupt kein Interesse am Sklavenhandel hatten. Rußland, Oesterreich,

Preußen, Dänemark versprachen Großbritannien Anfang 1814 ihre volle Unterstützung bei allen Maßnahmen zur Beseitigung des Sklavenhandels. Schweden, welchem England das französische Guadeloupe überlassen hatte, verpflichtete sich 1813, seinen Unterthanen den Sklavenhandel vollständig zu untersagen. Die Niederlande gingen Anfang 1814 die gleiche Verpflichtung ein, und der König von Frankreich erklärte sich um dieselbe Zeit bereit, binnen fünf Jahren diesen Handel für sein Gebiet abzuschaffen und alle Kräfte einzusetzen, um gemeinsam mit England alle Staaten zur gleichen Maßregel zu bewegen. Damit nicht zufrieden, machte auf Drängen des Parlaments die englische Diplomatie lebhafte Anstrengungen, den König zur sofortigen Aufhebung des französischen Negerhandels, wenigstens im nördlichen Afrika, zu bewegen. Lord Castlereagh wollte Frankreich veranlassen, mit England gemeinsam ein europäisches Einverständniß herbeizuführen, wonach die Einfuhr von Erzeugnissen aus allen Ländern, die den Negerhandel noch duldeten, verboten sein sollte.

Es wurde auch versucht, Frankreich zur Genehmigung der Durchsuchung seiner des Sklavenhandels verdächtigen Schiffe durch die englischen Kreuzer gegen Gewährung der Gegenseitigkeit zu bewegen. Soweit wollte aber Louis XVIII. nicht gehen. Er lehnte auch das Anerbieten der Ueberlassung einer westindischen Insel oder einer beträchtlichen Geldzahlung für Erlaß des sofortigen Verbots des Negerhandels ab. Der Herzog von Wellington erreichte im Herbst 1814 nur Verbot des Sklavenhandels für die Franzosen im nordwestlichen Afrika.

Bei einer Fortdauer der damaligen Seekriege, in denen England schließlich die Herrschaft auf allen Meeren errungen hatte, würde es ihm trotz der Zurückhaltung der andern Mächte sicher geglückt sein, dem Negerhandel bald mit Gewalt ein Ende zu machen. Aber der Krieg konnte nicht ewig währen, und im Frieden war Wiederbeginn des fremden Sklavenhandels in verstärktem Maße zu fürchten. Dagegen konnte nur eine allgemeine Vereinbarung helfen. Eine solche hofften die Gegner des Sklavenhandels in England auf dem Wiener Kongresse bei Regelung der gesammten europäischen Angelegenheiten erzielen zu können. Wilberforce richtete im Oktober 1814 einen offenen Brief an den Fürsten Talleyrand, der gleichzeitig in verschiedenen Sprachen gedruckt erschien. Die Greuel der Sklavenjagden und Verschiffungen, das Elend der Neger in den Plantagen waren

in lebhaften Farben darin geschildert. Es war dann dargelegt, daß seit beinahe 20 Jahren französische Schiffe an dem Handel nicht mehr betheiligt seien, daß, falls nicht ein Verbot ergehe, französische Unternehmer erst aufs Neue alle Einrichtungen treffen müßten, um am Menschenhandel theilzunehmen. Sie würden dadurch aber nicht allein neue Kriege und Greuelthaten in Afrika veranlassen, sondern auch die französischen Kolonien in neue Erregung versetzen und eine Wiederbesetzung von San Domingo für Frankreich fast unmöglich machen. Am Ende behauptete Wilberforce, daß der Wohlstand des englischen Westindien durch die Aufhebung des Negerhandels gar nicht gelitten habe, und daß die Zunahme der Geburten in den Sklavenfamilien den Arbeiterbedarf völlig decke. — Diese und andere Veröffentlichungen konnten allerdings das Vorurtheil nicht zerstören, daß England bei der Antisklavereisache selbstsüchtige Zwecke verfolge, und daß es die Kolonien und die Schifffahrt der fremden Staaten schädigen oder gar lahmlegen wolle. Doch hatte der Gedanke von der Schändlichkeit des Menschenhandels allmählich schon überall so tiefe Wurzeln geschlagen, daß der Wunsch, ihm ein Ende zu machen, allgemein wurde.

Fürst Talleyrand brachte die Angelegenheit zuerst am 10. Dezember 1814 zur Sprache und verlangte Niedersetzung einer Kommission, bestehend aus Vertretern der acht Unterzeichner des Pariser Friedens von 1813, bei dem Ausrottung des Sklavenhandels in Aussicht genommen worden war. Hiergegen sträubten sich die Gesandten Spaniens und Portugals. Sie wollten nur die Kolonialmächte England, Frankreich, Spanien, Portugal und zwei Festlandstaaten mit der Sache befaßt wissen, um leichteres Spiel zu haben. Obwohl Lord Castlereagh sich auf Talleyrands Standpunkt stellte und das Interesse der ganzen Menschheit an dieser Frage betonte, kam man zu keiner Einigung.

Im Januar 1815 schlug der Lord vor, die Sklavenfrage gar nicht in einer besonderen Kommission, sondern in den gewöhnlichen Versammlungen der Vertreter der acht Mächte zu behandeln. Wieder sträubten sich Portugal und Spanien, indem sie betonten, die Mächte ohne Kolonialbesitz könnten in der Angelegenheit unmöglich unparteiisch sein. Sie sähen nur die Sache der Neger, nicht aber auch die der Kolonisten. Das Interesse der Letzteren erfordere einen Fortbestand des Negerhandels für mindestens noch acht Jahre. Die Vertreter

Oesterreichs, Rußlands, Preußens und Schwedens betonten dagegen die Forderungen der öffentlichen Moral und Humanität. Alle Mächte seien hieran interessirt. In die näheren Bestimmungen wollten sie sich indessen keineswegs einmischen.

Bei dieser Sachlage fügten sich Spanien und Portugal. Letzteres beschränkte sich auf eine Verwahrung, daß es die Berathungen in der Sklavenfrage nicht als eine Frage des öffentlichen Rechts ansehe, und es fanden Ende Januar und Anfang Februar 1815 fünf Sitzungen von Vertretern*) der acht Mächte in der Negersache statt. Hierbei erklärten alle sich mit dem Prinzip des Verbots des Negerhandels einverstanden, Frankreich, Spanien und Portugal wünschten nur im Interesse der weißen wie schwarzen Bewohner ihrer Kolonien eine längere Frist, da sonst ihr Ruin unvermeidlich sei. Trotz alles Drängens Castlereaghs blieben die Vertreter der drei Mächte auf ihrem Standpunkt. Frankreich wollte von einem Verbot vor fünfjähriger, die andern sogar vor achtjähriger Frist nichts wissen. Sie beschwerten sich bitter über die englischen Kreuzer, welche seit Jahren die Zufuhr der nöthigen Neger nach ihren Kolonien erschwert hätten, während die englischen Kolonien mit immer mehr Sklaven versehen worden seien. Jamaica z. B. habe bei 40 000 Weißen von 1788 bis 1807 seine Sklavenzahl von 250 000 auf 400 000 erhöht; Kuba besitze dagegen nur 212 000 Schwarze neben 274 000 Weißen! Der englische Vertreter rief nunmehr die Unterstützung der vier anderen Mächte an. Diese waren auch sehr gern bereit, ihren Einfluß auf Spanien, Portugal und Frankreich geltend zu machen, aber sie forderten dafür ernstliche Maßnahmen Englands gegen die Seeräuberei der Barbareskenstaaten. Nicht mit Unrecht betonten sie, daß in erster Linie verhindert werden müsse, daß Europäer von den Barbaresken als Sklaven behandelt würden, ehe man der Neger sich annehme. Gegen die Barbaresken würde der zehnte Theil der gegen den Sklavenhandel aufgebotenen Macht genügen, wie das die von Napoleon gemachten Erfahrungen bewiesen. Statt aber gegen sie vorzugehen, beschenke Großbritannien sie mit Waffen und Schiffen, dafür, daß sie sein Eigenthum schonten! **)

*) Es waren Nesselrode, Talleyrand, Metternich, Humboldt, Castlereagh, Labrador, Löwenhielm und Palmella.

**) Siehe darüber meine Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik. Oldenburg u. Leipzig 1892. S. 113 ff.

Da Castlereagh in diesem heiklen Punkte Schweigen beobachtete, rückte die Angelegenheit nicht weiter. Die Franzosen, Spanier und Portugiesen wehrten sich gegen jeden Vorschlag Englands, der die Freiheit ihrer Maßnahmen zu beeinträchtigen drohte. Als England anregte, nach Ablauf von fünf Jahren allgemein die Einfuhr von Erzeugnissen aus Kolonien, wo der Negerhandel geduldet würde, zu verbieten, äußerten sich nur Rußland, Oesterreich und Preußen zustimmend. Der spanische Vertreter deutete an, daß Spanien in solchem Falle zu Repressalien greifen werde. Das einzige Ergebniß der Berathungen war eine Erklärung, welche die Vertreter der acht Staaten am 8. Februar 1815 annahmen.*) Es wurde darin nach einer Betonung der Verwerflichkeit des Sklavenhandels der Wille der betreffenden Staaten ausgesprochen, diesem Handel so schnell und entschieden als möglich ein Ende zu machen. Um aber die Interessen und Gewohnheiten der Unterthanen der verschiedenen Staaten nicht zu verletzen, solle jeder Macht die Wahl des Zeitpunktes der Aufhebung des Negerhandels überlassen bleiben und der Termin der allgemeinen Aufhebung Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden.

Es liegt auf der Hand, daß eine so platonische Erklärung die Antisklavereiinteressenten in England nicht sehr befriedigte. Castlereagh wurde daher bei seinem Erscheinen im Parlamente im März 1815 wegen seiner geringen Erfolge angegriffen. Er vertheidigte sich mit dem Hinweis darauf, daß die fremden Mächte als Entschädigung für ihre Mitwirkung in der Sklavenfrage von England bedeutende Opfer verlangten und daß sie den Verdacht durchblicken ließen, als ob England bei seinem Vorgehen von eigennützigen Kolonialabsichten geleitet würde. Diese Mittheilungen und der Wunsch des Lords, daß man weniger hastig vorgehen möge, um nicht die Kreise der auswärtigen Politik Englands zu stören, scheinen bedeutenden Eindruck gemacht zu haben, denn die Wortführer der Antisklavereibewegung mäßigten fortan ihren Eifer eine Zeit lang.

Daß die Angelegenheit nicht einschlief, dafür war gesorgt. Napoleon sah in ihr bei der Rückkehr von Elba ein bequemes Mittel, Sympathien zu gewinnen. Im Gegensatz zu Louis XVIII. verbot er am 29. März 1815 kurzer Hand den Verkauf von Negern in

*) Wenige Tage vorher hatte Portugal sich in einem Vertrag mit England gegen ansehnliche pekuniäre Zugeständnisse verpflichtet, seinen Unterthanen den Negerhandel an den afrikanischen Küsten nördlich vom Aequator zu verbieten.

französischem Gebiet. Beim Pariser Vertrage vom 21. November 1815 wurde die Sklavenfrage auch wieder berührt. England, Oesterreich, Rußland, Preußen und Frankreich machten sich in einem Zusatzartikel anheischig, die Grundsätze der Deklaration vom 8. Februar zu allseitiger Anerkennung zu bringen und durch ihre Vertreter zu London und Paris umgehend die wirksamsten Maßnahmen zur Ausrottung des „gehässigen und den Gesetzen der Religion sowie denjenigen der Natur so laut widersprechenden Verkehrs“ zu vereinbaren.

Als es zur Ausführung der letzteren Verabredung nicht kam, nahm die englische Diplomatie die Sache wieder in die Hand.*) Portugal wurde im Juli 1817 zu einem neuen Vertrage veranlaßt. Englische und portugiesische Kreuzer erhielten dadurch das Recht, die beiderseitigen des Sklavenhandels verdächtigen Schiffe zu durchsuchen und alle einem der beiden Völker gehörigen Sklavenschiffe nördlich vom Aequator wegzunehmen. Die Aburtheilung sollten englisch-portugiesische Gerichtshöfe besorgen. Portugal verpflichtete sich ferner, seinen Sklavenschiffen Pässe zu ertheilen und darin Abfahrts-, Bestimmungshafen und Zahl der Neger genau vorzuschreiben. — Dieses Abkommen hätte dem Sklavenhandel in allen Gewässern nördlich vom Aequator so ziemlich den Garaus machen können, da auch Spanien sich im September 1817 zu einem solchen Verbot verpflichtet hatte, wenn die Portugiesen es nicht fortwährend verletzt hätten. Die Vorstellungen der englischen Regierung hiergegen blieben erfolglos, obwohl Canning erklärte, England werde in Zukunft auch im Falle unregelmäßiger Anhaltung von Sklavenschiffen keine Entschädigung mehr gewähren. 1822 allein wurden von portugiesischen Schiffen gegen 56 000 Neger nach Brasilien geschafft. Erst als Brasilien sich vom Mutterland lossagte, legte dieses in London seine Bereitwilligkeit an den Tag, den Sklavenhandel vollständig zu verbieten, da er nun kein Interesse mehr für Portugal habe. Canning eröffnete darauf 1824 sogleich Verhandlungen. Doch jetzt begann man in Lissabon wieder zu zögern, und auch, nachdem sie 1826 die Unabhängigkeit Brasiliens anerkannt hatte, ließ sich die portugiesische Regierung wieder nur zum Versprechen des baldigen Verbots des Sklavenhandels herbei.

Nicht viel anders verliefen Großbritanniens Bemühungen in

*) England verbot 1825 seinen Unterthanen den Sklavenhandel und -Transport bei Todesstrafe und Vermögenswegnahme.

Spanien. Die spanische Regierung verbot für Empfang von 400 000 Pfund Sterling den Negerhandel im Herbst 1817 für alle Gewässer der nördlichen Halbkugel und verpflichtete sich, ihn vom Juni 1820 ab überhaupt zu untersagen. Die englischen Kreuzer erhielten das Recht der Durchsuchung verdächtiger spanischer Schiffe. Die Behörden Spaniens wie seiner Kolonien unterstützten aber heimlich die Sklavenhändler und wußten die Anstrengungen Englands geschickt zu vereiteln. Sehr energische Vorstellungen der englischen Diplomatie führten nur zu einzelnen neuen Verordnungen, die gerade so wie die früheren auf dem Papier blieben.

Brasilien hatte sich bei seiner Lossagung von Portugal zur Beachtung der durch Letzteres eingegangenen Verträge verpflichtet. Die Abmachungen über den Negerhandel führte es indessen ebensowenig wie das Mutterland durch. Die englische Regierung wußte es 1826 zu veranlassen, das völlige Verbot des Negerhandels nach Ablauf von 3 Jahren zu versprechen. Als dieser Termin herankam, suchte Brasilien seine Verlängerung zu erreichen. Diese Bemühungen blieben fruchtlos. Großbritannien bestand auf Durchführung des Vertrages. Der Negerhandel wurde infolgedessen hier 1831 verboten; es verging jedoch noch sehr lange Zeit, ehe das Verbot auch wirklich durchgeführt wurde.

Auch Frankreich, welches 1817 allen Unterthanen die Theilnahme am Sklavenhandel untersagt und Landung von Negern in seinen Kolonien verboten hatte, führte dieses Gesetz nur sehr lässig aus. Französische Schiffe betrieben noch lange eifrig den Menschenhandel.

Bei dieser Haltung der Kolonialmächte, welche am Negerhandel in erster Linie betheiligt waren, nützte es der Sache der Antisklavereifreunde wenig, wenn Holland, Rußland, Oesterreich, Preußen, Schweden ihrerseits den Sklavenhandel verboten und auf den Kongressen in Aachen (1818) und Verona (1822), soweit sie da vertreten waren, die Wiener Erklärung aufs Neue bekräftigten. Zu wirksamen Maßregeln gegen die widerstrebenden Staaten vermochten sich die Kontinentalmächte hier so wenig wie in Wien zu entschließen, da Großbritannien seinerseits die unerhörten Seeräubereien der Mittelmeerbarbaresken ruhig weiter duldete. Es kam hinzu, daß man Großbritannien nicht allzu mächtig werden lassen wollte.

Die Eroberung Algiers durch Frankreich und die Ausrottung der nordafrikanischen Seeräuber führte in ersterer Hinsicht einen

Umschwung herbei. Die Besorgniß vor zu großer Förderung der Macht Englands durch die Uebertragung der Sklavenpolizei in allen Meeren auf seine Kreuzer aber blieb bestehen und bildete noch für längere Zeit ein Hinderniß im Feldzuge gegen den Menschenhandel. Portugal sträubte sich auch nach 1830 trotz der schwierigen Lage, in der es sich befand, gegen völliges Verbot des Negerhandels. Alle Vorstellungen des britischen Gesandten führten zu nichts als mündlichen Versprechungen von Seiten des portugiesischen Hofes.

Als der Gesandte auf Lord Palmerstons Weisung 1834 den Entwurf eines neuen Abkommens wegen völliger Unterdrückung des Negerhandels vorlegte, dauerte es 9 Monate, ehe Portugal der Sache überhaupt näher trat, und nach Verlauf zweier weiterer Jahre war England seinem Ziel noch nicht näher gerückt. Palmerston hielt 1836 dem portugiesischen Gesandten in London vor, daß die portugiesische Regierung auch nicht einen Schritt zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gethan habe, daß der Sklavenhandel in seinen Besitzungen wie nur je blühe, und daß die Behörden selbst daran betheiligt wären! Die portugiesische Regierung räumte diese Vorhaltungen ein, versprach Abstellung der Mißbräuche und erließ im Dezember 1836 in der That ein Verbot des Sklavenhandels. Es wurden hohe Strafen darauf gesetzt, eigene Gerichtshöfe ins Leben gerufen und die Zahl der Neger beschränkt, welche zwischen der afrikanischen Küste und den vorliegenden Inseln befördert werden durften. Doch war ängstlich dabei jede Einmischung Englands ausgeschlossen und alles Eingreifen den portugiesischen Behörden vorbehalten. — Das hatte die Bedeutung, daß Alles beim Alten blieb. Keine Kolonie kümmerte sich um das Verbot; der Gouverneur von Mozambique weigerte sich sogar, es nur bekannt zu machen! Unter portugiesischer Flagge wurde fortgesetzt schwunghafter Menschenhandel getrieben, die Behörden verkauften die nöthigen Schiffspapiere. In Lissabon selbst wurden Sklavenschiffe ausgerüstet! Alle Klagen Englands wurden von den rasch wechselnden portugiesischen Ministerien mit dem Hinweis auf die dem Sklavenhandel wohlgesinnte öffentliche Meinung und die mangelnde Autorität der Regierung beantwortet.

Dieser Gang der Dinge erregte in England hohe Entrüstung. Ganz abgesehen von dem Verluste der hohen Summen, welche man den Portugiesen seiner Zeit bewilligt hatte, kamen die englischen Kolonien, welche keine Sklaven mehr beziehen durften und deren

Neger nach und nach befreit wurden, in größten Nachtheil gegenüber den Ländern, welche nach wie vor Sklavenhandel duldeten. — Im Juli 1838 wurde daher die portugiesische Regierung kategorisch zur Annahme eines neuen wirksameren Vertrages gegen den Negerhandel aufgefordert. Als Portugal die Zeichnung ablehnte mit Hinweis darauf, daß Großbritannien nur Lahmlegung seines Handels und Vernichtung seiner Unabhängigkeit bezwecke, nahm das britische Parlament Ende August 1839 eine Bill an, welche die britischen Kreuzer ermächtigte, alle des Sklavenhandels verdächtigen Schiffe anzuhalten und durch englische Gerichte aburtheilen zu lassen. Alle Proteste und Schritte Portugals gegen diese Vergewaltigung blieben fruchtlos. Hülfe wurde ihm von keiner Seite zu Theil. Es mußte sich nunmehr entschließen, allmählich seine früheren Verordnungen in den Kolonien durchzuführen und seinerseits Abschluß eines neuen Vertrages mit England anzubieten. So kam es am 3. Juli 1842 zu der Vereinbarung mit England, wonach beide Staaten ihre Kriegsschiffe bevollmächtigten, die beiderseitigen verdächtigen Fahrzeuge anzuhalten und durch gemischte Gerichte aburtheilen zu lassen.

Der Widerstand Spaniens war nicht ganz so hartnäckig. König Ferdinand ließ allerdings Jahre lang alle Vorstellungen und Beschwerden der englischen Vertreter an seinem Hofe über die Fortdauer des Negerhandels in Westindien ohne Antwort. Die nach seinem Tod ans Ruder kommende Regierung brauchte aber Großbritanniens Unterstützung und ließ sich daher zum Abschluß des Vertrages vom 28. Juni 1835 herbei, wonach der Sklavenhandel spanischen Unterthanen bei Strafe verboten wurde und die beiderseitigen Kreuzer das Recht zur Durchsuchung verdächtiger Fahrzeuge erhielten. Die Aburtheilung geschah durch gemischte Gerichte. Die Wirkung dieses Abkommens war allerdings zunächst nur die, daß Neger nach Kuba nicht mehr unter spanischer sondern unter portugiesischer Flagge eingeführt wurden. Es zeigte sich auch bald, daß die spanischen Behörden den Vertrag nur sehr mangelhaft ausführten. Sie publizirten z. B. die auf den Negerhandel gesetzten Strafen nicht, verdingten ihrerseits die aus konfiszirten Schiffen durch englische Kreuzer befreiten Sklaven an Pflanzer, statt sie den englischen Behörden auszuliefern u. dergl. Die Wachsamkeit der englischen Kreuzer erschwerte indessen in den spanischen Besitzungen den Negerhandel immer mehr.

Brasilien hat 1831 die Einfuhr von Negern bei Strafe ver-

boten und verschiedene Gesetze gegen diesen Handel in den folgenden Jahren eingeführt. Trotz dieser Maßnahmen dauerte hier wie bei Portugal und Spanien das Unwesen unter den Augen der Behörden fort. Die aus konfiszirten Schiffen befreiten Neger wurden ruhig als Sklaven verwendet und ihre Einfuhr heimlich unterstützt. Auch hier konnte England seinen Zweck nur durch scharfe Bewachung der Küsten und rücksichtslose Wegnahme verdächtiger Schiffe erreichen.

Von den Kolonialmächten hat nur Frankreich bald nach 1830 dem Sklavenhandel seiner Unterthanen ernstlich gesteuert. Schon am 30. November 1831 schloß es mit Großbritannien einen Vertrag, wonach die beiderseitigen Kriegsschiffe verdächtige Fahrzeuge beider Nationen in den hauptsächlich in Frage kommenden Gewässern durchsuchen durften. Die Aburtheilung sollte nicht durch gemischte Gerichte sondern durch diejenigen der Nation erfolgen, unter deren Flagge das Sklavenschiff segelte. Die Gebiete, in denen die Durchsuchung zulässig war, wurden durch einen Vertrag vom 20. Dezember 1841 noch bedeutend erweitert. Diesem Vertrage traten auch Preußen, Oesterreich und Rußland bei. Da fast alle kleineren Staaten schon vorher mit England ähnliche Abkommen eingegangen waren, ist somit zu Anfang der vierziger Jahre ein Zusammenwirken aller gesitteten Völker*) gegen den Negerhandel erreicht worden, bei dem Englands Marine als der weitaus stärksten die führende Stelle zufiel.

Bei diesen menschenfreundlichen Bemühungen, welche auf das Schicksal Afrikas von so ungeheuren Folgen gewesen sind, wurde England, wie erwähnt, sehr wesentlich von der Rücksicht auf seine Pflanzungskolonien beeinflußt. Es konnte nicht diese der Negersklaven berauben und gleichzeitig ruhig zusehen, wie die Nachbarkolonien aus dem Menschenhandel Nutzen zogen. Auf der anderen Seite duldeten die immer zahlreicheren Freunde der Antisklavereibewegung, an ihrer Spitze seit 1823 die Antislavery society, keinen Stillstand auf diesem Gebiete. Sie überschütteten beide Häuser des Parlaments mit Petitionen, worin strengste Durchführung der erlassenen Gesetze und bald Befreiung der Sklaven in den englischen Kolonien verlangt wurde. Eine Menge Vereine entstand für diese Zwecke in England und den Kolonien, die Hand in Hand mit den Missionsgesellschaften

*) Nur die Vereinigten Staaten haben den Abschluß eines Vertrages mit einer fremden Macht, der einer solchen das Recht der Durchsuchung amerikanischer Schiffe gegeben hätte, stets verweigert und nur die eigene Marine damit betraut.

durch Wort und Schrift die Bewegung in immer weitere Kreise trug. Am 30. Juli 1830 wurde die schon 1823 im Parlament von Fowell Buxton, dem Nachfolger von Wilberforce, angeregte Frage der Befreiung der Sklaven in den Kolonien wieder der Gegenstand eines Antrags im Parlament. Brougham, einer der Wortführer der Bewegung, schlug nach einer Aufzählung aller Greuel des Sklavenwesens und der damit verbundenen Uebel vor, daß das Unterhaus in nächster Sitzungszeit baldigst die Untersuchung der Lage der Sklaven in den Kolonien zum Zwecke der Milderung und Abschaffung der Sklaverei und Verbesserung der Rechtspflege in Betracht ziehen möge. Mr. Peel erwiderte, daß die Sklaverei ohne Zweifel ein Schandfleck und nicht zu rechtfertigen sei. Doch der westindische Pflanzer, der das Sklavenhalten als etwas Hergebrachtes übernommen habe, würde zu Grunde gehen, wenn man seine Neger ohne Entschädigung einfach in Freiheit setzte. Er verlangte daher, daß ein Antrag wie der Broughamsche erst angenommen würde, wenn gleichzeitig über seine Durchführung und die Art der Entschädigung der Pflanzer Klarheit bestünde. Das schwach besetzte Haus lehnte dementsprechend Broughams Vorschlag ab. — Im April 1831 brachte Mr. Fowell Buxton die Sache wieder zur Sprache.*) Er wies besonders auf die fortgesetzte Abnahme der Zahl der Neger im britischen Westindien hin, welche seit der im Jahre 1819 beschlossenen Einführung genauer Listen der Neger auf allen Pflanzungen deutlich festzustellen war. Er führte diese große Sterblichkeit der Schwarzen, die zu Zeiten stattfand, wo die weiße Bevölkerung wuchs, auf die Nichtbeachtung der verschiedenen zu Gunsten der Neger erlassenen Gesetze in den Kolonien zurück und beantragte daher aufs Neue Untersuchung der Angelegenheit und Abschaffung des Sklavenhaltens. — Auch diese Anregung ging verloren; doch die Zahl der Leute, welche Aufhebung oder wenigstens Milderung der Sklaverei für nöthig hielten, wuchs fortgesetzt in England. Gleichzeitig bildete sich allgemein die Ueberzeugung aus, daß eine Besserung des Looses der Neger von den Verwaltungen der Kolonien**) ohne Eingreifen des Parlaments nicht zu erwarten sei.

Die Frucht der fortgesetzten Agitation war, daß im Mai 1832

*) Die der Krone gehörigen Sklaven wurden am 12. März 1831 für frei erklärt.

**) Unter ihrer stillschweigenden Duldung wurden die ärgsten Ausschreitungen gegen die Sklavenfreunde, besonders die Missionare, verübt.

auf Buxtons nochmaligen Antrag hin ein Parlamentsausschuß zur Untersuchung der Lage der Neger in Westindien niedergesetzt wurde. Das Ergebniß der Arbeiten dieser Kommission war ein derartiges, daß die Regierung ihrerseits die Angelegenheit in die Hand nahm und einen Plan zur Aufhebung der Negersklaverei in den britischen Kolonien entwarf. Lord Stanley legte den Gesetzentwurf am 14. Mai 1833 dem Hause vor. In längerer Rede führte er aus, daß die Verwaltungen der Kolonien in dieser Angelegenheit gar nichts gethan und alle Warnungen in den Wind geschlagen hätten, obwohl Canning 1823 über die Absichten Englands keinen Zweifel gelassen habe. Unter diesen Umständen bleibe nur übrig, daß das britische Parlament seinerseits die Befreiung der Sklaven in Angriff nehme. Alle bisherigen Sklaven sollten sogleich frei erklärt werden und nach Verlauf von 12 Jahren ihre eigenen Herren sein. Von diesem Zeitraum sollten sie noch 8 Jahre als freie Arbeiter, aber ohne Lohn, und weitere 4 Jahre gegen Lohn ihren Herren dienen. Für den Verlust der Sklaven sollten ihre Besitzer insgesammt mit 15 Millionen Pfund Sterling entschädigt werden. — In der Debatte über diesen Plan wurde die Entschädigungssumme auf 20 Millionen bemessen und die Zeit, während welcher die Neger noch für ihre Herren zu arbeiten verpflichtet waren, stark herabgesetzt. Am 28. August 1833 erhielt das Gesetz die Königliche Unterschrift!

Der „Act for the abolition of slavery throughout the British Colonies; for promoting the industry of the manumitted slaves; and for compensating the persons hitherto entitled to the services of such slaves“ erklärte vom 1. August 1834 ab alle Sklaven in den britischen Kolonien für freie Leute. Es sollten in Westindien die dort geborenen Sklaven noch 4, die anderen 6 Jahre als freie Arbeiter ihren Herren dienstbar bleiben. Für Kapland war wohl mit Rücksicht auf die lange Frist, welche die Nachricht bis dahin brauchte, diese Arbeitszeit 4 Monate, in Mauritius 6 Monate länger bemessen. Zur Entschädigung der Sklavenbesitzer waren 20 Millionen Pfund Sterling vorgesehen! Das Gesetz bezog sich nicht auf die Gebiete der ostindischen Company, St. Helena und Ceylon. Der Company wurde jedoch in derselben Session aufgegeben, schleunigst Maßnahmen zu treffen, um die Sklaverei in ihren Gebieten zu mildern und zu beseitigen. Die indische Regierung verbot darauf die weitere Zufuhr von Sklaven nach Indien und begann im Innern

Schritte gegen das Sklavenhalten. Doch fand sie, daß ein rasches Vorgehen in dieser Hinsicht einen Aufstand hervorrufen könnte, und zögerte mit gesetzlichen Maßnahmen.

Der Feldzug gegen den Sklavenhandel von 1808 bis 1850 hat der britischen Regierung im Ganzen etwa 30 1/3 Millionen Pfund Sterling Unkosten verursacht. Von dieser Summe entfallen auf die Zeit von 1808 bis 1840 etwa 22 1/3 Millionen. 2 237 000 Pfund Sterling sind an fremde Mächte, besonders Spanien und Portugal, gezahlt worden, um sie zu energischerem Vorgehen zu bewegen. Etwa 4 Millionen hat die Unterstützung befreiter Sklaven, ihre Ansiedelung in Sierra Leone, Goldcoast und Fernando-Po gekostet. Am bedeutendsten waren die Aufwendungen für die zur Abfassung der Sklavenschiffe nöthigen Kreuzer an der afrikanischen Küste. Von 1808 bis 1840 betrugen diese Kosten 12 224 000, von 1840 bis 1852 etwa 6 Millionen Pfund Sterling. Zu diesen Ausgaben müssen noch die 20 Millionen Pfund Sterling Entschädigung an die Sklavenbesitzer gerechnet werden. — Als Nutzen steht diesen Aufwendungen in erster Linie der Vortheil gegenüber, den Englands Handel von der Stärkung seiner Seemacht gezogen hat, ferner die wirthschaftliche Erschließung Afrikas, welche erst von der Beseitigung des Negerhandels datirt, und endlich das Verdienst, welches es sich um die Sache der Menschlichkeit erworben hat!

Drittes Kapitel.

Westafrikanische Schwierigkeiten 1807—1827.

Die vollständige Aufgabe des Gambia-Gebiets, wie sie 1807 von Großbritannien beschlossen war, erwies sich bald mit seinen Interessen als unvereinbar. Trotz aller Verträge versuchten fremde Sklavenhändler sich in seinen verlassenen Stationen festzusetzen. Dazu machten die Wechselfälle des Krieges gelegentliches Eingreifen nöthig. Die englischen Schiffe nahmen 1809 das französische Fort St. Louis an der Senegal-Mündung und die Insel Gorée, beides beliebte Zufluchtsstätten von Sklavenjägern, in Besitz und übten die Herrschaft in diesen Gewässern. Beim Pariser Frieden 1814 wurden beide Punkte den Franzosen zurückgegeben und England wieder auf das Gambia-Gebiet beschränkt, in dem Frankreich sein Handelskontor

Albrida behielt. Bei den geringen Aussichten, welche der Handel damals nach Verbot der Sklavenausfuhr in jenen Gegenden gewährte, hätte England sie wahrscheinlich wieder sich selbst überlassen, wenn nicht eine Anzahl britischer Kaufleute, die seit 1809 am Senegal ansässig war, sich den Gambia zur Niederlassung gewählt hätten. Sie kauften St. Marys Island an der Flußmündung von einem Häuptling und legten hier die Station Bathurst (nach Lord Bathurst, dem Staatssekretär der Kolonien, benannt) an. In der Nachbarschaft wurden noch einige weitere Landstriche von den Eingeborenen gekauft, auf denen später Fort Bullen, einige Wohnhäuser und das Missionsgebäude entstanden. 1819 wurden einige westindische Truppen nach Bathurst verlegt, um die wenigen Kolonisten gegen Angriffe der Eingeborenen oder Sklavenhändler zu schützen. Sonst geschah wenig für den Fleck, dessen Handel lange Zeit sehr unbedeutend war.

Südlich vom Gambia hatte England zu jener Zeit die Los-Inseln, fünf unfruchtbare Steinklippen, die nur wenige Meilen von der Küste des Festlandes liegen, besetzt. In dem Glauben, daß hier, wo weder Sümpfe noch Vegetation vorhanden waren, weiße Ansiedler vom Fieber verschont bleiben würden, hatte General Turner 1805 auf der mittelsten Insel 103 Leute gelandet. Diese Kolonisten starben aber binnen Kurzem weg oder mußten nach England zurückkehren. Nur einige zwanzig hielten es einige Jahre lang auf den Inseln aus.

Auch an der Goldküste, dem ältesten Flecke englischer Niederlassungen in Afrika, sah es damals noch traurig aus. Die wenigen von der „African Company“ hier mühselig unterhaltenen Forts waren ganz von der Gnade der eingeborenen Häuptlinge abhängig. 1807 eroberten die Aschantis das holländische Fort Cormantine und zwangen die Engländer in Anamabo, damals einem Hauptort der Küste, zu einem Vertrage, worin sie sich zur Zahlung von Renten für dieses Fort und Cape Coast Castle verpflichteten. 1814 eroberten die Aschantis das Fort Winnebah und tödteten seinen Befehlshaber, 1816 belagerten sie Cape Coast Castle. Die Company sah sich genöthigt, 1817 eine förmliche Gesandtschaft nach Kumassi, der Hauptstadt der Aschantis, zu senden und dort einen Friedensvertrag zu schließen. Es wurde die Oberhoheit der Aschantis über die ganze Küste anerkannt und ihnen ein monatlich zu zahlender Tribut be-

willigt. Für Zulassung eines englischen Vertreters in Kumassi bedangen sich die Aschantis Stationirung eines ihrer Häuptlinge in Cape Coast aus! Das erregte unangenehmes Aufsehen in England. Die großbritannische Regierung erachtete eine nähere Beaufsichtigung dieser Vorgänge für angezeigt und sandte Ende 1818 einen Konsul Dupuis zur Goldküste, welcher seinen Sitz in Kumassi nehmen sollte. Die Ankunft dieses Beamten, der früher lange in den Barbaresken-staaten gelebt hatte, erregte das Mißfallen der Vertreter der African Company. Sie erklärten es als unerhört, daß Dupuis von ihren Weisungen unabhängig gestellt war, und behaupteten, daß ein solches Verhältniß ihr Ansehen in den Augen der Eingeborenen schwer schädige. Dupuis auf der anderen Seite fand, daß einige wenige angesehene Theil-haber der Company den ganzen Handel monopolisirten und durchaus hindern wollten, daß dieses Gebiet allen englischen Kaufleuten frei er-schlossen werde. Beide Theile beschwerten sich über einander in England und stritten sich, als Anfang 1820 wieder neue Streitigkeiten mit den Aschantis ausbrachen. Dupuis versuchte sie beizulegen, indem er sich persönlich nach Kumassi begab. Er erreichte dort, daß die Aschantis seine Ernennung als Konsul anerkannten und ihre volle Unterstützung den englischen Interessen versprachen. Dafür verlangten sie aber die Anerkennung ihrer Herrschaft über alle Küstenstämme und das Recht zur Bestrafung der Eingeborenen von Cape Coast, welche ihre Ab-gesandten beleidigt hatten. Die Vertreter der Company in Cape Coast lehnten die Zustimmung zu diesem Abkommen ab, worauf Dupuis Mitte April 1820 nach England abreiste. Als die Aschantis nunmehr den Handel abschnitten und einen Angriff auf Cape Coast planten, erkaufte man von ihnen für eine ansehnliche Menge Gold-staub Frieden.

Die Schilderungen, welche Dupuis von den Zuständen an der Goldküste zu Hause gab, dürften in erster Linie den Anlaß zu einem Bruch mit dem bisher in diesen Gegenden befolgten System gegeben haben. Die Regierung kam zur Einsicht, daß die jährliche Sub-vention der African Company in erster Linie dazu diente, einigen wenigen Mitgliedern das Monopol dieses Handels zu sichern. Außer-dem bestand der dringende Verdacht, daß die Company den früher als Hauptgeschäft betriebenen Sklavenhandel noch immer gelegentlich unter der Hand fortsetzte. Die Folge war ein Parlamentsbeschluß im Jahre 1821, wodurch die African Company aufgehoben und ihre

gesammten Besitzungen an der Goldküste zu Regierungseigenthum erklärt wurden. Ihre Verwaltung wurde ebenso wie die der Gambia-Stationen dem Gouvernement von Sierra Leone übertragen.

Sierra Leone war damals noch immer der einzige Fleck Westafrikas, wo von Kolonisationsarbeit die Rede sein konnte. Die englische Regierung unterhielt hier seit der Uebernahme der Verwaltung im Jahre 1808 eine Truppe und machte die Ansiedelung zum Mittelpunkt ihrer Maßnahmen gegen den Negerhandel. Bis 1814 wurden allein 6000 befreite Sklaven hier untergebracht. Dazu kamen später noch mehrere Tausend Neger aus Westindien. Diese Leute verlegten sich sämmtlich auf Landwirthschaft und Handel. Schon 1816 wurde der gesammte Bedarf an Gemüsen und Früchten in der Kolonie selbst gedeckt, und die verschiedenen Elemente unter den Ansiedlern lebten mit einander in guten Beziehungen. Der damalige Oberrichter der Kolonie beklagte zwar noch zahlreiche Mängel in religiöser, moralischer und gesellschaftlicher Beziehung, doch fand er schon alle grundlegenden Elemente der sozialen Ordnung und Gesittung vorhanden und meinte, daß es nur einer geschickten Hand bedürfe, um sie weiter zu entwickeln. 1818 bestand schon eine Sierra Leone-Gazette. Gegen 2000 Leute jedes Alters besuchten die Schulen. Von 1809 bis 1819 entstanden 11 Dörfer in der Kolonie, welche alle mit Freetown durch gute Straßen verbunden waren. Die gesammte Bevölkerung belief sich 1820 auf 12 500 Köpfe. Die Einnahmen aus den Zöllen waren 1820 von 1900 Pfund Sterling im Jahre 1812 bereits auf 6100 Pfund Sterling gestiegen. Der Ausfuhrhandel war allerdings noch gering, doch gewährte bereits der Kaffee, mit dessen Pflanzung begonnen war, Hoffnung auf gute Erträge. Die Einfuhr hatte bis 1816 jährlich einen Werth von 70 000 Pfund Sterling, von 1816 bis 1821 von 81 600; 1823 von 121 000 Pfund Sterling. Die Ausfuhr, bestehend besonders aus Holz und Reis, wurde auf etwas mehr als die Hälfte der Einfuhr berechnet. An manchen Tagen wurde für 500 bis 1000 Pfund Sterling Goldstaub nach Freetown gebracht.

Dieses Aufblühen Sierra Leones trug wohl wesentlich dazu bei, daß 1821 Großbritannien Sierra Leone zum Mittelpunkt seiner Westafrika-Besitzungen machte.*) Diese bestanden damals, abgesehen von

*) Die Verfassung Sierra Leones wurde durch eine Charter vom 17. Oktober 1821 festgelegt. Regierung, Rechtspflege, Verwaltung der Stadt Freetown 2c. waren darin aufs Ausführlichste geregelt.

den Ansiedelungen in Sierra Leone, aus zwei Stationen am Gambia, einer auf den Los-Inseln und acht Forts an der Goldküste: Cape Coast, Anamabo, Accra, Kommenda, Dixcove, Sekondi, Prampram und Tantamkwerri. In den Forts lebten 45 weiße Angestellte der bisherigen Company und 450 Schwarze.

Sir Charles Macarthy, der Governor von Sierra Leone, welcher nunmehr alle englischen Besitzungen in Westafrika unterstellt erhielt, hatte damals an regulären Truppen nur 5 Kompagnien des 2. West-India-Regiments zur Verfügung. Sie waren an die Stelle eines eigenen Royal African-Corps getreten, bestehend aus 6 Kompagnien Weißer und 3 schwarzer Soldaten, welches 1819 wegen der großen durch das Klima verursachten Sterblichkeit nach dem Kap hatte verlegt werden müssen. Nach Aufhebung der African Company begab sich Macarthy von Sierra Leone persönlich nach der Goldküste, um die Forts zu übernehmen. Er fand hier Alles in größter Verwahrlosung und Unordnung. Die früheren Angestellten der Company weigerten sich, in den Dienst der Regierung zu treten oder ihr nur irgendwie behülflich zu sein. Der Governor mußte sich daher helfen, wie er konnte. Er gab vier der Forts überhaupt auf und behielt nur die von Dixcove, Cape Coast, Anamabo und Accra. Er besetzte sie mit einer Kompagnie des westindischen Regiments und drei weiteren, die er aus den eingeborenen Truppen der aufgelösten Gesellschaft (Royal African Colonial-Corps) bildete. Außerdem verlangte er von England Rücksendung vom Kap und Verstärkung des Royal African-Corps. Trotz der schlechten mit weißen Soldaten in Westafrika gemachten Erfahrungen wurden infolgedessen zwei Kompagnien vom Kap nach der Goldküste rückverlegt.

Die Angelegenheiten der Goldküste nahmen fortan die Aufmerksamkeit des Governments von Sierra Leone in erster Linie in Anspruch. Während Letzteres und der Gambia ein wenn auch langsames doch ruhiges Gedeihen zeigten, nahmen Streite mit den Eingeborenen an der Goldküste kein Ende. Governor Macarthy sah sich genöthigt, im Dezember 1822 nach Cape Coast zurückzukehren und die dortigen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Im Februar 1823 begann er einen allerdings erfolglosen Angriff gegen die Aschantis, welche einen schwarzen englischen Unteroffizier ermordet hatten. Sein wichtigster Erfolg war Bildung eingeborener Milizen an verschiedenen Küstenplätzen und Gewinnung der bei Accra

sitzenden Stämme gegen die Aschantis. Die Letzteren geriethen über Macarthys Maßnahmen, worunter sich auch das Verbot des Verkaufs von Schießpulver befand, in hohe Erregung und erschienen im Juni 1823, als der Governor zum Gambia gefahren war, mit starker Macht in der Nähe der Küste, um den Engländern den Garaus zu machen. Da die Fantihäuptlinge der Küste diesmal entschlossen auf Seite der Engländer traten, errangen letztere einige Erfolge und konnten zwei feste Lager in ziemlicher Entfernung von der Küste als Stützpunkte für ein weiteres Vorgehen gegen die Aschantis anlegen. Ende 1823 erschienen diese in größerer Zahl als bisher diesseits des Prah-Flusses. Macarthy, der eben wieder mit Verstärkungen in der Kolonie eingetroffen war, rückte ihnen darauf entgegen, um sie am Prah zu vernichten. Doch, als er auf den Feind stieß, hatte er infolge der Marsch- und Verpflegungsschwierigkeiten nur wenige hundert Mann ermatteter Truppen bei sich und litt Mangel an Munition. Trotz dessen griff er am 21. Januar 1824 den angeblich 10 000 Mann starken Feind an. Der Ausgang war, daß er selbst mit 8 Offizieren und 178 Soldaten fiel und der Rest der Truppen sich in wilder Flucht rettete. Nach Sendung neuer Soldaten aus Sierra Leone und mit Aufbietung aller Kräfte gelang es den Engländern, Ende Mai einen bescheidenen Erfolg gegen die Aschantis zu erzielen. Da aber die Fantis wieder auf ihre Seite getreten waren, konnte nicht verhindert werden, daß die Feinde vier Wochen später vor Cape Coast erschienen und die dortigen Forts bedrohten.

In diesem Augenblick landeten 100 Mann Soldaten, welche aus England zur Verstärkung des Royal African Colonial-Corps gesandt wurden, und der dänische Befehlshaber von Christiansborg sandte gegen 5000 Eingeborene zu Hülfe. Uneingeschüchtert dadurch, führten die Aschantis Anfang Juli mehrere Angriffe auf Cape Coast aus, bis sie sich schließlich aus Mangel an Lebensmitteln zurückziehen mußten. Einige Hundert Verwundete und Kranke, die sie zurückließen, wurden von den Fantis getödtet. Weit ärger aber waren die Verluste, welche nach ihrem Abzug die Massen der nach Cape Coast und Anamabo geflüchteten Eingeborenen, die nach Vernichtung ihrer Felder an Allem Mangel litten, heimsuchten. Hunger und Krankheit hausten entsetzlich unter Weißen wie Schwarzen! Von den zwei aus Kapland 1823 eingetroffenen weißen Kompagnien lebte Ende 1824 nur noch ein Mann; von einem zweiten, Ende November 1823

aus England gekommenen Detachement waren Ende 1824 acht, von dem im März 1824 eingetroffenen sechs Mann übrig! Die hundert Anfang Juli 1824 aus England gesandten Soldaten verloren in der ersten Woche 45 Mann. Von 42 im Oktober 1823 eingetroffenen weißen Soldatenfrauen starben binnen Jahresfrist 29.

Es ist begreiflich, daß diese Vorgänge in England großes Aufsehen erregten. Die großen Opfer an Menschen und Geld,*) die Schwierigkeiten, welche diese Besitzungen machten, kamen der wenig mit Afrika vertrauten Regierung gleich überraschend. Es wurde beschlossen, unter allen Umständen Ruhe zu schaffen, dann aber die Kosten möglichst einzuschränken. So wurde dem zum Governor in Chief ernannten Major-General Turner eine ansehnliche Truppenmacht zur Verfügung gestellt. Er kam Ende März 1825 mit 700 europäischen Soldaten des Royal African Colonial-Corps und dem 2. West-India-Regiment in Cape Coast an. Da aber die Aschantis ins Innere gegangen waren und an der Küste kein Feind sich zeigte, begnügte er sich, alle Herrschaftsrechte der Aschantis über die Küste für erloschen zu erklären und im April wieder nach Freetown zu gehen. Die Truppen nahm er meist wieder mit und beschränkte die militärische Besatzung auf die Forts Cape Coast und Accra.

Um dieselbe Zeit begann in England ein vom Parlament niedergesetzter Ausschuß die Angelegenheiten Westafrikas einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Konnte das Urtheil dieser Kommission bei den geschilderten Verhältnissen schon nicht günstig ausfallen, so wurde es noch weiter beeinflußt durch den bereits 1826 infolge von Fieber eintretenden Tod Turners und den Ausbruch neuer Kämpfe mit den Aschantis. Diese fielen zwar diesmal siegreich aus, doch verursachten sie neue Kosten, und es war zweifellos, daß hier noch lange nicht die für Kolonisationsarbeit nöthige Ruhe eintreten werde. Dabei wurden nun auch Zweifel an dem Nutzen dieser ganzen Politik laut. Sierra Leone besaß 1822 trotz der aufgewendeten 4 Millionen Pfund Sterling erst etwa 16 000 Bewohner, darunter kaum 130 Weiße. Von Erfolgen an der Goldküste, für die so große Opfer gebracht wurden, war gar keine Rede. Es war daher kein Wunder, wenn ein offener Brief, den James Macqueen Anfang 1825

*) Die Kosten der westafrikanischen Stationen beliefen sich 1822 z. B. auf 142 000 Pfund Sterling. Die Kosten der Verwaltung von 1808 bis 1822 werden auf etwa 4 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

an den Earl of Liverpool richtete, viel Beistimmung fand. Er wies darin nach, daß das Vorgehen in Sierra Leone keinen einzigen Eingeborenen Afrikas veranlaßt habe, freiwillig auf seine barbarischen Bräuche und Sitten zu verzichten und sich der Zivilisation anzuschließen, und daß es ebensowenig bisher geglückt sei, koloniale Erzeugnisse hier erfolgreich anzubauen. Er beschuldigte die Missionare, die Regierung und die öffentliche Meinung irrezuführen. Die Theilnahme der Neger an den Geschworenengerichten in Sierra Leone sei der bösartigste Humbug; die Sittlichkeit sei dort nicht höher als sonst unter Negern, die befreiten Sklaven stählen wie die Raben, es sei Ordnung nur zu erhalten durch grausame Prügel- und Kettenstrafen. Dabei zeigten die Schwarzen hier unerhörte Frechheit und Anmaßung gegen die Weißen, worin die Behörden sie unterstützten. Die befreiten Neger arbeiteten so gut wie nichts. Der Baumwollbau habe aus Mangel an Arbeitern eingestellt werden müssen! Auch der Hinweis, daß die gesammten Zolleinnahmen Englands aus der afrikanischen Einfuhr 1814 etwa 29 000, 1822: 26 000 Pfund Sterling betrugen, während westindischer Zucker damals 4 500 000 Pfund Sterling an Zöllen zahlte, wird nicht wirkungslos gewesen sein.

Die Gegner Sierra Leones schossen über das Ziel hinaus, da sie am liebsten die ganze Aktion gegen den Sklavenhandel eingestellt zu sehen wünschten. Sie boten damit den Freunden Afrikas bequeme Handhaben zur Erwiderung. Mr. Kenneth Macaulay trat als Vertheidiger Sierra Leones öffentlich auf und wußte den unangenehmen Eindruck der gegnerischen Aeußerungen zu mildern. Auch er und seine Freunde konnten aber nicht verhindern, daß der Bericht des Parlamentsausschusses nicht sehr günstig ausfiel, und daß die britische Regierung nunmehr 1827 die Aufgabe und Schleifung aller Forts an der Goldküste und Einschränkung der Aufwendungen für Sierra Leone und Gambia beschloß. Ein Kriegsschiff brachte Ende des Jahres die entsprechenden Weisungen nach Cape Coast. Die Kaufleute wurden benachrichtigt, daß fernerhin nichts zu ihrem Schutze geschehen werde, und es wurde ihnen anheimgegeben, die Küste zu verlassen oder auf eigene Gefahr zu bleiben.

Viertes Kapitel.

Ordnung der Verwaltung Westafrikas.

Trotz aller schlechten Erfahrungen vermochten sich die englischen Faktoristen an der Goldküste zur völligen Aufgabe ihrer Unternehmungen nicht zu entschließen. Sie und ihre Geschäftsfreunde in England setzten alle Hebel an, um die Regierung umzustimmen. Als dies vergeblich blieb, erboten sie sich, eine Company of African Merchants zu bilden und gegen einen jährlichen Zuschuß von nur 4000 Pfund Sterling die Forts in Cape Coast und Accra ihrerseits weiter zu behaupten. Dieser Vorschlag fand Oktober 1828 die Genehmigung der Regierung, welche fortan die Verwaltung der Goldküste in die Hände der neuen Gesellschaft legte. Es war ihr nur Anwendung des englischen Rechts und Anrufung der Gerichte von Sierra Leone bei Aburtheilung schwerer Verbrechen sowie Erhaltung der Zollfreiheit in Cape Coast und Accra vorgeschrieben. Die Gesellschaft legte die Leitung der Geschäfte an der Goldküste 1830 in die Hand eines dort erprobten Offiziers George Maclean. Diesem Manne gelang es, trotz der bescheidenen verfügbaren Mittel Ruhe und Ordnung zu schaffen und aus den vereinzelten Handelsstationen an der Goldküste eine Kolonie zu bilden.

Zunächst brachte er 1831 einen förmlichen Frieden mit den Aschantis zu Stande. Unter geschickter Benützung der letzten Erfolge der Engländer und ihrer Verbündeten und der Gefangenschaft verschiedener Aschantihäuptlinge bewog er die Aschantis, zwei Prinzen sowie 600 Unzen Gold als Bürgschaft für ihre Friedensneigung auszuliefern. Alle Stämme versprachen, den Handel frei und unbehindert zu lassen. Von weiterer Zahlung von Tribut an die Aschantis war keine Rede mehr. Die unruhigen Häuptlinge an der Küste wurden beim ersten besten Anlaß gründlich gezüchtigt und die ersten Schritte gethan, um den noch überall üblichen Menschenopfern ein Ende zu machen. Dank dem Frieden hob sich der Handel. Es begann steigende Ausfuhr von Gold, Elfenbein und Palmöl. Der Handel hatte 1831 einen Umfang von 221 000, 1835 von 347 000, 1840 von 748 000 Pfund Sterling. Die Ausfuhr allein belief sich 1840 auf 325 000 Pfund Sterling. An Palmöl wurde für etwa 7000 Pfund Sterling exportirt. Im Ganzen bezog England 1834 aus Afrika Palmöl bereits

für 458 000 Pfund Sterling, während 1816 dieser Handel kaum 23 000 Pfund Sterling Werth hatte. Die größte Menge des Palmöls kam übrigens von der Benin-Bay. Trotz des geringen Zuschusses (1834 bis 1839 nur 3500 Pfund Sterling) von der Regierung brachte Maclean es fertig, neben den 2 Forts noch 6 bis 7 Handelsstationen im Lande zu unterhalten.

Auch am Gambia und in Sierra Leone besserten sich in dieser Zeit die Aussichten. Die Bevölkerung der letzteren Kolonie nahm dank der fortgesetzten Ansiedelung befreiter Neger rasch zu. Sie stieg 1833 auf 29 700, 1835 auf 35 000, 1838 auf 40 000 Köpfe. Freetowns Bewohnerschaft hob sich bis auf 15 000. Die Zahl der Weißen erreichte etwa 200. Es entstanden allmählich zahlreiche gute Steinhäuser in der Stadt, und immer mehr farbige Händler kamen zu ansehnlichem Wohlstand. Die Zölle brachten 1840 eine Summe von 12 600 Pfund Sterling ein. Die gesammten Einnahmen der Kolonie beliefen sich auf 17 300 Pfund Sterling. Die Kosten der Verwaltung betrugen 1839 rund 90 000 Pfund Sterling. Der Handel Sierra Leones besaß 1825 einen Werth von 136 800, 1830 von 158 200, 1835 von 136 200, 1840 von 139 700 Pfund Sterling. Ausgeführt wurden außer Palmöl besonders Pfeffer, Jngwer, Häute, Erdnüsse und Holz. Sehr entwickelt hatte sich auch die Fischerei, deren Erzeugnisse dem einheimischen Verbrauch dienten.

Die Gambia-Niederlassungen besaßen 1820 eine Bevölkerung von mehr als tausend Köpfen neben der Garnison (150 schwarze Soldaten). Der Export bestand hauptsächlich aus Wachs, Gold und Häuten. Jm Jahre 1819 wurden in England für die aus dem Gambia eingeführten Erzeugnisse 11 000 Pfund Sterling Zoll erhoben. 1823 wurde eine neue Station 175 Meilen flußaufwärts angelegt und Macarthys Jsland benannt. Die Bevölkerung stieg 1833 bis auf 2740 Köpfe, darunter 36 Weiße; 1840 auf 4700 mit 42 Weißen. Das Klima, welches anfangs mörderisch war und z. B. in Bathurst 234 Soldaten in 19 Monaten wegraffte, besserte sich mit der Zeit. Es wurde aber bis in die 50er Jahre für nöthig gehalten, weiße Beamte hier immer nur ein Jahr lang zu belassen. Der Handel machte hier ungewöhnlich rasche Fortschritte. 1836 hatte er einen Umfang von 262 400, 1838 von 235 000, 1840 von 229 900 Pfund Sterling. 1276 Schiffe waren daran betheiligt von 1836 bis 1840. Jm Durchschnitt betrug der Schiffsverkehr von Bathurst

4*

damals jährlich 12 500 Tonnen. Den Bewohnern von Bathurst gehörten 40 dort gebaute Segler. Besonders wichtig für den Export zeigten sich Erdnüsse. Während diese Ausfuhr 1836 nur 838 Pfund Sterling Werth hatte, stieg sie 1840 auf 15 200 Pfund Sterling. Der Goldexport nahm dagegen dauernd ab. Er fiel 1840 auf 1280 Pfund Sterling gegen 5000 noch im Jahre 1836 und 15 000 im Jahre 1823. Auch der Elfenbeinhandel sank dauernd: von 20 800 Pfund Sterling 1836, auf 4700 im Jahre 1840. Dieser Umfang des Handels der kleinen Kolonie, die selbst fast nichts hervorbrachte, erklärt sich daraus, daß sie vermöge ihrer günstigen Lage am schiffbaren Flusse allmählich der Mittelpunkt des Verkehrs des ganzen Nachbargebietes wurde. Die Einnahmen der Kolonien deckten indessen bei Weitem die Kosten nicht. Von 1816 bis 1826 betrugen die Einnahmen durchschnittlich im Jahr 2000, 1830 nur 1500, 1839 6000 Pfund Sterling. Die Ausgaben beliefen sich 1839 auf 18 500 Pfund Sterling. Dabei unterhielt die Regierung hier weder einen Lehrer noch Geistlichen.

Während in den 30er Jahren in den westafrikanischen Besitzungen volle Ruhe herrschte und von ihnen wenig gesprochen wurde, begannen sie gegen den Schluß des Jahrzehnts plötzlich wieder die Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Den Anlaß gab der geheimnißvolle Tod oder Selbstmord der Frau des Governors der Goldküste, Maclean, einer Dame, welche als Miß Landon einen gewissen Ruf als Dichterin besaß. Sie hatte in einer romantischen Aufwallung den Mr. Maclean 1838 geheirathet und nach Cape Coast begleitet. Drei Monate nach der Ankunft fand man sie nach einem Essen todt in ihrem Zimmer. Sie hatte sich nach der Erklärung des Arztes mit Blausäure vergiftet. Dieser plötzliche Tod machte großes Aufsehen in England. Es verbreitete sich eine Reihe ganz unbegründeter aber gern geglaubter Gerüchte über Governor Maclean. Man erzählte, daß er in einem abgelegenen Theile seines Palastes wüste Orgien feiere und seine Frau durch Vernachlässigung und Mißhandlungen in den Tod getrieben habe. Es gab sogar Leute, die behaupteten, er habe seine Frau vergiften lassen. Daneben wurde Maclean grausamer und willkürlicher Behandlung der Eingeborenen angeklagt und behauptet, daß er den Sklavenhandel nicht nur dulde, sondern fördere.

Diese Gerüchte, von deren Auftreten Maclean lange wohl gar nichts ahnte, bewegten die Oeffentlichkeit derartig, daß die britische Regierung

es für nöthig erachtete, im November 1840 einen besonderen Commissioner in Person eines früher in Westindien thätigen Beamten Dr. Madden nach Westafrika zu senden, um die wahre Lage der dortigen Besitzungen zu untersuchen. In Gold Coast sollte er in erster Linie feststellen, ob thatsächlich eine Unterstützung des Sklavenhandels stattfinde; in Sierra Leone und Gambia sollte er sein Augenmerk auf die Ursachen der großen Sterblichkeit und den Werth der betreffenden Gebiete im Vergleich zu anderen richten. Endlich war ihm aufgetragen, festzustellen, ob in Sierra Leone oder sonst Geneigtheit unter den schwarzen Kolonisten bestehe, freiwillig nach Westindien auszuwandern.

Dr. Madden hat seinen Auftrag mit großer Gründlichkeit ausgeführt. Er hat an Ort und Stelle während des Jahres 1841 alle nur auftreibbaren Auskünfte eingezogen und ein sehr schätzenswerthes Material über gesundheitliche Verhältnisse, Handel, Landbau und Aussichten der britisch-westafrikanischen Kolonien zusammengebracht. Obgleich er die großen Schwierigkeiten, welche hier der Kolonisationsarbeit entgegenstehen, in seinem umfangreichen Berichte rückhaltlos schildert, fiel doch sein Urtheil über Westafrikas Aussichten im Allgemeinen günstig aus. Der Tüchtigkeit und dem Geschick des Governor Maclean ließ er volle Gerechtigkeit widerfahren; an der Behandlung der Sklavenfrage und der Ausübung der Rechtspflege fand er jedoch viel auszusetzen. Er mißbilligte besonders entschieden die Duldung der Haussklaverei und den Verkauf von Waaren an notorische Sklavenschiffe. Er verlangte, daß die schwarzen Soldaten in Geld, statt wie bisher in Waaren und Branntwein, wobei sie stark übervortheilt wurden, bezahlt würden, erklärte die Einführung eines regelrechten Gesetzbuchs für die Eingeborenen nöthig, um der bisherigen Willkür zu steuern, und empfahl Belegung nichtbritischer Waaren mit Zuschlagzöllen. — Den Boden Sierra Leones bezeichnete er als größtentheils unfruchtbar, so daß die Leute nothgedrungen sich statt auf Landbau aufs Hausiren verlegten. Freetown habe, trotzdem auch ihm natürliche Wege ins Innere fehlten, eine Bedeutung als Erforschungsstation und guter Beobachtungspunkt für den Sklavenhandel und könne unter besserer Verwaltung wohl vorwärts kommen. Am günstigsten beurtheilte Dr. Madden die Zukunft der Gambiakolonie. Leider sei sie von allen westafrikanischen Plätzen der ungesundeste. Ueberhaupt, fügte er hinzu, schienen die Gründer der

englischen Niederlassungen in Westafrika durchweg die werthlosesten und ungesundesten Flecke ausgesucht zu haben!

Dr. Maddens Bericht wurde einem parlamentarischen Ausschuß übergeben, welcher ihn im Sommer 1842 einer Enquête zu Grunde legte, bei der die hervorragendsten Kenner Afrikas*) befragt wurden. Bei dieser Untersuchung ergab sich ein vielfach von dem durch Madden gewonnenen abweichendes Bild. Es wurde das Verdienstliche seiner Arbeit anerkannt, aber festgestellt, daß die Kürze seiner Reise, Fiebererkrankungen und unzuverlässige oder interessirte Rathgeber sein Urtheil beeinflußt hätten. Der Ausschuß kam in seinem im August 1842 abgegebenen Gutachten daher theilweise zu anderen Ansichten. Hinsichtlich der Goldküste empfahl er Uebernahme der Verwaltung durch die britische Regierung und Lostrennung der Kolonie von Sierra Leone. Dem Wirken des Captains Maclean und seiner Auftraggeber, welche mit der bescheidenen Summe von 3500 bis 4000 Pfund Sterling jährlich vier befestigte Stationen erhalten und einen heilsamen Einfluß auf die ganze Küste geübt hätten, wurde warme Anerkennung gezollt. Es sei durchaus begreiflich, wenn Maclean sich nicht für berechtigt gehalten habe, Schiffe ohne Sklaven an Bord nur auf den Verdacht der Theilnahme an diesem Handel hin von allen Beziehungen mit den Stationen der Company auszuschließen. Allen solchen Schwierigkeiten werde bei Trennung der Regierung von dem Handelsunternehmen ein Ende gemacht. Der Ausschuß empfahl ferner Wiederbesetzung des Forts Apollonia, Winnebah und Whydah und Anstellung von Beamten afrikanischer Abstammung, um der hohen Sterblichkeit zu steuern. Betreffs der bisherigen Rechtspflege an der Goldküste wurde ermittelt, daß das englische Recht und die Gerichtshoheit der englischen Beamten nur auf die Leute innerhalb der Stationen sich erstrecke, doch würde das englische Gericht auch von den Eingeborenen außerhalb angerufen. Die von ihm verhängten Strafen seien viel milder als sie in Europa oder seitens der Häuptlinge ausgefallen sein würden. Immerhin empfahl der Ausschuß, daß nicht der Governor und sein Council, sondern ein unabhängiger Richter hier in Zukunft Recht sprechen möge. Auf Eingeborene außerhalb der Stationen dürfe die englische Rechtspflege nur mit Zu-

*) Es waren darunter: Francis Swanzy, John George Nicholls, Henry William Macaulay, David Morgan, W. M. Hutton, Captain Denman, M. Forster u. A.

stimmung der Häuptlinge ausgedehnt werden. Die englische Verwaltung solle diese nicht als Unterthanen, sondern als schwächere und weniger aufgeklärte Mächte betrachten, denen gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen seien. Darunter müsse Abschaffung des Sklavenhandels, der Menschenopfer und der Haussklaverei sowie der Schuldknechthaft („pawns“) an der Spitze stehen. Es sei wünschenswerth, die Holländer und Dänen an der Goldküste zu gleichen Maßnahmen zu bewegen. Der Ausschußbericht empfahl endlich Vermehrung der militärischen Besatzung, Ernennung eines Kolonialkaplans und Förderung des Schulwesens.

In Bezug auf die Handelsaussichten des Gambia schloß sich der Ausschuß Maddens Anschauung an. Bei Herstellung einer Dampfschiffahrt auf dem Strome und Zollbegünstigung des englischen Handels lasse sich hier eine rasche Entwicklung voraussehen. Empfehlenswerth sei auch hier die Loslösung der Verwaltung von Sierra Leone. Diese Verbindung bringe nur Nachtheile. Einmal, im Falle des Todes eines Richters, vergingen z. B. 2 Jahre, bevor ein Verbrecher abgeurtheilt werden konnte, und als das Gericht endlich stattfand, waren alle Zeugen schon nach Europa zurückgekehrt. Wie die Verhältnisse am Gambia lägen, empfehle es sich, dem Governor zu gestatten, auch ohne Zuziehung des Council zu handeln. Der Ausschuß empfahl ferner Wiederanlage einer Station auf der Insel Bulama und von Blockhäusern in Cestos und den Gallinas.

An der Verwaltung Sierra Leones fand der Ausschuß nichts auszusetzen. Es seien nur verschiedene Beschwerden laut geworden über die ungünstige Lage des zur Aburtheilung von Sklavenschiffen bestimmten Mixed Commission Court an diesem Orte. Die weggenommenen Sklavenschiffe brauchten bis dahin stets eine lange Reise, bei der oft Viele der Neger stürben. Es empfehle sich daher mehr, den Gerichtshof nach Ascension oder einer der portugiesischen Inseln an der westafrikanischen Küste zu verlegen.

Den Schluß des Ausschußberichtes bildete eine Prüfung der Frage, ob Aussicht auf eine ansehnliche Auswanderung freier Neger nach Westindien vorhanden sei. Dr. Madden hatte diese Frage verneint. Er meinte, daß ohne Erkaufung der Zustimmung der Häuptlinge niemals nennenswerthe Mengen von Negern zur Uebersiedlung nach Westindien bereit sein würden, und habe durch Nachfrage an Ort und Stelle gefunden, daß im Jahre nur auf wenige Hundert

solcher Auswanderer zu rechnen sei. In seinem Gutachten erklärte er eine solche Auswanderung als weder im Interesse der Neger, noch, unter den gegebenen Verhältnissen, in dem Westindiens liegend. Er fürchtete, daß eine solche Maßregel nur zu verstecktem Sklavenhandel führen würde. Der Ausschuß behandelte die Angelegenheit ebenfalls sehr vorsichtig, sah sie aber nicht als so aussichtslos wie Dr. Madden an. Er gab zu, daß von der Gold- und Krooküste auf viele freiwillige Auswanderer nicht zu rechnen sei. In den befreiten Sklaven Sierra Leones, welche zunächst „eine Last für die britische Regierung wie für sich" wären, erblickte er dagegen das Material für eine solche Auswanderung. Sierra Leone biete bei seinen geringen Löhnen von 4 bis 7 Pence für den Tag, seinem gering entwickelten Landbau, Mangel an Schulen und schlechtem Klima dem Neger wenig Aussichten. Es würde in seinem Interesse wie in dem der ganzen Afrikapolitik liegen, wenn möglichst viele Neger nach Westindien gingen, dort Vermögen und Bildung erwürben und dann nach Hause zurückkehrten. Einer Ausartung dieser Auswanderung in Sklavenhandel lasse sich durch Gesetze vorbeugen.

Das Ergebniß der Arbeiten des Parlamentsausschusses war, daß 1843 die Verwaltung der Goldküste wieder von der britischen Regierung übernommen wurde. Sie erhielt einen eigenen Governor, der dem von Sierra Leone unterstellt blieb, während der Gambia zu einer selbständigen Kolonie erklärt wurde. Commander Hill übernahm die Leitung der Goldküste; Maclean erhielt als sein Judicial-Assessor die Leitung der Eingeborenen-Angelegenheiten.*) Zur Ueberführung der befreiten Neger nach Westindien geschahen ebenfalls im Sinne des Ausschußberichtes Schritte, und es wurden bis 1850 über 14 000 Schwarze von Sierra Leone nach Westindien geschafft!

Fünftes Kapitel.

Westafrika 1843 bis 1864.

Die Gambia-Kolonie hat sich unter der neuen Ordnung der Dinge ruhig weiter entwickelt. Der Handel wuchs, wenn er auch gelegentlich infolge von Mißernten, Kriegen und anderen Zufällig-

*) Er starb 1847.

keiten Störungen erfuhr. Die gesammte Aus- und Einfuhr der Kolonie hatte folgenden Umfang:

1843	194 200 Pfund Sterling,
1845	273 900 " "
1850	228 300 " "
1855	342 200 " "
1860	182 200 " "
1861	246 300 " "
1862	254 200 " "
1863	317 500 " "
1864	283 800 " "

Die Einnahmen, welche 1850 sich auf 7000, 1851 auf 8400 Pfund Sterling beliefen, hoben sich infolge von Zolländerungen und Zuschüssen der englischen Regierung im jährlichen Betrage von etwa 4000 Pfund Sterling 1854 auf 16 100 Pfund Sterling. 1855 betrugen sie 15 300, 1860: 14 100, 1863: 17 200 Pfund Sterling. Die Zolleinnahmen stiegen von 7700 Pfund Sterling im Jahre 1851 auf 8300 im Jahre 1859 und 10 100 im Jahre 1863. Sie wurden durch einen vierprozentigen Werthzoll und Abgaben von Tabak und Spirituosen aufgebracht. 1863 wurden alle Zölle bis auf die für Tabak und Spirituosen abgeschafft und durch eine Ausfuhrabgabe von den Erdnüssen ersetzt, da der Schmuggel zu groß wurde. Uebrigens haben die Einnahmen in verschiedenen Jahren die Ausgaben nicht gedeckt. 1854 entstand ein Defizit von 2500, 1863 von 2100 Pfund Sterling. Anfang 1865 betrugen die Schulden der Kolonie, welche sie zu decken unfähig war, 5600 Pfund Sterling. Die Bevölkerung der Kolonie belief sich 1851 auf 5600 Köpfe. Auf St. Marys und Macarthys Island waren zusammen 808 Acres im Anbau und 550 in Weidebenutzung. Man besaß 180 Pferde, 360 Rinder und einiges Kleinvieh.

An Stelle des Goldstaubs und des Gummis, welche früher die wichtigsten Gegenstände des Gambiahandels waren, trat in den fünfziger Jahren immer mehr die Erdnuß, welche hauptsächlich nach Frankreich versandt wurde, wo sie zur Fälschung des Olivenöls diente. 1845 wurden davon für 199 Pfund Sterling ausgeführt, 1854 schon für 109 800, 1858 gar für 188 700 Pfund Sterling. Seitdem trat ein Rückgang ein. 1860 betrug diese Ausfuhr nur 79 600, 1863 102 900 Pfund Sterling. Daneben spielten Wachs

und Häute eine Rolle. In der Einfuhr standen Baumwollwaaren, Tabak und Spirituosen an der Spitze.

Die oberste Leitung der Kolonie war 1843 in die Hände eines Governors gelegt worden. Die dem Commander Seagram, welcher den Posten zuerst erhielt, unterm 24. Juni 1843 ertheilte ausführliche Instruktion ist sehr bezeichnend für die damalige Kolonialpolitik der britischen Regierung. Zunächst wurden der Oberrichter, der Governmentssekretär, der Truppenführer und der Friedensrichter zu Mitgliedern des legislativen Councils der Kolonie ernannt, das der Governor bei allen Maßnahmen zuzuziehen hatte. Das Council sollte nur in Anwesenheit des Governors oder seines Vertreters und dreier Mitglieder beschlußfähig sein. Es sollte nach Stimmenmehrheit entscheiden. Kein Gegenstand durfte zur Berathung gestellt werden ohne vorherige Kenntniß des Governors. Das Protokoll der Sitzungen war halbjährlich der britischen Regierung einzureichen. Der Gesetzgebung des Governors und Councils waren im Voraus eine Anzahl Gegenstände entzogen: wie Abhaltung von Gottesdienst, Schmälerung der Einnahmen und Rechte der Krone, die Gehälter der Königlichen Beamten, Währungsfragen, Ehescheidung, Verzollung britischer Waaren u. dergl. Für jedes Gesetz mußte außer in ganz dringenden Fällen vorher die Genehmigung der britischen Regierung eingeholt werden. Alljährlich sollten alle im Laufe des Jahres ergangenen Verordnungen gesammelt veröffentlicht werden. Im Allgemeinen sollte kein Gesetz für kürzere Zeit als zwei Jahre erlassen werden.

Ferner wurden in der Verordnung der Governmentssekretär und der oberste Zollbeamte mit dem Governor zusammen zu Gliedern eines Executive Council ernannt, welches die Ausführung aller Gesetze und Vorschriften zu leiten hatte. Nur im Nothfalle stand es dem Governor frei, ohne Zuziehung dieses Councils zu handeln und nachträglich seine Zustimmung einzuholen. Keine Maßregelung eines Beamten, keine Begnadigung eines Verbrechers sollte ohne Zustimmung des Executive Council erfolgen. — Am Ende war dem Governor Führung eingehender statistischer Tabellen und Förderung der Erziehung und Bekehrung der Eingeborenen zur Pflicht gemacht!

Die Gambiabehörden übten außerhalb der Forts Einfluß nur über einige kleinere Gebiete, wie Cape St. Mary und British-Combo. Es hatten zwar wiederholte Expeditionen des Governors

wie der Missionare ins Innere, besonders nach Bondu, stattgefunden, doch hatten sie zur Ausdehnung des eigentlichen Herrschaftsgebietes nicht geführt. Die militärische Besatzung der Kolonie bestand 1864 aus drei Kompagnien schwarzer Soldaten, die in Bathurst, Fort Bullen, Cape St. Mary und Macarthys Island vertheilt lagen. Eine aus den Eingeborenen gebildete Miliztruppe wurde Anfang der sechziger Jahre aus Geldmangel aufgelöst. — An Missionen waren damals Wesleyaner und Katholiken am Gambia thätig, die für Schulzwecke je 130 Pfund Sterling jährlich Unterstützung erhielten. Außerdem bestand eine Regierungsschule. Auch ein Krankenhaus war vorhanden. — Verkehr zwischen den einzelnen Stationen unterhielt ein kleiner Regierungsdampfer.

Sierra Leones Fortschritte waren noch bedeutender als die der Gambia-Kolonie. Der Aus- und Einfuhrhandel gestaltete sich hier folgendermaßen:

1845	217 700	Pfund Sterling,
1850	212 900	= =
1855	285 400	= =
1860	477 000	= =
1861	381 200	= =
1862	413 000	= =
1863	504 900	= =

Der wichtigste Artikel der Ausfuhr waren hier fortgesetzt Palmöl und -Kerne. 1851 wurden davon für 16 800, 1855 für 46 100, 1860 für 60 000, 1863 für 82 400 Pfund Sterling exportirt. Holz, das in den vierziger Jahren in erster Linie stand, verlor dagegen stark an Bedeutung. Von 25 000 Pfund Sterling im Jahre 1851 sank dieser Export 1860 auf 19 000, 1863 auf 2000 Pfund Sterling im Werthe. Um so mehr wuchs der Handel in Häuten, Erdnüssen und Ingwer. Häute wurden 1851 für 7300, 1855 für 12 100, 1860 für 32 700, 1863 für 37 900 Pfund Sterling; Erdnüsse 1851 für 6400, 1863 für 35 100 Pfund Sterling; Ingwer 1851 für 7800, 1863 schon für 14 600 Pfund Sterling ausgeführt. Der Goldhandel war 1863 schon auf 3600 Pfund Sterling zusammengeschmolzen. Unter den Gegenständen der Einfuhr spielten auch hier Baumwollwaaren, Tabak und Spirituosen die größte Rolle. Von der Einfuhr wurde ein 4prozentiger Werthzoll nebst Zuschlägen für Spirituosen, Tabak und einige andere Artikel erhoben.

Entsprechend dem Wachsen des Handels stiegen hier die Einnahmen. 1845 betrugen sie 20 900, 1850: 17 800, 1855: 28 700, 1860: 33 700, 1863: 47 100 Pfund Sterling. Von Seiten der britischen Regierung wurden nur noch 2000 Pfund Sterling im Jahre zugesteuert, das Einkommen des Governors. Außer den Zöllen wurden hier eine Häusersteuer von 5 Schilling aufwärts nach dem Werthe des Gebäudes, eine Landabgabe von 6 Pence für den bebauten Acre und eine Straßenabgabe von 1 Schilling 6 Pence pro Kopf jährlich erhoben. Die Bevölkerung belief sich 1851 auf 44 300 Seelen. Beinahe 18 000 davon lebten in Freetown, die anderen vertheilten sich auf vier Distrikte, die zusammen in 12 Kirchspiele zerfielen. Es waren 1851 unter Anbau 41 300 Acres. Die Kolonie besaß 173 Pferde, 975 Rinder, 550 Schafe, 5800 Schweine. An Militär standen in der Kolonie fünf Kompagnien eines schwarzen West-India-Regiments. Dazu kam eine etwa 250 Mann starke Miliz. Für Gefängnisse, Polizei und Konstabler wurden jährlich 14 000 Pfund Sterling aufgewendet.

An der Spitze der Geistlichkeit stand ein Bischof mit zwei Kaplänen. Bis 1860 zahlte die Church Missionary Society alle Kosten der Kirchen in der Kolonie. Damals entschloß sie sich, neun Gemeinden mit eingeborenen Pastoren zu bilden und den Gemeinden nur noch einige Zeit einen Zuschuß zu geben. Den letzteren zahlte später, da die Gemeinden noch nicht bemittelt genug waren, die Kolonie. Für Schulzwecke wandte die letztere in den sechziger Jahren jährlich 666 Pfund Sterling auf. Die wichtigsten Schulen, wie die für befreite Neger u. dergl, unterhielten die Church Mission und andere Gesellschaften mit einem Aufwande von fast 5000 Pfund Sterling. Es gab im Ganzen 58 Schulen mit 6700 Schülern. Aus den Kassen der Kolonie flossen dagegen die Mittel für ein Krankenhaus, ein Siechenheim und ein Irrenhaus.

Ihren wirthschaftlichen Aufschwung verdankte die Kolonie, deren Boden, wie erwähnt, meist unfruchtbar war, besonders dem 1861 erfolgten Erwerb der Insel Sherbro und des gegenüberliegenden Festlandes, sowie des Gebiets von Quiah. Der erstere Distrikt schloß sich freiwillig der englischen Kolonie an. Der zweite wurde nach Niederwerfung der unruhigen Bewohner besetzt. Sierra Leone kam durch diesen Zuwachs nicht allein in den Besitz fruchtbaren Landes, sondern auch eines Flusses, der den wichtigsten Weg ins

Innere bildete. Auch die 1799 zuerst besetzte und dann wieder aufgegebene Insel Bulama wurde 1860 von Sierra Leone aus trotz Einspruchs der Portugiesen besiedelt. Die ebenfalls zu der Kolonie gerechneten Los-Inseln blieben auch damals sich selbst überlassen.

Die meisten Schwierigkeiten bereiteten auch in diesem Zeitraum die Verhältnisse an der Goldküste. Als 1843 die britische Regierung dieses Gebiet wieder unter eigene Verwaltung stellte, war der englische Einfluß auf einige Stationen und ihre nächste Nachbarschaft beschränkt. Es war des neu ernannten Governors Hill und Mr. Macleans erstes Bestreben, ihren Einfluß über die Eingeborenen der 150 Meilen langen Küste auszudehnen. Dank der Geschicklichkeit Macleans gelang dies schon März 1844. Die Häuptlinge von Denkera, Assin, Arbra, Cape Coast, Anamabo, Donadi und Donomassi verpflichteten sich damals durch einen Vertrag, alle Menschenopfer und sonstigen grausamen Bräuche abzuschaffen, alle Morde, Räubereien und andere Verbrechen vor den englischen Behörden nach den Grundsätzen englischen Rechts aburtheilen zu lassen und sich unter englischen Schutz zu stellen. Nachdem dies erreicht war, wurden die Forts Apollonia, Sekondi, Kommenda, Tantamkwerri und Prampram aufgegeben. Nach der Unterdrückung des Sklavenhandels hatten sie allen Werth verloren. Auch die Holländer gaben ihre befestigten Stationen in Sekondi, Kommenda, Mori, Cormantine und Barraku auf und beschränkten sich auf Axim, Butri, Shamah, Elmina, Appam und Accra.

1847 hatte das unter englischem Einfluß stehende Gebiet eine Ausdehnung von 6000 Quadratmeilen mit etwa 275 000 Bewohnern. Aber seine Verwaltung verfügte über keine anderen Einnahmen als die 4000 Pfund Sterling, welche die britische Regierung jährlich zahlte. Zölle konnten nicht erhoben werden, da neben den englischen Stationen überall holländische, dänische und seit 1843 auch französische bei Assini, an der Westgrenze der Goldküste lagen. Wenn sie nicht gleichzeitig dieselben Zölle wie England einführten, hätte man allen Handel nach ihnen getrieben. Die holländischen Kaufleute und ebenso die englischen widersetzten sich aber einer solchen Zollerhebung aus allen Kräften.

In England war man über diese Sachlage sehr unzufrieden. Da alle Versuche, die betheiligten fremden Regierungen zu gemeinsamen Zollmaßnahmen zu bewegen, umsonst blieben, wollte man

wenigstens jede unnöthige Ausgabe vermeiden. Als daher 1848 der Governor eine Strafexpedition gegen einen unruhigen Küstenhäuptling unternahm, wurde er ernstlich getadelt, und er sollte sogar für die Kosten des Zuges verantwortlich gemacht werden! Lord Grey, der damalige Staatssekretär der Kolonien, fand diesen Gang der Dinge auf die Länge unerträglich. Er faßte 1849 eine förmliche Besitzergreifung des seit 1844 nur unter englischem Schutz stehenden Gebietes und Einführung eines Zolltarifs ins Auge. Um der Schwierigkeiten, welche das Vorhandensein der fremden Stationen bereitete, Herr zu werden, leitete er Verhandlungen mit Dänemark ein. Sie führten Dank Lord Greys Bemühungen 1850 zu einem Abkommen, wonach Dänemark seinen Besitz an der Goldküste, d. h. Christiansborg, Ningo, Addah und Quittah, für 10 000 Pfund Sterling an England abtrat.*) Letzteres kam dadurch in den Alleinbesitz der Küste östlich von Christiansborg und des Volta-Gebietes, und die englische Regierung erachtete nun den Zeitpunkt für gekommen, die Goldküste zu einer von Sierra Leone selbständigen Kolonie zu erklären. Es geschah dies durch eine Charter vom 24. Januar 1850 und eine ergänzende Instruktion vom April 1851.

Dem Governor wurde ein Legislative Council, bestehend aus dem Judicial-Assessor, dem Zolleinnehmer und zwei anderen angesehenen Persönlichkeiten, sowie ein Executive Council zur Seite gesetzt. Die Befugnisse dieser Körperschaften waren dieselben wie am Gambia. — Die englische Regierung hatte vorausgesetzt, daß nach dem Erwerb der dänischen Forts eine Zollerhebung in der Kolonie möglich und eine Verständigung mit Holland leichter sein werde. Als diese Erwartung sich wieder nicht erfüllte, entschloß man sich, Einnahmen durch Besteuerung der Eingeborenen aufzubringen. Der Governor versammelte im April 1852 die unter englischem Schutz stehenden Häuptlinge und bewog sie, gegen Zusicherung eines Jahresgehalts einer jährlichen Abgabe von 1 Schilling pro Kopf der Bevölkerung beizustimmen. Die Erhebung sollte mit Hülfe der Häuptlinge geschehen. An Zöllen wurde bald darauf ein solcher von ½ Prozent, später 2 Prozent vom Werthe der Waaren eingeführt.

*) Cobden sprach sich im Parlament sehr scharf dagegen aus. Man opfere nur umsonst Menschen und Geld und zerstöre die eingeborenen Regierungen durch neue Landerwerbungen, welche die nöthige Folge sein würden, ohne entsprechenden Ersatz zu schaffen.

Mit Hülfe der aus den Erträgen dieser Maßnahmen erwarteten Summen wurde 1852 ein Korps von 300 Mann aus Sklaven gebildet, die man den Besitzern für je 8 Pfund Sterling in Ratenzahlungen abkaufte. Die Kompagnie des West-India-Regiments, die bis dahin die Besatzung der Küste gebildet hatte, wurde Anfang 1853 nach Sierra Leone geschickt.

Die neuen Maßnahmen hatten nicht den erhofften Erfolg. Die Eingeborenen widersetzten sich der Zahlung der Kopfsteuer, welche im ersten Jahr 7500 Pfund Sterling brachte, die Kaufleute wollten von ihr so wenig wie vom Zoll wissen. Es entstand überall Unzufriedenheit. Ein Häuptling verband sich mit den Aschantis, die man nur mit Mühe bewegen konnte, Frieden zu halten, andere im Osten des Gebietes erhoben sich Anfang 1854 und bedrohten die englischen Forts. Christiansborg wurde sogar von ihnen belagert, und es bedurfte des Eingreifens der britischen Kreuzer und des Bombardements verschiedener Orte. Selbst Accra wurde im Oktober von den Negern bedroht und konnte nur durch Truppen aus Sierra Leone entsetzt werden. Kleine Unruhen dauerten in den östlichen Gebieten noch Jahre lang fort. 1858 brach in Krobo eine Erhebung los, welche nur mit Aufbietung aller Kräfte niedergeschlagen werden konnte. Die Erträge der Kopfsteuer sanken immer mehr. 1861 gingen nur noch 1500 Pfund Sterling ein. Von da an wagte man angesichts der gereizten Stimmung der Eingeborenen nicht mehr sie einzufordern.

Im Dezember 1862 erschien in Cape Coast eine feierliche Gesandtschaft der Aschantis, um Auslieferung eines flüchtigen Häuptlings und eines Sklaven zu verlangen. Obwohl diese Forderung den bestehenden Abmachungen mit den Aschantis entsprach, lehnten der Governor und die Mehrheit des Councils sie ab. Die britische Regierung billigte nachträglich den Beschluß. Der Duke of Newcastle schrieb: „Niemand, der einmal in ein englisches Gebiet gekommen ist, darf ergriffen und einer fremden Macht überliefert werden, außer, wenn das Gesetz der Kolonie es vorschreibt, und kein Gesetz dürfte eine solche Auslieferung an die Behörden eines Staats autorisiren, wo die Rechtspflege nicht in ordentlicher Weise geübt wird, wenn es sich nicht etwa um gemeine Verbrechen handelt." Dies Verhalten der Behörden der Goldküste erregte im Kumassi größte Entrüstung. Es wurde Krieg beschlossen, und nach Ankauf des nöthigen Pulvers

in Elmina, welchen die Engländer ruhig geschehen ließen, erschienen die Aschantis Anfang 1863 südlich des Prah. Das Gold Coast-Korps und einige Detachements westindischer Regimenter, die sämmtlich im östlichen Gebiete lagen, wurden nun in aller Eile ebenso wie zufällig die Küste passirende Truppen nach Cape Coast geschafft und einige Eingeborenenkorps gebildet. Zu Zusammenstößen der regulären Truppen mit den Aschantis kam es aber infolge der schlechten Leitung der Truppen durch Major Cochrane nicht. Sie begnügten sich, nach Vernichtung zahlreicher Dörfer und Niedermetzelung der Bewohner bei Beginn der Regenzeit zurückzugehen. Kaum war die Gefahr vorüber, so begann lautes Geschrei an der Küste über die Unfähigkeit Cochranes und die Haltung der Holländer in Elmina, welche die Aschantis fortwährend mit Munition und Nachrichten versehen hatten. Der Governor erhob Vorstellungen in London über die Gefahr, welche der Kolonie bei einem neuen Angriff drohe. Die Folge war Sendung des vierten Regiments in Stärke von 8 Kompagnien (850 Mann) von Westindien nach der Goldküste und Auflösung des dortigen unzuverlässigen Korps. Die Truppen sollten nach dem Wunsche der englischen Regierung nur zum Schutze der Küste dienen. Der Governor war von der Ansicht durchdrungen, daß auf volle Ruhe in Zukunft nur zu rechnen sei, wenn man die Aschantis angriffe und besiegte. Er erachtete 2000 Soldaten mit etwa 50 000 eingeborenen Hülfskräften für diese Aufgabe als ausreichend. Doch in London wollte man von einem solchen Feldzug nichts wissen und verstärkte das Regiment nur noch um 300 Mann.

Trotz dessen unternahm der Governor Vorstöße ins Innere, die nachträglich auch die Billigung der heimischen Regierung fanden, und setzte sich am Prah fest, um dort weitere Verstärkungen abzuwarten. Unter den Truppen in Prahsu brachen bald Krankheiten aus, und die Hälfte mußte zur Küste geschickt werden. Sie wurden durch neu aus Westindien ankommende Negertruppen ersetzt. Doch da während der Regenzeit auch unter ihnen schwere Krankheiten ausbrachen, blieb im Juni 1864 nur übrig, das Lager am Prah aufzugeben. Die englische Regierung sandte überdies, erschreckt durch die Krankheits- und Todesfälle, Weisung, alle Maßregeln gegen die Aschantis einzustellen. Die mit großen Kosten zum Prah geschafften Vorräthe an Munition und Lebensmitteln mußte man, da

die Rückbeförderung zu theuer gekommen wäre, dort zerstören. Ein Theil der Truppen wurde wieder nach Westindien gesandt.

Der Handel der Goldküste hatte zu jener Zeit folgenden Umfang:

1850	348 000	Pfund Sterling,
1855	290 100	= =
1860	222 800	= =
1861	308 700	= =
1862	247 100	= =
1863	130 600	= =

Noch immer spielte hier Goldstaub bei der Ausfuhr die größte Rolle. 1850 wurde für 175 000, 1855 für 33 000, 1860 für 71 000 Pfund Sterling ausgeführt. Infolge des Krieges mit den Aschantis sank die Goldzufuhr aus dem Innern. 1862 wurden nur 7000, 1863 27 000 Pfund Sterling an Gold exportirt. Der zweitwichtige Artikel waren Palmöl und -Kerne. Die davon jährlich zur Ausfuhr gelangende Menge unterlag je nach Ernte und Marktpreis starken Schwankungen. In einem Jahr wurde für mehr als 100 000 Pfund Sterling ausgeführt, im nächsten die Hälfte oder ein Drittel davon. Unter den Einfuhrwaaren standen auch hier Baumwollwaaren, Spirituosen und Tabak an der Spitze.

Die eigenen Einnahmen der Kolonie betrugen 1851 nur 1800 Pfund Sterling. 1855 beliefen sie sich unter Zurechnung des heimischen Zuschusses von 4000 Pfund Sterling auf 9800; 1856 sogar auf 12 900 Pfund Sterling. Von da an sanken sie infolge des immer schlechteren Eingangs der Kopfsteuer auf 7900 Pfund Sterling im Jahr 1860, 8500 im Jahr 1863. Die Zölle brachten 1860 : 2600 Pfund Sterling 1863 : 2300. Mit seltenen Ausnahmen überstiegen die Ausgaben der Kolonie die Einnahmen. 1851 betrugen erstere z. B. 8200 Pfund Sterling, 1860 : 9500, 1863 : 9400. Im Ganzen hat das englische Parlament von 1800—1828 für diese Kolonie rund 700 000 Pfund Sterling bewilligt. Von 1829—1863 beliefen sich diese Bewilligungen auf 136 000 Pfund Sterling. Dazu kamen aber noch die hohen Beträge, welche England für militärische Zwecke gelegentlich aufzuwenden hatte. Die Schulden der Kolonie erreichten Januar 1865 eine Höhe von 2900 Pfund Sterling.

An militärisch besetzten Stationen waren damals Dixcove, Cape Coast, Anamabo, Winnebah und Accra vorhanden. Quittah war seit 1856 aufgegeben. Die Kolonie besoldete einen Geistlichen und

einen Regierungslehrer. Das Kirchen- und Schulwesen lag aber im Wesentlichen in den Händen der Wesleyanischen und Baseler Mission.

Die Goldküste war zu Anfang der sechziger Jahre nicht mehr der östlichste Punkt der englischen Niederlassungen an der westafrikanischen Küste. Seit 1861 bestand jenseits des die Goldküste im Osten begrenzenden Dahomeyreichs die Kolonie Lagos. Dieser Fleck war in das Gebiet der englischen Interessen zuerst 1851 gezogen worden. Auf Veranlassung eines Parlamentsausschusses, der 1847/48 die Mittel zur Ausrottung des Sklavenhandels berathen und die Errichtung von etwa 10 Handelsstationen am Guineagolf vorgeschlagen hatte, war 1851 in Lagos ein englischer Konsul eingesetzt worden, um den Menschenjagden und -opfern dort ein Ende zu machen. Bei der nach Vernichtung des Sklavenhandels hervortretenden handelspolitischen Wichtigkeit des Flecks, des einzigen an der Küste, wo Schiffe gefahrlos landen können, entschloß sich England 1861, die Insel Lagos vom dortigen Häuptling zu kaufen. Er erhielt dafür eine jährliche Rente von 1000 Pfund Sterling und später, als er auch sein übriges Gebiet abtrat, eine weitere von 400 Pfund Sterling. Das ganze Gebiet wurde in üblicher Weise einem Governor, dem ein legislative und executive Council zur Seite standen, unterstellt.

Welchen Werth diese Erwerbung hatte, ergeben die Ziffern ihres Handelsumsatzes. Schon 1862 hatte dieser einen Werth von 139 800 Pfund Sterling; 1863 stieg er auf 330 400; 1864 auf 287 600 Pfund Sterling. Es wurden Palmöl und -Kerne 1862 für 60 000, 1863 für 138 200, 1864 für 123 100 Pfund Sterling ausgeführt! Unter den Einfuhrgütern spielten hier bald Spirituosen die erste Rolle. Die Zölle, 1862: 2 pCt. von da an 3 pCt. des Werthes, ergaben 1862: 2900, 1863 schon 14 300, 1864: 11 300 Pfund Sterling. Die gesammten Einnahmen betrugen 1862: 7100, 1864: 22 800 Pfund Sterling. Von der englischen Regierung wurden 1862 nur 2800 Pfund Sterling, 1863: 700, 1864: 4400 Pfund Sterling zu den Kosten der Verwaltung beigesteuert.

Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung war hier eine Truppe von 100 Haussas gebildet worden, die ursprünglich als Sklaven nach Lagos gekommen waren. Daneben lagen anfänglich noch 2 Kompagnien Westindier dort.

Sechstes Kapitel.

Die Enquête von 1864.

Die großen Ausgaben, welche der Aschantikrieg an der Goldküste verursacht hatte, die zahlreichen Erkrankungen und Todesfälle in den verwendeten westindischen Regimentern lenkten aufs Neue die Aufmerksamkeit des englischen Publikums und Parlaments den westafrikanischen Angelegenheiten zu.

Anfang der sechziger Jahre war die herrschende Schule in Volkswirthschaft und Politik kolonialen Unternehmungen überhaupt abgeneigt. Man wollte von großen militärischen Aufwendungen für die bestehenden Kolonien nichts mehr hören. Sie sollten sich daran gewöhnen, sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Es gab sogar Leute, welche den Kolonialbesitz überhaupt als Unglück betrachteten und am liebsten auf die meisten überseeischen Besitzungen verzichtet hätten. Dazu kam noch, daß viele Politiker der Ansicht waren, der Zweck, weshalb England in Westafrika einst unter schweren Opfern festen Fuß gefaßt, sei jetzt nach Vernichtung des Sklavenhandels erreicht. Das logisch Richtige sei Aufgabe dieser kostspieligen Niederlassungen. Zum Mindesten dürfe man für sie keine Opfer mehr bringen. Diese Erwägungen waren der Anlaß, daß das Parlament eine neue gründliche Untersuchung der gesammten Lage in Westafrika anregte. Ein Colonel H. St. George Ord wurde im Oktober 1864 beauftragt, die vier dort vorhandenen Kolonien zu besuchen und sich darüber zu unterrichten, ob der bei ihrer Gründung beabsichtigte Zweck erreicht worden sei.

In seiner Instruktion war ausgeführt, daß die westafrikanischen Besitzungen nicht als Plätze für europäische Besiedelung, da das Klima eine solche durchaus verböte, angesehen würden. Sie seien erworben, um den britischen Handel zu ermuthigen, und zwar nicht allein seiner selbst willen, sondern, um dadurch um so kräftiger gegen den Sklavenhandel und die anderen unmenschlichen Sitten der Eingeborenen zu wirken. Er möge nun feststellen, wie weit diese Zwecke durch die Kolonien in ihrem gegenwärtigen Zustand erreicht würden, und ob, ohne ihren Erfolg zu schädigen, Aenderungen und Einschränkungen möglich seien. Er solle insbesondere ihre finanzielle Lage untersuchen und berichten, wie weit sich bei ihnen die Einnahmen und Ausgaben

so abwägen ließen, daß die Kolonien auf die eigenen Mittel angewiesen werden könnten. Er werde finden, daß die für einen gemeinsamen Zweck angelegten Kolonien genügender Verbindungsmittel entbehrten. Wiederholt hätten die Governors Dampferverbindung verlangt. Es sei nun festzustellen, ob durch eine solche vielleicht eine Verstärkung der Einheit des Vorgehens der einzelnen Kolonien bei gleichzeitiger Einschränkung der Ausgaben für die Governments zu erzielen sei. Auch solle er den moralischen Einfluß der britischen Okkupation auf die benachbarten Negerstämme, die Frage der Besteuerung der Eingeborenen, die Art der Ausübung der britischen Herrschaft 2c. genau prüfen.

Colonel Ord, ein guter Kenner Afrikas, vollzog seinen Auftrag, wie gewünscht wurde, bis zum Zusammentritt des Parlaments und war in der Lage, seinen Bericht schon am 9. März 1865 zu erstatten. An die Spitze stellte er die Bemerkung, daß er sich bei seiner Untersuchung überzeugt habe, daß die Verhältnisse jeder der vier Kolonien gänzlich von einander verschieden seien. Die Natur der Eingeborenen, der Handel und die Art seines Betriebes seien in jeder Kolonie anders. Auch die Schwierigkeiten, welche die Sklavenfrage bereite, seien überall verschieden. Er schilderte alsdann in schlichten Worten die Lage der einzelnen Kolonien und betonte dabei insbesondere die Mangelhaftigkeit ihrer Finanzwirthschaft. Die darangeknüpften allgemeinen Bemerkungen bestätigten zunächst die Annahme, daß der Sklavenhandel in der Nähe der europäischen Ansiedelungen in Westafrika gänzlich aufgehört habe. Die einzigen Flecke, wo er noch vorkomme, seien die Küste zwischen Gambia und Sierra Leone sowie die Dahomeyküste. Wenn der Handel in ganz Westafrika augenblicklich etwas darniederliege, habe das seinen Grund in Kriegen der Eingeborenen und dem Steigen der Baumwollpreise durch den amerikanischen Krieg. — In Bezug auf Unterdrückung des Sklavenhandels und Förderung des Waarenverkehrs hätten diese Kolonien ihren Zweck somit zweifellos erfüllt. Sie hätten außerdem sehr viel zum Aufhören der Menschenopfer und sonstiger grausamer Bräuche beigetragen. Wenn man gegen sie ihr ungesundes Klima, ihre Kostspieligkeit und Mängel ihrer Verwaltung geltend mache und behaupte, daß derselbe Nutzen bei ihrer Aufgabe durch einige Konsuln erreicht werden könne, so beruhe dies auf Irrthum. Gewiß sei die Küste ungesund. Doch lebten überall Europäer oft lange Jahre, und die Sterblichkeit in Heer und Flotte

sei nicht viel größer als in Westindien. Von 1857—1861 starben hier auf der britischen Flotte 28,26 von 1000, auf der Flotte in Westafrika 31,14 von 1000. Die schwarzen Regimenter zeigten in letzterem eine Sterblichkeit von 32,19, in Westindien von 23,92 auf 1000 in derselben Zeit. Die Ausgaben der britischen Regierung für die Verwaltung Westafrikas beliefen sich im Durchschnitt auf 12 000 Pfund Sterling im Jahr. Dazu kämen die wechselnden militärischen Aufwendungen, für 1865 auf 127 800 Pfund Sterling veranschlagt, welche jetzt jedenfalls wieder sinken würden. Ueberhaupt werde es nicht schwer halten, ihre Verwaltung zu verbessern und die Ausgaben einzuschränken.

Von gegnerischer Seite werde darauf hingewiesen, daß der Handel mit Benin, Nun, Calabar, Bonny größer als der mit den vier britischen Kolonien sei, obwohl dort keine britische Verwaltung sich befinde. Dieser Handel verdanke aber seinen Ursprung erstens dem großen Palmenreichthum jener leicht zugänglichen Flußgebiete, der die Eingeborenen von selbst zum Export veranlasse, und zweitens der steten Anwesenheit des britischen Geschwaders. Wollte man die englische Verwaltung von den vier Kolonien zurückziehen, so würde man bald im Interesse der Menschlichkeit wieder eingreifen müssen, wie es ja 1861 erst in dem bis dahin unabhängigen Lagos geschehen sei. Sierra Leone sei als Kohlenstation und Mittelpunkt eines aufblühenden Gebietes so wichtig, daß man an seine Aufgabe nicht denken dürfe. Gambia und Goldküste würden in einem solchen Falle sicher sogleich wieder dem Sklavenhandel huldigen.

Wolle man die Verwaltung und Finanzwirthschaft dieser Kolonien besser ordnen, so empfehle sich einfach ihre Vereinigung unter einer obersten Behörde, wie es bei den kleineren westindischen Inseln der Fall sei. Die früheren Versuche in dieser Hinsicht seien unglücklich gewesen, weil den einzelnen Kolonien gar keine eigene Verfügung gelassen worden sei. Bei Errichtung eines Government General in Sierra Leone, Herstellung regelmäßiger Dampferverbindung zwischen den vier Kolonien, Herabsetzung der westindischen Truppen von 2 Regimentern auf 1 und Ersatz durch Haussahs sei eine Besserung der Verwaltung und ein Wachsen der Einnahmen zu erwarten, das bald die augenblicklichen Mehrkosten decken werde.

Der Bericht Ords wurde vom Unterhaus im Frühjahr 1865 einem Ausschuß zur näheren Prüfung überwiesen. Es gehörten ihm

Lord Stanley, Sir Francis Baring, Mr. Buxton, Mr. Gregory, Mr. Adderley und Andere an. Der Ausschuß führte seine Aufgabe in der Zeit vom 9. März bis 26. Juni in der Art durch, daß er über die Angaben Ords nicht nur diesen, sondern auch eine Reihe sachverständiger Beamter, Kaufleute, Missionare, Seeleute u. s. w. vernahm. Es befanden sich darunter der Reisende und Konsul R. F. Burton, Dr. Livingstone, Joseph Martin; ein Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Elliot, Vizeadmiral Sir Frederick W. Grey, die Kaufleute Andrew Swanzy, John Harris und viele Andere.

Burton, der seit 1861 Konsul in Fernando war, sprach sich der Kommission gegenüber für Aufgabe der Kolonie Lagos aus. Es genügten hier ein Konsul, ein Vizekonsul und ein Kreuzer. An der Goldküste empfahl er nur Behauptung der Forts Cape Coast, Accra, Anamabo und Addah. Der letztere Fleck komme für den Handel infolge seiner Lage am Volta allein in Betracht, die andern Forts besäßen nur Werth, solange der Sklavenhandel noch nicht ganz beseitigt sei. Hinsichtlich Sierra Leones empfahl er Ueberlassung von Sherbro und Quiah an Liberia und Behauptung von Freetown lediglich als Kohlenstation. Die bekehrten Neger von Sierra Leone genössen an der ganzen Küste schlechtes Ansehen. Sie seien nur gebildet genug, um Andere zu betrügen. Sie wären höchst eingebildet, lügenhaft und nur zum Handeltreiben geneigt. Ihr europäischer Schliff sei ganz äußerlich. Von der Gambia-Kolonie wollte Burton nur Cape St. Mary behalten sehen! Auch Admiral Grey und andere vernommene Marineoffiziere und Beamte sprachen sich sehr abfällig über die britischen Kolonien in Westafrika aus. Die allmähliche Unterdrückung des Sklavenhandels sei nicht ihnen, sondern allein der Flotte zu danken. Sie nützten auch dem Handel nicht viel. Man könne unbedenklich die Zahl der Stationen wesentlich einschränken. Diese Ansicht theilten auch viele Andere der Befragten. Nur die Kaufleute und Missionare legten Werth auf Fortbestand der englischen Herrschaft im selben Umfange wie bisher. Sie wünschten sogar Besetzung weiterer Punkte an der Küste. Daneben fehlte es nicht an Klagen der Kaufleute gegen Missionare und Beamte und umgekehrt.

Der Vorsitzende des Ausschusses Mr. Adderley legte Ende Juni als Ergebniß der Enquête der Kommission einen Entwurf vor, in dem nach eingehender Schilderung der Lage dargelegt wurde, daß die westafrikanischen Kolonien bis zu einem gewissen Maße im Zusammen-

wirken mit der Flotte zur Unterdrückung der Sklavenausfuhr beigetragen haben, daß aber, wenn nicht dieser Zweck bei Gründung der Niederlassungen vorgeschwebt hätte, kaufmännische Unternehmungen niemals die Goldküste zum Sitz genommen und Engländer überhaupt wahrscheinlich niemals sich in Westafrika niedergelassen haben würden. Noch weniger würde die Regierung ohne genannten Zweck hier Schutzverträge geschlossen und sich eingemengt haben. Missionsunternehmungen allein hätten niemals zu so weittragenden Maßnahmen geführt. Der Sklavenhandel, dessen Unterdrückung der Hauptzweck der britischen Kolonien in Westafrika sei, gehe aber infolge des Sinkens der Nachfrage rasch zurück. Der einzige dauernde Bedarf in Sklaven sei noch in Kuba, wo die Beamten trotz aller Verträge sich aus Duldung dieses Handels regelmäßige Einkünfte verschafften. Diesem Zustand werde alsbald ein Ende gemacht werden, wie es eben auch in Brasilien geschehen sei. Im Allgemeinen wäre es nach Ueberzeugung des Ausschusses besser gewesen, wenn England ein regierungsseitiges Eingreifen in allen Ländern vermieden hätte, welche die englische Rasse nicht kolonisiren kann, und wo englisches Recht mit den eingeborenen Sitten unvereinbar ist. Ohne Einschreiten der Regierung hätte der Einfluß des Handels solche Sitten und Bräuche vielleicht ausgerottet. Die Besitzergreifung von Lagos sei eine Maßnahme, deren Klugheit ebenso fraglich sei wie ihre rechtliche Begründung. England sei dadurch in Eingeborenenkriege verwickelt worden und sehe sich in der Verlegenheit, Sklaverei in seinem eigenen Gebiet zu dulden. Das Protektorat über die Küstenstämme der Goldküste lege der Regierung eine unbegrenzte Verantwortlichkeit ohne irgend entsprechenden Vortheil auf. Der Kolonialsekretär des Governments glaube sogar, daß dieses Protektorat die Häuptlinge geschwächt und entzweit und sie keineswegs zu besserer Führung ihrer Geschäfte erzogen habe. Selbst der Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels würde besser durch bloße Handelsverträge und Besetzung von Forts ohne Nachbargebiet erreicht worden sein, und für den Handel wäre es besser, wenn die Kaufleute, statt sich auf die Regierung zu verlassen, sich genöthigt sähen, sich mit den Eingeborenen gut zu stellen. Es wurde schließlich die Verwendung englischer Offiziere und Truppen in solchen Gegenden scharf getadelt.

Der Entwurf Mr. Adderleys gipfelte alsdann in folgenden Anträgen: In der Hoffnung auf baldige Unterdrückung des Sklaven=

handels solle kein weiterer Schritt in Westafrika gethan werden, der sich nach Erreichen obigen Zieles schwer rückgängig machen lasse.

Jede weitere Ausdehnung der Kolonien, Uebernahme von Regierungspflichten oder neue Schutzverträge in Westafrika seien sorgfältig zu vermeiden.

Es sei vielleicht unmöglich, jetzt die schon übernommenen Gebiete aufzugeben, aber auch sie seien sofortiger Einschränkungen fähig und könnten nach Ausrottung des Sklavenhandels, wenn sie nur noch dem Schutz des Handels dienten, noch weiter umgestaltet und zum Theil geräumt werden.

Die vier bestehenden Kolonien sollten wieder unter die Oberleitung von Sierra Leone gestellt werden. Die dagegen 1842 geltend gemachten Bedenken seien jetzt hinfällig, da man rasche Dampferverbindung habe.

Der Zweck der Vereinigung seien nicht allein Ersparnisse, sondern auch die Herbeiführung einheitlicher Politik, Verhinderung von weiteren Kolonisationsversuchen in Afrika*) und Vorbeugung der Verwickelung in Eingeborenenkriege.

Der Governor von Sierra Leone solle als Governor von ganz Westafrika 3000 Pfund Sterling Gehalt und einen Dampfer zu ständigen Besuchen der Kolonien zur Verfügung erhalten. Auch der Oberrichter solle jährlich einmal alle Kolonien besuchen. Die Truppen sollten allmählich durch Haussas ersetzt werden. An die Spitze von Gambia solle ein Lieutenant Governor treten, Macarthys Island aufgegeben und der Dampfer abgeschafft werden. An der Goldküste sollten nur Accra und Cape Coast durch Truppen besetzt bleiben, die englische Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen abgeschafft und die Häuptlinge kurz darauf hingewiesen werden, daß sie auf englische Hülfe weiter nicht zu rechnen hätten. Die Truppen sollten auf zwei Kompagnien beschränkt und der Governor durch einen Lieutenant Governor ersetzt werden. In Lagos solle sobald als möglich das Land wieder den Häuptlingen unterstellt und die englische Vertretung nur durch einen Konsul geübt werden.

Auf Grund der Adderleyschen Vorschläge faßte der Ausschuß am 26. Juni 1865 seine Beschlüsse, welche dem Unterhause vorgelegt

---

*) Extricating ourselves as much as possible from anything in the nature of colonizing in Africa!

wurden. So weitgehend wie es Adderley angeregt hat, waren sie nicht, aber immerhin bedingten sie einen völligen Umschwung der englischen Afrikapolitik. Ihr Inhalt war folgender:

Wenn es auch unmöglich sei, die britische Regierung gänzlich oder sogleich von einer der Niederlassungen in Westafrika zurückzuziehen, so solle doch die Gambia-Kolonie zunächst auf die Flußmündung beschränkt und weitere Gebiets- und Herrschaftsausdehnung oder Schutzertheilung in ganz Westafrika als unzulässig betrachtet werden. Aufgabe der englischen Politik solle es sein, die Eingeborenen in der Ausbildung der Fähigkeiten zu ermuthigen, welche es England möglich machten, ihnen mehr und mehr die Verwaltung aller Kolonien zu übertragen, bis sie alle, außer vielleicht Sierra Leone, mit der Zeit von England aufgegeben werden können! Die Politik der Nichtausbreitung lasse keine Ausnahmen hinsichtlich neuer Ansiedelungen zu, doch verbiete sie nicht unbedingt Maßnahmen, welche in besonderen Fällen für kräftigere und bessere Verwaltung der vorhandenen Besitzungen nöthig werden könnten. Die Gründe für Trennung der westafrikanischen Kolonien bestünden nicht mehr, es solle daher für alle eine Centralverwaltung in Sierra Leone eingesetzt werden. Es sei zu hoffen, daß dadurch eine ansehnliche Einschränkung der Ausgaben und eine Besserung der Verwaltung erzielt werde. Da in dem neu erworbenen Gebiet von Lagos die Haussklaverei noch existire, finde der Ausschuß, daß dieser mit dem englischen Recht unvereinbare Zustand die ernste Aufmerksamkeit der Regierung verdiene.

Siebentes Kapitel.

Der Aschantikrieg und seine Folgen.

Den Vorschlägen des Ausschusses entsprechend wurde 1866 in Sierra Leone ein Government General errichtet und die Geschäfte in den drei anderen Kolonien in die Hände von Administrators, die unter den Weisungen des Governor General standen, gelegt. Der gewünschte Zweck wurde durch die neuen Maßnahmen indessen nicht nach jeder Richtung hin erreicht. Allerdings schien es zunächst angängig, die westindischen Truppen auf 1100 zu reduziren und in den verhältnißmäßig gesunden Kasernen von Sierra Leone zusammen-

zuziehen, auch konnte die Rechtspflege durch Errichtung eines obersten Appellhofes für ganz Westafrika in Sierra Leone verbessert und vereinfacht werden, und der jährliche Zuschuß von England fiel für die vier Kolonien auf 3300 Pfund Sterling. Die Ueberschüsse einer Kolonie kamen dem Bedarf der anderen zu Gute. Ferner hoffte man, das westafrikanische Geschwader, dessen Kosten jährlich beinahe 1 Million Pfund Sterling betrugen, stark einschränken zu können. Doch die Umstände, welche so lange die Verwaltung Westafrikas erschwert hatten, ließen sich durch die neuen Maßregeln nicht mit einem Schlage beseitigen.

An der Goldküste krankte die englische Herrschaft weiter an dem Mangel an Zolleinnahmen, da die Holländer zu gleichen Maßregeln wie ihre Nachbarn nicht zu bewegen waren. Dazu kamen die fortdauernde Furcht vor den Aschantis und seit der Beschränkung der englischen Besatzung auch Unzufriedenheit der Küstenstämme, welche auf dem ihnen früher zugesagten Schutz bestanden. Um aus diesen Verlegenheiten zu kommen, knüpfte England 1866 nochmals Verhandlungen mit Holland an und schlug ihm gegenseitigen Austausch von Forts vor, um wenigstens jeder Nation einen bestimmten Küstenstreifen zu sichern. Da die Holländer an der Goldküste immer schlechtere Geschäfte machten und jährlich über 10 000 Pfund Sterling dafür aufwenden mußten, gingen sie endlich auf den Vorschlag ein und schlossen im März 1867 ein Abkommen, wonach sie den Engländern alle ihre Besitzungen östlich vom Sweet-River überließen und dafür die englischen westlich davon, Dixcove, Apollonia, Sekondi und Kommenda, erhielten. Für die ganze Küste wurde ein einheitlicher Zolltarif eingeführt. Als aber die unter englischem Schutz stehenden Stämme ihre Abtretung an Holland erfuhren, entstand unter ihnen Aufruhr. Sie lebten in bitterer Feindschaft mit den von Alters her den Holländern befreundeten Leuten und sahen die neuen Herren für zu schwach an, um sie vor den Aschantis zu schützen. Sie weigerten sich daher, holländisch zu werden, und griffen das Boot eines holländischen Kriegsschiffes an. Dieses bombardirte darauf Kommenda, und nun entstand ein allgemeiner Krieg, bei dem das holländische Fort Elmina 1870 in ernste Gefahr kam. Die holländischen Behörden glaubten mit der Zeit zu beobachten, daß die Engländer die Aufständischen heimlich unterstützten. Dazu begannen sich auch die Aschantis aufs Neue zu regen. Sie fielen über

die Krepis her, wobei die deutschen Missionsstationen Anum und Ho zerstört und vier Weiße gefangen genommen wurden.

Unter diesen Umständen entstand in Holland Geneigtheit, diese Besitzung ganz aufzugeben. Es schlug England vor, ihm seine sämmtlichen Forts abzutreten. So geneigt die englischen Behörden in Afrika waren, hierauf einzugehen, fürchteten sie doch neue Unruhen und insbesondere Verwickelungen mit den Aschantis. Diese hatten 1719 das Land Denkera, zu dem Elmina gehörte, und dessen Häuptling für das Gebiet des Forts von den Holländern eine jährliche Pacht erhielt, erobert und darauf ihrerseits die Pacht von den Holländern erhoben. Nun hatte allerdings 1831 der König von Aschanti auf sein Anrecht an Denkera verzichtet, aber er hatte die Zahlungen von Holland gegen Sendung von Sklaven weiter erhalten und betrachtete sich daher als Herrn von Elmina, von wo er seine Munition bezog. Als nun das Gerücht von dem Uebergang der holländischen Besitzungen an England verlautete, protestirte der König Ende 1870 feierlich gegen die Abtretung Elminas, das er als seinen Besitz in Anspruch nahm. Auf die Versicherung der Holländer hin, daß es sich bei den Zahlungen an die Aschantis um keinen Tribut gehandelt habe, wurde dennoch am 25. Februar 1871 im Haag der Vertrag unterzeichnet, wodurch aller holländische Besitz an der Goldküste gegen Erstattung der Kosten der Vorräthe und beweglichen Gegenstände in der Höhe von nicht mehr als 24 000 Pfund Sterling an England überging. Holländischem Handel und Schifffahrt wurde volle Gleichstellung mit dem englischen zugesichert und ferner ausgemacht, daß, falls England die Anwerbung von Arbeitern für seine Kolonien an der Guineaküste erlaube, Holland dort ebenfalls solche holen könne.

Am 6. April 1872 wurde die Uebergabe der Forts an England vollzogen. Den Aschantis wurden reiche Geschenke gesandt. Ein Eingeborener in holländischen Diensten, Plange, hatte inzwischen als holländischer Vertreter dem König Fortsetzung der jährlichen Zahlungen durch England als Geschenk zugesagt, falls er auf seinen Anspruch an Elmina verzichte. Da er mit einem Aktenstück zurückkehrte, worin der König seinen Anspruch in der That zurückzog, gab man sich in England der Erwartung hin, daß die Angelegenheit erledigt sei, und zog sogar die Sendung eines ständigen Agenten nach Kumassi und Zulassung eines Aschanti-Vertreters zu Cape Coast in Erwägung.

Ende April 1872 benachrichtigte der abreisende holländische Kommissar den Aschantikönig von dem Uebergang der Forts an England, sandte Geschenke und verlangte Freigabe der Gefangenen. Mr. Pope Hennessey, der Governor General von Sierra Leone, bot zugleich Verdoppelung der bisherigen jährlichen Zahlung für Elmina an und theilte mit, daß er den Handel mit Waffen und Munition für die Aschantis wieder freigegeben habe. Er handelte darin und in der Ernennung eines Farbigen zum obersten Civilbeamten in Elmina direkt gegen den Rath der mit den Verhältnissen vertrauten Personen. Ebenso unklug verfuhr er in der Sache der weißen Gefangenen. Erst forderte er die Baseler Mission auf, das Lösegeld zu zahlen. Als diese sich bereit erklärte, 1000 Pfund Sterling aufzubringen, hatte er inzwischen die einzige Geisel, den Sohn eines Aschantihäuptlings, freigegeben! Er war überzeugt, mit seinen Maßnahmen den Frieden gesichert zu haben, und berichtete Anfang Juni nach London, daß die Furcht vor Feindseligkeiten der Aschantis nicht länger begründet sei.

In Wirklichkeit beschlossen die Aschantis, als der Bote, den Hennessey gesandt hatte, nur 1000 Pfund Sterling für die Gefangenen bot, während sie mindestens das Doppelte forderten, und im Falle ihrer Weigerung mit Krieg drohte, den Kampf. Sie rüsteten mit aller Macht und hetzten die früher holländischen Küstenstämme auf, ohne daß die Engländer die drohende Gefahr erkannten. Sie ließen sogar im Dezember noch den letzten Gefangenen von Bedeutung, den Onkel des Königs, los, ohne daß die Missionare freigegeben waren. Um dieselbe Zeit rückten die Aschantis bereits gegen die Küste vor. Am 22. Januar 1873 überschritten sie den Prah. Als der englische Kommandant von Cape Coast, Colonel Harley, davon Kunde erhielt, rief er die Küstenstämme zu den Waffen und bat in Sierra Leone um Verstärkungen, da an der Goldküste nur 160 Mann reguläre Soldaten standen. Hennessey in Freetown antwortete aber, daß er an einen Krieg nicht glauben könne. Erst sein bald darauf eintreffender Nachfolger, Mr. Keate, sah die Sache ernster an und ging selbst nach Cape Coast. Er wollte von einer Kriegführung nichts wissen und erklärte, daß man die Eingeborenen sich selbst überlassen und sich auf die Vertheidigung der Forts beschränken müsse. Diesen Grundsatz weiter durchzuführen, kam er nicht in die Lage, da er nach zehn Tagen dem Fieber erlag.

Da außer 100 Haussas aus Lagos andere Truppen nicht vorhanden waren, mußte man sich auf Zusammenziehung und Unterstützung der Küstenstämme beschränken. Diese erlitten mehrere Niederlagen, die Aschantis drangen Ende Mai bis zum Sweet-River und griffen Elmina an, dessen Eingeborenenstadt eben wegen höchst zweifelhafter Haltung von einem englischen Kriegsschiffe bombardirt worden war. Zum Glück trafen im Sommer auf Anordnung der englischen Regierung westindische Truppen an der Küste ein, sonst wären die meisten Plätze den Aschantis in die Hände gefallen. So mußten diese sich begnügen, das Land zu verwüsten und die Forts vom Innern abzuschneiden. — Als in England dieser Stand der Dinge näher bekannt wurde, entschloß man sich zu entscheidenderen Maßnahmen. Der Administrator von Lagos, Glover, erhielt Weisung, eingeborene Truppen auszuheben und mit ihnen von Osten gegen die Aschantis vorzugehen, und General Sir Garnet Wolseley wurde von England gesandt, um an Ort und Stelle ein Heer auszuheben, und damit die Aschantis zum Frieden zu zwingen.*)

Wolseley traf im Oktober 1873 in Cape Coast ein und zog zunächst Eingeborene von Gambia, Sierra Leone und Cape Palmas zusammen. Die Küste wurde blockirt und jeder Waffenhandel streng verboten.**) Darauf begann der General die Küstenstämme durch Geschenke und Zureden zu bestimmen, unter seine Fahne zu treten. Seine Anstrengungen blieben jedoch hier so vergeblich wie anderwärts. Nur zwei Regimenter konnten zusammengebracht werden, und Wolseley sah sich genöthigt, zu Hause die sofortige Sendung von Truppen zu erbitten, da der Aschantikönig seine Botschaften unbeachtet ließ. Als im Dezember 1873 etwa 1800 Mann weiße Truppen in Cape Coast eintrafen, waren die Aschantis infolge von großen Verlusten durch Pocken und Dysenterie schon nach Kumassi abgezogen. Sie hatten sich überzeugt, daß sie Elmina nicht einnehmen könnten, und verschoben einen neuen Angriff auf spätere Zeit. Nach dem Urtheil der Kenner

*) Er hatte auf Grund falscher Nachrichten 30 Meilen leichter Eisenbahn für die Goldküste verlangt und erhalten, um damit den Marsch ins Innere zu erleichtern. An Ort und Stelle erwies sich Anlage einer solchen Bahn unmöglich.

**) Die Aschantis bekamen trotz dessen Munition genug über Assini und Quittah, hauptsächlich von englischen Händlern, wie Ellis hervorhebt! Ein nach 1870 gemachter Versuch, Frankreich zur Aufgabe Assinis zu bringen, war vergeblich geblieben.

haben jedenfalls Wolseleys Maßnahmen sie nicht zu dem Abmarsch bewogen. Die Truppen der Goldküste hatten die Aschantis wiederholt auf dem Rückzug angegriffen, dabei aber wenig ausgerichtet.

Wolseley beschloß nun, die Ankunft der weißen Truppen zu benutzen, um den Aschantis für die Zukunft das Handwerk zu legen. Ueber die Schwierigkeiten des Unternehmens war er sich jetzt allerdings erheblich klarer als früher. Er hatte schon die Sendung der Materialien für die Bahn abbestellt, da er sich von den großen Hindernissen überzeugt hatte, welche das bergige Land und der Mangel an Arbeitern einem solchen Unternehmen entgegenstellten. Es war ihm auch deutlich geworden, daß bei einem Vorgehen ins Innere die Frage des Transports und das Verpflegungswesen die erste Rolle spielten, und er hatte diesen Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Trotz allen Schwierigkeiten ging er aber mit allen Kräften an die Vorbereitung des Feldzuges. Die weißen Regimenter wurden noch einige Wochen mit ihren Schiffen in See geschickt, um Fiebererkrankungen vorzubeugen. Inzwischen wurden Wege und Magazine angelegt und im Januar 1874 der Vormarsch begonnen. Die Hauptmacht rückte von Cape Coast über Prahsu gegen Kumassi vor. Drei kleinere Abtheilungen sollten vom Volta und anderen Küstenpunkten aus in Aschanti einfallen. Am 6. Januar 1874 sendete der General an den König ein Ultimatum von Prahsu aus, worin er Freilassung aller Gefangenen und Zahlung von 50 000 Unzen Gold sowie Zeichnung des Friedens in Kumassi verlangte. Der König nahm diese Bedingungen an und sandte einen der Missionare mit der Botschaft ins englische Lager, daß er zum Friedensschluß bereit sei. Doch dürfe er nicht in Kumassi geschlossen werden, da dies seinem Ansehen zu sehr schaden würde. Als Wolseley darauf bestand und trotz häufiger Erkrankungen unter seinen Leuten vorrückte, sandte er alle weißen Gefangenen zurück und bot nochmals Frieden an, wenn Wolseley nicht nach Kumassi gehe. Wolseley bestand aber darauf und verlangte sofortige Stellung von Geiseln sowie Zahlung von 25 000 Unzen. Erfolge, welche inzwischen die östliche Kolonne unter Glover erfochten hatte, machten ihn des Sieges sicher. Er rückte weiter vor und schlug am 31. Januar die Aschantis bei Amoaful und am 4. Februar dicht vor Kumassi, das am Abend dieses Tages besetzt wurde. — Da alle Versuche des Generals, den geflüchteten König zu einer Zusammenkunft und zum Frieden zu be-

wegen, umsonst waren, wurde die Stadt angezündet und der Rückzug, da es an Lebensmitteln u. s. w. mangelte, angetreten. Glover, der einige Tage später vom Volta mit seinen Haussas in Kumassi erschien, fand die Stadt in Trümmern und folgte Wolseley. — Wenngleich kein entscheidender Sieg erfochten worden war, fand der Aschantikönig infolge von Zwisten unter seinen Häuptlingen es jetzt angezeigt, nachzugeben. Er sandte 1000 Unzen Gold und bat um Frieden. Wolseley sandte ihm darauf einen Vertragsentwurf zu, worin die Aschantis Zahlung von 50 000 Unzen Gold versprachen, alle Rechte auf die Küste aufgaben, freien Handel und Einstellung der Menschenopfer versprachen.

Während die Boten zum König gingen, wurden die europäischen Truppen eiligst zur Küste geschafft und Ende Februar nach Haus gesandt. Nur ein West-India-Regiment blieb an der Küste. Trotz alledem waren unter den weißen Truppen 71 pCt. Erkrankungen zu verzeichnen, und 43 pCt. der Leute erwiesen sich nach der Heimkehr in England untauglich für weiteren Dienst. Unter den Matrosen der Transportschiffe kamen 95 pCt. Erkrankungen vor. Mehr als 40 Offiziere sind bei dem kurzen Feldzug gestorben, davon nur 6 an Wunden. Wolseley selbst trat am 4. März die Heimfahrt an, nachdem er dem Obersten des West-India-Regiments Maxwell die Geschäfte übertragen hatte. Dieser schloß den Friedensvertrag mit den Aschantis auf Grund der erwähnten Bedingungen ab, dann erkrankte er ebenfalls so, daß er auch die Küste verlassen mußte.

Das wichtigste Ergebniß des Feldzuges war, daß durch Gesetz vom 24. Juli mit der 1865 beschlossenen Politik gebrochen und die Goldküste mit Lagos von Sierra Leone wieder abgetrennt wurde. Sie wurden unter dem Namen Gold Coast Colony zu einer besonderen Kolonie erklärt. Sierra Leone und Gambia blieben unter dem Namen West Africa Settlements vereint. Eine weitere Folge des Feldzuges war, daß im Dezember 1874 alle Haus- und andere Sklaverei sowie Schuldknechtschaft in der Kolonie verboten wurden. Es hatten die Schilderungen der Zeitungsberichterstatter über die bisherige Duldung dieser Zustände in der Kolonie in England große Entrüstung erregt. Um aber die Küstenstämme nicht zu erbittern, wurde es gleichzeitig den bisherigen Sklaven freigestellt, bei ihren Herren zu bleiben!

Die Goldküste hat während der Kriegsjahre 1873 und 1874

eigene Einnahmen überhaupt nicht erzielt, während in den Vorjahren nach der Verständigung mit Holland der auf die Einfuhr gelegte 4 prozentige Werthzoll gute Ergebnisse geliefert hatte. Es waren:

1868	15 400	Pfund Sterling,
1869	24 100	= =
1870	30 800	= =
1871	28 600	= =
1872	40 100	= =

erzielt worden.

Der Handel zeigte in diesen Jahren schon folgenden Umfang:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1868 . .	140 200 Pfund Sterling,	148 900 Pfund Sterling,
1870 . .	253 300 = =	378 200 = =
1872 . .	260 100 = =	385 200 = =

Die Entwickelung der übrigen westafrikanischen Kolonien hat in dieser Zeit sich ohne Ereignisse besonders hervorspringender Art in den früher vorgezeichneten Bahnen vollzogen.

Sierra Leones Bevölkerung zeigt zwar in dem Jahrzehnt von 1861 auf 1871 eine kleine Abnahme von 41 400 auf 37 000, doch seine Einkünfte stiegen dauernd. 1865 betrugen sie 47 500 Pfund Sterling, 1867: 64 800, 1870: 67 100, 1872: 94 400, 1874: 92 900. Allerdings deckten diese erheblichen Einnahmen doch nicht alle Verwaltungskosten, und 1874 war eine Schuldenlast von 53 500 Pfund Sterling vorhanden.

Die Handelsbewegung ergiebt sich aus folgenden Zahlen:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1866 . .	251 200 Pfund Sterling,	259 700 Pfund Sterling,
1868 . .	295 800 = =	296 400 = =
1870 . .	280 800 = =	349 400 = =
1872 . .	411 900 = =	436 700 = =
1874 . .	418 000 = =	481 800 = =

Die Bevölkerung der Gambia-Kolonie, welche 1861 nur 6900 Köpfe zählte, erreichte 10 Jahre später 14 100. Die Einnahmen dieser Niederlassung, die, wie überall in Westafrika, fast allein aus den Zöllen flossen, waren je nach dem Gang des Handels von schwankender Höhe. 1866 wurden 19 000 Pfund Sterling erzielt, 1868: 22 000, 1870 aber nur 18 900, 1872: 17 200, 1874: 21 300. Die Handelsbewegung gestaltete sich hier folgendermaßen:

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
1866 . .	108 100	Pfund	Sterling,	158 300	Pfund	Sterling,
1868 . .	144 500	=	=	187 300	=	=
1870 . .	91 900	=	=	142 500	=	=
1872 . .	123 000	=	=	127 200	=	=
1874 . .	130 300	=	=	180 000	=	=

Sehr befriedigend verlief die Entwickelung von Lagos, dessen Einwohnerzahl 1871 auf 62 000 Köpfe berechnet wurde.

Die Einnahmen, welche 1866: 23 800 Pfund Sterling betrugen, hoben sich hier 1868 auf 33 800, 1870 auf 42 800, 1872 betrugen sie 41 300, 1874: 39 300 Pfund Sterling.

Der Handel hatte hier folgenden Umfang:

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
1866 . .	220 700	Pfund	Sterling,	262 600	Pfund	Sterling,
1868 . .	340 800	=	=	517 200	=	=
1870 . .	400 500	=	=	515 300	=	=
1872 . .	366 200	=	=	444 800	=	=
1874 . .	348 600	=	=	486 300	=	=

Obwohl auch im folgenden Jahrzehnt an der Goldküste keine volle Ruhe eintrat, sondern Streitigkeiten der Aschantis mit Nachbarstämmen und gelegentliche drohende Bewegungen gegen die Küste die Regierung immer in Athem hielten, ging die Entwickelung des britischen Westafrika mit immer rascheren Schritten vorwärts. Die Aschantis wagten nicht mehr Englands Zorn offen herauszufordern und erkauften, als das Government 1881 kriegerische Maßnahmen gegen sie traf, sogar für 2000 Unzen Gold Frieden. Der Handel der Kolonien*) hatte folgenden Umfang:

	Einfuhr: Pfund Sterling.				
	1876	1878	1880	1882	1884
Goldküste . .	446 000	394 100	337 200	392 900	527 300
Lagos	476 800	483 600	407 300	428 800	538 200
Sierra Leone	288 100	526 200	491 900	398 800	455 400
Gambia . . .	89 300	164 900	191 500	173 800	212 100

*) Bevölkerung der Kolonien 1881: Lagos 75 200, Sierra Leone 60 500, Gambia 14 100.

Ausfuhr: Pfund Sterling.

	1876	1878	1880	1882	1884
Goldküste . .	465 200	393 400	482 000	340 000	467 200
Lagos	619 200	577 300	576 500	581 000	672 400
Sierra Leone	297 000	391 600	375 900	420 000	377 000
Gambia . . .	86 200	204 300	138 900	254 000	199 400

Der Hauptgegenstand der Ausfuhr waren bei allen diesen Kolonien: Palmkerne, -Oel, Erdnüsse und Kautschuk. Baumwolle wurde aus Lagos 1874 für 31 500 Pfund Sterling ausgeführt und in den Jahren 1871 bis 1873 bildete sie stets einen ansehnlichen Handelsartikel. Von 1875 ab fiel aber dieser Export bis auf 360 Pfund Sterling im Jahre 1880. Von da an erhob er sich wieder, 1884 wurden für 11 400 Pfund Sterling rohe Baumwolle hier ausgeführt. Goldstaub, der zu Anfang des Jahrhunderts an der Goldküste einen sehr bedeutenden Handelsartikel darstellte und in den 30er Jahren alljährlich im Betrage von etwa 70 000 Pfund Sterling exportirt wurde, spielte später nur noch eine geringe Rolle, da die Eingeborenen die Minen nicht genügend bearbeiten konnten. Erst zu Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre begannen europäische Unternehmungen den dortigen Goldlagern ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die erste Gesellschaft, die African Gold Coast Company, erwarb 1878 eine Konzession bei Tarkwa, wo reiche Goldlager in leider sehr ungesunder Gegend sich befinden. Angespornt durch ihre Erfolge entstanden rasch hintereinander die Swanzy, Effuenta, Gold Coast Mining Companies, eine französische Gesellschaft zu Abosso, die Akanko Gold Mining und die Guinea Coast Mining Company. Wenn trotz ihrer Anstrengungen die Goldgewinnung sich zunächst noch in bescheidenen Grenzen hielt, trugen die Schwierigkeiten und die hohen Kosten des Transports die Schuld.

Die Einnahmen der westafrikanischen Kolonien Englands zeigen eine ansehnliche Steigerung während dieses Zeitraums nur in Goldküste und Lagos. Sierra Leone und Gambia haben in den vielen Jahren kaum die Kosten ihrer Verwaltung aufgebracht.

Einnahmen. Pfund Sterling.

	1876	1878	1880	1882	1884
Goldküste . .	64 700	105 000	119 500	104 800	125 900
Lagos	46 400	50 800	47 900	44 600	57 900
Sierra Leone	57 700	69 142	76 000	65 500	76 200
Gambia . . .	19 700	25 700	24 500	26 600	24 900

	Ausgaben: Pfund Sterling.				
	1876	1878	1880	1882	1884
Goldküste . .	93 900	68 400	86 900	116 500	112 900
Lagos	45 100	49 700	55 400	44 000	44 600
Sierra Leone	72 200	57 100	87 700	62 900	85 200
Gambia . . .	21 400	19 800	19 900	19 700	29 400

Trotz dieser Umstände hat die britische Verwaltung die in Lagos 1874 vorhandene Schuldenlast von 21 500 Pfund Sterling allmählich getilgt und die Schulden Sierra Leones, die 1879 sich auf 104 000 Pfund Sterling beliefen, 1884 bis auf 58 000 abgezahlt. Es war dies natürlich nur möglich durch außerordentliche Sparsamkeit und durch Zuschüsse von England. In den Kolonien Sierra Leone und Gambia wurde die Militärmacht bis auf wenige Polizeitruppen, 110 am Gambia, 400 in Sierra Leone, beschränkt. An der Goldküste wurden 1000 Haussas mit einem Kostenaufwand von 26 600 Pfund Sterling jährlich unterhalten. An regulären Truppen stellte England nur noch zwei Kompagnien eines westindischen Regiments, wofür es 1880: 12 600, 1881: 26 100 Pfund Sterling ausgab. Die bewaffnete Macht von Lagos bestand aus 450 Haussas.

Achtes Kapitel.

Die erste Zeit britischer Herrschaft im Kapland.

Als England die Kapkolonie eroberte, war diese über einundeinhalbes Jahrhundert im holländischen Besitz gewesen. Welchen Werth die Kolonie aber hatte, und welcher Entwickelung sie fähig war, davon hat die holländisch-ostindische Kompagnie, welche die Herrschaft darin ausgeübt hat, nie eine Vorstellung besessen. Unter ihrer Verwaltung hat es Kapland nur zu einer weißen Bevölkerung von 25 700 Köpfen gebracht. Die Arbeit wurde durch 29 500 Sklaven und etwa 20 000 farbige Freie besorgt. Kapstadt besaß 1805 nur 1258 Gebäude mit 6200 weißen und etwa 10 500 farbigen Bewohnern. Die Einkünfte der Kolonie überstiegen durchschnittlich im Jahre nicht 450 000 Mark, während die Ausgaben sich auf 2 400 000 beliefen! Die Mineralschätze des Landes waren vollständig unerschlossen geblieben, Ackerbau, Viehzucht und etwas Weinbau stellten so ziemlich alle Erwerbsquellen der Kolonisten dar. Die ganze Ansiedelung

wurde immer nur als Erfrischungsstation für die nach und von Indien kommenden Flotten betrachtet und unter diesem Gesichtspunkt behandelt!

Wenngleich das Kapland auch für England in dieser Hinsicht großen Werth besaß, so entging dem Scharfblick der Briten doch ebensowenig die Brauchbarkeit des Landes für europäische Besiedelung und Bewirthschaftung in größerem Maßstabe. Zunächst freilich nahmen andere Sorgen die Aufmerksamkeit der Verwaltung in Anspruch, in erster Linie die Sklavenfrage. Gemäß dem Beschlusse des britischen Parlaments vom März 1807 wurde 1808 der weitere Handel mit Sklaven in der Kolonie verboten, sehr gegen den Willen der Bewohner, welche bisher Massen von Sklaven zu beziehen gewöhnt gewesen waren. Die von der holländischen Verwaltung übernommenen zahlreichen Negersklaven des Staates waren vorher unter der Hand an angesehene Bürger für je 30 Pfund Sterling verkauft worden. Obwohl sonst Alles beim Alten blieb und noch Niemand damals eine vollständige Befreiung der vorhandenen Sklaven für denkbar hielt, hatte die Angelegenheit sogleich allerlei Schwierigkeiten im Gefolge. Es erhoben sich im Herbst 1808 Hunderte von Schwarzen und begannen die Farmen zu plündern. Der Aufstand mußte mit den Waffen niedergeworfen werden. Dazu wurden die Hottentotten, welche zwar als Freie galten, aber von den Ansiedlern schlechter als Sklaven behandelt wurden, unruhig. Die auf ihrer Seite stehenden Missionare beschuldigten die Kolonisten der größten Grausamkeiten und Willkür gegen diese hülflosen Menschen und erregten durch Veröffentlichungen darüber in der englischen Presse einen Sturm der Entrüstung. Die weißen Ansiedler dagegen flossen über von Klagen über die Faulheit, Dieberei und Tücke der Hottentotten. Es bedurfte einer eingehenden Untersuchung der Sachlage, der Bestrafung verschiedener Schuldiger und einer Gesetzgebung, welche den Hottentotten Lösung von Pässen, Verbleiben in bestimmten Bezirken vorschrieb und ihren Kindern für eine gewisse Zeit die Pflicht zur Arbeit auferlegte, um hier einigermaßen Ordnung zu schaffen. Schwierigkeiten machte auch die Verwendung von Hunderten von Negern, welche englische Kreuzer auf See befreiten und gelegentlich nach dem Kapland schafften. Man wußte sich nicht anders zu helfen, als daß man die Leute auf 14 Jahre als Arbeiter an verschiedene Kolonisten vertheilte.

Nicht weniger lästig waren die ewigen Kämpfe, welche an den Grenzen der Kolonie unausgesetzt mit den Kaffernstämmen im Gange waren. Obwohl Kapland damals im Osten nur bis zum Great Fish River, im Norden an der vorgeschobensten Stelle bis Plettenbergs Beacon am Zeekoe River und im Nordosten bis zum Buffalo River reichte, verletzten die weißen Ansiedelungen die Weidefelder und Jagdgründe der eingeborenen Kaffern. Diese stahlen gelegentlich den Weißen ihr Vieh. Dafür übten letztere blutige Rache und schossen jeden verdächtigen Eingeborenen nieder, was diese zu neuen Gewaltthaten reizte. Um am Fish River Ruhe zu bekommen, wurden hier 1811 und 1812 etwa 20 000 Kaffern mit Gewalt über die Grenze gejagt und ihr ganzer Besitz zerstört. Neuen Einbrüchen wurde durch Errichtung von Militärposten an der Grenze vorgebeugt, doch die Kämpfe dauerten noch lange fort.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse der Kolonie waren in den ersten Jahren der englischen Herrschaft außergewöhnlich günstig, sowohl infolge des starken Bedarfs der indischen Flotten an Lebensmitteln aller Art, wie später wegen der Stationirung einer großen Truppenmacht in St. Helena zur Bewachung Napoleons. Als nach dem Tode des verbannten Kaisers diese Besatzung, die ihre ganze Verpflegung vom Kap erhalten hatte, abberufen und auch die Garnison von Kapstadt vermindert wurde, fand der wirthschaftliche Aufschwung, welcher 1820 und 1821 etwa 5000 weiße Ansiedler ins Land gelockt hatte, ein jähes Ende. Die Regierung, welche seit 1812*) nichtenglischen Schiffen allen Handel mit der Kolonie verboten hatte, sah sich genöthigt, 1821 Waaren, die auf nichtenglischen Schiffen kamen, den Eingang wieder zu gestatten. Allerdings wurden 10 pCt. Zoll davon erhoben, während englische Waaren 3¼ pCt. zahlten. Auch sonst wurden Handel und Gewerbebetrieb gefördert; doch die erwähnten Ursachen, dazu eine Mißernte, steigende Entwerthung des Papiergeldes und die seit Verbot des Sklavenhandels immer höheren Lohnforderungen lasteten schwer auf den Kolonisten. Klagen über Klagen wurden nach London gerichtet. Man beschwerte sich über den schlechten Gang der Geschäfte, die Behandlung der Eingeborenen, die unbeschränkte Macht der Governors u. s. w. je nach dem Standpunkt der Unzufriedenen.

*) Die Maßnahme war zu Gunsten der East India Company getroffen, deren Monopolgebiet das Kapland handelspolitisch zugetheilt wurde.

Infolge dieser Klagen betraute das britische Parlament 1822 einen Ausschuß mit genauer Untersuchung der Lage der Kapkolonie. Die Kommission traf im Juli 1823 in Kapstadt ein und hat nicht weniger als drei Jahre auf Prüfung der Verwaltung, Finanzen und Rechtspflege der Kolonie verwendet. Wenngleich der Ausschuß nicht unabhängig vom Governor gestellt war, durch ihn vielmehr die Materialien erhielt, und wenngleich keines seiner Glieder holländisch, damals noch die Amtssprache, verstand, sind seine Arbeiten nicht fruchtlos geblieben. Eine Anzahl wichtiger Reformen sind durch ihn veranlaßt worden. Zunächst wurde das Holländische als Amtssprache beseitigt. Von 1827 sollte im amtlichen Verkehr nur noch Englisch zulässig sein. Dann erhielt der Governor, der bis dahin im Gegensatz zu anderen englischen Besitzungen nach eigenem Ermessen, ohne Council, regiert hatte, 1825 einen Beirath von sechs Mitgliedern, bestehend aus den höchsten Beamten. Noch wichtiger war die Besserung der Währungsverhältnisse. Die Papierdollars, die einen Nominalwerth von 4 Schilling besaßen, aber bis auf den dritten Theil dieses Werthes gefallen waren, wurden 1826 zum Kurs von 1½ Schilling eingezogen und durch Metall oder englische Noten ersetzt. Den Wünschen der Ansiedler in den Grenzbezirken entsprechend, wurden endlich die Grenzen der Kolonie im Norden und Nordosten erheblich vorgeschoben und der Orange-River zum ersten Mal streckenweise in Besitz genommen.

Volle Ruhe und Zufriedenheit wurde auch durch die Neuerungen nicht herbeigeführt. Die Kolonisten klagten über hohe Steuern, Verschwendungssucht und Willkürakte des Governors Lord Somerset. Dazu kam die Frage der Behandlung der südafrikanischen Eingeborenen, in der sich die Ansichten der Missionare und der Ansiedler sehr scharf gegenüberstanden, nicht zur Ruhe. Lord Somerset dankte schließlich ab und wurde in einen langwierigen Prozeß verwickelt, der allerdings zu seinen Gunsten endigte. Doch Verwaltung und Rechtspflege wurden nach seinem Rücktritt 1827 gründlich umgestaltet. Während bis dahin noch die alten holländischen Einrichtungen fortbestanden hatten, wonach in Kapstadt ein Burgher Senate die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten leitete, und in den einzelnen Provinzen Landdrosten und Heemraden aus der Mitte der Kolonisten an der Spitze standen, wurde 1828 dies Alles abgeschafft und die ganze Kolonie in eine östliche Provinz mit der Hauptstadt Port Elizabeth

und eine westliche getheilt. An die Spitze der Ostprovinz trat ein Commissioner General. Sie zerfiel in die Distrikte Beaufort, Graaf Reinet, Somerset, Albany, Uitenhage und George. Die Westprovinz wurde in die Distrikte: Cape, Simonstown, Stellenbosch, Swellendam und Worcester getheilt. Civil Commissioners und Resident Magistrates wurden die obersten Beamten der Distrikte. Das Council des Governors erhielt eine neue Zusammensetzung. Neben vier Beamten bekamen zwei Kolonisten darin Sitz und Stimme. — An Stelle der vom Governor ernannten und meist noch in anderer Stellung thätigen Richter traten jetzt unabhängige, von der Krone ernannte Richter. Ein Obergericht wurde eingesetzt, Geschworenengerichte wurden eingeführt, und in jedem Dorf sollten jährlich zwei Mal Gerichtstage abgehalten werden. — Obwohl die Schöpfung einer unabhängigen, geregelten Rechtspflege im eigensten Interesse der Ansiedler lag, erregte die Einrichtung böses Blut. Die des Englischen unkundigen Kolonisten sahen sich, besonders wenn wie gewöhnlich Strafsachen zur Aburtheilung nach Kapstadt überwiesen wurden, wo keine holländische Jury zusammenzubringen war, aller Rechte beraubt. Ihre Mißstimmung wurde um so ärger, da unausgesetzt Anklagen und Untersuchungen wegen angeblicher Mißhandlungen von Hottentotten gegen sie schwebten und die englische Regierung diese von ihnen tief verachteten Eingeborenen ihnen 1828 rechtlich vollständig gleichstellte. Es wurden ferner durch das Gesetz Dauer und Bedingungen von Dienstverträgen mit den Hottentotten festgestellt, die Zahlung der Löhne in Tabak und Branntwein verboten und das Verfahren im Falle von Beschwerden der Leute geregelt. Es war dies Gesetz besonders eine Folge der Agitation des Missionars Dr. Philip in England. Er wußte die philanthropischen Vereine für seine Bestrebungen zu gewinnen und durch ein geschickt geschriebenes Buch das Unterhaus zu bewegen, sich der Eingeborenen Südafrikas anzunehmen. Wie wenig freilich sein Vorgehen den Ansichten der Behörden der Kapkolonie entsprach, ergiebt sich daraus, daß er wegen Beleidigung verschiedener Beamten in seinem Buche zu 200 Pfund Sterling Strafe und in die bedeutenden Kosten verurtheilt wurde.

Im Ganzen genommen hat die britische Regierung trotz aller Klagen der Ansiedler sehr viel für die Kolonie gethan und ihre Entwickelung außerordentlich gefördert. Es stiegen die Einnahmen des Kaplands schon in den Jahren 1806 bis 1814 auf durchschnittlich

jährlich 100000 Pfund Sterling; 1815 bis 1819 auf 124000 Pfund Sterling. Von da an fielen sie 1820 bis 1825 auf 123000, 1826 bis 1830 auf 116000 Pfund Sterling, um in den nächsten fünf Jahren immer etwa 119000 Pfund Sterling zu erreichen. Die durch diese Erträge bei Weitem nicht gedeckten Ausgaben, insbesondere die fürs Militär, wurden von der englischen Regierung getragen. Es waren damals besonders mit Rücksicht auf die nicht endenden Kämpfe mit den Kaffern im Lande drei Regimenter Infanterie, Artillerie- und Ingenieur-Detachements und 300 berittene Schützen, meist Hottentotten. An der Kaffergrenze lagen 474 Mann in acht Stationen, 366 in Grahams Town. Dazu kreuzte ein ansehnliches Geschwader dauernd an der Küste. Die Ausfuhr der Kolonie, welche 1806 bis 1814 im Jahre kaum 6000 Pfund Sterling Werth hatte, stieg 1815 bis 1825 auf durchschnittlich 112500, 1826 bis 1830 auf 212500, 1830 bis 1835 auf 237500 Pfund Sterling. Die Einfuhr betrug 1806 bis 1814 jährlich 100000, 1815 bis 1825 350000 bis 400000, 1826 bis 1835 375000 Pfund Sterling.*) Während von 1806 bis 1825 jährlich im Durchschnitt 134 Schiffe Kapstadt besuchten, kamen von 1825 bis 1835 immer gegen 225. — Eine für die Stadt dringend erwünschte Wasserleitung war schon 1811 in Kapstadt geschaffen worden. 1825 gab es in der Kolonie schon 54 Kirchen und 120 Schulen. 1829 wurde eine höhere Schule errichtet. Es wurden um dieselbe Zeit eine öffentliche Bibliothek, ein naturhistorisches Museum und eine Sternwarte gegründet. Auch die erste Bank entstand schon in den 20er Jahren. 1830 folgten ihr die ersten Sparbanken und Versicherungsgesellschaften. Die Zucht feiner Wollschafe ist zu Anfang der 20er Jahre zuerst in sehr kleinem Maßstab begonnen worden. Die Zuchtthiere wurden aus Sachsen bezogen. 1829 wurden 9 Tonnen Wolle erzeugt, die 18 Pence fürs Pfund in Kapstadt brachten. Von da an machte die Wollerzeugung sehr rasche Fortschritte. Alle wichtigeren Orte waren 1834 schon durch regelmäßige wöchentliche Posten verbunden. Die Zahl der Weißen und freien Farbigen belief sich 1833 auf 96000, gegen 43000 im Jahre 1820.

Um den Klagen der des Englischen nicht mächtigen Farmer entgegenzukommen, wurde auf Betreiben des Governors zu Anfang

*) In der Einfuhr waren von 1826 bis 1832 die fremden Waaren den englischen gleichgestellt.

der 30er Jahre das Erforderniß der Kenntniß der englischen Sprache für Geschworene aufgehoben und der Kreis der dazu fähigen Leute erweitert. Es wurde ferner, den Wünschen der Ansiedler, die sie in zahlreichen Petitionen dargelegt hatten, entsprechend, 1833 der Kolonie die volle Verfassung einer Kronkolonie gewährt. Ein Executive Council aus vier der höchsten Beamten wurde geschaffen und die Zahl der Mitglieder des Legislative Council auf 10 bis 12 erhöht. Nur fünf davon sollten Beamte sein, die andern aus der Zahl der Kolonisten vom Governor gewählt und von der Krone bestätigt werden.

Alle Fürsorge der britischen Verwaltung vermochte aber nichts gegen die Erregung, welche die Frage der Negersklaverei unter den Kolonisten in immer steigendem Maße hervorrief. So wenig die Beamten der Kolonie anfangs nach Verbot des Sklavenhandels im Jahre 1808 die Besitzer von Negern und deren oft schon ganz weißen Nachkommen in der Verfügung über ihr Eigenthum zu stören sich geneigt zeigten, die Mission und die Vertreter der Antisklavereifreunde sorgten dafür, daß jede Ausschreitung gegen Sklaven zur Anzeige und Bestrafung kam. Als sich die Thatsache ergab, daß trotz des Verbots der Sklavenausfuhr die Zahl der Unfreien von 29 000 im Jahre 1807 binnen zehn Jahren auf etwa 32000 gewachsen war, setzten sie 1816 durch, daß genaue Verzeichnisse der Sklaven in allen Orten aufgestellt und alle Geburten, Todesfälle und Verkäufe amtlich gemeldet werden mußten. Wurde die Geburt eines Kindes nicht binnen sechs Monaten eingetragen, so war es ohne Weiteres frei! Schon diese Bestimmungen erregten den Zorn der Sklavenbesitzer. Noch übler vermerkten sie es, als 1823 Sonntagsruhe für die Neger eingeführt, die Trennung der Kinder von den Eltern verboten und für die Kinder Schulunterricht eingeführt, ferner die Arbeitszeit der Sklaven und die Strafgewalt der Herren geregelt wurde. Trotz aller Unzufriedenheit der Sklavenhalter und ungeachtet aller Beschwerden wurde die Schutzgesetzgebung auf Anordnung von England hin weiter ausgebaut. 1826 wurden besondere Beamte mit der Ueberwachung der Durchführung des Sklavenschutzes betraut, und es wurde den Sklaven Erlaubniß gegeben, sich loszukaufen, und zwar auf Grund einer von Beamten vorzunehmenden Schätzung. Diese Gesetzgebung erfuhr 1830 noch weitere Verschärfungen. Aber die Folge war, daß die Kolonisten die Schutzgesetze nur sehr mangelhaft durchführten und gegebenen Falles lieber

die Strafe zahlten. Bei der Abgelegenheit vieler Niederlassungen und den weiten Entfernungen ließ sich eine genaue Ueberwachung überhaupt nicht durchführen und noch weniger dem Gesetz überall Gehorsam erzwingen. Der Governor erklärte damals geradezu in London, daß er ohne ansehnliche Verstärkung des Militärs die Gesetze nicht durchzuführen im Stande sei. Auf Grund seiner Vorstellungen wurden die letzten für Südafrika in vieler Beziehung nicht passenden Anordnungen abgeändert, aber dafür die tägliche Arbeitspflicht der Sklaven auf neun Stunden eingeschränkt. Diese Maßregel erregte solche Aufregung, daß der Governor sich genöthigt sah, über die ganze Kolonie eine Art Belagerungszustand zu verhängen. 1832 fand eine Zusammenkunft von 2000 Sklavenbesitzern in Kapstadt statt, die einstimmig gegen die bestehende Schutzgesetzgebung protestirte und auch in London vorstellig wurde. Hier aber fanden diese Klagen kein Gehör, und der Governor konnte den Leuten nur wiederholen, daß er nicht befugt sei, diese Gesetze zu ändern. — Unter solchen Umständen wurde das Halten von Sklaven recht unvortheilhaft. In der Ausnutzung der Arbeitskraft der jungen Neger sahen sich die Kolonisten beschränkt, die alten und kranken aber mußten sie ernähren! Der Beschluß des Parlaments, welcher 1833 die Sklaverei in 19 englischen Kolonien überhaupt aufhob, wurde daher am Kap schließlich beinahe als Wohlthat empfunden. Die zur Entschädigung der Sklavenbesitzer ausgeworfene Summe von 20 Millionen Pfund Sterling erschien auf den ersten Blick sehr reichlich bemessen, da man von der Zahl der Neger in Westindien keine Vorstellung hatte. Viele hofften sogar auf ein gutes Geschäft.

Es gab 1834 im Kaplande 39021 Sklaven. 21613 gehörten dem männlichen, der Rest dem weiblichen Geschlecht an. Nach dem Emanzipationsgesetz sollten die Kinder unter sechs Jahren vom 1. Dezember 1834 an frei sein. Die Erwachsenen, soweit sie gesund waren, sollten vom 1. August 1834 bis 1. Dezember 1838 ihren bisherigen Herrn als freie Lehrlinge wöchentlich 45 Stunden weiter dienen und sich dann ebenfalls voller Freiheit erfreuen. Die mit Abschätzung des Werthes der Sklaven vom Governor betraute Kommission rechnete eine Entschädigung von 3 041 290 Pfund Sterling als billig heraus. Der größte Theil der Summe sollte den Ansiedlern in Kapstadt, Cape und Stellenbosch, wo die meisten Sklaven gehalten wurden, zu Gute kommen. Es herrschte ob dieser Aussicht

ziemlich allgemeine Befriedigung. Besorgt waren eigentlich nur die älteren Sklaven, welche nicht wußten, was sie mit ihrer Freiheit anfangen würden. Aber diese Erwartungen wurden bald sehr herabgestimmt, und es begann neues Geschrei, als 1835 bekannt wurde, daß von den 20 Millionen Entschädigung auf die Kapkolonie nur 1 246 400 Pfund Sterling entfallen seien! Es entstand unter den ärmeren Landwirthen, die oft ganz auf die Arbeit einiger Neger angewiesen waren, große Aufregung. Wo die Sklaven als Unterpfand für Darlehen dienten, wurden diese schleunigst gekündigt. Dazu sprengten Spekulanten das Gerücht aus, daß die auf London lautenden Schadenersatzanweisungen erst nach genauer Beweisführung in Jahren oder gar nicht gezahlt werden würden, und veranlaßten die unwissenden Leute vielfach, ihre Ansprüche für eine Kleinigkeit loszuschlagen. Zahlreiche Familien verarmten infolgedessen, und der Wohlstand der ganzen Kolonie erlitt eine Erschütterung. Dazu erfuhr die Zahl der bettelnden und stehlenden Landstreicher, welche seit der vollen Gleichstellung der arbeitsscheuen Hottentotten mit den Weißen außerordentlich gewachsen war, eine neue Zunahme. Verscheuchte ein Kolonist die Vagabunden mit Gewalt von seinem Hofe, so war er ziemlich sicher, dafür bestraft zu werden. Ende 1833 war auf viele Klagen hin ein Gesetzentwurf aufgestellt worden, der zwangsweise Beschäftigung von Landstreichern bei öffentlichen Arbeiten einführte. Hiergegen hatte indessen Dr. Philip, der Vertreter der Londoner Missionsgesellschaft, die öffentliche Meinung in England so aufzubringen gewußt, daß der Governor schließlich der Maßregel seine Zustimmung versagte.

Neuntes Kapitel.

Entstehung der Boerenstaaten.

Diese Umstände, verbunden mit der Unthätigkeit des Governors gegen einen Kafferneinfall im Jahre 1834, sind es gewesen, welche den vielfach von Anfang an mit der strengen englischen Herrschaft unzufriedenen holländischen Bauern*) den Aufenthalt in der Kolonie schließlich so verleideten, daß sie sich zur Auswanderung entschlossen. Nachdem schon wiederholt einzelne Kolonistenfamilien weit ins Innere

*) Im Kapholländisch „Boeren" genannt.

gezogen waren und dort gelegentlich, wenigstens zeitweilig, festen Fuß gefaßt hatten, begann 1835 die Bewegung in immer steigendem Umfang. Hunderte von Bauernfamilien zogen mit großen Viehheerden über die Grenzen der Kolonie nach Norden und Osten. Nach langen und harten Kämpfen gründeten sie den Oranjefreistaat und Transvaal. Außerdem bevölkerten sie Natal, wo 1824 britische Seeleute bei Port Natal die erste Ansiedelung geschaffen hatten. Die Kapbehörden wollten der Auswanderung entgegentreten, zumal die britische Regierung sie anwies, die Anlage neuer und besonders unabhängiger Kolonien durch Kapländer nicht zu dulden, fanden aber keine rechtliche Handhabe zum Einschreiten.

Die Regelung der Beziehungen zu den von den Auswanderern gegründeten neuen Niederlassungen, sowie die Auseinandersetzung mit den durch die wandernden Bauern in neue Aufregung versetzten Kaffernstämmen bildete während der nächsten Zeit die Hauptsorge der kapländischen Verwaltung. Die erste Auseinandersetzung mit den ausgewanderten Bauern erfolgte in Natal. Die wenigen in Port Natal ansässigen Kapländer hatten schon 1835 Annexion des ganzen herrenlosen Gebietes beantragt und vorgeschlagen, es Victoria zu nennen. Obwohl der Governor der Kapkolonie, d'Urban, den Antrag befürwortete, lehnte der damalige Secretary of State for the Colonies, Earl Glenelg, ein abgesagter Gegner jeder Beschränkung der Rechte der Eingeborenen, ihn ab. Er erklärte, die Regierung Seiner Majestät sei tief durchdrungen von der Unthunlichkeit kolonialer Pläne und weiterer Landerwerbungen in Südafrika! Nur auf Drängen der Missionare ließ sich der Staatssekretär schließlich herbei, 1836 den Kapbehörden Vollmacht zur Aburtheilung aller in Afrika südlich vom 25° südlicher Breite begangenen Verbrechen zu ertheilen.

Bei dieser Lage der Dinge erschienen 1837 die ersten einwandernden Bauern in Natal. Sie verhandelten mit dem dort herrschenden Zuluhäuptling, ihnen das Land abzutreten, und wurden von den wenigen Bewohnern der Ansiedelung Durban bei Port Natal freudig begrüßt. Aber dieses Unternehmen hatte einen traurigen Ausgang. Die Bauern wurden 1838 von den Zulus in eine Falle gelockt und großentheils niedergemetzelt, auch die Kolonisten von Durban wurden von den Wilden angegriffen. Was nicht getödtet wurde, mußte sich auf ein Schiff retten. An die Stelle der englisch gesinnten Ansiedler traten nun Bauern, die sehr bald nach der Niederlage

rachedürstend in Menge aufs Neue in Natal erschienen. Am 16. Mai 1838 nahmen sie Durban im Namen des „Verbandes der südafrikanischen Auswanderer“ in Besitz und richteten sich im Lande ein. Der Governor von Kapkolonie schärfte darauf aufs Neue das Verbot der Gründung neuer Niederlassungen und gar Freistaaten ein und erklärte den Leuten, daß er sie von ihrer britischen Staatsangehörigkeit nicht entbinden könne. Aber obwohl er ihnen mit Gewalt drohte, blieben die Bauern in den neuen Plätzen und setzten einen erfolgreichen Rachezug gegen die Zulus ins Werk. Die Nachrichten von ihrem Vorgehen erregten besonders bei den negerfreundlichen Kreisen Englands großen Zorn. Sie sahen in den Thaten der Bauern nichts als unerhörte wilde Grausamkeit und Gewaltthaten und wünschten Zwangsmaßregeln gegen sie. Auf ihr Betreiben sandte der Governor der Kapkolonie Ende 1838 eine kleine Truppenmacht nach Natal, besetzte Durban, verbot jeden Handel im Hafen sowie Besuch der Küste ohne seine besondere Erlaubniß und beschlagnahmte die Munitionsvorräthe in der Niederlassung. Die Bauern protestirten hiergegen wie gegen andere Versuche der englischen Behörden, Regierungsakte vorzunehmen. Sie erklärten wiederholt, daß sie ein freies, unabhängiges Volk seien und nur ihrer selbst ernannten Regierung Gehorsam schuldeten. Im März 1839 legten sie die Stadt Pietermaritzburg an und schufen dort eine vollständige Verwaltung für den neuen Freistaat. Die Kapbehörden begnügten sich dem gegenüber mit wiederholter Betonung ihrer Auffassung, daß die Bauern nach wie vor britische Unterthanen seien, von Gewaltmaßregeln nahmen sie aber Abstand, da die englische Regierung fortgesetzt eine Ausdehnung ihrer südafrikanischen Besitzungen für unthunlich erklärte. Im Dezember 1839 wurden sogar die in Port Natal stationirten Truppen abberufen und die beschlagnahmte Munition freigegeben.

Es ist begreiflich, daß die Natalbauern in dieser Räumung des Hafens eine thatsächliche Aufgabe der britischen Ansprüche sehen zu können vermeinten. Sie wandten nun ihre ganze Kraft gegen die Kaffern, deren Macht sie brachen und deren Heerden sie erbeuteten. Am 14. Februar 1840 ergriffen sie durch eine feierliche Proklamation vom ganzen Gebiet zwischen den Flüssen Tugela und Black Umvolosi Besitz und nahmen auch die Lucia-Bay im Norden und das Land südlich von dem schon besetzten Natal bis zum Umzimvubu als

Eigenthum in Anspruch. Als die Verwaltung der neuen Republik einigermaßen geordnet war, traten ihre Leiter mit dem Kap in Verbindung, um eine ausdrückliche Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zu erlangen, doch inzwischen hatte Lord John Russel, der damalige Staatssekretär der Kolonien, in Kapstadt Anweisungen ertheilt, Port Natal aufs Neue zu besetzen und Natal zur britischen Kolonie zu machen.

Die Kapbehörden waren über diesen Umschwung der Meinung in England um so erfreuter, da die neue Niederlassung auch dem Handel Kapstadts Abbruch that. Da sie aber weder Geld noch Soldaten verfügbar hatten, gingen sie zunächst mit den Natalbauern auf Verhandlungen ein. Die Letzteren boten ein enges Bündniß, Gegenseitigkeit in den Zöllen und andere Vortheile, verlangten dafür aber Anerkennung ihrer Selbständigkeit. Der Schriftwechsel dauerte längere Zeit, bis auf Betreiben von Missionaren ein von Natal angegriffener Zulustamm die Hülfe der Kapkolonie anrief. Dieser Vorfall veranlaßte den Governor der Kapkolonie, den Bauern im Sommer 1841 zu erklären, daß England nicht Theile seiner Unterthanen als unabhängigen Staat anzuerkennen vermöge und daß es auf Unterwerfung unter seine Gesetze bestehen müsse. Zugleich kündigte er die Sendung von Truppen an. Nun lag allerdings Führung eines Krieges mit den Bauern nicht in Lord Russels Absicht. Er wies den Governor Ende August 1841 nur an, den Hafen von Natal zu besetzen und in die Angelegenheiten der Bauern nur im Falle eines Angriffs auf die Kaptruppen oder befreundete Kaffernstämme einzugreifen. Doch die Bauern waren entschlossen, sich nicht gutwillig England zu unterwerfen. Als im Mai 1842 eine 263 Mann starke Abtheilung englischer Truppen in Durban eintraf, protestirten die Natalleute entschieden dagegen und erklärten, sich unter holländischem Schutz zu befinden. Schritte, solchen zu erlangen, waren allerdings von privater Seite geschehen, doch hatte die holländische Regierung nichts gethan. Als die Engländer sich daran nicht kehrten und sogar einen nächtlichen Angriff auf die Bauern begannen, setzten sich diese zur Wehr und schlossen die Angreifer in ihrem Lager ein. Auf die Kunde davon wurden von Kapstadt alle verfügbaren Truppen nach Natal geschickt. Die Bauern versuchten vergebens ihre Landung zu verhindern, und als nun auch noch die Eingeborenen sich gegen sie erhoben, entschlossen sich die Nataler

Juli 1842, alle eroberten Waffen und die Gefangenen auszuliefern und Frieden zu schließen. Ihre Selbstregierung blieb unangetastet, nur die Hafen- und Zollgebühren sollten von den Engländern für die englische Krone erhoben werden. Die Natalleute gingen auf diese Bedingungen hauptsächlich ein, um Zeit zu gewinnen, da sie fortwährend auf Hülfe von Holland hofften.

Aber die Monate verflossen, und die Hülfe blieb aus. Holland lehnte sogar bestimmt jede Unterstützung der Bauern ab und bedrohte seine Unterthanen, die sich etwa an Feindseligkeiten gegen England betheiligten, während die britische Regierung sich nach langem Zögern entschloß, das Gebiet von Natal ihrem Kolonialbesitz zuzuschlagen. Auf ihre Weisung hin wurde Natal am 12. Mai 1843 zur britischen Kolonie erklärt und ein Königlicher Commissioner mit Untersuchung und Regelung der Verhältnisse in der neuen Besitzung betraut.

Die von der englischen Regierung in Natal getroffenen Verwaltungsmaßnahmen, besonders rücksichtlich des Landerwerbs und der Rechte der Eingeborenen, brachten die meisten Bauern zum Entschluß, das kaum besiedelte Land wieder zu verlassen. Sie machten einen letzten Versuch, ihren Wünschen bei der Kapregierung durch den angesehenen Andries Pretorius Gehör zu verschaffen. Als dieser jedoch bei dem in der Abreise befindlichen Governor gar nicht vorgelassen wurde, brachen sie mit ihren Familien und Heerden ins Innere auf. Hier hatten ausgewanderte Bauern schon 1837 den Eingeborenen das Gebiet des heutigen Transvaal, einen Theil des späteren Oranjefreistaats, und das südliche Betschuanaland abgenommen und sich dort um Potscheffstroom und Winburg anzusiedeln begonnen. Zu ihnen stießen nun Anfang 1848 die in Massen aus Natal fortziehenden Ansiedler und andere aus Kapland. Vergebens versuchte der neue Governor der Kapkolonie, Sir Harry Smith, welcher von dem Wunsche beseelt war, die englische Herrschaft über die Gebiete im Norden der Kolonie auszudehnen, persönlich die Bauern zum Bleiben in ihren alten Sitzen zu bewegen. Sie erklärten, daß es ihnen nicht möglich sei, schutzlos und wehrlos unter den Massen von Kaffern, welche bei jeder Gelegenheit eher als sie Gehör bei der Regierung fänden, länger auszuharren. Als der Governor darauf hinwies, daß er das Gebiet, in dem sie sich niederlassen wollten, sogleich als britischen Besitz proklamiren werde, erwiderten sie, daß sie es in diesem Falle auf Gewalt ankommen lassen oder noch

weiter nach Norden ziehen würden. Sir Harry Smith versprach schließlich, das Land nördlich vom Vaalflusse nicht als britischen Besitz zu proklamiren, wenn nicht die Mehrheit der Ansiedler darum bitte, erklärte aber das Gebiet zwischen dem Orange- und Vaalfluß im Februar 1848 wirklich zu englischem Eigenthum! Das Land erhielt den Namen Orange River Sovereignty. Ein britischer Resident sollte die höchste Behörde darstellen und Bloemfontein die Hauptstadt sein. Schwerere Verbrechen sollten in Kapkolonie abgeurtheilt werden. Das ganze Gebiet wurde in 3 Distrikte (Bloemfontein, Caledon und Winburg) getheilt, in denen Landkommissionen die Farmen registriren, Besitztitel verleihen und Grundsteuern (Quitrents) von 2 bis 8 Pfund Sterling jährlich auflegen sollten. Sir Harry Smith rechnete auf eine jährliche Einnahme aus den Grundsteuern von 5000 bis 10 000 Pfund Sterling, denen nur 4500 Pfund Sterling Ausgaben gegenüberstanden, da man die Verwaltung ganz dem Belieben der Bauern überließ. Diese Maßnahmen wurden von der britischen Regierung genehmigt hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte, der eingeborenen Bevölkerung dadurch besseren Schutz zu gewähren.

Die Bauern erblickten indessen in dem Vorgehen Englands eine gröbliche Verletzung ihrer Rechte. Sie verlangten in der überwiegenden Mehrheit, unabhängig wie in den letzten 10 Jahren seit ihrer Auswanderung zu bleiben, und fanden dabei warme Unterstützung bei den Bauern im Gebiete nördlich vom Vaal. Dem in Winburg eingesetzten englischen Residenten wurde mit Verhaftung gedroht und im Juli 1848 allen Ansiedlern, die nicht am Freiheitskampf theilnehmen wollten, angekündigt, daß sie binnen 8 Tagen sich über den Orangefluß zurückzuziehen hätten. Im Handumdrehen fegte Pretorius mit den Bauern die englischen Beamten aus dem Gebiete von Winburg weg und erschien vor Bloemfontein. Die dortige Truppenabtheilung fühlte sich zum Widerstand zu schwach. Sie kapitulirte und zog mit den englischen Ansiedlern nach Kapkolonie ab. Am 21. Juli sandten die Bauern ein Manifest an Sir Harry Smith, worin sie ihre Beschwerden über die englische Herrschaft nochmals wiederholten und, gestützt darauf, daß die ganze Bevölkerung Unabhängigkeit wünsche, Aufhebung der englischen Besitzergreifungsakte verlangten. Als Antwort setzte der Governor hohe Preise auf die Köpfe von Pretorius und der anderen Bauernführer,

sandte schleunigst Truppen ab und begab sich selbst zum Orangefluß. Mit etwa 800 Mann Soldaten überschritt er diesen. Einige Bauern, welche sich geweigert hatten, am Freiheitskampfe theilzunehmen, und deshalb von Pretorius ihres Besitzes verlustig erklärt worden waren, und 200 Eingeborene stießen zu ihm. Er machte noch einen Versuch, die Bauern zur Waffenniederlegung und Preisgabe ihrer Führer zu bewegen. Aber obwohl uneinig und unentschlossen, blieben diese fest und traten den Kaptruppen Ende August bei Boomplaats entgegen. Trotz ihres Muths und ihrer Geschicklichkeit im Schießen zeigten sich die Bauern den Briten nicht gewachsen. Sie flohen nach Verlust einiger Leute. Der Governor besetzte Bloemfontein, ließ zwei Gefangene erschießen, setzte neue Preise für die Gefangennahme oder Tödtung der Führer aus und stellte die englische Herrschaft in dem ganzen Orangegebiet her. Der Besitz der Aufständischen wurde konfiszirt. Der Verkauf ihres Landes und verschiedene Geldstrafen brachten etwa 10 000 Pfund Sterling ein. Zum Schutz gegen neue Unruhen wurde in Bloemfontein ein Fort errichtet. An Stelle der Geflohenen traten bald Nachzügler aus der Kapkolonie.

Die Freude über den neuen Erwerb dauerte nicht lange. Die eingeborenen Stämme im Lande geriethen in Streit und riefen den britischen Residenten an. Seine Entscheidungen waren nicht im Stande, beide Theile zu befriedigen. Es kam zu fortwährenden Unruhen und Zusammenstößen. Strafzüge mußten unternommen werden, an denen die Bauern erst widerwillig und später gar nicht theilnahmen. Die Verhältnisse spitzten sich so zu, daß sie die Aufmerksamkeit der englischen Regierung erregten. Der Staatssekretär Earl Grey erklärte sich zwar bereit, die englische Autorität im Lande herzustellen, aber er war nicht geneigt, für diese Kolonie England große dauernde Lasten aufzuerlegen, zumal gerade große Kämpfe mit den Eingeborenen an anderen Stellen der Kapkolonie sich abspielten. Er bedeutete 1851 Sir Harry Smith, daß die englische Herrschaft zurückzuziehen sei, wenn nicht die Mehrzahl der Kolonisten freiwillig gehorche und die Regierung unterstütze.

Als dies bekannt wurde, schaarten sich die Bauern wieder um Pretorius, und die mächtigsten eingeborenen Stämme traten auf ihre Seite. Pretorius, der sich jenseits des Vaal aufhielt, theilte dem britischen Residenten mit, daß seine Landsleute ihn bevollmächtigt

hätten, in der Sovereignty Ruhe und Frieden wieder herzustellen und eine friedliche Verständigung mit England herbeizuführen. Der Resident berichtete hierüber an Governor Smith und betonte, daß das Schicksal der Sovereignty von den Bewegungen eines verfehmten Mannes abhänge. Sir Harry Smith ordnete darauf eine Untersuchung der Lage an. Es stellte sich heraus, daß die Einnahmen des Gebietes kaum die Kosten der Civilverwaltung deckten und an Erhaltung einer Truppe nicht zu denken sei. Die englisch gesinnten Ansiedler verlangten, daß das Gebiet vollständig der Kapkolonie zugeschlagen würde und also an ihren Einnahmen und Rechten theilnähme. Daran war nicht zu denken. Die britische Regierung lehnte Aufwendung von Kosten für Gebiete außerhalb der schon organisirten bestimmt ab. Andererseits konnten die Dinge in der bisherigen Lage nicht bleiben. Die englischen Kommissare kamen daher zum Entschluß, zunächst die Freundschaft der Bauern jenseits des Vaal durch ausdrückliche Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zu gewinnen, um sie den Bewohnern des Orangegebietes zu entfremden. Dementsprechend wurden die auf die Köpfe des Pretorius und Anderer gesetzten Prämien aufgehoben und am 23. Dezember 1851 mit einer Deputation der Transvaalbauern Verhandlungen begonnen. Sie führten am 17. Januar 1852 zu der Sand River Convention, worin den jenseits des Vaal wohnenden Bauern das Recht voller Selbstregierung ohne Einmischung der britischen Regierung zugestanden und eine Reihe Streitpunkte beigelegt wurden. England verzichtete auf alle Verträge mit eingeborenen Stämmen nördlich des Vaal, die Bauern dagegegen versprachen Sklaverei weder zu treiben noch zu erlauben. Beiderseits wurde freier Handel, außer in Waffen und Munition, ausgemacht, Auslieferung von Verbrechern zugestanden und Versorgung der Eingeborenen mit Munition untersagt. Der Vertrag wurde von England wie vom Volksraad der Bauern genehmigt und so die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik begründet.

Herrschte unter den Transvaalbauern große Freude, so kannte die Erbitterung der Bauern in der Oranje River Sovereignty keine Grenzen. Sie sahen sich von ihren Stammesgenossen preisgegeben und mußten entweder auswandern oder sich den Maßnahmen der britischen Kommissare, die mit Strafen rücksichtslos vorgingen, unterwerfen. Zu ihrem Glück gelang es aber der britischen Verwaltung auch jetzt nicht, die Eingeborenen zu beruhigen. Der Resident

wußte sich schließlich nicht zu helfen und berichtete nach Kapstadt, daß die Sovereignty auf die Länge ohne eine bedeutende bewaffnete Macht nicht zu halten sei. Der damalige Governor der Kapkolonie Sir George Cathcart ließ darauf eine Versammlung von Vertretern der europäischen Kolonisten berufen und sie fragen, ob sie Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft wünschten. Sie waren dafür, aber sie waren nicht geneigt, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die Eingeborenen zur Ruhe zu bringen, sondern verlangten, daß dies England thue. Cathcart entschloß sich hierzu. Er erschien Ende 1852 mit gegen 2500 Mann Soldaten am Oranje River und ging gegen die unruhigen Basuto-Stämme vor. Diese leisteten jedoch entschlossenen und kräftigen Widerstand und tödteten eine Menge der Engländer, während sie selbst mehr Verluste unter ihren Frauen und Kindern als in den Reihen der Männer zu verzeichnen hatten. Dies bewog den Governor zum Rückzug. Er ging bereitwillig auf Versprechungen der Basutos für die Zukunft ein, schloß Frieden mit ihnen und zog mit Hinterlassung von 300 Mann in Bloemfontein ab. Die Bauern wurden benachrichtigt, daß sie im Falle eines Angriffes der Eingeborenen sich selbst schützen möchten!

Die Folge dieser Ereignisse war große Unzufriedenheit unter den Bewohnern, ein Petitionssturm und der Entschluß der britischen Regierung, das Orangegebiet aufzugeben. Im April 1853 wurde auf Anweisung des Staatssekretärs Duke of Newcastle eine Kommission hingesandt, um die britische Herrschaft von der Sovereignty zurückzuziehen. Es wurden Repräsentanten der Kolonisten berufen, um sich über die Form der Selbstregierung zu einigen. Die Meisten verlangten dringend Fortbestand des englischen Schutzes. Besonders die etwa 130 englischen Kolonisten, welche in der Sovereignty meist zu Spekulationszwecken 2 467 000 Acres Land erworben hatten, wollten von eigener Verwaltung, die dem weit stärkeren, etwa 15 000 Köpfe zählenden holländischen Element die Zügel völlig in die Hand gegeben hätte, nichts wissen. Doch die Aufträge des britischen Commissioners waren unzweideutig. Er setzte sich also mit den republikanisch gesinnten Bauern in Verbindung. Diese zeigten sich zur Uebernahme der Regierung geneigt, wenn England ihnen völlige Unabhängigkeit, Aufgabe seiner Verträge mit den Eingeborenen, Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten und freien Handel zugestand. Vergebens riefen die anders Gesinnten

nunmehr durch eine Deputation in London Englands Schutz an und schilderten vereint mit den Missionaren die Zustände in Transvaal, und besonders die Lage der Schwarzen dort in grellsten Farben. Der Kommissar, der sich von den Uebertreibungen dieser Darstellungen überzeugt hatte, lud die zur Selbstregierung geneigten Leute Mitte Januar 1854 nach Bloemfontein und kam mit ihnen rasch zur Verständigung. Am 23. Februar wurde ein Vertrag unterzeichnet, worin Großbritannien die Oranje River Sovereignty als unabhängig anerkannte, alle Verträge mit Eingeborenen des Gebietes außer den Griquas für erloschen erklärte und im Uebrigen dieselben Abmachungen wie früher gegenüber Transvaal traf. Das Abkommen wurde vom englischen Parlament genehmigt. Nur eine Stimme trat auf Betreiben der erwähnten Deputation für eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit ein!

Zehntes Kapitel.

Innere Entwickelung der Kapkolonie.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Haltung Englands den Bauern gegenüber weniger nachgiebig gewesen sein würde, wenn nicht andere Angelegenheiten der Kapkolonie seine Aufmerksamkeit in hohem Maße in Anspruch genommen und es gegen Südafrika im Allgemeinen verstimmt hätten. Es war dies besonders die Kaffernfrage. — Den Wünschen der Kolonisten folgend, hatten die Governors zu Ende der 20er Jahre, die Kaffern im Osten immer weiter zurückgedrängt. Die Folge war 1834 ein gewaltiger Kaffereinfall, der vielen Ansiedlern Leben oder wenigstens Hab und Gut kostete. Die Regierung that dagegen, was in ihren Kräften stand. Es wurde eine große Strafexpedition unternommen, und der Governor d'Urban zwang die Eingeborenen, das Gebiet östlich vom Fish River, das er Province of Queen Adelaide taufte, abzutreten. Es wurden darin verschiedene Forts errichtet und die Verwaltung geregelt. Doch diese Maßnahme fand entschiedene Mißbilligung in London. Lord Glenelg, der Secretary of State for the Colonies im Ministerium Lord Melbournes, fand ohnehin schon, daß das Uebel der Kapkolonie ihre Größe sei. Er war um so mehr gegen eine Ausdehnung, als nach

seiner durch verschiedene Missionare bestärkten Ansicht die neue Landerwerbung eine grobe Verletzung der Rechte der Eingeborenen darstellte und die Behandlung der Kaffern eine systematische Ungerechtigkeit wäre. In seinen Depeschen mißbilligte er im Einverständniß mit dem Parlament scharf das Verhalten der Kolonisten wie der Behörden und ordnete 1835 trotz der Vorstellungen des Governors d'Urban eine vollständige Aenderung in der Eingeborenenpolitik an. Die neuen Landerwerbungen mußten aufgegeben werden. Ansiedelungen von Europäern im Osten des Fish River wurden untersagt. Die Kaffernhäuptlinge wurden als unabhängige Herrscher anerkannt, mit denen nach allen Regeln internationalen Verkehrs umzugehen war. Britische Residenten vertraten bei ihnen die englischen Interessen. Mit Ausführung des neuen Systems wurde Captain Stockenstrom, ein mit den Verhältnissen vertrauter Mann und warmer Freund der Eingeborenen als Lieutenant Governor für die Ostprovinzen betraut. Er führte die Gedanken und Wünsche Lord Glenelgs mit Geschick, wenn auch freilich sehr zur Unzufriedenheit der Kolonisten, aus; als aber 1839 der Staatssekretär sein Amt niederlegte, wurde auch er von seinem Posten unter Ernennung zum Baronet entfernt, und der Governor begann wieder mehr den Wünschen der Kolonisten als der Eingeborenen und ihrer Freunde Ohr zu schenken. Aufs Neue begannen Räubereien und Streitigkeiten, und 1846 entbrannte ein heftiger Krieg, der unter allerlei Wechselfällen bis 1848 währte. Er endigte mit voller Unterwerfung der Eingeborenen. Das Gebiet zwischen den Fish und Keiskamma Rivers sowie von dort zum Kei River wurde ihnen abgenommen. Der erstere Distrikt erhielt den Namen Victoria, der andere British Kaffraria mit dem Hauptort King Williamstown. Sir Harry Smith, der damalige Governor, welcher diese Maßregel traf, begnügte sich nicht damit, sondern er legte den Häuptlingen noch allerlei Demüthigungen auf. Er zwang sie z. B., ihm den Fuß zu küssen und dergl. mehr.

Die neuen Maßnahmen bewährten sich nicht besser als die alten. Eine große Dürre, welche die Eingeborenen in Noth brachte, hatte Ende 1850 eine neue Erhebung zur Folge, und blutige Kämpfe verwüsteten nochmals die Grenzprovinzen während der Jahre 1851 bis 1853. Wenn auch das Ergebniß weitere Zurückdrängung der Kaffern war, brachten doch diese ewigen Unruhen die Kolonie in

immer steigenden Mißkredit zu Hause. Man fand die Kosten und Sorgen, welche dieser Theil Afrikas bereitete, nicht im Einklang mit dem Nutzen, den er brachte. Die Regierung hielt es demgemäß für ihre Pflicht, eine weitere Ausdehnung dieses kostspieligen Besitzes zu vermeiden und Pläne zu seiner besseren Verwerthung ins Auge zu fassen. Die Einnahmen waren allerdings mit dem Steigen der Bevölkerung, 1855: 268 000 Seelen, ansehnlich gewachsen. Von 133 400 Pfund Sterling im Jahre 1835 waren sie 1848 auf 234 300; 1849 auf 237 800; 1850 auf 245 700; 1855 auf 306 000 Pfund Sterling gestiegen. Der Verkauf von Ländereien allein in den neu eroberten Gebieten hatte 1849: 8880, 1850: 16 500 Pfund Sterling gebracht. Doch diese Einnahmen deckten keineswegs die Kosten der Verwaltung. Im Jahre 1850 allein mußte Großbritannien für militärische Zwecke 344 500 Pfund Sterling zuschießen. Dazu kamen die Kosten der Kaffernkriege! Die Zunahme der Einnahmen beruhte hauptsächlich auf dem steten Wachsthum des Handels der Kolonie, welches in erster Linie den Fortschritten der Wollschafzucht*) zu danken war. Die Wollausfuhr belief sich 1836 bis 1840 im Jahre auf 30 200 Pfund Sterling, 1841 bis 1845 auf 99 500 Pfund Sterling, 1846 bis 1850 auf 201 900 Pfund Sterling, wogegen der Weinexport in dem letztgenannten Zeitraume auf jährlich 41 227 Pfund Sterling sank. Neben der Wolle spielte der Export von Guano von den Inseln der südwestafrikanischen Küste (annektirt 1861 und 1866) damals eine Rolle. Die gesammte Ausfuhr hatte 1831 bis 1840 durchschnittlich im Jahre einen Werth von 259 100; 1841 bis 1845 von 299 700; 1846 bis 1850 von 380 400; 1855 von 971 000 Pfund Sterling. Die Einfuhr dagegen wies in denselben Zeitabschnitten folgende Durchschnittszahlen auf: 1 185 500; 851 500; 1 165 200 Pfund Sterling. Im Vergleich zu der Höhe der Ausgaben, welche die Kolonie verursachte, war somit ihre wirthschaftliche Bedeutung nicht groß. Als Auswanderungsziel für Engländer kam sie noch beinahe gar nicht in Betracht. Ihr Werth als Flottenstation und Sicherheitshafen wurde sehr beeinträchtigt durch große Verwüstungen, welche gelegentlich plötzliche Stürme unter in den kapländischen Häfen ankernden Schiffen anrichteten.

---

*) Die Zahl der Wollschafe betrug 1849: 2 283 000.

Die vergleichsweise ungenügende wirthschaftliche Entwickelung der Kolonie veranlaßte die britische Regierung, welcher die Unterbringung ihrer Sträflinge seit der Beschränkung der Deportation nach Australien bedeutende Schwierigkeiten machte, sie als geeigneten Platz zur Ansiedelung von Verbrechern ins Auge zu fassen. Schon 1841 schlug Lord John Russell vor, Robben Island bei Kapstadt mit englischen Sträflingen zu besiedeln. Als der damalige Governor im Einverständniß mit den Ansichten der Kolonisten davon abrieth, faßte man die Insel als Besserungsanstalt für jugendliche Verbrecher aus England ins Auge. Wieder protestirten die Kapländer. Doch wenige Jahre später kam Gladstone als Staatssekretär auf ähnliche Gedanken zurück. Er wollte englische Sträflinge nach Kapstadt senden, damit sie dort bei öffentlichen Arbeiten im Hafen verwendet werden könnten. Diesem Vorschlage traten die Kolonialbehörden zunächst näher. Kaum erfuhr jedoch das größere Publikum von dem Plan, als es in lebhafteste Erregung gerieth. Und diese Mißstimmung wuchs, als im August 1848 Staatssekretär Lord Grey eine Zirkulardepesche an verschiedene Kolonien richtete, worin er anfragte, ob sie geneigt wären, Strafgefangene aufzunehmen und nach Absitzung ihrer Strafzeit als Ansiedler zu behalten. Besonders erbitterten gleichzeitige Mittheilungen der britischen Regierung, wonach der Kolonie die Unterbringung und Verwendung militärischer Verbrecher aus verschiedenen Kolonien zugemuthet und die Ankunft von einigen Hundert irischen politischen Verbrechern angekündigt wurde.

Es entstand eine nie dagewesene Unzufriedenheit in der Kolonie. So sehr man Arbeitskräfte brauchte, Verbrecher wollte man nicht. Darin waren alle Stände, Parteien und Nationalitäten einig. 55 Petitionen ergingen gegen den Plan der britischen Regierung. Während sie nach London unterwegs waren, erschien im September 1849 ein Schiff mit einigen Hundert Strafgefangenen in Simons Bay. Dies gab den Kolonisten Anlaß, sich gegenseitig feierlich durch Eid zu verpflichten, jede Verbindung mit Sträflingen oder Leuten, die solche beschäftigten, und der Regierung abzubrechen. Ein Committee überwachte die Ausführung. Infolge dessen wurden plötzlich alle Lebensmittel für Regierungszwecke verweigert. Auch die Bank trat der Vereinigung bei, und verschiedene Mitglieder des Legislative Council legten ihr Amt nieder. Der Governor Sir Harry Smith, der innerlich auf Seite der Kolonisten stand, half sich in der Ver=

legenheit dadurch, daß er die Gefangenen auf dem Schiff ließ und ihre Landung einige Monate lang untersagte, bis im Februar 1850 eine Weisung Lord Greys kam, die Deportirten nach Vandiemensland zu senden. Der Widerstand der Ansiedler von Kapland hatte solchen Eindruck in London gemacht, daß die Order im Council, welche die Kolonie unter die Deportationsgebiete versetzt hatte, wieder aufgehoben wurde.

Der Streit mit der englischen Regierung hob das Selbstgefühl der Kapländer außerordentlich. Der schon lange unter ihnen rege Wunsch nach größerem Antheil an der Regierung der Kolonie wurde nun lebhafter als je zuvor. England hatte 1836 die Einrichtung von Bürgervertretungen in den kleineren Städten, 1840 in Kapstadt genehmigt. 1843 war auch die Aufsicht über das Straßenwesen in die Hände gewählter Körperschaften gelegt worden. Dies Alles befriedigte aber nicht die Sehnsucht der Ansiedler nach Theilnahme an der obersten Verwaltung, da deren Maßnahmen ihnen so oft mißfielen. Das britische Ministerium stieß sich lange an der großen Ausdehnung dieser Kolonie, der Schwierigkeit und Schlechtigkeit der Verbindungen zwischen ihren Ansiedelungen und der Mannigfaltigkeit der Rassen. Doch Lord Grey war so von der Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Selbstregierung für Kolonien überzeugt, daß er diese Bedenken ohne Weiteres fallen ließ. Auf seine Anordnung erwog der Governor Sir Harry Smith die Frage unter Anhörung angesehener Leute. Smith erachtete in seinem Berichte vom Juli 1848 den Zeitpunkt für Gewährung einer Repräsentativverfassung als gekommen, wenn er auch eine Anzahl von Schwierigkeiten sich nicht verhehlte. Dieses Gutachten des Governors, verbunden mit der Einigkeit und Festigkeit, welche die Kolonisten in der Deportationsfrage bewiesen, bewog das Ministerium John Russel, zunächst im Prinzip die Gewährung einer Repräsentativverfassung zu versprechen. Die nähere Feststellung wurde dem Committee des Privy Council for Trade and foreign Plantations überlassen. Auch diese Körperschaft war der Ansicht, daß die großen Entfernungen und die Rassenverschiedenheiten in der Kolonie die Wirkung einer parlamentarischen Regierung stark beeinträchtigen würden. Sie erwog daher die Theilung des Landes in zwei Kolonien mit getrennten Volksvertretungen oder Verlegung des zu gewährenden Parlaments nach einem mehr im Mittelpunkte der Kolonie gelegenen Orte als

Kapstadt. Doch erschienen die hieraus erwachsenden Nachtheile noch größer, so daß das Gutachten des Committees schließlich Errichtung einer Legislatur für die ganze Kolonie, bestehend aus zwei Kammern in Kapstadt, empfahl. Die britische Regierung ging darauf ein, und im Januar 1850 wurde Sir Harry Smith davon benachrichtigt und beauftragt, mit dem Legislative Council über die nöthige Zahl der Vertreter in jeder der neuen gesetzgebenden Versammlungen, das Wahlrecht rc. das Nähere, was sich in England nicht bestimmen ließ, zu vereinbaren. Dabei ergaben sich lange Streitigkeiten. Die Vertreter der unter dem Lieutenant Governor stehenden Ostseeprovinzen, die Missionare, die großen Grundbesitzer hatten alle verschiedene Interessen. Es verflossen während der Verhandlungen lange Monate, das Ministerium Russell stürzte, neue Kriege entbrannten am Kap. Doch die britische Regierung führte hier ihren Plan durch, und 1853 erhielt die Kapkolonie ihre Repräsentativverfassung.

Die Kolonie bekam dadurch neben Governor und Legislative Council von 16, noch ein House of Assembly von 47 Mitgliedern. Beide Körperschaften gingen aus Wahlen der Bewohner jeder Rasse hervor, von denen Jeder, der ein Gebäude im Werthe von wenigstens 25 Pfund Sterling bewohnte, Wahlrecht besaß. Um Uebergriffen vorzubeugen, war aber die Besoldung der höheren Beamten den Beschlüssen des Parlaments entzogen, und die wirkliche Selbstregierung „responsible government" wurde der Kolonie noch nicht gewährt.*) 1854 trat das erste Parlament der Kapkolonie zusammen.

In demselben Jahre wurde der durch seine Thätigkeit in South Australia und New Zealand schon bekannte Sir George Grey Governor der Kolonie. Seine Aufmerksamkeit war in erster Linie wieder der noch immer brennenden Kaffernfrage gewidmet. Um die Stämme besser unter Aufsicht zu bekommen, entwarf er den Plan, den Häuptlingen in British Kaffraria ihre Hoheitsrechte allmählich durch Pensionen abzukaufen und gleichzeitig das weiße Element durch systematische Ansiedelung von Kolonisten im Kaffernlande zu stärken.

*) In England war man damals, wie im House of Lords ausgeführt wurde, der Ansicht, daß die Kapkolonie dazu nicht reif sei, da sie nicht genug reiche Leute habe, die ihre ganze Zeit und Kraft den öffentlichen Angelegenheiten widmen könnten.

Er setzte die Genehmigung seines Gedankens durch. Das britische Parlament entschloß sich jährlich zu den etwa 400 000 Pfund Sterling Aufwendungen für Kapland noch 40 000 Pfund Sterling zu bewilligen. Es wurden dann Auswanderungslustige in England gesucht und die militärische Macht in den Grenzbezirken verstärkt. Die Aufrufe blieben indessen beim Publikum ohne Erfolg. Statt 5000 meldeten sich nur 107 Leute, die am Kap ihr Heil versuchen wollten. Der Plan drohte zu scheitern, als man auf den Gedanken kam, die Mitglieder der deutschen Legion, welche in Englands Sold am Krimkrieg theilgenommen hatte, zur Uebersiedelung nach Afrika aufzufordern. Von den etwa 10 000 Legionären waren 2300 dazu bereit. Sie erhielten die erste Einrichtung und ein Stück Land zugesichert, das nach siebenjähriger Arbeit in ihr Eigenthum überging. Die Leute, welche unter der Führung des Major-General Stutterheim Anfang 1857 am Kap eintrafen, wurden in den östlichen Grenzbezirken angesiedelt. Die weitere Heranziehung deutscher Familien, welche der Governor befürwortete, erachtete die Regierung für zu theuer und politisch bedenklich!

Die Ankunft der Legionäre war damals für die Kapkolonie besonders wichtig. Infolge von Seuchen war nämlich eine Menge Vieh im Kaffernland gefallen. Noch größere Mengen Vieh tödteten die Eingeborenen selbst, veranlaßt durch einen fanatischen Seher, der demnächstige Auferstehung aller Todten und Erscheinen eines neuen besseren Viehschlags verkündigte. Sie kamen dadurch in solche Noth, daß gegen 25000 am Hunger gestorben und 100000 fortgewandert sein sollen. Das Land stand nun der weißen Einwanderung ungehindert offen, und mit der früheren Gefährlichkeit der Kaffern war es so ziemlich vorbei.

Wie in der Kaffernfrage, wünschte Sir George Grey auch in der Bauernangelegenheit mit der bisher befolgten Politik zu brechen. Er befürwortete in London nicht allein Vereinigung der Kapkolonie mit Natal und British Kaffraria, sondern auch Einbeziehung der Bauernstaaten ins britische Südafrika. Der Oranje River Staat war hierzu sehr geneigt. 1858 beschloß der Volksraad Schritte zu thun, einen Anschluß ans Kapland herbeizuführen, da die Republik keine Mittel besaß, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Grey hatte schon vorher über die Angelegenheit nach London berichtet, darauf hingewiesen, daß die Auffassung von der Werthlosigkeit Südafrikas

für England irrig sei, und Herstellung eines Bundes aller dortigen Staatswesen nach dem Muster New Zealands befürwortet.

Als dann die Botschaft der Oranjerepublik kam, legte er sie dem Kapparlament vor, wo freudige Annahme des Vorschlags zweifellos war. In England wollte man aber nichts davon wissen. Der Staatssekretär Labouchere erklärte, daß die Aufgabe der Bauernstaaten nach reiflicher Ueberlegung erfolgt und diese Politik weiter zu befolgen sei. Er wollte sogar Grey von seinem Posten entfernen. Sein Nachfolger Bulwer Lytton war ebenfalls von der Ueberzeugung erfüllt, daß die von Grey befürwortete Politik undurchführbar sei. Er ließ ihn nur in Kapstadt unter der Voraussetzung, daß er diese Pläne fallen ließ! Grey mußte sich in den letzten Jahren seine Amtsführung mit Förderung der Volkswirthschaft der Kolonie, Bau der ersten Bahn, Einführung von Telegraphen und dergleichen begnügen.

Trotz aller seiner Bemühungen erhielt sich in England das Vorurtheil gegen das jährlich so hohe Zuschüsse fordernde Südafrika. Die Regierung befand sich in etwas schwieriger Lage. Auf der einen Seite verlangten die Missionen und Philanthropen Schutz der Kaffernstämme gegen die Kolonisten und die Letzteren gegen die Wilden, was sich nur durch fortgesetzte Unterhaltung einer starken Militärmacht bewerkstelligen ließ, auf der anderen wünschten Parlament und öffentliche Meinung Verminderung der Kosten für militärische Zwecke. 1861 kam ein Ausschuß des Unterhauses nach eingehenden Untersuchungen zu dem Schluß, daß Hauptaufgabe der Regierung Ermuthigung der lokalen Anstrengungen und Organisationen sei. Man müsse die Verantwortlichkeit und die Kosten der Vertheidigung auf die Kolonien übertragen, nicht allein, um die Ausgaben des Mutterlandes zu mindern, sondern hauptsächlich um das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit in kolonialen Gemeinwesen zu steigern. 1862 beschloß das Unterhaus einstimmig, daß es nicht länger angehe, jährlich 15 000 englische Soldaten für etwa 1 190 000 Pfund Sterling in den Kolonien zu unterhalten. Die Kolonien, welche Selbstregierung genössen, hätten für ihre innere Ruhe und Sicherheit in erster Linie selbst zu sorgen und hätten bei Vertheidigung gegen Angriffe von außen Beistand zu leisten!

Unter solchen Umständen fand ein Vorschlag des Nachfolgers von Sir George Grey 1864, British Kaffraria der Kapkolonie ein-

zuverleiben, in London Beifall. Man erblickte darin die Möglichkeit, die Truppen von Kaffraria abzuberufen und die Vertheidigung den Kolonisten zu überlassen. Die Kapländer sträubten sich dagegen sehr lebhaft. Sie wiesen auf ihre schlechte Finanzlage hin. Ungeachtet ihres Widerstandes wurde die Einverleibung Kaffrarias in die Kapkolonie 1865 vollzogen. Um die Kolonisten gefügig zu machen, bot ihnen Lord Carnarvon Ausdehnung ihrer Selbstregierung an. Dieser Vorschlag fand bei den Kapstädtern Beifall. Obwohl die Vertreter der östlichen Distrikte sich widersetzten, beschloß das Legislative Council, den Wünschen der britischen Regierung entgegenzukommen.

Es dauerte noch verschiedene Jahre, ehe England seine Truppen vom Kap zurückzog, und ehe die in Aussicht gestellte größere Selbständigkeit der Kolonie zu Theil wurde. Inzwischen wütheten im Nordosten langwierige Kämpfe zwischen Bauern der Oranjerepublik und den Basutos. Beide Theile wandten sich wiederholt um Hülfe an die Kapregierung. Hier war noch immer der Wunsch rege, das Orangegebiet wieder zur Kolonie zu schlagen, doch das britische Ministerium lehnte noch 1866 eine solche Maßregel wie jede Ausdehnung des englischen Gebietes ohne zwingende Nothwendigkeit ab. Diese Haltung Englands trug viel dazu bei, daß die Kolonisten den Wünschen des Mutterlandes in Bezug auf Erhöhung der Steuern Widerstand leisteten und vielmehr Einschränkung der Ausgaben verlangten. Die Verhältnisse wurden immer unerquicklicher, die ganze Kapkolonie schien, als die Fertigstellung des Suezkanals Thatsache wurde, und der Verkehr nach Indien sich dem neuen näheren Wege zuwendete, in ihren Lebensbedingungen bedroht; da änderte die zufällige Auffindung von Diamanten (1867) in der Nähe des Oranje River mit einem Schlag die ganze Lage. Auf einmal gewann das südafrikanische Gebiet neuen Werth. Die britische Regierung genehmigte nun 1868 die Annexion des Basutolandes im Osten der Oranjerepublik. Das betreffende Gebiet wurde 1869 in einem Vertrag mit Letzterer zwischen der Republik und dem Kap getheilt. Kurz darauf legte England die Hand auf das als reichste Fundstätte von Diamanten sich erweisende Griqualand im Westen der Oranjerepublik, und die britische Regierung machte kein Hehl daraus, daß es die frühere zurückhaltende Politik als einen Fehler ansehe! Der Staatssekretär Duke of Buckingham sprach schon November 1868

offen aus, daß es nicht unmöglich sei, daß das Interesse der Kolonien und des Friedens in ihrer Nachbarschaft Maßregeln nöthig mache, um die Bauernstaaten in irgend einer Form unter britischen Einfluß zu bringen!

Dieses Vorgehen Englands brachte die Bauernstaaten in Harnisch. In der Oranjerepublik empfand man nach der Abweisung der früheren Anerbietungen die Annexionen in Basuto- und Griqualand als Gewaltakte und Verletzungen des Vertrags von 1854. In Transvaal fühlte man sich durch die Besitzergreifung von Griqualand nicht allein im Gebiet geschädigt, sondern man fürchtete auch weitere Beeinträchtigungen. Um ihnen vorzubeugen, proklamirte die Regierung von Transvaal Ausdehnung ihres Gebietes im Westen, Norden und Osten; in letzterer Richtung bis zur Delagoabay, an der schon wiederholt Bauern Ansiedelungen versucht hatten. — Die Kapregierung ging unbekümmert darum ihren Weg. Sie bewog die Bauernstaaten, auf Schiedsgerichte einzugehen, bei denen ihre Landansprüche nicht anerkannt wurden. Obwohl die Republiken sich den Schiedssprüchen nicht fügen wollten, wurde 1871 der diamantenhaltige Theil von Griqualand zu englischem Besitz erklärt.*) Transvaal wurde bedeutet, daß seine Besitzergreifung in den neuen Gebieten nicht anerkannt werde.**)

Ungeachtet des Umschwungs in der südafrikanischen Politik blieb die britische Regierung ohne Unterbrechung bemüht, die militärischen Aufwendungen für die Kapkolonie einzuschränken. Lord Carnarvon verlangte als Staatssekretär, daß die Kolonie wie Australien für jeden Infanteristen jährlich 40 Pfund Sterling, für jeden Artilleristen 70 Pfund Sterling beisteuere. Dem Governor und anderen Beamten war es zweifellos, daß die Zustimmung der kapländischen Kammern zu einer solchen Maßregel nicht zu erhalten war, wenn man ihnen nicht volle selbständige Regierung wie in Australien und Canada gewähre. Sie hatten hiergegen aber die schwersten Bedenken. Der Governor Wodehouse war der Ansicht, daß eine

*) Die Oranjerepublik wurde 1876 endgültig durch Zahlung von 90 000 Pfund Sterling abgefunden.

**) Delagoabay suchte England sich selbst zu sichern. Als Portugal sich dagegen sträubte, ließ England es auf einen Schiedsspruch Frankreichs ankommen und erwarb, als dieser für Portugal günstig ausfiel, von diesem das Vorkaufsrecht. Vgl. Europäische Kolonien I. S. 199.

solche Selbstregierung nur für Kolonien passe, die abzufallen im Begriff seien. Andere wiesen auf die bedenkliche Stärke des holländischen Elements, die Möglichkeit ungerechter Behandlung der Eingeborenen und dergl. hin. Doch die britische Regierung blieb fest in ihrem Vorsatz. Die kapländischen Kammern wurden mit der Frage befaßt, und nachdem sie 1872 zugestimmt hatten, erhielt die Kolonie volle Selbstregierung. Zu den zwei Häusern des Parlaments trat ein Ministerium, gebildet aus Mitgliedern der parlamentarischen Mehrheit. Der erste kapländische Premierminister war Sir John Molteno, welcher auf der Stelle die ganz vernachlässigte Eisenbahnfrage aufnahm. Die Kolonie besaß damals im Ganzen nur 63 bis 64 Meilen Bahnen. Er ließ den Plan für ein Netz von Schienenwegen zur Verbindung des Innern mit den Häfen entwerfen und setzte dafür die Bewilligung von etwa 5 Millionen Pfund Sterling durch. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß diese Maßnahme für die Zukunft der Kolonie und der britischen Herrschaft in Südafrika überhaupt von entscheidender Wichtigkeit war!

Unabhängig von der Kapkolonie hat sich bis dahin Natal entwickelt. 1845 war dieses Gebiet zur Kapkolonie geschlagen und zuerst ganz von dort aus verwaltet worden. Doch schon Ende des Jahres erhielt Natal einen Lieutenant Governor und ein eigenes Executive Council. 1848 trat dazu auch ein ernanntes Legislative Council. Die rein äußerliche Zusammengehörigkeit der beiden mit einander damals zu Land noch nicht direkt verbundenen Kolonien wurde 1856 vollständig gelöst. Natals Legislative Council wurde aus 12 gewählten und 4 ernannten Mitgliedern zusammengesetzt. Von 1848 bis 1852 wurde durch einen gewissen Byrne, der Natal früher bereist hatte, eine Auswanderungsbewegung nach Natal ins Werk gesetzt. Jeder Uebersiedler bekam für 10 Pfund Sterling die Ueberfahrt und 20 Acres Land. Gegen 4000 Weiße sind auf diese Weise nach Natal geschafft worden. Es ging ihnen zwar anfangs meist ziemlich schlecht, und es herrschte große Unzufriedenheit, da 20 Acres damals zu ertragreicher Wirthschaft nicht reichten und genügende Vorkehrungen für die aus allen Ständen zusammengewürfelten Leute fehlten, doch haben es Viele später zu Wohlstand und Ansehen gebracht. In fast noch höherem Maße als die Kapkolonie hatte Natal Schwierigkeiten mit den benachbarten Kaffernstämmen zu bestehen. Diese Schwierigkeiten waren um so größer, als auch die weiße

Bevölkerung der Kolonie selbst, nach Abzug der holländischen Bauern, sehr gering war. 1852 kamen hier nur 8000 Weiße auf 113 000 Eingeborene. Natal begann sich erst zu heben, als neben der Wollschafzucht, Rohrzuckerbau eingeführt wurde und von 1860 an zahlreicher Arbeiter aus Indien kamen. Ende 1875 waren bereits gegen 12 000 indische Kulis im Lande. Der Wollexport hatte 1872 einen Werth von 274 000, der Zuckerexport einen solchen von 154 000 Pfund Sterling. Mit den Kaffern in der Kolonie hatte man sich damals in der Weise abgefunden, daß man ihnen eigene Reservate überließ, in denen sie nach ihrem Herkommen lebten. Trotz mancher Reibereien herrschte im Großen und Ganzen Ruhe, bis es 1873 zu einem Zusammenstoß mit einem widerspenstigen Häuptling kam. Dabei ergriffen die Missionare und besonders der Bischof von Natal Dr. Colenso sehr lebhaft Partei für die Eingeborenen und setzten durch, daß Lord Wolseley nach der Kolonie geschickt wurde, um die Lage und Behandlung der Kaffernstämme zu untersuchen. Wolseley und seine Begleiter gewannen indessen nicht den von den Missionaren gehegten Eindruck. Sie fanden die Lage der Eingeborenen unter der britischen Herrschaft sehr befriedigend und setzten durch, daß die Macht der Häuptlinge beschränkt und das englische Strafrecht auf die Eingeborenenreservate ausgedehnt wurde. Eine Folge der Mission Wolseleys war auch die Beförderung des Bahnbaues in der Kolonie.

Elftes Kapitel.

Die Auseinandersetzung mit den Boerenstaaten.

Die erhöhte Aufmerksamkeit, welche Großbritannien seit der Auffindung der Diamanten- und später Goldminen den südafrikanischen Angelegenheiten widmete, war die Ursache, daß zu Anfang der 70er Jahre mit der früher befolgten Politik hier vollständig gebrochen wurde. Die britische Regierung, in der 1874 Lord Carnarvon die Kolonien leitete, kam nun zu denselben Gedanken, die Sir George Grey seiner Zeit vergebens geltend zu machen versucht hatte. Man hoffte in Südafrika ein ähnliches System, wie es 1867 in Canada eingeführt worden war, durchsetzen und alle Kolonien und Staaten zu einem Körper vereinen zu können. Im Mai 1875 veranlaßte

der Staatssekretär Lord Carnarvon den Governor des Kaps, die verschiedenen Staaten Südafrikas zu einer Konferenz einzuladen, um die Eingeborenenfrage und andere Sachen von allgemeinem Interesse zu berathen. Falls sich Gelegenheit böte, sollte auch die Herstellung eines Bundes erörtert werden. Als Vertreter Englands sandte er den Schriftsteller Froude, der allerdings nur als Privatmann auftrat. Die Anregung Carnarvons und die Sendung Froudes fanden indessen in der Kapkolonie nicht den erwarteten Anklang. Das Ministerium nahm es übel, von London bevormundet zu werden. Man hielt die Zeit für solche Pläne auch noch nicht gekommen. Dazu verletzte Froudes Auftreten. Das Ende war, daß die Konferenz zunächst gar nicht stattfand, und daß schließlich der Staatssekretär 1876, als der Premierminister des Kaps und der Präsident der Oranjerepublik in London weilten, vorschlug, dort eine Berathung der Angelegenheit vorzunehmen. Auch diese Anregung fiel ins Wasser; das Kapparlament verbot dem Minister, an den Sitzungen theilzunehmen. Präsident Brand wurde von seinen Volksraad angewiesen, über keinen Gegenstand zu verhandeln, der die Unabhängigkeit der Republik schmälern könnte. Nur Natal war durch Sir Theophilus Shepstone und zwei Mitglieder des Legislative Council vertreten. Transvaal hatte jede Theilnahme an der Konferenz abgelehnt.

Trotzdem die Berathungen somit erfolglos waren, sandte der Staatssekretär Ende 1876 den Plan eines südafrikanischen Bundes nach Südafrika und legte ihn 1877 dem englischen Parlament vor, wo er angenommen wurde. Es war in dem Aktenstück eine Bundesregierung mit Ober- und Unterhaus, Provinzlandtagen 2c. vorgesehen. Sir Bartle Frere, der Anfang d. Js. nach Kapland als Governor gesandt wurde, hatte den Auftrag, den Gedanken Lord Carnarvons an Ort und Stelle durchzuführen.

Als Sir Bartle Frere in Kapstadt landete, hatten sich in Südafrika sehr bedeutsame Vorgänge abgespielt. Die Transvaalbauern waren mit den Zulus, welche die Ansiedler belästigten und die Hüttensteuer verweigerten, sowie mit Betschuanaland und Lobengula von Matabeleland seit längerer Zeit in Streit. Die von ihnen bedrohten Häuptlinge riefen sämmtlich den Schutz Englands an, und es unterstützten sie dabei eifrig die Missionsvertreter, welche den Bauern allerlei Grausamkeiten nachsagten und sie beschuldigten, die

Neger nach wie vor als Sklaven zu behandeln. Die englisch gesinnte Presse verbreitete jede den Transvaalern ungünstige Erzählung. Die Sicherheit aller englischen Kolonien und von ganz Südafrika wurde durch das Vorgehen der Bauern als bedroht geschildert! Dazu kamen Klagen und Hülfeschreie von den in Transvaal lebenden englischen Goldsuchern u. dergl. — Die britische Regierung fand die Lage so ernst, daß sie energische Maßnahmen für nöthig hielt. Sir Theophilus Shepstone, der Sekretär für Eingeborenenangelegenheiten in Natal, der Afrika genau kannte und damals Natal bei der Londoner Konferenz vertrat, erschien dem Lord Carnarvon als der geeignete Mann, um einzugreifen. Er sandte ihn 1876 als Special Commissioner nach Südafrika, um die Verhältnisse Transvaals zu untersuchen und, falls es die Verhältnisse erforderten, das Land oder Theile davon den britischen Besitzungen einzuverleiben. Er sollte nur darauf achten, daß eine genügende Anzahl der Bewohner die Annexion wünschten!

Shepstone erschien Januar 1877 mit einer Handvoll berittener Polizisten in Pretoria und theilte dem Volksraad seine Aufträge mit. Dieser zog dem Anschluß an einen südafrikanischen Bund eine Reform der Verfassung vor und zeigte sich geneigt, Steuern zu bewilligen und Ordnung zu schaffen. In Wahrheit geschah aber nichts. Die Kassen waren leer und der Präsident ohnmächtig! Unter solchen Umständen entschloß sich Shepstone am 12. April 1877, Transvaal durch eine Proklamation zu britischem Territorium zu erklären und sich an die Spitze seiner Verwaltung zu stellen. Der Präsident und sein Executive Council protestirten hiergegen. Der Vizepräsident Paul Krüger und der Generalstaatsanwalt gingen persönlich nach England, um die Rücknahme der Annexion durchzusetzen. Ihre Schritte blieben vergeblich, doch ein ernstlicher Widerstand der Bauern erfolgte nicht. Die einrückenden britischen Truppen wurden freundlich aufgenommen. Ein Vorschuß von 100 000 Pfund Sterling in die leeren Kassen Transvaals schien Englands Ansehen und Einfluß vollständig zu befestigen. Lord Carnarvon war somit berechtigt zu glauben, daß sein Ziel erreicht sei.

Nur zu bald zeigte es sich, daß diese Annahme irrig war. Zunächst hatte die Einverleibung Transvaals einen blutigen Krieg mit den Zulukaffern zur Folge. Die Letzteren fühlten sich durch die Annexion nach dem Urtheil des Lieutenant Governor von Natal

beunruhigt und sahen sich jetzt nach dem Wegfall der Bauernrepublik in jeder der zahlreichen Streitfragen den Engländern gegenüber. Da ein sehr energischer und rücksichtsloser Häuptling, Cetewayo, an ihrer Spitze stand, konnten Reibereien nicht lange ausbleiben. Frere bemühte sich aus allen Kräften, Ruhe zu erhalten. Er willigte in eine Lösung streitiger Grenzfragen zu Gunsten der Zulus. Dafür verlangte er Ersatz für verschiedene Uebergriffe, Schutz der Missionare und Aufnahme eines britischen Residenten. Erst als Cetewayo diese Forderungen unbeantwortet ließ, sandte er Januar 1879 Truppen gegen die Zulus. Der Kampf begann mit einer bedenklichen Niederlage der Engländer. Aber rasch wurden auf Freres Verlangen Truppen von England, Ceylon und St. Helena geschickt, Sir Garnet Wolseley übernahm den Oberbefehl, und im August war mit der Gefangennahme Cetewayos der Krieg zu Ende.

Die Transvaaler hatten in diesen Kämpfen den Engländern sehr wenig Beistand geleistet. Diejenigen unter ihnen, welche auf ihre Freiheit nicht verzichten wollten, sahen in dem Krieg die beste Gelegenheit, sich wieder von Großbritannien loszureißen. Schon zu Beginn des Krieges sandten sie eine zweite Deputation nach London. Obwohl Hicks-Beach, der Nachfolger Carnarvons, auf dem von diesem eingenommenen Standpunkt blieb, wandten sie sich im Frühjahr 1879 mit ihren Wünschen wieder an Sir Bartle Frere und schickten neue Petitionen nach England. Ihre Abneigung gegen britische Herrschaft war inzwischen immer mehr gewachsen, da ihnen das von England geübte militärische Regiment sehr mißfiel und sie nicht geneigt waren, der englischen Regierung mehr oder pünktlicher als vorher ihre eigenen Steuern zu zahlen. Eine Zeit lang hofften sie 1879, daß der wieder ans Ruder gelangte Gladstone, der die Annexion Transvaals früher öffentlich gemißbilligt hatte, die Maßregel rückgängig machen werde. Als Gladstone dazu keine Miene machte und Wolseley erklärte, die britische Souveränetät über Transvaal werde so lange aufrecht erhalten werden, als die Sonne scheine und Flüsse ins Meer strömten, faßten sie Pläne zu offenem Widerstand.

Am 13. Dezember 1880 kamen die Führer der Bauern in Paardekraal (jetzt Krügersdorp) mit den Mitgliedern des seit 1877 nicht berufenen Volksraads zusammen. Krüger, Joubert und Pretorius wurden von Allen als Leiter anerkannt. Die Bauern verpflichteten

sich, unter ihnen ihre Selbständigkeit zurückzuerobern. Am 16. Dezember wurde durch eine Proklamation die Republik als wiederhergestellt verkündigt und der britische Administrator zu Pretoria vom Beschluß der Bauern benachrichtigt. — Die englische Verwaltung berief hierauf die in den einzelnen Orten zerstreuten Truppenabtheilungen nach Pretoria und zeigte sich entschlossen, zur Gewalt zu greifen. Als die Bauern, die erklärt hatten, nur, falls sie dazu gezwungen würden, Blut vergießen zu wollen, das sahen, griffen sie noch im Dezember ein paar Kompagnien des 94. Regiments an und nahmen sie, nachdem 157 Mann gefallen waren, gefangen. Der britische High Commissioner und Governor von Natal, Sir George Colley, sammelte nun 1400 Mann und 6 Kanonen und rückte damit gegen die Bauern. Er wie seine Offiziere waren davon überzeugt, daß diese Gegner, die noch vor wenig Jahren gegen die Zulus so wenig ausgerichtet hatten, nicht sehr ernst zu nehmen seien. Ihre Erfahrungen brachten sie bald zu einer anderen Auffassung. Am 28. Januar 1881, am 7. Februar erlitten sie Niederlagen, und am 27. Februar gelang es den Bauern bei Majuba Hill, den General Colley selbst, 6 Offiziere und 90 Mann zu tödten und die englische Truppenmacht in wilde Flucht zu schlagen! Die Bauern verloren dabei nur 1 Todten und 5 Verwundete!

In England erregte die ganze Angelegenheit von Anfang an unangenehmes Aufsehen. Die billig Denkenden standen auf Seiten der Bauern. Man erinnerte daran, daß Carnarvon die Annexion ausdrücklich von der Zustimmung der Bevölkerung abhängig gemacht hatte, und fürchtete von einem Krieg der Weißen untereinander die schlimmsten Wirkungen auf die Eingeborenen. Präsident Brand vom Oranjestaat wurde beauftragt zu vermitteln, und Colley erhielt Anweisung, es ohne Noth nicht auf Gewalt ankommen zu lassen. Gleichzeitig wurden freilich 10 000 Mann und der General Sir F. Roberts nach Südafrika geschickt, um Englands Interessen zu vertreten!

Als Roberts in Kapstadt ankam, war aber die Schlacht von Majuba Hill schon geschlagen, und Sir Evelyn Wood, der Nachfolger Colleys, hatte mit den Bauern am 23. März einen Waffenstillstand geschlossen. Er hatte ihnen das Recht voller Selbstregierung unter der Suzeränetät der Königin von England zugesagt! Unter den obwaltenden Umständen und bei der schwierigen allgemeinen politischen

Lage erschien es der englischen Regierung nicht angezeigt, den Kampf nochmals aufzunehmen. Lord Kimberley, der Staatssekretär der Kolonien, erklärte sich mit Woods Zugeständniß einverstanden, und im August 1881 wurde zu Pretoria ein förmlicher Vertrag mit den Bauern abgeschlossen. Die Letzteren fügten sich dem Verlangen nach britischer Suzeränetät wohl nicht allein, um den Briten den Rückzug zu erleichtern, sondern auch, weil nach Sir Bartle Freres Zeugniß diese Suzeränetät im Wesentlichen nur bedeuten sollte, daß England über das Wohlergehen der Eingeborenen wachen werde. Im Uebrigen hieß es in dem Vertrage: Her Majesty reserves to herself the control of the external relations of the said State, including the conclusion of treaties and the conduct of diplomatic intercourse with foreign powers. Dieses Abkommen gab zu verschiedenen Schwierigkeiten Anlaß und es wurde daher 1884 in London abgeändert. Transvaal war dabei durch eine Abordnung des Volksraads vertreten. Die Republik nahm damals den Namen „südafrikanische Republik" an. England ließ sein Suzeränetätsrecht fallen und begnügte sich mit der folgenden Vereinbarung: the South African Republic will conclude no treaty or engagement with any state or nation other than the Orange Free State, nor with any native tribes to the eastward or westward of the Republic until the same has been approved by Her Majesty the Queen. Such approval shall be considered to have been granted if H. M.'s Government shall not, within 6 months after receiving a copy of such treaty have notified that the conclusion of such treaty is in conflict with the interests of Great Britain or of any of H. M.'s possessions in South Africa.

Als es zu dieser Auseinandersetzung kam, hatte die Entwickelung der britischen Besitzungen in Südafrika schon ungeheure Fortschritte gemacht. Die Kapkolonie besaß 1849 nur 218 000 Bewohner, wovon 76 000 der kaukasischen Rasse angehörten. 1855 zählte die Kolonie 268 000, 1865 496 000 Bewohner, von denen 182 000 Weiße waren. Nach der Einverleibung British-Kaffrarias stieg die Bewohnerzahl der Kapkolonien 1875 auf 721 000, darunter 237 000 Weiße; 1885 wurde die Einwohnerzahl auf 1 252 000 berechnet bei einem Flächenraum von 276 900 Quadratmeilen.*) 1891 belief sich die

*) Betschuanaland mitgerechnet.

Bevölkerung auf 1 527 000, wovon 376 000 Weiße waren. Kapstadts Bewohnerzahl war 1849: 24 000, 1875: 32 000, 1891: 85 000. Die Bevölkerung Port Elizabeths ist von 13 000 im Jahre 1875 auf 23 200 im Jahre 1891 gewachsen, die Grahamstowns von 7000 auf 10 400. Beide überflügelt hat das erst 1867 gegründete Kimberley mit 28 700 Seelen. Daneben sind eine Menge kleinerer Orte in die Höhe geschossen.

Natal mit 20 460 Quadratmeilen Fläche besaß 1852 nur 121 000 Bewohner, darunter 8000 Europäer. 1891 zählte man hier 555 500 Seelen, darunter 42 700 Weiße. Durban besaß 27 400, Pietermaritzburg 17 200 Einwohner.

Besonders hervortretend sind die Fortschritte dieser Kolonien in der Steigerung der öffentlichen Einnahmen. Während diese in der Kapkolonie noch 1855 nur 306 000 Pfund Sterling betrugen und 1865 auch nur 856 700 Pfund Sterling erzielt wurden, vereinnahmte man 1872: 1 161 500, 1875: 1 672 700, 1880: 2 536 900, 1885: 3 327 500 Pfund Sterling. In Natal stiegen die Einnahmen von 32 100 Pfund Sterling im Jahre 1850 auf 77 400 im Jahre 1860, 126 200 im Jahre 1870, 260 200 im Jahre 1875, 582 700 im Jahre 1880, 662 900 im Jahre 1885. Der Handel beider Kolonien zeigt folgende Gestaltung:

	1850	1860	1870	1875	1880	1885
Einfuhr:						
Kapkolonie		2 677 500	2 502 000	5 762 700	8 092 000	4 991 600
Natal	111 000	354 900	429 500	1 268 800	2 336 500	1 518 500
Ausfuhr:						
Kapkolonie		2 100 900	2 603 200	4 393 300	4 490 100	3 734 600
Natal	32 100	139 600	382 900	835 600	890 800	877 400

Unter den Exportgegenständen der Kapkolonie stand abgesehen von Diamanten an der Spitze Schafwolle. Es wurde hiervon ausgeführt:

1860	für	1 448 600	Pfund Sterling,
1870	=	1 669 500	= =
1875	=	2 855 800	= =
1880	=	2 429 300	= =
1885	=	1 426 100	= =

Der Werth der versandten Diamanten ist nicht genau bekannt. Nach den Deklarationen im Postamt zu Kimberley wurden davon

exportirt 1876 für 1 807 500 Pfund Sterling, 1880 für 3 367 800 Pfund Sterling, 1885 für 2 489 600 Pfund Sterling.

Weitere sehr bedeutende Ausfuhrerzeugnisse sind Kupfererz, Straußenfedern, Angoraziegenhaar und Gold. Es wurden davon ausgeführt:

	1870	1875	1880	1885		
Kupfererz	146 300	248 500	306 700	395 600	Pfund	Sterling,
Straußenfedern	91 200	304 900	883 600	585 200	=	=
Angorahaar	26 600	133 100	206 400	204 000	=	=
Gold	40 100	180 900	147 200	371 600	=	=

Natals Ausfuhr umfaßt ebenfalls in erster Linie Wolle, daneben Rohrzucker, Häute, Straußenfedern und landwirthschaftliche Erzeugnisse.

An Hornvieh besaß

	1875	1887	
Kapkolonie	1 329 400	1 266 500	Stück,
Natal	449 600	611 700	=

Pferde zählte man in der Kapkolonie 1875 nicht weniger als 241 300, 1887: 262 500. An Schafen besaß diese Kolonie 1875: 11 279 700, 1887: 13 073 100 Stück, während Natal 1875: 386 100 und 1887: 484 200 hatte. Die Zahl der Angoraziegen in Kapland ist von 977 900 Stück im Jahre 1875 auf 3 184 000 im Jahre 1891 gewachsen. Zahme Strauße besaß es 1875: 21 700, 1891: 154 800.

Die Eisenbahnen der Kapkolonie hatten 1873 eine Länge von 64, 1875 von 147 Meilen. Natal wies 1875 gar nur 5 Meilen auf. 1880 besaß Letzteres 98½, Erstere 907 Meilen Bahnen. 1885 war die Länge der Schienenwege in Natal auf 174, im Kaplande auf 1599 Meilen gewachsen! Für diese Bahnanlagen, Hafenbauten u. dergl. haben sich allerdings beide Kolonien in ansehnliche Schulden gestürzt. Während 1870 Natal 268 000, Kapland 1 106 400 Pfund Sterling schuldete, ist diese Last bei Ersterem auf 3 762 000, bei Letzterem auf 21 672 100 Pfund Sterling im Jahre 1885 gestiegen!

Zwölftes Kapitel.

Beginn fremden Wettbewerbs in Afrika und seine Wirkungen.

Der Rückgang des Handels in Sierra Leone und am Gambia wurde in erster Linie auf Unruhen der Eingeborenen in den benachbarten unabhängigen Gebieten, dann aber auch auf das Vorgehen anderer Nationen, besonders der Franzosen, zurückgeführt, welche seit 1870 eine eifrige Thätigkeit in Afrika entwickelten und allenthalben neben den englischen Besitzungen Stationen anlegten. Erst waren das gesammte Senegalgebiet bis zum Gambia, dann der Süden zwischen Gambia und portugiesisch Guinea sowie weite Strecken des Inneren, endlich Grand Bassam (1838), Assini (1842), Gaboon (1842), Ogowe (1862), Porto Novo (1868) und das Land bis zum Kongo (1884) von Frankreich erworben worden. Durch diese Besitzergreifungen wurden die englischen Kolonien mehr und mehr von ihren Bezugs- und Absatzmärkten im Inneren abgeschnitten, da England, wie gezeigt, sich durchweg auf Behauptung und Entwickelung der Küstenplätze beschränkt und aufs Innere eigentlich nur an der Goldküste nothgedrungen Einfluß geübt hatte. Besonders der Gambia wurde durch die Umklammerung Frankreichs immer werthloser, und die britische Regierung versuchte wiederholt (1870 und 1876) für Aufgabe dieser Kolonie Frankreich zum Verzicht auf seine Erwerbungen zwischen Sierra Leone und dem Aequator zu bewegen. Diese Verhandlungen scheiterten anscheinend hauptsächlich infolge des Widerstandes der am Gambia thätigen Wesleyaner gegen Uebergang an das katholische Frankreich. Letzteres setzte daher seine Ausdehnungspolitik immer weiter fort und erwarb auch am Niger Rechte, wo seit 1879 eine Gesellschaft englischer Kaufleute, the United African company*), später the national African company genannt, auf Grund von Verträgen mit den Eingeborenen thätig war. Englischerseits geschah weder in Sierra Leone noch am Gambia etwas Ernstliches, um den Kolonien ein größeres Hinterland zu sichern, abgesehen von einer Expedition im Jahre 1881, die den Oberlauf des Gambia erforschte und über Sierra Leone zurückkehrte.

*) Ihr Schöpfer war der frühere Offizier der Royal Engineers, Taubman Goldie, der 1877 den Niger bereist hatte.

Da bei dieser Reise festgestellt wurde, daß das Innere überall nur spärlich bevölkert, schwer zu erreichen und durch einige Eingeborenenkriege beunruhigt war, wollte sich die britische Regierung dafür in keine Unkosten stürzen. Sie begnügte sich, zunächst 1882 mit Frankreich eine Vereinbarung über die Nordgrenze Sierra Leones zu treffen.

Erst das Auftauchen neuer Bewerber neben Frankreich um den Besitz Afrikas, wodurch die Zukunft der englischen Besitzungen ernstlich gefährdet erschien, bewog Großbritannien mit seiner langbefolgten Politik zu brechen und zur Besitznahme weiter Gebiete des Inneren Afrikas zu schreiten. Diese neuen Mitbewerber waren Belgien, Italien und Deutschland. Der König von Belgien folgte bei seinem Vorgehen Bahnen, die ihm sein Vater vorgezeichnet hatte. Belgien vermißte seit seiner Losreißung von den Niederlanden schmerzlich den Markt der niederländischen Kolonien. Leopold I. hatte darum Jahre lang sich bemüht, in Brasilien, Mittelamerika oder Abessynien seinem Lande eine brauchbare Kolonie zu erwerben. Aber die politischen Verhältnisse hemmten ihn, und in den von ihm ins Auge gefaßten Ländern erwies sich die Erwerbung geeigneter Gebiete als unthunlich. Leopold II. befand sich in einer weit günstigeren Lage. Die Feindseligkeit zwischen Deutschland und Frankreich gewährte dem Bestand Belgiens als selbständigen Staates eine früher nicht vorhandene Bürgschaft. Dazu bot sich ihm im tropischen Afrika ein bis dahin unbekanntes oder unterschätztes Kolonisationsfeld.*) Durch die Berichte der Reisenden, welche besonders in den 50er bis 70er Jahren das Innere Afrikas erforschten und Licht über seine geographischen Verhältnisse verbreiteten, war festgestellt worden, daß die Gebiete der afrikanischen Seen große Massen von Elfenbein enthielten und von nicht unzivilisirten Völkern bewohnt wurden, mit denen sich ein aussichtsreicher Handel anknüpfen ließ. Alle diese früher als werthlos angesehenen Gebiete waren noch unabhängig. Der König richtete daher auf ihre Erwerbung sein Augenmerk. Um keine Eifersucht und Argwohn zu erregen, kam er auf den Gedanken, seinen Plan unter wissenschaftlichem Mantel auszuführen. Im September 1876 lud er Gelehrte und Forscher

*) Als Prinz hatte er an die Erwerbung Borneos oder einer Nachbarinsel gedacht.

einer Anzahl Staaten nach Brüssel zu einer Konferenz, um die besten Mittel und Wege zur Erschließung Afrikas zu berathen. Die Frucht der Besprechungen, an denen z. B. Sir Bartle Frere, Sir Henry Rawlinson, William Mackinnon, Sir Fowell Buxton, Ferdinand v. Hochstetter, Dr. Nachtigal, Baron Richthofen, Schweinfurth, G. Rohlfs, Baron Lambermont, Banning und Andere theilnahmen, war die Schöpfung der Association internationale d'Afrique, welche Komitees in den verschiedenen Ländern und eine gemeinsame Kommission zu Brüssel ins Leben rief. Verschiedene Staaten leisteten für die Zwecke der Association Beiträge, nur in England beschloß man, sich in keine internationale Verpflichtungen einzulassen und die Erforschung Afrikas auf eigene Faust zu treiben. Die höchsten Summen brachte Belgien, d. h. der König, auf. — Die Association machte sich zunächst von 1877 an daran, eine Kette von Stationen zwischen der ostafrikanischen Küste und dem Tanganyikasee anzulegen, um dadurch eine Straße ins Innere zu schaffen. Als aber Januar 1878 Stanley von seiner erfolgreichen Reise, bei der er den Lauf des Kongo entdeckt hatte, zurückkehrte, änderte König Leopold seine Pläne. Er gewann den Reisenden für die Association, gründete aus ihrer Mitte 1879 ein besonderes Comité des Etudes du Haut Congo und sandte für sie Stanley zum Kongo, um dort eine zunächst internationale Kolonie zu gründen. Um diesen Charakter dem Unternehmen zu erhalten, wurden viele Ausländer, besonders Engländer, dafür engagirt. Nachdem eine Anzahl Stationen am Flusse gegründet und der Einfluß des Komitees gesichert war, verwandelte es sich 1880 in eine rein belgische Association internationale du Congo, welche ihren Einfluß über das ganze Kongobecken ausdehnte. Nunmehr trat es klar zu Tage, daß der König danach strebte, die Anerkennung des Kongo-Unternehmens als eines selbständigen Staatswesens bei den Mächten zu erreichen. Das gesammte mittlere Afrika ging damit für England verloren!

Aber hier hatte man König Leopolds Vorgehen ebenso wie die rege Thätigkeit des Franzosen de Brazza am unteren Kongo sehr aufmerksam verfolgt und Schritte vorbereitet, welche geeignet waren, der Schöpfung eines Kongostaates ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Lord Granville war mit Portugal in Verhandlungen getreten, welches das Kongo-Mündungsgebiet Jahrhunderte hindurch besessen hatte und seinen Anspruch darauf aufrecht erhielt, wenn es

auch seit Langem im Norden von Ambriz keine Herrschaft mehr ausübte. Gegen Zugeständniß eines niedrigen Tarifes in allen portugiesischen Kolonien, Gewährung freier Schiffahrt auf dem Sambesi, Ueberlassung eines Theiles des Schire und Verzicht auf das nicht durch Stationen besetzte Innere, erkannte er im Februar 1884 Portugal den Besitz des Küstengebietes zwischen 5° 12′ und 8° südlicher Breite zu. Die gesammte Kongomündung kam durch diesen Vertrag in Portugals Besitz. Eine anglo-portugiesische Kommission sollte die Schifffahrt auf dem Flusse überwachen. Das Kongounternehmen war, wenn dieser Vertrag von anderen Mächten anerkannt wurde, so gut wie unmöglich gemacht! Aber weder Frankreich, das eben selbst Rechte am rechten Kongo-Ufer erworben hatte, noch Deutschland, welches damals gleichfalls Erwerbungen in Afrika plante, waren geneigt, das englisch-portugiesische Vorgehen anzuerkennen. An ihre Hülfe wandte sich Belgien. Es versprach sogar Frankreich das Vorkaufsrecht für den Kongo, falls es sich davon zurückziehe, wie sich später herausstellte. Dem energischen Protest Deutschlands und Frankreichs schlossen sich andere Mächte an, und Lord Granville sah sich im Juni 1884 genöthigt, von dem Vertrage zurückzutreten. Auf Portugals Vorschlag wurde die ganze Angelegenheit einer internationalen Konferenz unterbreitet, welche Ende 1884 in Berlin zusammentrat.

Als dies geschah, hatte auch Deutschland bereits an der afrikanischen Westküste festen Fuß gefaßt. Auf Drängen von Kaufleuten, welche dort an verschiedenen Flecken Faktoreien besaßen, waren erst Südwestafrika, dann der Dubreka, Togo und Kamerun*) unter deutschen Schutz gestellt und ein Festsetzungsversuch an der Sta. Lucia-Bay gemacht worden. Weitere Erwerbungen in anderen Theilen Afrikas wurden von verschiedenen Seiten lebhaft erwogen. Für das Deutsche Reich hatten dadurch die afrikanischen Fragen eine ganz andere Bedeutung als früher gewonnen. Es erschien vom Standpunkt der deutschen Kolonialpolitik wichtig, ein Staatswesen wie den Kongostaat ins Leben zu rufen, da sie bei ihm gemeinsame Interessen gegen die älteren Kolonialmächte und stete gegenseitige Förderung voraussetzen konnte. Ferner besaß eine Regelung der Besitzergreifungsfrage und die Feststellung und Regelung freier Schifffahrt auf den

*) Um dieselbe Zeit wie Deutschland hatte Belgien hier eine Festsetzung beabsichtigt.

großen afrikanischen Strömen jetzt für Deutschland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Zusammen mit Frankreich, welches seinerseits durch das ihm zugestandene Vorkaufsrecht ein Interesse an der Schöpfung des Kongostaates hatte, und unterstützt von den anderen England nicht holden Staaten, setzte es nun auf der Konferenz seine Wünsche durch. Die von den Vereinigten Staaten und ihm bereits als befreundeter Staat anerkannte Association du Congo wurde Herrin des ganzen Kongobeckens und der Kongomündung. Für ganz Mittelafrika wurde Freiheit der Schifffahrt und des Handels eingeführt und der Nigerstrom der Schiffahrt aller Völker geöffnet.

Diese Vorgänge, verbunden mit dem Bestreben der Italiener, ihre 1880 erworbene Besitzung Assab am Rothen Meere auszudehnen, und der Festsetzung Deutschlands im Jahre 1885 in Ostafrika machten tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung Englands. Alle die Bedenken, welche so lange die britische Regierung abgehalten hatten, ihren afrikanischen Besitz zu vergrößern, wurden bei Seite geschoben. Man sah davon ab, ob die noch verfügbaren Gebiete gesund, zugänglich, wirthschaftlich versprechend waren und die Kosten der Verwaltung decken konnten, und war nur noch von dem Bestreben erfüllt, soviel wie möglich von Afrika unter englische Herrschaft zu bringen. Die Wirkungen dieser neuen Politik traten zuerst hervor im Nigergebiet.

Wie erwähnt, waren hier englische Kaufleute thätig, die sich seit 1879 zu einer Gesellschaft vereinigt und zahlreiche Schutzverträge mit den Eingeborenen abgeschlossen hatten. Auch im Gebiete der südlich vom Niger liegenden Oelflüsse wirkten seit Langem Faktoreien englischer Handelshäuser, ohne daß aber hier oder an der Mündung des Niger britische Schutzherrschaft eingerichtet war. In Frankreich hatte man sich dies Anfang der 80er Jahre zu Nutze gemacht und zwei große Gesellschaften für den Nigerhandel gegründet, welche eine Menge Stationen anlegten und den Engländern gefährlichen Wettbewerb machten. Taubman Goldie wünschte dem durch Verkündigung der britischen Herrschaft über das Nigergebiet ein Ende zu machen, doch die Regierung zögerte sowohl mit Rücksicht auf Frankreich als aus allgemeiner Abneigung gegen Vergrößerung des afrikanischen Besitzes. Daraufhin legte die englische Gesellschaft die Franzosen am Niger durch billigen Verkauf ihrer Waaren und hohe Bezahlung der

dortigen Erzeugnisse erst lahm und kaufte dann die Aktien der französischen Gesellschaften auf. Auch jetzt noch zögerte die englische Regierung, das Nigergebiet unter ihren Schutz zu stellen und die Verwaltung einer kaufmännischen Company zu übertragen. Nur die Oelflüsse wurden 1884 zu einem englischen Protektorat erklärt. Diese Bedenken wurden indessen fallen gelassen, als 1884 deutscherseits ein Versuch stattfand, die Nigermündung zu erwerben und durch die Flegelsche Expedition am Niger und Benue Schutzverträge zu schließen. Im Juni 1885 wurde das ganze Nigerbecken zwischen Lagos und dem Rio del Rey unter britischen Schutz gestellt und 1886 die Regierung des Gebietes der Company übertragen, welche den Namen Royal Niger Company annahm.

Um dieselbe Zeit übernahm Großbritannien das Protektorat über weite Gebiete in Ostafrika. In früheren Zeiten hatte es diesem Theil Afrikas nur vom Standpunkte seiner indischen Interessen aus gelegentlich Aufmerksamkeit geschenkt. Mit Rücksicht auf die Wünsche des Imam von Maskat waren 1824 Mombas, Pemba und die Küste von Melinde bis Pangani unter britischen Schutz gestellt worden. Schon vier Jahre später wurde indessen dieses Protektorat zurückgezogen, da die East India Company die Einmischung der Regierung in diesen mit Indien in regen Beziehungen stehenden Gebieten nicht gern sah. Die ganze Küste fiel darauf unter die Herrschaft des aus der Maskat-Dynastie hervorgegangenen Sultans von Sansibar. England begnügte sich bei ihm von 1841 ab ein Konsulat zu unterhalten und durch ein Geschwader die Küste zu überwachen, um Sklavenhandel zu hindern. Die Entdeckungen Livingstones, Burtons, Spekes und Bakers auf dem Festlande Ostafrikas, ihre Schilderungen von den großen und reichen Eingeborenenstaaten des Inneren veranlaßten die britische Regierung nicht zu Landerwerbungen in diesem Theil Afrikas. Sie ließ sich vielmehr 1862 sogar herbei, mit Frankreich einen Vertrag zu schließen, worin beide Theile sich gegenseitig die Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar garantirten. Als der Sultan zu Anfang der 70er Jahre sich sträubte, die weitere Ausfuhr von Sklaven zu verbieten, und sogar Schutz bei Frankreich suchte, wußte der damalige Vertreter Englands, Kirk, ihn durch Geschenke und Drohungen (1873) zum Nachgeben zu bringen. Auch die andauernde Mißstimmung des Sultans, die ihn 1875 veranlaßte, Deutschland das Protektorat über

seinen Besitz anzutragen, brachte England nicht aus seiner Ruhe. Man hielt ein Vorgehen Deutschlands auf überseeischem Gebiete für ausgeschlossen und erachtete es für überflüssig, hier besondere Aufwendungen zu machen, da man den Sultan in der Gewalt hatte. Sein 1877 Mackinnon gemachtes Anerbieten, ihm das Festland zu verpachten, und der 1881 gestellte Antrag auf ein britisches Protektorat blieben daher so unbeachtet, wie seine früheren Schritte und die Bemühungen der Belgier, hier festen Fuß zu fassen. Erst als Deutschland in Usagara und Witu auf dem ostafrikanischen Festlande Verträge abschloß und einen Generalkonsul auf einem Kriegsschiff nach Sansibar sandte, änderte sich diese Haltung der britischen Regierung. In aller Eile wurde eine Konzession anerkannt, welche der Reisende Johnston September 1884 über Taveta am Kilimandscharo erworben hatte, und der Sultan von Sansibar bei Geltendmachung seiner Ansprüche auf das Festland und die Inseln unterstützt. Nach längeren Streitigkeiten mit Deutschland wurde das Abkommen vom 29. Oktober und 1. November 1886 erreicht, worin England das Gebiet zwischen Wanga und Tana bis weit ins Innere hinein zugestanden und der Sultan als Besitzer eines 600 Meilen langen Küstenstreifens und der Inseln anerkannt wurde. Das England zugefallene Land kam unter die Verwaltung der von dem Schotten Mackinnon gebildeten British East Africa Association.

Das Vorgehen Großbritanniens in Ostafrika war von Anbeginn an auch von der Rücksicht auf seine Interessen in Egypten bestimmt. Das Nilreich besaß ja für England als Herrn Indiens von jeher eine bedeutende Wichtigkeit. Um die englische Herrschaft in Indien zu stürzen, hatte Napoleon seiner Zeit sich an die Eroberung dieses Theiles Afrikas gemacht. Nach der Fertigstellung des Suezkanals war die Bedeutung Egyptens für Indien so groß geworden, daß man in London zu dem Entschlusse kam, sich bei erster Gelegenheit den maßgebenden Einfluß in Kairo zu sichern. Den Anlaß zur Ausführung dieser Absicht bot eine 1881 in Egypten ausgebrochene Empörung der Truppen und die Schädigung europäischen Eigenthums zu Alexandrien. Das englische Geschwader bombardirte die Stadt, ein anglo-indisches Heer rückte ins Land, schlug die Egypter, und England übernahm unter dem Vorwand der Wiederherstellung der Ordnung die Herrschaft über Egypten.

Zu diesem Zeitpunkte war aber das ganze ausgedehnte egyptische

Sudangebiet, das der Khedive Ismail erobert hatte, durch eine Erhebung der Eingeborenen unter der Führung des Mahdi von Egypten abgetrennt worden. Wollten die Engländer nicht das ausgedehnte und reiche Gebiet des oberen Nil für Egypten verloren gehen lassen und in der steten Gefahr aufständischer Bewegungen vom Innern her leben, so blieb ihnen nur übrig, gegen die Mahdisten zu Felde zu ziehen. Im Verlaufe der Jahre 1883 und 1884 geschah dies unter Aufgebot großer Mittel. Die englischen Generale und Truppen zeigten sich aber den Verhältnissen nicht gewachsen. Sie erlitten eine Niederlage nach der anderen, und schließlich fiel sogar im Januar 1885 Chartum in die Hände der Aufständischen.

Schon der Khedive Ismail hatte zur Befestigung seiner Herrschaft in den Ländern des oberen Nil und dem dazu gehörigen Seengebiet eine Festsetzung an der ostafrikanischen Küste und die Herstellung einer sicheren Straße von dort aus zum Victoria Nyanza ins Auge gefaßt. Dieser Gedanke, die Mahdistische Bewegung von Ostafrika her zu bekämpfen, war im Jahre 1885 angesichts der Verlegenheit beim Verlust Chartums auch in England aufgetaucht, und die Anerkennung der Johnstonschen Erwerbung am Kilimandscharo geschah nach dem Wortlaut einer Depesche Lord Granvilles an den Botschafter in Berlin vom 25. Mai 1885 großentheils in der Absicht, eine Bahn von der Küste zum Gebiet der großen Seen zu bauen. Man hoffte auf diese Weise zur Sicherung des Besitzes Egyptens für England beizutragen! — Im Zusammenhang mit der egyptischen Politik stand auch die 1884 erfolgte Annexion von Berbera, Bulhar und Zeila an der nördlichen Somaliküste.

Weitere Ausdehnungen erfuhr der britische Besitz im Süden und Südosten Afrikas. 1884 wurde, um einem Vordringen der Deutschen vorzubeugen, Betschuanaland durch Verträge mit Transvaal und den Eingeborenen erworben und unter englischen Schutz gestellt. 1887 wurde das Zululand erworben und der Versuch gemacht, auch Swaziland zwischen Transvaal und der portugiesischen Küste für England zu sichern. Um dieselbe Zeit begannen die Vorstöße gegen das Matabeleland im Norden von Betschuanaland, das 1888 durch einen Vertrag mit Lobengula erworben wurde. Etwas später kam auch das Gebiet zwischen Matabeleland und dem Nyassa unter englische Herrschaft. Hier im Thale des Schire waren auf Veranlassung Livingstones schon zu Anfang der 60er Jahre englische Missionare

thätig gewesen. Sie hatten nach wenigen Jahren infolge des schlechten Klimas das Feld geräumt und sich nach Sansibar begeben, doch der Gedanke einer Unternehmung am Schire und Nyassa war in England lebendig geblieben. 1878 war daher von schottischen Kaufleuten eine Gesellschaft, die Livingstone Central Africa Company gebildet worden, aus der später die African Lakes Company entstand. Sie trieb in enger Verbindung mit den Missionen, welche hier wieder Fuß gefaßt hatten, Handel und Schifffahrt auf Sambesi, Schire und Nyassa, legte Pflanzungen an und erbaute die Stevenson Road vom Nyassa zum Tanganyikasee. Seit 1887 waren hier auch Kaffeepflanzungen im Betrieb. Das ganze von der Gesellschaft bewirthschaftete Gebiet war Jahrhunderte hindurch portugiesisch gewesen und wurde von den Portugiesen auch immer als Eigenthum angesehen. Sie bedangen sich die Anerkennung dieses Besitzes wie des dahinter liegenden Matabele- und Maschonalandes durch Deutschland und Frankreich auch 1886 beim Abschluß von Grenzverträgen ausdrücklich aus. In England dachte man aber nicht daran, diesen Theil Afrikas aufzugeben. Nachdem man Matabeleland einfach durch Verträge mit den Häuptlingen sich gesichert hatte, warf man die am Nyassasee hausenden arabischen Sklavenhändler gewaltsam nieder und zwang Portugal durch Drohungen zum Nachgeben. Ganz Südafrika, mit Ausnahme der Boerenfreistaaten, der deutschen Kolonie und des portugiesischen Küstenstreifens, kam so in Englands Besitz!

Dreizehntes Kapitel.

Der gegenwärtige afrikanische Besitz Großbritanniens.

Wenn die Erfolge Großbritanniens in seinen afrikanischen Besitzungen in der letzten Zeit auch nicht überall gleich günstig gewesen sind, so beweist doch die neuere Geschichte dieser Kolonien, wie sorgfältig England überall seine früheren Erfahrungen in Rechnung gezogen und wieviel es auf diesem Gebiet gelernt hat.

Für den Gambia sind, da sich das Hinterland als nicht genügend reich herausgestellt hatte, Opfer vom Mutterland nicht gebracht worden. Sein Gebiet ist durch einen Vertrag vom 10. August 1889 mit Frankreich in sehr engen Grenzen festgelegt. Die ganze

Kolonie besitzt nur noch 69 Quadratmeilen Umfang und etwa 14 000 Bewohner. Beinahe die Hälfte davon lebt in der Stadt Bathurst. Trotz ihrer Kleinheit ist die Kolonie 1888 von Sierra Leone wieder getrennt und einem selbständigen Administrator unterstellt worden. Das ihm zur Seite stehende executive Council zählt drei, das legislative fünf Mitglieder; im letzteren sitzen zwei Nichtbeamte. In Berufungsfällen hat das oberste Gericht Sierra Leones die Befugnisse des Gerichtes zweiter Instanz auch für den Gambia. So klein und ungesund die Kolonie ist, so blühend ist ihr Handel, da sie für einen großen Theil des Senegalgebietes bei ihren niedrigen Zöllen (die meisten Waaren 7½ pCt.) und der guten Wasserstraße das Aus- und Eingangsthor bildet. Der Handel hatte hier in der letzten Zeit folgenden Umfang:

	1885	1890	1893	1894	1895	1897	
Einfuhr:	69 000	148 000	166 500	130 300	97 300	140 000	Pfund Sterl.
Ausfuhr:	119 300	164 300	204 700	149 100	93 500	164 000	Pfund Sterl.

Die Einnahmen der Kolonie betrugen 1885: 20 200, 1890: 30 500, 1893: 31 800, 1894: 23 700, 1895: 20 500 Pfund Sterling. Diesen Beträgen standen allerdings Ausgaben von 26 500 Pfund Sterling im Jahre 1885, 22 700 im Jahre 1890 entgegen. 1893 betrugen sie sogar 38 100, 1894: 31 600, 1895: 28 800 Pfund Sterling, so daß die Ueberschüsse, welche die Kolonie früher zurückgelegt hatte, wohl neuerdings aufgebraucht sein werden. 1897 erreichten allerdings die Einnahmen wieder eine Höhe von 40 000 Pfund Sterling.

Auch Sierra Leone ist in den letzten Jahren von seinem Hinterlande abgeschnitten worden. Nachdem 1886 der Mannahfluß als Grenze zwischen der Kolonie und Liberia mit letzterem festgesetzt war, kamen 1889 und 1891 Verträge mit Frankreich zu Stande, wodurch die Nordgrenze Sierra Leones so geregelt wurde, daß das Quellgebiet des Niger außerhalb seiner Sphäre und in französischen Besitz fiel. Die Los-Inseln verblieben dagegen England. Die Kolonie bedeckt jetzt eine Fläche von etwa 3000 Quadratmeilen mit 75 000 Bewohnern, davon 210 Weiße. Freetown besitzt über 30 000 Einwohner. Der wichtigste Fleck neben ihm ist Bonthe, der Hauptort von Sherbro. Der Handel der Kolonie erhält sich seit Jahren auf ungefähr derselben Höhe, wie nachstehende Zahlen ergeben:

	1885	1890	1893	1894	1895	1897	
Einfuhr:	318 500	374 500	417 400	478 000	427 300	457 300	Pfund Sterl.
Ausfuhr:	326 900	349 300	398 600	426 400	452 600	400 700	Pfund Sterl.

Während am Gambia Erdnüsse den Hauptgegenstand des Exports bilden, sind es hier noch immer Palmöl und Palmkerne, daneben Kautschuk, Kopal, Häute und Kolanüsse. Die wie in den anderen westafrikanischen Kolonien fast ganz aus Zöllen*) fließenden Einnahmen beliefen sich 1885 auf 67 700 Pfund Sterling. Sie stiegen 1890 auf 73 700, 1893 auf 92 700, 1894 auf 98 800, 1895 auf 97 8(0, 1897 auf 106 200 Pfund Sterling. Die Ausgaben bis 1891 haben 70 000 Pfund Sterling im Jahre kaum überschritten. Erst von 1892 an sind sie bis 96 600 Pfund Sterling 1895, 116 100: 1896 gewachsen. Die Schulden der Kolonie sind auf 50 000 Pfund Sterling gesunken. Die Bewohner erzeugen meist nur Früchte und Lebensmittel für den eigenen Bedarf. Nur etwas Ingwer, Ananas und dergl. werden für den Export gepflanzt. Die meisten Ausfuhrartikel kommen aus dem Innern, wo nach wie vor Sklavenarbeit vorhanden ist. Der Einfluß Englands beschränkt sich im Wesentlichen auf den Küstenstreifen. Die militärische Macht der Kolonie besteht aus zwei Detachements Artillerie und Ingenieure, einem Bataillon Haussas und zwei Bataillonen westindischer Truppen. Eine Reihe höherer Aemter wird gelegentlich mit Negern besetzt. Die Geistlichen und die Militärärzte der Kolonie sind meist Schwarze. 1896 ist mit dem Bau einer Eisenbahn ins Innere begonnen worden; $11^1/_2$ Meilen sind im Betrieb. Die Linie soll bis Songotown fortgesetzt werden.

Die Abgrenzung der Goldküste ist noch nicht vollständig gelungen, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß auch diese Kolonie durch Frankreich vom Nigerbecken abgeschnitten wird. Die Westgrenze der Kolonie ist durch verschiedene Verträge mit Frankreich in den Jahren 1889, 1891 und 1893 festgelegt worden. Die Ostgrenze wurde mit Deutschland 1886, 1888 und 1890 des Näheren in der Weise vereinbart, daß der einzige schiffbare Strom jener Gegenden, der Volta, in britischen Besitz kam. Ueber die Nordgrenze herrscht seit Jahren Streit mit Frankreich und Deutschland. Letzteres hat 1887 Schutzverträge mit dem Häuptling der Handels-

*) Meist $7^1/_2$ pCt. des Werthes. 1898 ist eine Hüttensteuer eingeführt worden, welche eine Empörung verschiedener Stämme zur Folge gehabt hat.

stadt Salaga und weiter landeinwärts gelegenen Reichen abgeschlossen; Ersteres ist von Timbuktu aus bis ins Hinterland der Goldküste und Togos vorgedrungen und hat sich das mittlere Nigerthal gesichert. Die von England hiergegen gethanen Schritte kamen zu spät. Es mußte sich herbeilassen, mit Deutschland 1888 ein Abkommen zu treffen, wonach das Gebiet von Salaga und Jendi neutral erklärt wurde, und 1898 hat es sich entschlossen, auf den Zugang zum mittleren Niger zu verzichten und ihn ebenso wie den Oberlauf des Flusses Frankreich zu überlassen. In dem verbliebenen noch immer sehr umfangreichen Gebiete, dessen Bevölkerung auf etwa 1½ Millionen*) geschätzt wird, ist England seit der 1896 mit Aufgebot großer Mittel erfolgten vollständigen Niederwerfung der Aschantis alleiniger Herr. Die Verbindung der Kolonie mit Lagos ist schon 1886 gelöst worden. Sie steht seitdem unter einem Governor, dem ein Executive Council aus vier Beamten und ein Legislative Council aus fünf Beamten und zwei nichtbeamteten Mitgliedern zur Seite stehen.

Die Goldküste besitzt gegenwärtig eine früher ungeahnte Bedeutung nicht allein wegen ihres Handels, sondern auch ihrer Goldminen wegen. Der Handelsverkehr ist in steter Zunahme. Es betrugen:

	1885	1890	1894	1895	1897	
Einfuhr:	466 400	562 100	812 800	931 500	910 500	Pfund Sterling,
Ausfuhr:	496 300	601 300	850 300	877 800	857 700	Pfund Sterling.

Unter den Gegenständen des Exports steht in neuerer Zeit Kautschuk an der Spitze. Von 13 600 Pfund Sterling im Jahre 1884 stieg dieser Export 1886 mit einem Schlage auf 69 900; 1890: 231 200; 1893: 218 100; 1894: 232 500; 1895: 322 000 Pfund Sterling! Den nächst bedeutenden Umfang erreichen Palmöl und Palmkerne, dann Gold und Goldstaub. Die Ausfuhr des letzteren Artikels hatte in den letzten Jahren folgenden Werth:

1884:	66 100	Pfund Sterling,
1886:	74 800	= =
1889:	103 200	= =
1890:	91 600	= =
1893:	79 000	=
1894:	76 700	= =
1895:	91 400	= =

*) Darunter 150 Europäer. Die 1800 Mann starke Truppe zählt 23 weiße Offiziere.

Nicht nur reiche Waschgoldlager, sondern auch goldführende Riffe sind in der Kolonie festgestellt worden. Ihrer Ausbeutung steht bisher nur der Mangel an geeigneten Arbeitern und Transportmitteln ins Innere im Wege. Da es an Straßen und Bahnen mangelt, können die nöthigen Maschinen nicht in die Goldbezirke geschafft werden. Die Ueberwindung der Schwierigkeiten, die das Klima bereitet, würde gelingen, wenn in den erst erwähnten Beziehungen Abhülfe geschaffen würde. Es sind jetzt mehrere Bahnprojekte entworfen, mit dem Bau einer Linie ist begonnen worden,*) und es werden Versuche mit Einführung chinesischer Arbeiter gemacht.

Das Kapital der in Thätigkeit befindlichen Goldgesellschaften beträgt nominell 510 000 Pfund Sterling. Sieben andere mit 465 000 Pfund Sterling haben ihren Betrieb eingestellt. — Eine ansehnliche Rolle im Handel der Goldküste spielen auch werthvolle Hölzer, Affenfelle und Kolanüsse. Von letzteren wurde 1895 allein für 30 500 Pfund Sterling exportirt.

Die Einnahmen dieser Kolonie, deren kleiner östlich vom Volta gelegener Theil in Zollunion mit Togo steht, beliefen sich

1885	auf	130 400,	die Ausgaben	auf	112 600	Pfund Sterl.
1890	„	156 400	„ „	„	117 800	„ „
1894	„	218 200	„ „	„	226 900	„ „
1895	„	230 000	„ „	„	265 200	„ „
1897	„	237 800	„ „		406 300	„ „

Schulden sind nicht vorhanden. — Der Sitz der Regierung ist in neuerer Zeit von Cape Coast nach Accra verlegt worden, das jetzt etwa 20 000 Bewohner zählt. Die wichtigsten Orte neben ihm sind Axim, Elmina, Cape Coast, Addah und Quittah. Ein Sanatorium ist nördlich von Accra in den Hügeln von Akwapim eingerichtet. — An Unterrichtsanstalten erhält die Regierung Volksschulen in Accra und Cape Coast und eine für die Kinder der Haussatruppen; die verschiedenen Missionsschulen erhalten Unterstützung. Eine landwirthschaftliche Schule befindet sich in Aburi.

In fortgesetzter blühender Entwickelung steht **Lagos**, das 1886 von der Goldküste wieder abgetrennt und zur selbständigen Kolonie gemacht wurde. Seinem Executive Council gehören neben dem Governor drei Beamte an. Im Legislative Council haben neben fünf Beamten fünf nichtbeamtete Mitglieder Sitz und Stimme. **Lagos** ist die einzige der älteren englischen Niederlassungen in Westafrika, die nicht

*) Die Telegraphenlinien sind 515 Meilen lang.

durch französische Besitzungen vom Hinterlande abgeschnitten wird. Ihre Westgrenze ist 1889 und 1898 durch Verträge mit Frankreich festgesetzt worden. Im Norden und Osten stößt sie an die Gebiete der Niger Company. Der Flächenraum der eigentlichen Kolonie beträgt 985 Quadratmeilen mit 85 000 Einwohnern, darunter etwa 150 Weiße. Das Innere ist nach der aus Anlaß des Ueberfalls einer weißen Expedition erfolgten Züchtigung der Beninleute und Zerstörung ihres Reiches vor der Hand beruhigt. Der Handel von Lagos ist in stetem Aufschwung begriffen. Er gestaltete sich in den letzten Jahren folgendermaßen:

	Pfund Sterling					
	1885	1890	1893	1894	1895	1897
Einfuhr:	542 500	500 800	749 000	744 500	815 800	770 500
Ausfuhr:	614 100	595 100	826 200	821 600	985 500	810 900

Hauptartikel des Exports sind Palmöl und Palmkerne, daneben spielen Baumwolle, in roher und verarbeiteter Form (die Eingeborenen stellen verschiedene hübsche Stoffe her), und in letzter Zeit Kautschuk eine Rolle. Alljährlich wird an Baumwolle für 20—30 000 Pfund Sterling ausgeführt. Der Kautschukexport betrug:

1896	6 484 000	Pfund Sterling
1897	4 458 000	„ „

Die Einnahmen, welche zumeist aus den etwa 5 pCt. betragenden Zöllen fließen, sind von 63 500 Pfund Sterling im Jahr 1885 und 56 300 im Jahre 1890 auf 115 300 in 1893, 137 000 in 1894, 142 000 in 1895, 177 400 in 1897 gestiegen. Die bewaffnete Macht von Lagos besteht aus etwa 500 Haussas. Eine kurze Eisenbahn ins Innere (25 Meilen) ist während der letzten Jahre erbaut worden, obwohl hier infolge der großen Lagunen und mehrerer befahrbarer Flüsse es an natürlichen Verkehrswegen weniger als z. B. an der Goldküste fehlt. In Lagos erscheinen nicht weniger als drei Wochenblätter.

Zwischen Lagos, dem Braßriver im Osten der Nun-Mündung des Niger, erreichen die Gebiete der Royal Niger Company die Küste. Vom Braßriver bis Kamerun erstreckt sich das Niger Coast Protectorate. Das Reich der Company, welches den gesammten unteren und den größten Theil des Mittellaufes des Nigers und seiner Hauptzuströme umfaßt, ist nach Jahre langem Streit mit Frankreich und Deutschland jetzt fest abgegrenzt. Nachdem ein erster Abgrenzungsversuch mit Frankreich sich als nicht ausreichend erwiesen

hatte, wurde 1898 mit Letzterem eine Grenze vereinbart, wonach es auf ganz Sokoto und Gando sowie Borgu und einen Theil des Tschadsees verzichtet. Gegen Kamerun hin ist die Grenze des Gebietes der Company und des Niger Coast Protectorate durch Abmachungen von 1885, 1886, 1890 und 1893 festgestellt worden. Streitig ist jetzt nur noch der Besitz von Gando, auf welches Deutschland Rechte geltend macht. Die Freiheit von Handel und Schifffahrt auf dem Niger ist zwar durch die Kongoakte feierlich allen Nationen verbürgt worden. In Wirklichkeit aber hat die Niger Company derartige Einrichtungen getroffen, daß kein zu ihr nicht gehöriger Kaufmann mit ihr in Wettbewerb zu treten vermag. Die Klagen hiergegen sind gleich groß in Deutschland, Frankreich und England, und es wird allseitig Aufhebung des Privilegs dieser Gesellschaft verlangt.

Der Sitz der Verwaltung der Niger Company ist Asaba, das Hauptquartier ihrer 1000 Mann starken Haussatruppe ist Lukoja. Die Häfen und Zollstationen befinden sich in Akasa am Nun*) und Gana-Gana am Forcados.*) Die Gesellschaft unterhält etwa 50 Handelsstationen und 20—30 Dampfer. Die Hauptausfuhrgegenstände sind auch hier Palmöl, Palmkerne und Kautschuk. Ueber den Umfang des Handels fehlt es an zuverlässigem Material. Das Niger Coast Protectorate hieß ursprünglich Oil River Protectorate. Es stand anfangs unter der Verwaltung eines britischen Konsuls für die Beninküste und wurde erst 1891 einem Imperial Commissioner und Consul general unterstellt, dem eine Anzahl Vicekonsuln beigegeben sind. Dieses Protektorat steht nicht unter dem Colonial Office, sondern unter dem Auswärtigen Amte, da die Verhältnisse hier noch sehr ungeordnet sind und von einer regelmäßigen Kolonialverwaltung keine Rede ist. Ueber den Handel des Niger Coast Protectorate liegen folgende Angaben vor:

	Pfund Sterling				
	1892/93	1893/94	1894/95	1895/96	1896/97
Einfuhr:	726 900	929 300	739 800	750 900	655 900
Ausfuhr:	843 500	1 014 000	825 000	844 300	785 600

Unter der Ausfuhr befand sich Kautschuk 1892/93 für 17 600, 1893/94 für 27 700, 1894/95 für 13 200, 1896/97 für 17 400 Pfund Sterling. Der Rest entfiel auf Palmöl und Palmkerne. Die Zollein-

*) Die beiden Hauptmündungen des Niger.

nahmen beliefen sich 1894/95 auf 117 400, 1895/96 auf 150 100, 1896/97 auf 106 500 Pfund Sterling.

Die neuere Politik Großbritanniens in Südafrika und die Lage seiner dortigen Besitzungen zeigt sich aufs Tiefste beeinflußt von dem Vorgehen Deutschlands in Südwest- und Ostafrika. Jahrzehnte lang hatte die britische Regierung die von den Governors der Kapkolonie z. B. 1867 und 1877 befürwortete Ausdehnung ihrer Besitzungen im Süden Afrikas bis zu den Grenzen der portugiesischen Kolonien abgelehnt. Sie hatte sich darauf beschränkt, 1867 die Guano-Inseln an der südwestafrikanischen Küste und 1878 Walfischbay unter Protektorat zu stellen. Wiederholte Aufforderungen Deutschlands an Großbritannien, die deutschen Missionare in Südwestafrika zu schützen, hatte es rund abgelehnt. Wie schon erwähnt, erfuhr diese Haltung zu Anfang der 80er Jahre einen jähen Umschwung. Die Festsetzung Deutschlands an der südwestlichen Küste, die Furcht vor einer Verbindung des deutschen Gebietes mit den Bauernrepubliken führten zur Besitznahme aller noch freien Gebiete. 1885 wurden Betschuanaland, 1887 Zululand, 1888 Matabele- und Maschonaland britische Kolonien. 1889 erhielt die Imperial British South Africa Company ihre Charter. 1891 erwarb Großbritannien durch einen Vertrag mit Portugal alles noch etwa streitige Land an der Ostküste im Süden der portugiesischen Kolonie Mozambique und das Vorkaufsrecht für das portugiesische Gebiet südlich vom Sambesi.

Betschuanaland besitzt eine Fläche von etwa 75 000 Quadratmeilen*) mit gegen 48 000 Bewohnern, darunter mehr als 5000 Weiße. An seine Spitze wurde zuerst der im Lande seit Langem wirkende Missionar John Mackenzie gestellt. Als Unruhen unter den Eingeborenen ausbrachen, erhielt Sir Charles Warren den Auftrag, die Ordnung wiederherzustellen. Es gelang dies vollständig. Mit der Leitung der Kolonie wurde alsdann ein Administrator betraut, der seinen Sitz in Vryburg nahm. Beim wichtigsten Häuptling des Gebietes, Khama, wurde ein Commissioner eingesetzt. Für Erhaltung der Ordnung sorgt eine berittene Polizei von 500 Mann. Die Einnahmen, welche bisher nur aus Landverkauf und Steuern der Kolonisten fließen, bleiben allerdings erheblich hinter den Ausgaben zurück. 1886/87 beliefen sie sich auf 11 700, 1889/90 auf 19 500, 1891/92 auf 52 000, 1896/97 auf 47 500 Pfund Sterling. Doch

*) Die Schätzungen gehen weit auseinander.

dieser Summe standen Ausgaben von 98 000 im Jahre 1889/90, 151 000 im Jahre 1891/92, 88400 Pfund Sterling im Jahr 1896/97 gegenüber! Ein erheblicher Theil des Grund und Bodens von Betschuanaland gehört der South Africa Company und einigen Privatgesellschaften, wie Bechuana Estate Syndicate und Southern Land Company. Den Eingeborenen sind umfangreiche Gebiete reservirt worden. Betschuanaland wurde nach Entstehung der South Africa Company dieser zum Theil unterstellt, 1895 aber wieder losgelöst und zur Kapkolonie geschlagen.

Matabele- und Maschonaland, um dessen Besitz sich nicht allein die Bauern, sondern auch Portugal bemühten, wurde für Großbritannien 1888 durch den früheren Missionar Moffat, der als Beamter in Betschuanaland thätig war, erworben. Moffat schloß mit dem Häuptling Lobengula einen Schutzvertrag für das ganze weite Gebiet im Norden von Transvaal. Kurz darauf erwarben englische Unternehmer von dem Häuptling ausgedehnte Minenrechte. Es gehörte zu ihnen Cecil Rhodes, damals Mitglied des Kapparlaments, ein Mann, der von den bescheidensten Anfängen es durch Betheiligung an den Diamantminen rasch zu großem Vermögen gebracht hatte. Um entgegenstehende Ansprüche anderer Unternehmer leichter zu beseitigen und unumschränkte Gewalt zur Verwerthung der von ihm und seinen Freunden erworbenen Konzessionen zu bekommen, wandte er sich an die britische Regierung und erbat eine Royal Charter für Lobengulas Reich. In London ging man hierauf gern ein, da man ohnehin in Verlegenheit war, wie die Kosten der Verwaltung des neuen Schutzgebietes zu decken wären. Unterm 29. Oktober 1889 wurde die Charter ertheilt, und die Imperial British South Africa Company trat ins Leben.

Die ursprünglich mit einem durch 1 Pfund Sterling Aktien aufgebrachten Kapital von 1 Million Pfund Sterling gegründete Gesellschaft hat ihr Gebiet systematisch erschlossen, die Eingeborenen unterworfen und den Bau von Bahnen und Telegraphen in außerordentlich energischer Weise gefördert. Der Telegraph zieht sich jetzt vom Kap durchs ganze Gebiet der Company, das auf 750000 Quadratmeilen veranschlagt wird, bereits zum Nyassasee. Eine Bahn verbindet das Kapland auf dem Wege über das Betschuanagebiet mit Buluwayo. Eine andere Bahn, welche den portugiesischen Hafen Beira mit Fort Salisbury verbinden und so den kürzesten Weg in

das Chartergebiet herstellen soll, ist großentheils vollendet. Neuerdings soll im Lande der Company das erste abbauwürdige Goldriff entdeckt worden sein. Die Rechte der Company sind infolge ihres unerhörten Angriffs auf Transvaal Anfang 1896, der mit völliger Niederlage ihrer Truppen endigte, etwas beschnitten worden.*)

Begreiflicher Weise hat die rege Thätigkeit im Innern die Entwickelung der Kapkolonie und Natals günstig beeinflußt. Die Einnahmen beider Kolonien haben sich folgendermaßen gestaltet:

	Pfund Sterling			
	1885	1890	1891	1892
Kapkolonie	3 318 100	4 394 200	4 055 400	4 398 600
Natal . .	662 900	1 422 600	1 318 700	1 392 400
	Pfund Sterling			
	1893	1894	1895	1897
Kapkolonie	4 878 500	5 227 200	5 282 000	7 257 700
Natal . .	1 069 600	1 011 000	1 169 700	2 213 000

An diesen Einnahmen hatten die Zollerträge erheblichen Antheil, doch bei Weitem nicht mehr in dem Maße, wie in den älteren Zeiten. Es beliefen sich die Zolleinnahmen in:

	Pfund Sterling			
	1885	1890	1895	1897
Kapkolonie auf	1 073 300	1 317 900	1 356 400	2 304 100
Natal . . =	163 800	336 800	189 900	413 300

Ein großer Theil der Einnahmen der Kolonien fließt bereits aus verschiedenen Steuern und dem Bahnbetriebe. Der Letztere besonders erweist sich immer lohnender. Immerhin decken die verschiedenen Einnahmen noch nicht regelmäßig die an die Finanzverwaltung der Kolonien gestellten Ansprüche, und es war 1895 Kapkolonie mit 27 533 900, Natal mit 8 054 300 Pfund Sterling Schulden belastet.

*) Durch ein Königliches Dekret vom 26. Oktober 1898 ist das Gesellschaftsgebiet in Süd- und Nord-Rhodesia getheilt. Das Erstere umfaßt Maschona- und Matabeleland und steht unter einem von der Regierung ernannten Administrator. Ihm steht ein Council zur Seite, bestehend aus einem von der Regierung entsandten Residenten, den Unteradministratoren und vier von der Regierung gewählten Mitgliedern. Neben dem Council soll ein Legislative Council geschaffen werden, in dem die Administratoren, der Resident und neun andere Personen sitzen, von denen die Company fünf ernennt. Vier werden von den Kolonisten gewählt. Das Oberkommando liegt in den Händen des Governors der Kapkolonie.

Beide Kolonien erfreuen sich vollster Selbstverwaltung. Am Kap haben Bürger jeder Rasse, die britische Staatsangehörigkeit besitzen, schreiben und lesen können und jährlich wenigstens 50 Pfund Sterling verdienen, aktives und passives Wahlrecht für das House of Assembly. Um Mitglied des Legislative Council zu werden, muß der Kandidat wenigstens 30 Jahre sein und Grundbesitz für 2000 Pfund Sterling Werth nachweisen. Das Legislative Council besteht jetzt aus 23, das House of Assembly aus 79 Mitgliedern. In letzteres werden die Mitglieder auf 5, in ersteres auf 7 Jahre gewählt. Die Minister werden aus Persönlichkeiten, die dem einen oder dem anderen Haus angehören, genommen. Sie stehen dem von der britischen Regierung ernannten Governor, der zugleich High Commissioner für ganz Südafrika ist, als Executive Council zur Seite.

Natal hat die volle Selbstverwaltung und responsible Government 1893 erhalten. Sein Legislative Council besteht aus 11 Mitgliedern, die vom Governor unter Beirath des Ministeriums für 10 Jahre ernannt werden. Die 37 Mitglieder der Legislative Assembly werden auf 4 Jahre gewählt. Aktives und passives Wahlrecht besitzen Bürger, die 21 Jahre alt sind und Landbesitz im Werthe von 50 Pfund Sterling oder ein Einkommen von wenigstens 96 Pfund Sterling nachweisen.

In beiden Kolonien ist das holländische römische Recht maßgebend. Seine Handhabung liegt in den Händen von Obergerichten, Resident Magistrates und in der Kapkolonie auch von bezahlten Friedensrichtern. — Der Handel beider Kolonien verdankt seine Zunahme großentheils der Erschließung des Innern Südafrikas. Fast die Hälfte der vom Kap ausgeführten Erzeugnisse stammt aus den Bauernrepubliken und ein großer Theil der Einfuhr geht dahin. Es belief sich die Einfuhr:

	Pfund Sterling			
	1885	1890	1895	1897
der Kapkolonie auf	4991500	10106400	19094800	17997700
Natals	1518500	4490900	2466400	6001900
Die Ausfuhr:				
der Kapkolonie auf	6224200	9970300	16904700	21660200
Natals	1877400	1432700	1305100	1579500

Unter den Exportgegenständen der Kapkolonie steht jetzt an der Spitze das Gold. Während 1885 nur für 17300 Pfund Sterling

Goldbarren ausgeführt wurden, waren es 1890 für 1445000, 1895 für 7980500, 1897 für 13191800 Pfund Sterling. Der Diamantenexport belief sich 1885 auf 2489600 Pfund Sterling, 1890 auf 4162000, 1895 auf 4775000. Der Wollexport ist im Vergleich damit unbedeutend. Er hatte 1885 einen Werth von 1580600, 1890 von 2196000, 1895 von 1695900 Pfund Sterling. Noch geringer ist der Werth der Straußenfederausfuhr. 1885: 585200, 1890: 563900, 1895: 527700, 1897: 605000 Pfund Sterling. Steigende Bedeutung scheint der Angorahaarhandel zu besitzen. Dieser Export ist von 204000 Pfund Sterling im Jahre 1885 auf 337200 in 1890, 710800 in 1895 gewachsen.

In Natals Handel nimmt Wollausfuhr noch die erste Stelle ein. Sie wurde beziffert 1885 auf 472100, 1890 auf 725100, 1895 auf 408900, 1897 auf 474600 Pfund Sterling.

Die aus Transvaal kommende Goldausfuhr belief sich 1885 auf 52200, 1890 auf 358600, 1895 auf 225700 Pfund Sterling. Der Export von Straußenfedern ist hier von 7620 Pfund Sterling im Jahre 1885 auf 485 im Jahre 1890 und auf 220 im Jahre 1895 gesunken. Von anscheinend zunehmender Bedeutung ist die Ausbeutung der in Natal vorhandenen Kohlenlager. Von 228 Pfund Sterling im Jahre 1885 ist der Export dortiger Kohlen auf 62900 Pfund Sterling 1895, 90200 in 1897 gewachsen. Der Export von Rohrzucker ist in derselben Zeit von 144000 auf 65500, 1897 gar auf 7400 Pfund Sterling gefallen.

Bei der großen Bedeutung der Erzeugnisse der Bauernfreistaaten für den Handel der englisch-südafrikanischen Kolonien ist es nicht zu verwundern, daß die letzteren dem Handel der ersteren besondere Rücksicht zeigen. Seit einer Reihe von Jahren vereinigt ein Zollverein die Kapkolonie mit den Bauernstaaten. Im Allgemeinen werden in der Kapkolonie 12 pCt., in Natal 5 pCt. von den Waaren bei der Einfuhr erhoben.

Die Kapkolonie besaß 1895 an Staatsbahnen 2253, an privaten 188 Meilen. Die Einnahmen daraus beliefen sich auf 3390000 Pfund Sterling, die Betriebskosten auf 1596000 Pfund Sterling. 1885 standen bei 1599 Meilen Staatsbahnen 1037300 Pfund Sterling Einnahmen 672400 Pfund Sterling Kosten gegenüber. Die Telegraphenlinien der Kapkolonie hatten

1895 eine Länge von 6316, die Natals von 790 Meilen. Der Viehbestand bei den Kolonien war in letzter Zeit folgender:

	Pferde		Hornvieh		Schafe	
	1890	1895	1890	1895	1890	1895
Kapkolonie	313 700	363 500	1 524 100	2 062 000	13 202 700	15 646 400
Natal	59 900	58 600	684 600	738 400	943 100	971 100

Die Kohlenproduktion der Kapkolonie belief sich 1885 auf 16400, 1895 auf 86500 Tonnen; die Natals 1890 auf 81500, 1895 auf 158000 Tonnen.

An Schulen zählte die Kapkolonie 1895 2195, Natal 448. Letzteres besaß 2, erstere 8 höhere Schulen. Die Universität in Kapstadt ist nach dem Muster der Londoner eingerichtet, um genügend vorgebildeten Leuten das Ablegen der Examina zu gestatten.

British Central Africa schließt sich im Norden an das Gebiet der Imperial British South Africa Company an. Die Ausdehnung dieser Kolonie war lange sehr zweifelhaft, da Portugal mehrere Jahre hindurch Anstrengungen machte, hier seine alten Rechte zu behaupten. Erst 1891 kam es zu einer Verständigung mit den Portugiesen. Das ganze Land nördlich vom Sambesi und westlich vom Schire bis zum Barotsegebiet am oberen Sambesi kam dadurch in britischen Besitz, im Ganzen etwa 500000 Quadratmeilen. An die Spitze der Kolonie wurde als H. M.'s Commissioner der frühere Reisende Johnston gestellt. Zu den Kosten trug die South Africa Company ansehnliche Summen bei. Ihr wurde dafür das neuerworbene Gebiet mit Ausnahme des Nyassalandes überlassen. Das letztere, etwa 60000 Quadratmeilen, heißt seit 1893 British Central Africa Protectorate. Diese Kolonie hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. Es ist in ihr sehr rasch ein ansehnlicher Kaffeebau entstanden, und auch verschiedene andere Nutzpflanzen scheinen gut fortzukommen. Der Handel zeigt folgende Entwickelung:

	Einfuhr	Ausfuhr	
1891	33000	6900	Pfund Sterling,
1893	49100	23600	= =
1895	71700	19600	= =
1897	86400	27400	= =

Die von der South Africa Company gebaute Telegraphenlinie durchschneidet bereits die ganze Kolonie. Der Sitz ihrer Verwaltung ist Zomba, der wichtigste Ort bisher Blantyre. Als Hauptzollstation dient Chiromo.

Seit Jahren geht das Streben der South Africa Company

dahin, diesen britischen Besitz durch eine Telegraphenlinie mit British East Africa zu verbinden, da beide Kolonien durch das deutsche Ostafrika von einander geschieden sind. Das Großbritannien in dem Vertrage mit Deutschland von 1886 zugefallene Gebiet wurde zuerst der von Sir William Mackinnon, dem Gründer der englisch-ostafrikanischen Dampferlinie, ins Leben gerufenen British East Africa Association überlassen. Dieser gelang es, vom Sultan von Sansibar den ihm verbliebenen Küstenstreifen zu pachten und 1888 als British East Africa Company eine Royal Charter zu erhalten. Ihr schon ohnehin großes Gebiet wurde durch den Vertrag mit Deutschland vom Juli 1890 noch sehr erweitert, da ihr damals auch noch das Witulaud, Uganda und Zubehör zufielen.*) Obwohl die britische Regierung das Protektorat über Sansibar und Pemba, dem Deutschland damals gleichfalls zustimmte, in eigene Hand nahm, stellte sich die Verwaltung des ostafrikanischen Gebietes bald als eine zu schwere Last für die Company heraus. Ihre Zolleinnahmen deckten bei Weitem nicht die Kosten, und es war keine Aussicht auf eine baldige Steigerung der Erträge der Kolonie. Die britische Regierung und die öffentliche Meinung drängten aber die Gesellschaft zu Vorarbeiten für eine Bahn und Festsetzung in Uganda. Die Company entschloß sich zu letzterem Schritte in der Hoffnung, daß das Parlament ihr die Mittel zu dem Bahnbau gewähren werde. Als dieses dazu keine Neigung zeigte und in Uganda Unruhen ausbrachen, erklärte die Gesellschaft, das letztere Gebiet aufgeben zu müssen. Gegen einen solchen Schritt protestirten besonders die Vertreter der Missionsgesellschaften, welche ihre Interessen in Uganda, wo Protestanten und Katholiken seit Langem streiten, bedroht sahen. Die Regierung entschloß sich daher, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die Lage der Dinge in Uganda untersuchen zu lassen und 1894 dieses, 1895 das ganze übrige Gebiet der Company unter eigene Verwaltung zu nehmen. Die Gesellschaft wurde mit 250000 Pfund Sterling abgefunden, wovon Sansibar 200000 zu zahlen hatte! Die britische Regierung hat seitdem den Bau einer Bahn von Mombas nach Uganda auf eigene Kosten unternommen und bis Mitte 1897 schon 60 Meilen fertig gestellt. An Telegraphenlinien sind über 140 Meilen im Betrieb.

---

*) Durch Vertrag von 1891 mit Italien wurde der Juba als Nordgrenze gegen das italienische Somaliland festgesetzt. Die Abgrenzung gegen den Kongostaat erfolgte 1894.

Um diese Kolonie mit British Central Africa in unmittelbare Verbindung zu bringen, hat England 1894 den Versuch gemacht, vom Kongostaat einen 16 Meilen breiten Landstreifen an seiner Ostgrenze vom Tanganyika bis zum Albert Edward-See zu pachten. Dieser Vertrag mußte jedoch auf den Einspruch Frankreichs und Deutschlands hin fallen gelassen werden.

Die Einnahmen des britischen Ostafrika, abgesehen von Sansibar, sind sehr gering. 1895/96 wurden durch Zölle u. dergl. nur 22800, 1896/97 32600 Pfund Sterling aufgebracht. Die Verwaltungs-, besonders die Militärkosten, verschlangen aber im ersteren Jahr 77900, im letzteren 134300 Pfund Sterling.*) Der Handel hatte folgenden Umfang:

	1895/96	1896/97	
Einfuhr . .	2 653 900	3 925 500	Rupien,
Ausfuhr . .	1 106 400	1 172 000	„

Die militärische Besatzung der in vier Provinzen Seyyidieh, Tanaland, Jubaland, Ukamba**) getheilten Kolonie besteht aus 1120 Mann, darunter 289 Indern.

An der Spitze der Civilverwaltung steht ein Commissioner mit einem Council aus drei Mitgliedern. Jede Provinz hat einen Sub-Commissioner; die 11 Distrikte stehen unter 11 District-Officers, deren jedem ein Assistent beigegeben ist. Neben ihnen sind in den Küstenbezirken die ehemaligen Walis des Sultans von Sansibar im Amte belassen worden.

Die kostspielige Festsetzung Großbritanniens auf dem ostafrikanischen Festlande hat, wie erwähnt, nicht zum Wenigsten unter dem Gesichtspunkte stattgefunden, das Eindringen fremder Mächte ins Nilquellengebiet zu verhindern. Seit es England nunmehr gelungen ist, von Egypten aus die Macht des Mahdi zu brechen und seine Hauptstadt zu erobern, ist diese Gefahr geringer geworden. Allerdings hat eine französische Expedition vom Kongo her Faschoda am oberen Nil zu erreichen vermocht. Wie vorauszusehen war, hat Frankreich indessen daraus keinerlei Nutzen gezogen und hat seine Leute wieder abberufen müssen.

---

*) 17 000 Pfund Sterling werden jährlich an Sansibar gezahlt.

**) Sansibar und Uganda besitzen eigene Verwaltung.

Zweiter Theil.

Das britische Westindien.

Erstes Kapitel.

Aufhebung der Negersklaverei.

Britisch Westindien besitzt nach den letzten Aufnahmen einen Flächenraum von 121 058 Quadratmeilen mit 1 615 200 Bewohnern. Es entfallen davon 109 000 Quadratmeilen und 276 200 Seelen auf Britisch Guiana und 12 058 Quadratmeilen mit 1 339 000 Bewohnern auf das eigentliche Westindien. Dieses setzt sich zusammen: aus den Bahamas 4 466 Quadratmeilen und 51 500 Seelen, den Turks Islands 166 Quadratmeilen und 5 191 Seelen, Jamaica 4 193 Quadratmeilen und 692 668 Seelen, den Windward Islands 779 Quadratmeilen und 358 016 Seelen, den Leeward Islands 700 Quadratmeilen und 127 603 Seelen und Trinidad 1 754 Quadratmeilen und 231 709 Seelen.*)

Die Entwickelung dieser Kolonien wurde vom Ende des 18. Jahrhunderts an aufs Tiefste beeinflußt durch die Erschwerung des Negerhandels.

Welcher Willkür und Unmenschlichkeit die Negersklaven gerade hier ausgesetzt waren, ist im ersten Bande geschildert worden. Es war den Leuten unmöglich, ihre Freiheit zu erkaufen; ihr Zeugniß gegen einen Weißen war ungültig; um die nöthigen Feldfrüchte für ihren Unterhalt auf dem ihnen vom Herrn zugewiesenen Felde zu bauen, standen ihnen nur der Sonnabend Nachmittag und einige Feiertage zur Verfügung. Für das, was sie für sich erwarben, genossen sie

*) Auch die Bermudainseln, 19 Quadratmeilen mit 15 790 Menschen, und Honduras, 7 562 Quadratmeilen mit 33 350 Menschen, werden gewöhnlich zu Westindien gerechnet.

keinerlei Schutz. Sie, ihre Familie und ihre Habe konnten jeden Tag beliebig verkauft werden. Die Neger wurden so schlecht ernährt, daß von 1780 bis 1787 gegen 15 000 in Jamaica infolge davon umgekommen sein sollen. Jeder Unterricht und selbst Religionsübung wurden ihnen möglichst vorenthalten oder erschwert.

Um zu verhüten, daß sie in die Berge und Wälder flüchteten, unterhielt man in Jamaica gute Beziehungen mit den dort hausenden Maroons, diese fingen die geflüchteten Sklaven ein und lieferten sie aus.

Den ersten gewaltigen Stoß erhielt dieses Unwesen durch die Proklamation der Menschenrechte in Frankreich und die daran anknüpfende Erhebung der Neger in Französisch-San Domingo. Diese Vorgänge erregten gewaltige Furcht unter den englischen Pflanzern. Sie gaben Anlaß nicht allein zu einem blutigen Kampf mit den Maroons*), von denen man fürchtete, daß sie sich mit den Sklaven verbinden könnten, sondern auch zu einigen Erleichterungen in der Lage der Sklaven. 1792 nahm die Jamaica Assembly ein Gesetz an, das die Verstümmelung von Negern verbot, ihre vorsätzliche Tödtung mit ernster Strafe bedrohte, die übliche grausame Art der Fesselung untersagte und Ueberlassung von ausreichendem Ackerland an die Sklaven vorschrieb. Die gute Absicht des Gesetzes wurde freilich nur wenig erreicht. Die Pflanzer ließen sich in ihrer Willkür nicht stören. Da die Zeugnisse der Neger nicht gehört wurden, blieben Ausschreitungen straflos. Als Großbritannien die ersten Maßregeln gegen den Negerhandel traf, und die Zufuhr von Sklaven erschwert wurde, erregte dies unter den westindischen Kolonisten größte Erbitterung. Ihre wirthschaftliche Lage war ohnehin keine günstige. Von 1772 bis 1792 waren in Jamaica 177 Pflanzungen wegen nichtbezahlter Schulden zum öffentlichen Verkauf gekommen. Diese Zustände verschlimmerten sich von da an fortgesetzt. In den ersten fünf bis sechs Jahren des 19. Jahrhunderts wurden nach Feststellung der Assembly 65 Pflanzungen aufgegeben, 32 öffentlich versteigert und gegen weitere 115 schwebten Verfahren wegen Zahlungsunfähigkeit der Besitzer. Die Pflanzer wehrten sich unter diesen Umständen gegen jede Beeinträchtigung ihres Negerbesitzes und gingen soweit, die Ver-

*) 600 von ihnen wurden als Gefangene nach Nova Scotia geschafft und von dort später nach Sierra Leone.

breitung des Christenthums unter den Leuten bei Haft und Prügeln zu verbieten. Weiße Missionare wurden in ein ungesundes Gefängniß gesperrt und dort willkürlich festgehalten, als sie sich nicht fügten!

Derartige Maßnahmen und der immer ärgere Nothstand der Pflanzer machten Aufsehen in England. Das Verbot der Mission wurde von dort aus aufgehoben, und die Ueberzeugung begann sich in politischen Kreisen Bahn zu brechen, daß das wirthschaftliche Elend eine Folge des Sklavenwesens sei, das die Pflanzer zu Ausschweifungen aller Art verleitete. Es trugen diese Umstände zu den weiteren Maßnahmen der britischen Regierung gegen den Negerhandel bei. In Westindien wollte man hiervon allerdings nichts hören. Hier erklärte man die Antisklavereibewegung als einen Ausfluß krankhafter Sentimentalität. Die Pflanzer erachteten eine Aufhebung des Negerhandels für ganz unmöglich. Man könne, meinte 1795 Bryan Edwards, ebenso gut den Wind fesseln oder dem Meere Gesetze vorschreiben! Als trotz aller ihrer Bemühungen der Menschenhandel immer weiter erschwert wurde, machte sich ihr Unwille in Schritten gegen alle Freunde der Schwarzen Luft, obwohl mit dem Verbot weiterer Zufuhr ihr Sklavenbesitz sehr an Werth gewann. 1805 und 1807 wurden von der Assembly zu Kingston aufs Neue Verbote gegen die Negermission erlassen und trotz des Einspruchs der Krone längere Zeit gehandhabt. Als die britische Regierung daraufhin den Governors in Westindien Einspruch gegen alle die Religion betreffenden Gesetze auftrug, führten die Abgeordneten Jamaicas eine so heftige Sprache, daß ihr Parlament aufgelöst werden mußte. — Der Kampf gegen die Missionare und sonstige Freunde der Schwarzen wurde von den Pflanzern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Jahre lang fortgesetzt. Die Behandlung der Sklaven blieb trotz ihres höheren Werthes und, trotzdem ein rasches Wachsen ihrer Familien im Nutzen der Eigenthümer gelegen hätte, so schlecht wie je zuvor. Die britischen Gesetze umging man durch Einschmuggelung von Negern aus den spanischen Besitzungen.

Um dem zu steuern, setzten die Gegner der Sklaverei 1815 die Vorschrift genauer Verzeichnisse der Sklaven in allen Kolonien durch. Trotz lebhaften Widerspruchs sah sich das Parlament von Jamaica genöthigt, die Anordnung auszuführen. Damit war der Willkür der Sklavenhalter wenigstens einigermaßen gesteuert. Doch noch immer waren die Neger in vieler Beziehung rechtlos. Regelmäßige Ehe-

schließungen kamen unter ihnen außer in den kleinen Bezirken, wo die Wesleyanische Mission wirkte, gar nicht vor. Ihr Zeugniß wurde noch immer als ungültig vor Gericht betrachtet; die Zeit, welche ihnen für Bebauung ihrer Felder blieb, war so knapp wie früher bemessen. Auf das Betreiben Buxtons und seiner Freunde veranlaßte Canning 1823 das britische Parlament, Reformen in den angeführten Punkten zu verlangen. In Westindien war indessen damals die Erbitterung gegen die Antisklavereibewegung so stark geworden, daß die gesetzgebenden Versammlungen sich weigerten, der Aufforderung zu entsprechen. In Jamaica wurde vorgeschlagen, das Schreiben der britischen Regierung durch Henkershand zu verbrennen, und verschiedene Abgeordnete wollten es auf offenen Widerstand ankommen lassen. So arg war die Aufregung, daß die Behörden es für angezeigt hielten, die Sache vor der Hand stillschweigend fallen zu lassen! In ihrer Erbitterung überfiel eine Anzahl Pflanzer Weihnachten 1826 das Haus eines Geistlichen, der gegen das Sklavenhalten geeifert hatte, und feuerten eine Menge Schüsse darauf ab. Es wurde auch aufs Neue trotz der früheren Weisungen aus England eine Verfolgung gegen die Wesleyaner eröffnet. Offen sprach man in den Kolonistenkreisen von Anschluß an die Vereinigten Staaten und beschuldigte die britischen Staatsmänner der Niederträchtigkeit, Bestechlichkeit und Feindschaft gegen ihr Vaterland.

Als William IV., der Jamaica besucht und von den Kolonisten damals einen werthvollen Stern in Brillanten als Geschenk angenommen hatte, den Thron bestieg, regte sich in Westindien die Hoffnung, daß die negerfreundlichen Bestrebungen aufhören würden. In Jamaica versuchte man aufs Neue Maßnahmen durchzusetzen, die die britische Regierung schon gemißbilligt hatte. Die gehegten Erwartungen erfüllten sich aber nicht. Das britische Parlament ertheilte den freien Schwarzen die vollen Rechte englischer Bürger und erzwang 1831 Zulassung des Zeugnisses von Sklaven vor Gericht. Bestehen blieb immerhin das Recht der Sklavenbesitzer, auch Frauen zu peitschen und den Sklaven den Freikauf nicht zu gewähren!

Bis dahin hatten die Neger Jamaicas die Grausamkeit und Willkür ihrer Herren ruhig ertragen. Die durch die Mission Erzogenen warteten geduldig den Erfolg der von London aus zu ihren Gunsten getroffenen Maßnahmen ab. Die Wuthausbrüche der Sklavenhalter bei den Verhandlungen der Assembly im Jahre 1831, die immer

lauteren Reden von Aufstand und Anschluß an die Vereinigten Staaten änderten dies. Unter den Negern entstand das Gerücht, daß Großbritannien ihre Befreiung verfügt habe, die Pflanzer ihnen jedoch ihr Recht vorenthielten. Dies führte Weihnachten 1831 bei einem zufälligen Anlaß zu einer Empörung der Sklaven in einigen Provinzen. Eine Reihe von Pflanzungen wurde angezündet, und es entstand unter den Weißen größte Angst. Alles flüchtete in die Städte und gab das Land den Aufständischen preis. Erst das Eingreifen britischer Schiffe und Truppen machte der Erhebung ein Ende. Für die Verwüstungen, welche die Schwarzen angerichtet hatten, übten die zur Miliz gehörigen Kolonisten nun blutigste Rache. Jeder der Theilnahme an der Empörung verdächtige Neger wurde kurzer Hand, oft ohne Untersuchung, gehangen. Wie viele der Unglücklichen umgekommen sind, darüber fehlt es an jeder zuverlässigen Angabe, da die Assembly die von London verlangten Auskünfte verweigerte. Das britische Parlament ermittelte nachträglich, in wie entsetzlich grausamer Weise die durch ihre Verluste erbitterten Pflanzer mit den Schwarzen verfahren sind. Man rechnet, daß die Erhebung nur 12 Weißen, aber mindestens 1500 Negern das Leben gekostet hat. Der Werth des zerstörten Eigenthums wurde auf 666 977 Pfund Sterling veranschlagt. Die Kosten der militärischen Maßnahmen beliefen sich auf 165 000 Pfund Sterling.

Das House of Assembly stellte nach Unterdrückung des Aufstandes eine Untersuchung über seine Ursachen an. Das Ergebniß war so, wie es von der parlamentarischen Vertretung der Sklavenhalter zu erwarten war. Sie fanden die Schuld in der Einmischung der britischen Regierung in die soziale Gesetzgebung Jamaicas, in der Thätigkeit der Antisklavereivereine und der Missionen. Gegen verschiedene Angehörige der letzteren wurden Verfahren eingeleitet. Obwohl alles Mögliche versucht worden ist, um gefangene Sklaven zu ungünstigen Aussagen über die Geistlichen zu bringen, konnte den Angeklagten keine Schuld nachgewiesen werden. Dies hinderte aber nicht, daß verschiedene Prediger vom Mob überfallen und gemißhandelt und ihre Kapellen zerstört wurden. Diese Ausschreitungen machten in Großbritannien gewaltiges Aufsehen. Verschiedene Geistliche begaben sich nach England und legten vor dem Parlament Zeugniß von den Vorgängen in Jamaica ab. Umsonst versuchte die Assembly, ihre Aussagen durch zwei nach London gesandte Delegirte zu ent-

kräften. Im Mai 1832 setzten Ober- und Unterhaus Ausschüsse nieder zur Untersuchung der Lage Westindiens und der Behandlung der dortigen Negersklaven. Es wurde von diesen Kommissionen eingehend die Frage untersucht, ob die Sklaven im Falle der Befreiung geneigt und in der Lage sein würden, sich durch Arbeit zu erhalten, und ob größere Gefahren von der Befreiung der Neger als von der Forsetzung der Sklaverei zu befürchten seien. Das Ergebniß war, daß allgemein, trotz aller Anstrengungen der westindischen Pflanzer, die Ueberzeugung Platz griff, daß die Sklaverei vom Uebel sei. Es wurde daher im Parlamente der Vorschlag gemacht, den Pflanzern 15 Millionen Pfund Sterling zu niedrigem Zinsfuß vorzustrecken, um sie in Stand zu setzen, ihre Pflanzungen durch Lohnarbeiter zu bewirthschaften. Davon wollten freilich die Westindier nichts hören. Sie beriefen sich darauf, daß die großbritannische Regierung selbst die Sklaverei großgezogen und gefördert habe. Eine plötzliche Aufhebung der Sklaverei würde sie, die ohnehin schon infolge wachsender Konkurrenz auf dem britischen Markte in Bedrängniß seien, ruiniren. Die Assembly Jamaicas verwahrte sich im Herbst 1832 nochmals feierlichst gegen die Einmischung Großbritanniens und hatte kaum ein Wort des Dankes für eine vom Mutterlande den durch den Aufstand geschädigten Pflanzern gewährte Anleihe von 300 000 Pfund Sterling.

Der damalige Governor, Earl of Mulgrave, war indessen nicht der Mann, sich einschüchtern zu lassen. Er war davon überzeugt, daß die Schäden der Sklaverei ihren Nutzen weit überwögen, und wünschte ihr ein Ende zu machen. Er betonte der Assembly gegenüber nachdrücklich die Rechte der britischen Regierung und schritt gegen eine Vereinigung der Pflanzer, welche die Hetze gegen die Geistlichen betrieb, scharf ein. Alle dazu gehörigen Milizoffiziere wurden entlassen und die Assembly aufgelöst. Bei der Neuwahl kam die freie farbige Bevölkerung zum ersten Male in die Lage, mitzusprechen, und das Parlament hörte auf, die ausschließliche Vertretung der Pflanzer zu sein. Dieser Umstand trug wohl wesentlich dazu bei, daß das Gesetz betreffend Aufhebung der Sklaverei im Herbst 1833 nicht so erbitterten Widerspruch fand, als sich das befürchten ließ. Die Sklavenhalter trösteten sich mit der ihnen zu Theil werdenden Geldentschädigung und der Aussicht, die Neger noch einige Jahre als sogenannte Lehrlinge behalten zu dürfen. Am 12. De-

zember wurde die Acte angenommen. Lord Mulgrave selbst machte bei einer Reise durch die Insel die Sklavenbevölkerung mit dem freudigen Ereigniß bekannt. Am 1. August 1834 hörte die Sklaverei in ganz Westindien auf. Alle nach diesem Tage geborenen Kinder sollten sofort, die anderen 1838 oder 1840 vollständig frei sein. Es gab damals in Jamaica 311 070 Sklaven. Die Besitzer erhielten für sie eine Summe von 6 149 934 Pfund Sterling ausgezahlt.

Die Erwartung der Neger und ihrer Freunde, daß es mit den Ausschreitungen der Pflanzer gegen die Schwarzen nun vorbei sein würde, erfüllte sich nicht. Die Stimmung der Sklavenhalter offenbarte sich schon darin, daß sie die vor Inkrafttreten des Gesetzes zu ihnen zurückkehrenden entlaufenen Sklaven meist grausam peitschen ließen. Von den ihnen durch das Gesetz gegen die als Lehrlinge arbeitenden Neger zugestandenen Rechten machten sie nicht minder böswilligen Gebrauch. Alle Einrichtungen und Vorkehrungen, die bisher zu Gunsten der Sklaven auf den Pflanzungen bestanden hatten, wurden aufgehoben, soweit sie nicht ausdrücklich durch Gesetz vorgeschrieben waren. Obwohl der Oberstaatsanwalt der Ansicht war, daß die Neger ein Recht auf die von jeher im Brauch gewesenen und daher nicht gesetzlich festgelegten Einrichtungen hätten, setzten die Pflanzer ihren Willen durch. Erst Eingaben und Vorstellungen der Missionare lenkten die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung Englands auf die Angelegenheit. Das Parlament ordnete darauf 1836 eine Untersuchung an, welche eine Menge von Ausschreitungen und Unregelmäßigkeiten der Pflanzer ergab. Eine völlige Klarlegung wurde aber erst durch eine Reise herbeigeführt, die einige Angehörige der Society of Friends ausführten. Sie legten ihre Erfahrungen 1837 dem Unterhaus vor. Es wurde festgestellt, daß die Lage der Neger nach der Befreiung schlimmer als vorher war. Sie genossen keinen ausreichenden Rechtsschutz. Wollten sie sich freikaufen, so wußten dies die Pflanzer durch übermäßige Forderungen zu hintertreiben. Die Strafen in den Gefängnissen waren ebenso grausam wie bei den Pflanzern. Binnen 20 Monaten nach der Befreiungsacte waren 35 536 schwarze Männer und 22 881 Frauen mit Tretrad, Kette und dergleichen bestraft und 10 770 gepeitscht worden.

Die Veröffentlichung dieser Thatsachen und vieler einzelner Fälle gesuchter Grausamkeit erregte in Großbritannien neue Entrüstung

gegen die Westindier. Petitionen mit mehr als einer Million Unterschriften verlangten sofortige Aufhebung des Lehrlingsystems. Ein großer Theil der Presse vertrat denselben Standpunkt. Anfang 1838 beschäftigte sich das Parlament mit der Frage. Sir George Strickland beantragte sofortige volle Freiheit für alle Neger. Die Minister erklärten dies nach der mit den Sklavenhaltern getroffenen Abmachung für unzulässig. Lord Sligo, der selbst in Jamaica begütert war, befürwortete darauf Maßnahmen gegen das Verfahren der Jamaicapflanzer und setzte im April 1838 eine entsprechende Acte durch. — Das Gesetz erregte maßlosen Zorn in Jamaica. Die Assembly erging sich in unerhörten Angriffen und Verdächtigungen gegen das Mutterland. Doch half ihr dies Alles nichts. Die anderen westindischen Inseln ließen Jamaica im Stich. Nachdem schon Antigua und Bermuda den Sklaven die volle Freiheit gewährt hatten, entschlossen sich Montserrat, Nevis, St. Vincent, Barbados und die Virgin Islands am 1. August 1838 den Lehrlingen das unbeschränkte Selbstverfügungsrecht zu ertheilen. Der Governor Sir Lionel Smith empfahl dem Parlamente Jamaicas, diesem Beispiel zu folgen. Man werde sonst stets die Zustände der Insel mit denen der anderen in sehr ungünstiger Weise vergleichen. Das Council trat dieser Auffassung bei, und so fügte sich schließlich auch die Assembly, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß eine weitere Entschädigung von England nicht zu erwarten sei. Am 1. August 1838 wurden auch in Jamaica alle als Lehrlinge gehaltenen Sklaven in volle Freiheit gesetzt. Die von den Pflanzern laut ausgesprochene Befürchtung, daß die Maßregel zu Ausschreitungen aller Art Anlaß geben würde, erfüllte sich nicht. Unter dem Einfluß der Missionare vollzog sich der Umschwung in voller Ruhe.

Zweites Kapitel.

Entwickelung Westindiens seit Aufhebung der Sklaverei.

Nach dem Urtheil genauer Sachkenner hat die den Sklavenhaltern von England gezahlte Entschädigungssumme Jamaica damals vor dem Bankerott gerettet. Vielfach hoffte man auch, daß die Abschaffung der Sklaverei eine allgemeine Gesundung der verrotteten

Zustände Westindiens herbeiführen würde. Man nahm an, daß die vielfach dauernd in England lebenden Eigenthümer der großen Pflanzungen ihren Aufenthalt wenigstens zeitweilig auf den Inseln nehmen und zum Rechten sehen würden. Es wurde auch erwartet, daß die befreiten Schwarzen rasch ihrerseits sich zu Wohlstand emporarbeiten würden. Doch alle diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Die Aufseher der Pflanzungen schreckten durch schlechte Behandlung und Uebervortheilungen die arbeitsuchenden Neger ab. Viele von diesen zogen Nichtsthun und Herumlungern regelmäßiger Thätigkeit vor, und den Pflanzern fehlte meist das nöthige Kapital. Dazu kam, daß in den spanischen Kolonien und in Brasilien die Negersklaverei noch lange fortbestand und diese Gebiete Britisch Westindien schwere Konkurrenz machten. Um dem Arbeitermangel abzuhelfen, wurden daher hier von 1845 an mehrfach indische Arbeiter eingeführt. — Die Assembly zeigte fortgesetzt eine so widerspenstige Haltung gegen das Mutterland, daß 1839 sogar Aufhebung der Verfassung Jamaicas erwogen wurde. Das Verhältniß Großbritanniens zu dieser Kolonie gestaltete sich noch schlimmer, als Ersteres 1846 seine Unterscheidungszölle abschaffte und den westindischen Zucker dem ausländischen im Einfuhrzoll gleichstellte. Die Kolonisten, welche ohnehin schon unter der in Europa entstandenen Rübenzucker-Industrie litten, sahen in der Maßregel, welche ihnen das Monopol des britischen Marktes raubte, einen gegen sie gerichteten Schlag. Die Assembly erklärte, daß unter diesen Umständen die erforderlichen Mittel für öffentliche Einrichtungen auf die Länge nicht aufzubringen seien. Sie strich wiederholt Ausgaben, welche das Council für nöthig erklärte, und brachte es dahin, daß 1853 die öffentlichen Kassen in Zahlungsunfähigkeit geriethen, da keine Budgetgesetze zu Stande kamen. Die britische Regierung sah sich genöthigt, der Kolonie eine Anleihe von 500 000 Pfund Sterling zu gewähren. Um Frieden herzustellen, entschloß sie sich 1854, die Beamten aus dem Council auszuschließen. Es wurde auch eine Art Ministerium aus Mitgliedern der Assembly gebildet und der Kolonie damit die Selbstregierung verliehen. Auch in den einzelnen anderen westindischen Kolonien wurden die Befugnisse der Lokalverwaltungen erweitert.

In Westindien haben sich diese Maßregeln, die in anderen Kolonien so gute Früchte getragen haben, nicht bewährt. Die mit Bürgerrecht ausgestatteten Schwarzen sträubten sich gegen die Be-

förderung der Kulieinwanderung aus China und Indien und der freier Neger aus Sierra Leone,*) weil dadurch die Löhne gedrückt wurden. Sie versuchten, sich in den Besitz der Ländereien zu setzen, welche die Weißen unbebaut ließen, wehrten sich gegen die Zahlung von Bodenabgaben und verfochten überhaupt rücksichtslos ihre Interessen. Als nach Ausbruch des amerikanischen Secessionskrieges die Preise der Lebensmittel stiegen, verschärften sich die Gegensätze noch mehr, und 1865 kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Negern und Weißen im Morant-Bay-Distrikt. Die Behörden schlugen die Erhebung binnen wenigen Tagen nieder. Der Haupträdelsführer, ein halbblütiger Baptistenprediger und Mitglied der Assembly, wurde gehängt. Einige Hundert andere Unruhige hatten dasselbe Schicksal, gegen 600 Männer und Frauen wurden grausam gepeitscht.

Die Folge dieses Ereignisses, das in England sehr großes Aufsehen erregte, war ein Beschluß der Assembly, auf die seit 202 Jahren besessene Selbstregierung zu verzichten und der britischen Regierung die Einsetzung einer Verwaltung in Jamaica nach eigenem Ermessen anheimzustellen! Man wollte dadurch dem Anwachsen des Einflusses der Schwarzen bei den Wahlen einen Riegel vorschieben.

Die britische Regierung entsprach nach eingehender Untersuchung der Verhältnisse an Ort und Stelle unterm 11. Juni 1866 dem Wunsche der Assembly. Die Regierung der Kolonie wurde in die Hände eines Legislative Council, bestehend aus dem Governor, sechs Beamten und sechs Kolonisten, gelegt.**) — Die neue Verwaltung ging zunächst an Ordnung der Finanzen. Um das 1865 mehr als 80 000 Pfund Sterling betragende Defizit zu decken, wurden neue Steuern und Zölle eingeführt und damit 1868 zum ersten Male seit langer Zeit ein kleiner Ueberschuß der Einnahmen erreicht. Weitere Ersparnisse wurden durch Herabsetzung der Zahl der Kirchspiele von 22 auf 14, sowie Vereinfachung der Verwaltung und Rechtspflege erzielt. Der seit 1864 eingestellte Kulibezug aus Indien wurde 1868 wieder aufgenommen und mit der Einführung neuer Kulturen (Früchte und Chinarinde) begonnen. — 1871 ergab eine

*) Die britische Regierung hat diese Einwanderung später aus eigenen Mitteln bezahlt.

**) Die Zahl der Mitglieder beider Art wurde 1878 auf 8, 1881 auf 9 erhöht.

Volkszählung 506 154 Seelen auf der Insel, während 1861 441 255, 1851: 465 000, 1800 etwa 340 000 Menschen auf ihr gelebt hatten.

Die Zahl der Schwarzen belief sich 1834 auf 345 368, wovon 35 000 frei waren. 1851 zählte man 450 000. Seitdem fehlen Angaben. Es gilt aber als sicher, daß die weiße Bevölkerung, welche 1851 rund 15 000 Köpfe zählte, wenig oder gar nicht zugenommen hat.

Der Sitz der Verwaltung wurde Anfang der 70er Jahre von Spanish Town nach Kingston verlegt.

Die Besserung der Verhältnisse, welche sich zu Ende der 60er Jahre zeigte, hielt nicht lange vor. Im November 1874 suchte, wie so oft schon früher, ein furchtbarer Sturm Jamaica heim und richtete große Verwüstungen an. Es folgten eine anhaltende Dürre und eine Pockenepidemie, und daraus entwickelte sich eine Handelskrise, die zu einer Reihe von Bankerotten Anlaß gab. Trotz dieser Schläge führte Kingston zu Ende der 70er Jahre Gasbeleuchtung und Pferdebahnen ein, und es gelang, das Gleichgewicht der Finanzen ohne nennenswerthe Erhöhung der öffentlichen Schuld, die 1878 sich auf 641 645 Pfund Sterling belief, zu behaupten. Es wurde damals auch eine Telegraphenlinie auf der Insel gebaut, telegraphische Verbindung nach außen durch Subvention der West India and Panama Telegraph Company hergestellt, die Eisenbahn angekauft und ausgebaut, ein künstliches Bewässerungswerk eingerichtet sowie das Schulwesen gefördert. Obwohl 1879 nochmals Sturm, Erdbeben und Dürre die Insel heimsuchten, wies ihre Bevölkerung 1881 einen Zuwachs von 74 650 Köpfen gegen 1871, d. h. 580 804 Personen, auf.

Die erwähnten Heimsuchungen sowie ein gewaltiges Feuer, das gegen 600 Häuser in Kingston vernichtete, brachten die Finanzen der Kolonie aufs Neue in Unordnung. Dies und ein Streit mit der britischen Regierung wegen gewisser Ausgaben waren die Veranlassung, daß Anfang 1883 eine Königliche Kommission nach Westindien geschickt wurde, um die Verhältnisse zu untersuchen. Gegen die auf den Wunsch der Kolonisten seiner Zeit geschaffene Verwaltungsform regte sich damals lauter Widerspruch. Die erstarkte und theilweise zu Wohlstand und Ansehen gelangte farbige Bevölkerung forderte Theilnahme an der Regierung und Kontrole der Ausgaben. Großbritannien sah sich dadurch veranlaßt, 1884 Jamaica eine neue

Verfassung zu ertheilen. Die neun aus der Zahl der Kolonisten genommenen Mitglieder des Legislative Council sollten danach fortan von der Bevölkerung selbst gewählt werden. Trotz vielfachen Widerspruchs der Bevölkerung, die eine größere Zahl von Abgeordneten wünschte, trat die neue Einrichtung in Kraft.

Das Jamaica-Parlament hat es sich angelegen sein lassen, die Verwaltungsausgaben thunlichst einzuschränken und die Finanzen der Insel so viel wie möglich zu fördern. Ungeachtet seiner Anstrengungen und trotz fortgesetzter Steigerung der Steuererträge, ist aber die Schuldenlast der Insel seitdem erheblich gewachsen. Es beliefen sich:

	Einnahmen Pfund Sterling	Ausgaben Pfund Sterling	Schulden Pfund Sterling
1831	489 700	370 000	389 500
1845	276 000	273 100	512 000
1850	187 400	218 600	627 300
1860	262 300	255 200	752 500
1865	341 000	390 100	734 700
1870	447 000	418 300	665 600
1875	590 900	586 500	678 200
1880	598 900	589 300	721 400
1885	612 300	577 400	1 499 400
1890	788 700	666 400	1 892 200
1895	814 300	836 500	2 174 000
1897	677 000	766 500	2 136 600

Die Höhe der Ausgaben und Schulden ist nach dieser Aufstellung erheblich rascher gewachsen als die der Einnahmen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der Handel Jamaicas wie des übrigen Westindien in diesem Jahrhundert infolge der steigenden Verdrängung des Rohrzuckers durch Rübenzucker keine Fortschritte macht, und daher die Zolleinnahmen nur sehr langsam steigen. Es brachten die letzteren:

1871:	213 200	Pfund Sterling,
1875:	286 500	" "
1880:	278 200	" "
1885:	281 900	" "
1890:	375 900	" "
1895:	360 800	" "
1897:	282 600	" "

Der Handel Jamaicas zeigt folgende Entwickelung:

	Einfuhr Pfund Sterling	Ausfuhr Pfund Sterling	Zuckerausfuhr Pfund Sterling
1850	1 218 000	—	—
1860	1 202 800	1 225 600	646 300
1865	1 050 900	912 000	430 200
1870	1 300 200	1 283 000	492 200
1875	1 759 900	1 410 400	454 400
1880	1 475 100	1 512 900	497 800
1885	1 456 300	1 413 700	307 800
1890	2 188 900	1 902 800	236 100
1895	2 288 900	1 873 100	195 400
1897	1 660 600	1 448 400	120 900

Seit Jahren sind die Kolonisten bemüht, den nicht mehr zahlenden Zucker, von dem 1805: 150 300, 1820: 122 900, 1830: 100 200, 1840: 33 600, 1850: 37 100 Hogsheads ausgeführt wurden, durch andere Erzeugnisse zu ersetzen. Es ist dies aber bisher nur zum Theil geglückt. Die wichtigsten Gegenstände der Ausfuhr sind neben dem Zucker gegenwärtig: Kaffee, Rum, Bananen, Orangen, Holz. Es wurden davon exportirt:

	Kaffee Pfund Sterling	Rum Pfund Sterling	Holz Pfund Sterling	Bananen Pfund Sterling	Orangen Pfund Sterling
1860	113 800	298 400	26 200	—	—
1870	237 900	236 500	146 600	—	—
1880	254 700	209 000	159 800	38 500	11 600
1890	283 800	199 100	382 400	444 300	57 000
1895	284 800	164 600	359 000	316 500	169 700

Daß der Handel mit diesen Erzeugnissen keinen rascheren Aufschwung nimmt, liegt daran, daß Jamaica mit dem Absatz, besonders der Früchte, fast allein auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist und unter deren Schutzzollpolitik schwer zu leiden hat. Um dieser Abhängigkeit ledig zu werden, sandte die Kolonie 1885 eine Kommission nach Kanada in der Absicht, mit diesem eine Art Handelsbündniß anzubahnen. Trotz der Verbitterung, die auch in der Dominion über die Handelspolitik der Union herrschte, blieb der Versuch fruchtlos. Kanada wollte wohl Westindiens wegen bei dem mächtigen Nachbar keine Verstimmung hervorrufen. — Angesichts des Mißerfolges begannen die Kolonisten lauter und lauter

über die Beförderung der europäischen Rübenzuckerindustrie durch Staatsprämien zu klagen und von England Maßnahmen hiergegen zu verlangen. Damit wurde noch weniger als mit dem Schritt bei Kanada erreicht, und das Defizit der Kolonie wuchs von Jahr zu Jahr. Um wieder zu Geld zu kommen, beschloß das Parlament nach langen Verhandlungen 1889 Verkauf der Eisenbahnen der Kolonie an ein amerikanisches Syndikat für 800 000 Pfund Sterling. Man hoffte dadurch auch mehr amerikanische Kapitalisten ins Land zu ziehen und Jamaica vor weiteren Maßnahmen der Union zu schützen. Zu dem Zweck, den Fremdenverkehr auf der Insel zu heben, wurde ferner 1891 in Kingston eine Ausstellung veranstaltet und die Errichtung von Hotels von Staatswegen gefördert.

In der That wurde, wenn auch die Veranstalter der Ausstellung ein schlechtes Geschäft machten, eine Besserung der finanziellen Lage der Kolonie erzielt. Die Bevölkerung Jamaicas ergab statt 580 800 Seelen im Jahre 1881, bei der Zählung des Jahres 1891: 639 400.

Der Besserung sich lange zu erfreuen, kam Jamaica nicht in die Lage. 1891 nahmen die Vereinigten Staaten den Mac Kinley-Tarif an und stellten dadurch den Handel der Insel überhaupt in Frage. In ihrer Angst entsandten die Kolonisten sofort zwei Delegirte nach Washington. Diese traten mit Genehmigung der britischen Regierung in Verhandlungen mit den Amerikanern und erwirkten Zollfreiheit für die wichtigsten Artikel Jamaicas gegen freie Zulassung einer Anzahl amerikanischer Waaren auf der Insel. Obwohl diese Zugeständnisse Jamaica jährlich einen Zollausfall von 29 000 Pfund Sterling verursachten, nahm das Parlament 1892 diesen Gegenseitigkeitsvertrag an. Die Schwierigkeiten mit der Union sind dadurch aber keineswegs aus der Welt geschafft, und die wirthschaftliche Lage der Insel ist noch immer so unbefriedigend wie die des übrigen Westindien.

Auch hier krankt das wirthschaftliche wie politische Leben unter den Folgen der Rohrzuckerkrise. Die Zahl der weißen Bevölkerung sinkt stetig, an Stelle der Selbstverwaltung ist meist Regierung durch Beamte und ernannte Councils getreten. Die Verwaltungen von Antigua, St. Christopher, Nevis, Dominica, Montserrat und Virgin Islands sind 1871 zu dem Government der Leeward Islands verschmolzen worden. Barbados, Grenada, St. Vincent, Sta. Lucia

und Tabago bildeten Jahrzehnte hindurch das Government der Windward Islands. Von ihnen besaßen Grenada und St. Vincent gewählte Parlamente bis 1876. Damals wurde hier wie auf den anderen Inseln die Verfassung der Kronkolonien eingeführt. Nur Barbados besitzt ebenso wie die Bahamas noch ein Parlament. Gegenwärtig bilden Sta. Lucia, St. Vincent und Grenada das Government der Windward Islands. Tabago ist zu Trinidad geschlagen, das als Kronkolonie von jeher nur ein ernanntes Council besitzt. Die Verfassung Britisch-Guianas ist noch heute im Wesentlichen so, wie sie der Kolonie einst von den Niederlanden gegeben worden ist. Dem Governor steht als höchste gesetzgebende Behörde ein Court of Policy zur Seite, der aus vier Beamten und fünf gewählten Mitgliedern besteht. Diese Wahl geschieht aber nicht unmittelbar durch die Kolonisten, sondern durch eine Körperschaft von sechs sogenannten „Keisers", welche ihrerseits auf Lebenszeit von den Kolonisten gewählt werden. — Britisch-Honduras, das seit 1862 britische Kolonie ist, während es früher nur als Settlement betrachtet wurde, besaß ein Parlament bis 1870, wo es Kronkolonie wurde.

Drittes Kapitel.

Die gegenwärtige Nothlage Westindiens.

Ungeachtet der großen Fruchtbarkeit dieser Gebiete, des Vorkommens edler Metalle und Kohlen in einigen der Kolonien,*) des Asphalts in Trinidad,**) der werthvollen Hölzer in Britisch-Honduras, ist ein fortdauernder Rückgang ihrer Volkswirthschaft unverkennbar. Das weitaus wichtigste Erzeugniß aller dieser Länder, der Rohrzucker mit seinen Nebenprodukten: Rum und Syrup, an denen früher rasch große Vermögen verdient wurden, vermag eben den Wettbewerb mit dem Rübenzucker nicht auszuhalten. Der naheliegende Ersatz des Zuckerbaues durch andere tropische Kulturen ist bisher nicht mit dem nöthigen Geschick und Thatkraft versucht worden!

*) Guiana exportirte 1895 für 449 800 Pfund Sterling Gold.

**) 1894 betrug der Export 112 400 Pfund Sterling.

Die finanzielle Lage Westindiens ist jetzt folgende:

a. Westind. Inseln b. British-Guiana		Einnahmen Pfund Sterling	Ausgaben Pfund Sterling	Oeffentl. Schuld Pfund Sterling
1860	a.	725 500	750 100	1 063 800
	b.	279 900	314 800	—
1870	a.	1 026 600	989 800	274 600
	b.	354 100	325 100	582 400
1880	a.	1 447 500	1 466 900	1 308 000
	b.	404 400	394 500	474 900
1885	a.	1 458 100	1 481 100	2 259 000
	b.	434 800	463 900	347 300
1890	a.	1 762 900	1 629 700	2 823 900
	b.	560 200	531 000	770 300
1895	a.	1 843 600	1 932 300	3 885 400
	b.	567 700	596 400	932 700

Auch die Handelsstatistik legt Zeugniß von der unerfreulichen wirthschaftlichen Lage ab. Es betrugen:

a. Westindische Inseln b. British-Guiana		Einfuhr Pfund Sterling	Ausfuhr Pfund Sterling
1860	a.	4 193 500	4 183 000
	b.	1 145 900	1 513 400
1870	a.	4 647 400	4 991 300
	b.	1 897 000	2 383 400
1880	a.	2 488 300	3 607 000
	b.	1 004 900	1 684 613
1885	a.	2 100 600	2 485 600
	b.	724 600	1 293 600
1890	a.	6 846 700	6 543 100
	b.	1 887 100	2 161 700
1895	a.	6 545 400	5 351 100
	b.	1 443 500	1 769 500

Zuckerausfuhr Westindiens und British-Guianas

1885: 4 365 000 Pfund Sterling
1890: 4 562 000 " "
1895: 3 711 000 " "
1896: 3 251 000 " "

Die seit Langem fühlbare Krisis ist von dem Zeitpunkt ab, wo die Vereinigten Staaten begonnen haben, ihre Zölle zu erhöhen und die Einfuhr westindischer Erzeugnisse zu erschweren, so arg geworden, daß Großbritannien sich genöthigt gesehen hat, diesen Kolonien erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Verschiedene Zuckerpflanzungen sind während der letzten Jahre schon aufgegeben worden, andere sind von demselben Schicksal bedroht. Damit bricht Erwerbslosigkeit über die indischen Arbeiter herein, und der Zeitpunkt rückt heran, wo die Kosten der Verwaltung nicht mehr aufgebracht werden können. — Um die Sachlage zu prüfen und Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse zu machen, wurde unterm 22. Dezember 1896 eine Kommission, bestehend aus General Sir H. W. Norman, Sir Edward Grey und Sir David Barbour, beauftragt, nach Westindien zu reisen. Die Kommissare sollten die Ursachen der Zuckerkrise untersuchen und feststellen, ob die Rohrzuckerindustrie wirklich von der Gefahr des Unterganges bedroht sei; ferner, ob zutreffenden Falls, andere, und welche Erwerbszweige zum Ersatz vorhanden seien, und endlich, welche Wirkung das Erlöschen der Zuckerindustrie auf die arbeitenden Klassen*) und Finanzen der Kolonien ausüben würde.

Die Kommission hat ihre Aufgabe im Laufe des Jahres 1897 gelöst. Sie hat sich nicht darauf beschränkt, in den von ihr besuchten Kolonien: British Guiana, Trinidad, Tabago, Grenada, St. Vincent, Barbados, Sta. Lucia, Leeward Islands, Jamaica Ermittelungen anzustellen, sondern sie hat auch in London die Ansichten der hervorragendsten Sachkenner ermittelt. Als Ergebniß ihrer Untersuchungen hat sie unterm 25. August 1897 einen ausführlichen Bericht erstattet.

Diesem Aktenstück zufolge befindet sich die westindische Zuckerindustrie in ernster Gefahr. In einigen Kolonien wird sie bei Fortdauer der gegenwärtigen Lage als nicht mehr haltbar betrachtet, in anderen wird ihr Betrieb stark eingeschränkt werden müssen. Der Grund dafür wird in der Konkurrenz des Rübenzuckers, die bis zu einem gewissen Maße durch die in verschiedenen Ländern üblichen Zuckerprämien verschärft wird, aber auch in der Schutzzollpolitik anderer Staaten, die ihre Rohrzuckerindustrie künstlich fördern, gefunden! Während viele Beurtheiler die Hauptschuld an der Krisis schlechter Wirthschaft, ungenügenden technischen Einrichtungen und der

*) In British-Guiana sind 106 000, in Trinidad 83 000 indische Kulis.

stetigen Abwesenheit großer Besitzer von ihren westindischen Unternehmungen zuschreiben, konnten die Kommissare nicht feststellen, daß solche Umstände eine nennenswerthe Wirkung üben. Sie erklären, daß, wo es irgend anging, die besten technischen Einrichtungen auf den Zuckerpflanzungen vorhanden seien, aber nicht hindern könnten, daß der Ertrag immer weiter zurückgehe. Erlösche die Zuckerindustrie hier, so sei ein voller und genügender Ersatz nur in einzelnen Gebieten, wie Jamaica, Trinidad, British Guiana, Sta. Lucia und St. Vincent, aber erst nach Verlauf längerer Zeit, durch andere Unternehmungen zu finden. In Barbados, Antigua und St. Kitts (Christopher) sei ein solcher Ersatz unmöglich. Nur Dominica werde durch die Krisis wenig beeinflußt, da in ihm der Zuckerbau schon jetzt nur eine geringe Rolle spiele. — Der Bericht erklärt ferner, daß nach den angestellten Ermittelungen bei völligem oder theilweisem Erlöschen der Zuckerindustrie in den westindischen Kolonien lediglich Jamaica, Trinidad und Grenada im Stande sein würden, auch fernerhin die Kosten ihrer Verwaltung aufzubringen. Alle anderen Gebiete würden hierfür und für Unterstützung der brotlos werdenden Arbeiter auf Unterstützung vom Mutterlande angewiesen sein.

Als Mittel, der Rohrzuckerkrisis zu steuern, wurde in erster Linie von verschiedenen Seiten die Erhebung von Zuschlagsteuern in Großbritannien bei der Einfuhr alles Rübenzuckers, der Prämien genossen habe, empfohlen. Die Kommission erachtete diesen Vorschlag als ungeeignet. Sie findet, daß eine solche Maßregel sehr schwierig durchzuführen sei und die Interessen Englands wie seiner Kolonien bedenklich beeinträchtigen könnte, wenn die betroffenen Staaten zu Gegenmaßnahmen griffen. Dazu meint sie, daß selbst bei einer Abschaffung der europäischen Zuckerprämien die Politik der Vereinigten Staaten die westindische Zuckerindustrie leicht in eine neue Krisis stürzen könnte. Daher befürwortet sie zum Schlusse statt weitgreifender Maßregeln auswärtiger Politik nur eine Reihe von Schritten, die im Machtbereich Großbritanniens liegen. Es sind dies: 1. Beförderung der Ansiedelung der westindischen Arbeiter auf eigenen Grundstücken. 2. Einführung kleiner landwirthschaftlicher Industrien und Verbesserung der Bauernwirthschaft. 3. Herstellung besserer Verbindungen zwischen den Inseln. 4. Ermunterung des Fruchthandels nach New York und London. 5. Ein Darlehen von etwa 120 000 Pfund Sterling für Barbados zur Herstellung von

Centralfaktoreien. 6. Beförderung der Auswanderung aus den schon in Noth befindlichen Gegenden. Außerdem empfiehlt die Kommission Geldunterstützungen für Dominica und St. Vincent zu Wegebauten und Schuldentilgung sowie für einzelne kleinere Inseln zur Deckung der Verwaltungskosten. Im Ganzen werden Zahlungen in der Höhe von 580 000 Pfund Sterling vorgeschlagen. Dabei sind aber Guiana und Barbados nicht berücksichtigt. Die Kommission hat die Höhe der für diese Gebiete möglicherweise nöthig werdenden Unterstützungen nicht zu ermitteln vermocht. Sie meint, daß ein Zusammenbruch der Zuckerindustrie beide Kolonien auf lange Zeit außer Lage setzen würde, ihre Verwaltungskosten aufzubringen!

Das trostlose Ergebniß dieser Untersuchung ist die Veranlassung gewesen, daß Großbritannien neuerdings mit Bezug auf Westindien seine bisher allen Kolonien gegenüber gleichmäßig beobachtete Politik verlassen hat. Im Sommer 1898 hat das Parlament nach längerer Erörterung eine jährliche Unterstützung von 41 500 Pfund Sterling für Westindien beschlossen. Es fehlte bei der Debatte nicht an Stimmen, welche die Maßregel als nicht ausreichend bezeichneten und der britischen Regierung Vorwürfe machten, daß sie bei der eben in Brüssel stattgefundenen Konferenz wegen Abschaffung der Zuckerprämien Frankreich nicht nachdrücklicher entgegengetreten sei und es gezwungen habe, der von allen anderen Mächten genehmigten Maßregel beizutreten. Andere, wie der radikale Abgeordnete Labouchere, betrachteten das Geld als einfach weggeworfen. Es sei wie eine Bürgschaft für einen armen Bekannten, der englische Steuerzahler müsse es wegschenken. Die einzige Rettung für Westindien sei baldige Ausrottung der Zuckerindustrie, die sich dort niemals mehr bezahlt machen könne! Dieser Einwände ungeachtet drang der Staatssekretär der Kolonien, Chamberlain, mit seinem Antrag durch, und es wird nun abzuwarten sein, ob die Versuche zur Rettung der Zuckerindustrie des britischen Westindien von Erfolg begleitet sein werden.

Inzwischen haben sich die Aussichten dieser britischen Kolonien etwas gebessert durch die Einführung von Zuschlagzöllen in den Vereinigten Staaten auf den aus Ländern mit Zuckerprämien stammenden Zucker. Der westindische Zucker genießt durch diese Klausel einen Vorzug. Auf der anderen Seite ist dem britischen Westindien aber gleichzeitig eine neue sehr bedenkliche Gefahr dadurch erwachsen, daß die Amerikaner nach der Besiegung Spaniens Kuba,

Puerto Rico und die Philippinen sich ebenso, wie bereits früher die Sandwichinseln, angegliedert haben. In allen diesen Kolonien, abgesehen von den Philippinen, spielt der Rohrzucker eine große Rolle, und die an seiner Erzeugung betheiligten amerikanischen Geldleute werden sicher dafür binnen Kurzem sich besondere Einfuhrvergünstigungen zu erwirken wissen. Das Gleiche wird bei anderen Erzeugnissen dieser Inseln der Fall sein. Die britischen Kolonien kommen dann, da sie auf den Markt der Vereinigten Staaten in erster Linie angewiesen sind, wenn es Großbritannien nicht gelingt, ihren Erzeugnissen in der Union Zollvortheile zu erwirken, in eine überaus unangenehme Lage!

In Westindien selbst ist man sich darüber ziemlich klar. Auf einer Konferenz, welche zwischen Vertretern der verschiedenen westindischen Gebiete zu Barbados im September 1898 stattfand, bezeichnete man die beschlossene Geldunterstützung als nutzlos und verlangte in erster Linie Beseitigung der Rübenzuckerprämien.*) Es machte sich bei der Versammlung eine recht gereizte Stimmung gegen das Mutterland, das billigen Zucker dem Wohle seiner Besitzungen vorziehe, geltend, und der Wunsch nach Anschluß an die Vereinigten Staaten wurde unverhohlen laut.

Diese Stimmung hält trotz aller gutgemeinten Anstrengungen Englands dauernd vor, da die augenblickliche Lage der westindischen Kolonien infolge der Verwüstungen eines fürchterlichen Wirbelsturmes im Herbst 1898 noch trauriger geworden ist. — Der Kolonialminister Chamberlain setzt unentmuthigt dadurch seine Politik fort. Er bereitet Errichtung einer Handelsagentur Westindiens in Kanada zur Beförderung des westindischen Exports vor und hat durch britische Sachverständige im Januar 1899 auf einer Konferenz die Mittel zur Besserung der Anbauverhältnisse in Westindien nach jeder Richtung eingehend erörtern lassen. Die Herstellung neuer Dampferverbindungen der westindischen Inseln untereinander und mit dem Mutterland ist im Werk. Der Absatz frischer Früchte, der bisher meist nach Amerika geht, soll jetzt nach England gerichtet und befördert werden.

Welche Folgen eine etwaige Herstellung des Panamakanals

*) Auch in Ostindien ist neuerdings eine lebhafte Agitation gegen die europäischen Rübenzuckerprämien entstanden.

durch die Vereinigten Staaten auf die Verhältnisse Westindiens ausüben würde, läßt sich noch gar nicht übersehen. Versuchen Großbritanniens, an der mittelamerikanischen Küste Flottenstützpunkte zu erwerben, welche ihm auf die Benutzung des Kanals einen wirksamen Einfluß gewähren würden, sind die Vereinigten Staaten wiederholt, zuletzt noch 1895 beim Streit Englands mit Nicaragua, sehr energisch entgegengetreten. England seinerseits hat sich durch den Clayton-Bulwer-Vertrag*) gegen eine Festsetzung der Union in Mittelamerika zu sichern versucht. Seitdem haben sich aber die Verhältnisse sehr geändert, und die Vereinigten Staaten stehen Großbritannien mit anderer Macht als vor 50 Jahren gegenüber. Kommt der Kanalbau eines Tages zu Stande, so werden die Vereinigten Staaten schwerlich vor irgend einem Schritt zurückscheuen, den sie zur Erlangung der vollen Herrschaft und Sicherung der Wasserstraße für nothwendig erachten. Westindien dürfte daher noch recht lange die Aufmerksamkeit der britischen Staatsmänner in hervorragendem Maße beanspruchen.

*) Es heißt in Art. 1 des Vertrages vom 19. April 1850: „Keiner von beiden Theilen soll jemals eine ausschließliche Kontrole für sich erlangen oder behaupten oder ihn (den Kanal) beherrschende oder in seiner Nähe liegende Festungswerke errichten oder Nicaragua, Costa Rica, die Mosquitoküste oder irgend einen Theil Centralamerikas besetzen oder kolonisiren oder sich die Herrschaft darüber anmaßen oder ausüben.“





Dritter Theil.

Das britische Nordamerika.

Erstes Kapitel.

Kämpfe mit den Vereinigten Staaten.

Die ersten Maßnahmen, welche England in dem eroberten Kanada getroffen hat, waren nicht dazu angethan, ihm die Gemüther der dortigen unter französischer Herrschaft ins Land gekommenen und meist dort verbliebenen Kolonisten zu gewinnen. Obwohl außer den Offizieren und etwa 500 kleinen Händlern Engländer im Lande nicht vorhanden waren, hatte die Regierung nämlich 1763 englisches Recht eingeführt und die Ansiedler katholischer Religion durch Forderung von Eiden, die für sie unannehmbar waren, von allen Aemtern ausgeschlossen. Dazu verbot die britische Regierung hier, wie in anderen Kolonien, den Erwerb von Land von Eingeborenen, um Mißbräuchen vorzubeugen, und sandte statt gebildeter und angemessen bezahlter Beamten eine Reihe gut empfohlener, aber höchst zweifelhafter Leute, die des Landes und der Sprache unkundig und nur darauf aus waren, sich zu bereichern. Nicht genug damit, verlangten die wenigen Kolonisten englischer Abkunft lebhaft die Einführung eines Repräsentantenhauses. Dabei wären nach dem englischen Recht alle Katholiken ausgeschlossen gewesen, und die 400 bis 500 ungebildeten Leute hätten die ganze Kolonie in ihrer Gewalt gehabt! Die französische Bevölkerung der Kolonie belief sich damals aber auf 65 000 Personen, fast durchweg französischer Herkunft, die meist an den Ufern des St. Lawrence wohnten. Obwohl die englische Herrschaft ihrem Handel ganz andere Aussichten eröffnete, als sie bisher besessen hatten, und die Leute an ein autokratisches Regierungssystem gewöhnt waren, fand unter solchen Umständen die neue Verwaltung

nicht sehr freundliche Aufnahme. Als der Governor General Murray sich hiervon überzeugte, ist er der Erste gewesen, welcher eine Aenderung des befolgten Systems zu Hause dringend befürwortete. Seine und die Vorstellungen seines Nachfolgers Carleton führten dazu, daß 1774 das Parlament unter dem Eindruck der Erfahrungen in New England hier durch die sogenannte Quebeck Bill*) völligen Wandel schuf. Dem Governor wurde ein Council von 17 bis 23 Personen zur Seite gestellt mit dem Rechte der Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Nur die Befugniß der Steuererhebung und Religionssachen blieben der Krone vorbehalten. Das englische Recht wurde nur in Strafsachen beibehalten, sonst wurde das früher geltende Gesetzbuch, Coutume de Paris, aufs Neue in Kraft gesetzt.**) Die beiden Eide of abjuration und supremacy, welche Katholiken vom öffentlichen Leben völlig ausschlossen, wurden durch eine gemilderte Form des oath of allegiance ersetzt!

Die Reformen hatten noch kaum ihre Wirkungen zu üben begonnen, als die aufständischen Amerikaner den Versuch machten, Kanada zum Anschluß an die Erhebung gegen Großbritannien zu bringen. Nach Erlaß eines Aufrufes an die Kanadier durch den Kongreß erschienen Herbst 1775 zwei Abtheilungen amerikanischer Truppen in der Kolonie und nahmen mit leichter Mühe alle Plätze außer Quebec ein. Das Letztere wurde von kanadischen Milizen wochenlang so tapfer vertheidigt, daß alle Bemühungen, es einzunehmen, scheiterten. Als 1776 Verstärkungen aus England eintrafen, mußten die Amerikaner nach Montreal zurückweichen und bald das ganze Land wieder räumen. Dank der Treue der Kanadier gegen England blieben auch alle späteren Versuche der Amerikaner, diese Kolonie auf ihre Seite zu ziehen, fruchtlos.

Nach dem Frieden mit den Vereinigten Staaten suchten viele englisch gesinnte Amerikaner in Kanada eine neue Heimath, was der Kolonie sehr zu Statten kam. Die ersten Niederlassungen solcher Flüchtlinge fanden 1784 in der Provinz Ontario statt. Die meisten wandten sich nach Nova Scotia, das ebenso wie New Brunswick 1784 zu einer besonderen Kolonie erklärt wurde. Man nimmt an, daß bis 1806 wohl 70 000 bis 80 000 Personen aus den Vereinigten

*) Bei den Verhandlungen sprach Lord Chatam energisch gegen die Bill und stellte sich ganz auf den extrem protestantischen Standpunkt.

**) In Grundstücksachen war englisches und französisches Recht zulässig.

Staaten nach Kanada übergesiedelt sind. Um diese Einwanderung zu fördern, erhielten alle Personen, die vor 1783 nach Kanada geflüchtet waren, für jedes Kind 200 Acres Land überwiesen und den Titel „United Empire Loyalists“.

Die Rücksicht auf die zugezogenen Amerikaner sowie der Wunsch, sie in politischer Hinsicht von den französischen Kanadiern, mit denen sie in vielen Punkten sich schlecht vertrugen, zu trennen, führten 1791 zu einer Umgestaltung der Verhältnisse Kanadas. Das englische Parlament ließ durch verschiedene Ausschüsse die Lage in der Kolonie nach allen Seiten hin prüfen. Es zeigte sich, daß die Kolonisten englischer Herkunft nichts von dem französischen Recht und von den religiös und politisch anders denkenden Kolonisten französischer Abstammung wissen und sie gewaltsam zu Engländern machen wollten. Dies war indessen nicht nach dem Sinn des jüngeren Pitt. Abgesehen davon, daß er davor zurückscheute, die Leute, welche seit der Eroberung treu zu England gestanden hatten, zu vergewaltigen, schien es ihm im Interesse Englands gelegen, daß in der Kolonie zwei sich bekämpfende Interessen erhalten blieben, um ähnlichen Vorgängen wie in den New England-Kolonien vorzubeugen. Er und Grenville faßten den Plan, den obwaltenden Schwierigkeiten dadurch zu begegnen, daß die vorwiegend französischen, östlichen Provinzen von den mehr englischen, westlichen getrennt und ihnen erweiterte Selbstregierung gewährt wurde. Durch die Constitutional Act von 1791 wurden die Ostprovinzen mit 130 000 Bewohnern als Lower Canada von den 20 000 Einwohner zählenden westlichen als Upper Canada geschieden. Jeder Theil erhielt eigenen Governor, Legislative Council und House of Assembly. In Lower Canada zählte Ersteres 15, Letzteres, das von allen 40 Schilling Einkommen besitzenden Bürgern gewählt wurde, 50 Mitglieder. In Upper Canada gehörten zum Council 7, zur Assembly 16 Männer. Die Mitglieder der Councils wurden von der Krone auf Lebenszeit ernannt. Ein Vorschlag Pitts, sie aus der Zahl der Adeligen in der Kolonie allein zu ernennen und so eine Art House of Lords hier zu schaffen, fand keinen Anklang.

Durch diese Maßnahmen war den überwiegend englischen Landestheilen die Möglichkeit geboten, ihr altgewohntes englisches Recht in allen Fragen wieder einzuführen, während in den anderen Engländer und Franzosen die gleichen Rechte genossen. In Lower Canada wurde schon 1792 beiden Sprachen Gleichstellung im amtlichen Ver-

kehr gewährt. — Die beiden Kolonialparlamente traten 1792 in Wirksamkeit, sie haben in beiden Gebieten die Sklaverei 1793 und 1803 aufgehoben und allerlei nützliche Maßnahmen getroffen. Doch die Mehrheit der Assembly von Lower Canada gerieth bald in Streit mit den Governors und ihren Councils wegen der Verwendung der Einkünfte der Kolonien, die ihrer Bestimmung entzogen war. Sie beschuldigte die Mitglieder des Councils, sich große Landgebiete anzueignen, behauptete, daß die vom Governor abhängigen Richter nicht genügend unparteiisch seien, und bot schließlich 1810 Aufbringung der Kosten der gesammten Civilverwaltung durch die Kolonie an. Dieser Vorschlag wurde vom Governor General Sir James Craig mit Entrüstung abgewiesen. Das House of Assembly wurde aufgelöst, eine Zeitung, der „Canadian", welche die Regierung angriff, gemaßregelt und verschiedene Personen in Haft genommen. Trotz dessen erneuerte die 1811 gewählte Assembly die Forderungen und Klagen der früheren, und der Streit wäre bedenklich geworden, wenn nicht ein neuer Governor, Sir George Prevost, den Wünschen der Kolonisten größeres Entgegenkommen bewiesen hätte.

Die Entwickelung der Kolonie machte während dieser Jahre bereits bedeutende Fortschritte. 1812 zählte Upper Canada gegen 80 000, Lower Canada 220 000 Bewohner. Während 1800 in Quebec 64 Schiffe mit 14 293 Tonnen angekommen waren, zählte man 1810 schon 661 mit 143 893 Tonnen! Auch die Einnahmen, die sich 1806 nur auf 29 116 Pfund Sterling beliefen, machten Fortschritte. Die Kolonie beschloß sogar während der Kriege Großbritanniens gegen Napoleon Zahlung einer Beihülfe an England! Das Gebiet Kanadas wurde von Jägern und Reisenden immer weiter erforscht. Alexander Mackenzie fand zum ersten Male den Weg zum Stillen Ozean über die Rocky Mountains.

Der Kampf Englands gegen Napoleon verwickelte Kanada 1812 nochmals in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten. Schon längst hatte Frankreich sie in sein Interesse zu ziehen und gegen Großbritannien ins Feld zu bringen gewünscht. In der Union selbst fehlte es nicht an Leuten, welche gern die Gelegenheit wahrgenommen und Kanada erobert hätten. Doch immer hatten die Leiter der Vereinigten Staaten diesen Strömungen erfolgreich entgegenzutreten vermocht, bis nach Erklärung der Kontinentalsperre durch Napoleon und nach Beginn des als Antwort hierauf von England ins Werk gesetzten

Vernichtungskrieges gegen den europäischen Seehandel der Haß gegen England in Amerika zu allgemein wurde. Man litt hier nicht allein schwer unter der Wegnahme der nach amerikanischen Häfen bestimmten Schiffe, sondern war auch entrüstet über das Anhalten und Durchsuchen von Unionsfahrzeugen durch englische Kreuzer. Allgemein wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen England in Kanada verlangt. Man wußte, daß hier kaum 4000 Mann britischer Truppen in weitzerstreuten Posten standen, die Miliztruppen seit 1775 nicht mehr ernstlich ausgebildet worden waren und ein Gegensatz zwischen dem Government und den französischen Kolonisten bestand. Man glaubte daher, die Kolonie im Handumdrehen nehmen zu können. Der Staatssekretär des Kriegsamtes erklärte im Kongreß: „Wir können Kanada ohne Soldaten erobern. Wir brauchen nur Offiziere hinzusenden, und das gegen seine Regierung erbitterte Volk wird sich um unsere Fahnen schaaren." Mr. Clay meinte: es sei unsinnig anzunehmen, daß Amerika bei seinem Unternehmen scheitern könne. „Wir haben Kanada ebenso in unserer Hand wie Großbritannien das Weltmeer. Wir müssen ihm diesen Kontinent abnehmen, ich will, bis dies geschehen, keinen Frieden sehen!" In aller Stille wurde 1811 das verfügbare Militär an der Nordwestgrenze zusammengezogen und Alles zum Einfall in Oberkanada vorbereitet. In London erhielt man die ersten Nachrichten davon schon 1811 und rief infolge dessen 4 Bataillone Milizen ein. Doch ungeachtet dessen und, wenngleich gerade 2 zur Ablösung gesandte reguläre Bataillone in der Kolonie waren und die vorhandene Macht verstärkten, war die Lage verzweifelt, sobald die Kanadier mit den Amerikanern gemeinsame Sache machten! Die Kanadier aber blieben England treu, und ihnen schlossen sich die Indianer an, welche die Amerikaner verabscheuten.

Die amerikanischen Truppen, welche unter General Hull im Juli 1812 den Detroitfluß überschritten und Fort Malden am Lake Erie angriffen, fanden keinerlei Unterstützung bei der Bevölkerung. General Hull wurde mit 1300 Mann im August gezwungen, sich zu ergeben! Der ganze Staat Michigan fiel in Englands Hand. Ebenso unglücklich verlief ein Angriff, den die Amerikaner Mitte Oktober am Niagara ausführten. 950 Mann fielen den Engländern in die Hände, der Rest floh. Auch ein Einfallversuch der Amerikaner auf dem Wege über Lake Champlain scheiterte, und während des ganzen Winters war ihnen kein Erfolg beschieden. Infolge dieser

Erfahrungen warfen sie im Sommer 1813 alle Kräfte auf den Ontariosee. Ende April nahmen sie mit Hülfe eines ansehnlichen Geschwaders die Hauptstadt Upper Canadas, Toronto, und zerstörten hier alle öffentlichen Gebäude. Einige Wochen später eroberten sie Fort George am Einfluß des Niagara in den Ontario. Die weit schwächeren Engländer unter General Vincent kamen in hartes Gedränge und wären verloren gewesen, wenn es ihnen Anfang Juni 1813 nicht gelungen wäre, das amerikanische Lager bei Nacht zu überraschen und die Generale nebst 120 Mann gefangen zu nehmen. Der Erfolg war nicht von langer Dauer. Im September gelang es den Amerikanern, die ganze englische Macht auf dem Lake Erie, 6 Schiffe, wegzunehmen und die Feinde zurückzuwerfen! Durch die von den Amerikanern am Ontario und Champlain gesammelten Truppen war nun Montreal aufs Ernstlichste bedroht. Zum Glück für England wirkten aber die verschiedenen Abtheilungen der Amerikaner nicht genügend zusammen. Die vom Champlain kommenden Truppen wurden am Chateauguayflusse zurückgeschlagen und, als die Hauptabtheilung in St. Lawrence vom Ontario her November 1813 erschien, fand sie sich so starken englischen Truppenkörpern gegenüber, daß sie nach unglücklichem Gefecht auch nach dem Champlain abziehen mußte. Als gar den Engländern im Frühling 1814 Einnahme des Forts Oswego glückte, beschränkten sich die Amerikaner fernerhin auf Angriffe am Ontario- und Eriesee, wo sie den Briten durch ihre Schiffe überlegen waren. Sie nahmen Fort Erie ein und machten von dort noch einen Vorstoß gegen Fort George. Doch hierbei brachten ihnen die Engländer in der Nähe des Niagarafalles im Juli 1814 eine Niederlage bei.

Die Engländer gingen von da an zum Angriff gegen die Amerikaner über. Die Beendigung der europäischen Kriege erlaubte ihnen, größere Kräfte auf Amerika zu verwenden. Ihre Flotten nahmen das Gebiet zwischen Penobscot und St. Croix an der Küste Maines weg, eroberten die Stadt Washington, wo sie das Kapitol zerstörten, und griffen die Stadt New Orleans an. Zu Lande waren ihre Truppen aber trotz großer, aus England eingetroffener Verstärkungen weniger erfolgreich, und so war das Ergebniß des Krieges die Rückgabe der eroberten Forts an die Vereinigten Staaten. Im Dezember 1814 wurde zu Ghent Friede geschlossen. Die Union hat von dem Kriege nur Nachtheile gehabt. Abgesehen

vom Menschenverlust waren fast 3000 ihrer Schiffe weggenommen, ihr Handel von 50 Millionen Pfund Sterling 1814 auf 4 1/2 gedrückt, ein großer Theil ihrer Handelswelt ruinirt worden.

Zweites Kapitel.

Die Entstehung der kanadischen Verfassung.

Kanada kam die Aufwendung bedeutender Summen durch das Mutterland während des Krieges sehr zu Statten, und überdies führte der gemeinsame Kampf gegen die Union die verschiedenen Klassen der Kolonisten einander näher.

Mit erneuter Kraft nahmen sie den Kampf um Erweiterung ihrer politischen Rechte auf. Der Anspruch der Assemblies auf Ueberwachung der Finanzen und Ernennung unabhängiger Richter wurde immer wieder geltend gemacht. Dieses Vorgehen hatte den Erfolg, daß der Staatssekretär der Kolonien, Lord Bathurst, 1818 den Governor General anwies, auf den früheren Vorschlag des kanadischen Parlaments einzugehen, wonach die Kosten der Civilverwaltung aus den Einnahmen der Kolonie gezahlt werden sollten. Der Beamte entschloß sich hierauf, nach langem Zögern der Assembly das detaillirte Budget der Civilverwaltung vorzulegen, und die Versammlung stimmte der Einführung neuer Steuern zu. Doch ein noch im Jahre 1818 eintreffender neuer Governor General wollte von Vorlage detaillirter Budgets nichts wissen und verlangte, daß das Parlament die für jeden Haupttitel nöthigen Summen ohne Kenntniß der Verwendung im Einzelnen bewilligen sollte. Darüber entbrannte neuer Streit. Die Assembly verlangte, daß die Richter vollständig unabhängig sein müßten und daher weder dem von der Krone ernannten Legislative noch dem Executive Council angehören dürften. Hiergegen sträubten sich die betreffenden Richter wie das Government, und ihr Einfluß war der mächtigere. In Upper Canada war es ähnlich. Dort lag alle Gewalt in einer Anzahl von Familien, welche das Legislative Council und alle besseren Posten aus ihrer Mitte besetzten, fast alles wüste Land in ihren Besitz brachten und die Assembly völlig lahmlegten. Ein schwerer Schlag für die Feinde parlamentarischer Regierung war es, als 1823 Sir John

Caldwell, der Receiver General von Lower Canada, bankbrüchig wurde und es sich herausstellte, daß er den öffentlichen Kassen 100 000 Pfund Sterling schuldete! Das House of Assembly erklärte 1824 angesichts dieses Vorganges, daß zu jeder Verwendung von Einnahmen der Kolonie seine Zustimmung erforderlich sei, es forderte gleichzeitig Einschränkung der Ausgaben und jährliche Vorlage der bisher verweigerten Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben. Sir Francis Burton, der stellvertretende Governor, gestand diese Forderung wenigstens theilweise zu, doch der Governor General und Earl Bathurst wollten von einer so weitgehenden Kontrole nichts wissen. Der Staatssekretär Lord Goderich war entgegenkommender, doch forderte er als Vorbedingung, daß die Assembly jährlich ein für alle Mal 30 000 Pfund Sterling als Civilliste bewillige. Zu einer näheren Berathung darüber in der Assembly kam es nicht, da der Governor General die Wahl eines besonders oppositionellen Kolonisten, Papineau, zum Sprecher nicht dulden wollte. Hierüber entstand solche Entrüstung, daß 87 000 Kanadier eine Petition an den König schickten, worin sie sich über das Verhalten des Governors beschwerten und Genehmigung ihrer Forderungen erbaten.

Die Petition wurde auf Veranlassung des damaligen Kolonialstaatssekretärs Huskisson einem Ausschuß des britischen Parlaments überwiesen. Hier fanden die Klagen der Kolonisten günstiges Gehör. Der Ausschuß verurtheilte scharf die Verwendung der in Kanada aufgebrachten Einkünfte ohne Mitwirkung des dortigen Parlaments und empfahl Uebertragung der Verfügung über alle Einkünfte an die Assembly. Nur die Gehälter des Governors, des Executive Council und der Richter sollten von vornherein sichergestellt und der Bewilligung durch das Parlament entzogen werden. Zum Schluß sprach sich der Ausschuß auch dafür aus, daß bei der Wahl der Mitglieder für das legislative und executive Council möglichst Leute, die das Vertrauen der Kolonisten besaßen, berücksichtigt werden möchten! — Mit lauter Freude wurde der Bericht dieses Ausschusses in Kanada begrüßt. Die Stunde der Erfüllung langgehegter Wünsche schien gekommen. Doch der Tod des Königs George IV. und andere Sorgen waren Schuld, daß die Sache liegen blieb und der von Kanada gewünschte Parlamentsakt nicht zu Stande kam. Lord Goderich, der 1830 wieder an die Spitze der Kolonialangelegenheiten trat, versprach Erfüllung der Wünsche der Assembly, wollte indessen der

Krone aufs Neue die Verfügung über gewisse Einnahmen vorbehalten. Als 1831 endlich ein Beschluß des britischen Parlaments der Assembly die Bestimmung über alle Einkünfte der Kolonie verlieh, blieb der Staatssekretär auf seinem Standpunkt und verweigerte Beschlüssen der kanadischen Assembly über die bisher der Verfügung der Krone vorbehaltenen Einnahmen die Genehmigung. — Diese Maßnahme führte zu neuem erbitterten Streit. Die Kolonistenpartei suchte die Einnahmen der Councilmitglieder zu beschneiden und verlangte in England Ersatz des ernannten Councils durch ein vom Volk gewähltes! Staatssekretär Lord Stanley wies diese Einrichtung als mit monarchischen Einrichtungen unvereinbar ab und drohte mit Zwangsmaßregeln. Die Assembly antwortete damit, daß sie 1834 jede Geldbewilligung verweigerte und einen Abgeordneten nach London schickte, um ihre Beschwerden zu vertreten. Lord Stanley half sich dadurch, daß er den Beamten die fälligen Gehälter aus der Militärkasse zahlte. Sein Nachfolger Spring Rice war dagegen zum Nachgeben bereit und verlangte nur Zeit. Ehe er zu einer Entscheidung gelangte, trat Sir Robert Peel an seine Stelle. Er beschloß, die Lage der Dinge in Kanada durch eine Kommission untersuchen zu lassen, und war im Allgemeinen für Erfüllung der Forderungen der Assembly, falls sie die Beamtengehälter wenigstens für 7 Jahre genehmige. Peels Gedanke wurde von seinem Nachfolger Lord Melbourne ausgeführt. Der Earl of Gosford, Sir Charles Grey, Sir George Gipps bildeten die Kommission, welche 1835 nach Kanada reiste und beauftragt war, Frieden zwischen Mutterland und Kolonie herzustellen. In seiner Instruktion sprach der Staatssekretär aus, daß er eine Einmischung Großbritanniens in die inneren Angelegenheiten einer Kolonie mit Repräsentativverfassung für ungesetzlich und nur im äußersten Nothfall zulässig halte. Er erklärte sich auch mit der Verfügung über alle Einkünfte durch die Assembly einverstanden und wünschte nur Bewilligung der Beamtengehälter für 10 Jahre. Bestimmt lehnte er jedoch Bewilligung eines erwählten Councils und Ueberlassung der Verwaltung des Kronlandes*) an die Assembly ab. Er vertrat hierin die bestimmt geäußerte Meinung des Königs William IV.

*) Gerade diese erregte viel Unwillen in Kanada, da Günstlinge bevorzugt und die Erträge ganz für die Geistlichen der Hochkirche verwendet wurden.

Es scheint, daß die Wahl der Kommission keine sehr glückliche war. Trotz aller Bemühungen gelang es ihnen nicht, mit den Führern der kanadischen Opposition zu einem Ausgleich zu kommen. Papineau in Lower Canada und William Mackenzie in Upper Canada bestanden mehr als je auf ihrer Forderung, der Beseitigung der ernannten Councils, und als sie damit nicht durchdrangen, bewilligten sie die laufenden Ausgaben nur für ein halbes Jahr.

Der Staatssekretär der Kolonien, Lord John Russell, legte nunmehr Anfang März 1837 die ganze Angelegenheit nochmals dem britischen Parlament vor. Er erklärte die Bewilligung des Wahlrechts für das Legislative Council aufs Neue für unthunlich, desgleichen lehnte er die Mitwirkung der Assembly bei Kronlandveräußerungen ab und wollte dem kanadischen Parlament die Verfügung über die Finanzen wieder nur unter Vorbehalt der Civilliste und Bewilligung der seit 1832 verweigerten Summe zugestehen. Obwohl eine Anzahl Redner gegen Russell im Sinne der Kanadier sprachen, zeigte sich doch keine besonders rege Theilnahme für sie. Man verglich Kanada mit Irland, die allgemeine Lage und die Beschwerden seien bei beiden dieselben, hielt die Bewilligung eines gewählten Councils für nicht bedenklich, erhob aber gegen Russells Resolutionen keinen ernsten Widerspruch. Die kanadische Assembly antwortete mit neuen Gegenmaßnahmen. Die britische Regierung sah sich genöthigt, wieder die Gehälter der Beamten aus ihrer Tasche vorzuschießen. Und dabei blieb es nicht. Die Mißstimmung in der Kolonie war im Laufe der letzten Jahre noch durch das Auftreten einer Choleraepidemie und eine schwere Handelskrisis gesteigert worden. Es verband sich mit dem Zorn gegen die britische Regierung, welche der Cliquen- und Gewaltherrschaft im Lande kein Ende machen wollte, allmählich auch eine früher nicht vorhandene Feindschaft der Nationalitäten.

Das zeigte sich schon deutlich bei den Verhandlungen der Assembly im August 1837. Die Opposition begann immer drohendere Reden zu führen und auf das seiner Zeit von den Vereinigten Staaten gegebene Beispiel hinzuweisen. Als der Governor General angesichts dieser Haltung eine Reihe von Mitgliedern der Opposition aus öffentlichen Aemtern und Offizierstellen in der Miliz entfernte, erklärten die Unzufriedenen in einer Proklamation alle Bande des Gefühls für das gefühllose Mutterland zerstört und rüsteten ganz offen. Die englischen und französischen Kolonisten griffen sich aufs

Erbittertste in den Tagesblättern an. Besonders die Letzteren wurden mit allen möglichen Schimpfnamen belegt. Die Aufregung auf beiden Seiten führte Anfang November 1837 zu einer Schlägerei zwischen französischen „Sons of Liberty", wie sie sich nannten, und einem loyalen Vereine in den Straßen Montreals. Die Ersteren unterlagen, und die Bureaus eines französischen Blattes, „Vindicator", wurden zerstört. Es wurde auch ein Versuch gemacht, das Haus des Leiters der parlamentarischen Opposition, Papineau, anzuzünden.

Der Vorfall wurde in sehr aufgebauschter Form beschrieben und veranlaßte das Government, gegen Papineau und 25 andere Personen Verhaftbefehle zu erlassen. Nur 9 davon konnte die Polizei finden, die Anderen flohen und riefen ihre Anhänger auf dem flachen Lande auf. Als bald darauf 18 Milizsoldaten zwei in einem Dorf verhaftete Leute nach Montreal führten, erschienen 300 Bewaffnete, schossen auf die Milizen und befreiten die Gefangenen. Im Dorfe St. Denis schlugen die Aufständischen einen regelrechten Angriff der britischen Truppen ab. Erst einige blutige Niederlagen Ende November und Anfang Dezember 1837 sowie die Weigerung der Vereinigten Staaten, den Aufständischen Beistand zu leisten, brachten diese in Lower Canada zur Unterwerfung. Länger dauerte der Widerstand in Upper Canada, wo Mackenzie, der offen den Wunsch, die Kolonie der Union anzugliedern, vertrat, an der Spitze der Unzufriedenen stand. Er machte Anfang Dezember 1837 den Versuch, Toronto zu überraschen und sich der dort befindlichen Waffen zu bemächtigen. Sein Anschlag wurde entdeckt und seine Truppe im offenen Kampfe geschlagen. Darauf floh er nach den Vereinigten Staaten, sammelte dort etwa tausend Anhänger und besetzte mit ihnen eine Insel im Niagarakanal. Er proklamirte die Republik in Upper Canada und beschäftigte einige Zeit lang die Behörden, bis die Vereinigten Staaten, auf Druck von England, gegen ihn vorgingen und ihn 1838 verhafteten. Die Erhebung war damit zu Ende. Einige hundert Aufrührer wurden eingekerkert und 180 davon zum Galgen verurtheilt. An nur Wenigen ist das Urtheil aber vollstreckt worden.

Die erste Wirkung der Erhebung war Suspension der Verfassung der Kolonie und Ernennung Lord Durhams zum High Commissioner „für Regelung einiger wichtiger Fragen, betreffend Form und zukünftige Regierung" der zwei Provinzen. Der Lord gehörte der Reformpartei im Oberhause an, hatte seit Langem den kolonialen

Fragen, besonders New Zealand, seine Aufmerksamkeit gewidmet und galt als ein gerechter, wenn auch leicht erregbarer Mann. Er nahm zwei ausgezeichnete Kenner kolonialer Dinge, den Schriftsteller Edward Gibbon Wakefield und Charles Buller, als Berather mit. Durham kam am 27. Mai 1838 in Quebec an. In einer Proklamation kündigte er sich den Kolonisten als Freund und Berather an und bat um volles Vertrauen. Er wurde in der That überall sehr freundlich aufgenommen und sah sich dadurch in Stand gesetzt, bei seiner einige Monate in Anspruch nehmenden Bereisung der Hauptorte Canadas, Nova Scotias und New Brunswicks die Verhältnisse sehr eingehend kennen zu lernen.

Die Frucht der Mission war ein unterm 31. Januar 1839 erstatteter Bericht, welcher noch heute als eines der wichtigsten Aktenstücke der britischen Kolonialpolitik gilt. In dem umfangreichen Schriftstücke wird an dem bis dahin befolgten Verwaltungssystem scharfe Kritik geübt. Statt Leute mit dem Governoramte zu betrauen, in deren Fähigkeiten und Kenntnisse man volles Vertrauen habe, und statt ihnen dann die Entscheidung in allen lokalen Fragen zu überlassen, mische sich die britische Kolonialverwaltung durch eingehende Instruktionen in alle Details. Die Folge sei, daß die Governors, so viel als möglich, alle Verantwortlichkeit auf die heimische Regierung abzuwälzen suchten, und daß die Kolonie in Augenblicken der Gefahr immer schmerzlich empfinde, daß die eigentliche Regierung jenseits des Ozeans liege. Lord Durham fand denselben Gegensatz zwischen Government und Assembly wie in Lower Canada in den anderen nordamerikanischen Besitzungen Großbritanniens. Ueberall empfinde die Bevölkerung es als unerträglich, daß ihr keinerlei Einfluß auf die Wahl der höchsten Beamten zustehe! — Diesem Zustande ein Ende zu machen, sei nicht schwer. Es dürfte ein Erlaß an den Governor General genügen, worin ihm aufgegeben wäre, an die Spitzen der Verwaltungskörper nur Beamte zu setzen, die sich des Vertrauens der Assembly erfreuten, und Maßnahmen nur mit Gegenzeichnung der betheiligten Beamten zu erlassen! Nur in Fragen auswärtiger Politik, des Handels, der Regierungsform und der Kronländereien brauche das Mutterland sich das Verfügungsrecht zu wahren. Alle Angelegenheiten örtlicher Natur könne man der Verfügung von Körperschaften, gewählt durch die Kolonisten, überlassen.

Der Berichterstatter erachtete aber eine Maßnahme in dem angedeuteten Sinne nicht für ausreichend, um Canadas Gedeihen für die Zukunft zu sichern. Um die Parteien auf andere Gedanken zu bringen und den Rassengegensatz zu verwischen, hielt er eine Verschmelzung Upper und Lower Canadas oder gar aller britischen Kolonien in Nordamerika zu einem Staatswesen für nöthig. Er berief sich dabei auf ein Schreiben des Duke of Kent, des Vaters der Königin Victoria, der schon 1814 eine nähere Vereinigung dieser Kolonien gewünscht hatte, und betonte, daß ein Parlament für ganz Canada weit mehr Gewicht besitzen und vielen bisher bestehenden Verwaltungsschwierigkeiten ein Ende machen werde. Dem Parlamente solle das Executive Council verantwortlich sein. Es solle die Verfügung über alle Einkünfte, allerdings mit Genehmigung der Krone besitzen. Nur die höchsten Beamten und die Richter sollten von seinen Beschlüssen unabhängig gestellt werden.

Als weitere Maßnahmen zur Förderung der Wohlfahrt der Kolonie empfahl Lord Durham Bau von Eisenbahnen zwischen den verschiedenen Provinzen, zunächst von Halifax nach Quebec; Einrichtung von Dampfschiffsverbindung mit England und Unterstützung der Einwanderung. In letzterer Beziehung tadelte er scharf den Mangel an Beaufsichtigung der Auswanderungsschiffe und -Unternehmer.

Dem Einwand, daß eine zu bedeutende Stärkung der Selbstverwaltung in der Kolonie Abfallgelüste erwecken könne, begegnete Durham mit der Versicherung, daß im Gegentheil solche Maßnahmen das Gefühl der Zugehörigkeit zu Großbritannien stärken würden. Ueberhaupt sei es erste Pflicht des Mutterlandes, das Wohlbefinden der kolonialen Landsleute zu sichern. Sei es im Buche des Schicksals geschrieben, daß diese Länder nicht für immer Theile des britischen Reiches bleiben sollten, so schulde England es seiner Ehre, zu sorgen, daß sie im Falle der Trennung nicht die einzigen Gebiete Amerikas seien, in denen die angelsächsische Rasse sich nicht selbst zu regieren verstehe!

Der Eindruck des Berichts in England war ein bedeutender, aber Lord Durham kam nicht in die Lage, seine Grundsätze selbst praktisch zu erproben. Er fiel während seiner kurzen Thätigkeit in Canada in Ungnade und wurde Gegenstand grober Angriffe im Parlamente.

Durham hatte nämlich einen Theil der bei seiner Ankunft im Gefängnisse befindlichen Empörer ohne Prozeß begnadigt und nach dem ihm gar nicht unterstehenden Bermuda verbannt. Die Lords erklärten diese Maßnahme für ungesetzlich. Dies und bittere Angriffe seiner Feinde ärgerten den Lord so, daß er sein Amt niederlegte und schon am 1. November 1838 Canada verließ.*)

Seine Abreise war die Veranlassung zu einer neuen Volkserhebung in Canada, die wieder mit den Waffen niedergeschlagen werden mußte und an der auch wieder Abenteurer aus den Vereinigten Staaten theilnahmen. Da die Unionsregierung sich unfähig zeigte, den Uebergriffen ihrer Staatsangehörigen vorzubeugen, wurde eine Anzahl von ihnen in Upper Canada ohne Weiteres gehangen oder nach Australien deportirt. Wenn auch die Mehrheit der französischen Bevölkerung zu der britischen Regierung hielt und der katholische Klerus ihr fast durchweg aufrichtige Unterstützung zu Theil werden ließ, legten diese Vorkommnisse doch aufs Neue die Nothwendigkeit nahe, etwas Entscheidendes in Canada zu thun. Ueber das „Was“ herrschte freilich große Meinungsverschiedenheit. Die öffentliche Meinung war noch weit entfernt, Selbstregierung in den Kolonien für möglich und England nützlich zu halten. Die Tories wollten gar nichts davon hören. Der Duke of Wellington meinte, ebenso gut könnte man an Wahlen in der Armee oder an Bord eines Schiffes denken. Die Wünsche der Kolonisten des Kaplandes, von New South Wales und New Foundland nach Antheil an der Regierung wurden als unerhört oder lächerlich bezeichnet. Dann könnten nächstens die befreiten Neger Sierra Leones eine schwarze Assembly verlangen! Lord Durhams Bericht erregte in diesen Kreisen wahre Wuthausbrüche. Die toristische Quarterly Review bezeichnete des Lords Vorschläge als „großsprecherische Dummheiten und kindische Pedanterie“ und forderte ihre energische Mißbilligung durch die Regierung. Die Whigs theilten diesen Standpunkt zwar nicht, aber es fehlte auch ihnen jede stärkere Begeisterung für Förderung der kolonialen Freiheiten.

Die britische Regierung, in der 1839 Lord John Russell wieder das Amt des Staatssekretärs der Kolonien bekleidete, entschloß sich nach reiflicher Prüfung der Lage, Durhams Vorschlag wenigstens theilweise zur Richtschnur zu nehmen und zunächst eine Verschmelzung der beiden Canadas ins Werk zu setzen. Abgesehen davon, daß die

*) Er starb 28. Juli 1840.

Trennung den erwarteten Nutzen nicht gebracht hatte, setzte sie Upper Canada in die schwierigste Lage. Es konnte, da es von dem Meer abgeschnitten war, keine Zölle erheben und kam dadurch allmählich in die Lage, selbst die dringendsten Ausgaben nicht decken zu können. Mit Vorbereitung der Maßregel wurde der neue Governor General Thomson*) betraut, der seine Laufbahn als Kaufmann begonnen und längere Zeit dem Board of Trade vorgestanden hatte. Als Richtschnur wurde ihm unterm 14. Oktober 1839 eine Instruktion von Lord John Russell ertheilt, in der es hieß: Die Regierung der Königin wolle die Repräsentativversammlungen Britisch-Nordamerikas keineswegs in Maßnahmen der Reform und Verbesserung hindern. Sie wünsche ernstlich, Männern von Talent und Charakter im Dienst der Kolonien dieselben Aussichten wie im britischen Staatsdienste zu eröffnen. Ihre Majestät wolle auch kein politisches System in Nordamerika aufrecht erhalten, das die öffentliche Meinung verurtheile. Sie betrachte die Liebe ihrer dortigen Unterthanen als die beste Sicherheit für ihre Herrschaft. Der Vertreter Ihrer Majestät dürfe daher keinen Seitens der Behörden begangenen Mißbrauch oder Begünstigung privater Interessen dulden und solle für volle Harmonie der gesetzgebenden und vollstreckenden Organe sorgen. Ein Zustand, bei dem der Governor jeden zulässigen Antrag der Assembly verwerfe und diese dafür die erforderlichen Geldbewilligungen verweigere, könne nur alle politischen Beziehungen sowie den Handel stören und den Wohlstand des Volks schädigen. Each must exercise a wise moderation. The Governor must only oppose the wishes of the Assembly, where the honour of the Crown or the interests of the empire are deeply concerned. Als solche Fragen wurden die Angelegenheiten auswärtiger Politik und des Handels bezeichnet sowie Maßnahmen, welche das Wohl der britischen Unterthanen in der Kolonie bedrohen würden. — Eine weitere Depesche Lord John Russells führte aus, daß die höchsten Aemter, wie die des Kolonialsekretärs, des Schatzmeisters, Oberstaatsanwalts u. s. w. sowie der Mitglieder des Councils, fortan nicht mehr dem Inhaber lebenslänglich überlassen werden dürften. Nicht nur Erfordernisse der jeweiligen Verwaltung, sondern auch Neubesetzung des Governorpostens seien genügender Anlaß, die Inhaber der höchsten Beamtenstellen zu wechseln.

---

*) Später Lord Sydenham.

Der neue Governor General legte den Plan der Vereinigung beider Canadas zunächst dem von Lord Durham ernannten Council vor, welches vor der Hand seit Suspension der Verfassung dem Governor allein zur Seite stand. Er verlangte dabei Bewilligung der Civilliste und Uebernahme der Schulden Upper Canadas. Nachdem das Council sich mit 12 gegen 3 Stimmen einverstanden erklärt hatte, ging er nach Toronto und berief dort die Assembly. Diese verlangte Verlegung der Regierung nach Upper Canada, Ausschluß der Kolonisten vom Wahlrecht, welche, wie die meisten Franzosen, ihr Land als Lehen von einem Grundherrn besaßen, Bevorzugung in der Zahl der Mitglieder zum Parlament, ausschließlichen Gebrauch der englischen Sprache u. dergl. Solche Maßnahmen hätten die meisten Canadier französischen Ursprungs von der Theilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen. Thomson lehnte sie daher bestimmt ab und setzte schließlich Annahme seiner Vorschläge, welche gleiche Vertretung beider Provinzen im Parlament, Bewilligung der vom britischen Parlament aufzustellenden Civilliste und Theilung der öffentlichen Schuld bezweckten, durch. — Im Januar 1840 sandte er den Entwurf einer Unionsbill nach London.

Während diese im Parlament berathen wurde, brachte Thomson verschiedene seit Jahren in der Kolonie brennende Fragen zur Lösung. Er setzte eine Theilung des reservirten Kirchenlandes, das bisher der Staatskirche allein zu Gute gekommen war, unter alle Religionsgenossenschaften durch, bestrebte sich, die Verwaltung der Städte Quebec und Montreal umzugestalten, und besserte das ländliche Kreditwesen. Allerdings fand er, daß alle diese wichtigen Angelegenheiten die Gemüther der Kolonisten weit weniger beschäftigten als der Nationalitätenhaß. Engländer und Franzosen unterhielten keinerlei Beziehungen und behandelten sich in Allem als Feinde trotz aller Bemühungen des Governors.

Die Unionsbill fand im Laufe des Jahres 1840 die Genehmigung des britischen Parlaments und wurde am 23. Juli 1840 Gesetz. Am 10. Februar 1841 trat sie in Kraft. Die beiden vereinigten Provinzen erhielten dadurch zusammen ein legislatives Council, bestehend aus nicht weniger als 20 Personen im Alter von mehr als 21 Jahren, die auf Lebenszeit nach Vorschlag des Governor Generals von der Krone ernannt wurden. Dazu eine legislative Assembly aus 84 Mitgliedern. Upper Canada mit

723 000 Bewohnern entsandte in sie ebenso viel wie Lower Canada mit 768 300 Seelen. Das Wahlrecht war auf dem Lande an ein jährliches Einkommen von 40 Schilling aus Besitz und von 5 Pfund Sterling in den Städten gebunden. Um Deputirter zu werden, mußte ein Grundstücksbesitz im Werthe von 500 Pfund Sterling nachgewiesen werden. Die vollziehende Gewalt lag in den Händen des aus den Inhabern der höchsten Aemter gebildeten Executive Council. Dieses sollte fortan der Volksvertretung verantwortlich sein, und es durften daher wie bei einem Ministerium nur Mitgliedern der Mehrheit der Assembly die betreffenden Aemter verliehen werden. Der Assembly war die Verfügung über alle Einnahmen zugestanden mit Ausnahme von jährlich 75 000 Pfund Sterling, welche zur Besoldung der Beamten und Richter dienten. — Im Ganzen genommen behielt die Krone trotz manchen wichtigen Zugeständnisses auch jetzt noch die Zügel der Regierung in der Kolonie in den Händen!

Drittes Kapitel.

Ausdehnung der britischen Kolonisation in Nordamerika.

Das neue canadische Parlament trat zum ersten Mal im Juni 1841 in der Stadt Kingston zusammen. Es gehörten ihm 24 Anhänger der Regierung, 20 Franzosen, 27 Reformer an. Die Mittheilung des Governors, daß Großbritannien der Kolonie eine Anleihe von 1½ Million Pfund Sterling für öffentliche Arbeiten gewähren und die Einwanderung von Arbeitskräften fördern werde, verhinderte nicht, daß ein Versuch gemacht wurde, die Unionsbill als ungerecht und den Rechten britischer Bürger nicht entsprechend zu verwerfen. Nach der Zurückweisung des Antrages gelang es aber, die Assembly zu gedeihlicher Arbeit zu bewegen. Die Selbständigkeit der Gemeinden wurde erhöht, eine gemeinsame Behörde für die öffentlichen Arbeiten der ganzen Kolonie geschaffen u. dergl. mehr. Infolge dessen traten die Gegensätze der verschiedenen Kolonistenklassen zurück, und das ganze Leben lenkte in ruhigere und gedeihlichere Bahnen ein. Diese Ruhe hielt auch während der nächsten Jahre, wo die Governor Generals mehrfach wechselten, im Wesentlichen vor. Man duldete

die Heimkehr der entflohenen Rädelsführer des 1837/38er Aufstandes! Es wurde zugelassen, daß Papineau und Mackenzie zu Mitgliedern der Assembly gewählt wurden. Die Regierung ging sogar soweit, 1847 einer Entschädigung zuzustimmen, welche die Assembly für die Verluste beschloß, die französische Kolonisten während des Aufstands erlitten hatten. Lord Russell und das britische Parlament billigten die Maßnahme, obwohl Gladstone sie scharf angriff! Ein noch größerer Triumph für die Kolonie war es, daß der Assembly um dieselbe Zeit auch die Kontrole über die Civilliste und die Post zugestanden und alle Aemter den Kolonisten geöffnet wurden.

Es war dies nicht zum Wenigsten das Verdienst des 1847 in Canada eingetroffenen Governor General Lord Elgin, der sich die Sporen als Kolonialbeamter in Jamaica verdient hatte. Ihm gelang es auch, Unruhen, welche aus Anlaß der Entschädigungsbill und des 1846 erfolgten Wegfalls der Zollbegünstigung canadischen Getreides in England zu Montreal, wo damals die Assembly tagte, ausgebrochen waren, und die sogar zu einer Adresse an die Vereinigten Staaten um Annexion Canadas führten, beizulegen. Unter dem Beifall des größten Theiles der Bevölkerung wurden Beamte, welche jene Adresse unterschrieben hatten, ihres Dienstes entlassen und der Sitz der Regierung aus Montreal verlegt. In der Folge tagte das Parlament abwechselnd in Toronto und Quebec. Eine weitere sehr wichtige Maßnahme Lord Elgins war die Beseitigung des aus französischer Zeit stammenden Lehensystems, welches den größten Theil der französischen Bauern in Lower Canada gegenüber den englischen, welche ihr Land als freies Eigenthum besaßen, in Nachtheil setzte. Die Regierung kaufte den Lehnsherren gegen eine Entschädigung ihre Rechte ab. Einen Theil zahlte die Kolonie, den andern der Bauer, welcher damit volles Eigenthum über seinen Besitz erhielt. Nicht weniger bedeutungsvoll waren die kräftige Förderung des Bahnbaus und Reform des Schulwesens. Von anderen Verdiensten, die sich Lord Elgin um Canada erworben hat, sei noch der folgenden gedacht. Er siedelte die besonders aus Irland infolge einer Hungersnoth seit Ende der 40er Jahre massenhaft zuströmenden Einwanderer in geschickter Weise an und wußte durchzusetzen, daß Großbritannien nicht allein erhebliche Summen dafür beisteuerte, sondern auch den Mißbräuchen der Auswanderungsunter=

nehmer und Rheder wirksam steuerte. Die Stärke der britischen Truppen in der Kolonie setzte er von 7000 allmählich auf 1800 herab und schuf an ihrer Stelle eine tüchtige Miliz. Das handelspolitische Verhältniß zu den Vereinigten Staaten regelte er durch einen Vertrag, der im Jahre 1854 zum Abschluß kam. Dieses Verhältniß war für Canada sehr unerquicklich geworden, seit es 1846, dem Beispiel des Mutterlandes folgend, alle Differenzialzölle aufgehoben und den Vereinigten Staaten freie Einfuhr zugestanden hatte, während diese ihre hohen Zölle in Kraft ließen. Dieser Zustand erregte große Erbitterung unter den Canadiern, da alle Vorstellungen in Washington umsonst blieben, bis Elgin hier Wandel zu schaffen verstand. Für Gewährung der freien Einfuhr von Naturerzeugnissen, der Oeffnung des St. Lawrence und seiner Kanäle und Zugeständniß der Küstenfischerei*) ließen sich die Vereinigten Staaten zur Gleichstellung der Canadier mit den eigenen Unterthanen herbei Der Handel Canadas mit der Union stieg dadurch in einem Jahr von 1 600 000 auf 4 400 000 Pfund Sterling.

Wie sehr sich unter der geschickten Leitung des vom Kolonialstaatssekretär Lord Grey mit Recht sehr geschätzten Lord Elgin die Verhältnisse in der Kolonie geändert haben, dafür zeugt schon allein der Umstand, daß er 1853 einer Erweiterung des Wahlrechts zustimmte und die Zahl der Mitglieder der Assembly von 84 auf 130 vermehren ließ. Dieser Governor General war, wie er einmal schrieb, durchaus davon durchdrungen, „daß es irrig sei, wie eine veraltete Partei anzunehmen, man könne Gebiete wie diese nach überlebten bureaukratischen Grundsätzen durch Reskripte von Downingstreet, im Gegensatz zur Volksvertretung und in dem Glauben regieren, daß eine lokale Partei alle Loyalität monopolisirte. Es sei nicht minder falsch, den Glauben der Radikalen zu theilen, daß Alles gethan sei, wenn man den Kolonisten einfach sage, sie möchten ihren eigenen Weg zum Teufel gehen.“ Obwohl er rechtlich immer nur der Vertreter der britischen Regierung in der Kolonie war, hat Lord Elgin durch sein Geschick und seinen Takt ebenso sehr die Interessen der Kolonie selbst über die Absichten des britischen Ministeriums hinaus wahrzunehmen verstanden. Die Folge war, daß Canada nach außen und innen erstarkte und bald keinen Anlaß hatte, seine Nachbarn zu beneiden.

*) Sie war 1818 den Canadiern vorbehalten worden.

Die Entwickelung der Kolonie hat fortan ununterbrochene Fortschritte gemacht. Die Einwanderung wuchs alljährlich. Mit der steigenden Bevölkerung im Lande und dem wachsenden Absatz nach den Vereinigten Staaten besserten sich die Aussichten der Kolonisten unausgesetzt. 1856 gab die Krone das Recht der Ernennung der Mitglieder des Legislative Council auf. In Zukunft sollten sie von den Kolonisten erwählt werden. Die schon ernannten behielten ihre Sitze für Lebenszeit, doch jedes zweite Jahr sollten fortan zwölf neue Mitglieder für acht Jahre gewählt werden. Zwei Jahre darauf rief das canadische Parlament die Entscheidung der Königin wegen der Wahl eines neuen geeigneten Platzes für die Regierung der Kolonie an. Fünf Städte erhoben Anspruch darauf, und es war keine Einigkeit im Lande zu erzielen. Die britische Regierung wählte Ottawa, einen kleinen aber central gelegenen Ort mit guten Wasser- und Bahnverbindungen, wobei sich Canada nach einigem Widerspruch in der Assembly beruhigte. Weniger geneigt, sich der Entscheidung des Mutterlandes zu beugen, zeigte sich die Kolonie in der Frage der Zölle. Als England auf Vorstellungen von Sheffielder Fabrikanten hin in die Gestaltung des canadischen Tarifs einzugreifen Miene machte, rief dies solche Erregung in Canada hervor, daß die Sache fallen gelassen wurde.

1858 wurde das erste Unterseekabel von Irland nach New Foundland gelegt und dadurch Britisch-Nordamerika mit dem Mutterlande eng verbunden. Auch die Einrichtung einer regelmäßigen Dampferlinie nach Liverpool diente diesem Zweck.

Der Ausbruch des Secessionskrieges in den Vereinigten Staaten 1861 übte auf Canadas Entwickelung nicht unbedeutenden Einfluß. Großbritannien erkannte durch eine Neutralitätserklärung nach Auffassung der Nordstaaten den aufständischen Süden mittelbar als kriegführende Macht an und gerieth mit den Ersteren wegen der Gefangennahme der Gesandten der Südstaaten auf dem englischen Postdampfer und wegen des in England ausgerüsteten Kaperschiffes „Alabama“ in Streit. Die Gefahr eines Angriffes der Vereinigten Staaten auf Canada wurde dadurch so wahrscheinlich, daß England in aller Eile seine Truppen in der Kolonie auf 17 000 verstärkte und das Milizwesen hier schleunigst reorganisirte. Angriffe südstaatlicher Parteigänger von Canada aus auf die Nordstaaten und Ueberfälle von hier aus nach Canada verschlimmerten die Lage noch

mehr, doch behielt es bei Notenwechseln und Drohungen sein Bewenden, und Canada hatte schließlich von dem Kriege großen Vortheil. Seine Ackerbau- und Viehzuchterzeugnisse fanden starke Nachfrage in der Union, und seine Fischer konnten frei von amerikanischem Mitbewerb erfolgreicher als je arbeiten. Dazu gab der Krieg einen entscheidenden Anstoß zur Entstehung der so folgenreichen Vereinigung aller britischen Kolonien in Nordamerika.

Neben den beiden Canadas zählten damals hierzu: Nova Scotia, New Brunswick, Prince Edward Island, das Gebiet der Hudsonsbay Company und New Foundland.

Als Nova Scotia 1762 den Franzosen entrissen wurde, gehörten die im Norden vorgelagerte Insel Cape Breton und das westlich anstoßende mit Nova Scotia durch eine Landzunge verbundene New Brunswick dazu. 1784 wurden beide Gebiete losgetrennt und selbstständig erklärt. Erst 1820 wurde Cape Breton wieder mit Nova Scotia vereinigt. Diese Kolonie hat im Ganzen, dank ihrer abgeschiedenen Lage, eine sehr ruhige Entwickelung gehabt. Die Streitigkeiten Canadas mit den Vereinigten Staaten haben sie wenig berührt. Schiffahrt, Fischerei und Handel machten hier stete Fortschritte. Die Bevölkerung stieg von 84 900 Köpfen im Jahre 1817 auf 123 800 im Jahre 1827 und 199 900 zehn Jahre später. 1850 wurde sie auf 300 000 veranschlagt. Die Einnahmen Nova Scotias beliefen sich 1847 auf 111 000 Pfund Sterling, die Ausgaben auf 184 600. Großbritannien steuerte damals für militärische Zwecke jährlich 77 500 Pfund Sterling bei.

New Brunswick besaß 1783 erst 11 400 Bewohner. Nach dem Friedensschluß Großbritanniens mit den Vereinigten Staaten wuchs die Bevölkerung durch Ansiedelung entlassener Soldaten und Einwanderung englisch gesinnter Amerikaner. 1824 zählte man bereits 74 100, 1834 : 119 400, 1840 : 156 100 Seelen. Die Einnahmen der Kolonie, welche 1789 nur 962 Pfund Sterling betrugen, beliefen sich 1847 auf 127 000 Pfund Sterling. Böses Blut gegen das Mutterland erregte hier 1842 die Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten über die Grenze zwischen Maine und der Kolonie. Es handelte sich dabei um den Besitz von etwa 12 000 Quadratmeilen. Bei den in London ohne Zuziehung der Kolonie von Lord Ashburnham geführten Verhandlungen überließ Großbritannien den Vereinigten Staaten 7000 Quadratmeilen. Die New Brunswicker behaupteten,

dadurch ihres besten Holzlandes beraubt worden zu sein. 1848 beschloß die Assembly in der Absicht, auf die Vereinigten Staaten einen Druck zu üben, einen neuen Zolltarif, der englischen Erzeugnissen Vorzugszölle vor denen aller anderen Länder einräumte. Es widersprach dies direkt einem Runderlaß Lord Derbys von 1843, welcher in Nordamerika und Westindien Einführung von Differenzialzöllen verbot, und ebenso den 1846 vom englischen Parlament gefaßten Beschlüssen über die zukünftige Handelspolitik. Die britische Regierung wies daher den Lieutenant Governor an, dem Tarif seine Zustimmung zu verweigern. Diese Anordnung erregte lauten Widerspruch im Parlamente der Kolonie, wurde aber von England aufrecht erhalten.

Prince Edward Island, ursprünglich St. Johns Island genannt, gehörte anfangs gleichfalls zu Nova Scotia. Doch wurde es schon 1770 davon getrennt und erhielt 1773 eine legislative Assembly, obwohl nur 150 Familien und 5 Landbesitzer auf der Insel wohnten. Da die kleine Bevölkerung die Kosten der Verwaltung nicht aufbrachte, verstand sich England 1776 zu einem regelmäßigen Zuschuß. 1803 wanderten 800 Hochländer auf der Insel ein, die dort gut vorwärts kamen. 1802 betrug die Bevölkerung 20 600 Seelen, 1850 gegen 55 000. Die Einnahmen, welche 1821 nur 2000 Pfund Sterling erreichten, stiegen 1846 auf 17 200. Der jährliche Zuschuß Englands betrug in der Zeit von 1836—1840 jährlich 3070 Pfund Sterling. Eine stete Beschwerde dieser Kolonie bildete der Wettbewerb der Vereinigten Staaten im Fischfang. Ein Vertrag von 1818 sicherte an einem Theil der Küste der britischen Kolonien in einer Zone von drei Meilen Breite britischen Fischern das ausschließliche Recht des Fangens. Die amerikanischen Fischer kehrten sich aber gewöhnlich nicht viel an den Vertrag und fischten überall. Nicht genug damit, zahlten die Amerikaner ihren Fischern eine Prämie und erhoben von Fischen, die durch Nichtamerikaner eingeführt wurden, Zölle. Der Vertrag von 1854 stellte die amerikanischen Fischer den britischen völlig gleich. Die Amerikaner ließen aber ihr Prämiensystem in Kraft und beachteten nach Ablauf des Handelsvertrages 1864 die Dreimeilenzone noch weniger als früher.

Fragen der Fischerei spielten auch die Hauptrolle in der Geschichte New Foundlands, der ältesten britischen Kolonie. Diese Insel, um deren Besitz so viele Kämpfe mit Frankreich stattgefunden haben, besaß 1763 nur 13 100 Bewohner und hatte fast ausschließlich Werth

als Stapelplatz der Fischereien in jenen Gewässern. Die Waarenversorgung der Fischer geschah fast allein von den New Englandkolonien aus. Während des Unabhängigkeitskrieges wurden diese Beziehungen vernichtet, und die Insel gerieth in große Noth. England mußte sich, um die dortige Fischerei vor dem Untergang zu schützen, zur Zahlung von Prämien entschließen. Der Krieg wurde Seitens der Engländer benutzt, um die Franzosen, welche in den Gewässern New Foundlands Fischereirechte durch einen Artikel des Utrechter Friedens von 1713 besaßen, von hier zu vertreiben und die ihnen 1763 überlassenen Inseln St. Pierre und Miquelon zu besetzen. Dieser Zustand konnte aber nicht dauernd aufrecht erhalten werden. Im Frieden von 1783 bekam Frankreich die genannten Inseln zurück und behielt das Recht der Fischerei an der Küste von Kap St. John an der Ostseite um die Nordspitze der Insel herum bis zum Kap Ray an der Westseite sowie im Golf von St. Lawrence. Die französischen Fischer waren nur verpflichtet, an der newfoundländischen Küste keine festen Gebäude zu errichten und sie stets nach Ablauf der Fischereisaison zu verlassen. Den Fischern der Vereinigten Staaten wurde in demselben Vertrage das Recht zugestanden, überall in den Gewässern der britisch-nordamerikanischen Kolonien dem Fang nachzugehen.

Der fremde Wettbewerb wurde in dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts in der New Foundland-Fischerei wenig fühlbar. Der Krieg hinderte die französischen Fischer, diese Gewässer aufzusuchen, und die der Vereinigten Staaten waren zu schwach, es mit den britischen aufzunehmen. Das Geschäft der letzteren blühte daher, und 1814 soll die Insel einen Export im Werthe von 2 800 000 Pfund Sterling gehabt haben. Zum großen Leidwesen der Kolonisten gestand aber die britische Regierung den Franzosen 1814 dieselben Rechte zu, wie sie sie im Vertrage von 1783 ausbedungen hatten, und erneuerte 1818 die den Vereinigten Staaten 1783 zugestandenen Rechte *für alle Zeiten*. Die Nachgiebigkeit Englands erregte in der Kolonie um so größere Unzufriedenheit, als wiederholt verheerende Brände damals und später die Hauptstadt St. Johns heimsuchten und große Noth verursachten. Mit Frankreich entstand über die Auslegung der Verträge noch wiederholt Streit. 1857 gestand Großbritannien nach langen seit den vierziger Jahren schwebenden Verhandlungen den Franzosen ein *ausschließliches* Fischereirecht an der

New Foundland-Küste von Kap St. John im Osten bis Kap Norman an der Westseite und einzelnen anderen Punkten der letzteren sowie das Recht zum Fang von Köderfischen an der Südküste zu. Als dies in der Kolonie, welche 1855 Responsible Government erhalten hatte, bekannt wurde, erregte die Nachricht solche Aufregung und fand so entschiedenen Widerspruch im Parlamente und bei den Behörden der Insel, daß Großbritannien den Vertrag fallen ließ.

Die Bevölkerung New Foundlands belief sich 1850 auf etwa 100 000 Köpfe. Die Einnahmen erreichten 1829 eine Höhe von 15 970, 1836 von 35 220, 1847 von 69 000 Pfund Sterling. Diese Summen deckten nicht die Kosten der Civilverwaltung. Die militärischen Ausgaben, welche England aus eigener Tasche bestritt, beliefen sich jährlich auf etwa 27 400 Pfund Sterling.

Den nördlichsten und westlichen Theil der britischen Besitzungen in Nordamerika bildete das Gebiet der Hudsonsbay Company. Diese Gesellschaft hatte trotz der Verluste, die ihr ein Ueberfall der Franzosen unter La Perouse 1782 verursachte, ihre Geschäfte stets erfolgreich fortgesetzt, bis ihr gegen Ende des Jahrhunderts eine Konkurrenz in der 1784 in Montreal gebildeten North West Company erstand. Nach langem Streit, welcher zu blutigen Kämpfen Anlaß gab, vereinigten sich die beiden Unternehmungen 1821. Sie erhielten von der Regierung für 21 Jahre das Monopol des Handels in den nur von wilden Indianerstämmen bewohnten weiten Gebieten des nördlichsten Amerika, welche nicht sowieso unter die Charter der Hudsonscompany von 1670 fielen. Die Geltung der Letzteren wurde vom Parlament wiederholt anerkannt. Das Handelsmonopol wurde 1838 auf 21 Jahre verlängert. Die Regierung behielt sich nur das Recht zur Anlage von Kolonien in dem fraglichen Gebiete vor. Auf Grund desselben verlieh sie der Company 1849 das Verfügungsrecht über Vancouver Island für 10 Jahre mit dem Vorbehalt, daß dort binnen 5 Jahren eine europäische Kolonie angelegt sein müsse. Die Company zählte damals 239 Theilhaber mit einem Kapital von 400 000 Pfund Sterling. Sie besaß 136 Niederlassungen und beschäftigte 1400 Beamte, 1 Dampfer und 5 Segelschiffe.

Die Gesellschaft, welche ursprünglich nur an den Ufern der Hudsonsbay thätig war, hatte im Laufe des Jahrhunderts ihre Wirksamkeit über das ganze im Westen Upper Canadas gelegene Gebiet ausgedehnt und sogar am Oregon (Columbiaflusse) südlich

vom 49. Grad eine Ansiedelung gegründet. Es entstanden darüber Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten*), welche 1846 zum Abschluß eines Vertrages führten, wonach der 49. Breitengrad von den Rocky Mountains bis zum stillen Ozean als Grenze festgesetzt wurde, der Company aber ihre südlich gelegenen Niederlassungen verblieben.

Den Ausgangspunkt der Kolonisation des nordwestlichen Amerika hat ein Unternehmen gebildet, das der Earl of Selkirk nach Beendigung der Napoleonischen Kriege ins Werk gesetzt hatte. Der Earl, welcher Chairman der Hudsonsbay Company war, hatte 116 000 Quadratmeilen am Red River, einem von Süden in den Winnipegsee mündenden Flusse erworben und entschloß sich, dort den in Noth befindlichen schottischen Hochländern eine neue Heimath zu gründen. Die ersten Ansiedler wurden 1811 nach Fort York an der Hudsonsbay geschafft und gingen von dort zu Lande im Thale des Nelson River nach dem Red River. Sie hatten dabei so große Schwierigkeiten nicht allein vom Klima und dem unwirthlichen Land, sondern auch von Seiten der North West Company zu bestehen, daß die Meisten den Muth verloren. Doch das persönliche Erscheinen Lord Selkirks mit neuen Kolonisten im Jahre 1816 belebte ihren Unternehmungsgeist wieder, und die Ansiedelung blühte rasch auf. Der Boden erwies sich sehr fruchtbar, Viehzucht gedieh, und so wuchs die Bevölkerung 1843 auf 5100, 1850 auf 8000 Personen. Aus der Ansiedelung am Red River entwickelte sich allmählich die Provinz Manitoba.

Der Erfolg dieses Unternehmens, das die Company 1855 von Lord Selkirks Erben kaufte, veranlaßte die Hudsonsbay Company der Erforschung der ungeheuren, dünn bevölkerten Strecken des nordwestlichen Amerika größere Aufmerksamkeit zu widmen. Kapitän John Franklin, Richardson, Parry, Rae und Andere durchreisten unter vielen Fährlichkeiten das Gebiet, welches in 4 Provinzen und 33 Distrikte getheilt und allmählich mit Ketten befestigter Stationen durchzogen wurde. 1849 begann die Besiedelung des weiten Gebietes auch von Westen aus. Von Vancouver Island aus wurde das Land zwischen dem Meer und den Rocky Mountains kolonisirt, das 1856

*) Die Vereinigten Staaten betrachteten das ganze westliche Nordamerika, südlich vom 54. Grad, der 1814 mit Rußland als Grenze seiner Besitzungen vereinbart war, als Eigenthum.

den Namen British Columbia erhielt und infolge von Goldentdeckungen einen raschen Aufschwung nahm.

Ihren Hauptnutzen zog die Company übrigens auch mit fortschreitender Besiedelung des weiten Gebietes, etwa 4 Millionen Quadratmeilen, aus dem Handel mit Fellen und Pelzen. Bis 1870 wurde der Werth ihrer jährlichen Ausfuhr auf 20—30 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

Viertes Kapitel.

Die Entstehung der Dominion of Canada.

Das eigentliche Canada besaß gegenüber den von ihm unabhängigen Kolonien zu Anfang der 60er Jahre räumlich nur eine geringe Bedeutung. Lower Canada umfaßte 209200, Upper Canada 258600 Quadratmeilen. Aber Ersteres war 1841 von 691000, 1851 von 890000, 1861 von 1111000; Upper Canada 1841 von 465000, 1851 von 952000, 1861 schon von 1396000 Menschen bewohnt. Die Einnahmen beider Provinzen beliefen sich

1846	auf	512900	Pfund	Sterling
1848	„	379600	„	„
1850	„	704200	„	„
1851	„	824100	„	„
1860	„	1888900	„	„
1865	„	2442000	„	„

Die Ausgaben stellten sich

1860	auf	2988500	Pfund	Sterling.
1865	„	2685400	„	„

Die öffentliche Schuld betrug: 12864400 Pfund Sterling.

Der Handel der beiden Canadas hatte folgenden Umfang:

	Einfuhr	Ausfuhr		
1846	2510800	—	Pfund	Sterling.
1848	3191300	2521500	„	„
1850	4245500	2990400	„	„
1851	5358600	3241100	„	„
1860	7078300	7116100	„	„

Lord Durham hatte bereits 1839 erkannt, daß auf die Dauer die Aufrechterhaltung getrennter Verwaltung der verschiedenen britischen Besitzungen in Nordamerika ihrem wie des Mutterlandes Interesse widerspreche. In allen Fragen des Handels, Verkehrs, der Zölle und Steuern machte sich der Mangel einer einheitlichen Leitung schon damals fühlbar. Er hatte ihre Vereinigung befürwortet, da hierdurch ein einiges mächtiges Volk entstehen würde, das unter dem Schutze Großbritanniens ein Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der Vereinigten Staaten bilden und besser als einzelne Kolonien für die gemeinsamen Interessen sorgen könne. Außerdem betonte er die Bedeutung einer Vereinigung für die Lösung der Rassenfrage. Die Zahl der französischen Canadier mußte ja gegenüber der vorwiegend angelsächsischen Bevölkerung der verschiedenen Kolonien stark an Gewicht verlieren. — Die britische Regierung hatte indessen dem Plan damals keine besondere Vorliebe entgegengebracht. Ihr schien die Gefahr einer übermäßigen Steigerung des Selbstbewußtseins der vereinigten Kolonie und des Erwachens von Abfallgelüsten zu groß. In den nordamerikanischen Kolonien herrschte trotz aller Nachtheile der bestehenden Trennung auch keine besondere Stimmung für eine Vereinigung, da die politischen Stimmführer nicht gern ihren Einfluß opfern wollten. Ein Verein, der 1849 die Angelegenheit in die Hand nahm und in Toronto auf einer Versammlung erörterte, fand nur geringen Anklang. Doch der Gedanke schlief nicht ein. 1854 erörterte die Assembly von Nova Scotia die Frage. Hier, wo man sich bei jedem Streit mit den Vereinigten Staaten besonders bedroht fand, wurde ein Zusammenschluß der verschiedenen Kolonien dringend befürwortet. 1857 wandten sich die Vertreter Nova Scotias mit ihrem Wunsche an den Staatssekretär der Kolonien Mr. Labouchere (später Lord Taunton). In England wollte man aber eine Einmischung in diese Angelegenheit vermeiden und ließ den Dingen ihren eigenen Lauf. Der Erfolg hat diese Politik gekrönt. Der Wunsch nach einer Umgestaltung der Verfassung in dem Sinne, daß die Zahl der Abgeordneten jeder Provinz entsprechend der Bevölkerungsziffer geregelt würde, weckte zu Ende der 50er Jahre auch in Canada Interesse für eine Union, und die während des Secessionskrieges von den Vereinigten Staaten drohende Gefahr beeinflußte die Gemüther in New Brunswick und Prince Edward Island. Die beiden letzteren

Kolonien beriethen die Angelegenheit im September 1864 auf einer Konferenz zu Charlottetown. Hier fanden sich nachträglich auch Vertreter Canadas ein, und die Grundzüge einer Verschmelzung der verschiedenen Kolonien wurden besprochen. Mitte Oktober 1864 fand eine neue Konferenz, welche außer von den genannten Provinzen auch von New Foundland beschickt wurde, zu Quebec statt. Es wurde ein vollständiger Unionsplan entworfen, welcher in Canada mit lauter Freude begrüßt wurde. Das canadische Parlament genehmigte ihn im März 1865 mit großer Mehrheit und erbat seine Bestätigung in London. Im letzten Augenblicke wurden indessen die Uferkolonien wieder bedenklich. In New Brunswick fielen bei den Assemblywahlen alle in Quebec gewesenen Abgeordneten durch; in Nova Scotia erklärte man sich gegen eine Union ohne besondere Begünstigung bei Vertheilung der Einnahmen; in Prince Edwards Island und New Foundland wollte man die Selbständigkeit nicht aufgeben. Schon schien der Plan dem Scheitern nahe, da gewannen nach Auflösung der Assembly bei den Neuwahlen die Anhänger der Union die Oberhand. Ihr Sieg wirkte günstig auf die öffentliche Meinung in den Nachbarkolonien, und im Dezember 1866 reisten Delegirte Canadas, New Brunswicks und Nova Scotias nach London, um dort die Vereinigung unter Mitwirkung der britischen Regierung zu Stande zu bringen. Zwar fehlte es nicht an widerstrebenden Elementen. Aus Canada reisten verschiedene Männer, die sich „the People's Delegates“ nannten, nach England, um gegen die Union zu wirken. Doch die Stimmung dafür hatte in den Kolonien wie im Mutterlande schon zu festen Fuß gefaßt. Der Vereinigungsplan wurde vom britischen Parlament im März 1867 genehmigt, und vom 1. Juli des Jahres ab bildeten Canada, New Brunswick und Nova Scotia die „Dominion of Canada“. Den anderen Kolonien in Nordamerika war der Beitritt offen gelassen.

Die „British North America Act von 1867“ theilt die Dominion in vier Provinzen: Ontario (Upper Canada), Quebec (Lower Canada), Nova Scotia, New Brunswick. An ihre Spitze trat als Vertreter der Königin der Governor General mit 10000 Pfund Sterling Gehalt. Er ernennt die Lieutenant Governors der Provinzen, die Richter, genehmigt die Beschlüsse des Parlaments, übt das Begnadigungsrecht und besitzt den Oberbefehl über alle Streitkräfte. Dem Governor-General zur Seite steht das „the Queens

Privy Council for Canada“ genannte aus der parlamentarischen Mehrheit genommene Ministerium. Das Parlament setzt sich aus Senat und Unterhaus zusammen. Ersterer hat 72—78 (jetzt 81) lebenslängliche Mitglieder, die von der Krone aus Leuten mit wenigstens 800 Pfund Sterling Eigenthum ernannt werden. Das Unterhaus zählt 181 (jetzt 213) Abgeordnete. Um wählbar zu sein, muß der Kandidat mindestens Besitz im Werthe von 500 Pfund Sterling nachweisen. Das Wahlrecht ist an den Besitz von mindestens 30 Pfund Sterling Eigenthum geknüpft. Auch Indianer außer in gewissen Provinzen besitzen Wahlrecht. — Neben dem Parlamente der Dominion behielt jede Provinz eine eigene Assembly und außer Ontario auch ein Legislative Council. Es wurde ihnen aber die Verfügung nur über die Summen gelassen, welche die Regierung der Dominion ihnen jährlich gemäß der Höhe ihrer Bevölkerung überweist. — Alle Zolltarife und Accisen blieben zunächst in Kraft. Doch wurde den Erzeugnissen jeder Provinz freier Eingang in die anderen gewährt und festgesetzt, daß eine Waare, die in einer Provinz Zoll gezahlt hat, in der andern frei ist.

Alle Angelegenheiten allgemeinerer Natur, wie Handel, Schiffahrt, Finanzwesen, Indianerfrage, Strafrecht wurden durch die Unionsakte dem canadischen Parlamente überwiesen. Im November 1867 trat dieses zum ersten Male in Ottawa zusammen.

Eine der ersten Wirkungen der Vereinigung war die Beseitigung der Hudsonsbay Company. Die Monopole der Gesellschaft über das ungeheuere Gebiet von Upper Canada bis zu den Rocky Mountains und dem Eismeer hatten sich mit der Zeit immer störender fühlbar gemacht. Die Company unterhielt, abgesehen von der Kolonie am Red River nur vereinzelte kleine Posten in ihrem Gebiet. Von geregelter Verwaltung war keine Rede. Eine solche wurde aber von den Leuten, welche aus Canada in das weite von der Company stets geflissentlich als öde und unbewohnbar geschilderte Land vordrangen und sich niederließen, gefordert, und sie war auch erforderlich, um einer Ueberfluthung des Gebietes durch Bürger der Vereinigten Staaten, die infolge von Goldfunden begann, wirksam zu begegnen. Von diesem Gesichtspunkte aus war die Angelegenheit schon 1849 im britischen Parlament zur Sprache gebracht worden. Die Company, welche sehr einflußreiche Theilhaber besaß, hatte sich aber einfach auf ihr Privileg berufen und Auskünfte über ihre Thätigkeit abgelehnt.

Die Sache war nicht weiter verfolgt worden, bis 1857 Canada formell Anspruch auf große bisher von der Company als Besitz betrachtete Gebiete erhob. Die Kronanwälte sprachen sich dahin aus, daß das Privileg der Gesellschaft zwar nicht gut bestritten, ihr aber kein Monopol in Bezug auf Verwaltung oder Handel zugestanden werden könne. Es wurde daraufhin ein Parlamentsausschuß mit der Frage betraut, und Vertreter der Company vernommen. Doch auch jetzt war ihr Einfluß siegreich. Einer ihrer Direktoren Edward Ellice saß in dem Ausschusse. Die von ihr gestellten Sachverständigen schilderten Natur und Aussichten des Gebiets in düsteren Farben. Das Klima sei durchaus ungünstig, die Niederlassung am Red River ein vollständiger Fehlschlag! Es fiel nicht auf, daß die Angaben des langjährigen Beamten der Company Simpson in vollem Widerspruch mit den günstigen Schilderungen standen, die er in einem Buche entworfen hat. Ein Antrag Gladstones, der Company alle zur Besiedelung geeigneten Gebiete zu entziehen, wurde abgelehnt. Der Bericht des Ausschusses fiel farblos aus und empfahl Vertagung einer Entscheidung. — Trotz all ihren Einflusses konnte die Company nicht hindern, daß die Frage in Canada brennend blieb und klar sehende Staatssekretäre eine Beschränkung der Rechte der Gesellschaft ins Auge faßten. Lord Taunton wollte z. B. schon 1857 das Red River-Gebiet und Vancouver Island der Company entziehen, Lord Lytton und der Duke of Newcastle hegten ähnliche Pläne. Dieser Umstand mag wohl nicht ohne Einfluß darauf gewesen sein, daß Ellice und seine Kollegen 1863 die Rechte der Company an andere Unternehmer verkauften, an deren Spitze Sir Edmund Head stand. Head schlug der britischen Regierung eine Theilung des Gebietes der Company zwischen ihr und der Krone vor und bot Erbauung einer Telegraphenlinie nach British Columbia, wofür die Krone der Gesellschaft ein Drittel ihrer zukünftigen Einnahmen aus Edelmetallen zahlen und das für militärische Zwecke nöthige Land abkaufen sollte. Der Duke of Newcastle bot seinerseits Namens der Regierung Uebernahme des ganzen Gebietes durch den Staat gegen Zahlung von 1 Schilling für jeden binnen 50 Jahren verkauften Acre Landes sowie ein Viertel der Einnahme aus Edelmetallen während derselben Zeit. Die ganze Summe sollte 250 000 Pfund Sterling nicht übersteigen. Für Erbauung des Telegraphen wollte er der Company Land an der Linie überlassen.

Die Verhandlungen kamen zu einem vorläufigen Abschluß auf der Grundlage, daß die Zahlungen an die Company die Höhe von 1000000 Pfund Sterling haben sollten. Doch in diesem Augenblick stürzte Newcastle, und sein Nachfolger fand die geforderte Summe zu hoch. — Die canadische Regierung, welche 1864 einen Minister nach London entsandt hatte, verlangte wieder einfache Aufhebung der Privilegien der Company. Im folgenden Jahre erklärte sie sich, als sie die Aussichtslosigkeit ihres Wunsches erkannte, ihrerseits zu Verhandlungen mit der Company bereit, falls das Mutterland ihr bei Aufbringung der Entschädigung behülflich sei. Zu einer Entscheidung kam es aber nicht. Inzwischen wurden die Shareholders der Gesellschaft ungeduldig. Sie verlangten Fallenlassen aller kostspieligen Besiedelungspläne und zeigten sich 1866 geneigt, ihr Gebiet an eine anglo-amerikanische Kapitalistengruppe zu verkaufen! Die britische Regierung verlangte Vertagung der Angelegenheit bis nach Erledigung der canadischen Unionsfrage. Als die Dominion of Canada begründet war, stellte diese den Antrag auf Einverleibung des Gebietes der Hudsonsbay-Company.

Die britische Regierung leitete nunmehr neue Verhandlungen mit der Gesellschaft, an deren Spitze nach einander Lord Kimberley und Sir Stafford Northcote traten, auf der von Newcastle seiner Zeit gebotenen Grundlage ein. Die Dominion war dabei durch zwei Delegirte vertreten. Bei der Macht der Company und der Geschicklichkeit ihrer Leiter war es nicht leicht, zum Abschluß zu kommen. Erst 1869 ließ die Gesellschaft sich herbei, ihr Gebiet für 300000 Pfund Sterling abzutreten. Sie behielt das Land um ihre Niederlassungen in einer Ausdehnung von 50000 Acres sowie ein Zwanzigstel alles im fruchtbarsten Theile des Gebietes vermessenen Bodens.*) — Der am dichtesten besiedelte Theil des Companygebietes, die Red River-Ansiedelung, welche etwa 12000 Bewohner zählte, wurde 1870 als Provinz Manitoba vollberechtigter Theil der Dominion. Die Einigung erfolgte, nachdem eine von einem französischen Halbblut Louis Riel geführte Erhebung der um ihre Landbesitztitel besorgten Ansiedler mit Gewalt von Colonel Wolseley niedergeworfen war.

1871 traten auch British Columbia und Vancouver Island der

*) Die Company besteht als Handelsgesellschaft fort und zieht jetzt großen Gewinn aus Landverkauf.

Dominion als Provinzen bei. Die beiden Kolonien hatten sich rasch entwickelt. Beide kamen durch Goldentdeckungen auf dem Festlande zu Ende der 40er Jahre so schnell in die Höhe, daß die Regierung 1851 Aufhebung des Handelsmonopols der Hudsonsbay-Company und Uebernahme der Verwaltung beschloß. Vancouver Island erhielt ein Legislative Council und eine gewählte Assembly, British Columbia 1858 ein Legislative Council. Auf ihren Wunsch wurden beide Kolonien 1866 vereinigt, und die britische Regierung widmete ihnen viele Aufmerksamkeit. Es hatten nämlich verschiedene Spekulanten aus den Vereinigten Staaten ihre Blicke auf diese für Goldbergbau, Handel und Fischerei gleich wichtigen Gegenden geworfen und besonders in Vancouver Island eine dem Anschluß an die Vereinigten Staaten geneigte Stimmung erzeugt. Um dem zu begegnen, förderte Großbritannien die engere Verbindung dieser abgelegenen Besitzungen mit Canada und Europa. Es wurde zunächst eine Telegraphenlinie bis zum Ufer des Stillen Ozeans erbaut, die Schiffsverbindung gefördert und nach Herstellung der Dominion of Canada die Einverleibung British Columbias betrieben. Um den Widerstand, den der Gedanke hier zunächst fand, zu besiegen, entschloß sich Großbritannien, für Erbauung einer Bahn von Canada nach Columbien erhebliche Opfer zu bringen. Es verpflichtete sich, eine Anleihe von 3600000 Pfund Sterling zu garantiren. Der Bau der Bahn sollte 1873 begonnen und binnen 10 Jahren vollendet werden. Infolge der zu überwindenden großen Schwierigkeiten hat der Bau etwas längere Zeit in Anspruch genommen. Sie ist aber 1886 in Betrieb gesetzt worden. Die canadische Regierung hat zu dem Bau 5000000 Pfund Sterling beigetragen, der Gesellschaft 25 Millionen Acres Landes überlassen und ihr für das Gebiet zwischen ihrer Bahn und den Vereinigten Staaten auf 20 Jahre das Monopol ertheilt.

1873 ist das Gebiet der Dominion of Canada um Prince Edward Island vergrößert worden. 1876 wurden auch die North West Territories zur Provinz erhoben, und 1880 wurde die Herrschaft der Dominion über das ganze britische Nordamerika mit Ausnahme von New Foundland (42000 Quadratmeilen groß), ausgedehnt, d. h. auf ein Gebiet von 3315600 Quadratmeilen mit etwa 5 Millionen Einwohnern.

Fünftes Kapitel.

Britisch-Nordamerika in der Gegenwart.

Die Entwickelung des vereinigten britischen Nordamerika ist eine sehr befriedigende und ruhige gewesen. 1871 gelang es, mit den Vereinigten Staaten zu einem Ausgleich über verschiedene Streitfragen zu gelangen. Es wurde damals die Grenzlinie zwischen dem Rußland durch die Vereinigten Staaten 1867 abgekauften Alaska und der Dominion festgesetzt, der Streit um den Besitz der kleinen Insel San Juan im Süden von Vancouver Island, die bei der früheren Grenzbestimmung übersehen worden war, dem Schiedsgericht des deutschen Kaisers*) unterbreitet und die Fischereiangelegenheit erledigt. Fische und Fischöl sollten mit Ausnahme von British Columbia von einem Staat frei in den anderen gelassen werden. Jeder Unterthan des einen Staatswesens durfte in den Küstengewässern des anderen fischen. Die Amerikaner erhielten ferner Gleichstellung mit den Briten in der Benutzung der canadischen Kanäle, wogegen sie Canada den San Clairkanal und den Michigansee öffneten. Da Canadas Fischereien weit werthvoller als die der Union waren, wurde ihm gleichzeitig eine Geldentschädigung zugesprochen, deren Höhe eine besondere Kommission 1878 auf eine Million Pfund Sterling festsetzte. Seine Ansprüche auf Entschädigung für die Verwüstungen, welche der Kolonie durch irische Einfälle aus den Vereinigten Staaten bei Schluß des Secessionskrieges erwachsen waren, ließ Canada bei der ablehnenden Haltung der Union auf Wunsch des Mutterlandes fallen und begnügte sich damit, daß Letzteres ihm eine Anleihe von 700 000 Pfund Sterling garantirte.

Mit großer Energie wurde der Ausbau der Verkehrswege betrieben. 1876 wurde die Eisenbahn zwischen Halifax und Quebec eröffnet und die Leistungsfähigkeit der wichtigeren Kanäle gesteigert. 1878 übernahm der Schwiegersohn der Königin als Nachfolger Lord Dufferins das Amt des Governor General der Dominion. Er förderte besonders den Bau der großen Canada-Pacificbahn, die im Juni 1886 eröffnet wurde. Der 1883 das Government General übernehmende Earl of Lansdowne hatte 1885 eine Erhebung der mischblütigen Farmer in einzelnen Gebieten der Nordwestterritorien,

*) Die Insel wurde den Vereinigten Staaten zugesprochen.

welche sich bei der Landvermessung benachtheiligt glaubten, zu bekämpfen. Er traf seine Maßnahmen rasch und geschickt. Der Führer der Aufrührer, derselbe Louis Riel, der seiner Zeit am Red River die Hauptrolle gespielt hatte, wurde bald gefangen und gehenkt.

Ernster waren die Schwierigkeiten, die sich nach Ablauf des Fischereivertrages Mitte der 80er Jahre wieder mit den Vereinigten Staaten ergaben. Beiderseits wurden Fischerfahrzeuge beschlagnahmt, und es entstand bedenkliche Aufregung, bis sich die Regierungen zur Niedersetzung einer Kommission und neuen Verhandlungen entschlossen. Der Anfang 1888 zu Stande gebrachte Vertrag fand nicht die Genehmigung des Senats der Vereinigten Staaten. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Union sich bereit erklärte, ihren Fischerfahrzeugen in canadischen Gewässern gewisse Abgaben auferlegen zu lassen. Eine volle Lösung der Frage ist so wenig, wie die der Seehundsjagd im Behringsmeer, erreicht worden. Die Vereinigten Staaten machen dort die seiner Zeit von Rußland erhobenen Ansprüche geltend und wollen dieses ganze Meer als ein Mare clausum behandeln. Sie haben Jahre lang die englischen Fischerei- und Robbenfang-Fahrzeuge beschlagnahmt und sich nach langem Streit erst zu einem Schiedsgericht bequemt, das 1893 in Paris zusammentrat. Die Union wurde dabei zu einer ansehnlichen Entschädigung an englische Interessenten verurtheilt. Den Streitigkeiten ist aber noch jetzt kein Ende gemacht.

Nach Eröffnung der Canada-Pacificbahn bekam die Dominion eine neue Bedeutung für Großbritannien als schnellster und sicherster Weg von England nach Ostasien. Schon 1887 wurde die englische Post auf diesem Wege zu befördern begonnen und seit 1890 rasche Dampfer zwischen Vancouver, Japan und Hongkong eingerichtet sind, gewinnt dieser Weg immer höhere Bedeutung. — Das Jahr 1893 sah in den Mauern Ottawas die erste Konferenz von Vertretern der wichtigsten britischen Kolonien zur Berathung ihrer Handels- und Verkehrsinteressen. Wenn diese Zusammenkunft auch bisher ohne praktische Folgen geblieben ist, war sie doch von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit als Ausdruck der in Canada auf handelspolitischem Gebiete zur Geltung gelangten Bestrebungen. Seit Mitte der 70er Jahre, wo eine in den Vereinigten Staaten ausgebrochene Handelskrise Canada stark in Mitleidenschaft zog, die Schutzzölle der Union die canadische Industrie schwer drückten und

die Einnahmen weit hinter den Ausgaben zurückblieben, regte sich in der Dominion immer lauter der Wunsch nach Erhöhung des Zolltarifs. Die Vertreter dieser Richtung, an deren Spitze Sir John Macdonald stand, erhielten 1878 die Oberhand in der Volksvertretung und schritten sogleich zu einer Erhöhung der Zölle von durchschnittlich 17½ pCt. auf 30 und mehr Prozent des Werthes. In dem neuen Tarif war England im Gegensatz zu anderen Ländern Zollfreiheit für Salzeinfuhr sowie eine ansehnliche Begünstigung bei der Werthberechnung anderer Waaren zugebilligt, und es war bestimmt, daß den Vereinigten Staaten jeder Zeit ohne Weiteres Zollfreiheit für Erzeugnisse der Landwirthschaft und des Bergbaues bewilligt werden könne, falls diese Gegenseitigkeit übten! Diese Zollpolitik wurde während der nächsten Jahre immer weiter ausgebaut, hatte aber keineswegs den Erfolg, die Zufuhr aus den Vereinigten Staaten zu Gunsten der eigenen Produktion zu vermindern und die Amerikaner ihrerseits nachgiebiger zu machen. Sie verwickelte Canada nur in einen erbitterten Zollkrieg mit New Foundland und erregte lebhafte Klagen bei den Fabrikanten Großbritanniens. Statt ihre Zölle herabzusetzen, schritten die Vereinigten Staaten 1890 zu der Einführung des hohen Mac Kinley Tarifs! Diese Maßnahme bedrohte Canadas Interessen derartig, daß eine Menge Stimmen laut wurden, die Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages auf der Grundlage beiderseitiger Zollfreiheit d. h. ein Zollbündniß mit der Union verlangten! Da eine solche Vereinigung die Benachtheiligung Großbritanniens gegenüber den Vereinigten Staaten und somit einen vollständigen Bruch mit aller bisher üblichen Kolonialpolitik bedeutet hätte, setzten Macdonald und seine Anhänger allen Einfluß gegen derartige Pläne in Thätigkeit und errangen 1891 bei Neuwahlen den Sieg. Die Vertragsverhandlungen mit Amerika wurden vertagt! Zur Belohnung erwartete die zum Mutterlande haltende Bevölkerung handelspolitische Vortheile von Großbritannien und den anderen Kolonien.

Solche Maßregeln waren für England damals unmöglich, da es in den Verträgen von 1862 und 1865 Belgien und dem Zollverein ausdrücklich Meistbegünstigung in seinem ganzen Herrschaftsbereich zugestanden und auf alle anderen Staaten ausgedehnt hatte. Die canadischen Schutzzöllner begannen nun, das Mutterland um Kündigung dieser Verträge und Errichtung eines Zollvereins mit

allen Kolonien zu bestürmen, um den Erzeugnissen der Letzteren den britischen Markt zu sichern. Die Bewegung blieb trotz aller Anstrengungen zunächst ohne Erfolg. Die Wünsche und Ansichten der Interessenten gingen im Mutterlande, wie in den Kolonien, das bewies die Konferenz zu Ottawa, zu weit auseinander. Doch in Canada ist unter dem Eindruck der immer verschärften Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten der Gedanke immer lebendig geblieben! Das canadische Parlament hat 1897 kurzer Hand Großbritannien noch weitere Zollvortheile (25 pCt. des Zolls) zugewandt und es veranlaßt, seine Handelsverträge mit Belgien und Deutschland zu kündigen! Das Ergebniß der Maßregel Canadas entspricht freilich bisher nicht ganz den von ihren Vätern gehegten Erwartungen. Die Vereinigten Staaten haben nämlich sofort Gleichstellung im Zoll mit Großbritannien verlangt und im Falle der Ablehnung ihrer Forderung mit Kampfzöllen gedroht. Um einen Ausgleich hierin wie in der Fischerei- und Robbenfrage zu erzielen, ist im Herbst 1898 eine Konferenz von Vertretern der Dominion und der Vereinigten Staaten zusammengetreten. Von einem Ergebniß der seit Monaten schwebenden Verhandlungen verlautet jedoch noch nichts. Weder über die Zollfrage noch über die Grenzen Alaskas sowie über die Regelung der nordatlantischen Fischerei besteht bisher Aussicht auf Verständigung.

Von großer Bedeutung für die Entwickelung Canadas dürften die Goldentdeckungen an seiner Nordwestgrenze im Yukongebiete werden, da sie sich als sehr reich erwiesen haben und zur raschen Besiedelung dieser unwirthlichen Gegenden führten. Die ersten Goldlager sind 1887 am Yukon entdeckt und vom canadischen Landesgeologen Dr. Dawson beschrieben worden. Das goldführende Gebiet ist so groß wie Frankreich!

In der Entwickelung New Foundlands und des damit verbundenen Labrador, das zum Anschluß an die Dominion nicht zu bewegen gewesen ist, spielt noch immer die Frage der Fischerei die erste Stelle. Die Kolonie fühlt sich durch die Theilnahme der Nordamerikaner und Franzosen an dem Fischfang in ihren Gewässern schwer benachtheiligt und behauptet, daß die kleinen französischen Inseln Saint Pierre und Miquelon durch Schmuggel ihren Einnahmen argen Abbruch thäten. Mit den Vereinigten Staaten kam es 1888 zu einem Ausgleich und vorläufigen modus vivendi. Zur großen Entrüstung New Foundlands

genehmigte aber schließlich der amerikanische Senat das Abkommen nicht, und die Kolonie schloß mit Genehmigung des Mutterlandes 1891 in Washington einen neuen Vertrag. Diese Vereinbarung fand Canada seinen Interessen zuwiderlaufend, da dadurch die Vereinigten Staaten einen Grund weniger zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Dominion gehabt hätten. Auf Canadas Vorstellungen hin verweigerte daher Großbritannien dem Vertrage seine Zustimmung. Der Schritt erregte solchen Zorn in New Foundland, daß die Kolonie den Canadiern den Ankauf von Ködern und Fischen in ihrem Bereich verbot und damit den Anstoß zu einem erbitterten Zollkrieg gab.

Mit Frankreich dauert der Streit um die Fischereirechte seit den 50er Jahren fort. Trotz wiederholter Verhandlungen war nie ein befriedigendes Abkommen zu erreichen. Die Franzosen legten den Vertrag von 1783 so aus, als ob er ihnen das Monopol des Fischfanges unter Ausschluß selbst der Newfoundländer in den betreffenden Küstengewässern gäbe, verweigerten Zulassung eines englischen Konsuls in Saint Pierre, trieben umfangreichen Schmuggel und maßten sich auch das Monopol des Hummerfanges an, obwohl die Verträge nur von Fischen sprechen. Um sie gefügiger zu machen, setzte New Foundland 1887 ein Gesetz, die Bait-Act, durch, welches den Franzosen den Ankauf von Köderfischen in New Foundlands Gewässern, wo sie am besten vorkommen, verbot. Die Franzosen antworteten ihrerseits mit Wegnahme von Schiffen und allerlei Chikanen, bis 1890 auf ihren Vorschlag Großbritannien einen vorläufigen modus vivendi vereinbarte, der seitdem immer wieder verlängert wird. Von einem Schiedsgericht in dieser Sache wollen weder die Franzosen noch die meisten Newfoundländer etwas wissen.

Ueber die wirthschaftliche Lage der Dominion und New Foundlands während der letzten Jahrzehnte ergiebt die Statistik Folgendes:

	Einnahmen	Ausgaben	öffentliche Schuld
1865 . .	3 254 000	3 534 700	15 631 900 Pfd. Sterl.
1870 . .	3 580 200	3 694 700	16 992 000 „ „
1875 . .	5 340 600	6 588 400	24 430 600 „ „
1880 . .	5 060 900	7 124 400	32 063 000 „ „
1885 . .	7 042 900	7 576 800	55 594 400 „ „
1890 . .	8 502 800	7 747 600	59 652 400 „ „
1895 . .	7 307 500	8 117 100	68 074 700 „ „

Die Zollerträge der genannten Kolonien beliefen sich:

1880	auf	3 109 100	Pfund Sterling
1885	"	4 130 700	" "
1890	"	5 204 700	" "
1895	"	3 920 100	" "

Die Bevölkerung des gesammten britischen Nordamerika wurde 1881 auf 4 504 300, 1891 auf 5 031 100, 1895 auf 5 291 400 Köpfe ermittelt.

Der Handel entwickelte sich folgendermaßen:

	Einfuhr	Ausfuhr	
1865 . .	16 225 700	13 359 000	Pfund Sterling
1870 . .	16 972 900	16 625 700	" "
1875 . .	27 172 500	17 566 400	" "
1880 . .	19 469 900	19 489 000	" "
1885 . .	24 091 600	19 576 000	" "
1890 . .	26 365 500	21 150 700	" "
1895 . .	24 013 700	24 646 200	" "
1896 . .	25 499 600	26 229 800	" "

An der Spitze der Ausfuhrwaaren standen 1895 dem Werthe nach Holzbalken und -Bretter mit einem Betrage von 3 291 400 Pfund Sterling. Der nächst bedeutende Exportartikel ist Käse, von dem für 3 106 600 Pfund Sterling ausgeführt wurde. Die wichtigsten anderen Ausfuhrgegenstände waren:

Weizen	für	1 505 400	Pfund Sterling
Hornvieh	"	1 463 200	" "
Speck und Schinken	"	782 200	" "
Kohlen	"	777 200	" "
Getrockneter Fisch .	"	711 300	" "
Hummern	"	377 600	" "
Erbsen	"	355 600	" "
Pelzwerk	"	337 400	" "
Leder	"	282 800	" "

Gewerbliche Erzeugnisse spielen nur eine unbedeutende Rolle.

New Foundlands Export setzt sich fast durchaus aus Erzeugnissen der Fischerei zusammen. An der Spitze steht getrockneter Fisch mit 670 600, Hummern mit 87 600, Seehundsfelle mit 78 900, Seehundsthran mit 63 400 Pfund Sterling. Daneben wurden für 73 400 Pfund Sterling Kupfererze ausgeführt.

Canada ist nach Ausweis seiner Statistik in erster Linie ein Ackerbau und Viehzucht treibendes Land. In der That sind in der Dominion gegenwärtig über 65 Millionen Acres in Privatbesitz übergegangen, und 28½ Millionen befinden sich unter Anbau. Das Weideland beträgt über 15 Millionen Acres. Darauf zählte man zuletzt 1 351 300 Stück Pferde, 4 291 400 Stück Hornvieh, 3 565 000 Stück Schafe.

Der weitaus größte Theil des Viehs befindet sich in der Provinz Ontario Die Wälder der Dominion bedecken 1 248 700 Quadratmeilen. Ihre Erzeugnisse wurden 1891 auf 80 071 000 Dollars geschätzt. — Von Mineralien kommen vor: Kohlen auf einem 65 000 Quadratmeilen großen Gebiet der North West Territories (1895 wurden 3 478 000 Tons für 6 739 100 Dollars gefördert); Gold (Förderung 1896 für 2 780 000 Dollars); ferner Silber, Nickel, Petroleum, Eisen, Asbest.

An Eisenbahnen besaß Canada 1875 nur 4 443, 1885: 10 150, 1895: 15 977 Meilen, welche im letztgenannten Jahre im Ganzen 46 785 400 Dollars, davon 14 035 800 Reingewinn abwarfen. Die Länge der Telegraphenlinien betrug 1896: 31 735 Meilen, die der Telephonlinien: 44 000. Die Wasserstraßen der Dominion haben eine Länge von 2700 Meilen. Bis 1894 waren für Kanalbauten 66 900 000 Dollars ausgegeben worden. Auf den canadischen Kanälen verkehrten 1894 nicht weniger als 25 342 Schiffe.

Die von England unterhaltene militärische Besatzung der Dominion wurde 1871, entsprechend der allen Kolonien gegenüber befolgten Politik, auf 2000 Mann herabgesetzt, welche die Besatzung der Festung Halifax bilden. Die Vertheidigung des Landes liegt seitdem in den Händen der Miliz, zu der nach einem Gesetz von 1868 alle Männer von 18 bis 60 Jahren gehören. Jährlich werden 45 000 Mann ausgebildet. An aktiver Miliz waren 1896 vorhanden 34 814 Offiziere und Mannschaften.





Vierter Theil.

Das britische Reich in Asien.

Erstes Kapitel.

Der erste Nachfolger von Warren Hastings.

Die Ausführung der East India Bill von 1784 und der Maßnahmen zur Gesundung der Finanzen der Company wurden, nachdem Lord Macartney, der Governor von Madras, die Uebernahme des Government General abgelehnt hatte, Lord Cornwallis übertragen. Der neue Governor General, welchem zugleich die Stellung des Oberbefehlshabers der Armee verliehen war, traf im Herbst 1786 in Calcutta ein. Unter den ihm ertheilten Weisungen stand obenan, daß die indische Regierung sich der Eroberung neuer Länder enthalten und nur zur Abwehr fremder Angriffe die Waffen ergreifen solle. In Bezug auf die eigentliche Verwaltung war das Hauptgewicht auf bessere Regelung des Steuerwesens in Bengalen gelegt, da bisher die Erträge beinahe um ein Drittel hinter dem Anschlag zurückblieben.

Die ersten Schritte Cornwallis' galten der Lösung der letzteren Aufgabe. Es zeigte sich, daß alle Unterlagen dazu fehlten. Man wußte weder von den Besitzrechten der verschiedenen Bevölkerungsklassen noch von der Belastung des Grundbesitzes und seiner Steuerkraft etwas Zuverlässiges. Man sah nur, daß Ackerbau und Verkehr daniederlagen und überall Armuth herrschte. Es mußten zunächst darüber Erhebungen angestellt und die Aufnahme eines Katasters in Angriff genommen werden. Darüber verflossen Jahre, während deren Sorgen der äußeren Politik das Government fast ausschließlich beschäftigten. Cornwallis hatte den Auftrag, von Nizam Ali von Hyderabad die Uebergabe des schon von Bassalut Jung abgetretenen

Gebiets von Guntoor zu fordern. Er benutzte zur Ausführung dieser Weisung das Jahr 1788, als Nizam Ali von Hyderabad, der Subahdar des Dekkan, eben an Seite der Mahratten einen ziemlich unglücklichen Krieg gegen Tippoo Sultan von Mysore geführt hatte. Nizam Ali fügte sich der Forderung. Er verlangte dafür Hülfe gegen Tippoo Sultan, welcher in unerhört fanatischer Weise gegen alle Nicht-Muhammedaner in Indien wüthete, eine Stadt nach der andern einnahm und die Bewohner tödtete oder zum Islam überzutreten zwang. Tausende eingeborener Christen aus den portugiesischen Kolonien, aber auch Mengen von Engländern hatten dieses Schicksal. Am meisten von seinen Verfolgungen betroffen wurden die benachbarten Hindustaatswesen. Sie alle ebenso wie der Nizam Ali und die Mahratten erbaten Hülfe von den Briten. Doch Cornwallis hielt sich nach dem Wortlaut seiner Instruktionen zum Eingreifen nicht befugt und erachtete es auch als in Englands Interesse gelegen, wenn die indischen Staaten sich gegenseitig möglichst schwächten. Einen Angriff Tippoo Sultans gegen britisches Gebiet hielt er für ausgeschlossen, da Frankreich, dessen Hülfe Tippoo 1787 durch eine eigene Gesandtschaft angerufen hatte, damals zu Expeditionen nach Indien nicht in der Lage war. Alle Klagen blieben daher lange unbeachtet. Der Governor General begnügte sich, für alle Fälle seine Truppen schlagfertig zu halten und Tippoo mittheilen zu lassen, daß er sich aller Angriffe auf Verbündete der Company zu enthalten habe.

Dessen ungeachtet griff Tippoo Sultan Dezember 1789 den Rajah von Travancor, einen Schützling Großbritanniens, an. Der erste Vorstoß verlief sehr unglücklich. Bei einem von ihm persönlich geleiteten Ueberfall geriethen seine Leute in Verwirrung, flohen und brachten ihn selbst in ernste Gefahr. Tippoo wollte darauf den Feldzug abbrechen und den Angriff als eine Ueberschreitung seiner Befehle entschuldigen. Auf die erste Nachricht von seinem Vorgehen hatten aber die obersten britischen Behörden sich entschlossen, gegen Tippoo ernstliche Maßregeln zu ergreifen, und mit dem Nizam und den Mahratten im Frühling 1790 ein Bündniß abgeschlossen. Es sollte dem Sultan voller Ersatz für den der Company zugefügten Schaden auferlegt und Alles, was er den Mahratten, dem Nizam und den Malabarfürsten im Laufe der Jahre geraubt, abgenommen werden. Alles, was an Truppen und Mitteln verfügbar war, ent-

schloß sich Lord Cornwallis für diese Aufgabe zu verwenden. Auch die vom Board of Control angeordneten jährlichen Zahlungen an die Gläubiger des Nabobs von Arcot, Mohamed Ali*), ließ er einstellen, um genügend Geld zur Verfügung zu haben.**)

Den Oberbefehl des gegen Tippoo Sultan ins Feld gestellten Heeres erhielt General Medows. Er drang von Trichinopoly aus im Juni 1790 gegen Mysore vor, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, bis ihm im September Tippoo selbst entgegentrat. Dieser brachte dem in verschiedene Korps getheilten englischen Heere einige Niederlagen bei und zwang es endlich zum Rückzug, indem er seinerseits Trichinopoly bedrohte und den Versuch machte, nochmals mit den Franzosen in Verbindung zu treten. Nur an der von dem Sultan geräumten Malabarküste blühten den Briten einige Erfolge.

Die Mißerfolge General Medows' hatten zum Theil im Mangel an den erforderlichen Geldmitteln ihren Grund. Die Verwaltung von Madras war nicht im Stande, den an sie herantretenden Forderungen zu genügen, da der Nabob von Arcot seine Verpflichtungen niemals regelmäßig erfüllte. Unter diesen Umständen entschloß sich der Governor General, welcher Ende 1790 persönlich nach Madras eilte, trotz der Proteste des Nabobs, sein Gebiet in die Verwaltung der Company zu nehmen. Er begründete seine Maßnahme in London, wo der intrigante Nabob bekanntlich viele Freunde besaß, damit, daß derselbe seine Unterthanen fürchterlich bedrückt und ausgesaugt, sich wiederholt mit Europäern aller Art in bedenkliche Geldgeschäfte eingelassen und die Interessen der Company geschädigt habe. Nachdem diese Angelegenheit geregelt war, stellte sich Lord Cornwallis an die Spitze der Truppen und griff im Februar 1791 Tippoos stärkste Festung Bangalore, wo sein Harem sich befand, an. Trotz aller Gegenwehr des Sultans fiel die Festung im März in die Hände der Briten, und ungeachtet Mangels an Zugthieren infolge großer Dürre und Ausbleibens

*) Vgl. I. Theil, S. 464.

**) James Mill beschuldigt den Board of Control, ohne nähere Prüfung die gegen den Nabob geltend gemachten Ansprüche anerkannt und die Company zur Zahlung verpflichtet zu haben. Wie es mit diesen Ansprüchen stehe, beweise das Ergebniß einer 1814 angestellten Untersuchung, wobei von 20 390 000 Pfund Sterling Privatansprüchen an den Nabob nur 1 346 000 Pfund Sterling anerkannt wurden!

genügender Hülfe von den Verbündeten und von Bombay wurde auf der Stelle Alles für einen Angriff auf die Hauptstadt Seringapatam vorbereitet. Tippoo, der sich mit seinem Heer den Briten entgegenstellte, wurde geschlagen und genöthigt, unter den Mauern seiner Residenz Schutz zu suchen. Allein Pocken und andere Krankheiten, die im englischen Heere ausgebrochen waren, schwächten dieses so, daß Cornwallis sich Ende Mai entschloß, den weiteren Vormarsch aufzugeben. Er zerstörte sein schweres Geschütz, das er aus Mangel an Zugvieh nicht fortschaffen konnte, und trat am 26. Mai den Rückzug an, während Tippoo, der alsbald davon Kunde bekam, in Seringapatam Freudenschüsse feuern ließ!

Sein Jubel war von kurzer Dauer. Im Laufe des 26. Mai 1791 noch stießen starke Mahrattenschaaren zu Lord Cornwallis und setzten ihn in Stand, das Feld zu behaupten. Konnte auch infolge der Vernichtung des Belagerungsgeschützes der Angriff auf Seringapatam nicht fortgesetzt werden, so erfocht die vereinigte Armee dafür eine Reihe anderer wichtiger Erfolge. Nachdem noch Verstärkungen und bedeutende Geldmittel*) aus England bei Cornwallis eingetroffen waren, nahm er einige Bergfestungen weg, welche den Zugang nach Seringapatam vertheidigten. Die stärkste, das von den Indern für uneinnehmbar gehaltene Savendroog (Todesfelsen) fiel am 21. Dezember 1791 in die Hände der Briten, die nur einen Mann verloren. — Am 1. Februar 1792 begann der Governor General, zu dem jetzt auch die Truppen des Nizam gestoßen waren, den Angriff auf Seringapatam, wo Tippoo Sultan mit seiner Hauptmacht lag. In der Nacht des 6. Februar ging Cornwallis an der Spitze der englischen Truppen persönlich gegen den Feind vor und zwang ihn, sich in ein festes Fort zurückzuziehen. Am 8. erschien General Abercromby mit den von Bombay gesandten Truppen auf dem Schlachtfelde. Tippoo begann jetzt, um Zeit zu gewinnen, Friedensvorschläge zu machen. Das hinderte den Lord Cornwallis nicht, seine Operationen fortzusetzen und den Feind immer mehr in die Enge zu treiben. Dadurch nöthigte er den sich verzweifelt wehrenden Sultan, sich Ende Februar ohne Weiteres den ihm auferlegten Bedingungen zu fügen. Er verlor die Hälfte seiner Besitzungen, mußte 3½ Millionen Pfund Sterling Kriegsentschädigung zahlen und zwei Söhne

*) Die Company bewilligte 500 000 Pfund Sterling

als Geiseln stellen. Die beiden Prinzen wurden am 26. ausgeliefert. Die Feindseligkeiten waren damit aber noch nicht sogleich beendigt, da Tippoo bei der Feststellung der Bedingungen des vollen Friedens eine Menge Schwierigkeiten machte. Cornwallis mußte mit Wiederbeginn der Feindseligkeiten drohen, ehe der Sultan sich fügte.

An Großbritannien fielen Tippoos Besitzungen an der Malabarküste, die Provinz Dindegul und Landstriche an der Westgrenze des Carnatic. Die anderen Abtretungen kamen den Mahratten und dem Nizam zu Gute. — Im Ganzen brachte der Feldzug den Briten wenig Nutzen. Die hohen Kosten, welche er ihnen verursachte, wurden nicht gedeckt. Der Nizam fühlte sich durch die Stärkung seiner Macht wieder unabhängiger von England, und die Mahratten waren unzufrieden, daß die Briten diesen ihren Feind unterstützten. Die englischen Truppen waren über den ganzen Frieden entrüstet. Sie konnten nicht begreifen, warum der Governor General nicht Tippoo völlig vernichtet hatte. Cornwallis hatte das aber absichtlich vermieden, um in Mysore auch für die Zukunft ein Gegengewicht gegen die anderen indischen Staaten zu haben. Um die Truppen zu beruhigen, zahlte er ihnen aus der Kriegsentschädigung eine ansehnliche Summe, wobei er und General Medows auf jeden Antheil verzichteten.

Nach Beendigung des Krieges ordnete Lord Cornwallis endgültig die Beziehungen zum Nabob des Carnatic. Er mußte vier Fünftel seiner Einnahmen jährlich an die Company zahlen und sonstige Abgaben leisten. Falls er mit den Zahlungen im Rückstand blieb, wurden gewisse Provinzen in britische Verwaltung genommen. Kurz darauf gelang es der Company auch, des letzten französischen Einflusses an der Coromandelküste, der sich gelegentlich doch störend fühlbar machte, ledig zu werden. Nach Ausbruch des Krieges Großbritanniens mit Frankreich 1793 wurden von Madras aus Pondichery und sein Zubehör weggenommen. Die Plätze waren in solcher Verwahrlosung, daß sie den Briten in die Hände fielen, ehe noch Cornwallis, der von Calcutta selbst mit Truppen herbeieilte, zur Stelle gelangte.

Während dieser Kriegsjahre hat der Governor General unausgesetzt an der Umgestaltung des indischen Verwaltungs- und Steuerwesens gearbeitet. Zunächst ließ er die Lage der bisherigen Einrichtungen so gut als möglich erforschen. Es zeigte sich, daß die

Grundlage der ganzen Wirthschaft Dorfgemeinschaften waren, welche sich selbst verwalteten. Das Land war manchmal Besitz der Gemeinschaft und wurde jährlich unter die Einzelnen zur Bebauung vertheilt, oder es war Eigenthum der einzelnen Bauern. Von dem Ertrag der Felder erhob die Regierung gewöhnlich im Durchschnitt drei Fünftel als Steuer. Die Erhebung geschah durch Agenten der Regierung. Das Amt dieser Steuererheber, Semindare, war mit der Zeit in ihren Familien erblich geworden. Es stand diesen Beamten, deren jeder eine Anzahl Dörfer unter sich hatte, alle zur Eintreibung der Abgaben erforderliche richterliche und militärische Macht zur Seite. Sie hatten sich dadurch mit der Zeit aus bloßen Beamten zu einer Art Grundadel entwickelt, der das Land beherrschte. Von der Steuersumme konnte der Semindar etwa 10 pCt. für sich behalten. — Diese Einrichtung hatte nicht allein den Nachtheil, daß sie dem Bauern gewöhnlich nur das Allernothwendigste zum Leben ließ, sondern auch, daß sie dem Semindar nicht das Interesse am Lande gab, das ein Eigenthümer daran hat. Lord Cornwallis und seine Berather meinten daher, daß eine Umgestaltung der Verhältnisse nach britischem Muster die Leute zu besserem Anbau veranlassen und dem Staat höhere Erträge einbringen werde. Von diesem Gedanken geleitet, beschlossen sie, die bisher je nach den Ernteerträgen schwankende Steuer durch eine feste, von den Semindaren zu zahlende Grundsteuer zu ersetzen. Der Betrag derselben wurde 1791 nach Maßgabe eines von den englischen Beamten aufgenommenen Katasters zunächst für zehn Jahre festgestellt. Sie belief sich danach jährlich auf 3 509 530 Pfund Sterling für Bengalen, Behar, Orissa und Benares. Die Eintreibung von den Bauern wurde den als ein wirklicher Adel anerkannten Semindaren nach Maßgabe englischen Rechts überlassen. Die freien Bauern des Gangesthals sanken dadurch zu einfachen, von den früheren Steuererhebern abhängigen Pächtern herab! Vergebens warnte der Berather des Governors, Mr. Shore, vor der Maßregel. Lord Cornwallis war überzeugt, daß die sich fortan als wirkliche Grundherren fühlenden Semindare schleunigst das wüstliegende Land in Anbau nehmen, die Bauern, welche im Voraus die ein für alle Mal zu zahlende Steuer kannten, zu erhöhter Thätigkeit anspornen und so die Steuerkraft des Landes erheblich steigern würden. So durchdrungen war er von der Richtigkeit seines Gedankens, daß er 1793

die Sätze der 1791 eingeführten Grundsteuer für alle Zeiten in Kraft setzte. Auch das Salz- und Opiummonopol der Company ordnete er in einer Weise, daß der Druck auf die ländliche Bevölkerung noch erhöht wurde.

Nicht erfolgreicher war Lord Cornwallis trotz besten Willens in der Umgestaltung der Rechtspflege Bengalens. Er wünschte die Bevölkerung vor der Willkür der Semindare, welche bisher auch die Justiz und Polizei in der Hand gehabt hatten, zu schützen und errichtete in jeder ansehnlicheren Stadt ein Kreisgericht (Sillah), besetzt mit einem europäischen Richter und zwei eingeborenen Beisitzern. Bagatellsachen wurden der Entscheidung eingeborener Schiedsmänner übertragen. Als Gerichte zweiter Instanz wurden in Calcutta, Patna, Dacca und Moorshedabad Appellhöfe mit je vier europäischen Richtern niedergesetzt. Gegen ihre Entscheidung war dann noch Berufung an das höchste Gericht in Calcutta zulässig, das der Governor, sein Council und einige Eingeborene bildeten. Das war gewiß ein Fortschritt. Doch leider fehlte es an Geld zur Ernennung einer ausreichenden Zahl von Richtern, und dann war das dem englischen nachgebildete Gerichtsverfahren so langwierig und theuer, daß die ärmeren Klassen die Gerichte gar nicht anzurufen vermochten.

Wie wenig die getroffenen Reformen den beabsichtigten Erfolg hatten, zeigte sich schon nach wenigen Jahren. Die Semindare waren nicht im Stande, die vorgeschriebenen Steuerbeträge aufzubringen. Statt zu einer Adelsklasse sich auszubilden, sahen sie sich bald ruinirt und genöthigt, ihren Besitz zu verkaufen. Das langwierige Gerichtsverfahren und die Ueberlastung der Gerichte machte es ihnen unmöglich, Zahlungsrückstände von den Dorfgenossenschaften rechtzeitig einzutreiben. In dem Distrikt von Burdwan waren z. B. vor einem Gericht gegen Ende des 18. Jahrhunderts allein 30000 Prozesse anhängig. An Stelle der verarmten Semindare traten vielfach reiche Kaufleute und Spekulanten, welche die Steuererhebung durch Agenten rücksichtslos besorgten und sich um das Wohl des Landes und der Bevölkerung weniger als ihre Vorgänger kümmerten! Die Bauern ferner empfanden es als furchtbare Härte, wenn ihr Besitz bei Steuerrückständen zum zwangsweisen Verkauf gelangte, während sie früher mit Haft oder anderen Strafen davonkamen. Sie waren wehrlos ihren Aussaugern preisgegeben und sanken in immer tieferes

Elend. — Um den Semindaren zu helfen, wurde 1799 ein summarisches Prozeßverfahren zur Eintreibung rückständiger Steuern von den Dorfgemeinden eingeführt. Da nicht gleichzeitig den Letzteren eine ähnliche Hülfe gegen unrechtmäßige Ansprüche der Steuererheber gewährt wurde, verschlimmerte dies die Lage der etwa 30 Millionen Bewohner Bengalens noch weiter. In England wurde die Gerichtsorganisation Indiens als ungenügend anerkannt. 1802 entschloß man sich angesichts der großen Massen unerledigter Prozesse, die Befugnisse der einheimischen Schiedsmänner zu erweitern und Hülfsrichter zu ernennen. Dies half aber nicht genügend. Man hätte Massen neuer Gerichte schaffen müssen, und dazu fehlte es an Geld, wie im Unterhaus 1812 offen ausgesprochen wurde.

Lord Cornwallis kehrte 1793 nach England zurück. Die Schulden der Company in Indien beliefen sich damals auf 7 971 000, in England auf 10 983 000 Pfund Sterling. Das Kapital der Gesellschaft betrug 5 000 000 Pfund Sterling, auf die eine Dividende von 10½ pCt. bezahlt wurde. Es ist sonach diesem Governor General gelungen, trotz der Kriege, die er geführt hat, einen Theil der Schulden zu tilgen. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Indien belief sich 1792/93 auf 1 218 000 Pfund Sterling, in Indien und Europa auf 1 858 000 Pfund Sterling.

Zweites Kapitel.

Die Schöpfung des indischen Reiches.

In dem Jahre, in welchem Lord Cornwallis heimkehrte, lief die Charter der East India Company ab. Obwohl der große Seekrieg damals die Regierung vollauf beschäftigte und der Zeitpunkt gewiß nicht zu großen Systemwechseln angethan war, verlangten die Kaufleute der größten britischen Handelsplätze Aufhebung der Company und Freigabe des indischen Handels. Abgesehen davon, daß die damaligen Zeitläufe gegen eine solche Maßregel sprachen, war das Ministerium aber keineswegs gewillt, die seinen Zwecken nützliche damalige Verwaltung Indiens zu opfern. Es ließ eingehende Widerlegungen der gegen die Company gerichteten Beschwerden aufstellen und legte diese erst dem Committee of the Privy Council und

nachher dem Unterhaus vor. Der Widerspruch, der sich hier gegen die Fortdauer des Monopols der Gesellschaft regte, wurde durch Hinweis auf die damals gerade günstige Finanzlage*) der Company besiegt. Man rechnete dem Parlament den Nutzen vor, welchen das Land alljährlich aus der Thätigkeit der Gesellschaft ziehe, und der bei Verlängerung der Charter immer weiter steigen werde, während eine Aufhebung derselben hohe Kosten verursachen würde. Es wurde vorgeschlagen, die Zahlungen der Company ans Mutterland fortan um weitere 500 000 Pfund Sterling zu steigern und eine Dividende von 10 pCt. zuzulassen. Um die Verlängerung des Monopols annehmbarer zu machen, wurde ferner Seitens des Ministerums beantragt, alle Bezahlung für die Thätigkeit der Minister im Board of Control zu streichen und die Company zu veranlassen, jährlich mindestens 3000 Tonnen Güter von Nichtaktionären für deren Rechnung nach Indien zu verschiffen.

Das Ministerium und sein Wortführer, der Staatssekretär für Indien, Mr. Dundas, erreichten damit ihr Ziel.**) Die Verlängerung der Charter auf weitere 20 Jahre wurde ohne großen Widerstand im Parlament durchgesetzt. Umsonst wies Fox bei der dritten Lesung auf den übermächtigen Einfluß hin, den die Verfügung über die vielen gutbezahlten Beamtenstellen Indiens dem Ministerium gebe. Bei der bestehenden Einrichtung hätte die Regierung alle Macht ohne die entsprechende Verantwortung!

Nachfolger des Lord Cornwallis wurde sein Berather in den Steuerfragen, ein im Dienst der Company heraufgekommener Beamter, Sir John Shore. Seine Aufmerksamkeit wurde zunächst durch die Angelegenheiten des Nizams von Hyderabad in Anspruch genommen. Dieser Fürst gerieth mit den Mahratten in Streit, da er ihnen den Tribut für gewisse Provinzen vorenthielt. Als die Mahratten mit Gewalt drohten, rief er den Beistand der Briten an, die ja in seiner Hauptstadt eine Truppe unterhielten. Wäre der Governor General

*) Der Ueberschuß sank 1793/94 auf 1 119 000, 1794/95 auf 1 182 000, 1795/96 auf 800 000, 1796/97 auf 240 000 Pfund Sterling, 1797/98 entstand ein längere Zeit anhaltendes Defizit.

**) Unter den Gründen, die Dundas für die Nothwendigkeit der Erhaltung des Monopols der Company anführte, war auch der, daß bei Freigabe des Handels Indien mit Europäern besiedelt werden würde. Eine solche Ansiedelung bedeute aber den Verlust der Kolonie!

auch finanziell in der Lage gewesen, es auf einen neuen schwierigen Feldzug ankommen zu lassen, so bewogen ihn politische Bedenken, den Nizam seinem Schicksal zu überlassen. Es war sehr leicht möglich, daß Tippoo Sultan, der ohne Unterlaß am Wiederaufbau seines Reiches arbeitete, sich den Mahratten anschloß, und daß beide vereint die Company bedenklich ins Gedränge brachten. Im anderen Falle war es dagegen wahrscheinlich, daß sie bei Theilung Hyderabads untereinander in Streit geriethen. Unter diesen Umständen entschloß sich Shore, den befreundeten Nizam seinem Geschick zu überlassen; die an seinem Hofe stationirten britischen Truppen durften am Kampfe nicht theilnehmen. Der Fürst selbst verfügte weder über die nöthige Entschlossenheit noch Geschick. Er unterlag binnen Kurzem und mußte sich 1795 zu einem demüthigenden Frieden mit den Mahratten bequemen.

Die Folge dieses Verhaltens der Briten war, daß Nizam Ali in seiner Erbitterung gegen sie daran ging, sich eine neue und bessere eigene Truppe unter französischen Offizieren zu schaffen, und die englischen Soldaten verabschiedete. Seine Versuche dauerten freilich nicht lange. Es brachen Empörungen in seinem Lande aus, und er sah sich aufs Neue auf den Beistand der Company angewiesen. — Wie er, wurden die anderen eingeborenen Staaten Indiens durch schlechte Wirthschaft und Uneinigkeit im Innern wie unter sich immer machtloser. Im Gebiet des Nabobs von Oudh, wo die gesammte innere Verwaltung noch in den Händen der eingeborenen Regierung lag, gab deren Mißwirthschaft dem Governor General zu einem Eingriff Anlaß. Dabei kam die Festung Allahabad in die Hände der Company; sie erhielt eine Erhöhung des ihr jährlich zu zahlenden Tributs auf 76 Lakh Rupien, und die Zahl der vom Nabob zu unterhaltenden britischen Truppen stieg auf 10 000. — Auch das Carnatic wurde nach dem 1795 erfolgten Tode des Nabobs Mohammed Ali noch mehr als schon bisher unter den Einfluß der britischen Verwaltung gestellt und die einheimische Regierung vollständig geknebelt.

Bedeuteten schon diese Maßnahmen eine bedeutende Erhöhung der britischen Macht in Indien, so war noch wichtiger die Beseitigung des holländischen Einflusses, zu der sich nach dem Bündniß der Niederlande mit Frankreich 1795 Gelegenheit bot. Die britischen Flotten nahmen in rascher Folge Ceylon, Malacca, Banda, Am=

boyna und die Stationen auf dem indischen Festlande weg. Den meisten Widerstand leistete Cochin. Nicht minder werthvoll war die Eroberung der Kapkolonie für die Company, welche fortan die Erfrischungsstation von dem unfruchtbaren St. Helena nach Kapstadt verlegen konnte. Verschlangen diese Eroberungen zunächst sehr erhebliche Mittel, so wurden sie doch für die Folge sehr wichtig.

Von noch größerem Einfluß auf die Geschicke Indiens als unter der Verwaltung Shores waren die Ereignisse der europäischen Politik unter seinem Nachfolger Lord Mornington,*) dem späteren Marquis Wellesley.**) In den Vordergrund des Interesses trat zunächst wieder Tippoo Sultan. Schon unterwegs in Kapstadt hatte der neue Governor General erfahren, daß Tippoo rastlos gegen England rüste und alle eingeborenen Fürsten zu einem Bunde zu vereinen suche. Nach seinem Eintreffen in Calcutta erfuhr er aus einer dorthin geschickten Proklamation des französischen Gouverneurs von Isle de France, daß dort zwei Abgesandte Tippoos angekommen seien, um militärische Unterstützung gegen die Briten zu erbitten. Der Gouverneur hatte alle Kolonisten aufgefordert, unter Tippoo gegen England zu dienen. Wellesley war geneigt, das Schriftstück für eine Fälschung zu halten, da er sich nicht denken konnte, daß die Franzosen so ungeschickt wären, derartige Dinge zum Gegenstand öffentlicher Proklamationen zu machen, gab jedoch gleich Befehl nach Madras, Alles zum Krieg in Stand zu setzen. Bald erfuhr man Näheres über die Vorgänge in Isle de France, welche sich im Januar 1798 abgespielt hatten. Die Franzosen hatten in der That eine Anzahl Offiziere und Soldaten auf einer Fregatte Tippoo zu Hülfe gesandt, aber es waren nur 60 bis 150 Mann (die Angaben darüber schwanken). So geringfügig diese Unterstützung war, im Zusammenhang mit Briefen Napoleons an Tippoo Sultan und den Gerüchten von seinen weiteren Plänen, hatte die Sache doch in den Augen Wellesleys eine solche Bedeutung, daß er trotz der Leere der Kassen der Company zum sofortigen Angriff auf Tippoo Sultan entschlossen war. Ende Juli 1798 wurde zu Calcutta eine Versammlung aller britischen Einwohner abgehalten und jeder Mann zu freiwilligen Beiträgen zu den Kriegskosten aufgefordert. Der

*) Der Bruder Wellingtons.

**) Im Mai 1798 in Calcutta eingetroffen.

Nizam Ali wurde veranlaßt, alle französischen Offiziere aus seinem Dienst zu entlassen und weitere britische Truppen in seiner Hauptstadt aufzunehmen. Gleichzeitig knüpfte Wellesley Verhandlungen mit den Mahratten an, die zwar zu keinem Bündniß führten, aber doch insofern wichtig waren als sie die Wahrscheinlichkeit ergaben, daß Tippoo Sultan von dieser Seite keine Hülfe bekommen würde.

Ehe noch ein kriegerischer Schritt geschehen war, erhielt Wellesley Ende Oktober 1798 Nachricht von Napoleons Expedition nach Egypten und der Vernichtung seiner Flotte durch Nelson. Obwohl dadurch die Gefahr eines französischen Angriffes auf Indien stark vermindert war, blieb der Governor General, der inzwischen auch aus London Weisung zum Vorgehen erhalten hatte, entschlossen, der Macht Tippoos den Garaus zu bereiten. Um die Rüstungen zu beschleunigen, begab er sich selbst im Dezember nach Madras. Tippoo Sultan wurde aufgefordert, sofort alle Franzosen aus seinem Dienst zu entlassen, seine an dem Meere gelegenen Provinzen abzutreten, eine bedeutende Summe zu zahlen und Vertreter der Company bei sich aufzunehmen. Der Fürst versuchte durch Zögern Zeit zu gewinnen. Während er dringend durch eine Gesandtschaft in Paris und auch in Konstantinopel und Persien um Unterstützung bat, erklärte er sich zu Verhandlungen mit den Briten bereit. Wellesley ließ sich aber darauf nicht ein. Ende Februar 1799 setzte er seine Truppen gegen Mysore in Bewegung. Es standen ihm zur Verfügung an der Ostküste gegen 20000 Mann — darunter 4381 Europäer —, dazu 6500 Mann, die bisher in Hyderabad gestanden hatten, und eine gleiche Anzahl Truppen des Nizam Ali; an der Westküste etwa 7000 Mann, die von Bombay nach Cananore gesandt waren; endlich noch ein Korps im Süden des Carnatic. Anfang März überschritten die britischen Kolonnen die Grenzen Mysores. Hinderlich war ihnen nur ihre allzu reichliche Ausrüstung, da die Zugthiere nicht genügend Nahrung fanden und fielen.

Tippoo Sultan trat zuerst der von Westen kommenden Armee entgegen. Als es ihm nicht gelang, sie trotz seiner überlegenen Macht zurückzuschlagen, warf er sich auf den von Osten herandrängenden Feind. Doch auch hier wurde sein Angriff abgeschlagen, und Tippoo konnte nicht einmal den Uebergang der britischen Artillerie über den Cauvery verhindern. Sobald Tippoo dies erfuhr und seine Hauptstadt Seringapatam ernstlich bedroht sah, rief er

seine obersten Offiziere zusammen und fragte sie nach ihrem Entschlusse; die letzte Entscheidung stehe vor der Thür. Da Alle mit ihm fallen zu wollen erklärten, beschloß er den Briten vor den Mauern Seringapatams entgegenzutreten. Da diese sich aber auf eine Schlacht nicht einließen und die Stadt zu belagern begannen, änderte er seine Absicht und machte Friedensvorschläge. Britischerseits wurde als Vorbedingung Abtretung der Meerprovinzen, der Hälfte des übrigen Reichs, Entlassung aller Franzosen und Zahlung einer großen Kriegsentschädigung verlangt. Als Tippoo mildere Bedingungen zu erzielen versuchte, lehnte der englische Befehlshaber weitere Verhandlungen ab, wenn der Sultan nicht zunächst vier seiner Söhne und vier seiner Generale mit einem Crore Rupien als Sicherheit stelle. Diese demüthigende Forderung, das Vertrauen auf die Festigkeit Seringapatams, die Hoffnung auf französische Hülfe und Nachrichten von Mangel an Lebensmitteln im britischen Lager bewogen Tippoo, es aufs Aeußerste ankommen zu lassen. Er hatte nach Allem, was darüber bekannt geworden, damals seine frühere Energie und Umsicht eingebüßt, glaubte durch Gebete der früher von ihm verfolgten Brahminen das Schicksal beschwören zu können, und befand sich ganz unter dem Einfluß unfähiger Schmeichler und Schranzen. Er glaubte seinem besten General nicht, daß es Ernst sei, als am 4. Mai die Briten am hellen Morgen zum Sturm auf die Stadt schritten. Seine Schranzen hatten ihm nämlich eingeredet, daß die Feinde nie anders als bei Nacht anzugreifen wagen würden. Erst als es zu spät war, übernahm er den Befehl über die Vertheidiger der Mauern. Die Briten drangen durch eine Bresche in die Stadt und schlugen die Inder und den Sultan in die Flucht. Seine Söhne ergaben sich als Gefangene, er selbst wurde nach langem Suchen, von mehreren Kugeln durchbohrt, todt auf der Straße gefunden. — Die Eroberung Mysores hatte den Briten 203 Todte und 667 Verwundete aus der Zahl der Europäer, 119 Todte und 420 Verwundete aus der Zahl der Eingeborenen gekostet. Die Verluste der Feinde sollen 8000 überstiegen haben. Die Beute hatte bei Weitem nicht den erwarteten Werth; der Schatz des Sultans belief sich nur auf etwa 1½ Millionen Pfund Sterling. Die gesammte Summe wurde der siegreichen Armee überlassen. 100000 Pfund Sterling sollte Wellesley als seinen Antheil erhalten, er lehnte aber das Geschenk ab. Die Company hat ihm dafür 1801

eine Jahresrente von 5000 Pfund Sterling ausgesetzt. Die anderen Offiziere waren weniger zurückhaltend. Sie strichen theilweise mehr, als ihnen zukam, von der Beute ein.

Das eroberte Land nahm Wellesley nicht völlig in die eigene Verwaltung der Company. Er setzte einen Nachkommen der früheren Hindoodynastie auf den Thron Mysores. Die Verwaltung des Landes und der Antheil der Briten daran wurde, wie es in Bengalen der Fall war, geordnet. Die Familie Tippoos und seine Beamten wurden sämmtlich großmüthig versorgt. Erstere erhielt die Stadt Vellore. Der Governor General gewann durch diese Mäßigung der britischen Herrschaft Freunde, ohne der Company Schaden zu bereiten. Für ihr Interesse wurde genügend gesorgt durch die Besitznahme der Meerprovinzen Tippoos an der Malabarküste und dazu Seringapatams und Canaras. Der Nizam Ali wurde durch Ueberlassung einiger Provinzen für seine Heerfolge belohnt. Außerdem versuchte Wellesley durch Anerbieten eines kleineren Gebietes die Mahratten mit dem Nizam auf guten Fuß zu bringen und zu veranlassen, für die Zukunft Ruhe zu halten.

Diese Absicht war nicht zu verwirklichen. Die Mahratten nahmen die gebotene Hand nicht an. Die Vernichtung Tippoos befreite sie von ihrem gefürchtetsten Feinde. Sie nahmen jetzt offen ihre Pläne gegen den Subahdar des Dekkan wieder auf. Unter diesen Umständen wünschte Nizam Ali den Schutz einer stärkeren Abtheilung englischer Truppen. Um die Kosten zu decken, bot er den Briten Abtretung aller seit 1792 gemachten Landerwerbungen. Im Oktober 1800 wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen. Der weitaus größte Theil des ehemaligen Reiches Mysore war damit im Besitze der Company, und Nizam Ali war fortan vollständig in der Hand der Briten. Sein Schicksal theilte bald darauf der Nabob von Oudh. Ein Theil seiner Besitzungen ging ins Eigenthum der Company über. Im Rest mußte der Fürst seine Truppen entlassen und durch englische ersetzen. Auch der Nabob des Carnatic, der Nabob von Surat und der Rajah von Tanjore wurden in den Jahren 1799 bis 1801 des letzten Restes von Selbständigkeit entkleidet und mit einer Pension abgefunden! Die Macht der Company in Indien erhielt durch diese Maßnahmen einen so außerordentlichen Zuwachs, daß kein dortiger Staat mehr an einen erfolgreichen Angriff denken konnte!

Nicht zufrieden mit diesen Erfolgen, war Wellesley gleichzeitig ohne Unterlaß bemüht, die Machtstellung Großbritanniens in Indien auch noch auf andere Weise zu sichern. Er schloß Ende 1799 mit Persien ein Bündniß gegen die Afghanen, welche wiederholt mit Einfällen zur Befreiung des in der Gewalt der Mahratten befindlichen Moguls gedroht hatten. Anfang 1801 sandte er eine ansehnliche Macht nach dem Rothen Meere, um die Franzosen aus Egypten zu vertreiben und damit allen ihren weiteren Plänen gegen Indien ein Ende zu machen. Die Expedition erreichte glücklich ihr Ziel, doch erst, als die vom Mittelmeer kommenden englischen Truppen die Franzosen schon zur Ergebung gezwungen hatten. Auch die Wegnahme von Isle de France und Bourbon, von wo aus französische Kaper ihr Unwesen trieben, hat Wellesley damals geplant. Seine Absicht scheiterte nur an dem Mangel verfügbarer Schiffe.

Den Höhepunkt des Wirkens Wellesleys in Indien stellt die Niederwerfung der gefürchteten Mahratten dar. Seit der Vernichtung Tippoos hatten sie eine zweideutige Politik verfolgt. Seit Langem bestand Streit zwischen ihnen und dem Häuptling Sindia, der unter Warren Hastings den Rest des Mogulreiches erobert hatte und den Mogul in seiner Gewalt hielt. Sindia strebte danach, das Mahrattenreich und die beiden kleineren Staaten von Malwa und Guzerat unter seinem Scepter zu vereinen. Gelang ihm dies, und erhielt er kräftige Unterstützung aus Frankreich, so erwuchs in ihm den Briten ein sehr bedenklicher Gegner. Um einer solchen Möglichkeit im Voraus zu begegnen, machte Wellesley fortgesetzte Versuche, die Mahratten zum Abschluß eines engeren Bundes und Aufnahme englischer Truppen in Poonah zu bewegen. Sie machten indessen hierzu keine ernstliche Miene trotz der ihnen von Sindia drohenden Gefahr und trotz des Verfalles ihres Reiches im Innern. Ihnen lag nur daran, Sindia gegenüber den Schein aufrecht zu erhalten, daß die Company auf ihrer Seite stehe.

Da erwuchs den Mahratten und Sindia plötzlich im Innern eine schwere Gefahr. Der Letztere hatte das Land Malwa, in dem ein Mahrattenhäuptling Holcar herrschte, mit Gewalt in seinen Besitz gebracht und den größten Theil der Fürstenfamilie getödtet. Einem der Prinzen, Jeswunt Rao Holcar, war es nun zu entfliehen gelungen. Er sammelte eine Truppe um sich und ließ sich auf einen Kampf mit Sindia im Oktober 1801 ein. Obwohl er dabei unterlag,

blieben ihm seine Anhänger treu. Von allen Seiten strömten ihm Leute zu, und schon einige Monate später war seine Macht so groß, daß er in das eigentliche Mahrattengebiet einfiel und mit einem starken Heer vor Poonah erschien. Sindia, welcher zu jener Zeit dort entscheidenden Einfluß übte, trat vereint mit den Mahratten Holcar entgegen. Diesmal lächelte aber dem Letzteren das Glück. Er schlug am 25. Oktober 1802 seine Gegner und bemächtigte sich Poonahs. Der Peshwa der Mahratten suchte sein Heil in der Flucht. Vorher entschloß er sich, mit dem britischen Residenten einen Vertrag zu vereinbaren, wonach er 6 Bataillone Companytruppen aufzunehmen und dafür ein Gebiet mit einem Steuerertrag von 25 Lakh Rupien abzutreten sich verpflichtete. Der Vertrag wurde am 31. Dezember 1802 zu Bassein, wohin der Peshwa flüchtete, ratifizirt. Der Mahrattenfürst versprach darin auch, in Zukunft keinen Krieg ohne Genehmigung der Company zu führen und Angelegenheiten der äußeren Politik überhaupt nur unter ihrer Mitwirkung zu betreiben. Er gab auch alle Ansprüche auf Surat, Guzerat und das Dekkan auf!

Ein so großer Erfolg dies war, der Vertrag hatte den Fehler, daß der Peshwa vor der Hand machtlos war. Sein Land war im Besitz Holcars. Des Governor Generals Bemühen ging daher zunächst dahin, den Peshwa wieder auf den Thron in Poonah zu setzen. Es zeigte sich, daß auf Sindias Hülfe dabei nicht zu rechnen sei, da er über den Vertrag entrüstet war. Holcar war wohl geneigt, Poonah wieder zu räumen, doch verlangte er Abtretung einer Festung und Zahlung eines Crore Rupien. Davon wollte der Peshwa nichts hören. Am Ende entschloß sich Wellesley, es auf Gewalt ankommen zu lassen, und führte Anfang 1803 den Peshwa in Begleitung eines englischen Heeres nach Poonah zurück. Dies glückte. Holcar räumte die Stadt ohne Weiteres. Der von ihm eingesetzte neue Peshwa floh, und Sindia machte ebenso wenig Miene, den Briten entgegenzutreten.

Wenn der Governor General trotz der friedlichen Durchführung seiner Absichten aus allen Kräften weiter rüstete, lag das daran, daß er Nachrichten von geheimen Umtrieben Sindias hatte. Der Fürst war eifrig bemüht, den Rajah von Berar und Holcar zum Abschluß eines Bundes gegen die Briten zu bewegen. Alle Aufforderungen, auch seinerseits mit der Company in ein Vertragsverhältniß

zu treten und Frieden zu halten, erwiderte er ausweichend. Selbst wenn der Governor General sich mit dem Erreichten hätte begnügen wollen, ging dies unter den obwaltenden Umständen nicht an. Die Herrschaft der Company konnte nur durch völlige Vernichtung der Mahratten sichergestellt werden. Wellesley wurde in diesem Entschlusse noch bestärkt durch das Wiederaufleben französischer und holländischer Interessen in Indien. Im Frieden von Amiens hatte sich ja Großbritannien verpflichtet, alle den Franzosen und Holländern dort abgenommenen Kolonien außer Ceylon wieder herauszugeben! Die Gefahr lag nahe, daß in der Folge Sindia hier eine Stütze fand.

Trotz der Erschöpfung der Kassen der Company brachte Wellesley ein Heer von beinahe 50 000 Mann binnen Kurzem auf Kriegsfuß und trat damit Sindia und dem Rajah von Berar im Sommer 1803 entgegen. Arthur Wellesley, der Bruder des Governor, leitete die Operationen im Süden vom Dekkan aus, General Lake im Norden. Dank ihren geschickten und energischen Anordnungen erlitt der weit stärkere Feind, dessen Heer von französischen Offizieren geschult war, eine Niederlage nach der anderen. Anfang September fiel die Festung Alighur, wo sich die größten Magazine Sindias befanden, in General Lakes Hand. Am 11. September gewann er die Schlacht von Delhi, am 23. erfocht Wellesley einen Sieg bei Assaye. Anfang Oktober wurde Agra erobert, wo Schätze im Werthe von 280 000 Pfund Sterling den Briten in die Hände fielen. Zwei Siege bei Laswaree und Argaum im November sowie die Einnahme der Festung Gawilghur im Dezember 1803 versetzten der Macht der Mahratten den Todesstoß. Einer der Häuptlinge nach dem anderen bat jetzt um Frieden.

Am 17. Dezember trat der Rajah von Berar die Provinz Cuttack sammt Balasore ab, verzichtete auf alle Ansprüche, die er an Nizam Ali hatte, verpflichtete sich, keinen Europäer ohne Genehmigung der Company bei sich aufzunehmen, und überließ ihr auch die Regelung seiner auswärtigen Politik. Am 30. Dezember erkaufte auch Sindia Frieden. Er mußte auf das Gebiet zwischen der Jumna und dem Ganges bis hoch in den Norden verzichten. Die Städte Delhi, Agra, Ahmedabad und Broach kamen dadurch in den Besitz der Company. Andere Gebietstheile mußte er an den Peshwa und den Nizam abtreten. Abgesehen davon sah er sich gezwungen, britische Truppen bei sich aufzunehmen und dieselben Beschränkungen seiner Macht, wie der Rajah von Berar, sich gefallen zu lassen.

Holcar von Malwa hatte an dem Krieg nicht theilgenommen. Erst als Sindias Macht gebrochen war, bekam er Angst wegen seines eigenen Schicksals und suchte Bundesgenossen gegen die Briten. Er wandte sich an die Rajpooten, die Rohillas, die Sikhs und endlich auch an Sindia. Der Letztere, erbittert über die Unthätigkeit Holcars während des Krieges und nicht geneigt, es nochmals auf einen Kampf mit der Company ankommen zu lassen, verrieth die Anträge des Fürsten an den britischen Residenten. Trotz seiner offenbaren Feindseligkeit ergriffen die Briten nicht auf der Stelle ernstliche Maßregeln gegen Holcar, sondern forderten ihn zu Erklärungen auf. Der Fürst antwortete mit der Forderung, ihm einige Landstriche abzutreten, und drohte mit seinen tapferen, kriegsgewohnten Schaaren. Unter solchen Umständen blieb nichts übrig, als nochmals die Waffen zu ergreifen. Wieder erhielten General Lake und Major General Arthur Wellesley Weisung, von Norden und Süden gleichzeitig vorzugehen.

Der Verlauf des Feldzugs war nicht so glatt wie früher. Wellesley wurde in seinen Bewegungen durch eine im Dekkan ausgebrochene Hungersnoth gehemmt. Lake mußte bei Ausbruch der Regenzeit geschützte Quartiere aufsuchen. Nur eine kleine Macht unter Colonel Monson stand daher Holcar im Frühling 1804 gegenüber. Diese Truppen zwang er in verschiedenen Gefechten zum eiligen Rückzug. Monson suchte Schutz in dem Rajpoot-Fürstenthum Kotah. Als ihm der Fürst die Mauern seiner Hauptstadt nicht öffnen wollte, setzte er die Flucht, unbekümmert um Regen und Mangel, fort und verlor dabei den größten Theil seiner Truppen und Bagage. Der Rest warf sich in aufgelöstem Zustand nach Agra! — Dieser Erfolg führte Holcar Beistand von allen Seiten zu, und mit einem sehr starken Heer ging er zum Angriff über. Im Herbst 1804 erschien er vor Delhi. Hier verließ ihn aber sein Glück. Er wurde durch die Briten zum Abzug gezwungen und im November gründlich geschlagen. Sein Land wurde von allen Seiten durch die Sieger überschwemmt und besetzt. Er sah sich gezwungen, in der Stadt Bhurtpoor Zuflucht zu suchen. Hier vertheidigte er sich so tapfer, daß die Angreifer über 3000 Mann in verschiedenen Stürmen verloren, ohne der Stadt Herr werden zu können. Seine entschlossene Haltung und Tapferkeit begannen auf Sindia und andere unterworfene Fürsten Wirkung zu üben. General Lake hielt es daher

für angezeigt, im April 1805 auf Friedensvorschläge Holcars einzugehen. Gegen Zahlung von 20 Lakh Rupien und Abbruch seiner Verbindungen mit den Feinden der Company wurde er in seinem Besitz gelassen.

Wenn Holcar so billigen Kaufs davon kam, lag der Grund nicht in Schwäche Wellesleys, sondern in der Stellungnahme der Company zu seiner ganzen Thätigkeit. Während einst Clive und Hastings bei allen ihren höchst bedenklichen Maßnahmen den Schutz und die Anerkennung ihrer Auftraggeber fanden, bestand zwischen der Leitung der Company in London und Wellesley, dem eigentlichen Schöpfer des anglo-indischen Reiches, seit Langem ein scharfer Gegensatz. Seine Maßnahmen kosteten zu viel; das Defizit, welches schon im Zeitpunkt seines Amtsantrittes bestand, wuchs in den Kriegszeiten fortgesetzt, wenn auch das so gewaltig vergrößerte Reich der Company doppelt so viel Einnahmen als früher abwarf. 1797/98 beliefen sich die Einnahmen auf 8 059 880, die Ausgaben auf 7 411 401 Pfund Sterling. Es ergab sich also ein Ueberschuß von 648 479 Pfund Sterling. 1805/6 betrugen die Einnahmen 15 403 409, die Ausgaben 15 561 328 Pfund Sterling. Es bestand ein Fehlbetrag von 157 319. Dazu kamen 1 860 090 Pfund Sterling Zinsen, die für eine Schuldenlast von 31 638 827 Pfund Sterling zu zahlen waren, während die Schulden 1797/98 nur 17 059 192 Pfund Sterling ausmachten! Unbekümmert um die Lage in Indien, welche die kriegerischen Maßnahmen nöthig und nützlich machte, legte die Company den schlechten Stand ihrer Finanzen dem Governor General zur Last und sprach ihm ihre Unzufriedenheit wiederholt sehr scharf aus. Sie vermerkte nicht minder übel, daß Wellesley, um den Export indischer Waaren nach England zu fördern, wiederholt die Benützung von Schiffen gestattete, die in Indien gebaut waren, und daß er den privaten Handel förderte. Man verdachte es ihm endlich, daß er kostspielige Schulen zur sachgemäßen Ausbildung der in Indien thätigen Beamten an Ort und Stelle ins Leben rufen wollte. — Unter diesen Umständen fanden auch Anklagen der von Wellesley ihrer Macht beraubten Nabobs, die ihre Freunde und Vertrauensmänner in England hatten, dort williges Ohr. Besonders die Nabobs von Oude und von Arcot setzten alle Hebel gegen den Beamten, der ihrer Mißwirthschaft mit einem Streich ein Ende bereitet hatte, in Bewegung. Der Governor General wurde der ungerechten Begünstigung

seiner Brüder und Günstlinge, verschwenderischen Lebenswandels, der rücksichtslosen Bedrückung und Aussaugung der Eingeborenen und des Ungehorsams gegen die ihm ertheilten Weisungen beschuldigt. Obwohl in Indien nur eine Stimme über die Vorzüglichkeit seines Wirkens war und ihm auch nicht ein Fall nachzuweisen war, wo er nach dem Muster von Clive und Hastings eine Gelegenheit zu seiner Bereicherung benützt hätte, wurden alle gegen ihn gerichteten Verleumdungen geglaubt. Um der Demüthigung einer Abberufung zu entgehen, verlangte er 1805 seinen Abschied und kehrte nach London zurück. Hier war er noch längere Zeit der Gegenstand von Angriffen, bis 1808 das Parlament alle Anklagen als unbegründet abwies und Wellesley volle Anerkennung seiner Thätigkeit aussprach.*)

Drittes Kapitel.

Aufhebung des Monopols der Company.

Die Nachfolge Wellesleys wurde Lord Cornwallis, der schon zu Ende des 18. Jahrhunderts so erfolgreich in Indien thätig gewesen war, übertragen. Die ihm ertheilten Weisungen gingen dahin, die mit den indischen Fürsten geschlossenen Schutzverträge größtentheils zu lösen, die Jumna wieder zur Westgrenze des britischen Reiches zu machen und die Inder ihrem Schicksal zu überlassen.

Ihre Uneinigkeit wurde als bester Schutz für die Macht der Company erklärt. Cornwallis, der sehr gealtert und kränklich war, hat die ersten Schritte zur Ausführung dieser Politik bei seinem Eintreffen in Indien Sommer 1805 gethan. Als er wenige Monate darauf starb, setzte das älteste Mitglied des Councils, Sir George Barlow, der Wellesleys Mitarbeiter und Freund gewesen war, die von Cornwallis eingeleiteten Verhandlungen trotz aller Vorstellungen General Lakes fort. Das Ergebniß war, daß Sindia und Holcar ihre meisten Besitzungen wieder erhielten und den Rajpooten und anderen kleinen Fürsten der versprochene Schutz entzogen wurde, so daß sie sich der Rache der Mahratten ausgeliefert sahen. Unbekümmert um

*) Die Company hat 1834 Wellesleys Depeschen auf eigene Kosten drucken und an alle Beamten vertheilen lassen. Wellesley ist erst 1842 gestorben. Er war zweimal Vizekönig von Irland und auswärtiger Minister.

ihre Klagen wurden die Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben fortgesetzt. Die irregulären Truppen wurden in aller Eile aufgelöst, ihre Führer durch Ueberweisung der Einnahmen gewisser Gebiete abgelohnt, das Steuerwesen reformirt, und in der ganzen Verwaltung äußerste Sparsamkeit eingeführt. Die politischen Gesichtspunkte traten durchweg hinter die kaufmännischen zurück, trotzdem die Zeiten, wo die East India Company ein Handelsunternehmen war, längst vorbei waren! Es gelang Barlow auf diese Weise sehr rasch, die Ausgaben einzuschränken. 1807/8 betrugen die Einnahmen 15 669 905, die Ausgaben 15 979 027 Pfund Sterling, das Defizit also nur noch 309 122 Pfund Sterling! — So sehr diese Maßregeln Barlows bei der Company Beifall fanden, so übel wurde ihm der Ausbruch von Unruhen unter den indischen Truppen, den Sepoys, genommen. Veranlaßt durch einige ihnen mißliebige Aenderungen ihrer Bekleidung empörten sich 1806 die in Vellore stationirten Sepoys und tödteten über 100 Europäer. Der Aufstand wurde rasch niedergeworfen und die Söhne Tippoos, welche man nicht unbetheiligt glaubte, von Vellore nach Bengalen geschafft. Das Vorkommniß erregte aber großes Aufsehen in England.

Im Sommer 1807 übernahm Lord Minto das Government Indiens. Er war als Mitglied des Parlaments unter dem Namen Sir Gilbert Elliot bei den Maßnahmen gegen Warren Hastings und den Oberrichter Elijah Impey in hervorragender Weise thätig gewesen und hatte dabei eine nähere Kenntniß der indischen Verwaltung erworben. Seine Absicht war, mit möglichster Vermeidung von Ausgaben in Ruhe und Frieden die Herrschaft Großbritanniens auszubauen. Nur zu bald nöthigten ihn jedoch die Verhältnisse, zu der Politik Wellesleys zurückzukehren. Die Rajpootfürsten, die unter sich und mit Holcar in blutigem Streit lagen, riefen wiederholt die Hülfe der Company an. Dazu bedrohte Ameer Khan, der Feldherr und Genosse Holcars, 1809 den Rajah von Berar, und Mahrattenbanden verwüsteten weit und breit das Land. Da Warnungen umsonst blieben, entschloß sich Lord Minto zu Gewaltmaßregeln gegen Malwa. Nur die Rücksicht auf die Finanzen und die strikten Befehle von England hinderten ihn daran, mit der Macht Holcars und Ameer Khans ein vollständiges Ende zu machen. Durchgreifender waren die Maßregeln dieses Governor General gegen die auswärtigen Feinde. Er schloß mit Persien und Kabul Bündnisse gegen

Frankreich, leitete die Wegnahme von Isle de France, Bourbon und den Molukken 1810 in die Wege und besetzte Java mit Zubehör im folgenden Jahre. Als er 1813 sein Amt niederlegte, empfahl er dringend zu Hause Wiederaufnahme der Wellesleyschen Politik und gewaltsame Beseitigung der widerstrebenden Elemente unter den einheimischen Fürsten.

Selbst bei bestem Willen war die Company damals nicht in der Lage, diesem Rath Folge zu geben. Ihre Finanzen befanden sich trotz aller Anstrengungen noch immer in trauriger Verfassung. Während ihre Ausgaben infolge des englisch-französischen Krieges sehr hoch blieben, sank der Werth der indischen Waaren, die in England fabrizirten Baumwollstoffe verdrängten die indischen, und viele Schiffe wurden durch Kaper weggefangen. 1808 mußte sie die Hülfe der britischen Regierung zur Deckung der laufenden Ausgaben in Anspruch nehmen. Zwei Jahre später sah sie sich in derselben Lage, da der Verlust von 14 großen Schiffen, deren Ladung allein über 1 Million Pfund Sterling Werth hatte, während des Krieges in den Jahren 1808 bis 1810 ihrem Handel einen schweren Schlag versetzt hatte. Trotzdem Großbritannien selbst in schwieriger Lage war und alle Kräfte anspornen mußte, um die Ausgaben seiner Kriege zu bestreiten, wurde der Company Anfang 1811 wie 1808 ein Darlehen von 1½ Millionen bewilligt. Und ein neues Gesuch der Gesellschaft im Jahre 1812 um 2½ Millionen fand ebenfalls Genehmigung!

Seit 1808 prüfte ein auf Antrag von Dundas niedergesetzter Parlamentsausschuß die Thätigkeit und die Lage der Company, da der Zeitpunkt des Ablaufens ihrer Charter heranrückte. Die Handelswelt verlangte in jenen Jahren mehr als jemals nach dem gewaltigen Aufschwung, den Englands Macht während der Revolutionskriege genommen hatte, die Freigabe des Verkehrs nach Indien. Die Regierung andererseits war so wenig wie früher geneigt, die Company zu beseitigen und auf den durch sie gewährten Einfluß zu verzichten. Ihre Stellungnahme zeigte sich bei jeder Gelegenheit. Als die Direktoren der Gesellschaft beschuldigt und nachgewiesen wurde, daß eine Anzahl Beamten- und Offizierstellen in Indien verkauft worden waren, begnügte sich die Regierung mit der Versicherung, daß Personen, denen die fraglichen Stellen übertragen worden waren, sie an Dritte verkauft hätten. Die betreffenden Stellenkäufer wurden

aus dem Dienst entlassen, aber sogleich durch die Direktion neu angestellt! Der Untersuchungsausschuß stand ebenso wie die Regierung auf Seiten der Company.

Unter diesen Umständen ist es nicht allzu verwunderlich, daß die Gesellschaft trotz ihrer finanziellen Bedrängniß und aller gegen sie erhobenen Vorwürfe die Verlängerung ihres Monopols nicht durch Anerbieten neuer Zugeständnisse zu erkaufen versuchte, sondern ihrerseits vom Parlament neue Vortheile verlangte. Indem sie das Recht auf alle von ihr erworbenen Gebiete in Indien betonte, das ihr auch nach Ablauf der Charter zustehe, forderte sie Entschädigung für die in politischem Interesse gemachten Aufwendungen, Beihülfe Großbritanniens zur Tilgung der indischen Schuld und höheren Antheil an den Erträgen Indiens für die Aktionäre! Staatssekretär Dundas lehnte jedoch eine Anerkennung des Besitzanspruches der Company auf indisches Gebiet ab und ging auch auf die Frage einer höheren Bemessung der Dividenden nicht ein. Er ließ auch keinen Zweifel darüber, daß die Regierung eine Verlängerung des Handelsmonopols für unthunlich ansehe, da die Lage des Welthandels eine andere geworden sei. Nur die Forderung einer Entschädigung für die Aufwendungen in politischem Interesse erkannte er als billig an und betonte seine Bereitwilligkeit, die Rechte der Company auch fürderhin bestehen zu lassen. — Die Entrüstung der Gesellschaft hierüber war groß. Sie erwiderte, daß die Aufhebung des Handelsmonopols ihren Bestand bedrohen und England schweren Schaden verursachen würde. Sollte die Regierung darauf bestehen, so könne den Aktionären nicht empfohlen werden, eine Verlängerung der Charter nachzusuchen. Die Verhandlungen kamen damit für längere Zeit zum Stillstand. Erst 1811 theilte der Präsident des Boards of Control, damals Lord Melville, der Company mit, daß eine Verlängerung der Charter von Zulassung der Waaren und Schiffe privater Unternehmer zum Verkehr mit Indien abhängig gemacht werde. Da das Ministerium in diesem Punkte fest blieb, ließ sich die Direktion, wenn auch sehr widerstrebend, auf Verhandlungen darüber ein. Sie versuchte zunächst wenigstens noch das Monopol des Londoner Hafens im indischen Handel zu wahren und an Stelle einer vollen Freigabe lediglich mit einer Vergrößerung der Rechte Privater zur Theilnahme an diesem Verkehr davonzukommen. Die Regierung wollte aber davon nichts hören. Sie war nur bereit, der Company das ausschließliche Recht

des Handels mit China zu lassen und alle Niederlassungen in Indien von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Im Uebrigen erklärte sie die Freigabe des Handels im Interesse Großbritanniens wie der Company gelegen, da sowohl den Amerikanern als anderen Völkern der Verkehr in Indien bereits freistünde. — Die Aktionäre der Gesellschaft fügten sich im April 1812 den Wünschen des Ministeriums.

Kaum wurde das Parlament mit der Angelegenheit befaßt, so regnete es Petitionen. Fast jede ansehnlichere Stadt verlangte Aufhebung der Company und Gleichstellung mit London im asiatischen Aus- und Einfuhrhandel. Die Gesellschaft und die Londoner Interessenten setzten der Bewegung allen erdenklichen Widerspruch entgegen und wiesen auf die angeblich zu erwartende Schädigung des Landes durch die Entwerthung der Aktien der Company und durch Zunahme des Schmuggels hin. Aufs Neue wurde das Recht der Company auf allen aus ihren Mitteln in Indien erworbenen Landbesitz betont. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß eine aus loyalen Unterthanen des Königs bestehende Gesellschaft, die ihren Bestand und alle ihre Rechte nur der britischen Regierung verdanke, nicht gegen den Willen der Letzteren Ansprüche auf das indische Reich erheben könne. Eine Beendigung des Streites wäre schwierig gewesen, wenn nicht einerseits das Ministerium den Wunsch gehegt, am Bestande der Company nichts zu ändern, und andererseits das Publikum die Besetzung der fetten Stellen Indiens lieber in den Händen einer Gesellschaft als der Regierung gesehen hätte. Dazu kam, daß der Freigabe des chinesischen Handels ernstliche Schwierigkeiten entgegenstanden. Die chinesische Regierung hatte nämlich das Recht zum Handel mit der Außenwelt auf den Hafen von Kanton und eine kleine Gruppe von dortigen Kaufleuten beschränkt. Wurde plötzlich der East India Company das Monopol des Verkehrs mit China genommen und machten sich hier verschiedene englische Interessenten Konkurrenz, so war nach Ansicht des britischen Ministeriums Streit mit den Chinesen und vielleicht zeitweilige Sperrung des Handels zu befürchten. Die Freigabe des Verkehrs mit Indien ließ sich dagegen ohne besondere Schwierigkeiten durchführen. Sie erschien im Interesse der Schifffahrt und des Handels Großbritanniens, die unter der Napoleonischen Kontinentalsperre litten, geboten, und zwar umsomehr, als die Vereinigten Staaten bereits ohne jedes Hemmniß den Handel mit Indien betrieben.

Bei dieser Sachlage war der Ausgang von vornherein kaum zweifelhaft. Die Company versuchte allerdings bis zum letzten Augenblick, ihren Willen durchzusetzen. Sie erwirkte, daß das Parlament Sachverständige über die Wirkung der Freigabe des indischen Handels hörte. Diese, darunter der alte Warren Hastings, Colonel Malcolm, Colonel Munro u. A., bezeichneten besonders den freien Zustrom von Europäern nach Indien als sehr bedenklich. Sie würden die Eingeborenen mißhandeln, dadurch erbittern und so den Bestand des Reiches in Frage stellen. Doch waren die Ansichten darüber getheilt, ob Freigabe des Handels wirklich große europäische Einwanderung zur Folge haben werde. Verschiedene Kenner meinten, daß Europäer weder in Gewerbe noch Landbau mit den Indern konkurriren könnten, selbst wenn das bestehende Verbot des Landbesitzes durch Europäer aufgehoben würde. Sie hielten auch eine große Ausdehnung des Handels nach Beseitigung des Monopols für unwahrscheinlich, da die Inder nicht kaufkräftig genug wären. — Die Sachverständigen wurden vom Parlament auch über Thunlichkeit und Aussichten der Missionirung Indiens befragt, welche von verschiedenen Seiten sehr lebhaft befürwortet wurde. Da Alle der Ansicht waren, daß gewaltsame Missionsversuche die Eingeborenen in bedrohliche Aufregung versetzen und Großbritanniens Herrschaft in Frage stellen würden, fand die Anregung keinen Beifall.

Auch bei der Erörterung der ganzen Angelegenheit im Parlament Ende Mai und Anfang Juni verfocht die Company unentwegt ihren Standpunkt. Sie erhielt alle Ansprüche aufrecht und entwarf ein trauriges Bild von den Folgen der beabsichtigten Maßnahmen. Dem Verlust Amerikas werde jetzt der Indiens folgen. Dessen ungeachtet verlängerte das Unterhaus die Charter für neue 20 Jahre nur unter der Maßgabe, daß Schifffahrt und Handel nach und von Indien allen Briten freistehen sollten. Das House of Lords trat trotz lebhafter Verfechtung des Standpunktes der Company durch Marquis Wellesley und Andere diesem Beschlusse bei.

Die Company tröstete sich damit, daß die Warnungen aller Sachverständigen vor übertriebenen Erwartungen die Kaufleute zurückschrecken und die ihr verbliebenen Kontrolvollmachten eine Handhabe bieten würden, ihr auch in Zukunft die Hauptvortheile zu sichern.

Viertes Kapitel.

Weitere Beschränkung der Rechte der Company.

Zum großen Leidwesen der Company nahmen auch während der neuen ihr ertheilten Frist die Kämpfe in Indien kein Ende. Lord Moira,*) der Nachfolger Mintos, sah sich durch Angriffe und Räubereien der Goorkhas, die in dem weiten Thale von Nepaul am Fuße des Himalaya saßen, genöthigt, dort einen Krieg zu führen, obwohl die Geldverlegenheiten zu Anfang seiner Verwaltung 1813 größer als je waren. Der Feind wurde im Herbst 1814 mit etwa 25 000 Mann von verschiedenen Seiten angegriffen. Bald zeigte sich, daß man es hier mit ganz anderen Gegnern als im übrigen Indien zu thun hatte. Die Goorkhas leisteten verzweifelten und entschlossenen Widerstand und vertheidigten jeden Posten bis aufs Aeußerste. Es bedurfte der größten Anstrengungen, um ihrer Herr zu werden und ihnen das Gebiet von Gogra bis zum Sutley abzunehmen. Die Aufnahme eines Residenten und einer britischen Truppe lehnten sie auch dann noch ab, und erst ein neuer Feldzug im Januar 1816 brachte sie zur vollen Unterwerfung.

Die Ruhe war hier kaum hergestellt, so entstanden Verwickelungen im Westen Indiens. Die räuberischen Mahrattenbanden in Malwa waren hier von Jahr zu Jahr frecher geworden und hatten Hunderte von Dörfern im britischen Gebiet verwüstet. Im Stillen wurden sie dabei unterstützt von dem Peshwa der Mahratten, von Sindia und den Herrschern von Malwa und Berar. Als der Governor General sich davon überzeugte, zwang er den Peshwa durch Androhung von Gewalt im Juni 1816 zur Abtretung eines größeren Gebietes, Aufnahme von 8000 Mann britischer Truppen und Auslieferung eines besonders bloßgestellten Berathers. Sobald dies erreicht war, ging er 1817 daran, die Mahrattenbanden der Pindarries in den Gebieten Sindias, Holcars, Bhopals, Bundelkunds und der Rajpooten einzuschließen und dort zu vernichten. 91 000 Mann reguläre und 23 000 irreguläre Truppen waren mit der Ausführung des Planes betraut. Angesichts dieser Macht wagten die Häuptlinge der erwähnten Gebiete keinen Widerstand, sie verpflichteten sich, die Briten bei ihrem Vorgehen zu unterstützen und lieferten als Bürgschaft eine

*) Später zum Marquis of Hastings ernannt.

Anzahl Festungen aus. Trotz dieser bedrohlichen Ereignisse dachten die Pindarrybanden aber nicht an Unterwerfung. Sie vertrauten auf Hülfe von Poonah. Unter den Augen der britischen Beamten und Offiziere rüstete nämlich der Peshwa aus Leibeskräften, wie er sagte, zur Unterstützung der Briten. In Wahrheit stand er mit den Pindarries in enger Fühlung und wollte die Gelegenheit benutzen, der britischen Schutzherrschaft ledig zu werden. Er gewann einen Theil der Sepoys der Company für sich und überfiel und zerstörte Anfang November 1817 die britische Residenz. Den britischen Truppen trat er mit großer Uebermacht bei Kirkee vor Poonah entgegen und hätte sie vernichtet, wenn nicht deren Tapferkeit und gute Leitung ihre geringe Zahl aufgewogen hätten. Der Angriff wurde abgeschlagen, der Peshwa zog sich eilig zurück, und Poonah fiel den Briten in die Hände. Kurz darauf unterlag der Verbündete des Peshwa, der Rajah von Berar, und mußte Frieden schließen. Der Peshwa suchte nach einem harten unentschiedenen Kampfe Anfang 1818 Heil in der Flucht. Als die Festung Sattara den Briten in die Hände gefallen war, bat er um Frieden und erhielt ihn gegen Verzicht auf alle politischen Rechte und Ansprüche. Es wurde ihm eine jährliche Pension von 8 Lakh Rupien jährlich und als Aufenthalt Bithoor bei Cawnpore angewiesen. Inzwischen war Lord Moira trotz der damals zuerst unter den Truppen ausgebrochenen Cholera und trotz der Wirkungen einer Mißernte auch der Pindarries Herr geworden. Sie wurden von einem Platz nach dem anderen vertrieben und mußten sich endlich ergeben, soweit sie nicht umgekommen waren. Die letzten widerstrebenden Plätze fielen 1819 der Company in die Hände. — Das Ergebniß der Kämpfe war die vollständige Vernichtung der letzten Macht der Mahratten. Ganz Hindostan und Dekkan wurden britischer Besitz. Nur wenige machtlose Fürsten blieben noch bestehen. Nicht nur die Einnahmen der Company, sondern auch die Macht ihres Reiches erfuhren eine außerordentliche Erweiterung. Bengalen, Madras, Bombay waren jetzt zu Lande vollständig verbunden. Kein indischer Staat konnte mehr an ernstlichen Widerstand denken. — Die britische Verwaltung, die sich lange gegen Krieg mit den Mahratten gesträubt hatte, erkannte nachträglich die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen an und bekundete Lord Moira ihre Dankbarkeit. Ueber den näheren Zusammenhang der Dinge und der Verhältnisse Indiens im Allgemeinen war freilich

weder im englischen Volk noch im Parlament damals irgendwelche nennenswerthe Kenntniß vorhanden. Man kümmerte sich weder um die großen dortigen Reiche noch um ihre Herrscher. Canning entschuldigte sich März 1819 förmlich, daß er so viele schwer auszusprechende indische Namen im Parlament vorbringe, da sie Niemand kenne oder sich darum kümmere!

Unter Lord Moiras Verwaltung fand die Rückgabe des indischen Archipels an die Niederlande statt. Unterm 24. Juni 1816 hatte sich Großbritannien dazu verpflichtet, ohne sich auch nur besondere Handelsvortheile auszubedingen. Nur die früheren Handelsniederlassungen der Holländer auf dem indischen Festlande behielt es, dazu Ceylon. Ceylon war nach einer Erhebung des Häuptlings von Candy von Seiten der britischen Regierung in Besitz genommen und als eigene Kolonie eingerichtet worden. 1819 setzte sich die East India Company dann noch auf der Insel Singapore fest. Die Niederlassung wurde von Sir Stamford Raffles gegründet, der die Insel vom Sultan von Johor erwarb. Es protestirten gegen diesen Schritt die Holländer, welche sich als Herren der malayischen Halbinsel betrachteten, und Siam, dem verschiedene Sultane tributpflichtig waren. Die britische Regierung wollte daher zunächst die Niederlassung nicht genehmigen. Mit Rücksicht auf die große handelspolitische Bedeutung Singapores wurde indessen schließlich die Erwerbung anerkannt und mit den Niederlanden im März 1824 darüber eine Verständigung herbeigeführt. Die Niederlande verzichteten auf alle Ansprüche und Neuerwerbungen im ostindischen Festland und der malayischen Halbinsel. Dafür verpflichtete sich Großbritannien, südlich der Straße von Singapore keinerlei Erwerbungen zu machen.*) Singapore, das 1819 etwa 200 bis 300 malayische Fischer und Seeräuber als Einwohner zählte, wuchs nach der Einrichtung britischer Verwaltung und Erklärung zum Freihafen mit staunenswerther Schnelligkeit. Binnen des ersten Jahres stieg seine Bevölkerung auf 10 000 Köpfe. Während der zwei ersten Monate besuchten es 173 Schiffe! 1823 passirten 424 europäische Schiffe die Straße von Malakka und legten meist bei Singapore an!

Als Lord Moira 1823 Indien verließ, hatte er die Herrschaft der Company nach allen Seiten ausgedehnt und befestigt und daneben

*) Die englische Niederlassung Bencoolen auf Sumatra wurde durch den Vertrag an Holland abgetreten.

ihre finanzielle Lage nicht unerheblich verbessert. Während die Einnahmen 1813/14 17 228 000 Pfund Sterling betrugen, beliefen sie sich 1822/23 auf 23 120 000. Es standen ihnen 18 082 000 Pfund Sterling Ausgaben und 1 694 000 Pfund Sterling Zinsen für die 29 382 000 Pfund Sterling betragende indische Schuld gegenüber. Somit verblieb ein Ueberschuß von 3 344 000 Pfund Sterling! Der Handel Indiens, der 1813/14 auf etwa 14 Millionen Pfund Sterling an Werth veranschlagt wurde, betrug 1822/23 mehr als 19 Millionen Pfund Sterling. Was der Governor General nicht hindern konnte, war der Rückgang des Eigenhandels der Company. Es zeigte sich nach der Aufhebung des Monopols, daß private Unternehmer doch weit rühriger und geschickter vorgingen als die Gesellschaft. Während diese 1814 für 826 500, 1820 für 971 000, 1823 für 458 500 Pfund Sterling Waaren nach Indien ausführte, belief sich der Umfang des Exports privater Kaufleute in denselben Jahren auf 1 854 600, 3 037 900, 3 416 200 Pfund Sterling. Zum Nachfolger Lord Moiras war George Canning, der 1816 bis 1820 das Amt des Präsidenten des Board of Control bekleidet hat, ausersehen. Er sah sich durch seine Ernennung zum Auswärtigen Minister bei Castlereaghs Tod an der Uebernahme des Postens verhindert, und Lord Amherst ging 1823 als Governor General nach Kalkutta. Noch hatte er sich kaum auf seinem Posten eingerichtet, so sah er sich in einen Krieg mit Birma verwickelt. — Dieser Staat war Mitte des 18. Jahrhunderts durch einen Aufstand des zu Pegu gehörigen Ava entstanden. Die Avaleute eroberten Rangoon, die Hauptstadt Pegus, nahmen Siam die Tenasserimküste ab und annektirten schließlich Arracan, Munnipoor und Assam. Bei diesen Kämpfen flüchteten viele Tausende Bewohner Arracans auf britisches Gebiet. Die Behörden versuchten sie erst auszuweisen. Als die friedlichen, in tiefstem Elend befindlichen Leute aber sich durchaus weigerten, in birmanisches Gebiet zurückzukehren, wurden sie in Chittagong angesiedelt, obwohl der Herrscher Birmas wiederholt ihre Auslieferung forderte. Führte dies schon zu Reibereien, so wurde die Lage noch schlimmer, als die Flüchtlinge, nachdem sie sich in Chittagong eingerichtet, die Birmaner anzugreifen begannen. Der König von Birma wurde so erbittert, daß er Bündnisse zur Vernichtung der Engländer zu schließen begann und Herbst 1823 Angriffe auf britisches Gebiet machte.

So ungern Lord Amherst den Krieg, zumal in ganz unbekanntem Gebiet und bei dem Sträuben der eingeborenen Truppen gegen Transport auf Schiffen, wodurch sie ihre Kaste verloren, unternahm, es blieb nichts übrig, als den Birmanen das Handwerk zu legen. Es wurde Mai 1824 eine ansehnliche Macht auf den Andamanen zusammengezogen und von dort aus Rangoon eingenommen. Ebenso glücklich war der Sturm auf ein befestigtes Lager der Birmanen am Irawaddy. Dann folgte jedoch eine Niederlage, die Briten mußten lange Zeit in Rangoon bleiben, und hier rafften Fieber und Mangel an frischer Nahrung viele dahin. Erst als Verstärkungen und Vorräthe aus Bengalen kamen und 11 000 Mann in Chittagong versammelt waren, konnte der Krieg kräftig geführt werden. Der König von Birma, welcher sich gefreut hatte, die Briten durch die Aufgabe Rangoons in eine Falle gelockt zu haben, gerieth nun in Bedrängniß. Assam, Cachar, Tenasserim und ein Theil Arracans fielen den Briten in die Hände, März 1825 mußte das birmanische Heer die Festung Donabew räumen, Anfang Dezember wurde es vollständig geschlagen. Trotz dieser Niederlagen gab der König den Kampf nicht auf. Erst als die Feinde vor Ava standen, bat er durch zwei amerikanische Missionare ernstlich um Frieden. Er mußte Arracan und Tenasserim abtreten, 1 Crore Rupien (etwa 1 Million Pfund Sterling) zahlen, alle Ansprüche auf Assam, Jyntia, Cachar und Munnipor, welche britische Schutzstaaten wurden, aufgeben und einen Residenten der Company bei sich aufnehmen.

Ebenso glücklich verlief ein Feldzug Ende 1825 und Anfang 1826 gegen den aufsässigen Rajpootenfürsten von Bhurtpoor. Die von General Lake seiner Zeit vergeblich belagerte Festung wurde erstürmt und dem Feinde ein Verlust von etwa 14 000 Mann zugefügt.

Während Amhersts Verwaltungszeit wurde Großbritannien zum ersten Male in die Streitigkeiten Rußlands mit den mittelasiatischen Reichen verwickelt. Bei einem Streit Persiens mit Rußland 1827 über die Kaukasusgrenze rief Ersteres Englands Hülfe auf Grund des Vertrages von 1814 an.*) Bei der entschiedenen Ablehnung Rußlands, eine Vermittelung der Briten zuzulassen, kam es zu einem Kampfe zwischen beiden Mächten, bei dem Persien unterlag, ohne

*) England hatte sich darin zu einer jährlichen Subsidie von 200 000 Goldtomauns verpflichtet, die zu Rüstungen gegen feindliche Angriffe dienen sollte. Der Schah versprach dagegen Bundesgenossenschaft gegen Afghanistan.

daß Großbritannien ernstlich eingegriffen hätte. Die Wirkung dieses Verhaltens war eine starke Schwächung des britischen Einflusses in Persien. Man tröstete sich indessen darüber mit dem Gedanken, daß die Verbindung mit einem so schwachen Staat wie Persien ohne Werth sei. — Im Ganzen widmete man damals in England diesen Fragen noch weniger Aufmerksamkeit als zuvor, da der Kampf um die Parlamentsreform die Gemüther ganz und gar erfüllte. Nur die finanziellen Angelegenheiten Indiens wurden einigermaßen im Auge behalten, und sie gerade waren nicht dazu angethan, besondere Freude zu wecken.

Es betrugen

	die Einnahmen Pfund Sterling	Ausgaben Pfund Sterling	Ueberschuß Pfund Sterling
1822/23	23 118 000	18 406 000	4 712 000
1827/28	22 863 000	21 974 000	889 000

Der kleine noch verbliebene Ueberschuß reichte nicht mehr zur Deckung der Zinsen der während des birmanischen Krieges erheblich angewachsenen Schuld. Von 29 388 000 Pfund Sterling, die mit 1 762 000 Pfund Sterling verzinst wurden, war sie 1827/28 auf 39 606 000 Pfund Sterling gestiegen, welche trotz einiger Zinsherabsetzungen 1 918 000 Pfund Sterling zur Verzinsung erforderten.

Schon infolge dieser schlechten Finanzlage war das Augenmerk des neuen Governor General Lord William Bentinck in erster Linie auf Einschränkung der Ausgaben und Stärkung der Einnahmequellen Indiens gerichtet. Die bewaffnete Macht wurde stark vermindert, die Zuschläge zum Sold der Offiziere für den Dienst im Felde wurden herabgesetzt und die Ausgaben der Verwaltung um etwa 1 553 000 Pfund Sterling eingeschränkt. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Steigerung der Erträge des Opiummonopols und der Grundsteuern getroffen. Die Rechtspflege wurde durch Erweiterung der Vollmachten eingeborener Richter erleichtert. Ein Gesetz von 1829 verbot die Tödtung der Frauen verstorbener Hindoos, welche alljährlich in Hunderten von Fällen vorkam. Auch der Verbesserung der Verbindung Indiens mit dem Mutterlande wandte Bentinck seine Aufmerksamkeit zu. Da die Sendung von Dampfern ums Kap, die 1825 versucht wurde, eine zu geringe Zeitersparniß bedeutete, versuchte man einen Weg vom Mittelmeer zum Euphrat und dann auf diesem nach Indien herzustellen. Als hier die Wasserverhältnisse

des Stromes und die Araberstämme Hindernisse bereiteten, wurde es mit einer Dampferlinie nach Suez und einer zweiten von Egypten nach England versucht. Damit wurde eine Abkürzung des Weges zwischen London und Bombay auf 45 Tage erreicht. Auch auf dem Indus und Ganges wurden Versuche mit Dampfschifffahrt gemacht. — Weniger erfolgreich waren die Anstrengungen zur Hebung des Handels Indiens. Das Sinken des Werthes der indischen Waaren und die Verdrängung der indischen Baumwollstoffe durch englische trugen die Schuld daran nicht minder wie der 1833 eintretende Zusammenbruch einer Menge englischer Firmen in Calcutta. Von 19 290 000 Pfund Sterling im Jahre 1822/23 fiel der Umfang des indischen Handels 1834/35 auf 17 329 000 Pfund Sterling. Die von der Company selbst betriebene Ausfuhr sank von 598 500 Pfund Sterling im Jahre 1825 auf 149 100 Pfund Sterling im Jahre 1832, während der private Export in derselben Zeit von 2 574 600 auf 3 601 000 Pfund Sterling stieg.

Trotz dieses Umstandes gelang es Lord Bentinck, die Finanzlage der Company wesentlich zu bessern. 1836 beliefen sich die Schulden nur noch auf 26 947 000 Pfund Sterling, die 1 426 000 Pfund Sterling Zinsen erforderten. Die Einnahmen, die 1829 sich auf 19 486 000 Pfund Sterling beliefen, stiegen zwar 1836 nur auf 19 543 000 Pfund Sterling, aber die Ausgaben sanken in dieser Zeit von 18 541 000 auf 15 991 000 Pfund Sterling, so daß 1836 an Stelle eines Defizits von über einer Million ein Ueberschuß von 1 442 000 Pfund Sterling erzielt wurde! — Daneben hat Lord Bentinck für Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande gesorgt und das Schulwesen gefördert. Auf den Rath Macaulays erklärte er, trotz abweichender Ansicht der Orientalisten, Englisch für die amtliche Sprache Indiens. — 1834 stand der Ablauf der Charter der Company wieder bevor. In der britischen Handelswelt bestand überall das Verlangen, daß dieser Anlaß benutzt werde, um der Company nun auch das Monopol des Handels mit China abzunehmen. Von 1829 an wurden Petitionen von verschiedenen Städten her in diesem Sinne ans britische Parlament gerichtet. Wenngleich die Angelegenheit damals während der Kämpfe um die Parlamentsreform nicht sehr große Beachtung fand, wurden 1830 Ausschüsse beider Häuser des Parlaments mit Prüfung der Lage der Company und Indiens betraut. Die Minister enthielten sich dabei jeder Andeutung über ihre

Absichten. Trotz der Hindernisse, welche die wiederholten Auflösungen des Parlaments und die ausschließliche Beschäftigung der öffentlichen Meinung mit der Reformfrage zu jener Zeit den Untersuchungsarbeiten in den Weg legten, wurden sie Sommer 1832 zum Abschluß gebracht und dem Parlament vorgelegt. Das Ergebniß war Empfehlung der Aufhebung des Monopols für den Chinahandel. Es wurde festgestellt, daß die Company den allmählich unentbehrlich gewordenen Thee sich viel zu hoch bezahlen lasse und so auf Kosten des englischen Volkes alljährlich große Gewinne mache.*) Gebe man den Chinahandel frei, hieß es, so werde der Theepreis auf denselben Satz wie in Amerika und auf dem Kontinent sinken und guter Thee Jedermann zugänglich werden. Abgesehen davon sei ein neuer großer Aufschwung des britischen Handels zu erwarten, da die Company sich als unfähig erweise, diesen Geschäftszweig gehörig zu entwickeln. Die Gesellschaft wies demgegenüber vergeblich auf die in China sicher zu erwartenden Schwierigkeiten hin. Die gerade damals in England fühlbare Ueberproduktion erforderte Eröffnung neuer Märkte, und daß die Freigabe des Handels mit China zur Förderung der Ausfuhr besonders beitragen werde, darüber herrschte nur eine Stimme. Ende 1832 theilten daher die Minister Earl Grey und Charles Grant der Direktion der Company mit, daß bei Erneuerung der Charter Wegfall des Monopols für den Chinahandel unumgänglich sei. Die Gesellschaft begnügte sich, darauf zu erwidern, daß eine solche Maßnahme in erster Linie Großbritannien Schaden bringen dürfte. Es werde eine regelmäßige Zolleinnahme von etwa 3 300 000 Pfund Sterling jährlich einbüßen, der Thee werde schlechter und vielleicht nicht einmal billiger werden. Bei der Verranntheit der öffentlichen Meinung lohne es indessen nicht, sich dagegen zu sträuben. Sie beanspruche nur eine angemessene Frist, um ihre Vorräthe abzusetzen.

Was die weitere Verwaltung Indiens durch die Company betraf, so regte sich in dieser Hinsicht wenig Interesse für eine Aenderung im Publikum. Die Regierung fühlte sich nicht in der Lage, die Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Die Minister schlugen daher der Direktion vor, es in dieser Hinsicht beim Alten

*) Von 1814/15 bis 1828/29 hat der Chinahandel der Company 15 414 000 Pfund Sterling Gewinn gebracht.

zu lassen. — Die Direktoren erklärten sich zwar bereit, den Vorschlag den Aktionären zu unterbreiten, sie äußerten indessen Zweifel, ob die Company nach Wegfall des Handelsgewinnes noch in der Lage sein werde, die Kosten der Verwaltung aufzubringen. Sie habe jährlich an Schuldzinsen, Pensionen, Gehältern, Verwaltungskosten &c. in Großbritannien gegen drei Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Bisher habe sie diese Summen meist durch Verkauf von Waaren aufgebracht. In Zukunft werde sie in baar Geld oder Wechseln zahlen müssen. Beides bedinge für sie und Indien große Nachtheile. Dazu komme noch der Theil der indischen Verwaltungskosten, welcher durch die Einnahmen nicht gedeckt werde, und der bisher aus dem Handelsgewinn bezahlt worden sei.*) In welcher Weise solle sich die Company in Zukunft helfen? Ehe sie sich daher zur Fortführung der Geschäfte entschließe, müsse ihr eine Unterstützung zur Deckung ihrer Ausgaben zugesichert werden!

Sachverständige erklärten die Bedenken der Company wegen Erschwerung ihrer in England zu leistenden Zahlungen für unbegründet. Der stetig zunehmende private Handel werde genügend Wechsel zu günstigem Kurse zur Verfügung stellen. Uebrigens würde auch eine gelegentliche Baargeldausfuhr ohne schädliche Nachwirkung sein. — Ebenso wurde den Behauptungen der Gesellschaft, daß sie aus dem Handelsgewinn Zuschüsse zu den Verwaltungskosten geleistet habe, kein Gewicht beigemessen. Ihre Gegner vertraten die Ansicht, daß die Company bei ihren Handelsgeschäften seit Langem nur Schaden gehabt und hauptsächlich zu dessen Deckung Schulden gemacht habe. — Eine Klarheit über diesen Punkt war bei der verwickelten Rechnungsführung der Gesellschaft in der That für die Zeit vor 1813 nicht zu erzielen. Zwischen 1813 bis 1829 hatte der Handel ihr allerdings manchmal bedeutenden Nutzen abgeworfen, doch nur darum, weil 1813 alle Schulden auf das Konto der Verwaltung gesetzt worden waren.

Von keiner Seite konnte jedoch in Abrede gestellt werden, daß die Gesellschaft einen begründeten Anspruch auf einen großen Besitz an Land, Baulichkeiten und durch Handel erworbenen Kapitalien in Indien hatte und berechtigt war, daraus einen gewissen Nutzen zu

*) In der Zeit von 1814/15 bis 1828/29 waren 4 762 000 Pfund Sterling aus Handelsgewinn zugeschossen worden.

beziehen. Um die Rechtsansprüche der Aktionäre mit den Interessen Großbritanniens und Indiens in Einklang zu bringen, ohne die Company zu schädigen, erschien es Parlament wie Regierung am besten, den Mitgliedern der Gesellschaft ein für allemal eine bestimmte Dividende zuzubilligen und dafür alle ihre Rechte und Besitz auf den Staat zu übernehmen. Nach einer bestimmten Zeit sollte es der Regierung freistehen, die Dividendenzahlung zu einem angemessenen Satze abzulösen.

Die Direktion der Company setzte diesem Plan keinen ernstlichen Widerstand entgegen. Nachdem ihr Handelsmonopol zerstört war, scheint sie die Hoffnung auf lange Fortdauer ihrer Stellung in Indien aufgegeben zu haben und war nur noch darauf bedacht, den Aktionären die Dividende und das Kapital sicher zu stellen. Sie erklärte sich mit Aufgabe der Rechte und des Besitzes der Gesellschaft gegen eine jährliche feste Zahlung von 630 000 Pfund Sterling an die Aktionäre*) und Aufsammlung eines Garantiefonds von 2 000 000 Pfund Sterling einverstanden. Die Regierung Indiens sollte der Company bis zur Ablösung ihres Kapitals verbleiben. Diese Forderungen waren dem Ministerium theilweise zu weitgehend, ebenso wie das Verlangen der Direktion nach einer Beschränkung der Vollmachten des Board of Control. Da indessen die Generalversammlung der Company dieselben Ansprüche stellte, gab es in verschiedenen Punkten nach.

Im Juni 1833 wurde die Angelegenheit dem Unterhaus vorgelegt. Mr. Grant empfahl mit Rücksicht auf die guten Ergebnisse der Herrschaft der Company während der letzten 40 Jahre, ihr auch fernerhin die Regierung zu überlassen. Die Nachtheile, welche die frühere kaufmännische Thätigkeit der Company mit sich gebracht hätten, fielen in Zukunft weg. Für Indien sei der Fortbestand der damaligen Verwaltung außerdem noch insofern von Nutzen, als das Parteiwesen des Mutterlands dort ohne Einfluß bleibe. Der Wegfall des Handelsmonopols sei durch die Entwickelung des britischen Handels bedingt und werde von der gesammten öffentlichen Meinung gefordert. Der Minister schlug nach weiterer Darlegung der gepflogenen Verhandlungen vor, der Company unter der Bedingung des Verzichts auf alle ihre Rechte und Besitzungen und auf Handels-

*) Es wurde dadurch diesen eine Dividende von 10½ pCt. gesichert.

betrieb die Verwaltung Indiens für weitere 20 Jahre zu belassen. Zur Entschädigung für ihre Opfer solle der Company 40 Jahre lang jährlich ein Betrag von 630000 Pfund Sterling aus den Einnahmen Indiens gezahlt und zur Sicherstellung dieser Summe und zu ihrer Ablösung ein Garantiefonds von 12 Millionen Pfund Sterling angesammelt werden. Abgesehen hiervon schlug Mr. Grant noch Errichtung einer besonderen Presidency für die North Western Provinces Indiens, Verstärkung der Macht des Governor General, Vereinfachung und Verbesserung der indischen Gesetzgebung, Besserung der Stellung der Eingeborenen, allmähliche Abschaffung der Sklaverei u. dergl. vor.

So wenig das Parlament damals Interesse für die indischen Angelegenheiten hatte, es regte sich doch einiger Widerspruch gegen den Fortbestand der Herrschaft der Company. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Theil der Aktien Frauen, Kindern und Leuten gehöre, denen es nur auf die Dividende ankomme. Das Wirken der Gesellschaft wurde scharf verurtheilt. Bevölkerung, Handel und Finanzen Indiens seien im Verfall, nichts gedeihe als Verlegenheiten und Schulden. Diese Angriffe hinderten aber nicht, daß das Unterhaus die von Macaulay warm befürworteten Vorschläge Grants annahm.

Im Oberhaus wurden verschiedene Angriffe gegen den Plan laut. Besonders der Duke of Wellington trat sehr lebhaft für die Company ein. Die Mehrheit stand jedoch auch hier auf Seiten des Ministeriums. — Angesichts dieser Lage fügte sich die Generalversammlung der Company trotz heftigen Widerspruchs einzelner Aktionäre in den Willen der Regierung, und am 20. August 1833 wurde die neue East India Bill Gesetz. Die Company hörte als souveräne Handelsgesellschaft zu bestehen auf.*) Die Ernennung des Governor General und der verschiedenen Governors durfte nur noch mit Zustimmung der Regierung geschehen; die Insel St. Helena ging in den Besitz Großbritanniens über. Aufenthalt und Niederlassung sowie Landerwerb in Indien wurde das Recht jedes britischen Unterthanen. Die Gesellschaft war nur noch ein besonderes Organ der britischen Regierung.

*) Das Recht zum Handel mit China blieb ihr noch bis 1854.

Fünftes Kapitel.
Ausbau des indischen Reiches.

Der erste Governor General der neuen Aera war Lord Auckland. Es war sein wie der Company Wille, alle großen Aufwendungen zu vermeiden und besonders Kriegen aus dem Wege zu gehen. Die Verhältnisse gestatteten es indessen nicht, dieser Absicht treu zu bleiben. Indien wurde 1838 in einen Streit mit den Afghanen verwickelt. — Das alte Afghanenreich, welches von den Grenzen Persiens bis an Indien und das Meer reichte, war in den zwanziger Jahren infolge innerer Wirren in eine Anzahl Staaten zerfallen. So vortheilhaft dieser Zustand zuerst für die britische Herrschaft in Indien erschien, so bedenklich wurde er, als Persien, das seit 1828 ganz unter russischen Einfluß gerathen war, sich den Zwiespalt und die Schwäche der Afghanenstaaten zu Nutze zu machen begann. 1837 griff trotz verschiedener Vorstellungen Englands ein starkes persisches Heer unter Führung russischer Offiziere Herat, den Schlüssel von Afghanistan, an. Als Vorwand dienten Ausschreitungen von Sklavenhändlern in Herat und die Behauptung, daß es früher zum Perserreich gehört habe. Auf die Nachricht davon sandte Lord Auckland eine Gesandtschaft nach Cabul und verlangte die Ablehnung eines Bündnisses, das Rußland und Persien dem dortigen Herrscher, Dost Mohammed, geboten hatten. Der Letztere wäre nicht abgeneigt gewesen, diesem Wunsche zu entsprechen, wenn ihm britischerseits gleichzeitig Hülfe gegen einen etwaigen Angriff zugesichert worden wäre. Da die Briten davon nichts hören wollten, nahm Dost Mohammed die Anerbietungen Rußlands an.

Dieser Schritt erbitterte Lord Auckland derartig, daß er im Juni 1838 ein Geschwader nach dem persischen Meerbusen sandte, die Insel Charek besetzte und, obwohl die Perser die Belagerung Herats abbrachen, gegen Dost Mohammed Krieg erklärte. Er wollte den früheren, von Mohammed vertriebenen Herrscher Schah Sujah, der als Flüchtling auf britischem Gebiet lebte, nach Cabul zurückführen und das alte Afghanenreich zum Schutz gegen Persien und Rußland wiederherstellen. Als Bundesgenossen wurden der Herrscher der Sikhs im Punjab, Runjeet Sing, und die Emire von Sind gewonnen, deren Unabhängigkeit man anerkannte. Mit etwa

30000 Mann und ungeheuerem Troß überschritten die Briten Anfang 1839 den Indus sowie den Bolan-Paß und nahmen im April Candahar ein. Im Juni fiel die Festung Ghuznee den Angreifern in die Hände, und Dost Mohammed machte Friedensvorschläge. Da die Briten nicht darauf eingingen und seine Anhänger abfielen, floh er in die Berge. Cabul ergab sich im August 1839. Schah Sujah wurde auf den Thron gesetzt, die Hauptplätze wurden mit britischen Truppen belegt und das ganze Afghanistan kam unter den Einfluß der Verwaltung Indiens. Als 1840 auch noch Dost Mohammed nach einigen vergeblichen Widerstandsversuchen sich als Gefangener stellte, eine russische Expedition gegen Chiwa im selben Jahre gescheitert und es den Briten gelungen war, zwischen Chiwa und Rußland Frieden zu stiften, verwirklichte sich Lord Aucklands Plan, Großbritannien schien Herr von Mittelasien zu sein!*)

Schmerzlich wurde nur empfunden, daß die unter Schwierigkeiten aufgebrachten Einnahmen Cabuls kaum 15 Lakh betrugen und die Kosten der Verwaltung nicht deckten. Die Company mußte aus ihrem Beutel den größten Theil der militärischen Kosten decken. Versuche, einen Theil der Kosten durch Beschneidung der an einzelne Häuptlinge zur Unterdrückung des Räuberwesens gezahlten Summen wieder einzubringen, erwiesen sich als verfehlt. Sie steigerten nur die Unzufriedenheit, welche die Fremdherrschaft und die Sittenlosigkeit der englischen Beamten und Offiziere erregten. Die Behörden beachteten die Anzeichen dieser Mißstimmung und verschiedene Warnungen nicht, bis am 2. November 1841 der britische Gesandte Burnes mit 23 Europäern in seinem Hause überfallen und ermordet wurde. Diese Gewaltthat wurde das Signal eines allgemeinen Aufstandes, an dessen Spitze Akbar Khan, der Sohn Dost Mohammeds, stand. Die britischen Truppen sahen sich in ihrem Lager vor den Thoren Cabuls eingeschlossen; ihre Führer waren rathlos und erklärten sich bald bereit, alle Festungen und Geschütze gegen freien Abzug auszuliefern. Diese Abmachung scheiterte am Widerstand der Kommandanten der von den Briten besetzten Festungen, doch Sir William Macnaghten, der Vertreter Englands nach Burnes' Tod, verhandelte, da die Lebensmittel knapp wurden, weiter mit den

*) Gleichzeitig war Anfang 1839 das Gebiet von Aden, wo britische Schiffbrüchige gemißhandelt worden waren, besetzt und so ein neuer Stützpunkt im westlichen Asien gewonnen.

Afghanen. Er bot Hülfe gegen feindliche Stämme, erhebliche Baarzahlungen und Offiziere als Geiseln. Doch Alles dies genügte Akbar Khan nicht. Ende Dezember 1841 bemächtigte er sich verrätherischerweise Macnaghtens und seiner Begleiter bei einer Besprechung und tödtete Ersteren. Er flößte den englischen Truppen solche Angst ein, daß die Führer sich verpflichteten, Afghanistan völlig zu räumen, die Kanonen und Forts aufzugeben und 140000 Pfund Sterling für die zum Abzug nöthigen Vorräthe zu zahlen. Sie waren sogar bereit, die Frauen der englischen Offiziere auf Akbars Wunsch als Geiseln zurückzulassen! Nur der entschiedene Widerspruch der betreffenden Offiziere verhinderte dies.

Bei hohem Schnee und Kälte wurde am 6. Januar 1842 dem britischen Heer, bestehend aus 4500 Mann regulärer Truppen und 12000 Troßleuten, der Abzug gestattet. Der von zahlreichen Frauen und Kindern begleiteten Truppenmasse fehlte jede Ordnung und Disziplin. Der Marsch durch das feindliche Land, der Mangel an Lebensmitteln riefen bald vollständige Verwirrung hervor. Die den Briten folgenden Afghanen tödteten jeden Zurückbleibenden und griffen wiederholt den hülflosen Heerhaufen an. Die Frauen und Kinder sah man sich schließlich genöthigt, der Gnade Akbar Khans anzuvertrauen. Die Truppen wurden beim Weitermarsch gefangen oder niedergehauen. Mitte Januar 1842 war die ganze aus Cabul ausgezogene Macht vernichtet. Nur ein einziger Europäer schlug sich nach Jellalabad durch und meldete hier die furchtbare Kunde. Als Lord Auckland sie erhielt, war er im Begriff nach Europa abzureisen. Angesichts einer für den von der Company von Anfang an gemißbilligten Krieg gemachten Ausgabe von 8 Millionen Pfund Sterling und der bereits beschlossenen Räumung Afghanistans wagte er neue Anstrengungen für Rettung der sich noch haltenden Truppen nicht zu machen und überließ es seinem Nachfolger Lord Ellenborough, sich aus der Verlegenheit zu ziehen.

Der neue Governor General war von vornherein entschlossen, Afghanistan zu räumen, jedoch in einer Weise, daß deutlich zum Ausdruck komme, nicht Furcht, sondern freier Wille leite die Entschließung Englands. Eine 12000 Mann starke Truppe unter General Pollock wurde nach Afghanistan geschickt, um den dort sich noch haltenden Besatzungen Hülfe zu bringen. Pollock kam zu spät, um Ghuznee zu retten. Aus Mangel an Wasser und Nahrungs-

mitteln ergab sich diese Festung Anfang März den Afghanen. Aber es gelang ihm, den Garnisonen von Jellalabad und Candahar Hülfe zu bringen. Der schwierige Khyberpaß wurde Anfang April glücklich überschritten, und ebenso gelang es, den Kojuckpaß zu überwinden. Nach der Vereinigung aller Abtheilungen wurden im September Cabul*) und Ghuznee wieder erobert und Akbar Khan geschlagen. Die von Letzterem gefangenen englischen Frauen und Kinder wurden befreit. Nachdem Akbar auch die letzten Gefangenen ausgeliefert hatte, wurde der von der britischen Regierung bestimmt befohlene Abzug ins Werk gesetzt. Um den Afghanen einen dauernden Denkzettel zu versetzen, zerstörten die Briten aber vorher nicht allein alle befestigten Plätze, die große Moschee und den Bazar von Cabul, plünderten das Letztere und tödteten Tausende von Bauern, sondern sie hieben auch die Fruchtbäume um und vernichteten die Felder. Im Oktober begann der Abmarsch. Auf den Thron in Cabul stieg wieder der von Lord Ellenborough in Freiheit gesetzte Dost Mohammed.

Eine Folge des verfehlten Afghanenkrieges waren Streitigkeiten mit den Fürsten des Industhales, dem Lande Sind. Da sie wiederholt während des Krieges sich sehr zweideutig verhalten hatten, wurde ihnen erst Kurrachee abgenommen. Als sie dann zu den Waffen griffen, vernichtete Sir Charles Napier 1843 ihre Macht und eroberte das ganze Gebiet, das eine Provinz Indiens wurde. Wenige Jahre später kam auch das benachbarte Punjab unter britischen Einfluß. Es herrschten hier nach dem Tode Runjeet Sings, der die Sikhs zu Macht und Ansehen gebracht hatte, Thronstreitigkeiten und Bürgerkrieg. Die verschiedenen Machthaber, die in kurzer Folge den Thron von Lahore bestiegen, waren aber einig im Haß gegen die Briten und versäumten nichts, um sich gegen eine Ueberrumpelung zu schützen. Ein Heer von 125 000 Mann mit über 200 guten Geschützen wurde allmählich aufgestellt, und seine Führer hegten die Hoffnung, damit die Briten überrennen zu können.

Die Letzteren zogen 1845 an der Grenze des Punjab in Ferozepore, Loodiana und Umballa etwa 30 000 Mann zusammen, und der Governor General begab sich persönlich zur Stelle, um die

*) Schah Sujah war im April bei einem Versuch, sich nach Jellalabad durchzuschlagen, getödtet worden.

Entwickelung der Dinge abzuwarten. Auf die Nachricht hiervon überschritten die Sikhs den die Grenze bildenden Fluß Sutlej und traten den Briten gegenüber. Am 18. Dezember kam es zu einem ersten Gefecht bei Mudkee und am 21. wurde eine ernste Schlacht ausgefochten. Obwohl trotz tapfersten Widerstandes die Sikhs beide Male unterlagen, behaupteten sie sich im Felde, bis Ende Januar 1846 der Verlust ihrer Artillerie bei Aliwal sie zwang, über den Sutlej zurückzugehen. Die Briten folgten ihnen im Februar. Eine Anzahl einflußreicher Häuptlinge ergab sich, und binnen wenigen Tagen baten die Machthaber von Lahore um Frieden. Sie zahlten 1½ Million Pfund Sterling Kriegskosten und traten an die Company das Land zwischen Sutlej und Ravi ab. Kashmir wurde ein selbstständiger Lehensstaat, und die politische Leitung des Punjab kam in die Hände eines britischen Residenten.

Als diese Erfolge im Nordwesten Indiens errungen wurden, hatten die Briten auch mit dem mächtigsten Staatswesen Asiens, mit China, einen nicht minder folgenreichen Kampf ausgefochten. Veranlaßt wurde er zuerst durch das Verlangen der britischen Beamten, die 1834 nach Erlöschen des Handelsmonopols der East India Company nach China gesandt worden waren, mit den chinesischen Behörden in unmittelbaren Verkehr zu treten. Die Chinesen hatten dieses Ansinnen rund abgelehnt und auch gegen die seit Ende des 18. Jahrhunderts entstandene Einfuhr von Opium aus Indien wiederholt Maßnahmen ergriffen. Als alle ihre Verbote vergeblich blieben, beschlagnahmten sie 1839 alles im Cantonflusse und an der Küste vorräthige Opium, etwa 20 000 Kisten, im Werthe von 10 Millionen Dollars, und griffen die britische Niederlassung in Canton an. Zwei englische Fregatten eilten hierher zu Hülfe und beschossen die Chinesen. Diese antworteten Januar 1840 mit dem Verbot des britischen Handels überhaupt und Angriffen auf die englischen Handelsschiffe. Nun entsandten die Briten von Indien ein stattliches Geschwader mit 4000 Mann, besetzten die Chusan-Inseln und blockirten die Ostküste Chinas. Diese Machtentfaltung veranlaßte die Pekinger Regierung zu Verhandlungen. Doch waren sie nicht sehr ernst gemeint, denn, während sie schwebten, ordnete ein Kaiserliches Edikt Vernichtung aller britischen Schiffe und Unterthanen an der chinesischen Küste an. Die englische Flotte nahm daher Anfang 1841 die Forts am Cantonflusse weg, besetzte die

Insel Hongkong an seiner Mündung und griff die Stadt Canton selbst an. Die dortigen Behörden erkauften durch eine Zahlung von 5 Millionen Dollars Waffenstillstand. Dies hinderte indessen nicht, daß der Krieg an anderen Punkten fortdauerte. Amoy, Shanghai, Ningpo fielen neben anderen kleineren Städten den Briten in die Hände, zwei chinesische Heere wurden Anfang 1842 geschlagen und im Laufe des Sommers nach dem Falle Chin-Kiangs Nanking angegriffen.

Jetzt erst bekam die Regierung in Peking Angst. Sie begann mit dem britischen Bevollmächtigten Sir Henry Pottinger ernstgemeinte Verhandlungen und schloß am 29. August 1842 Frieden. China zahlte 21 Millionen Dollars Kriegsentschädigung, öffnete die Hafenstädte Kuangtong, Amoy, Futschau, Ningpo und Shanghai der Niederlassung und dem Handel aller Europäer und trat Hongkong ab. Nur die Erlaubniß zur freien Einfuhr des Opiums gegen bestimmte Zölle lehnte es auch jetzt ab, so daß dieser Handel auf Schmuggel angewiesen blieb. — Der Ausgang dieses Krieges war für British Indien nicht allein darum wichtig, daß seinem Handel mit China die Wege geebnet wurden, sondern vor Allem, weil sich dabei die Verrottung und Machtlosigkeit des großen Reiches klar gezeigt hatte, so daß man bei der indischen Politik keine besondere Rücksicht auf diesen Nachbar zu nehmen brauchte.

Die inneren Verhältnisse Indiens fanden unter den geschilderten Umständen während der Verwaltung Lord Ellenboroughs wie seines Nachfolgers Sir Henry Hardinge begreiflicherweise nicht allzuviel Aufmerksamkeit. Immerhin wurde eifrig an der Besserung des einheimischen Schulwesens und der Verwaltung gearbeitet. Die Binnenzölle wurden abgeschafft. An Stelle der persischen Sprache, welche bis Anfang der 40er Jahre die amtliche war, traten die einheimischen Idiome. Anstatt des den Hindus verhaßten Eides wurde 1848 eine feierliche Versicherung der Wahrheit eingeführt. Die von den Muselmanen im 16. Jahrhundert erfundene Wallfahrtsabgabe, welche die Briten beibehalten hatten, wurde abgeschafft und jede unmittelbare Verbindung der Regierung mit dem Brahmanenthum beseitigt. Kindermord, Wittwenverbrennung und dergleichen wurden streng verboten. Die Auswanderung von chinesischen Kulis wurde 1842 und 1844 strenger Ueberwachung unterstellt und Maßregeln für das Wohl der Leute getroffen. 1843 wurde der in Indien allgemein

verbreiteten Haussklaverei ein Schlag versetzt, indem an die Gerichte Verfügung erging, Klagen von Herren in Sklavereiangelegenheiten abzulehnen, solche von Sklaven aber anzunehmen. Die Richter wurden 1845 verpflichtet, die Urtheilsgründe in der Muttersprache niederzulegen. Die Erkenntnisse wurden von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Alle Engländer wurden außer in den Städten Calcutta, Bombay, Madras den Gerichten der Company unterstellt, während sie bis 1813 gar nicht, später nur in Bagatellsachen ihrem Urtheil unterworfen waren. Seitens des britischen Parlaments war auch eine vollständige Reform der indischen Gesetzgebung ins Auge gefaßt und schon Ende der 30er Jahre eine sachverständige Kommission, zu der unter Anderen Lord Macaulay und Cameron gehörten, mit der Abfassung eines Strafgesetzbuches betraut worden. Der Entwurf wurde an Sachverständige in Europa und Asien zur Begutachtung gesandt und das gesammte Material veröffentlicht. Die Company wußte aber die Einführung des ihr unbequemen neuen Gesetzes zu hintertreiben.

Von besonderer Bedeutung war der Beginn des Eisenbahnbaues in Indien. Nach langen Erörterungen beschloß man 1844 Errichtung einer Bahn von Calcutta nach dem Nordwesten und setzte die Vorarbeiten ins Werk. Die Company entschloß sich, den Unternehmern eine Zinsgarantie von 5 pCt. und Zollfreiheit für das erforderliche Bahnmaterial zu geben sowie den Grund und Boden frei zur Verfügung zu stellen. Bei den großen Schwierigkeiten, welche die Ueberschreitung der Flüsse Bengalens und die Gebirge im Norden bereiteten, vergingen aber noch Jahre, ehe der Bau begonnen wurde. Erst 1849 kam der erste Vertrag mit einer Aktiengesellschaft für den Bau der Bahn von Howrah (gegenüber Calcutta) bis Ranigong zu Stande.

Inzwischen war Januar 1848 an die Spitze der indischen Regierung der 1812 geborene Lord Dalhousie, der unter Robert Peel Vizepräsident des Board of Trade war, getreten. Ihm war es vorbehalten, den Ausbau des indischen Reiches und das Werk Wellesleys zu vollenden. Als er in Calcutta eintraf, herrschte in dem weiten Reiche Frieden. Die allgemeine Aufmerksamkeit war durch eine Anzahl Bankerotte in der Hauptstadt in Anspruch genommen. Noch waren jedoch nur wenige Monate verflossen, da brachen bedenkliche Unruhen unter den Sikhs aus. Zwei englische

Offiziere wurden in der Festung Mooltan zwischen Indus und Sutlej getödtet. Eine Strafexpedition züchtigte die Schuldigen, war aber nicht im Stande, die Stadt Mooltan einzunehmen. Die vom britischen Residenten zu Lahore gesandten Sikhtruppen gingen zum Feinde über, und es zeigte sich, daß die ganze Bevölkerung des Punjab zum Aufstand gegen die Briten entschlossen war. Umsonst hatten die Letzteren in Lahore alle Verdächtigen verhaftet und ihre Stellung nach Kräften befestigt. In der Grenzprovinz Peshawar, im Quellgebiet des Indus, brach im Herbst 1848 ein gefährlicher Aufstand aus. Der britische Resident und seine Begleitung wurden auf der Flucht durch ihre eigenen Truppen den Aufrührern ausgeliefert. Dost Mohammed mit den Afghanen versprach den Sikhs Hülfe, der Herrscher von Kashmir schloß sich ihnen ebenfalls an.

In Calcutta hatte man bis dahin mit ernstlichen Maßnahmen gezaudert, theils der Hitze wegen, theils, weil man die Dinge so weit gedeihen lassen wollte, daß man berechtigt war, das Punjab zu annektiren. Im Herbst 1848 erst hielt man den richtigen Zeitpunkt für gekommen. Lord Dalhousie begab sich zur Stelle, ein stattliches Heer wurde den Sikhs entgegengestellt, und nach einem Siege am Chenab die Stadt Mooltan erobert. Nach einer unentschiedenen Schlacht Mitte Januar 1849 bei Chilianwalla, die den Briten gegen 2400 Mann und 4 Kanonen kostete, erfochten sie am 21. Februar bei Guzerat einen vollständigen Sieg. Dost Mohammed floh hierauf mit seinen Reiterschaaren schleunigst über die Gebirge nach Cabul. Die zersprengten Sikhs ergaben sich am 12. März bei Rawal Pindi und lieferten ihre Häuptlinge aus. Wenige Tage später wurde Peshawar wieder besetzt, und der Krieg war zu Ende. Am 29. März 1849 wurde das Punjab zur Provinz des indischen Reiches erklärt. Der letzte Marajah Dhulip Sing erhielt eine Pension von 50 000 Pfund Sterling und wurde zur Erziehung nach England gesandt.*) Die gesammte Bevölkerung wurde entwaffnet, die Sklaverei abgeschafft, alle ruhestörenden Elemente gewaltsam beseitigt und eine Truppe von 11 000 Mann in der Provinz stationirt. An der Westgrenze wurden Reihen befestigter Posten angelegt und im ganzen Lande eine geordnete Zivilverwaltung eingeführt. Die Steuern wurden vereinfacht und

*) Der im Schatze zu Lahore gefundene große Diamant Koh-i-noor wurde der Königin von England übersandt.

herabgesetzt, Straßen- und Kanalbauten begonnen und das Schulwesen geordnet.

Denselben praktischen Blick wie bei der Organisation der Verwaltung des Punjab hat Lord Dalhousie in der Frage des indischen Eisenbahnwesens bewiesen. Im April 1853 entwarf er, veranlaßt durch verschiedene Anfragen der Company, einen vollständigen Plan für das Bahnnetz, der lange Zeit maßgebend geblieben ist. Er führte in der Denkschrift aus, wie England nur über 3276 weiße Beamte, 49 408 europäische Militärs und 1006 Privatleute, d. h. im Ganzen 53 690 Personen, in Indien verfüge. Wolle es damit dauernd 150 Millionen Eingeborene beherrschen und gegen Angriffe von außen gesichert bleiben, so bedürfe es eines guten Schienenwegnetzes. Nur so könne es rasch eine größere Truppenzahl an einen bedrohten Ort bringen. Abgesehen davon seien die Bahnen für die Hebung der Volkswirthschaft Indiens nöthig. Große Gebiete könnten jetzt ihre Erzeugnisse aus Mangel an billigen Verkehrsmitteln nicht absetzen, und die Baumwollkultur sei nicht im Stande, sich angemessen zu entwickeln. Als wichtigste Linie betrachtete der Lord die Strecke von Calcutta nach dem Nordwesten. Sie ermögliche nicht allein rasche Zurückweisungen von Angriffen der Afghanen, sondern erschließe auch die großen Kohlenlager Bengalens. Besondere militärische Wichtigkeit maß er der Bahn zwischen Bombay und Agra über Baroda und einer anderen von Bombay nach Madras bei. — Die Ausführung der Bahnen empfahl er Gesellschaften zu übertragen, nicht nur, weil sie billiger bauen und wirthschaften, sondern auch, um die Eingeborenen zu selbständigem Handeln zu erziehen und den Zufluß englischen Kapitals zu steigern.

1853 wurde als erste Bahn die Strecke Bombay—Kalian eröffnet. Die erste Telegraphenleitung zwischen Calcutta und Kidschari wurde 1852 in Betrieb gesetzt und ein Jahr später der Ausbau eines vollständigen Drahtnetzes begonnen. 1856 waren schon über 4000 Meilen Telegraphen dem Gebrauch übergeben. Um Zerstörungen durch Elephanten zu verhüten, waren die Drähte in einer Höhe von 16 Fuß gespannt. Die Herstellung kostete etwa 500 Rupien auf die Meile. — Ein weiteres Verdienst Lord Dalhousies war die Herstellung des Gangeskanals und die Verbesserung und Verbilligung des Postwesens. In ganz Indien wurde derselbe niedrige Portosatz (1/2 Penny) eingeführt.

Die Friedensarbeiten des Governor General wurden 1852 durch einen neuen Krieg mit Birma unterbrochen. Lord Dalhousie sah sich dazu gezwungen, so ungern er aufs Neue den Finanzen Indiens Lasten auferlegte. Die Birmanen hatten den britischen Residenten zu Ava so lange beleidigt und bedroht, bis sein Aufenthalt nach Rangoon verlegt und endlich der Posten ganz eingezogen wurde. Die Folge waren unausgesetzte Schädigungen des britischen Handels und 1851 sogar Gefangensetzung und Bestrafung zweier englischer Schiffer. Auf diesen Vorgang hin wurde das Geschwader unter Commodore Lambert nach Rangoon geschickt und Schadenersatz verlangt, den der König Anfang 1852 versprach. In Rangoon wurde auch ein neuer birmanischer Gouverneur eingesetzt, und die britischen Beschwerden wurden untersucht. Lambert fühlte sich indessen durch das Auftreten der Birmanen verletzt und entschloß sich trotz der ihm vom Governor General ertheilten Weisungen zu Gewaltmaßregeln. Er nahm alle britischen Unterthanen auf seine Schiffe und beschlagnahmte ein dem König gehöriges Schiff. Als die Birmanen Widerstand leisteten, verhängte er über die Küste Blockade und erbat neue Instruktionen in Calcutta. Lord Dalhousie rüstete nach einer nochmaligen vergeblichen Aufforderung an die Birmanen um Schadenersatz eine ansehnliche Macht aus, die Anfang April vor Rangoon erschien. An den König wurde zum letzten Male die Frage gerichtet, ob er durch Zahlung von 100 000 Pfund Sterling, Leistung des Ersatzes für den britischen Unterthanen zugefügten Schaden und Entschuldigung Frieden erkaufen wollte. Als von Rangoon nur mit Schüssen geantwortet wurde, schritt man zum Angriff. Martaban und Rangoon wurden im April erstürmt. Im Juni fielen Bassein, später Pegu und Prome den Briten in die Hände. Im Dezember 1852 erklärte der Governor General die Provinz Pegu zu einem Theil des britischen Reiches. Der König von Birma wurde auf das Gebiet von Upper Birma beschränkt, das man einstweilen sich selbst und inneren Streitigkeiten überließ. Ein förmlicher Friede wurde nicht abgeschlossen. Der König war nicht dazu zu bewegen, wenn er auch nicht in der Lage war, den Kampf fortzusetzen. Andererseits wollte Dalhousie nicht neue Menschenleben und mehr Millionen für die Eroberung Avas opfern. Er erklärte: „Ein Vertrag mit Birma ist gerade die Rohrfeder werth, mit der er geschrieben ist.“

Punjab und Birma waren nicht die einzigen Provinzen, um welche Dalhousie das britisch-indische Reich erweiterte. Unter seiner Verwaltung wurde auch der letzte halbselbständige Häuptling im Gebiete von Sind seiner Macht beraubt, Berar nach dem Tode des letzten Rajahs annektirt, ein weiterer Theil des Dekkan in britische Verwaltung genommen und schließlich auch der ausschweifende Fürst von Oude seines Besitzes enthoben. Im Ganzen hat dieser Governor General gegen 119 000 Quadratmeilen mit gegen 30 Millionen Einwohnern dem indischen Reiche gewonnen. Die Einnahmen Indiens betrugen 1847/48: 26 Millionen; 1853/54: 26 375 100; 1854/55: 30 Millionen Pfund Sterling. Von 1849/50 bis 1852/53 wurden jährlich Ueberschüsse von 360 000 bis 580 000 Pfund Sterling erzielt. Von da an verursachten die Kriege ständige Defizits. Die Schulden der Company erreichten um jene Zeit die Summe von 50 Millionen Pfund Sterling.

Im Jahre 1853 ist die Charter der East India Company zum letzten Male erneuert worden. Die Gesellschaft büßte bei dieser Gelegenheit fast alle ihr noch verbliebenen Rechte ein.*) Die Ernennung der höheren Beamten wurde ihr entzogen. Die Regierung besetzte diese Stellen fortan nach Maßgabe des Ausfalles der für den Civildienst in Indien geforderten Examina. Die Charter wurde auch nicht mehr für eine bestimmte Zeit erneuert, sondern das Parlament behielt sich vor, sie zu einem beliebigen Zeitpunkt aufzuheben. Die Zahl der Direktoren wurde von 24 auf 15 herabgesetzt. Der Governor General, welcher bis dahin neben seiner Oberaufsicht auch die Verwaltung Bengalens zu führen hatte, wurde nun davon entbunden. Das ihm von Alters her zur Seite stehende legislative Council erhielt einen Zuwachs durch vier Vertreter der Präsidentschaften sowie den Oberrichter und einen Richter des höchsten Gerichtshofes. Bengalen kam, wie die anderen Presidencies, unter einen Lieutenant Governor. Das Government General wurde für den größten Theil des Jahres nach Simla im Punjab verlegt, das schon seit Anfang des Jahrhunderts als Sommerfrische diente. Meerut in den Nordwestprovinzen wurde Hauptquartier der Artillerie. Auch die anderen Truppen wurden von Calcutta verlegt.

*) Im Parlament sprachen eigentlich nur Sir James Hogg, Mr. Hume und Lord Ellenborough zu ihren Gunsten.

Gegen Mitte der 50er Jahre wurde die Größe des britisch-indischen Reiches auf 1 166 682 Quadratmeilen mit 156 455 600 Bewohnern berechnet. Dieses große Gebiet führte 1851/52 Waaren im Werthe von 19 800 000 Pfund Sterling aus und für 12 400 000 Pfund Sterling ein, während 1811/12 die Einfuhr sich auf 1 460 000, die Ausfuhr auf 2 100 000 Pfund Sterling belaufen hatte. 1 486 200 Pfund Sterling mußten jährlich an Pensionen für entthronte Fürsten, Belohnungen und dergleichen gezahlt werden. Es erhielten z. B.:

der König von Delhi (Nachkomme des Mogul)	150 000	Pfund	Sterling,
" Nabob von Bengalen	160 000	"	"
" Nabob des Carnatic	116 540	"	"
" Rajah von Tanjore	118 350	"	"
die Familien Hyders und Tippoos . . .	63 954	"	"
der Peshwa der Mahratten	80 000	"	"

Das britisch-indische Heer zählte 289 529 Soldaten und Offiziere; nur 6170 Offiziere und 39 352 Unteroffiziere und Soldaten davon waren Europäer. Die Kosten dieser Armee beliefen sich jährlich auf etwa 10 180 000 Pfund Sterling. Dazu kam noch ein Geschwader von 33 Segel- und Dampfschiffen.

Die Letzteren wurden hauptsächlich zum Postdienst zwischen Bombay—Aden und Suez benützt. — Die Zahl der fest angestellten europäischen Civilbeamten*) belief sich 1851 nur auf 900, dazu kamen gegen 3000 diätarisch beschäftigte europäische Angestellte und etwa ebensoviel Eingeborene. Die höchsten Posten der Governors und Lieutenant Governors waren mit einem Einkommen von jährlich 10 000 Pfund Sterling und freier Wohnung ausgestattet. Die Mitglieder der Councils bezogen 8000, die Governments Secretaries 3600 Pfund Sterling. Die übrigen festen Stellen brachten 600 bis 3000 Pfund Sterling. Die eingeborenen Richter, in deren Händen die bürgerliche Rechtspflege fast vollständig lag, bezogen von 100 bis 720 Pfund Sterling im Jahre, je nach dem Grade.

*) Covenanted civil service.

Sechstes Kapitel.

Der Sepoyaufstand.

An Stelle Lord Dalhousies, der mit schwer erschütterter Gesundheit im Frühjahr 1856 heimkehrte*), trat Lord Canning, der dritte Sohn des berühmten Staatsmannes. Gleich von vornherein hatte er mit ungünstigen Verhältnissen zu kämpfen. Eine Choleraepidemie von noch nicht dagewesener Stärke suchte Indien heim und hauste im Sommer unter Weißen wie Eingeborenen. In der Stadt Agra allein sollen 15 000 Todesfälle vorgekommen sein. Der Seuche folgten Ueberschwemmungen in Bengalen und dem Punjab. Dann kam es zu einem Krieg mit Persien. Letzteres hatte durch Beleidigungen und Angriffe die britische Gesandtschaft 1855 veranlaßt, aus Teheran wegzugehen, und hatte im folgenden Jahre Herat angegriffen und besetzt. Auf Weisung von London wurde im Herbst 1857 die Flotte nach dem Persischen Golf gesandt und Buschir Anfang Dezember 1856 eingenommen. Gleichzeitig schlossen die Briten mit Dost Mohammed ein Bündniß gegen Persien, worin sie ihm eine Unterstützung von 120 000 Pfund Sterling jährlich zusagten, während er eine Anzahl britischer Offiziere in die Hauptplätze Afghanistans zuließ. Ohne seine Hülfe kam der Krieg jedoch schon Anfang 1857 nach einigen Niederlagen der persischen Truppen zu Ende. Der Schah entsagte allen Ansprüchen auf Herat und Afghanistan und versprach, bei künftigen Streitigkeiten mit Letzterem zunächst stets englische Vermittelung in Anspruch zu nehmen. — Einen ebenso glatten Ausgang nahm um jene Zeit ein Streit mit China. Letzteres hatte die vertragsmäßig versprochene Oeffnung Cantons trotz wiederholter Aufforderung nicht ausgeführt und sich gegen die britischen Behörden allerlei Beleidigungen erlaubt. Schließlich sah sich der britische Geschwaderkommandant veranlaßt, Ende 1856 Canton anzugreifen, wiederholt zu beschießen und Mengen chinesischer Fahrzeuge zu zerstören. Der britische Handel in anderen Plätzen Chinas wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Lord Elgin erhielt als Führer einer besonderen Mission den Auftrag, eine Verständigung mit dem Pekinger Hof herbeizuführen.

*) Er starb 1860.

Während dieser Zeit, wie schon während der letzten Jahre der Verwaltung Dalhousies, waren wiederholt Meutereien der Sepoytruppen und kleine Unruhen im Lande vorgekommen. Obwohl Lord Dalhousie daraus Veranlassung genommen hatte, Stärkung der europäischen Fußtruppen von 31 zu 37 Bataillonen sowie der europäischen Artillerie zu verlangen, war nichts geschehen, und man maß der gelegentlichen Unzufriedenheit der Sepoys wenig Bedeutung bei. Diese Unzufriedenheit saß aber bereits tiefer, als die britische Verwaltung ahnte. Die seit längerer Zeit betriebene Begünstigung der christlichen Missionsbestrebungen und die christliche Propaganda verschiedener Offiziere hatte die mohammedanische wie heidnische Welt in tiefe Aufregung versetzt. Die Absetzung einer Anzahl alter indischer Fürstenhäuser, allerlei Gerüchte, die sich an die englischen Mißerfolge im Krimkriege knüpften, hatten die Mißstimmung vermehrt. Dazu waren 1856 noch andere Beschwerden getreten. Die bengalischen Sepoys rekrutirten sich durchweg aus Hindus besserer Kaste, denen ihre Religion verschiedene Beschränkungen in der Nahrung auferlegte und insbesondere das Betreten von Schiffen und Fahren auf See verbot. Dies machte sich natürlich oft im Dienste sehr störend fühlbar, und die Verwaltung Bengalens kam, wenn der Landweg zufällig unbenutzbar war, bei der Sendung von Truppen nach Birma oft in Verlegenheit. Um dem ein Ende zu machen, hatte Canning Juli 1856 verfügt, daß in Bengalen nur noch Rekruten eingestellt werden sollten, die sich bereit erklärten, überall und in jeder Weise Dienst zu thun. Es konnten danach nur noch Hindus tiefster Kaste in Frage kommen, mit denen die anderen jede nähere Berührung scheuten! Nicht genug damit, hatte der Governor General die bisher von den Sepoys genossene Portofreiheit abgeschafft und entzog Sepoys, die nicht außer dem Lande dienen wollten, die Aussicht auf Invalidenpension!

Schlimmer als alle diese Maßregeln wurde aber die Einführung des Enfieldgewehrs von den Hindus empfunden. Es gehörten dazu Patronen, welche mit Schweinefett geölt waren. Da der Soldat damals die Patrone abbeißen mußte, sollte der Hindu also das Fett eines unreinen Thieres berühren. Das bedeutete für den Hindu Verlust der Kaste und zeitliche wie ewige Verdammniß! Sobald dies bekannt wurde, entstand unbeschreibliche Aufregung unter den Hindus. Agitatoren griffen die Sache auf und behaupteten, die Engländer

hätten die Einrichtung getroffen, um die Leute zu zwingen, Christen zu werden, und fanden nur zuviel Glauben. Die Anhänger des entthronten Fürsten benutzten die Stimmung, um den Haß gegen die Briten zu schüren. — Die Mißstimmung der Sepoys äußerte sich zuerst im Januar 1857 zu Barrackpore bei Calcutta, wo sie heimlich die Offiziershäuser in Brand steckten. Es tauchten bestimmte Nachrichten über Verschwörungen unter den indischen Soldaten gegen die Europäer auf, und verschiedene Offiziere riethen zu rascher Berücksichtigung der Klagen der Sepoys. Die Militärverwaltung ordnete in der That an, keine gefetteten Patronen auszugeben und es den Leuten zu überlassen, welches Fett sie brauchen wollten. Sie empfahl auch schleunigst, die Armee davon in Kenntniß zu setzen. Canning erachtete das Letztere aber für überflüssig, und er unterließ auch nachdrückliche Maßregeln gegen die unruhigen Truppen in Barrackpore. Selbst eine offene Meuterei im März wurde nur mit Auflösung des betreffenden Regiments und Entlassung der Soldaten bestraft.

Das Mißtrauen unter den Hindus wurde immer größer. Ihr Glaube, man wolle sie durchaus um ihre Kaste bringen und zu Christen machen, schlug so feste Wurzeln, daß sie glaubten, man mische Mehl aus den Knochen der ihnen zum Genuß verbotenen Kühe ins Mehl, versetze das Speisefett mit Schweineschmalz, thue solches ins Papier der Patronen und dergl. mehr. Zuverlässige Sepoys baten ihre Offiziere, die Uebungen mit den neuen Patronen einzustellen, da die große Masse trotz der Beseitigung des Fettens an ihrem Verdacht festhalte und nicht zu überzeugen sei. Lord Canning lehnte ein solches Zugeständniß indessen ab, da es als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte. — Nun begannen überall Brandstiftungen, und von Dorf zu Dorf wurden „Chapatties“ d. h. Kuchen aus Mehl und Wasser, getragen, wie man annimmt, als Warnung, daß die Regierung die heimische Religion vernichten wolle.

Alle diese und andere Erscheinungen wurden seitens der britischen Verwaltung so wenig beachtet wie die ungewohnte Geschäftigkeit des Adoptivsohnes und Erben des letzten Peshwa, des später so bekannten Nana Sahib (eigentlich Seereek Dhoondoo Punth). Dieser Mann war erbittert, daß die britische Regierung ihm nach des Peshwas Tode dessen Pension nicht zahlte, und hielt den Augenblick für gekommen, der Herrschaft der Fremden ein Ende zu machen.

Mit den entthronten Fürsten von Nagpore, Sattarah, Oude und Delhi sowie den Höfen von Petersburg und Teheran stand er seit Langem in Verbindung und besaß die Zusage russischer Hülfe. Im letzten Augenblick erregten seine Reisen in den Nordwestprovinzen den Verdacht eines englischen Beamten. Er warnte den Befehlshaber von Cawnpore, einer der Residenz Nana Sahibs benachbarten Stadt. Auch diese Warnung wurde jedoch in den Wind geschlagen. Selbst Delhi, der Sitz der seit Langem verdächtigen Erben des Großmoguls, blieb beinahe gänzlich von britischen Truppen entblößt. Noch weniger Aufmerksamkeit widmete man der dem Durchschnitts-Engländer unverständlichen Angelegenheit in England. Hier beschäftigte man sich im Frühling 1857 nur mit der Feier des hundertsten Jahrestages der Schlacht von Plassey und verherrlichte die Thaten Clives bei großen Festen am 23. Juni.

Wenige Tage später kamen nie dagewesene Schreckensbotschaften aus Indien. Es zeigte sich plötzlich, daß Bengalen schon seit Wochen in Aufruhr war! Der Ausbruch begann am 3. Mai in Lucknow, der Hauptstadt von Oude. Vier irreguläre Sepoys drangen ins Quartier des Adjutanten und wollten ihn tödten. Nur seine Geistesgegenwart rettete ihn. Er benachrichtigte den Kommandeur Sir Henry Lawrence, der sofort seine europäischen Truppen und die regulären Sepoys zusammenrief und mit ihnen die Meuterer überraschte. Die meisten flohen. Sie wurden verfolgt und mit den Anderen gefangen gesetzt. Auf die Meldung davon begnügte sich Canning, ein unzuverlässiges Regiment in Barrackpore auflösen zu lassen. Da meuterten wenige Tage darauf Sepoys im großen Lager von Meerut. Eine Anzahl Leute, welche sich geweigert hatten, die alten Patronen zu brauchen, waren zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurtheilt und am 9. Mai vor der Front ihrer Uniform entkleidet worden. Am folgenden Tage, einem Sonntag, griffen die anderen zu den Waffen, befreiten die Gefangenen, zündeten die Offiziershäuser an und fielen über die Weißen jedes Geschlechts und Alters her. Ehe die Offiziere zur Besinnung kamen und die starken europäischen Truppen der Station ins Feld stellten, waren die Aufrührer im Schutz der Nacht nach Delhi abmarschirt. An sofortige Verfolgung wagten die kopflosen Männer nicht zu denken. Als am nächsten Morgen hier voraneilende berittene Sepoys den Aufstand und das Nahen der Meuternden, die das Gefängniß erbrochen hatten,

meldeten, regte es sich auch in der großen Stadt. Die Garden und Leute des Mogul erhoben sich gegen die englischen Offiziere, tödteten sie und ihre Angehörigen und fielen über die Europäer und über die eingeborenen Christen in der Stadt her. Die Telegraphenbeamten hatten gerade noch Zeit, die Behörden im Punjab zu benachrichtigen, dann mußten sie schleunigst fliehen. Nun empörten sich auch die in Delhi stationirten britischen Sepoytruppen und tödteten einen Theil ihrer Offiziere. Nur wenige Leute blieben den Ueberlebenden treu, welche in Erwartung baldiger Hülfe durch die europäischen Truppen in Meerut sich auf einer Bastion in Vertheidigungsstand setzten und Frauen und Kinder unter ihren Schutz nahmen. Während sie vergeblich auf Entsatz harrten, stürmten die Meuterer das große Munitionsmagazin in der Stadt. Die Briten, welche es einige Stunden vertheidigt hatten, sprengten es, als sie sich nicht mehr halten konnten, in die Luft. Gegen Abend sahen die Offiziere, in deren Schutz die Frauen und Kinder waren, ein, daß an längeren Widerstand nicht zu denken sei, und begannen mit ihren Schützlingen zu Wagen, zu Pferd oder zu Fuß die Flucht. Die Meisten kamen unterwegs nach schrecklichen Anstrengungen um. Nur Wenige wurden von gutmüthigen Hindus gerettet. Der Mogul nahm den Titel Padischah von Hindostan an.

Die Schreckenskunde von Meerut und Delhi überraschte Lord Canning vollständig. Er wollte sie zunächst nicht glauben. Als immer neue Telegramme jeden Zweifel unmöglich machten, rief er die von Persien heimkehrenden Truppen sowie die von Birma und Madras nach Calcutta, hielt die nach China bestimmten Soldaten an und ordnete Marsch der Sikh- und der englischen Bataillone des Punjab nach Delhi an. Auch der Oberbefehlshaber des britischen Heeres, General Anson, der in Simla sich gerade zu einem Jagdausflug rüstete, begann sich endlich zu regen und ging persönlich nach Umballa, wo einige Sepoyregimenter lagen. Der Governor General verlangte, daß er schleunigst gegen Delhi rücke und die Meuterer schlage. Er war aber mit den indischen Verhältnissen so wenig vertraut und fand bei seinen höheren Offizieren so wenig Entschlossenheit und Geschick, daß Wochen mit Vorbereitungen vergingen. Erst nachdem ihn ein Choleraanfall hinweggerafft und General Barnard den Befehl übernommen hatte, wurde der Marsch gegen Delhi begonnen, und mit Hülfe der Meeruter europäischen Truppen der Feind am 9. Juni

vor Delhi geschlagen. Leider erwies es sich als unmöglich, die Stadt durch einen Handstreich zu nehmen. Es mußte eine langwierige Belagerung begonnen werden.

Während dessen machten die Meuterei der Sepoys und die Erhebung des Volks weitere Fortschritte. Die englischen Offiziere waren fast überall von der Treue ihrer Soldaten überzeugt und sträubten sich gegen ihre Entwaffnung, bis plötzliche Empörungen sie zu spät über ihre Blindheit aufklärten. Wo entschlossene und geschickte Offiziere und Beamte waren, glückte es, der Meuterer rasch Herr zu werden, in anderen Orten kam es zu gefährlichen Aufständen. Am besten zogen sich die Behörden im Punjab aus der Gefahr. Der dortige Befehlshaber John Lawrence verstand es, mit nur 600 Europäern 3000 zum Losschlagen bereite Sepoys in Lahore zu entwaffnen. In Peshawar wurde ein meuterndes Regiment zerstreut, und 120 Leute wurden gefangen genommen. Nachdem 40 davon vor geladene Kanonen gebunden und todtgeschossen und an einer anderen Stelle 280 Meuterer füsiliert worden waren, konnten alle Sepoys hier entwaffnet und durch Sikhs, die sich treu zeigten, ersetzt werden. John Lawrence war dadurch in Stand gesetzt, den Aufstand von Norden her zu bekämpfen und die Truppen vor Delhi zu verstärken.

In den Nordwestprovinzen zeigten sich die Behörden weniger geschickt. Nachdem eine Meuterei in Benares am 4. Juni mit Mühe niedergeschlagen worden war, versuchten sie einen Angriff der aufständischen Truppen in Allahabad mit indischen Sepoys abzuwehren. Der Erfolg war, daß die Letzteren ihre Offiziere tödteten, und daß alle Europäer in der Stadt ermordet wurden. Nur die Festung hielt sich, bis Hülfe kam. Kaum waren die Briten wieder Herren der Stadt, so kamen die schlimmsten Nachrichten aus Cawnpore. Hier, wo zahlreiche englische Kaufleute und viele Offiziersfamilien wohnten, bildeten vier Sepoyregimenter die Besatzung. Ihr Befehlshaber, Sir Hugh Wheeler, ein Mann, der seit 54 Jahren in Indien diente, hatte auf die ersten Nachrichten von den Meutereien hin, so gut es ging, Vorkehrungen zum Schutze der Europäer in seinem Lager getroffen. Da seine Bitten um Sendung europäischer Truppen erfolglos waren und er sichere Anzeichen für einen bevorstehenden Ausbruch unter seinen Leuten hatte, nahm er Ende Mai das Anerbieten des im benachbarten Bithoor wohnenden Nana Sahib, ihm einige Mahrattentruppen als Hülfe zu senden, an und übertrug

ihnen die Bewachung der Kassen. In den nächsten Tagen kamen einige Abtheilungen englischer Truppen aus Bengalen. Ihr Erscheinen und die Kunde von dem Nahen weiterer Streitkräfte belebte den Muth der Briten, darunter 300 Frauen und Kinder, in Wheelers Lager aufs Neue. Man erblickte ein neues günstiges Zeichen darin, daß Nana Sahib mit seinem Hofstaat und seinen Mahrattentruppen nach Cawnpore übersiedelte und den Briten alle mögliche Aufmerksamkeit erwies. Niemand hatte den leisesten Verdacht gegen diesen Mann.

Da erhoben sich in der Nacht des 4. Juni die Sepoys und plünderten vereint mit den Mahratten die Kassen. Sie wollten mit dem Raub nach Delhi abziehen. Nana Sahib, der jetzt plötzlich die Maske abwarf, bewog sie jedoch, zu bleiben und mit ihm vereint das britische Lager, in dem große Schätze verborgen seien, anzugreifen. Von allen Seiten strömten ihm auf die Nachricht davon Schaaren Aufständischer zu, und es begann eine wochenlange Belagerung der Engländer. Jeder Europäer, der den Aufrührern in die Hände fiel, wurde grausam umgebracht. Trotz drückender Hitze und Mangel an Lebensmitteln schlugen die Belagerten alle Stürme ab. Nana Sahib, der im Ganzen bei den Indern wenig beliebt war und das Nahen von Entsatz fürchtete, wurde besorgt. Er versuchte es schließlich nochmals mit plumper List. In einem Briefe bot er Wheeler freien Abzug und Stellung von Booten auf dem Ganges, falls die Briten die Waffen niederlegten und alle Kriegsvorräthe auslieferten. Unbegreiflicherweise ging Wheeler darauf ein. Am Morgen des 27. Juni zog er mit allen Leuten und Schutzbefohlenen zum Ganges, wo sie auf 40 Booten untergebracht wurden. Kaum setzte sich die Flotille aber in Bewegung, so eröffneten die Sepoys ein lebhaftes Gewehrfeuer auf die Wehrlosen. Viele Boote geriethen in Brand, andere schlugen um. Nur einem gelang es, zu entkommen. Eine Anzahl Männer sowie 125 Frauen und Kinder kamen lebend ans Ufer. Die Ersteren wurden ohne Weiteres erschossen, die Letzteren nahm Nana Sahib als Gefangene in sein Haus.

Um dieselbe Zeit erlitten die Engländer zu Jhansi in Bundelkund ein ähnliches Schicksal, und in Lucknow, wo die regulären Sepoys zuerst sich treu gezeigt hatten, war Ende Mai gleichfalls ein allgemeiner Aufruhr ausgebrochen. Sir Henry Lawrence versuchte die Menterer mit Hülfe seiner Europäer zu überwältigen. Aber sein

Versuch scheiterte. Nach Verlust von etwa 200 Mann wurde er gezwungen, sich in der Residenz zu verschanzen und dort eine wochenlange Belagerung auszuhalten. Ganz Oude erhob sich, überall wurden die Europäer grausam ermordet.

Die Aufgabe, den bedrängten Besatzungen in den Nordwestprovinzen Hülfe zuzuführen, fiel einem in Indien ergrauten Offizier, Henry Havelock, zu. Während er noch in Allahabad seine Vorbereitungen traf, erhielt er durch die vier Europäer, die allein dem Ueberfall der Boote entgangen waren, die Kunde von dem Falle Cawnpores. Dorthin setzte er zunächst seine Truppen, etwa 2000 Europäer und Sikhs, in Marsch, um wenigstens die Frauen und Kinder zu retten. Trotz Hitze, Cholera und Fieber wurde der Marsch rasch zurückgelegt. Nana Sahibs Reiter wurden bei Futtehpore Aung geschlagen, und Mitte Juli erlitt der Feind vor Cawnpore eine entscheidende Niederlage. Nana Sahib floh, die Stadt fiel Havelock in die Hand. Die Freude, die Gefangenen zu befreien, war den Siegern leider nicht vergönnt. Nana Sahib hatte alle Frauen und Kinder (etwa 200), die sich in seiner Hand befanden, im letzten Augenblick grausam ermorden und die nackten Leichen in einen trockenen Brunnen werfen lassen. Hier fand man die Reste der armen Opfer! — Kein Wunder, wenn nach den blutigen Ereignissen hier und in Delhi ein wüthender Racheburst sich jedes Briten bemächtigte, wenn in England wie in Indien schonungslose Tödtung jedes Verdächtigen verlangt wurde, und angesehene Leute gefangene Meuterer zu pfählen oder lebendig zu verbrennen empfahlen. Disraeli erregte großen Anstoß, als er zur Besonnenheit und Gerechtigkeit mahnte und dagegen protestirte, daß britische Offiziere das Beispiel Nana Sahibs nachahmten!

Nach der Zerstörung von Nana Sahibs Schloß in Bithoor rückte Havelock gegen die Belagerer Lucknows vor. Doch Fieber, Dysenterie und Cholera wütheten dermaßen unter seinen 1500 Mann, daß er bald umkehren und in Cawnpore Verstärkungen abwarten mußte. Ehe sie anlangten, verfloß geraume Zeit, denn inzwischen waren verschiedene Aufstände in Behar ausgebrochen, welche erst von Calcutta aus niedergeworfen werden mußten. Mitte September endlich waren 3000 Mann in Cawnpore vereint, und Havelock sah sich in der Lage, vorzugehen. Binnen fünf Tagen wurde Lucknow erreicht, am 25. September erfocht sich seine Truppe durch die

Schaaren der Belagerer den Weg in die Residenz. Da es nicht möglich war, die dort befindlichen etwa 400 Frauen und Kinder sowie 600 Kranke ohne Vernichtung der Aufständischen sicher fortzuschaffen, blieb Havelock in der Residenz, bis im November eine starke Expedition unter Sir Colin Campbell erschien, welche die Belagerten befreite.

Inzwischen war nach monatelanger Belagerung Delhi am 20. September erobert und kurz darauf auch die in der Festung eingeschlossene Garnison von Agra befreit worden. Der letzte Mogul*) wurde vom Kriegsgerichte zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurtheilt und nach Rangoon deportirt, wo er 1862 starb.

Damit war der Aufstand, der auch in anderen Provinzen bis Tanjore hinab zu vereinzelten Ausbrüchen geführt hatte, im Wesentlichen besiegt. 1858 wurde die Ruhe wieder vollständig hergestellt. Die Rädelsführer wurden, soweit sie den Briten in die Hände fielen, rücksichtslos gehangen. Nur Nana Sahibs, auf dessen Kopf ein Preis von 15 000 Pfund Sterling gesetzt war, konnte man nicht habhaft werden. Er soll nach einigen Nachrichten auf der Flucht umgekommen, nach anderen erst neuerdings gestorben sein. Die angeseheneren der von der Company pensionirten Fürsten, wie Sindia, der Nizam und Holcar sind so klug gewesen, sich von der aufständischen Bewegung fern zu halten. Auch die besseren Klassen der einheimischen Bevölkerung haben keinen Theil daran gehabt.

Siebentes Kapitel.

Aufhebung der East India Company.

Die erste Folge des Aufstandes war die Beseitigung der East India Company. Die durch die Hiobsposten aus Indien tief erregte öffentliche Meinung, welche über Vergangenheit wie Gegenwart der britischen Herrschaft dort gleich mangelhaft unterrichtet war, fand in ihrer Thätigkeit die einzige Ursache für das unerhörte Unglück. Alle Mißbräuche ihrer Verwaltung wurden hervorgesucht und allgemein ihre Aufhebung, Uebernahme der Regierung Indiens

*) Seine drei Söhne wurden bei der Gefangennahme erschossen.

durch die Krone gefordert. Bei der Stimmung der öffentlichen Meinung erachtete der damalige Premier Lord Palmerston es schon im Dezember 1857 für angezeigt, die Direktion davon in Kenntniß zu setzen, daß die Einziehung der Charter in Vorbereitung sei. Die Company fand es nicht mit Unrecht sehr überraschend, daß eine solche Maßnahme ins Auge gefaßt wurde, bevor irgend eine Untersuchung über die Ursachen der Bewegung und etwaige Schuld der britischen Behörden stattgefunden habe. Sie antwortete durch eine feierliche Petition ans Parlament, worin sie eine sorgfältige Untersuchung ihrer Verwaltung, der Ursachen des Aufstandes und der dagegen getroffenen Maßnahmen forderte. Die Petition wies darauf hin, daß jeder Schritt mit Wissen und Genehmigung der Regierung geschehen sei, und behauptete, daß der „Hof der Direktoren" für die Regierung die Unterstützung durch erfahrene, sachverständige und verantwortliche Rathgeber bedeutet habe. Es wurde endlich in dem Schriftstück auf den verhängnißvollen Eindruck des Verschwindens der Company bei den Indern hingewiesen und die vielfach verfochtene Ansicht bekämpft, als sei es Pflicht der Regierung, Indien nur zum Nutzen der Europäer zu regieren.

Dieser Widerstand war unter den damaligen Verhältnissen fruchtlos. Anfang 1858 brachte Lord Palmerston im Parlament eine Bill ein, wonach in Indien an Stelle der Company die britische Regierung treten, aller Besitz und Rechte der Gesellschaft auf sie übergehen und die Leitung der Geschäfte in die Hand eines Präsidenten und eines Councils aus acht Mitgliedern gelegt werden sollte. Die Letzteren sollten aus Beamten, die wenigstens zehn Jahre, und Privaten, die wenigstens fünfzehn Jahre in Indien gelebt hatten, gewählt werden und vor Ablauf ihres Amtes nur auf Verlangen des Parlaments absetzbar sein. Trotz einer großen Mehrheit, die auf Palmerstons Seite stand, wurde die Bill nicht Gesetz, da nach der ersten Lesung das Ministerium wegen anderer Fragen stürzte. Unter Palmerstons Nachfolger, Lord Derby, brachte Disraeli einen neuen Gesetzentwurf ein. Er wollte einem Staatssekretär für Indien ein Council von 18 Personen zur Seite stellen. Die Hälfte davon sollte ernannt, die andere aus Leuten, die mit Indien geschäftlich in näherer Berührung gewesen, theils durch die früheren indischen Beamten und indische Interessenten, theils durch die zu den Parlamentswahlen in London, Liverpool, Manchester, Glasgow und Belfast

Stimmberechtigten gewählt werden. Der Vorschlag fand wenig Anklang. Das Ministerium sah sich bald genöthigt, ihn fallen zu lassen, und als Lord Ellenborough, der frühere Governor General, damals Präsident des Board of Control, infolge eines Streites mit Canning gestürzt war, entschloß sich Derbys Sohn, Lord Stanley, im Juni, dem Hause eine neue Bill vorzulegen. Die Regierung empfahl darin Ernennung eines fünfzehnköpfigen Council of India als Berather des Staatssekretärs für Indien. Die erste Wahl sollte zum Theil durch das Ministerium, zum Theil durch die Direktion der Company erfolgen.*) In Zukunft fiel die Wahl ans Council und die Krone. Acht Stellen waren für Personen ausersehen, die in Indien zehn Jahre in amtlicher oder privater Stellung verbracht hatten.

Die Bill erfuhr am 24. Juni 1858 die zweite Lesung. Es wurde gegen verschiedene Punkte Widerspruch laut, doch ging von allen Anträgen nur der Gladstones durch, wonach die britischen Truppen nur mit Genehmigung des Parlaments außerhalb Indiens verwendet werden durften. Am 8. Juli wurde das Gesetz vom Unterhaus in dritter Lesung angenommen. Im Oberhaus wurden noch mancherlei Einwände erhoben. Der Erzbischof von Canterbury z. B. verlangte Aufhebung des Kastenwesens und gewaltsame Einführung des Christenthums, wie das der Wunsch aller Missionskreise war. Schließlich wurde aber der Entwurf des Ministeriums am 2. August 1858 Gesetz.

Am 1. September hielt der Court of Directors der Company seine letzte Sitzung. Die Aktionäre der Gesellschaft behielten ihre 10 pCt. Dividende,**) all ihr Besitz und alle ihre Verpflichtungen in Indien gingen, wie das bei den letzten Charterverlängerungen ja vorbereitet war, in die Hände des Staates über. Einige der Direktoren wurden Mitglieder des neuen Councils. In der Besetzung der wichtigeren Beamtenposten wurde nichts geändert. Kaum eine Stimme beklagte das Verschwinden der alten mächtigen Gesellschaft, der „John Company".***) Im November wurde die Königin in Indien als

*) Die Mitglieder erhielten je 1200 Pfund Sterling Gehalt und Pensionsberechtigung.

**) 1874 wurden die Aktionäre abgefunden und die Gesellschaft völlig beseitigt.

***) John Stuart Mill, damals Beamter der Company, war einer der lebhaftesten Befürworter ihres Fortbestehens.

Herrscherin ausgerufen, und Lord Canning erhielt die Würde des ersten Vizekönigs des britischen Reiches in Indien, amtlich Governor General genannt. Die Chefs der sechs höchsten Verwaltungsbehörden bildeten sein Ministerium, in dem er nicht allein den Vorsitz führte, sondern auch die auswärtigen Angelegenheiten bearbeitete.

Die Aufhebung der Company machte eine Umgestaltung des indischen Heeres nöthig, das bis dahin theils aus Truppen der Gesellschaft, theils aus Königlichen bestanden hatte, für welche verschiedene Kriegsartikel galten. Die Prüfung der ganzen Angelegenheit wurde im Sommer einer Kommission übertragen. Sie kam nach den beim Aufstande gemachten Erfahrungen zunächst zum Schluß, daß bis auf Weiteres die Zahl der europäischen Truppen in Indien auf 80 000 erhöht und die Eingeborenen-Artillerieregimenter abgeschafft werden müßten. Ueber die Frage, ob in Indien lediglich Königliche Truppen zu stationiren oder neben ihnen noch eine eigene, nur für den Dienst in dieser Kolonie bestimmte indische Armee zu belassen sei, bestand anfangs Meinungsverschiedenheit in der Kommission. Als jedoch plötzlich die europäischen Truppen der Company sich gegen den Uebergang in den Königlichen Dienst sträubten und in ungestümer Weise Abschluß neuer Verträge und neues Handgeld forderten, kam man zum Schluß, daß der Fortbestand einer solchen Lokaltruppe demoralisirend wirken und zu Unruhen führen könne. Trotz des Einspruchs Cannings, Sir John Lawrences und anderer Autoritäten wurde daher 1860 ein Gesetz für Verschmelzung der beiden Armeen erlassen. In die Eingeborenen-Regimenter wurden außer den treu gebliebenen Sepoys hauptsächlich Sikhs eingestellt.*) Die kleine Seemacht der Company bestand bis 1863 fort, dann wurde sie aufgelöst und die Küstenvertheidigung der Königlichen Marine übertragen.

Auch Verwaltung und Rechtspflege erfuhren bald wichtige Verbesserungen. Nach den bei der Company geltenden Bestimmungen erfolgte die Beförderung streng nach Maßgabe des Dienstalters, und eine Anzahl Stellen sollte in jeder Präsidentschaft nur mit den dort vorhandenen Anwärtern besetzt werden. Die Indian Civil Service Act von 1861 räumte mit diesen Grundsätzen auf. Außer in den Non Regulation Provinces**) sollten fortan alle höheren Posten nur

*) Jedes Eingeborenen-Regiment hat sieben europäische Offiziere.

**) Punjab, Oude, Central Provinces, Birma.

mit Anwärtern des Covenanted Service, d. h. solchen, die die vorschriftsmäßigen Prüfungen bestanden hatten, besetzt werden. Der Zulaß zu den Prüfungen war Jedermann offen gestellt.

Eine andere Act von 1861 regelte die Einrichtung der legislativen Councils. Der Vizekönig erhielt Vollmacht, seinen Beirath um sechs bis zwölf Mitglieder zu verstärken. Die Hälfte der Neuernannten sollte aus der Zahl der nicht im Dienst der Krone stehenden Personen genommen werden. Auf Grund dieser Bestimmung zog Canning vier Rajahs in das Council. — Es wurde der Körperschaft aber gleichzeitig untersagt, irgend welche anderen Dinge als die ihr vorgelegten gesetzgeberischen Arbeiten ohne Genehmigung des Vizekönigs zu erörtern. Kleinere Councils wurden den Governors von Bombay und Madras zur Seite gestellt. Ihre Beschlüsse bedurften jeder Zeit der Zustimmung des Vizekönigs. Dieser erhielt auch Vollmacht, Councils für Bengalen, die Nordwestprovinzen und Punjab zu errichten.*)

An Stelle der Presidencies ꝛc. traten acht Provinzen: Madras, Bombay, Bengalen, Nordwestprovinzen mit Oude, Punjab, Birma, Assam und Centralprovinzen. An der Spitze von Madras und Bombay stehen Governors und Councils, welche die Krone ernennt. Diese Governors dürfen mit dem Staatssekretär für Indien unmittelbar verkehren. Bengalen, Nordwestprovinzen, Punjab und Birma unterstehen Lieutenant Governors, welche der Vizekönig ernennt. In Assam und den Centralprovinzen sind Chief Commissioners die obersten Beamten. Außerdem giebt es noch, wie hier gleich erwähnt sein möge, Chief Commissioners in Coorg, Ajmere-Merwara, British Beluchistan und den Andamaninseln.

Die höchsten Gerichtshöfe, welche die Krone und die Company in den Hauptstädten vertreten hatten, wurden abgeschafft und in Calcutta, Madras und Bombay je ein oberstes Gericht, bestehend aus einem Oberrichter und fünfzehn Richtern, eingesetzt. Auch Eingeborene sollten zu den Richterstellen zugelassen werden. Strafrecht und Prozeßverfahren erfuhren eine vollkommene Umgestaltung, das Erstere auf der Grundlage der Arbeiten jener Kommission, an der seiner Zeit Lord Macaulay theilgenommen hatte.

Von weniger glücklichen Wirkungen als diese Maßregeln war die Umgestaltung der indischen Finanzverwaltung. Die Nieder-

*) Das für Bengalen wurde 1862, die anderen 1886 und 1897 errichtet.

werfung des Aufstandes hatte sehr große Summen verschlungen. Das Militärbudget stieg von 11 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1856/57 auf 20 im Jahre 1858/59, und dabei waren der Schaden und die an verschiedene Personen zu zahlende Entschädigung auf 29 Millionen Pfund Sterling zu veranschlagen. Bei einer Gesammteinnahme Indiens von 31 691 000 Pfund Sterling im Jahre 1856/57, 36 060 700 im Jahre 1858/59 bedeutete dies eine Last, die aus den bisherigen Steuerquellen nicht aufzubringen war. Die Schulden stiegen 1859/60 auf 96 307 400 Pfund Sterling, die 4 411 000 Pfund Sterling zur Verzinsung erforderten. An eine Erhöhung der Grundsteuer und der Erträge des Salzmonopols war nicht zu denken. Beide drückten die Bevölkerung schon aufs Aeußerste. Eine Steigerung der Einkünfte aus dem Opiummonopol ließ sich ebensowenig erwarten, da den Opiumerzeugern ohnehin nur der denkbar niedrigste Preis gezahlt wurde und die Größe des Absatzes völlig vom Bedarf in China abhing. Man griff also zu einer Steigerung der Einfuhrzölle und legte auf eine Anzahl Erzeugnisse Indiens Ausfuhrabgaben. Diese Maßregel bewirkte eine kleine Steigerung der Einnahmen (1859/60: 39 705 800 Pfund Sterling), schädigte aber Handel und Wandel in hohem Grade. Um Abhülfe zu schaffen, sandte die britische Regierung einen Beamten des Finanzministeriums, Wilson, einen der Führer der Antikornzoll-Liga, nach Indien und ernannte ihn zum Mitglied des vizeköniglichen Councils. Mr. Wilson schlug unter den obwaltenden Umständen Herabsetzung der Einfuhrzölle auf 10 pCt. des Werthes unter Belassung der Zuschläge bei Tabak und Spirituosen sowie Aufhebung der Ausfuhrabgaben und Ersatz durch eine Einkommensteuer vor. Die Letztere sollte 2 pCt. bei Einkommen von 20 bis 50 Pfund Sterling und 4 pCt. bei allen höheren betragen! Das Council ging darauf ein, und die neue Maßregel wurde 1860 in Kraft gesetzt. Sie erregte neue Unzufriedenheit nicht allein bei den ohnehin schon so schwer bedrückten Hindus, sondern auch bei erfahrenen Beamten. Einer von ihnen, der Governor von Madras, Sir Charles Trevelyan, veröffentlichte seinen Protest sogar in den Zeitungen. Lord Canning war so entrüstet über diesen Widerspruch, daß er die Absetzung des Governors veranlaßte; den erhofften Erfolg erzielten Wilsons Reformen aber nicht. Die Zölle, besonders auf britische Baumwollwaaren, zeigten sich noch immer als zu hoch und gegen des Mutter-

landes Interesse gerichtet. Die Erhebung der Steuer von den Einkommen unter 50 Pfund Sterling erwies sich als so schwierig, kostspielig und von so bedenklichen wirthschaftlichen Folgen begleitet, daß man sie bald fallen lassen mußte. Auch die Besteuerung der Einkommen über 50 Pfund Sterling brachte im Laufe der ersten fünf Jahre zusammen nur 8 Millionen Pfund Sterling. Man hob sie 1865 auf und führte an ihrer Stelle 1867 eine Licence Tax von 8 Schilling auf 50 Pfund Sterling ein. Die Zölle wurden schon vorher bedeutend herabgesetzt.

Der von Wilson für seine Steuerpläne gewählte Zeitpunkt war so unglücklich wie nur möglich gewesen. Nicht allein suchte 1860/61 infolge von Dürre eine große Hungersnoth, der gegen 500 000 Menschen zum Opfer gefallen sein sollen, die Nordwestprovinzen heim, sondern in den Indigodistrikten Bengalens herrschten ernste Streitigkeiten zwischen den weißen Pflanzern und den gedrückten ländlichen Arbeitern,*) und eine Choleraepidemie suchte das Land heim. Dazu beeinflußte der amerikanische Bürgerkrieg sehr erheblich die indische Volkswirthschaft. Das anfängliche Steigen der Baumwollpreise hatte in Bombay zu wilder Spekulation und Börsenspiel Veranlassung gegeben. Beim raschen Sieg der amerikanischen Nordstaaten trat ein plötzlicher Preissturz ein, und in Bombay erfolgten Zusammenbrüche über Zusammenbrüche.

Trotz aller Sorgen und Hindernisse behielt Lord Canning die Hauptaufgaben der Verwaltung Indiens jeder Zeit fest im Auge. In erster Reihe förderte er den Ausbau des Eisenbahnnetzes. Mitte 1862 waren 1360 Meilen fertig und im Betrieb, weitere 3000 waren der Vollendung nahe. Allen Voraussagungen zum Trotz stiegen die Einnahmen von Jahr zu Jahr. Besonders der Verkehr der Eingeborenen zeigte die größte Lebhaftigkeit und brachte fast den dritten Theil der Einnahmen. Daneben wurde Bau von Wegen, Kanälen, Leuchtthürmen und anderen Anlagen von öffentlichem Interesse mit großem Eifer gefördert. Es trugen diese Bemühungen nicht wenig zur Förderung des Handels von Indien bei. Während 1834/35 die gesammte Einfuhr 5 154 100 Pfund Sterling, die Ausfuhr 8 088 100 Pfund Sterling Werth besessen hatte, bezifferten sich:

*) Die Missionare nahmen für die Arbeiter Partei. Einer übersetzte eine indische Satire auf die Pflanzer. Er wurde dafür zu Geldstrafe und Gefängniß verurtheilt!

	Die Einfuhr:	Die Ausfuhr:	
1855/56	auf 25 244 700	auf 23 639 400	Pfund Sterling
1859/60	„ 40 622 100	„ 28 889 200	„ „

An Baumwollgarn und -Geweben hatte England 1827 für 1 670 000 Pfund Sterling nach Indien ausgeführt. 1860 bezifferte sich diese Ausfuhr schon auf 12 425 700 Pfund Sterling. Die Ausfuhr wollener Stoffe aus Großbritannien hob sich in der gleichen Zeit von 301 000 auf 374 200 Pfund Sterling. Indien exportirte an roher Baumwolle 1822 nur 4 000 000 lbs nach England. Von da an ist seine Baumwollausfuhr dorthin und nach China erheblich gewachsen, 1851 auf 226 000 000, 1861 auf 369 000 000 lbs. An Wolle sandte Indien 1820 nur 8000 lbs nach dem Mutterlande, 1861 : 20 000 000 lbs. Daneben zeigte auch der Export von Kaffee, Thee, Reis, Weizen bedeutende Fortschritte, wie nachfolgende Zusammenstellung beweist:

Ausfuhr aus Indien nach Großbritannien

	1836:	1846:	1856:	1860:	
Kaffee . .	140 200	—	4 760 800	4 645 100	lbs
Reis . .	24 700	118 447	14 050 700	557 200	qrs
Weizen . .	1 200	680	1 427 100	1 770	qrs
Jute, Hanf	17 950	190 660	766 460	682 300	cwts
Rohseide .	1 395 500	1 415 300	1 344 400	1 460 900	lbs
Thee . .	—	—	22 500	111 100	£

Gegen 50 Millionen Pfund Sterling britischen Kapitals waren zu Anfang der 60er Jahre in den indischen Eisenbahnen angelegt, etwa 6 in Fluß- und Seedampfschifffahrts-Unternehmungen, 14 in Banken, Pflanzungen, Kohlengruben, Fabriken und dergl.

Von nicht geringem Einfluß auf die wirthschaftliche Entwickelung Indiens war die weitere Oeffnung Ostasiens für den Weltverkehr, an der England zu Ende der 50er und zu Anfang der 60er Jahre einen hervorragenden Antheil genommen hat. Der Sepoyaufstand und die Verlegenheiten der Briten in Indien hatten die Chinesen 1857 zu neuen Ausschreitungen veranlaßt. Es waren britische Seeleute ermordet worden, und als auch die Franzosen gewisse Ansprüche erhoben hatten, war der Mandarin von Canton soweit gegangen, Preise auf die Köpfe „der englischen und französischen Hunde" zu setzen. Dies hatte zur Folge, daß Anfang 1858 die Briten den Krieg mit mehr Nachdruck wieder aufnahmen, Canton er=

oberten und den Mandarinen gefangen nahmen. Als von Peking auf alle Beschwerden keine Antwort erfolgte, zerstörte eine englisch-französische Flotte die Forts an der Mündung des Peihoflusses und bedrohte Tientsin und Peking. Erst jetzt entschlossen sich die Chinesen zum Nachgeben. Im Sommer 1858 bewilligten sie Oeffnung neuer Häfen für den fremden Handel, Einsetzung von fremden Konsuln an diesen Plätzen und Errichtung einer britischen Gesandtschaft in China.

Als im folgenden Jahre ein englischer und ein französischer Gesandter nach China kamen, um die Ratifikationen des Friedensvertrages in Peking auszutauschen, fanden sie jedoch eine wenig freundliche Aufnahme. Die wiederhergestellten und verstärkten Takuforts an der Mündung des Peiho wollten die 19 Kriegsfahrzeuge, welche die Gesandten begleiteten, nicht durchlassen. Als seitens der Engländer und Franzosen Gewalt gebraucht wurde, schossen die Chinesen einen Theil der Schiffe in den Grund und brachten den Angreifern schwere Verluste bei. England wie Frankreich erklärten hierauf China den Krieg. Nach Einnahme der Takuforts und Tientsins durch die vereinigten Flotten begann der Marsch gegen Peking. Die chinesische Regierung bat nun um Frieden. Kaum hatte jedoch die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes stattgefunden, so bemächtigten sich die Chinesen verrätherisch des Sekretärs Lord Elgins und einiger englischer und französischer Offiziere. Auf die Kunde davon wurde dem chinesischen Heer eine Niederlage beigebracht und der Marsch nach Peking wieder aufgenommen. Die Stadt ergab sich und die überlebenden Gefangenen wurden von den Chinesen ausgeliefert. Zur Sühne für den Tod der Anderen, welche grausamen Mißhandlungen erlegen waren, wurde eine Anzahl großer Gebäude, darunter der Sommerpalast, zerstört. Das Ergebniß dieser Ereignisse war im Oktober 1860 die Ratifikation des Tientsiner Vertrages von 1858. Tientsin, Formosa, Hainan und zwei andere Häfen wurden dem europäischen Handel geöffnet. Ein kleines Gebiet auf dem Festland bei Hongkong wurde an England abgetreten. Das Reisen in China wurde Europäern erlaubt, freie Uebung christlicher Mission gestattet und eine ansehnliche Kriegsentschädigung gezahlt.

Um dieselbe Zeit war auch Japan dem europäischen Verkehr erschlossen worden. 1854 hatten die Vereinigten Staaten es gezwungen, ihrem Handel und ihrer Schifffahrt gewisse Rechte einzuräumen. 1858 war es Lord Elgin gelungen, gleichfalls einen Handelsvertrag

abzuschließen. Fünf Häfen wurden dadurch dem britischen Handel geöffnet und das Reisen dort im Umkreis von 25 Meilen erlaubt. In Yedo wurde ferner ein britischer Gesandter zugelassen. Die Ermordung eines Beamten der britischen Gesandtschaft im Jahre 1862 und Ausschreitungen gegen verschiedene Europäer gaben den Anlaß zur Sendung einer britischen Flotte. Der an der Ermordung des Beamten schuldige Daimio Satsuma wurde durch sie 1863 mit Gewalt zur Genugthuung gezwungen.

Achtes Kapitel.

Das indische Kaiserreich.

Seit dem Uebergang der Verwaltung Indiens auf die großbritannische Regierung ist der Bestand der britischen Herrschaft nicht mehr ernstlich bedroht worden. Die Kriege, welche gelegentlich geführt worden sind, betrafen meist nur Grenzstreitigkeiten. Lord Elgin, der Nachfolger Cannings, sah sich durch Räubereien und Blutthaten einer fanatischen mohammedanischen Sekte der Wahabis, in den Vorbergen des Himalaya, gezwungen, dort einen Krieg zu führen. Die britischen Truppen kamen dabei im Umbeylapaß zeitweilig in große Gefahr. Es gelang aber, am Ende die Feinde völlig zu schlagen. Der Lord Elgin 1863 als Vizekönig folgende Sir John Lawrence, zwang den Räuberstamm der Bhutanesen an der Grenze Thibets zur Unterwerfung. Während der Verwaltungsthätigkeit Lord Mayos fand die Niederwerfung des räuberischen Stammes der Lushais an der Grenze Assams und Birmas statt. Es wurden dabei über 100 britische Unterthanen aus der Gefangenschaft befreit.*) Dem Vizekönig Lord Lytton fiel die Aufgabe zu, eine neue Auseinandersetzung mit den Afghanen durchzuführen. Sher Ali, der damalige Emir Afghanistans, hatte, als die Russen 1873 Chiwa besetzten, die Briten um militärische Unterstützung und ein enges Bündniß ersucht. Als der Vizekönig dazu keine Neigung zeigte, warf er sich den Russen in die Arme und lehnte die Zulassung einer englischen Mission in Cabul

*) Lord Mayo wurde 1872 auf den Andamanen von einem afghanischen Sträfling erstochen.

ab. Da er bei dieser Haltung hartnäckig verharrte, wurde ihm 1878 der Krieg erklärt. Der Emir floh nach Verlust verschiedener Schlachten nach Turkestan, wo er starb. Sein Sohn Yakub Khan erklärte sich Mai 1879 bereit, eine britische Gesandtschaft in Cabul aufzunehmen und die Leitung der auswärtigen Politik in ihre Hände zu legen. Dafür wurde ihm eine jährliche Zahlung von 60 000 Pfund Sterling und Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe zugesichert.

Dieser Friede fand ein jähes Ende. Am 3. September 1879 wurde der britische Gesandte in Cabul mit allen seinen Leuten von fanatischen Soldaten ermordet. Ein neuer Feldzug fand statt. Schon am 12. Oktober wurde Cabul eingenommen, und ein schreckliches Strafgericht abgehalten. Yakub Khan wurde als Gefangener nach Indien gebracht. Ein Enkel Dost Mohammeds, Abdur Rahman Khan, erhielt die Würde des Emir, unterlag aber mit der britischen Hülfsmacht Anfang 1880 einem anderen Bewerber um den Thron. Ein entscheidender Sieg der Briten am 1. September brach die Macht seiner Feinde. Abdur Rahman bekam die Herrschaft wieder in seine Hand und mit Hülfe einer ihm 1883 bewilligten jährlichen britischen Unterstützung von 120 000 Pfund Sterling hat er sich auf dem Throne behauptet. Das unausgesetzte Vordringen der Russen in Mittelasien, die Eroberung von Merw Anfang 1884, die Erwerbung Sarakhs und die Bedrohung Herats gaben 1884 die Veranlassung zur Niedersetzung einer englisch-russischen Kommission für Bestimmung der Nordgrenze Afghanistans. Im letzten Augenblick schien die Sache scheitern zu sollen, da russische Truppen ein afghanisches Detachement bei Penjdeh März 1885 niedermachten. Dank der Bemühungen Gladstones kam jedoch 1887 eine Grenzfestsetzung zu Stande.

Von geringerer Bedeutung war ein Krieg mit dem Herrscher des noch unabhängigen Upper Birma. Da er trotz verschiedener Drohungen gegen britische Bürger sich Ausschreitungen zu Schulden kommen ließ, wurde 1885 seine Hauptstadt Mandalay besetzt und er als Gefangener fortgeschafft. 1886 wurde sein Land britische Provinz.

1895 entstanden Schwierigkeiten mit den Bewohnern von Chitral, einem zu Kashmir gehörigen Bergland. Da ihm wegen der Nähe der russischen Grenze besondere Bedeutung zukommt, wurde ein Feldzug mit Aufgebot großer Kräfte ins Werk gesetzt und das Gebiet erobert. Die Annexion erregte bei den benachbarten Bergvölkern

Unruhen. Fanatische Mullahs predigten hier den heiligen Krieg gegen die Briten, und im Sommer 1897 begannen neue Kämpfe an der Nordwestgrenze Indiens im Swatgebiete und später mit den Afridis und Orakzais.

Abgesehen von solchen Grenzkonflikten und gelegentlichen Unruhen unter der indischen Bevölkerung ist Großbritanniens Herrschaft in Indien seit dem Sepoyaufstand von keiner ernstlichen Gefahr mehr bedroht worden. Die Briten haben daher ihre volle Aufmerksamkeit dem Ausbau der Verwaltung und der Hebung des Wohlstandes des indischen Reiches widmen können.

Durch die Proklamirung der Königin von England am 1. Januar 1877 zur Kaiserin von Indien verlor Letzteres auch äußerlich den Charakter als britische Kolonie, doch hat dieser feierliche, im Beisein aller indischen Fürsten zu Delhi vollzogene Akt an der Verfassung Indiens, wie sie das Gesetz vom 2. August 1858 geregelt hat, wenig geändert. Die Regierung des indischen Kaiserreiches wird im Namen der Königin vom Secretary of State for India geführt, dem ein von ihm ernanntes Council von mindestens zehn auf je zehn Jahre gewählten Personen zur Seite steht. Wenigstens neun davon müssen zehn Jahre in Indien verlebt haben. Kein Mitglied des Council darf eine Wahl ins Parlament annehmen. Vor Ablauf der zehnjährigen Dienstzeit ist es nur auf Antrag beider Häuser des Parlaments absetzbar. Nur in Fragen der äußeren Politik und in eiligen oder sehr vertraulichen Dingen ist der Staatssekretär an den Beirath dieser Körperschaft nicht gebunden. Allwöchentlich hat sie wenigstens einmal zusammenzutreten.

Die ausführende Gewalt liegt in den Händen des „Council of the Governor General“. Es besteht aus fünf Mitgliedern, welche die Krone ernennt. Der Letzteren steht es jedoch frei auch dem Leiter der öffentlichen Arbeiter und dem Oberkommandeur Sitz und Stimme darin zu verleihen. An der Spitze des Council befindet sich der Governor General, der als „Governor General in Council“ die Verordnungen und Gesetze erläßt. Zur Berathung gesetzgeberischer Maßnahmen ist das legislative Council vorhanden, bestehend aus den Mitgliedern des executiven Council und vierzehn vom Governor General zum Theil auf Vorschlag der Provinzialcouncils erwählten Personen. Von den Provinzen besitzen zwei, Madras und Bombay, je ein executives und ein legislatives; Bengalen und die North

Western Provinces nur ein legislatives Council. In den übrigen steht dem obersten Beamten kein Beirath zur Seite.

Britisch Indien zerfällt gegenwärtig in folgende Provinzen:

	Fläche Quadratmeilen.	Zahl der Distrikte.	Bevölkerung 1881.	Bevölkerung 1891.	Bevölkerung pro Quadratmeile. 1891.
Ajmere . . .	2 711	2	460 722	542 300	200
Assam . . .	49 004	13	4 881 400	5 476 800	112
Bengal . . .	151 543	47	66 750 500	71 346 400	471
Berars . . .	17 718	6	2 672 600	2 897 491	164
Bombay . . .	125 144	25	16 505 900	18 901 100	151
Burma . . .	171 430	36	—	7 605 500	44
Central Prov. .	86 501	18	9 838 700	10 784 200	125
Coorg	1 583	1	178 300	173 000	109
Madras . . .	141 189	21	30 827 100	35 630 400	252
N. W. Provinces und Oude . .	107 503	49	44 150 500	46 905 000	436
Punjab . . .	110 667	23	18 834 100	20 866 800	189
Quetta . . .	—	—	—	27 270	—
Andamans . .	—	—	14 620	15 600	—
	964 993	250	198 860 600	221 172 900	229

An der Spitze der Provinzen stehen Governors, Lieutenant Governors oder Chief Commissioners. Ihnen steht jederzeit ein Sekretariat, bestehend meist aus mehreren Beamten, zur Seite, in deren Händen die Führung der Geschäfte ruht.

Jede Provinz*) zerfällt in Bezirke (Divisions), an deren Spitze Commissioners stehen. Die Bezirke sind in Distrikte**) getheilt, deren Leitung in den Händen von Collector Magistrates oder Deputy Commissioners liegt. Diese Beamten sind gelegentlich gleichzeitig Richter. Meist sind aber besondere Richter vorhanden.

Ein großer Theil Indiens steht nicht unmittelbar unter britischer Verwaltung, sondern wird von einheimischen Fürsten regiert, denen

*) Die frühere Theilung in Regulation und Non Regulation Provinces ist mit der Zeit ziemlich verschwunden. Es werden überall dieselben Verwaltungsnormen angewandt.

**) Durchschnittlich 3840 Quadratmeilen groß mit 800 723 Bewohnern. Die Distrikte zerfallen in Unterabtheilungen, Taluks oder Tahsils genannt. In polizeilicher Hinsicht ist ganz Indien in Polizeikreise, Thanas, getheilt.

britische Residenten oder Agenten zur Seite stehen. Die Leitung aller auswärtigen Angelegenheiten ist diesen Fürsten entzogen, sie dürfen nur eine bestimmte Anzahl Soldaten halten, keine Europäer ohne besondere Erlaubniß in ihren Gebieten lassen und sind jederzeit absetzbar. Einige müssen jährlich Tribut zahlen, Anderen wird die Zahlung nachgesehen. Diese Form der Herrschaft hat sich so bewährt, daß in neuerer Zeit Gebiete, die lange unter direkter britischer Verwaltung standen, wieder an einheimische Fürsten gegeben worden sind, so 1881 Mysore und 1886 Gwalior. Umfang und Bevölkerung der indischen Lehensstaaten zeigt jetzt folgendes Bild:

	Quadratmeilen	Bevölkerung 1881	Bevölkerung 1891	Köpfe pro Quadratmeile
Haidarabad . .	82 698	9 845 500	11 537 000	140
Baroda . . .	8 226	2 185 000	2 415 300	294
Mysore . . .	27 936	4 186 100	4 843 500	173
Kashmir . . .	80 900	—	2 543 900	31
Rajputana . .	130 268	9 959 000	12 016 100	92
Central India .	77 808	9 387 100	10 318 800	133
Bombay States	69 045	6 926 400	8 059 200	117
Madras . . .	9 609	3 344 800	3 700 600	385
Central Prov. .	29 435	1 709 700	2 160 500	73
Bengal . . .	35 834	2 786 400	3 296 300	92
N. W. Prov. .	5 109	741 700	792 400	155
Punjab . . .	38 299	3 860 700	4 263 200	111
Shan Outposts .	—	—	2 900	—
	595 167	54 932 900	65 950 300	111
Ganz Indien .	1 560 160	253 793 500	287 123 300	184

Nach der Zählung von 1896 gab es in Indien 750 städtische Gemeinwesen (Municipal Towns) mit einer Bewohnerzahl von 15 693 600. Diese Gemeinwesen haben für Erhaltung der Straßen, Wasserleitungen, Entwässerung, Marktwesen und Gesundheitspflege zu sorgen. Mit Bewilligung der Provinzialregierung erheben sie die nöthigen Mittel durch Steuern. Es ist ihnen eine ziemlich ausgedehnte Selbstverwaltung zugestanden. Die Mehrzahl der Mitglieder der städtischen Körperschaften wird von den Steuerzahlern auf Grund der Local Self Government Acts 1882/84 gewählt und besteht vielfach aus Eingeborenen. 75 Städte haben mehr als 50 000 Ein=

wohner, 28 davon über 100 000. In 40 Städten zählt man 35—50 000, in 109: 20—35 000 Seelen. An Dörfern gab es 1891 nicht weniger als 343 052, welche unter 200, und 222 996, welche 200—500 Bewohner zählten.

Die Rechtspflege ist gegenwärtig folgendermaßen geordnet. In jeder der fünf Provinzen Madras, Bombay, Bengalen, Nordwestgebiet und Punjab besteht ein Obergericht, gegen dessen Urtheile Berufung ans Privy Council in London zulässig ist. In den Centralprovinzen Oude, Sind und Birma vertritt je ein Judicial Commissioner das Obergericht. In den oberen Gerichtshöfen sind gegen 450 Appellrichter thätig. Die Zahl der richterlichen Beamten Indiens betrug 1890 gegen 5600. Die Hälfte davon übte ihre Thätigkeit ehrenamtlich. Der größte Theil der Richter erster Instanz besteht aus Eingeborenen. Auch in den Appellhöfen sind sie nicht unerheblich vertreten. Das zur Anwendung kommende Recht sind die Beschlüsse der indischen Councils, britische Parlamentsacte, indisches und mohammedanisches Erb-, häusliches und Gewohnheitsrecht. Das einheimische Recht ist zum Theil durch den Indian Penal Code sowie durch die indischen Civil- und Strafprozeßordnungen festgelegt worden. — 1895 waren zur Strafvollstreckung 40 Centralstrafanstalten, 192 Distriktsgefängnisse und 496 kleinere Gewahrsame vorhanden. Die Zahl der Gefangenen belief sich auf 177 890. — Die indische Polizei zählte 1895 im Ganzen 147 094 Beamte, von denen 53 632 Feuerwaffen tragen.

Die Finanzen des indischen Reiches zeigen folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	öff. Schuld	
1860*)	39 705 800	51 861 700	98 107 400	Pfund Sterling**)
1865	44 613 000	46 450 900	98 477 500	" "
1870	50 901 000	53 382 000	108 186 300	" "
1875	50 570 100	50 250 900	130 335 500	" "
1880	68 433 100	69 661 000	160 329 000	" "
1885	70 690 600	71 077 100	174 524 100	" "
1890	85 741 600	82 053 400	218 426 000	" "
1894	95 187 400	94 494 300	232 286 800	" "
1897	95 676 800	98 140 800	232 339 000	" "

---

*) Die Jahre laufen seit 1866 vom 1. April—31. März.

**) 1 Pfund Sterling = 10 Rupien gerechnet.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind neben der Grundsteuer das Eisenbahnwesen, die Erträge des Opium- und Salzmonopols und das Zollwesen. Es wurden daraus im Laufe der Jahre die nachstehenden Summen erzielt:

	Grundsteuer	Opium	Salz	Zölle	Eisenbahnen	Länge der Bahnen Meilen
	Pfund Sterling					
1870	20 622 800	—	6 106 200	2 610 700	—	—
1875	21 503 700	—	6 244 400	2 721 300	6 146 100	5 204
1881	21 948 000	etwa 7 700 000	7 375 600	2 361 300	14 323 000	9 884
1887	23 055 700	8 942 900	6 657 600	3 222 700	18 450 600	14 324
1892	23 965 700	8 012 300	8 636 100	4 142 700	23 192 100	17 709
1895	25 408 200	7 323 700	8 665 700	—	26 089 000	19 407
1897	23 953 500	5 816 200	8 421 800	4 491 900	20 682 400	—

Nach den Berechnungen britischer Sachverständiger ist der Steuerdruck, welcher auf der Bevölkerung Indiens lastet, gegenwärtig ein weit geringerer als zu den Zeiten der Moguls. Während in dem Zeitraum von 1593—1761 jährlich im Durchschnitt 60 Millionen Pfund Sterling durch das Mogulreich an Steuern eingetrieben wurden, darunter 32 Millionen allein an Grundsteuern, erhebt die britische Herrschaft im Jahre durchschnittlich nur 35—40 Millionen Pfund Sterling an Steuern. Die noch immer die erste Rolle spielende Grundsteuer beläuft sich im Durchschnitt auf zwei Schilling von jedem angebauten Acre Land, d. h. auf etwa ein Drittel des Ernteertrages. Während der Betrag dieser Steuer im vorigen Jahrhundert noch je nach dem Ergebniß der Ernte schwankte, ist ihre Höhe in Bengalen sowie in einem Theile von Madras und der Nordwestprovinzen nach den von Lord Cornwallis bestimmten Sätzen dauernd geregelt. Im übrigen Indien wird der Satz alle 12 bis 30 Jahre festgestellt. Die Bauern sind gegen Willkür der die Steuer eintreibenden Grundherren (Semindare) einigermaßen durch die Land Act von 1859 und die Bengal Tenancy Act und Rent Act von 1885 geschützt. Im Einzelnen herrschen hinsichtlich der Höhe und Erhebungsform dieser Steuer in den einzelnen Provinzen Indiens große Verschiedenheiten. An der Aufstellung zuverlässiger Kataster wird seit 1869 gearbeitet.

Was die Grundsteuer in Indien sehr lästig und fühlbar macht, ist besonders die häufige Wiederkehr von Hungersnöthen, die durch langes Ausbleiben von Regengüssen verursacht werden. Seit 1770

haben 23 solcher Nothstände verschiedene Theile Indiens heimgesucht. Bei der Noth von 1769/70 soll ein Drittel der Bevölkerung Bengalens dem Hunger erlegen sein. 1865/66 ist in gleicher Weise ein Viertel der Bewohner Orissas, 1876/78 ein Fünftel der Bewohner Mysores dem Mangel zum Opfer gefallen! Die Hungersnoth von 1876/78 zog ein Gebiet von 257 300 Quadratmeilen im südlichen und mittleren Indien mit $58^{1}/_{3}$ Millionen Bewohnern in Mitleidenschaft. Um sie zu bekämpfen, mußten von Staats wegen längere Zeit täglich etwa 877 024 Personen gegen Lohn beschäftigt und 446 641 durch Almosen unterstützt werden. Es war ferner der Erlaß von gegen zwei Millionen Pfund Sterling Grundsteuern und im Ganzen ein Kostenaufwand von 11 194 300 Pfund Sterling erforderlich!

Diese bis dahin noch nie in solcher Ausdehnung über Indien hereingebrochene Heimsuchung gab Veranlassung zur Niedersetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nach sorgsamen Arbeiten hat der Ausschuß 1880 seinen Bericht erstattet und zur Beseitigung der Ursachen der periodischen Mißernten umfassende Vorschläge gemacht, die größtentheils genehmigt und ausgeführt worden sind. Es handelt sich dabei in erster Reihe um Reservoir- und Bewässerungsanlagen sowie Bau von Bahnen, Kanälen und Wegen. In zweiter Linie kommt Verbesserung der Technik des Ackerbaues, Einführung lohnender Kulturen und Hebung der Forstwirthschaft in Betracht. Daneben lenkte die Untersuchungskommission das Augenmerk der Behörden auf bessere Vorbereitung und Rüstung der einzelnen Provinzen gegen plötzlich hereinbrechende Nothstände. In dieser Hinsicht wurden für alle davon gelegentlich bedrohten Landestheile eingehende Pläne ausgearbeitet, welche im Voraus alle von der Verwaltung zur Bekämpfung eines Nothstandes zu treffenden Maßnahmen vorsehen, die sogenannten „Famine Codes“.

Die Anregungen des Untersuchungsausschusses haben auch in anderer Hinsicht reiche Früchte getragen. Das indische Bahnnetz ist seit 1881 so erweitert worden, daß selbst nach den abgelegensten Gegenden rasch Vorräthe befördert werden können, während sie früher bei Dürre aus Mangel an Futter und Wasser für die Zugthiere kaum erreichbar waren. Durch Reservoir- und Kanalanlagen wurden 1896 bereits 9 999 319 Acres unabhängig vom Regenfall mit Bewässerung versorgt. Da in Indien zwei Ernten im Jahre erzielt

werden und außer den großen Bewässerungsanlagen auch noch zahlreiche kleinere vorhanden sind, können im Ganzen jährlich etwa 26 737 000 Acres Land künstlich mit Wasser versorgt werden. — Es ist ferner der Anbau und Export von Baumwolle, Thee, Jute, Indigo und Getreide in außerordentlichem Maße gefördert und dadurch für viele Menschen lohnender Verdienst geschaffen worden. Von den 188 921 010 Acres in Indien unter Anbau befindlichen Landes sind gegenwärtig 69 160 351 mit Reis, 18 530 832 mit Weizen, 84 227 474 mit anderen Körnerfrüchten bestellt, daneben aber dienen 12 844 062 dem Bau von Oelfrüchten, 9 600 616 dem von Baumwolle, 2 248 593 dem von Jute, 1 569 869 dem von Indigo und 406 478 dem von Thee! — Nicht weniger als 76 400 Quadratmeilen Forst sind in verschiedenen Provinzen für den Staat reservirt und in geregelte Verwaltung genommen worden. Es werden endlich erhebliche Summen für Schonung des Baumbestandes in den für Weidezwecken geöffneten Waldungen und auf den Pflanzungen ausgegeben.

Dies Alles hat jedoch nicht zu verhindern vermocht, daß in den Jahren 1896 und 1897 eine Hungersnoth von noch nicht dagewesener Ausdehnung die mittleren und nördlichen Provinzen Indiens heimgesucht hat. Nicht weniger als 504 000 Quadratmeilen mit 96 931 000 Bewohnern sind von diesem Nothstand in Mitleidenschaft gezogen worden, 52 696 000 Menschen befanden sich in hülfsbedürftiger Lage, während 1876/78 nur etwa 19 Millionen Menschen unterstützungsbedürftig waren! Nur der sorgsamen Verwerthung der früheren Erfahrungen und der durch die Famine Codes geschaffenen Organisation ist es zu danken gewesen, wenn dieser durch den Ausbruch von Cholera und Beulenpest verschärfte Nothstand verhältnißmäßig rasch überwunden worden ist. Nach vorläufiger Schätzung sind für Beschäftigung der Arbeitsfähigen und Unterstützung der anderen Nothleidenden 6 800 000 Pfund Sterling aufgewendet, 1 805 300 Pfund Sterling Steuern erlassen und 1 287 700 Pfund Sterling an Vorschüssen und Darlehen vertheilt worden!*) So geringfügig diese Summen im Vergleich zu der Größe des damit bekämpften Nothstandes sind, bedroht doch die Wiederkehr solcher

*) Die Pest hat nach der letzten Statistik von Ende September 1896 bis Ende Oktober 1898 in der Provinz Bombay 134 945 Todesfälle verursacht. Die Zahl aller Erkrankungen war 170 912.

Heimsuchungen die indische Volks- und Finanzwirthschaft in sehr bedenklicher Weise. Die große Masse der indischen Bevölkerung ist überaus arm. Schon in guten Jahren ist ein Fünftel der ländlichen Bevölkerung, d. h. 40—50 000 000 Personen, ungenügend ernährt. Der Rest ist etwas besser daran, sieht sich jedoch auch, wenn die Ernte ein Jahr lang mißräth, auf die Hülfe des Gelddarleihers oder des Staates angewiesen und kann die Grundsteuer nicht aufbringen. Jede neue Hungersnoth schwächt daher die Steuerkraft wie den Wohlstand des Volkes und greift die Wurzeln der britischen Herrschaft an.

Die Armuth der Bevölkerung stellt der kräftigen Entwickelung der inneren Steuern, die neben den Grundabgaben in verschiedener Form wie Accise, Stempelabgaben, Salzmonopol, Bewässerungsgebühren und dergl. erhoben werden, ein unübersteigliches Hinderniß entgegen. Die Verwaltung sieht sich darauf angewiesen, auf Steigerung der Zolleinkünfte und Hebung des Wohlstandes der Eingeborenen vermöge der Einführung lohnender Gewerbszweige hinzuarbeiten. Der Handel Britisch-Indiens zeigt nachstehendes Bild:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr von Rohbaumwolle	Jute	Thee	Weizen
	Pfund Sterling.					
1860	40 622 100	28 889 200	5 637 600	290 200	127 700	—
1865	49 514 200	69 471 700	37 573 600	1 307 800	301 000	—
1870	46 882 300	53 513 700	19 079 100	2 186 800	1 080 500	32 924
1875	44 363 100	57 984 500	15 257 300	3 246 800	1 963 500	491 400
1880	52 821 300	69 247 500	11 145 400	4 370 000	3 072 200	1 124 200
1885	69 591 200	84 989 500	13 286 300	4 661 300	4 157 300	6 316 000
1890	93 909 800	102 350 500	18 713 200	11 431 000	5 445 400	5 792 600
1895	86 304 100	118 605 700	8 708 200	14 740 200	7 988 500	2 556 200
1896	71 914 600	99 880 600	12 970 000	15 764 400	8 124 500	836 300

Abgesehen von der vermehrten Arbeitsgelegenheit, welche der Anbau von Baumwolle, Jute und Thee der Bevölkerung gewährt, ist man bestrebt, ihr durch Hebung der Industrie neue Erwerbsquellen zu eröffnen. Es befanden sich 1895 in Indien 147 Baumwollfabriken mit 3 844 300 Spindeln und 37 278 mechanischen Webstühlen in Betrieb. Sie beschäftigten täglich 146 244 Arbeiter. Dazu zählte man 28 Jute- und 1 Hanffabrik, die bei 216 139 Spindeln und 10 579 Stühlen 78 889 Arbeiter brauchten, sowie 6 Wollfabriken mit 530 Stühlen und 18 658 Spindeln; 8 Papiermühlen und ver-

schiedene Brauereien. Es gab außerdem 172 Pflanzungs=, 63 Minen=gesellschaften, 11 Eisfabriken und 6 Zuckerraffinerien. Einer raschen Ausdehnung der Großindustrie in Indien steht allerdings die Furcht entgegen, durch sie die Ausfuhr des Mutterlandes und die Lage der arbeitenden Bevölkerung Großbritanniens zu schädigen!

Der größte Theil der Einnahmen des indischen Reiches wird durch die Militärlast verschlungen. Es werden hier gegenwärtig 74 299 europäische und 140 640 eingeborene Truppen unterhalten. Bei den Ersteren sind 3626, bei den Letzteren 5204 europäische Offiziere. Die Zahl der eingeborenen Offiziere beläuft sich auf 3209. Der Artilleriedienst wird fast gänzlich von Europäern besorgt. Neben 13 407 Europäern befinden sich nur 2088 Inder bei dieser Waffe. Dagegen stehen 5670 europäischen Kavalleristen 22 932 ein=geborene gegenüber. Die Organisation der ganzen Macht hat seit 1857 stete Fortschritte gemacht. Alle Kommandobefugnisse einzelner Governments sind beseitigt, und die ganze Armee ist in 4 Komman=dos, je unter einem Lieutenant General, der direkt dem Commander in chief untersteht, eingetheilt. Ein sorgsam geordnetes Transport=wesen und ein guter Intendantur= und Medizinaldienst gestatten die rasche Bewegung des gesammten Heeres. In Aden, Karachee, Bombay, Hugli und Rangoon befinden sich starke Küstenbefestigungen und Torpedoboote. Im Innern sind stark befestigt: Quetta (Punjab) Rawal Pindi, Ferozepore sowie die Uebergänge des Indus und Chenab und die wichtigsten Punkte der Sind—Pishin=Bahn. Man hofft auf diese Weise das Reich gegen Angriffe von außen wie gegen Erhebungen im Innern gesichert zu haben. Trotz aller Sparsamkeit fordern diese Rüstungen einen sehr hohen Theil der Einnahmen Indiens. Das indische Budget sah 1896: 24 295 600 Pfund Ster=ling, 1897: 24 195 500 Pfund Sterling für militärische Zwecke vor, wobei die Aufwendungen für Befestigungen noch nicht gerechnet sind. — Die nicht unmittelbar unter britischer Herrschaft befindlichen Lehensstaaten Indiens besitzen zusammen 349 835 Soldaten und 4237 Geschütze. Nur 18 114 Mann davon, die in gewissen Fällen den britischen Truppen Hülfe zu leisten haben, sind einigermaßen modern ausgerüstet und organisirt. Sie stehen unter der Aufsicht von 18 britischen Inspektionsoffizieren.

Die Marine des indischen Reiches wird aus zwei Panzerschiffen, einem Depeschenschiff, 9 Torpedoschiffen, 8 Minenbooten und einer Anzahl von Transportfahrzeugen, Flußdampfern &c. gebildet.

Schul- und Bildungswesen, welche früher ganz vernachlässigt waren, genießen jetzt steigende Aufmerksamkeit. Während 1858 nur 39 400, 1865: 67 100 Pfund Sterling für diese Zwecke verwendet wurden, betrug 1895 das Budget der Unterrichtsverwaltung 3 526 500 Pfund Sterling, welche durch städtische, Provinzabgaben und Schulgebühren aufgebracht wurden. Es werden aus der genannten Summe 5 Universitäten, in Calcutta, Madras, Bombay, Allahabad und im Punjab, eine Reihe Normalschulen für Lehrer, medizinische, technische, Kunstschulen und zahlreiche Volksschulen erhalten. Im Ganzen besitzt Indien jetzt 152 841 Schulen, die von 4 303 109 Schülern besucht werden. Von ihnen sind 21 948 öffentlich, 61 351 genießen öffentliche Unterstützung und 69 542 sind privat. Seit 1883 eine Kommission das Erziehungswesen Indiens des Näheren geprüft hat, wird besonders der Bildung der Frauen und der Mohammedaner, welche sich als am meisten zurückgeblieben erwiesen, große Aufmerksamkeit gewidmet. Immerhin ist noch jetzt der Prozentsatz der Analphabeten ein sehr hoher. Von den Kindern im schulfähigen Alter besuchen noch immer nur wenige die Schulen, von den Knaben etwa 20,82, von den Mädchen gar nur 2,19 pCt. Ein nicht unerheblicher Theil des Erziehungswesens liegt in den Händen der christlichen Missionen, die besonders seit 1813, wo der Widerstand der Company gebrochen wurde, in Indien wirken. Römische Katholiken, verschiedene protestantische Religionsgenossenschaften, Syrier, Armenier und Griechen wetteifern auf diesem Gebiete miteinander. Der Erfolg dieser humanen Bestrebungen ist trotz der hingebenden Arbeit der verschiedenen Missionsgesellschaften leider noch immer nicht groß. Von den 287 223 000 Bewohnern Indiens gehören erst 2 284 300 dem christlichen Glauben an. 1 315 200 der Bekehrten sind Katholiken, 295 000 Anglikaner, 40 400 Presbyterianer, 296 900 Dissenters, 63 900 Protestanten, der Rest: 201 600 griechisch-katholisch und dergl. Der größte Theil der Christen befindet sich in der Provinz Madras, nämlich 1 580 100. In Bengalen zählte man 192 400, in Bombay 170 000, in Birma 120 700. Der geringen Christenschaar stehen 207 731 700 Hindus, 7 131 300 Buddhisten und 57 321 100 Mohammedaner gegenüber!

So großartig der Aufschwung ist, den Indien unter britischer Herrschaft genommen hat, so geschickt seine Produktion in großem Maßstabe gesteigert worden ist, daß sie nicht allein den inneren

Bedarf deckt, sondern auch für den Weltmarkt von hoher Bedeutung ist, fehlt es doch in England und Indien nicht an sachverständigen Stimmen, welche durchgreifende Reformen für dringend erforderlich halten. Das Anwachsen der Staatsschulden, die eher zu- als abnehmende große Armuth der Masse des Volkes, die Gefahren, welche Großbritanniens Industrie und Handel von der billigen Arbeit in Indien drohen, werden als sehr bedenklich angesehen. Dazu kommt, daß in weiten Kreisen Angst vor dem steten Vordringen der Russen in Mittelasien besteht, wenngleich die besseren Elemente der Bevölkerung Indiens durchaus treu zu Großbritannien halten und von einer Wiederkehr der früheren einheimischen Willkürherrschaft nichts wissen wollen.

Neuntes Kapitel.

Die übrigen asiatischen Besitzungen Großbritanniens.

In naher Verbindung mit Indien, wenn auch unter besonderer Verwaltung, stehen Ceylon und die übrigen Besitzungen Großbritanniens in Asien.

Die Verwaltung Ceylons ist durch Gesetze von 1831 und 1833 geordnet. Dem Governor steht danach ein exekutives Council von 5 Mitgliedern und ein 17 Köpfe starkes legislatives Council zur Seite. Die 25 364 Quadratmeilen große Insel zählte 3 235 300 Bewohner, d. h. 118 auf die Quadratmeile. Sie ist in 9 Provinzen getheilt. 27 299 Bewohner sind Weiße oder Abkömmlinge von Weißen, der Rest setzt sich aus Singhalesen, Tamilen, Malayen und dergl. zusammen. Ackerbau und Pflanzungen bilden die wichtigsten Erwerbszweige. Die Finanzen der Kolonie zeigen ein nicht unbefriedigendes Bild. Es betrugen:

	Einnahmen	Ausgaben	Oeffentliche Schuld
1860 . . .	767 100	705 400	— Pfd. Sterl.
1865 . . .	978 400	838 100	450 000 „ „
1870 . . .	1 068 400	1 026 800	700 000 „ „
1875 . . .	1 354 100	1 220 100	623 700 „ „
1880 . . .	1 298 300	1 337 200	1 369 600 „ „
1885 . . .	1 186 000	1 182 300	2 284 000 „ „
1890 . . .	1 217 100	1 162 400	2 518 300 „ „
1895 . . .	1 158 400	1 187 800	3 723 500 „ „

Die Haupteinnahmequelle bilden auf Ceylon die Zölle. Sie

brachten 1885: 219 400, 1890: 284 000, 1895: 321 000 Pfund Sterling. Daneben ergeben die Bahnen, die Licenzen für den Verkauf von Spirituosen, Stempelabgaben und Salzmonopol erhebliche Summen. Die Vertheidigung der Kolonie liegt in den Händen des Mutterlandes, welches hier 2000 Mann stationirt hat, wofür die Insel jährlich 81 750 Pfund Sterling zahlt. Im Hafen von Trincomalee ist die britische Flotte stationirt. Dieser Fleck wie Colombo sind stark befestigt.

Unter Kultur befinden sich 2 077 000 Acres. 368 824 sind mit Thee, 23 003 mit Kaffee, 3979 mit Chininbäumen, 871 245 mit Kokospalmen, 30 882 mit Kakao, 40 679 mit Zimmet, 10 122 mit Tabak bestellt. Die Erzeugnisse dieser Pflanzungen bilden den Haupttheil der Ausfuhr. Der Handel Ceylons hat folgenden Umfang:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr von Kakao	Ausfuhr von Kaffee	Ausfuhr von Thee	
1880 . . .	5 013 400	4 742 600	—	—	—	Pfd. Sterl.
1885 . . .	4 231 100	3 354 600	22 300	885 100	213 300	= =
1890 . . .	4 731 800	3 834 500	59 700	396 500	1 717 400	= =
1895 . . .	4 668 200	4 278 400	62 200	297 000	2 721 200	= =

Die Zahl der Christen auf Ceylon belief sich 1891 auf 302 127. Für Schulzwecke werden erhebliche Aufwendungen gemacht. 1896 besuchten 175 600 Personen die verschiedenen Lehranstalten.

Von Ceylon aus wird die Inselgruppe der Maldiven verwaltet, die unter einem einheimischen Sultan stehen und etwa 30 000 Bewohner zählen.

Nicht weniger wichtig als Ceylon ist die Kolonie der Straits Settlements, welche sich aus der Ansiedelung in Singapore entwickelt hat und außer dieser Stadt jetzt Penang, Malacca, die Cocos Island und Christmas Island umfaßt, geworden. Die Kolonie zählt auf einer Fläche von 1472 Quadratmeilen 550 100 Bewohner. Ihre Finanzen haben sich rasch entwickelt:

	Einnahmen	Ausgaben	Schuld
1860 . . .	125 400	—	—
1865 . . .	377 900	375 200	—
1870 . . .	278 200	262 300	—
1875 . . .	327 000	383 600	—
1880 . . .	442 700	382 300	89 200
1885 . . .	628 500	643 700	48 800
1890 . . .	711 500	626 200	5 800
1895 . . .	430 100	401 800	—

Die Einnahmen fließen vollständig aus Licenzen, Stempelabgaben, Hafengebühren, Landsteuern und Postdienst, da Singapore Zollfreiheit genießt. Diese Kolonie ist zu einem der wichtigsten Handelsemporien Asiens geworden, wie die Statistik ihres Handels ergiebt:

	Einfuhr	Ausfuhr	
1865 . . .	8 876 300	9 693 700	Pfund Sterling
1870 . . .	9 975 400	8 709 300	= =
1880 . . .	13 783 100	13 092 200	= =
1885 . . .	17 813 600	16 331 900	= =
1890 . . .	24 549 500	21 320 600	= =
1895 . . .	21 060 600	18 378 500	= =

1896 haben nicht weniger als 8728 europäische Schiffe von 6119400 Tonnen und 16732 einheimische Fahrzeuge von 583200 Tonnen die Häfen der Kolonie besucht.*)

An der Spitze der Verwaltung steht ein Governor mit einem Executive Council von 8 und einem Legislative Council von 17 Personen.

British North Borneo und die an der Nordwestküste Borneos gelegene Insel Labuan befinden sich unter der Leitung der British North Borneo Company. Englische Unternehmer hatten seit Langem ihr Augenmerk auf das reich bevölkerte, wenig bekannte und so gut wie unabhängige Borneo gerichtet. Nach vielen vergeblichen Versuchen war es James Brooke, der als britischer Agent und Führer einer gegen die Seeräuber Borneos dort stationirten Flottille thätig war, um 1842 gelungen, im Norden der Insel von dem Sultan von Brunei eine Landkonzession in Sarawak zu erlangen. Er übernahm als Vasall des Sultans die Regierung des Gebietes und setzte durch, daß Großbritannien mit dem Sultan von Brunei 1847 einen Freundschaftsvertrag schloß. Obwohl die Verträge von 1814 und 1824 mit Großbritannien den Niederlanden die Herrschaft über den ganzen indischen Archipel zusicherten, erhob die holländische Regierung gegen das Vorgehen der Briten keinen Einspruch und ließ Brooke unbehelligt. Sie regte sich erst, als 1877 Baron Overbeck und Sir Alfred Dent von den Sultanen von Brunei und Sulu eine

*) Singapore besitzt auch starke chinesische Einwanderung, 1895: 212 100, 1896: 199 200 Köpfe. Die Leute gehen von hier meist als Arbeiter nach britischen Pflanzungskolonien.

Konzession über ein Gebiet von etwa 30000 Quadratmeilen erwarben und dafür britischen Schutz nachsuchten. Die britische Regierung wies den Einspruch indessen mit der Begründung ab, daß der Vertrag von 1824 sich nicht auf Borneo beziehe, und ertheilte der von Dent ins Leben gerufenen British North Borneo Company unterm 1. November 1881 eine Royal Charter. Nachdem es der Gesellschaft gelungen war, noch Brookes Unterstützung zu erlangen und einige andere Konzessionen zu erwerben, wurde ihr Gebiet am 12. Mai 1888 formell zum britischen Protektorat erklärt. Die kleine Insel Labuan, von der man sich wegen ihrer Kohlenlager großen Nutzen versprach, wurde 1890 zum Gebiet der Company geschlagen.

Die Kolonie besitzt auf 31 136 Quadratmeilen etwa 180 000 Bewohner, meist Mohammedaner und Malayen. Auf Borneo sind etwa 1 Million Acres auf 999 Jahre zu Pflanzungszwecken verpachtet worden. Es bestehen darauf 13 Tabak- und 7 Kaffeeplantagen. Die Haupterzeugnisse sind vor der Hand Holz, Sago, Reis, Guttapercha &c. Der Export von Tabak besaß 1895: 1176000, 1896: 1372200 Dollars Werth. Auch Gold und Kohlen sind gefunden worden. Die Letzteren sind auf Labuan auch vorhanden. 1895 wurden 44 400 Tonnen davon ausgeführt. Borneo und Labuan sind mit Singapore telegraphisch verbunden. Die Company unterhält 350 eingeborene Soldaten mit europäischen Offizieren. Die Finanzen beider Gebiete liegen folgendermaßen:

	Einnahmen			Ausgaben		
	1892	1894	1896	1892	1894	1896
North Borneo Dollars	357 800	315 500	407 200	349 300	287 400	300 500
Labuan Pfund Sterling	6 300	4 000	5 500	4 800	4 500	5 400

Der Handel North Borneos betrug 1896 in Ausfuhr 2 473 700, in Einfuhr 1 882 100 Dollars, der Labuans in Ersterer 59 300, in Letzterer 70 700 Pfund Sterling. Die ebenfalls unter britischem Schutz stehenden Staaten Brunei und Sarawak haben eine Ausdehnung von zusammen etwa 53 000 Quadratmeilen. In Sarawak regiert der Neffe des Gründers des Staates, Sir Charles Brooke, seit 1868 Rajah. Das Land hatte 1896 Einnahmen von 508 700 Dollars, denen 565 700 Dollars Ausgaben gegenüberstanden. Es besitzt Lager von Kohlen, Edelmetallen und werthvollen Steinen. 1896 wurden Waaren für 3 557 800 Dollars aus-, für 3 701 300 Dollars eingeführt.

Aden, Perim, Somaliland, Sokotra, Kuria-Muria und die Bahreininseln besitzen ihren Hauptwerth für Großbritannien als Stützpunkte auf dem Wege durch den Suezkanal nach Indien. Aden und die Inseln Perim, Sokotra, Kuria-Muria stehen unter einem vom Government in Bombay abhängigen Residenten. Die Bahreininseln und Somaliland werden von besonderen Residenten verwaltet. Britisches Protektorat ist in Aden und Perim 1839, auf den Bahrein-Inseln 1867, in Sokotra 1876, an der Somaliküste 1884 proklamirt worden. Das Somaligebiet umfaßt 68 000 Quadratmeilen und besitzt die Häfen Zeila, Berbera, Bulhar, Zulia und Karam, die sämmtlich einen sehr ansehnlichen Handelsverkehr haben (1896/97 nicht weniger als 12 675 800 Rupien). Die übrigen Gebiete sind räumlich von geringer Ausdehnung. Doch kommt ihnen nicht allein strategischer, sondern zum Theil auch wirthschaftlicher Werth zu. Die Einfuhr Adens belief sich 1896/97 auf nicht weniger als 52 274 800, die Ausfuhr auf 41 544 800 Rupien. Es verkehrten hier in derselben Zeit 1256 europäische Schiffe von 2 416 200 Tonnen und 1503 einheimische von 48 400 Tonnen. Die Bahreininseln besitzen nicht unerhebliche Bedeutung wegen der Perlenfischerei, in der 400 Boote beschäftigt sind.

Eine ähnliche Bedeutung, wie Aden für die nördliche Straße nach Indien, besitzt Mauritius für den Weg ums Kap. Die 1810 den Franzosen abgenommene Insel ist 705 Quadratmeilen groß und enthält eine Bevölkerung von 371 600 Personen, meist Afrikanern, Chinesen und Mischlingen. Ihre Bedeutung erhellt aus folgenden Tabellen.

	Einnahmen	Ausgaben	Schuld	Einfuhr	Ausfuhr
		Pfund Sterling			
1860	553 400	500 800	—	2 769 200	2 259 600
1870	608 100	575 100	1 100 000	2 070 100	2 086 500
1880	782 100	757 300	807 500	2 210 100	3 656 600
1885	730 900	839 100	756 700	2 278 800	3 469 500
1890	777 400	770 500	781 100	2 606 100	2 786 700
1895	827 300	848 800	1 276 500	3 095 400	3 009 700

An der Spitze der Verwaltung steht ein Governor mit Executive Council von 7 und Legislative Council von 27 Mitgliedern. Zum Ersteren werden 2, zum Letzteren 10 gewählt. Im stark befestigten Hafen Port Louis sind etwa 1000 Mann Soldaten stationirt. Von den gegen 64 000 Pfund Sterling betragenden Aufwendungen für

militärische Zwecke trägt Großbritannien etwa 40 000. Zu Mauritius gehören die Seychellen sowie die Inseln Rodriguez und Diego Garcia.

Von gleich großer politischer wie wirthschaftlicher Bedeutung ist für Großbritannien der Besitz von Hongkong.*) Diese anfangs nur aus der etwa 30 Quadratmeilen großen bergigen Insel bestehende Kolonie, zu der 1861 die gegenüberliegende Halbinsel Cowloon und neuerdings ein weiteres Stück Festland gekommen ist,**) hat eine staunenswerth rasche Entwickelung durchgemacht. Von 5000 Köpfen im Jahre 1841 ist die Bevölkerung 1848 auf 24 000, 1855 auf 72 000, 1861 auf 119 300, 1871 auf 124 100, 1881 auf 160 400, 1891 auf 221 400, 1895 auf 253 500 Personen gewachsen! Finanzen und Handel zeigen folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	Schuld	Einfuhr von Großbritannien	Ausfuhr nach Großbritannien	
1860	94 100	72 300	—	—	—	Pfund Sterling
1870	190 600	183 500	—	—	—	= =
1880	222 900	197 500	—	—	—	= =
1885	260 800	337 700	—	—	—	= =
1890	415 600	399 000	200 000	—	—	= =
1893	—	—	—	1 803 800	836 700	= =
1895	517 900	580 200	640 300	1 908 800	759 400	= =
1896	—	—	—	1 822 000	797 100	= =

Ueber den Umfang des gesammten Handels dieser Kolonie veröffentlicht Großbritannien leider keine Statistik. Wie bedeutend er sein muß,***) ergiebt sich aus der Größe des Schiffsverkehrs Hongkongs. Es haben 1890: 298; 1895: 269 Dampfer diesen Hafen besucht. Abgesehen vom Küsten- und Dschonkenverkehr†) belief sich der Tonnengehalt der von Hongkong ausklarirten Schiffe

1875	auf	3 893 600	Tonnen.
1880	=	5 078 800	=
1885	=	7 699 000	=
1890	=	9 771 700	=
1895	=	11 525 500	=

*) Die Hauptstadt heißt amtlich Victoria.

**) In letzter Zeit ist auch das Gebiet von Wei-hei-wei in Nordchina unter britisches Protektorat gekommen.

***) Er wird auf wenigstens 45 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

†) Die Kolonie besaß 1892 selbst 52 000 Dschonken und wurde von 23 000 besucht.

Dem an der Spitze der Verwaltung stehenden Governor sind ein Executive Council aus 9 und ein Legislative Council aus 14 Personen beigegeben. Im Ersteren sitzen 2, im Letzteren 6 Nichtbeamte. Zwei von Letzteren sind Chinesen. Der Handelskammer und den Friedensrichtern steht die Wahl je eines Mitgliedes zu. Die militärische Besatzung der Kolonie besteht aus 2800 Mann und einer 100 Köpfe starken freiwilligen Artillerie. Einen Theil der Kosten sowie die des 20 Schiffe starken hier stationirten Geschwaders trägt Großbritannien.





Fünfter Theil.

Das britische Reich in Australasien.

Erstes Kapitel.

Gründung von New South Wales und Tasmania.

Der Ruhm der Entdeckung Australiens wird von verschiedenen seefahrenden Nationen in Anspruch genommen. Gestützt auf die Angaben einiger Karten des 16. Jahrhunderts und auf das damals schon weit verbreitete Gerücht vom Vorhandensein eines großen südlichen Erdtheils sind verschiedene französische und spanische Seefahrer als Entdecker von Australien bezeichnet worden. Die erste bestimmte Nachricht von diesem Welttheile enthält das 1597 veröffentlichte Werk des Holländers Cornelius Wytfliet: Descriptionis Ptolemaicae augmentum, worin es heißt, daß „die Terra Australis, das südlichste aller Länder, von Neu-Guinea durch eine schmale Straße getrennt ist. Ihre Ufer sind bisher wenig bekannt, da nach einer oder der anderen Reise dieser Weg aufgegeben worden ist und das Land selten besucht wird, außer wenn Schiffer durch Sturm dahin verschlagen werden. Die Terra Australis beginnt 2 oder 3 Grad südlich vom Aequator und wird von Manchen für so groß und ausgedehnt gehalten, daß, wenn sie völlig erforscht wäre, man sie als fünften Erdtheil betrachten würde."

Unter den Beamten und Seeleuten der verschiedenen kolonisirenden Völker scheint indessen eine so klare Kenntniß der Geographie jener Theile der Welt noch nicht verbreitet gewesen zu sein. Denn ein holländisches Schiff „Duyfhen", welches 1605 von Bantam abgeschickt wurde, um die Küste Neu-Guineas zu erforschen, fuhr an Australiens Gestaden entlang bis zum 13 ° südlicher Breite, immer im Glauben, noch die Ufer Neu-Guineas vor sich zu haben, und ein spanischer

Seemann, Pedro Fernandez de Quiros, welcher um dieselbe Zeit von Peru aus eine Fahrt zur Aufsuchung Australiens unternahm, hielt die Neuen Hebriden für den gesuchten Erdtheil. Sein Lieutenant Vaz de Torres, welcher den Irrthum entdeckte und die Reise nach Westen fortsetzte, fuhr um die Südküste Neu-Guineas herum und durch die Ende des 18. Jahrhunderts in England nach ihm benannte Wasserstraße, welche Australien von jener großen Insel trennt, ohne anscheinend Ersteres als das große südliche Festland zu erkennen. Erst aus dem Jahre 1616 liegen sichere Nachrichten von einem Besuche der australischen Küste durch Europäer vor. Das Schiff „Endraght“ lief damals die Sharksbay an, und sein Kapitän Dirk Hartog pflanzte dort auf einer kleinen Insel einen Pfahl mit einer Tafel auf. Verschiedene holländische Schiffe besuchten in den folgenden Jahren den neuen Erdtheil. 1623 wurde durch sie der Golf von Carpentaria zu Ehren des damaligen Generalgouverneurs Carpenter, 1628 das Westgebiet zu Ehren des großen Staatsmannes „de Witts Land“ getauft. Die Südküste nannten sie 1627 nach einem Schiffskapitän „Nuyts Land“.

Die erste größere Forschungsreise nach Australien hat 1642 der Kapitän Abel Janszoon Tasman im Auftrage der holländisch-ostindischen Kompagnie ausgeführt. Er entdeckte zuerst jene große Insel, die er nach dem damaligen Generalgouverneur Van Diemensland benannte. Dann fand er nach Untersuchung einzelner Theile der australischen Südküste New-Zealand, welches er „Staates Land“ taufte. Die holländische Regierung vertauschte später diesen Namen mit dem jetzt üblichen. — Weniger erfolgreich war eine zweite Reise, welche Tasman 1644 antrat. Er vermochte die Aufgabe, festzustellen, ob zwischen Neu-Guinea und Australien*) sowie zwischen diesem und Van Diemensland Wasserstraßen vorhanden seien, und die Ostküste des Erdtheils zu erforschen, nicht zu lösen!

Die Nachrichten über Natur und Bewohner Australiens scheinen die Holländer nicht befriedigt zu haben. Sie nannten zwar den neuen Erdtheil „Neuholland“ und betrachteten ihn als Eigenthum, doch thaten sie keinen ernstlichen Schritt zu seiner Durchforschung und Besiedelung. Englische Piraten (Buccaneers) trieben gegen Ende des 17. Jahrhunderts in den australischen Gewässern ungestört ihr Wesen.

*) Die Entdeckung von Torres war den Holländern noch nicht bekannt!

Die Schilderungen eines dieser Abenteurer, William Dampier, die 1703 erschienen, lenkten die Aufmerksamkeit in England auf diesen abgelegenen Theil der Welt. Es fanden mehrere Fahrten englischer Seeleute nach Australien statt. Ihre Erfahrungen waren ebenso wenig ermuthigend wie die von den Holländern gemachten, und auch von dieser Seite wurde daher kein ernstlicher Vorstoß nach dieser Weltgegend unternommen. Erst dem großen Seefahrer James Cook war es vorbehalten, 1770, 1772 und 1776 die Ostküste Australiens und New-Zealand näher zu erforschen, die noch unklaren Fragen der Geographie Australiens zu lösen und über die Natur dieses Landes Klarheit zu schaffen. Diese Arbeiten sind für die Geschichte Australiens von entscheidender Bedeutung geworden.

Cook hatte 1770 bereits an verschiedenen Punkten der, wie erwähnt, den Holländern unbekannt gebliebenen Ostküste Australiens die englische Flagge gehißt, das Land New South Wales getauft und von ihm feierlich im Namen des Königs George III. Besitz ergriffen. Die englische Regierung widmete jedoch diesen Gebieten zunächst keine weitere Aufmerksamkeit. Sie erwartete von ihnen für den Handel bei ihrer Armuth und Entlegenheit keinen Nutzen und war vollauf mit den amerikanischen Angelegenheiten beschäftigt. Im Publikum fehlte es allerdings nicht an unternehmenden Geistern, welche gern Cooks Entdeckungen auf der Stelle ausgenutzt und Englands Einfluß auch in Wirklichkeit auf den neuen Welttheil ausgedehnt hätten. Wer konnte aber inmitten des Krieges Englands mit der halben Welt an Ausführung solcher weit aussehenden Pläne denken? Das Parlament erachtete die Zeit kolonialer Unternehmungen überhaupt schon für abgeschlossen. Als der Verlust der nordamerikanischen Kolonien 1781 zweifellos war, hob es das Council of Trade and Plantations und das Amt des Secretary of State for the Colonies als überflüssig auf. — Ostindien besaß ja eine eigene oberste Behörde, die verbleibenden afrikanischen und amerikanischen Gebiete wurden eines eigenen Ministeriums nicht für werth gehalten.

Die Handelswelt und verschiedene Staatsmänner theilten diese Muthlosigkeit der Volksvertretung nicht. Sie sahen sich ohne Weiteres nach Ersatz für die verlorenen Besitzungen um und hielten trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten das von Cook besuchte und geschilderte ferne Gebiet eines ernstlichen Ansiedelungsversuches für werth. Allerdings verhehlten sie sich die Schwierigkeit, für ein so entlegenes, von

der Natur stiefmütterlich bedachtes Land genügend Kolonisten zu finden, nicht. In dieser Hinsicht bot sich indessen gerade damals ein bequemer Ausweg: Die Gefängnisse waren überfüllt, die Verwaltung wußte nicht, was sie mit allen Sträflingen anfangen sollte.

Dieser Zustand war gleichfalls eine Folge des Abfalles der Amerikaner. Vor dem Unabhängigkeitskriege waren Tausende englischer Verbrecher jährlich nach den amerikanischen Kolonien deportirt worden und zwar, ohne daß die englische Regierung dafür auch nur einen Heller aufzuwenden brauchte. Wie im ersten Bande erwähnt, waren nämlich englische Verbrecher und Verbannte besonders seit der englischen Revolution in den Pflanzungskolonien Amerikas als Zwangsarbeiter ein sehr begehrter Artikel. Die Deportation war daher 1666 und 1670 für eine große Anzahl von Verbrechen gesetzlich eingeführt worden. Die Leute wurden einfach einem Unternehmer übergeben, der sie in Amerika meistbietend als Sklaven für 8 bis 20 Pfund Sterling pro Person verkaufte. Der Staat sparte dabei die Kosten der Gefängnisse und Verpflegung, und die amerikanischen Pflanzer waren zufrieden, Arbeitskräfte zu bekommen. 1779 war es damit vorbei, und bei der Unzulänglichkeit der Gefängnisse mußte die englische Regierung an einen Ausweg denken. Das Parlament ordnete eine Untersuchung an und beschloß alsdann 1783, daß die vorhandenen Verbrecher nach Plätzen innerhalb oder außerhalb der britischen Besitzungen deportirt werden sollten. In Vorschlag waren gekommen: Gibraltar, das Gambiagebiet und endlich die von Cook entdeckte Botanybay. Ueber die Unzulänglichkeit des ersten Platzes war der Untersuchungsausschuß nicht im Zweifel; Westafrika erschien wegen seines überaus ungesunden Klimas als unbrauchbar. Man war darüber einig, daß Deportation dahin lediglich Vollstreckung der Todesstrafe durch Malaria bedeuten würde. Ernstlich in Betracht kam also nur das von Joseph Banks empfohlene Australien. Doch wurde bei den ungeheuren Schwierigkeiten eines solchen Planes zunächst kein ernstlicher Schritt zu seiner Verwirklichung gethan.

Doch noch eine andere Folge des amerikanischen Krieges lenkte die Aufmerksamkeit der Engländer auf Australien. Wie früher erwähnt, befand sich die englische Regierung damals in der Nothwendigkeit, für zahlreiche Familien zu sorgen, welche aus Amerika verjagt worden waren, da sie im Kriege auf Seiten des Mutterlandes gestanden hatten. Man war in Verlegenheit, was man mit

den vielfach aller Unterhaltsmittel beraubten, durch ihre Treue ins Unglück gestürzten Leuten thun sollte. Ein Mr. Matra, welcher später englischer Konsul in Tanger wurde, empfahl im August 1783 ihre Unterbringung in New South Wales, von dessen Besiedelung er sich große Vortheile für Englands Stellung in den Südseegewässern versprach. Es scheint, daß Mr. Matras Darlegungen nicht ohne Eindruck geblieben sind. Staatssekretär Lord Sydney (Thomas Townsend) besprach mit ihm Frühjahr 1784 die Angelegenheit und trat dem Vorschlag der Kolonisation des neuen Welttheils näher. Doch erwartete er nichts von freien Ansiedlern und kam wieder auf den Gedanken der Deportation zurück. So wenig dieser Plan Matra und anderen Freunden Australiens zusagen mochte, angesichts der Aussichtslosigkeit, auf andere Weise die Unterstützung der Regierung zu bekommen, stimmten sie jenem Gedanken doch bei in der Hoffnung, daß neben den Sträflingen bald auch freie Kolonisten in Australien Platz finden würden. Während sie freie Auswanderer zu werben suchten, bereitete Lord Sydney eine erste Sendung von Verbrechern nach Australien vor. Es wurde zwar nochmals an der Südwestküste Afrikas eine Untersuchung vorgenommen, ob dort nicht geeignete Plätze zur Entlastung der englischen Gefängnisse seien. Da sich dort aber nichts fand, so gingen die Maßregeln für Australien weiter.

Ein erfahrener Marinekapitain, Arthur Phillip,*) wurde zum Leiter der Expedition ausersehen, drei Kompagnien Soldaten, zwei Kriegs-, sechs Transport- und drei Frachtschiffe wurden mit den nöthigen Vorräthen für zwei Jahre ausgerüstet und Alles sorgsam vorbereitet. Minister Pitt nahm sogar an den Einzelheiten der Unternehmung lebhaften Antheil. Phillip entfaltete unermüdlichen Eifer und große Sorgfalt in der Aufstellung der Instruktionen für Unterbringung und Behandlung der Deportirten, Regelung aller etwaigen Schwierigkeiten unter dem Militär, Fürsorge für Verproviantirung u. s. w. Er behielt sich vor, falls Botanybay sich als ungeeignet erweise, die Strafkolonie an einem anderen Punkte anzulegen. Durch zwei Königliche Ordres vom 6. Dezember 1786 wurde die Ostküste Neuhollands endgültig als Ziel für die künftige Deportation erklärt und die Liste der mit der ersten Expedition dorthin zu befördernden Sträflinge

---

*) Seine Mutter war eine deutsche Sprachlehrerin, die einen Seemann geheirathet hatte.

festgesetzt. Ein Statut*) regelte alsdann zu Anfang 1787 die rechtlichen Befugnisse des Governors der Strafkolonie. Er erhielt dadurch die Befugniß, zur Aburtheilung von Verbrechen nach Bedarf einen Gerichtshof aus einem Juristen und sechs Offizieren zu berufen. Diesem Gericht sollte die Anklage stets schriftlich vorgelegt werden. Stimmenmehrheit entschied außer im Falle von todeswürdigen Verbrechen. Hierbei mußten fünf der Richter für Verurtheilung stimmen, sonst sollte die Genehmigung der englischen Regierung eingeholt werden. Als Norm galten die englischen Gesetze. Nur in Ausnahmefällen stand es dem Governor zu, ein mehr summarisches Verfahren zu wählen. Der Governor besaß in Fällen von Berufung die Befugnisse der zweiten Instanz. In seiner Hand lag ferner die gesammte Regelung der Verwaltung und des Unterhalts der zu gründenden Ansiedelung. — Besonders eingehend erwog Phillip noch vor der Abfahrt die Regelung des Verhältnisses der Sträflinge zu den australischen Eingeborenen. Im Einverständniß mit Sachkennern beschloß er, die Letzteren von den Deportirten aufs Strengste fernzuhalten und auch nach Ablauf der 7 bis 14jährigen Strafzeit eine Vermengung der Strafgefangenen mit den freien Kolonisten nicht zu dulden. Die Tödtung eines Eingeborenen sollte ebenso bestraft werden, wie wenn es sich um einen Weißen handelte. Phillip hegte die Absicht, Mörder und schwere Verbrecher nach Inseln zu senden, wo Menschenfresserei üblich sei, und sie dort ihrem Schicksal zu überlassen. Daß er die Einführung der Sklaverei in Australien nicht dulden werde, theilte er der Regierung unumwunden mit.

Mit etwa 550 männlichen und 200 weiblichen Gefangenen, 200 Marinesoldaten, 40 freien zu ihnen gehörigen Frauen und der nöthigen Schiffsmannschaft segelte Phillip am 13. Mai 1787 von England. Die zwölf Schiffe seines Geschwaders erreichten Anfang Juni wohlbehalten Teneriffa und am 5. August Rio de Janeiro. Hier wurden Sämereien und Pflanzen vieler Art an Bord genommen. Im Oktober nahm das Geschwader in Kapstadt dazu noch Vorräthe und 500 lebende Thiere verschiedener Art ein. Phillip reiste von hier aus auf dem schnellsten Schiff voraus und kam am 18. Januar 1788 in Botanybay an. Die anderen Fahrzeuge erschienen einen und zwei Tage später.

*) 27. Georg III. Cap. 11.

Der praktische Kapitän erkannte Botanybay sofort als ungeeignet. Der Hafen war den Ostwinden schutzlos geöffnet, der Boden zeigte sich arm und sumpfig, und es fehlte an guten Quellen. Ohne Weiteres machte er sich daher mit drei Booten auf, um eine von Cook erwähnte, aber nicht erforschte benachbarte Bay, Port Jackson, zu besichtigen. Hier fand er alle Wünsche erfüllt. Hinter der schmalen Einfahrt öffnete sich ein unvergleichlicher, auch landschaftlich herrlicher Hafen. In einer seiner Buchten, wo nahe am Meer ein reicher Quell floß, beschloß er die Niederlassung zu gründen. Er benannte den Fleck dem Lord Sydney zu Ehren mit dessen Namen. Am 24. Januar kehrte er nach Botanybay zurück und holte das Geschwader. Schon am 26. wurde in Sydney Cove die englische Flagge gehißt und mit der Landung begonnen. Gerade am selben Tage erschienen zwei französische Schiffe in Botanybay, die von den Engländern mit großem Mißtrauen betrachtet wurden. Ihr Führer La Perouse machte aber keine Miene, die englischen Kolonialpläne zu stören, und lehnte auch Aufnahme und Unterstützung einiger zu ihm geflüchteten Deportirten ab. In aller Ruhe konnte Phillip ein Stück Land lichten, Zelte aufschlagen und die Vorkehrungen zur Unterbringung der Sträflinge treffen. Am 7. Februar 1788 wurde die Ansiedelung feierlich eingeweiht. Der Governor wies die Deportirten, von denen gegen 40 unterwegs gestorben waren, in einer Ansprache auf die Gnade der Regierung hin, die ihnen nicht nur ihr verwirktes Leben geschenkt, sondern ihnen auch Gelegenheit gegeben habe, durch Fleiß und gutes Betragen sich wieder emporzuarbeiten, und versprach denen, die sich verheirathen und ein anständiges Leben beginnen würden, Unterstützung.

Die Befolgung seiner Worte lag nicht nur im Interesse der Sträflinge, sondern der ganzen Ansiedelung. Von den 350 freien Männern und Frauen war ja der größte Theil für Bewachung der Gefangenen und die Wirthschaftsführung unentbehrlich. An Urbarmachung des Landes, Anlage von Feldern und Häusern war ohne eifrige Arbeit der Deportirten nicht zu denken. Es wurde daher mit Freuden begrüßt, als gleich in erster Zeit 14 Ehen unter ihnen zu Stande kamen und noch mehr sich zum Verheirathen geneigt zeigten. Phillip verlangte schon bald nach der Ankunft Sendung weiterer weiblicher Gefangenen. Eine Anzahl der Ehepaare erhielt vom Governor Landstücke am Parramatta-Hill zugetheilt, um Ackerbau

und Viehzucht zu treiben. Ein weiterer Versuch, die Deportirten sogleich zu selbständiger Arbeit zu bringen, wurde auf Norfolk Island gemacht, wohin Phillip noch im Februar 15 männliche und weibliche Gefangene mit nur drei Soldaten unter Lieutenant King sandte. Die Leute sollten sich auf die Verarbeitung des dort von Cook sehr häufig gefundenen Flachses verlegen, um so Kleidungsstoffe für die Kolonie zu bekommen. — King hat das Kolonisationswerk ebenso eifrig und geschickt wie Phillip in die Hand genommen. Schon im August 1788 hatte er mehrere Aecker mit Getreide und Gemüsen bepflanzt und die Flachsbereitung eifrig in Gang gebracht. Aber auf Norfolk Island wie in Sydney zeigte sich, daß es nicht möglich war, binnen Jahresfrist in ganz jungfräulichem Lande die nöthigen Lebensmittel zum Unterhalt Hunderter von Menschen zu erzeugen. Selbst freie Farmer bedurften, wie Phillip bald einsah, einer Unterstützung durch Lebensmittel und Arbeiter für die ersten zwei bis drei Jahre, und dabei leisteten nach seiner Erfahrung zwanzig freie Leute mehr als tausend Deportirte!

Der Governor erkannte schon in den ersten Monaten die Schwierigkeiten der Lage und verlangte dringend von der englischen Regierung Sendung von Lebensmitteln, erfahrenen Landwirthen und freien Ansiedlern, welche die Gefangenen als Arbeiter beschäftigen könnten. Doch lange Zeit verfloß, ehe einer seiner Wünsche erfüllt wurde. Mittlerweile hatte er mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Vorräthe wurden knapp, das mitgebrachte Vieh ging zum Theil durch Nachlässigkeit des Wächters verloren, die zuerst besäten Aecker trugen nichts. Aus Mangel an frischem Fleisch brach Skorbut aus. Bei den Soldaten zeigte sich Trunksucht und Unbotmäßigkeit. Viele Sträflinge entflohen. Einmal waren gegen 40 ins Innere entwischt, um, wie sie hofften, sich nach China durchschlagen zu können. Nicht selten kamen Meutereien und Diebstähle vor, und der Governor mußte Todesstrafen verhängen. Nach vergeblichen Versuchen, auf benachbarten Inseln Lebensmittel zu finden, wurde ein Schiff Ende 1788 nach Kapstadt geschickt, das Anfang Mai 1789 mit Vorräthen von dort in Sydney eintraf und so die Noth erleichterte. Von England war damals noch keinerlei Nachricht in Australien eingetroffen. Die Lage war so schlimm, daß selbst die Soldaten nicht mehr gehorchten. Eine ganze Anzahl hatte einen Einbruch in die Proviantschuppen versucht, und der Governor hatte

sich, um ein abschreckendes Beispiel zu geben, genöthigt gesehen, sechs hinrichten zu lassen! Auch auf Norfolk Island, wohin weitere Deportirte und Soldaten gesandt worden waren, da die Verpflegung hier leichter erschien, war eine Verschwörung nur mit Mühe zu vereiteln gewesen.

Die aus Kapstadt geholten Vorräthe hielten nicht lange vor. Da von England fortgesetzt jede Sendung ausblieb, erreichte die Noth bald einen hohen Grad! Phillip selbst fürchtete wohl manchmal ein ähnliches Schicksal, wie es 1763 eine ähnliche französische Strafansiedelung in Cayenne gefunden. Obwohl auch dorthin Lebensmittel für zwei Jahre von der Regierung mitgegeben worden waren, kamen gegen 1500 Personen durch Hunger, Krankheiten und eine Sturmfluth um! — Im Februar 1790 wurde die Noth so arg, daß der Governor sich genöthigt sah, gegen 200 Sträflinge nach Norfolk Island zu senden, obwohl auch dort nichts weniger als Ueberfluß herrschte. Das Schiff sollte von da nach Batavia gehen, um Vorräthe zu kaufen, und Lieutenant King war beauftragt, über Batavia nach London zu reisen und auf schleunige Sendung von Hülfe zu drängen. Unglücklicherweise scheiterte das Schiff an der Norfolkinsel. Alle seine Vorräthe gingen verloren, die Bemannung wurde nur mit Mühe gerettet. Die Lage auf der Insel wurde infolge dessen so bedenklich, daß die Behörden Standrecht proklamirten und Todesstrafe auf jede Verletzung ihrer Befehle setzten. Für 498 Menschen waren nur etwa 450 Bushels Getreide, einige Schweine, Ziegen und Geflügel vorhanden! Nur das Erscheinen zahlreicher Seevögel, die auf der Insel Massen von Eiern legten, hat die Bewohner vom Tode gerettet. In Sydney stand es nicht viel besser. Ende März wurden hier die wöchentlichen Rationen auf 4 Pfund Mehl, 1½ Pfund Reis, 2½ Pfund Salzfleisch für jeden Mann und noch weniger für jede Frau festgesetzt. Als die Nachricht vom Scheitern des nach Batavia bestimmten Schiffes kam, wurden diese Rationen noch um die Hälfte geschmälert, und das einzige noch vorhandene kleine Schiff wurde nach Batavia gesandt, um Nahrungsmittel zu kaufen.

Phillip hatte bei allen Leiden nie den Muth verloren. Er setzte ununterbrochen den Bau von Häusern, Anlage von Feldern und Gärten, Fischfang, Salzgewinnung aus Meerwasser, Erforschung des Landes und Versuche, mit den Eingeborenen in friedliche Beziehungen

zu treten, fort. Gottesdienst wurde regelmäßig abgehalten und Alles gethan, um das Leben der Deportirten erträglich zu gestalten. Aber die immer wachsende Noth erschwerte seine Aufgabe außerordentlich. Die Leute stahlen aus Hunger alles Erreichbare; Prügel und selbst Todesstrafe blieben dagegen wirkungslos. Nur das unerschütterliche Pflichtgefühl des Governors und seiner Offiziere rettete die Ansiedelung. — Endlich, am 3. Juni 1790, erschien von Sydney ein Schiff aus England. Nur leider brachte es wenig Vorräthe und dabei 220 neue weibliche Sträflinge!

Die Schuld, daß Hülfe so spät und unzureichend von England nach Sydney kam, lag an verschiedenen unglücklichen Zufällen. Schon im Juli 1789 war ein Schiff, im September ein zweites größeres mit Vorräthen nach Australien abgefertigt worden. Das Erstere segelte aber so langsam, daß es beinahe ein Jahr zur Reise brauchte, das zweite wurde bei Kapstadt wrack und konnte die Reise nicht fortsetzen. Erst ein Anfang 1790 abgeschicktes Schiff, das Ende Juni 1790 Sydney erreichte, brachte so viel Lebensmittel, daß wieder volle Rationen vertheilt werden konnten. — Die von London mitkommenden Instruktionen ermächtigten Phillip, allen sich etwa einfindenden freien Ansiedlern Land und eine Anzahl Sträflinge als Arbeiter zuzutheilen.*) Für Ersteres sollte nach fünf Jahren eine Quitrent gezahlt werden. Für die Sträflinge brauchten die Farmer nichts als den Unterhalt zu zahlen. Für die Regierung, die Kirchen, Schulen, Befestigungen u. s. w. sollten zwischen den verschiedenen Landkonzessionen Stücke vorbehalten werden.

Mit dem Kommen freier Einwanderer, welche der Governor dringend wünschte, hatte es damals aber noch gute Wege. Ende Juni langten nur neue Hunderte von Sträflingen auf drei Schiffen, meist krank, an. Gegen 270 waren unterwegs gestorben, beinahe 500 der Leute kamen krank an Land. Ein Theil der Deportirten wurde wieder nach Norfolk Island geschickt, wo die Noth Monate hindurch einen solchen Grad erreicht hatte, daß die Ordnung nur mit äußerster Strenge aufrecht zu erhalten gewesen war. Außer den Gefangenen hatten die Schiffe Rindvieh, Schweine und andere Haus=

*) 1792 erhielt der Governor auf seinen Antrag auch Erlaubniß, an Militärs und Civilbeamte, die sich ansiedeln wollten, ebenso wie an Deportirte, deren Strafzeit abgelaufen, Land und Zwangsarbeiter zu vergeben.

thiere gebracht; dazu begannen die angelegten Felder allmählich zu tragen, und immer mehr Leute verlegten sich auf den Landbau. Doch dauerte es noch längere Zeit, ehe Knappheit an Lebensmitteln in der neuen Kolonie zu den ungewöhnlichen Erscheinungen gehörte. Für die große Zahl von Deportirten, welche 1791 von England geschickt wurden, reichten die Vorräthe nicht. Wieder brach Noth in Sydney wie auf Norfolk Island aus, und nur Bezug von Nahrungsmitteln aus Indien rettete die Ansiedler. Die Sterblichkeit unter ihnen war kaum viel geringer als die auf den Transportschiffen, welche die Deportirten brachten. Governor Phillip hatte nicht allein mit diesen Umständen zu kämpfen, sondern auch mit der Unbotmäßigkeit der Marinesoldaten und später des für den Dienst in Australien eigens gebildeten New South Wales Corps und gelegentlichen Unruhen der durch Uebergriffe von Deportirten erbitterten Eingeborenen. Major Robert Roß, der im Rang dem Governor nächststehende Offizier, floß in seinen Briefen nach England von Klagen über das ganz werthlose Land, das niemals eine Niederlassung lohnen und höchstens nach 100 Jahren die Kolonisten ernähren werde, über. Er wie seine Untergebenen durchkreuzten die Anordnungen des Governor, wo es nur anging. Sie weigerten sich sogar offen, der Parlamentsact, auf Grund deren Phillip sein Amt ausübte, zu gehorchen, und behaupteten, sich nur nach ihren militärischen Gesetzen richten zu brauchen.

Zum Glück für den Governor zauderte die englische Regierung nicht, in diesen Streitigkeiten ohne Weiteres auf Phillips Seite zu treten. Im Oktober 1790 wurde eine eigene Truppe für New South Wales gebildet und dahin abgeschickt. Den Marinesoldaten wurde freigestellt, den Abschied zu nehmen oder sich in der Kolonie anzusiedeln. Den Unteroffizieren wurden 100, den Gemeinen 50 Acres mit Steuerfreiheit für fünf Jahre geboten. Nach Ablauf dieser Frist sollte von je 10 Acres jährlich eine Quitrent von 1 Schilling gezahlt werden. An die Spitze der neuen Truppe war ein Major Grose gestellt. — Allzuviele Marinesoldaten scheinen von der Gelegenheit zur Ansiedelung nicht Gebrauch gemacht zu haben. Auch unter den Sträflingen, deren Strafzeit ablief, fanden sich nur wenige, welche Lust hatten, in der Kolonie sich anzusiedeln. Fast alle wollten nach England zurück. Nur solche Gefangene, welchen der Governor in Anbetracht guter Führung die Bewirthschaftung von

Farmen oder Dienst in der Truppe übertrug, zeigten einige Brauchbarkeit. Phillip kam daher immer wieder auf seinen Wunsch nach Sendung freier Ansiedler zurück. Nach langem Zögern entschloß sich das Ministerium dazu. Die ersten fünf freien Kolonistenfamilien trafen indessen erst Anfang 1793, nach Phillips Abreise, in Sydney ein.

Phillip legte Dezember 1792 sein Amt nieder und kehrte nach England zurück, da die vielen Anstrengungen und Entbehrungen seine Gesundheit erschüttert hatten. Es waren damals bei Paramatta 316 und bei Toongabbe 696 Acres für die Krone, 690 für Privatleute unter dem Pflug. Von den 1703 Acres waren 1186 mit Mais, der Rest mit Weizen bestellt. Auch ein Weingarten von 3 Acres war von Phillip angelegt worden. Die Zahl der Kolonisten betrug 67, nur einer arbeitete aber erst für eigene Rechnung. An Vieh waren 23 Stück Rindvieh, 11 Pferde, 105 Schafe, 43 Schweine und eine Anzahl Ziegen vorhanden. —

Major Grose übernahm damals das Government. Er setzte sogleich für das etwas entlegene Paramatta einen Residenten in der Person des Offiziers John Mac Arthur ein, ordnete die Civilverwaltung im Widerspruch mit der seiner Zeit erlassenen Parlamentsact dem Militär unter und schaffte das Civilgericht überhaupt ab. Jeder Soldat erhielt Strafgewalt über die Gefangenen. Die gesteigerte Gewalt des Militärs und die Nachsicht, welche Grose den von Soldaten begangenen Verbrechen gegenüber bewies, hatten bei den eigenthümlichen Verhältnissen dieser Kolonie schwere Mißstände im Gefolge. Die stets vorhandene Neigung der Soldaten wie Sträflinge zu Spirituosen, mit der schon Phillip zu kämpfen gehabt hatte, machte sich immer mehr geltend. Die Ansiedler fanden es bald vortheilhafter, ihr Getreide zu Schnaps als zu Brod zu verarbeiten. Extraarbeiten waren von den Leuten überhaupt nur für Zahlung in Branntwein zu erlangen. Dazu nahmen unsittliche Beziehungen zwischen Militär und den weiblichen Deportirten überhand und vernichteten die Erfolge der früheren Bemühungen zur Erziehung friedlicher Farmerfamilien aus den Sträflingen. Bei der Ertheilung von Landbesitz an Offiziere wurden die Vorschriften der englischen Regierung nicht beachtet. Statt zweier Strafgefangener theilte Grose jedem Beamten und Offizier ohne Weiteres zehn als Arbeiter zu. Da sie für diese Leute weder Lohn noch Unterhalt zu zahlen

brauchten, waren sie ohne Weiteres in eine viel günstigere Lage als freie Ansiedler versetzt, und sie wurden es noch mehr dadurch, daß der Governor ihnen weit mehr Land schenkte, als zulässig war. Grose begründete die letzteren Maßregeln mit der Nothwendigkeit, möglichst rasch die Erzeugung von Nahrungsmitteln im Lande zu steigern. Dieses Streben war bei der Kostspieligkeit des noch dazu damals durch den Krieg mit Frankreich erschwerten Bezuges der Vorräthe von außerhalb begründet. Daß er aber dabei soweit ging, den Offizieren und Beamten sogar Bezahlung von deportirten Arbeitern mit Branntwein zu gestatten, ist nicht zu rechtfertigen gewesen.

Zu jener Zeit war Norfolk Island in erfreulichem Aufblühen. Schon 1794 wurde dort soviel Getreide erzeugt, daß der Lieutenant Governor King 11 000 Bushel Mais für die Regierung ankaufen konnte. Es gab gegen 5000 Schweine, eine Wasser- und zwei Windmühlen. King hatte aber große Schwierigkeiten mit den anmaßenden und gewaltthätigen Soldaten seiner kleinen Besatzung, welche bei Grose stets volle Unterstützung fand, zu bestehen. Er konnte einer offenen Meuterei der Truppe sogar nur dadurch Herr werden, daß er sich mit Hülfe der zum Theil aus den Gefangenen hervorgegangenen Ansiedler der Waffen bemächtigte und dann die Rädelsführer nach Sydney sandte, was dort die größte Entrüstung beim Governor erregte.

Die Berichte über diese Vorgänge und die Abneigung Groses gegen die Bemühungen der wenigen Geistlichen in der Kolonie gaben dem damaligen Staatssekretär Dundas Veranlassung, sich nach einem besser geeigneten Governor für Sydney umzusehen. Im Dezember 1794 wurde Grose durch Captain Paterson ersetzt, bis im September 1795 der neue Governor Hunter, der schon 1787 Phillip begleitet hatte, eintraf. —

Der neue Governor machte der Uebermacht des Militärs ein Ende, führte die Civilgerichte wieder ein und ging gegen die eingerissenen Mißbräuche vor. Es unterstützte ihn dabei kräftig der 1794 eingetroffene Geistliche Samuel Marsden*), ein Mann von unzähmbarer Energie, dessen Name mit der Geschichte des fünften Erdtheils eng verknüpft ist. Die Herstellung von Spiritus in der Kolonie wurde unterdrückt, der Unsittlichkeit nach Kräften gesteuert. Doch

*) Geboren 1764.

die Trunksucht war so eingewurzelt, daß alle dagegen erlassenen Verbote wirkungslos blieben, und Hunter war nicht energisch und rücksichtslos genug, um seinen Vorschriften unbedingten Gehorsam zu erzwingen. Die Offiziere behielten sowohl die ihnen zu Unrecht überlassenen Arbeiter als das Land. Es waren damals im Ganzen 18 928 Acres vergeben, davon hatten Grose und Paterson allein 15 439 vertheilt. Ebensowenig wie dem Militär vermochte der Governor den Deportirten gegenüber seine Absichten durchzusetzen. Fälle von Entlaufen und Verbrechen durch Gefangene waren häufig. Zweimal vermochten sich solche sogar kleiner Schiffe zu bemächtigen und darauf Australien zu verlassen! Mißhandlung von Eingeborenen und Streitigkeiten mit ihnen waren an der Tagesordnung. — Den Farmern ging es trotz der hohen Preise der noch immer nicht für die zwischen 4000 und 6000 Personen zählende weiße Bevölkerung zureichenden Lebensmittel damals vielfach recht schlecht. Sie bewohnten meist elende Hütten nnd waren tief verschuldet. Der Grund waren weniger die sehr hohen Löhne als die Trunksucht, deren Befriedigung sehr theuer zu stehen kam. Für eine Gallone Spiritus wurden 2 bis 8 Pfund Sterling gefordert! Um die Lohnfrage zu regeln, führte Hunter 1797 eine Taxe ein. Danach war für Klärung eines Acres Waldland 1 Pfund Sterling 4 Schilling, für Erntearbeit 10 Schilling vom Acre festgesetzt. Jahreslohn sollte 10 Pfund Sterling, Tageslohn ohne Kost 2 Schilling 6 Pence, mit Kost 1 Schilling betragen! —

Vom Innern Australiens war gegen Ende des Jahrhunderts den Kolonisten noch recht wenig bekannt. Phillip war nicht über 30 Meilen ins Land hineingekommen. Die Blue Mountains wurden 1794 zum ersten Male von einigen Engländern betreten. Im Jahre darauf entdeckte man zum ersten Male am Nepean River Heerden von Rindern, die aus Thieren entstanden waren, welche in der ersten Zeit der Ansiedelung in den Busch entliefen. Dieser Entdeckung folgte 1797 der zufällige Fund eines Kohlenlagers bei Point Solander. 1797/98 fand der Schiffschirurg Baß auf einer Fahrt an der Küste in einem offenen Boot die Wasserstraße zwischen Festland und Vandiemensland.

Das wichtigste Ereigniß während des Government Hunters war die Einführung der Schafzucht in New South Wales durch den Offizier John Mac Arthur. Er hatte 1794 sechzig bengalische

Schafe aus Calcutta bezogen und bald darauf einige irische Schafe sich verschafft. Durch Kreuzung beider Rassen gelang es ihm, eine Art Schafe zu erzeugen, die Haare und Wolle gemischt trugen. Um feinere Wolle zu bekommen, ließ er sich 1797 durch befreundete Schiffsoffiziere einige Schafe von Kapstadt mitbringen. Zufällig waren dies feine Merinos, die dort gerade verkauft wurden. Diese Schafe und eine Anzahl gewöhnlicher später erworbener Kapschafe bildeten den Grundstock der Heerden, welche bald den Reichthum der Kolonie begründeten! Schon 1800 konnte Mac Arthur so gute Wolle nach London bringen, daß er den Erfolg seines Versuches gesichert sah.

Hunter hätte ebenso wie Phillip die Einstellung der Sendung von Strafgefangenen aus England sehr gern gesehen. Auch er fand die Nachtheile der Deportation nach verschiedenen Richtungen weit größer als ihren Nutzen. Was die Zeitgenossen von den Erfahrungen Englands auf diesem Gebiete berichten, ist in der That abschreckend. Schon die Ueberführung der Deportirten nach Australien gab zu großen Bedenken Anlaß. In dem Streben, nur recht viele Gefangene los zu werden und Geld für Gefängnisse zu sparen, stopfte die englische Regierung soviel wie nur irgend möglich der Unglücklichen auf die schlechten Transportschiffe. Während der monatelangen Fahrt starben fast regelmäßig Hunderte. Die besseren unter den Ueberlebenden und selbst Soldaten wurden durch den ständigen Verkehr mit dem schlimmsten Auswurf moralisch noch weiter heruntergebracht. Nicht selten entstanden unter ihnen Verschwörungen, und es bedurfte grausamer Strafen, um die Ordnung wieder herzustellen. Ganz besonders entmenscht und verdorben zeigten sich die in Massen zusammengepferchten weiblichen Sträflinge. Die Beamten wußten gar nicht, was sie mit ihnen anfangen sollten. Das Loos der wegen politischer Verbrechen mit den gemeinen Sträflingen zusammen deportirten Leute, wie z. B. der Schotten, welche gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mit den französischen Revolutionären sich gegen England verschworen hatten, und der irischen Aufständischen, war unter solchen Umständen entsetzlich. — Die Bewachung und Beschäftigung der zu langen Strafen verurtheilten Leute in Australien war sehr schwierig und kostspielig. Wie erwähnt, waren Fluchtversuche, Verbrechen und Ausschreitungen aller Art an der Tagesordnung. Die bewachenden Truppen wurden durch die Verbrecher mitverdorben.

Grobe Unsittlichkeiten wurden offen begangen. Von energischer und williger Arbeit war keine Rede. Alle Governors waren über den geringen Werth der Sträflingsarbeit einig. Nur wenige der Deportirten zeigten Lust und Geschick zum Landbau und zur dauernden Ansiedelung. — Doch in England fand man es bequemer, die Verbrecher außer Landes zu schicken als Zuchthäuser zu bauen. Die Deportation wurde daher fortgesetzt und nur die Unterbringung der Leute auf der Fahrt mit der Zeit etwas verbessert.

Im Jahre 1800 wurde der zu schwache Governor Hunter durch den früheren Gefährten und Freund Phillips, den Captain King, ersetzt. King fand bei seiner Ankunft überall die gröbsten Mißbräuche im Schwange. Branntweinhandel wurde schwunghaft betrieben. Offiziere hielten ganze Lager von Spirituosen.*) Die Trunksucht war allgemein, und viele Farmer opferten diesem Laster Haus und Hof. Auch der Handel mit anderen Waaren lag ganz in der Hand einzelner Offiziere und Beamten, welche maßlose Preise forderten. — Es war das erste Bestreben des neuen Governors, diesem Unwesen zu steuern. Auf Grund der ihm in London ertheilten Weisungen verbot er im Herbst 1800 die Landung von Spirituosen ohne besondere Erlaubniß und den Handel damit. Nach Indien, von wo der Branntwein meist kam, erging Befehl, die Ausfuhr von Spirituosen nach Australien zu hindern. Binnen Jahresfrist wurden 32 000 Gallonen Spiritus und 22 000 Gallonen Wein zurückgeschickt. Nur geringe Mengen wurden von der Regierung gekauft und von ihr zu 4 bis 10 Schilling für die Gallone abgegeben. Dieser niedrige Preis minderte den Hauptanreiz zu diesem Handel, der außerdem jetzt nur noch mit Genehmigung des Governors und gegen Zahlung einer Licenz gestattet wurde. — Natürlich erregten die Maßnahmen Kings größte Entrüstung in der Kolonie. Verschiedene Offiziere und Beamte verließen sie in hoher Erbitterung, und es fanden zahlreiche Uebertretungen der neuen Vorschriften statt. Es war um so schwerer, ihnen zu steuern, als der Richter Atkins selbst zum Trunk neigte und ungern gegen Uebertretung der Spirituosengesetze einschritt. Allgemeine Gährung entstand unter den Offizieren und Soldaten, welche sich um ihre beste Einnahmequelle gebracht sahen und den Governor schon, weil er früher in der

*) Ueber 20 000 Gallonen lagerten in Sydney!

Marine gedient hatte, haßten. Sie bereiteten King alle möglichen Schwierigkeiten und nöthigten ihn endlich, die Militärs ausschließlich auf soldatische Befugnisse zu beschränken und selbst an Stelle seiner Leibgardisten einige befreite Deportirte zu setzen. — Die Zwistigkeiten zwischen Governor und Militär führten zu keinem offenen Streit. Als 1804 eine Anzahl irischer Deportirter sich empörte, schritten die Truppen sofort energisch ein und warfen die Bewegung nieder. Aber das Gedeihen der ganzen Ansiedelung litt unter der Uneinigkeit ihrer obersten Beamten, und die englischen Behörden verübelten es mit der Zeit King, daß der Streit kein Ende nahm und immer neue Klagen nach London gingen.

Während der Amtsthätigkeit Kings erschienen zwei französische Schiffe an der australischen Küste und versuchten dort Besitz zu ergreifen. In der 1807 von der französischen Regierung veröffentlichten Beschreibung der Reise der Schiffe „Géographe“ und „Naturaliste“ wurde das Land zwischen Kap Leeuwin im Westen und Kap Wilson im Süden als Terre Napoléon für Frankreich in Anspruch genommen, obwohl King sich den französischen Forschern gegenüber auf die älteren Rechte Englands berufen und gegen jede Flaggenhissung energisch protestirt hatte. Der Schritt Frankreichs bewirkte aber lediglich, daß die englischen Behörden die raschere Besiedelung verschiedener Punkte im Süden ins Werk setzten. Im Jahre 1803 wurde ein erster Ansiedelungsversuch in Port Phillip gemacht. Als der Platz sich nicht recht geeignet zeigte, wurden die dorthin von England gebrachten Deportirten nach der Südküste von Vandiemensland überführt, wo 1804 der Ort Hobarttown angelegt wurde. Fernere Posten wurden in Port Dalrymple im Norden Vandiemenslands und in Newcastle gegründet.

Noch folgenreicher als diese Schritte war das Verhalten Kings zu den Schafzuchtplänen Mac Arthurs. Infolge eines Duells mit einem Vorgesetzten war dieser 1801 nach England geschickt worden. Er hatte damals Wollproben von seinen Schafen mitgenommen, und als diese von Sachverständigen in London sehr günstig beurtheilt wurden, bat er die Regierung um Ueberlassung von Land und strafgefangenen Arbeitern in Australien, um die Wollzucht in größerem Maßstabe zu beginnen. Nach vielen vergeblichen Schritten erreichte er, vom Privy Council 1804 gehört zu werden. Lord Camden, der neue Staatssekretär, wies endlich Oktober jenes Jahres den

Governor an, Mac Arthur 5000 Acres gegen die übliche Quitrent für Weidezwecke auf immer zu überlassen und ihm als Schäfer Gefangene zu geben. Einige unternehmende Engländer, die sich Mac Arthur anschlossen, sollten ebenfalls Land erhalten. Als Mac Arthur 1805 in Sydney landete, suchte er sich Land in der Nähe des Mount Taurus aus, wo man die verwilderten Heerden gefunden hatte. Mit Hülfe der während seiner Abwesenheit von seiner Frau beaufsichtigten Heerden und weiterer Zuchtthiere, die er in England oder von King kaufte, begann er auf seinem Land, das er Camden Estate taufte, seine Wirthschaft. Dank der eifrigen Unterstützung durch den Governor glückte sein Unternehmen in vollem Maße, und bald begannen andere Kolonisten, seinem Beispiel zu folgen.

Mancherlei Schwierigkeiten bereitete die Regelung der Beziehungen der Weißen zu den Eingeborenen. In der ersten Zeit der Kolonie waren ja gelegentlich Ausschreitungen gegen Letztere vorgekommen, doch hatten Phillip und Hunter ernstliche Feindseligkeiten vermieden. King fand, daß er angesichts gelegentlicher Angriffe auf Kolonisten und Viehdiebstahl ohne Gewalt nicht auskommen könne, und erlaubte Mai 1801, alle Eingeborenen mit Gewalt aus den Distrikten Paramatta, Georges River und Prospect zu verjagen. Es führte dies zur straflosen Tödtung vieler Australneger, welche sich in der Nähe der Farmen blicken ließen, und gelegentlichen Ueberfällen der Letzteren durch die ihres Landes beraubten Eingeborenen. Bei der Zersplitterung der Letzteren in viele uneinige Stämme vermochten sie sich zu einheitlichem Widerstand aber nicht aufzuraffen und erlagen vereinzelt dem Hunger und den Gewehren der Engländer.

Die Deportirten bereiteten Kings Verwaltung gleichfalls ununterbrochene Sorgen. Nicht allein, daß fortwährend Fälle von Entweichen, nach Indien besonders, vorkamen, und daß gegen Grausamkeiten der Landbauer, welchen Gefangene überwiesen waren, eingeschritten werden mußte, entdeckte man auch unglaubliche Bestechungsfälle. Gegen 200 Deportirte hatten durch reichliche Geschenke Fälschung der Register seitens der Regierungssekretäre erreicht und so die Fristen ihrer Strafzeit bedeutend herabgesetzt! Es bedurfte energischer Strafen und Aufsichtsmaßregeln, um solchen Durchstechereien zu steuern. Der Governor sah sich genöthigt, eine Prüfung aller Landbesitztitel und sonstigen Papiere vorzunehmen und alle freien Personen mit besonderen Pässen zu versehen. Ohne fortwährende

und strengste Aufsicht war die große Mehrzahl der Strafgefangenen zur Arbeit nicht zu bewegen. Die Erfolge der Fleißigen und Fügsamen unter ihnen, welche bald zu Wohlstand kamen, lockten die große Masse nicht zur Nachahmung. Besonders unverbesserlich erwiesen sich die aus London und zum Theil auch die aus Irland stammenden Frauen. Wenn sie sich verheiratheten, geschah es meist nur, um der strengeren Aufsicht zu entgehen. Immerhin hat King 167 Männer und 15 Frauen völlig und 326 Männer und 25 Frauen bedingungsweise während seiner Amtszeit begnadigt. Sechs Sträflinge wurden unter der Bedingung in Freiheit gesetzt, daß sie den Unterricht der Kinder in die Hand nähmen, da man keine anderen Lehrer hatte. 65 Gefangene wurden in die Truppe oder die Marine eingereiht. 21 Sträflinge wurden von King wegen verschiedener Verbrechen mit dem Tode bestraft. — Andere Schwierigkeiten schuf der Geldumlauf. Es war nöthig, den Kurs verschiedener fremder Münzen, die neben englischem Geld in Australien umliefen, durch Verordnung festzustellen und Aus- wie Einfuhr von Kupfermünzen zu verbieten. Auch der Zinsfuß mußte 1804 infolge zahlreicher Mißbräuche gesetzlich bemessen werden. Er wurde auf 8 pCt. festgelegt. King ging in seinem Streben, die Wohlfahrt des Ganzen zu fördern, sogar so weit, daß er verbot, beim Verkauf von Waaren mehr als 20 pCt. Nutzen zu nehmen und Brod anders als zu einem bestimmten Gewicht und aus bestimmtem Mehl zu backen. Er erlaubte nur solchen Personen, welche die Genehmigung der Behörde erhalten hatten, Ausübung des Schlächtergewerbes, regelte den Fleischpreis und schrieb die zu schlachtenden Thiersorten vor. Auch Wechsel- und Hypothekenwesen stellte er, um Wucher vorzubeugen, unter Regierungsaufsicht.

Im Jahre 1806 waren an Ländereien vergeben oder für die Krone reservirt: 165 882 Acres. Davon waren gelichtet: 20 000. Von ihnen waren 6000 mit Weizen, 4000 mit Mais, 1000 mit Gerste, 185 mit Kartoffeln bestellt. 433 dienten als Gartenland. Man erzielte im Durchschnitt vom Acre 16 Bushel Weizen oder 25 bis 30 Bushel Mais. Unter den Landbesitzern befanden sich 32 Civilbeamte mit 15 620, 35 Offiziere mit 20 697 Acres. An freien Ansiedlern waren 112 vorhanden, dazu noch 80 entlassene Soldaten und Matrosen und 13 in der Kolonie geborene Leute.

Von entlassenen Sträflingen besaßen 405 Land und zwar zusammen 18 666 Acres. Der Viehbestand der Kolonie war im selben Jahre folgender: 566 Pferde, 4790 Rinder, 23 110 Schafe, 2283 Ziegen, 7019 Schweine. Der Governor förderte Landwirthschaft und Viehzucht in jeder nur möglichen Weise. Jeder Niederlassung überwies er bedeutende Stücke Gemeindeland zum Nutzen der Gesammtheit. Dieses Land durfte nicht verkauft, sondern nur Gemeindemitgliedern als Weidegrund in Pacht (Lease) überlassen werden. Er traf Fürsorge, daß Land, welches Kindern gehörte, nicht ohne seine Genehmigung veräußert werden durfte, und sparte weder Belohnungen noch Ermahnungen, um die Farmer zur allgemeineren Anwendung des Pflugs zu bringen. Andere Bemühungen des Governors galten der Errichtung einer Bierbrauerei in Paramatta (1803), der Einführung von Flachs- und Wollspinnerei und -weberei, der Salzgewinnung ꝛc. Die weiße Bevölkerung der Kolonie erreichte 1806 eine Höhe von 9462 Köpfen. Davon waren 5172 Männer, 1701 Frauen, 2589 Kinder.

Ein schwerer Schlag traf die junge Ansiedelung im März 1806. Der Hawkesburyfluß schwoll damals so mächtig an, daß viele Felder vernichtet wurden und viele Ansiedler kaum das nackte Leben retteten. Hunderte von Pferden und Vieh waren ertrunken, das Schlimmste aber war die Vernichtung der Ernte, da die junge Ansiedlung nun wieder in Mangel an Nahrungsmitteln gerieth. Der Governor sah sich genöthigt, die Rationen der Sträflinge herabzusetzen und Reis aus Indien zu verschreiben. Ohne die in den Regierungsmagazinen aufgespeicherten Getreidemassen wäre es nicht möglich gewesen, die mehr als 1600 ihres Heims und Unterhalts beraubten Personen vor der ärgsten Noth zu schützen.

In London sind die großen Verdienste Kings anscheinend nicht voll gewürdigt worden. Man hatte dort in jenen Jahren so viele andere Sorgen, daß man Australien nicht viel Aufmerksamkeit schenkte. Die erwähnten Klagen der Militärs gegen King, die Beschwerden der Personen, welche sich durch die vom Governor für öffentliche Zwecke, besonders für ein Waisenhaus, eingeführten Zölle und Licenzen geschädigt fühlten, fanden in England mehr Gehör als seine ausführlichen Berichte. Als King um Ablösung von seinem Posten bat, wurde ohne Weiteres Juli 1805 ein Captain Bligh zu seinem

Nachfolger ernannt und nach Australien gesandt.*) Bligh war ein höchst schroffer und gewaltsamer Charakter. Als Führer eines Schiffes hatte er 1789 seine Mannschaft so erbittert, daß sie ihn mit 18 Genossen in einem offenen Boot im Stillen Meere aussetzte. Durch ein wahres Wunder war er damals gerettet worden; das Abenteuer hatte ihn aber nicht gebessert. Mitte August 1806 übernahm Bligh das Government von New South Wales. Sein Auftrag war, die Maßregeln Kings fortzusetzen und weiter durchzuführen, da es an Ueberschreitungen noch immer nicht fehlte und besonders der Branntweinhandel keineswegs ausgerottet war. Am guten Willen hat es ihm dazu wohl nicht gefehlt, aber durchaus am richtigen Verständniß. Durch prunkvolles Auftreten und unmenschliche Strenge machte er sich von vornherein unbeliebt. Als er sich davon überzeugte, schrieb er es dem Einfluß der Freunde seines Vorgängers zu und begann diese überall bei Seite zu schieben. Einige übelangesehene Personen bildeten seine ständige Umgebung und wurden von ihm in jeder Weise ausgezeichnet. Willkürakte verschiedener Art, Verhängung von Prügelstrafen (bis 1000 Hiebe) selbst über freie Leute, Wegbruch von Häusern, die an Stellen standen, welche der Governor anders verwenden wollte, Aeußerungen wie: „Damn the law; my will is the law“, brachten nach und nach die ganze Kolonie in Aufregung. Die Unzufriedenheit wurde noch erhöht durch die 1807 vorgenommene zwangsweise Ueberführung der Kolonisten von Norfolk Island**) nach Port Dalrymple und Hobart Town in Vandiemensland, eine Maßregel, welche allerdings von London aus angeordnet war. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung gegen den Governor infolge seines Streites mit dem Schafzüchter Mac Arthur. Schon bald nach seinem Amtsantritt erklärte er diesem, daß er die 5000 Acres auf Grund falscher Angaben erhalten habe, und daß er sie ihm nicht lasse. Auf Mac Arthurs Hinweis auf die Verfügung des Privy Council entgegnete er: „Damn

---

*) King ist 1808 in England an den Folgen der Strapazen in Australien gestorben. Es ist ihm später oft vorgeworfen worden, daß er seinen vier Söhnen je 300 bis 660 Acres Land gegeben hat. Spätere Governors haben ihre Familien weit reicher bedacht. Er selbst starb so arm, daß seine Wittwe die englische Regierung um Hülfe bat.

**) Da immer noch Leute auf der Insel blieben, wurde 1814 ihr Vieh getödtet und sie zwangsweise fortgeschafft.

the Privy Council, and damn the Secretary of State too! what have they to do with me!“ Wenn er seine Drohung auch nicht ausführte, so äußerte Bligh sein Mißvergnügen doch bei jedem Anlaß. Als dann auf einem Mac Arthur gehörigen Schiff sich ein Deportirter versteckt hatte und daraus Weiterungen erwuchsen, benutzte dies der Governor, um Mac Arthur zu verhaften und vor Gericht zu bringen. Dieses Vorgehen und Gerüchte, daß Bligh den Gefangenen unter der Hand beseitigen wolle, brachte den Zorn der Offiziere des New South Wales Corps zum Ausbruch. Auf ihr Betreiben befreite der Major Johnston am 26. Januar 1808 Mac Arthur und entschloß sich dann auf dessen und anderer angesehener Kolonisten Vorstellungen, den Governor abzusetzen. Bligh wurde am Abend jenes Tages verhaftet und die wichtigsten Posten wurden neu besetzt. Die oberste Leitung der Geschäfte übernahm Johnston.

Das Verfahren gegen Mac Arthur wurde nun wieder aufgenommen und der Angeschuldigte einstimmig freigesprochen. Die Günstlinge Blighs, wovon einer ein entlassener Verbrecher war, dagegen erfuhren wegen verschiedener Missethaten schwere Verurtheilungen. Ueber das Vorgefallene berichtete Johnston zunächst unterm 2. Februar dem in Port Dalrymple befindlichen Colonel Paterson. Dieser behielt sich sein Urtheil vor, bis er Gelegenheit fände, nach Sydney zu reisen und die Sachlage an Ort und Stelle zu prüfen. Im April sandte Johnston dann eingehende Darlegungen nach London. Von der anfänglich beabsichtigten Mitsendung Mac Arthurs zur mündlichen Vertheidigung der Kolonie gegen Bligh nahm er Abstand. An seiner Stelle beauftragte er den Oberlandmesser Grimes mit persönlicher Berichterstattung. Als im Juli 1808 der zweite höhere Offizier des New South Wales Corps, Colonel Foveaux, nach Sydney kam, billigte er die von Johnston getroffenen Maßregeln vorbehaltlich der Entscheidung der englischen Regierung und lehnte die Aufforderung des gefangenen Governors, ihn wieder in sein Amt einzusetzen, ab. Auch Paterson wies derartige Anträge Blighs ab und übernahm im Januar 1809 trotz seiner Proteste das Government. Er setzte den Gefangenen einige Wochen später in Freiheit, aber nur, nachdem er feierlich versprochen hatte, sofort nach England abzureisen und dort das Urtheil der Regierung abzuwarten. Bligh versuchte zwar, als er erst auf einem Kriegsschiff

sich befand, unter Bruch seines Wortes Gewalt anzuwenden und mit den Kanonen das Government wieder in seine Hände zu bekommen; er vermochte aber nichts auszurichten und segelte endlich nach London ab.

Die Entscheidung der englischen Regierung über das Vorgefallene wurde der Kolonie erst bekannt, als am 31. Dezember 1809 in der Person des Colonel Macquarie ein neuer Governor mit einer starken Truppenabtheilung in Sydney eintraf. Staatssekretär Lord Castlereagh ordnete die Heimsendung Johnstons in strengem Arrest und Ablösung des New South Wales Corps durch das Macquarie beigegebene 73. Regiment an. Bligh sollte sofort in Freiheit gesetzt und als Governor anerkannt, aber zugleich durch Macquarie abgelöst werden. Der Minister lehnte es ab, den Anklagen gegen Bligh Glauben zu schenken, und befahl gegen Johnston wegen Meuterei die Untersuchung einzuleiten. Alle nach Blighs Verhaftung vollzogenen Ernennungen und Landzuweisungen wurden für nichtig erklärt und alle früheren Beamten wieder in ihr Amt eingesetzt. Bligh, der mit seinem Schiff noch an der australischen Küste war, wurde zurückberufen und mit Auszeichnungen überhäuft. Wie wenig er indessen beliebt war, und wie lästig sein schwankender und unaufrichtiger Charakter, verbunden mit übermäßigem Selbstbewußtsein, sich fühlbar machte, entging auch Macquarie nicht und wurde von diesem nach London gemeldet. Trotz der hohen Gönnerschaft, deren sich Bligh in England erfreute, und die ihm in den nächsten Jahren immer höhere Ehren und Würden verschaffte, ist seinen Gegnern daher schließlich keine allzu schwere Strafe geworden. Mehrere wurden freigesprochen, und Johnston kam mit einfacher Kassirung davon. Am schlimmsten ist es Mac Arthur ergangen. Man verbot ihm den Aufenthalt in New South Wales, und erst 1817 konnte er nach Camden Estate, wo inzwischen seine Familie wirthschaftete, zurückkehren.

Die Lage des neuen Governors war leichter als die seiner Vorgänger. Statt des durch den langen Aufenthalt in der Strafkolonie verdorbenen Corps verfügte er über eine gute, ihm ergebene Truppe. Die Schwierigkeiten der ersten Besiedelung waren längst überwunden, der Landbau blühte kräftig auf, und die Ansiedelung machte immer weitere Fortschritte. 1810 zählte die Kolonie bereits 11 590 weiße Kolonisten, welche 12 442 Stück Hornvieh, 25 888

Schafe, 1134 Pferde ꝛc. besaßen. 7615 Acres waren im Anbau. Die Zölle brachten jährlich gegen 8000 Pfund Sterling ein. Macquarie konnte daher seine Kraft fast ausschließlich der weiteren Entwickelung der Kolonie widmen. Er bewies dabei größten Eifer und, wie auch seine Gegner zugeben, meistens Geschick. Einer seiner ersten Schritte war Herstellung von Ordnung in Sydney. Er theilte die Stadt in Bezirke, führte Konstabler ein, regelte die Straßen und ihre Namen und verpflichtete jeden Hausbesitzer zur Anmeldung aller bei ihm wohnenden Personen. Eine Reihe Gebäude für öffentliche Zwecke wurde gebaut, öffentliche Promenaden angelegt, für Schulen gesorgt und 1816 die erste Bank ins Leben gerufen. 1819 entstand eine Sparbank. Andere Bemühungen galten der besseren Regelung der Rechtspflege und der Durchführung der Sonntagsruhe. Der Schöpfung eines Beiraths aus der Zahl der Beamten und Kolonisten, welche 1812 in Frage kam, zeigte sich Macquarie abgeneigt. Er hielt eine solche in allen anderen englischen Kolonien bestehende Einrichtung dort für ungeeignet.

Besondere Bemühungen verwandte der Governor auf Erforschung des Landes. Als er sein Amt antrat, beschränkte sich das besiedelte Gebiet von New South Wales auf die Grafschaft Cumberland und den Außenposten Port Hunter. Im Westen bildeten die Blue Mountains eine unübersteiglich scheinende Grenze. Der Wunsch nach Erweiterung des Weidefeldes führte zu neuen energischen Versuchen der Kolonisten, einen Weg durch die Berge nach dem Innern zu finden, und 1813 gelang dies. Hinter den Bergen zeigten sich unabsehbare Strecken fruchtbaren Landes. Macquarie entsandte auf die Meldung davon sogleich Feldmesser, um die neu entdeckten Gegenden zu besichtigen, dann besuchte er sie selbst und ließ alsbald eine Straße durch das Gebirge bauen. 1815 wurde sie bereits eröffnet und die Stadt Bathurst gegründet. Außer den Entdeckern der neuen Weideländer, welche je 1000 Acres zur Belohnung erhalten hatten, siedelten sich auch andere Viehzüchter dort an. 1817 wurde eine Expedition von der Regierung mit der Erforschung des Laufes der Flüsse Lachlan und Macquarie betraut. Es gelang infolge von Ueberschwemmungen nicht, diese Flüsse bis zum Ende zu verfolgen. — Man hatte damals vom Vorhandensein des Murray noch keine Kenntniß und glaubte, daß sie in einen Binnensee flössen. — Doch wurden so viele für die Kolonie werthvolle Beobachtungen auf dieser

und anderen Forschungsreisen gemacht, daß sie für weitere Entwickelung der Ansiedelung sehr wichtig wurden. Andere erfolgreiche Bemühungen betrafen die weitere Erforschung der Küsten Australiens.

Während dieser Jahre begann die Ausfuhr von Schafwolle nach England sich langsam zu entwickeln. Die große Schwierigkeit, mit der sie zu kämpfen hatte, waren die hohen Frachtkosten. Jedes Pfund kostete bis London beinahe zehn Penny Fracht. Davon entfielen nur $4^1/_2$ auf den Seetransport! Da ein Pfund mittlerer Wolle im Durchschnitt nur mit zwei Schilling bezahlt wurde, blieb somit nur bei feinster Wolle, die bis zehn Schilling brachte, ein Nutzen für den Züchter. Den Eingeborenen versuchte Macquarie einen größeren Schutz als früher zu sichern. Er führte 1813 Kautionen für Schiffe ein, welche Südseeinseln besuchen wollten. Falls Ausschreitungen gegen Eingeborene vorkamen, verfielen die Kautionen. Verschiffung von Eingeborenen ohne ihre Zustimmung wurde verboten. Eingeborene Frauen durften ohne schriftliche Genehmigung des Governor nicht an Bord genommen werden. Er gründete auch eine Gesellschaft für Schutz und Erziehung der Australneger und rief Schulen ins Leben. Doch diese Bemühungen blieben vergeblich. Die Weißen setzten ihren Vernichtungskrieg gegen die Eingeborenen fort, und der Governor wagte es nicht, die Ausschreitungen exemplarisch zu bestrafen. Bei Rachezügen der beleidigten Neger blieb ihm nichts übrig, als Truppen zu senden und weitere Metzeleien vorzunehmen. Sein Anerbieten, den Eingeborenen Land zuzuweisen und Pässe zu geben, blieb fruchtlos.

Am meisten Aufsehen hat Macquaries Verhalten zu den Strafgefangenen erregt. Er ging von Anbeginn an von der Auffassung aus, daß der Deportirte, der seine Strafe abgedient, in alle Rechte des Freien eintreten müsse. Schon 1810 sprach er in einem Briefe seine Mißbilligung des Verhaltens seiner Amtsvorgänger und der freien Kolonisten aus, welche Freigelassene nicht als sozial gleichstehende Leute behandelten, und gab einem noch dazu wegen verschiedener Durchstechereien verdächtigen früheren Sträfling ein Amt. Trotz des Widerspruchs der Offiziere und Beamten zog er ihn und Andere seines Gleichen zu seiner Tafel. Es war und blieb Macquaries Auffassung, daß Australien in erster Linie für Deportirte bestimmt sei, daß es sich darum handele, ihnen hier eine neue Existenz zu gründen, und daß freie Einwanderer immer vor Augen haben müßten,

daß sie in eine Sträflingskolonie kämen. Seien sie zu stolz, mit entlassenen Sträflingen zu verkehren, so möchten sie eine andere Heimath aufsuchen. Da der Staatssekretär Lord Bathurst diese Grundsätze nicht ausdrücklich mißbilligte, besetzte der Governor selbst höhere Posten mit früheren Strafgefangenen. Als das 46. Regiment sich weigerte, solche Beamte am Tisch seiner Offiziere zuzulassen, setzte der Governor seine Abberufung durch. Auch mit dem Geistlichen Marsden verfeindete er sich wegen zu weit gehender Begünstigung der Freigelassenen tödlich. Er ging soweit, einen entlassenen Verbrecher als Anwalt am Gericht zuzulassen. Erst als dieser Anwalt eine Reihe neuer Gesetzesübertretungen verübte und falschen Eides überführt wurde, lenkte er etwas ein. — Dieses Verhalten des Governors und der Umstand, daß er eines Tages soweit ging, freie Leute, die seinen Garten ohne Erlaubniß betreten hatten, ohne Weiteres peitschen zu lassen, erschütterte schließlich seine Stellung. Die Geprügelten u. A. beschwerten sich in London. Auf ihr Betreiben wurde eine parlamentarische Untersuchung an Ort und Stelle eingeleitet, deren Ergebniß eine neue Verfassung für Australien war.

Durch die Acte vom 19. Juli 1823 wurde die Gewalt des Governors sehr ernstlich beschnitten. Es wurde ihm ein von der Krone zu ernennendes Council, welches aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehen sollte, zur Seite gesetzt, dem jedes Gesetz zur Zustimmung vorgelegt werden mußte. Nur im Fall eines Aufstandes konnte der Governor gegen den Willen des Councils Entscheidungen treffen. Falls die Mehrheit des Beiraths gegen ein Gesetz stimmte, mußte es der Krone zur Entscheidung vorgelegt werden. Ehe ein Gesetzentwurf vors Council kam, war er vom Chief Justice zu begutachten. Die Acte schuf ferner einen obersten Gerichtshof für New South Wales, führte Geschworenengerichte ein, regelte das Berufungswesen und traf Bestimmungen über Höhe und Art von Zöllen und Steuern. Der Governor erhielt die Vollmacht, Begnadigungen von Verbrechern vorbehaltlich der Genehmigung der englischen Regierung vorzunehmen. — Mit einem Worte, der Willkürherrschaft des Governors wurde ein Ende gemacht; an die Stelle militärischer trat bürgerliche Regierung. Die von Macquarie eingeführte Begünstigung der Deportirten gegenüber freien Ansiedlern fand ihren Abschluß. — Bevor die neue Gesetzgebung in Kraft trat, wurde der Governor abberufen und 1821 durch den Major General Sir Thomas Brisbane ersetzt.

Die Bevölkerung der Kolonie war in jenem Jahre bereits auf 38 778 Köpfe angewachsen. 32 267 Acres Land befanden sich in Kultur. Man zählte 102 939 Stück Hornvieh, 290 158 Schafe, 4564 Pferde im Lande. Brisbane wandte sein erstes Augenmerk der weiteren Erforschung und Erschließung des Erdtheils zu. Neue Expeditionen fanden den Murraystrom und drangen zu Lande von Sydney bis zur Südküste vor, erforschten die Küsten Nordaustraliens und Queenslands und gründeten die zum Theil nur einige Jahre aufrechterhaltenen Niederlassungen in Moretonbay (1824), Melville Island (Fort Dundas) und Rafflesbay (Fort Wellington). Nicht weniger verdienstvoll war die Schöpfung einer Sternwarte durch den Governor und die Einrichtung regelmäßiger Beobachtungen. Die Nachrichten von den großen fruchtbaren Gebieten des Innern und die Erfolge der ersten Kolonisten veranlaßten immer mehr freie Leute zur Auswanderung nach Australien. Brisbane legte ihnen keinerlei Hindernisse in den Weg. Während seine Vorgänger Ansiedelung im Innern ohne ihre besondere Genehmigung nicht erlaubten, öffnete er das Land bereitwillig auf längere Zeiträume für Weidezwecke. Einer von hervorragenden Männern Englands 1824 gegründeten Australian Agricultural Company, die eine Million Pfund Sterling Kapital aufbrachte, wurde eine Million Acres Land bei Port Stephens und in den Liverpool Plains überwiesen. Später erhielt diese Gesellschaft auch die Bewirthschaftung der Kohlengruben von Newcastle und ein Monopol der Kohlengewinnung für 31 Jahre. In seinem Streben, die Kolonie rasch empor zu bringen, ließ Brisbane den Ansiedlern gegenüber den Eingeborenen freie Hand. Er duldete nicht allein ihre Ausschreitungen, sondern ließ, falls die Schwarzen sich wehrten, ohne Weiteres Krieg gegen sie erklären und sie rücksichtslos ausrotten. Eine eigene berittene Polizeitruppe wurde zum Dienst gegen die Eingeborenen ins Leben gerufen.

Das neu eingerichtete Council trat im Sommer 1824 ins Leben. Neben den höchsten Beamten gehörten ihm einige angesehene Kolonisten an. Die Einführung der anderen Theile der neuen Gesetzgebung machte noch große Schwierigkeiten. Die Behörden weigerten sich, früheren Sträflingen volle Bürgerrechte zuzugestehen, und es entstanden daraus langwierige Streitigkeiten zwischen den freien Ansiedlern und den Zwangskolonisten. Die Entwickelung der Volkswirthschaft machte inzwischen unausgesetzt Fortschritte. 1825 waren

schon 45 514 Acres im Anbau, und 411 600 Pfund Wolle wurden ausgeführt. Gegen 30 Schiffe betrieben von den Häfen von New South Wales aus Fischerei und Handel. Die Einnahmen erreichten eine Höhe von 71 682 Pfund Sterling.*) Allerdings deckte dies bei Weitem nicht die Ausgaben. Die Krone mußte nicht weniger als 425 350 Pfund Sterling zuschießen!

Vandiemensland gehörte damals nicht mehr zu New South Wales. Die dort gegründeten Ansiedelungen hatten sich so rasch entwickelt, daß das Gesetz von 1823 die Insel zu einer selbständigen Kolonie erklärte.**) Der Anlaß zur Gründung der dortigen Niederlassungen war in erster Linie, wie erwähnt, der Wunsch gewesen, einer französischen Besitzergreifung zuvorzukommen. Daneben hatte die englische Regierung es für nützlich erachtet, nicht zu große Mengen von Deportirten an einem Ort zusammenzubringen. Von beiden 1804 geschaffenen Strafkolonien Hobarttown und Port Dalrymple (Launceston) aus wurde die Insel rasch nach allen Richtungen erforscht und mit Wegen durchzogen. Hobarttown wurde 1812 zur Hauptstadt erklärt. Hungersnoth und Ueberschwemmungen sowie Ueberfälle entlaufener Sträflinge machten der durch die zwangsweise hingeschafften Kolonisten von Norfolk Island vergrößerten Einwohnerschaft von Vandiemensland mehrfach zu schaffen, doch entwickelten sich Ackerbau und Viehzucht so rasch wie auf dem Festland. Schon 1815 konnte man Lebensmittel nach Sydney ausführen; 1816 wurde in Hobarttown eine Zeitung gegründet. 1817 betrug die Zahl der Weißen über 3000. 1821 zählte man schon 7400 weiße Bewohner. Es waren über 14 000 Acres in Kultur, und die Kolonisten besaßen 180 000 Schafe, 35 000 Stück Hornvieh u. s. w. Drei Jahre später war die Bevölkerung bereits auf über 12 000 Köpfe angewachsen. Darunter waren 5470 männliche und 470 weibliche Deportirte, 266 Soldaten. Die rasche Zunahme der Bevölkerung war der freien Einwanderung zu danken, die sich gerade hierher mit Vorliebe wandte, obwohl der 1823 ans Ruder gekommene Governor Arthur freie Kolonisten nicht sehr gern sah. Die Schäden der Strafkolonisation in sittlicher und wirthschaftlicher Beziehung haben sich hier daher auch am frühesten so arg fühlbar gemacht, daß eine

*) 1821: 29 000 Pfund Sterling.

**) Die Trennung der Verwaltung der Insel von New South Wales ist 1825 in Kraft getreten.

förmliche Bewegung dagegen entstand und von hier (1835) zuerst lebhaft Einstellung der Sendung von Sträflingen befürwortet wurde. Die Eingeborenen sind hier ebenso rücksichtslos ausgerottet worden wie auf dem Festlande.

Der Nachfolger Brisbanes war Governor Darling, welcher 1825 in Sydney eintraf. Während seiner Amtsthätigkeit wurde das Feld der britischen Ansiedelungen aufs Neue bedeutend erweitert, und zwar hauptsächlich aus Furcht vor Gründung französischer Niederlassungen. Schon Anfang 1826 wies Lord Bathurst den Governor zur Besetzung von Western Port*) und Sharkbay an, wodurch die Kette der Ansiedelungen an den verschiedenen Seiten Australiens geschlossen werden sollte. Darling fand dies nicht ausreichend, da in dem seiner Zeit an Phillip ertheilten Auftrag das Gebiet von New South Wales im Westen ausdrücklich nur bis zum 129. Grad östlicher Länge ausgedehnt worden war. Er hielt eine besondere Erklärung ganz Australiens zur britischen Kolonie für nöthig. Den mit Besetzung von Western Port und King Georges Sund betrauten Offizieren trug er aber Protest gegen jeden französischen Ansiedelungsversuch auf. Diesen Vorkehrungen und der Anwesenheit verschiedener englischer Kriegsschiffe schrieb der Governor es zu, daß das französische Schiff „L'Astrolabe“, welches damals Australien besuchte, sich nur auf wissenschaftliche Arbeiten beschränkte. Western Port wurde von den ersten Kolonisten als ungeeignet gefunden und Anfang 1828 wieder geräumt. Es meldeten sich zwar Privatleute, welche sich dort niederlassen wollten; nach dem Schwinden der von Frankreich drohenden Gefahr hatte Darling aber das Interesse für den Ort verloren und ging auf die ihm gemachten Vorschläge nicht ein. Die Kolonie in King Georges Sund, Albany, an der Südwestspitze Australiens, hat auch nur einige Jahre bestanden. — Andere Ansiedelungen wurden in Rafflesbay im Norden und am Swan River im Westen geplant. Es fanden Vermessungen und Untersuchungen der Plätze statt, doch es fehlte das Geld für ihre Besiedelung.

Da erbot sich ein Mr. Thomas Peel im Verein mit anderen Unternehmern, 10 000 freie Auswanderer nach dem Swan River zu schaffen, wenn er für die auf 300 000 Pfund Sterling veran=

---

*) Bei Port Phillip.

schlagten Kosten 4 Millionen Acres Land dort zugesprochen erhalte. Als dieser Plan sich nicht durchführbar zeigte, rief Peel mit Zustimmung der Regierung ein anderes kleineres Unternehmen ins Leben. Er erhielt zunächst 250 000 Acres überwiesen, wofür er sich verpflichtete, freie Ansiedler nach Westaustralien überzuführen und jedem bis zu 200 Acres zu geben, falls er bestimmte Aufwendungen dafür machte. Die Niederlassung wurde im Juni 1829 im Namen Peels von einem Captain Stirling, welcher 100 000 Acres erhielt, gegründet, und binnen 1½ Jahren kamen infolge verlockender Nachrichten in den Zeitungen dreißig Schiffe mit mehr als 1000 Auswanderern am Swan River an. Doch die Erfahrungen, welche sie machten, waren wenig erquicklich. Es fehlte den Kolonisten an Arbeitskräften, an Märkten und an Straßen. Je mehr Land Einer erworben hatte, um so schwieriger war seine Lage. Vielen Leuten blieb schließlich nur Verlassen der Ansiedelung übrig, um nicht Hungers zu sterben. Peel, der selbst mit gegen 200 Arbeitern sich angesiedelt hatte, verlor angeblich gegen 50 000 Pfund Sterling bei seinem Versuche. Es bedurfte langer Zeit, ehe diese Kolonie in geordnete Bahnen kam, zumal auch infolge grausamen Auftretens der Weißen hier lange Kämpfe mit den Eingeborenen ausbrachen.

Zweites Kapitel.

Die Tochterkolonien.

Die Verfassung Australiens erfuhr 1828 einige Abänderungen. Das gesetzgebende Council wurde von 5 bis 7 auf 10 bis 15 Mitglieder gebracht. Statt 3 erhielten 7 freie Kolonisten in ihm Sitz und Stimme. Außerdem wurde das Gerichtsverfassungswesen in einzelnen Punkten umgeformt. Mehr Aufsehen als diese Maßnahmen hat der Streit des Governors mit den vier in Sydney erscheinenden Zeitungen erregt. Gereizt durch einzelne Angriffe, beschränkte er 1827 und 1830 die Preßfreiheit und ging gegen die Redakteure mit Geld- und Freiheitsstrafen vor. — Verdienstlich war das energische Einschreiten gegen die vielen vor keinem Verbrechen zurückscheuenden Vagabunden, die „Bushranger". Um ihnen das Handwerk zu legen, wurde nicht allein die Polizei verstärkt, sondern 1830 auch die sofortige Verhaftung

aller waffentragenden Persönlichkeiten und Todesstrafe für alle überführten Räuber und Einbrecher verfügt.

Die Zahl der Bushranger wäre damals bedeutend angewachsen und die Sicherheit der ganzen Kolonie ernstlich in Frage gekommen, wenn eine Empörung der seit 1824 wieder auf Norfolk Island beschäftigten Sträflinge, die 1827 ausbrach, geglückt wäre. Die dortigen Deportirten überfielen an einem Tage ihre Wächter und bemächtigten sich der Waffen. Durch einen Zufall gelang es ihnen nicht, die Garnison vollständig unschädlich zu machen. Die Offiziere konnten daher mit einem Theil der Truppen sofort gegen die Empörer aufbrechen. Diese flüchteten nach der kleinen Insel Phillip Island und wurden dort nach und nach getödtet oder wieder eingefangen. Auch eine Meuterei, die auf einem Transportschiff in jenem Jahre unter den Deportirten ausbrach, wurde durch glücklichen Zufall vereitelt. Derartige Vorfälle waren aber damals um so bedenklicher, als viele Soldaten nicht allein enge Freundschaft mit Deportirten unterhielten, sondern es sogar vorkam, daß sie Verbrechen begingen, um selbst aus Soldaten Strafkolonisten zu werden! Der Governor erachtete daher solchen Vorfällen gegenüber äußerste Strenge für angezeigt, obwohl ihm dies heftige Angriffe von einzelnen Offizieren und Kolonisten und sogar mehrfache Untersuchung durchs Parlament eintrug. Nach eingehender Prüfung wurde in England sein Verfahren als gerechtfertigt anerkannt.

Der Andrang von Auswanderern und die Nachfrage nach Land waren damals schon so erheblich, daß Darling es für nöthig fand, 1828 ein eigenes Landamt zu errichten. Die Bedingungen für Landerwerb waren dabei damals schon ziemlich hoch. Während in den ersten Jahren der Kolonie Freigelassene 30 Acres gegen 6 Pence, andere Ansiedler 100 Acres gegen 2 Schilling Quitrent nach Ablauf der ersten 10 Jahre erhalten hatten, war allmählich die Quitrent auf 3 Schilling von je 20 Acres und schließlich auf 5 pCt. vom geschätzten Werth des Landes gesteigert worden. Für je 100 Acres mußte außerdem anfänglich 1 Sträfling ernährt und erhalten werden; 1824 war diese Zahl auf 5 Sträflinge für je 100 Acres erhöht worden. — Weidepacht wurde nur für 6 Monate gewährt. — Governor Brisbane hob die kostenlose Gewährung von Land überhaupt auf. 1824 setzte er den Preis von Land auf 5 Schilling für 1 Acre fest! Außerdem war eine Quitrent von 2 Schilling für je

100 Acres zu zahlen. Diese Bedingungen verursachten indessen so große Nachfrage, daß sie bald wieder zurückgezogen wurden. 1831 wurde auf Anweisung von England aus Verkauf des Landes an dem Governor genehme Meistbietende zu mindestens 5 Schilling vom Acre eingeführt. Gewinnung von Edelmetallen und andere Rechte waren dabei immer der Krone vorbehalten! Doch auch diese Maßnahme blieb nicht lange in Kraft.

Die Bevölkerung von New South Wales belief sich 1831 auf 51 155 Weiße. Die regelmäßigen Einnahmen betrugen 100 000 Pfund Sterling; der Wollexport erreichte 1 500 000 Pfund, Fette wurden für etwa 100 000 Pfund Sterling ausgeführt. Die gesammte Einfuhr hatte einen Werth von 500 000 Pfund Sterling. In der ganzen Kolonie waren bereits 3 422 000 Acres Land verkauft und verpachtet. 1830 wurde in Sydney die erste höhere Schule gegründet. Die Kolonie, welche in den ersten 30 bis 40 Jahren ihres Bestehens dem Mutterlande etwa 10 Millionen Pfund Sterling gekostet hat, hatte jetzt die Kinderschuhe ausgetreten und entwickelte sich fortan selbständig immer rascher zu hoher Blüthe. Immer neue Ansiedlungen entstanden, immer stärker wurde die Einwanderung aus Europa, und immer größere Gebiete kamen in Bewirthschaftung. Aber es fehlte auch nicht an großen Schwierigkeiten, mit welchen der neue Pflanzstaat zu kämpfen hatte. An der Spitze stand die Regelung und Beseitigung des Deportationswesens und die Lösung der Landfragen.

Die Kolonie, welche zuerst nach Vandiemensland und den ersten Niederlassungen in Westaustralien und Queensland gegründet wurde, war **Victoria**. Schon 1803 war in dem Gebiete des jetzigen Victoria, wie erwähnt, der Versuch gemacht worden, am Gestade von Port Phillip eine Strafkolonie anzulegen. Der Führer der Expedition fand damals den Platz ungeeignet. 1825 wurde auf günstige Berichte von Leuten hin, die zu Lande von Sydney nach dem Süden vorgedrungen waren, eine Abtheilung Gefangene nach Westernport gesandt, aber nach wenigen Jahren wegen Mangels an Trinkwasser in der betreffenden Gegend wieder zurückgezogen. Nur einzelne Fischer und Schiffer lebten dauernd an der Südküste Australiens, bis 1834 englische Einwanderer an Portlandbay sich niederließen. Es war eine Familie **Henty**, welche 1829 an der Expedition nach dem Swan-River sich betheiligt, und, als es ihr dort nicht glückte,

sich in Vandiemensland nach einem besseren Siedelungsgebiet umgesehen hatte. Die Behörden verweigerten anfangs die Erlaubniß zu der neuen Ansiedelung auf dem Festland, duldeten sie jedoch schließlich mit Rücksicht auf ein immer noch befürchtetes Eindrängen Frankreichs. Der Erfolg Hentys bildete den Anstoß für ein weiteres Unternehmen, welches sich wieder Port Phillip als Ziel ausersah. Ein in Paramatta bei Sydney geborener Mann John Batman, welcher seit 1821 in Kingston (Vandiemensland) lebte, begab sich im Mai 1835 mit verschiedenen Genossen nach der Südküste Australiens, besah sich das Land und kaufte von den Eingeborenen für Messer, Brillen, Tücher &c., sowie unter Zusage einer jährlichen Zahlung von 200 Pfund Sterling in Waaren zwei große Gebiete von zusammen etwa 600 000 Acres!

Auf Grund dieser Kaufverträge wurde eine Vereinigung verschiedener Ansiedler in Vandiemensland gegründet und eine erste Niederlassung in Geelong geschaffen. Die Verträge selbst wurden nach England gesandt, um ihre Anerkennung bei der Regierung durchzusetzen. Die damit betrauten Anwälte bezeichneten sie von vornherein als werthlos, da, im Falle das betreffende Gebiet englisch sei, die Eingeborenen ohne Genehmigung des Governors Land nicht veräußern dürften und im anderen Falle die Vereinigung überhaupt keinen Anspruch auf englischen Schutz habe. Die Mitglieder der Vereinigung zogen es daher vor, die Gnade der großbritannischen Regierung anzurufen und sich für ihre Erwerbung mit einer Entschädigung zu begnügen, zufrieden damit, daß England überhaupt die Anlage einer neuen Kolonie erlaubte.

Die Londoner Behörden waren anfangs dazu wenig geneigt, da sie die Kosten der Verwaltung scheuten und der beabsichtigten Niederlassung in Südaustralien nicht gern Wettbewerb schaffen wollten; doch es erwies sich als unmöglich, die von allen Seiten nach den neuen fruchtbaren Weidegründen herandrängenden Siedler gewaltsam davon fernzuhalten oder wieder fortzuschaffen. Im August 1835 hatte der Governor von New South Wales alles Land bei Port Phillip als Kronland erklärt und vor seiner Besetzung ohne Erlaubniß gewarnt; ein Jahr später erklärte er auf Grund einer in allgemeinen Ausdrücken gehaltenen Erlaubniß des Staatssekretärs das Gebiet der Kolonisation für geöffnet und setzte einen Captain Lonsdale als Police Magistrate ein! Die neue Niederlassung zählte

damals gegen 200 Weiße, die 26 000 Schafe und einiges anderes Vieh besaßen und etwa 100 Quadratmeilen beanspruchten. Ende 1836 wurden auf Wunsch der Ansiedler eine kleine Truppe von 30 Mann, einige Konstabler und drei Landmesser nach Port Phillip gesandt, und damit eine geregelte Verwaltung eingeführt. Die Kosten sollten durch Landverkauf gedeckt werden. Das gesammte Gebiet wurde nämlich als Kroneigenthum angesehen und ausdrücklich bestimmt, daß die Besetzung von Ländereien ohne Erlaubniß der Regierung hier so wenig wie in New South Wales einen Rechtstitel gewähre; Land könne nur durch Kauf in Versteigerungen von der Regierung erworben werden.

Im Frühjahr 1837 ließ der Governor Bourke, welcher selbst von Sydney gekommen war und den Fleck für die Städte Melbourne und Williamstown ausgesucht hatte, den ersten öffentlichen Verkauf von Grundstücken an den Meistbietenden vornehmen. Die Zahl der Kolonisten belief sich damals schon auf 500, die der Schafe auf 100 000. Die Beziehungen zu den Eingeborenen waren hier besser als in den anderen Kolonien, sowohl dank dem besonnenen Auftreten der Gründer der Ansiedelung als vermöge des Umstandes, daß ein vor Jahrzehnten entlaufener Sträfling hier unter den Eingeborenen gelebt und zwischen ihnen und den Weißen verhandelt hatte. Es trug dies auch zum raschen Aufblühen der Niederlassung bei, welche bald regelmäßige Gerichtshöfe und einen „Superintendent" genannten obersten Beamten erhielt. Schon 1840 wurde die Stadt Portland gegründet, und 1842 erhielt Melbourne die städtische Verfassung. Die Bevölkerung erreichte 1840 schon die Höhe von 10 000 Köpfen.

Wenig später als Victoria wurde die Kolonie South Australia ins Leben gerufen. Die Entstehung war jedoch mit erheblich größeren Schwierigkeiten verbunden. Den Anlaß dazu gaben die günstigen Berichte, welche der Forschungsreisende Sturt, der von Sydney über Land zum Murray vordrang und diesen bis zur Mündung befuhr, 1830 über das von ihm gesehene Land veröffentlichte. Die Schilderungen bewogen eine Reihe unternehmungslustiger Leute in London, 1831 eine South Australian Land Company zu bilden. Es gehörten ihr eine Menge Parlamentsmitglieder an wie Angas, W. Hutt, H. Bulwer Lytton, Colonel Torrens. Ihr geistiger Leiter war ein mit Australien aus eigener Anschauung näher be-

kannter Mann, Edward Gibbon Wakefield, dessen Name damals weiteren Kreisen noch fremd war. Wakefield war 1826 wegen Entführung zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilt gewesen und hatte so Veranlassung gefunden, dem Gefängnißwesen nähere Aufmerksamkeit zu widmen. Seine Schäden wie die vielfachen schlimmen Folgen der Deportation lagen ihm klar vor Augen, aber er sah eine Abhülfe nur, wenn Noth und Elend in England, welche zu den Verbrechen den meisten Anlaß gäben, durch Abnahme der Bevölkerung gemildert würden. Zu diesem Zwecke verlangte er planmäßige Leitung von Auswanderern nach neuen Gebieten. Er entwickelte diese Gesichtspunkte zum ersten Male in einer anonymen Broschüre, welche ein Freund, Robert Gouger, unter dem Titel: A letter from Sydney, the principal town of Australia 1829 herausgab. Hierin stellte er nach Schilderung der verschiedenen Schattenseiten von New South Wales und ihrer Ursachen einen Plan für erfolgreiche Kolonisation auf.

Danach sollte von allem bisher in Australien vergebenen Lande eine Grundsteuer erhoben und in Zukunft Land nur noch gegen Bar zu angemessenem Preise verkauft werden. Aus den Erträgen wollte er eine besondere Kasse zur kostenlosen Ueberführung englischer Arbeiter nach der Kolonie gebildet sehen. Es sollte Aufgabe der Verwaltung dieser Kasse sein, dafür zu sorgen, daß in jeder Ansiedelung nicht mehr, aber auch nicht weniger Arbeiter, als gebraucht würden, sich befänden. Zur Verwirklichung dieses Planes rief Wakefield 1830 eine Kolonisationsgesellschaft ins Leben, die in Wort und Schrift auf das Publikum wirkte und zunächst erreichte, daß Lord Goderich, der damalige Staatssekretär, die fernere kostenlose Vergebung von Land untersagte.

Die South Australian Company beabsichtigte, Wakefields Gedanken in allen Punkten zu verwirklichen; umsonst verhandelte sie aber mit der Regierung um Ertheilung einer Charter für South Australia. Man fürchtete in den Regierungskreisen, durch Gründung neuer Ansiedelungen in Australien die vorhandenen zu schwächen und sich große Schwierigkeiten aufzuladen. Außerdem wollte man Privatgesellschaften keine Gesetzgebungsrechte ertheilen. Jahre hindurch ging keiner der Staatssekretäre von diesem Standpunkt ab, doch die Freunde Wakefields blieben ebenso hartnäckig. 1834 wurde ihre Vereinigung noch vergrößert und South Australian Association

genannt. Mehrere neue Parlamentsmitglieder, auch der Geschichts-Grote, wurden dafür gewonnen. Es fanden öffentliche Versammlungen statt, Flugschriften wurden veröffentlicht und private Einflüsse in Bewegung gesetzt. Damit wurde die Regierung auf Wakefields Gedanken aufmerksam gemacht und erreicht, daß das Parlament der Sache sich annahm. Es wurde geltend gemacht, daß bei der mächtig wachsenden Auswanderung South Australia doch bald besiedelt werden würde. Wolle man diese Kolonisten vor trüben Erfahrungen wie am Swan River schützen, so empfehle es sich, die neue Theorie versuchen zu lassen. Im Juli 1834 wurde im Unterhaus eine Bill zu Gunsten der South Australian Association eingebracht. Unter den wenigen Abgeordneten, welche an der Berathung theilnahmen, fehlte es nicht an solchen, welche gegen Ueberlassung so ausgedehnter Gebiete an eine private Gesellschaft, noch dazu von experimental philosophers, sprachen. Doch schließlich siegten die Freunde der Association, und mit Zustimmung des Duke of Wellington wurde im August die Krone ermächtigt, Provinzen in South Australia zu schaffen, Gesetzgeber dafür zu ernennen und das Land zu einem einheitlichen Preise von nicht weniger als 12 Schilling für den Acre verkaufen zu lassen. Die Ueberführung von Deportirten nach dieser Kolonie war in der Bill ausdrücklich verboten. Sobald eine Provinz mehr als 50 000 Seelen zählte, war der Krone das Recht vorbehalten, ihr eine Verfassung zu geben. Die Krone sollte durch Commissioners vertreten werden, welche aber gleichzeitig die eigentliche Seele des Unternehmens sein und eine Summe von 20 000 Pfund Sterling als Sicherheit hinterlegen sollten, um etwaige der Regierung erwachsende Kosten zu decken. Sie mußten sich ferner damit einverstanden erklären, daß, falls nach 10 Jahren South Australia weniger als 10 000 Bewohner zählte, die Krone eingreifen und den Grund und Boden ihrerseits verkaufen könne.

Das Colonial Office zögerte, den Parlamentsbeschluß auszuführen, doch im Mai 1835 erreichte die Association, nachdem sie die Wakefieldschen Pläne über Regelung des Angebots von Arbeitern 2c. hatte fallen lassen, daß die Krone acht Commissioners für South Australia, an der Spitze den Colonel Torrens, ernannte. Diese veröffentlichten einen Aufruf, worin die Schöpfung eines Fonds aus den Landkaufsgeldern zur Ueberführung von Arbeitern besonders betont war. Ein Captain Hindmarsh, Waffengefährte Nelsons,

wurde zum Governor, Colonel Light zum Chef des Vermessungswesens, Robert Gouger zum Sekretär der zu gründenden Kolonie ernannt. Außerdem fand die Wahl eines Richters und eines Bevollmächtigten der Commissioners statt. Die Commissioners riefen die South Australian Company ins Leben und rüsteten drei Schiffe aus, welche Februar 1836 absegelten. Zwei landeten ihre Fahrgäste schon im Juli in Nepeanbay auf Kangaroo Island, wo die Ankömmlinge sich sogleich einzurichten begannen. Der Führer des dritten Schiffes, das erst im August ankam, Colonel Light, mißbilligte die Wahl des Platzes der Ansiedelung und brachte seine Begleiter an das Ufer des Torrens auf dem Festlande, wo jetzt Adelaide steht. Seine Wahl fand bei vielen Kolonisten keinen Anklang, und so entstand gleich zu Anfang über diesen in England nicht geregelten Punkt Streit unter den Einwanderern, von denen im Laufe des Jahres noch mehrere Hundert eintrafen. Der Governor fand den von Light ausersehenen Fleck nicht geeignet. Doch bei einer von ihm Anfang 1837 berufenen Versammlung der Kolonisten sprach sich die Mehrzahl für den Platz von Adelaide aus, und die Erbauung der Stadt wurde sogleich in die Wege geleitet. Mit welchem Vertrauen die Ansiedler ans Werk gingen, beweist der Umstand, daß allein im Jahre 1837 schon 64 358 Acres Land verkauft und dafür 43 151 Pfund Sterling vereinnahmt wurden! Weniger glücklich waren die Commissioners mit der Auswahl der Beamten. Diese befehdeten sich so lange untereinander, bis fast alle abberufen und durch andere ersetzt wurden. Auf die Entwickelung der Ansiedelung übte dieser Umstand indessen wenig Einwirkung aus. Immer mehr Einwanderer strömten ihr zu, rasch wurde das Innere erforscht, Landverbindung mit New South Wales hergestellt und Handel wie Gewerbe gefördert. Mitte 1839 waren schon etwa 250 000 Acres verkauft und dafür etwa 230 000 Pfund Sterling vereinnahmt. 1840 zählte man schon etwa 15 000 Ansiedler. Die regelmäßigen Einnahmen beliefen sich auf 30 000 Pfund Sterling im Jahr. Es gab 200 000 Schafe, 15 000 Stück Hornvieh; die Einfuhr hatte 303 000, die Ausfuhr 32 000 Pfund Sterling Werth. Schon 1837 wurden Geschworenengerichte in derselben Art wie in England von den Kolonisten eingeführt. 1840 schufen sie für Adelaide eine städtische Korporation.

Diese rasche Entwickelung der Ansiedlung hatte freilich auch

unangenehme Wirkungen im Gefolge. Es entstand eine wüste Landspekulation, und die Löhne erreichten eine ungemessene Höhe. Gewöhnliche Arbeiter verdienten 5 bis 7, geschulte bis 50 Schilling am Tage! Diese Löhne lockten Leute von allenthalben ins Land, nicht zum Wenigsten entlassene Deportirte, deren Kommen Wakefield gerade hatte vermeiden wollen. Die Arbeit wurde vernachlässigt, da Grundstückspekulation mehr lockte.*) Dazu ließ sich die Verwaltung zu viel zu großen öffentlichen Arbeiten u. dergl. verleiten und bürdete der Kolonie bis 1840 eine Schuldenlast von 300 000 Pfund Sterling auf! — Nicht zum Wenigsten trugen die eigenen Freunde Wakefields zum Auftreten dieser Mißstände bei. Angas, der Leiter der South Australian Company, legte, unbekümmert um die Lehren Wakefields, das halbe Kapital der Gesellschaft in Grundstücken an und erzielte damit für sie großen Gewinn. Außerdem ließ er sie Walfischerei, Handel und Bankgeschäft treiben und schädigte durch Bewilligung eines Zinsfußes von 8 Prozent für Depositen den Unternehmungsgeist der Kolonisten! Die Commissioners thaten nichts, um der Landspekulation zu steuern, statt den Preis dauernd zu steigern und die Ausdehnung der Landstücke zu mindern, erhöhten sie die letztere und setzten die im Juni 1835 eingeführte Taxe von 1 Pfund Sterling für den Acre bald wieder auf 12 Schilling herab.

Die übermäßigen Ausgaben des Governors Gawler, welche dazu führten, daß die Commissioners die auf sie gezogenen Wechsel nicht einlösen konnten, waren die Veranlassung, daß die Regierung den genannten Beamten Ende 1840 abberief und die Verwaltung thatsächlich in eigene Hand nahm.

Drittes Kapitel.

Die Deportations- und Landfrage.

Während diese Vorgänge sich im Süden Australiens abspielten, wurde die Aufmerksamkeit der Behörden und Kolonisten von New South Wales besonders durch die Deportationsfrage in Anspruch genommen. 1833 waren von der auf 60 794 Köpfe angewachsenen Bevölkerung 16 151 Gefangene. 1836 betrug die Zahl der Letzteren

*) 1841 waren von 299 072 verkauften Acres nur 2503 in Anbau!

27 831! Außerdem gab es in Vandiemensland damals auch noch 16 968 und auf Norfolk Island 1200 Sträflinge! Die Anwesenheit zahlreicher Verbrecher wirkte in hohem Maße entsittlichend auf die Kolonisten, besonders auf die Jugend. Die freien Ansiedler sträubten sich entschieden, die entlassenen Sträflinge als ihres Gleichen anzusehen und ihnen Sitz und Stimme bei öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen; die Sträflingskreise wieder verlangten Gleichstellung mit den freien Bürgern! Dazu wuchsen die Kosten der Strafanstalten immer mehr, je größer die Kolonie wurde und je höhere Ansprüche man an humane Behandlung der Leute machte. — Nicht allein diese Umstände wurden gegen das Deportationswesen geltend gemacht, sondern auch die Beobachtung, daß die Zahl der Verbrechen unter seinem Einfluß in England keineswegs abnahm, und daß in Australien so viele Strafthaten vorkamen, daß die Zahl der Hinrichtungen eine geradezu erschreckende Höhe erreichte! 1833 wurden in New South Wales 135 zum Tode verurtheilt, 69 hingerichtet. 1834 wurden 148 Todesurtheile gesprochen, 83 vollstreckt, 1835: 116 gesprochen, 71 vollstreckt! Die Zahl der Disziplinarstrafen belief sich 1833 auf 22 000. 247 Sträflinge wurden in einem Monat jenes Jahres mit 9874 Hieben bestraft! Der Richter Burton erklärte in einem Bericht Herbst 1835 diesen Zustand für unerträglich und führte ihn auf ungenügende Seelsorge für die Gefangenen und Gleichgültigkeit der Kolonisten, welche Gefangene beschäftigten, zurück.

Solche Thatsachen und Nachrichten von gefährlichen Aufständen, z. B. in Norfolk Island, erregten auch die öffentliche Meinung in England. Der Erzbischof von Dublin und andere hochgestellte Leute bezeichneten die Deportation geradezu als ein nationales Verbrechen. Man stecke die freien Kolonisten geradezu durch die Sträflinge an und schaffe einen Verbrecherstaat. Es wurde dadurch erreicht, daß 1837 das Unterhaus einen Ausschuß ernannte, welcher die ganze Angelegenheit prüfen sollte. Sir Robert Peel, Lord John Russell, Sir George Grey gehörten u. A. diesem Committee an, welches 1838 einen sehr gründlichen Bericht erstattete*). Dieses Aktenstück verdammte die Strafkolonisation unbedingt. Wenn es

*) Es sind danach im Ganzen nach New South Wales 75 200, nach Vandiemensland 27 759 Sträflinge deportirt worden.

auch den bei guten Herren befindlichen Gefangenen oder den weniger schweren Verbrechern, welche mit einem Erlaubnißschein (ticket of leave) sich in bestimmten Bezirken frei bewegen dürften und sogar Vermögen erwürben, verhältnißmäßig gut gehe, so schließe doch, hieß es darin, die ganze Deportation eine solche Kette seelischer und physischer Leiden in sich, demoralisire die davon Betroffenen gewöhnlich vollständig und würdige sie so zu Sklaven herab, daß das System zu verwerfen sei. Der Ausschuß stellte fest, daß in einzelnen Plätzen im Durchschnitt auf jeden Gefangenen jährlich 40 Hiebe mit der neunschwänzigen Katze entfielen und daß, trotz der größten Strenge, weder neuen Verbrechen vorgebeugt noch häufiges Entweichen der Gefangenen verhindert werden könnte. Angesehene Leute sprachen der Deportation jeden bessernden Einfluß ab. Sie sahen darin nur eine barbarische Strafform und eine Versorgung der anderen Kolonisten mit billigen Arbeitskräften auf Staatskosten. — Der Ausschuß empfahl daher auf Grund seiner Untersuchung: baldige Einstellung der Versendung von Sträflingen nach New South Wales und Vandiemensland, Errichtung von Zuchthäusern, endlich Bestrafung der Verbrecher in England und außerhalb durch Zwangsarbeit. Er bezeichnete es ferner als wünschenswerth, daß Verbrecher nach Ablauf ihrer Strafzeit das Land, in dem sie die Strafe verbüßt, verließen und bei dieser Auswanderung von Staatswegen unterstützt würden.

Die Berichte des Ausschusses erregten großes Aufsehen in Australien. Obwohl man hier schon seit Jahren um Aufhebung des Deportationswesens petitionirt hatte, fand man doch in den Aeußerungen des Parlamentes die Farben zu dunkel aufgetragen und fürchtete Abschreckung freier Auswanderer. Es wurde beim legislativen Council von Sydney um nochmalige Untersuchung und Richtigstellung der Urtheile über den Stand der Gesittung und Bildung in der Kolonie gebeten. Doch das Council begnügte sich mit einer Anzahl Resolutionen, in denen es die Verdienste der Ansiedler um die rasche Entwickelung Australiens anerkannte, die Mißerfolge der Deportation aber lediglich zufälligen Umständen und unzureichender Seelsorge zur Last legte. Diese Körperschaft behauptete, daß „nach ihrer Ansicht kein Strafsystem so billig, wirksam und erziehlich sei“ wie eine wohlgeordnete Ueberweisung von Sträflingen an Privatleute. Diese hätten das größte Interesse daran, den Sträfling zum

tüchtigen Arbeiter heranzubilden, und Landbau und Viehzucht seien besonders geeignete Beschäftigungen hierzu.

Daß das Council mit dieser Aeußerung nur die Auffassung der um billige Arbeiter besorgten Kreise wiedergab, war in England wohlbekannt. Unbekümmert darum wurden daher von der Regierung alsbald Schritte ins Werk gesetzt. Schon 1839 wurde der Governor Gipps angewiesen, neu eintreffende Sträflinge nur nach Norfolk Island zu senden und diese Gefangenen an Privatleute nicht mehr zu überweisen. Durch eine Order in Council vom 22. Mai 1840 wurde dann New South Wales aus der Reihe der Strafkolonien gestrichen und außer Norfolk Island nur Vandiemensland darin belassen. Die Strafkolonie Moretonbay wurde schon 1839 aufgehoben, und im Sommer 1840 erklärte Lord John Russell, daß er die Deportation nach New South Wales für immer beseitigen werde. — Die Maßregel der englischen Regierung war nur halb. Denn noch gab es damals Tausende von Sträflingen in New South Wales, und bei der Fortdauer der Deportation nach Norfolk Island und Vandiemensland mußte der Zuwachs der Sträflingskolonisten noch fortdauern! Doch den zum Theil ja selbst aus diesen Kreisen hervorgegangenen Ansiedlern von New South Wales ging die Regierung schon viel zu weit. Sie empfanden es sehr schmerzlich, keine neuen Arbeiter mehr überwiesen zu erhalten, und sandten dringende Bitten nach England, daß die Strafkolonisation fortgesetzt werde! Mehr als 4000 Personen unterzeichneten die eine Adresse. Diese Schritte blieben jedoch fruchtlos. Weite Kreise in England waren entschlossen, mit dem Deportationswesen zu brechen. Trotz seiner Schrecken sahen Verbrecher darin keine Strafe, und man legte ihm die furchtbare Zunahme der Verbrechen in England während der Jahre 1805 bis 1841 mit zur Last. Während die Bevölkerung damals um 79 Prozent zugenommen hatte, war die Zahl der Verbrechen um 482 Prozent gestiegen, und von 1834 bis 1843 mußte man allein 39 844 Leute deportiren! Die Ueberlassung von Gefangenen an Privatleute wurde immer weiter eingeschränkt.

Die Beschränkung der Deportation hatte verschiedene wichtige Folgen für Australien. Zunächst sank die Nachfrage nach Land, da es an Arbeitern zu seiner Bewirthschaftung zu mangeln begann. Dies minderte die Einkünfte der Kolonie, und zur Füllung der Kassen wurde Eintreibung der vielfach rückständigen Quitrents er=

wogen. Kamen die Ansiedler schon dadurch und durch den Verlust billiger Arbeitskräfte in Verlegenheit, so geschah es noch mehr durch das bedeutende Sinken aller Lebensmittelpreise. Dieses war die Folge der geminderten Nachfrage von Seiten der Gefängnißverwaltung und der Minderung des Metallgeldvorraths, da die Krone nicht mehr so viel wie früher zu senden brauchte. 1841 fiel z. B. der Preis eines 2 Pfundbrotes von $7\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ Pence. Daß die Löhne nicht in demselben Maße sanken, erschwerte die Lage der Farmer noch weiter, und es brach über sie eine schwere, Jahre dauernde Krisis herein, die durch Zusammenbruch verschiedener Banken verschärft wurde. Die Einfuhr aus England, welche 1840 einen Werth von 2200000 Pfund Sterling besaß, sank 1842 auf 855000. Der Metallvorrath der Regierungskasse in Sidney, der bis 1839 jährlich etwa 188000 Pfund Sterling betragen hatte, war 1842 völlig verschwunden. Die Landverkäufe brachten in diesem Jahr kaum 15000 Pfund Sterling ein! — Für diese Leiden entschädigte die britische Regierung die Kolonie durch Gewährung größerer Freiheit in Bezug auf die Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Lord Stanley, der Colonial Secretary des Ministeriums Sir Robert Peels, erwirkte New South Wales 1842 parlamentarische Verfassung. Ohne Widerspruch gab das britische Parlament seine Zustimmung zu einem Gesetz, wonach die Kolonie ein legislatives Council von 36 Köpfen erhielt, von denen 12 durch die Krone ernannt, 24 von den Kolonisten gewählt werden sollten. Nicht mehr als die Hälfte dieser 24 durften Beamte sein. Jeder Hausbesitzer mit 20 Pfund Sterling jährlichem Einkommen und jeder Bauer mit Grundbesitz von mindestens 200 Pfund Sterling Werth erhielt das Recht, zu wählen. Jeder Grundbesitzer mit wenigstens 100 Pfund Sterling jährlichem Einkommen war wählbar. Das Council sollte jährlich mindestens einmal zusammentreten. Sechs seiner Mitglieder sollten im Bezirk Port Phillip gewählt werden.

Dieses Parlament sollte nach eigenem Ermessen die Gesetzgebung handhaben mit der Beschränkung, daß kein den Gesetzen Englands widersprechender Beschluß gefaßt werde. Es erhielt die Verfügung über die Einnahmen der Kolonie, abgesehen vom „Land Fund“ und von einer Summe von 81 600 Pfund Sterling, die für die laufende Verwaltung bestimmt war. Der Governor durfte ohne Genehmigung

des Councils keine Maßnahmen mehr treffen, dafür konnte er aber Beschlüsse dieses Parlaments, die er für ungeeignet hielt, ohne Weiteres bei Seite legen. Sträflinge, welche ihre Zeit abgesessen hatten oder begnadigt worden waren, erhielten dieselben politischen Rechte wie die freien Kolonisten. Die ersten Wahlen auf Grund dieser Verfassung fanden 1843 statt.

Auch die schwierige Landfrage erfuhr 1842 eine vorläufige Regelung. Gerade hier gingen die Wünsche und Absichten des Mutterlandes und der Kolonie am weitesten auseinander. Das Erstere wünschte, daß Landspekulation vermieden und nur so viel Land in Bewirthschaftung genommen werde, als den Bedürfnissen der Ansiedelung entsprach, um die Entwickelung vernünftiger Wirthschaft zu fördern und Platz für die Zukunft zu wahren. Den Kolonisten dagegen war es um rasche Ausnutzung des Augenblicks und möglichst hohen Gewinn zu thun. Das Gesetz von 1831 hatte zwischen den Wünschen der Kolonisten und denen der Regierung einen Ausgleich herbeiführen sollen. Der Mindestpreis von 5 Schilling für jeden Acre, der Verkauf an den Meistbietenden, die Beschränkung der Größe der an einen Mann zu verkaufenden Landstücke auf 9600 Acres, die Verpflichtung zur Zahlung von Quitrents waren darauf berechnet, die Landspekulation einzuschränken und wirklichen Ansiedlern das Feld offen zu halten. Doch wurde dieser Zweck damals nur unvollständig erreicht. In den Jahren 1831 bis 1835 wurden im Auktionswege nämlich nicht weniger als 585000 Acres verkauft und 202600 Pfund Sterling dafür vereinnahmt. Daneben wurden noch größere Gebiete ohne jede Erlaubniß und Zahlung auf eigene Faust von Viehzüchtern, sogenannten Squattern,*) in Weide genommen und ausgenutzt. Von Zahlung der Quitrents seitens der älteren Ansiedler war vielfach auch keine Rede. 1832 waren schon 16500 Pfund Sterling von solchen Abgaben rückständig, und die Summe dieser Rückstände nahm von da an immerwährend zu.

Der Governor versuchte dem Ueberhandnehmen der Squatter dadurch zu steuern, daß er 1833 durch Verordnung ausdrücklich den Grundsatz festlegte, daß eigenmächtige Besetzung von Land keinen Rechtstitel verleihe. Doch sein Schritt war vergebens, immer zahlreichere Viehzüchter versuchten ihr Heil im Innern, wenn es ihnen

*) Der Name ist ursprünglich in Nordamerika aufgekommen.

am Futter zu mangeln begann. Die englische Regierung, welche diese Ueberschreitung ihrer Anordnungen um so weniger gern sah, als zahlreiche blutige Zusammenstöße der Squatter mit den Eingeborenen und andere Unregelmäßigkeiten viel Lärm machten, ließ die Landfrage 1836 durch einen Ausschuß des Parlaments erörtern. Es wurden hier eine Menge Sachkenner und Interessenten, darunter auch Wakefield und Torrens, vernommen; das Ergebniß war aber nur die Empfehlung des Fortschreitens auf dem durch das Gesetz von 1831 eingeschlagenen Wege. Ueber die Höhe des zu fordernden Mindestpreises gingen die Ansichten weit auseinander. Torrens schlug 40 Schilling für den Acre vor, Andere erachteten schon 5 Schilling für zu hoch. Sie verwiesen darauf, daß hohe Landpreise immer mehr Leute zum Squatten veranlassen würden, wie es sich schon bis dahin gezeigt habe. Die Regierung schloß sich dieser Meinung an und ermächtigte den Governor von Sydney, die bisherigen Mindestpreise nach Bedarf noch zu ermäßigen. Eine Beschränkung des Squatterwesens wurde dadurch jedoch nicht erreicht. Immer neue Heerden wurden auf die großen Weidefelder des Innern geführt, und der Governor sah sich 1837 veranlaßt, dieses Vorgehen gegen Zahlung einer Licenz zu gestatten. Aus den Erträgen der Gebühr wurde eine Grenzpolizeitruppe besoldet, welche für Ordnung und Ruhe sorgte. 1839 zählte man bereits gegen 4400 Squatter mit 3300 Pferden, 233000 Stück Hornvieh und mehr als 1 Million Schafen! Der Viehbestand auf dem Kronland des Innern war somit nicht geringer als der in den älteren Theilen Australiens, und er wuchs weiter, obwohl damals die Licenz auf 10 Pfund Sterling jährlich erhöht und auf jedes Schaf eine Steuer von 1 Penny, auf Rinder von 3 und Pferde von 6 Pence gelegt wurde!

Hand in Hand mit der Ausbreitung des Squatterthums ging die Zunahme der Einwanderung. Nicht allein die Förderung, welche die Regierung der Uebersiedelung nach Australien zu Theil werden ließ, sondern auch die günstigen Erfahrungen der Kolonisten veranlaßten immer mehr Leute, ihr Heil im fünften Erdtheil zu versuchen. Diese starke Einwanderung steigerte die Nachfrage nach Land und belebte die Spekulation in Grundstücken trotz aller dagegen getroffenen Maßnahmen. 1836 wurden 389500, 1837: 368600, 1838: 315300, 1839: 285900, 1840: 189400 Acres verkauft. Der Landpreis wurde daher damals auf 12 bis 20 Schilling für den

Acre erhöht. Weniger infolgedessen als vermöge der Krisis, welche um jene Zeit über Australien hereinbrach, sank die Nachfrage nach Grundstücken 1840 auf 189400, 1841 auf 86300, 1842 auf 21900 Acres. Sie ging noch weiter zurück als 1842 ein neues Landgesetz in Kraft gesetzt wurde, wonach der Mindestpreis bei Landversteigerungen in ganz Australien 20 Schilling betragen und alle Grundstücke vorher vermessen und auf Karten verzeichnet werden sollten. Für Grundstücke in und bei Städten waren noch höhere Mindestpreise ins Auge gefaßt. Für öffentliche Zwecke und für die Eingeborenen sollten bestimmte Stücke Land zurückbehalten werden. 1843 wurden nur 4800, 1844: 4200, 1845: 7200, 1846: 7000 Acres Kronland verkauft!

Die Landfrage war es, welche die Aufmerksamkeit des 1843 ins Leben getretenen Legislative Council in erster Linie in Anspruch nahm. Der Governor Gipps war bestrebt, der weiteren Ausdehnung des Squatterthums vorzubeugen, während die Kolonisten in möglichst freier und ungehinderter Ausnutzung des Weidelandes eine Lebensfrage sahen. Ohne das Council zu fragen oder auch nur zu unterrichten, verordnete Gipps nun im April 1844, daß jeder Squatter eine Heimstätte von mindestens 320 Acres in Auktion kaufen müsse, wobei er etwaige Verbesserungen vergütet erhalten sollte. Jeder Squatter kam dadurch in Gefahr, von seiner Stätte durch irgend einen Anderen verdrängt zu werden. Diese Furcht und die Empörung darüber, daß der Governor eine so wichtige Anordnung ohne Mitwirkung des Councils traf, erregten in ganz Australien Aufregung. Meetings fanden statt, und ein allgemeiner Verband wurde ins Leben gerufen, um die Anordnung der Regierung zu bekämpfen. Petitionen an Königin und Parlament verlangten gewisse Sicherheiten für die Squatters und wiesen die Unbilligkeit der neuen Regelung nach. Gipps blieb indessen bei seiner Ansicht. Er erklärte in London, daß eine Fortsetzung des früheren Squattingsystems einfach auf Verschenkung des Landes hinauslaufe und die Krone des Grundbesitzes bald berauben würde. Unbekümmert um Klagen begann er auch die damals 55000 Pfund Sterling betragenden Rückstände der Quitrents einzutreiben. Nur in so weit wollte er den Squatters entgegen kommen, daß er jedem Käufer einer Heimstätte seine Weide für acht Jahre überlassen wollte. Der Staatssekretär Lord Stanley trat vollständig auf die Seite des Governors und erwirkte die Genehmigung der Königin für seine Anordnungen!

Es ist begreiflich, daß eine solche Entscheidung in Australien großen Zorn erregte. Die Agitation der Squatters und ihrer Freunde gegen die Maßnahmen der Regierung wurde noch stärker. Die Rechtslage kümmerte sie wenig; sie empfanden es als himmelschreiend, daß der Inhaber einer Weidelicenz kein Vorrecht vor jeder anderen Person besitzen sollte, und verlangten auch Erlaß der länger als sechs Jahre rückständigen Quitrents. Der Governor seinerseits stellte Erhebungen über die Persönlichkeiten der Hauptschreier an. Er fand, daß in einem Distrikt acht Leute unter acht Licenzen 1747000 Acres benutzten, während in demselben Gebiet neun Andere unter neun Licenzen nur 311000 Acres hatten. Die vier größten Viehzüchter in der Kolonie hatten 7750000 Acres und zahlten dafür nicht mehr Licenzgebühr als die vier kleinsten! Diese Thatsachen machten auf das Council keinen Eindruck. Es verlangte 1845 Aufhebung der Verordnung von 1844, Herabsetzung des Mindestpreises von Land, Ermäßigung der Licenzgebühren, Erlaß der mehr als sechs Jahre rückständigen Quitrents und Uebertragung der gesammten Landgesetzgebung ans Council. Einflußreiche Gönner unterstützten die Wünsche der Kolonisten in London. Lord Stanley wurde aber dadurch nicht irre gemacht. Er gab nur in Kleinigkeiten nach und ließ im Uebrigen Gipps' Verordnung in Kraft.

Der Sturz des Ministeriums Peel führte darin einen Umschwung herbei. Der Nachfolger Stanleys, Lord Grey, schenkte angesichts der Abnahme der Auswanderung den Australiern mehr Gehör und gestattete 1846 Ertheilung von Weidelicenzen mit Vorkaufsrecht für 14 Jahre. Der damals an Stelle von Gipps tretende neue Governor von New South Wales gewährte gleichzeitig bedeutende Erleichterungen in der Quitrentzahlung. Alles Land, für welches 20 Jahre lang die Quitrent gezahlt worden war, wurde davon befreit, die Rückstände wurden ermäßigt.

Die neue Landgesetzgebung bildete den Gegenstand einer Order of Her Majesty in Council vom 9. März 1847. Dadurch wurde das Gebiet der Kolonie in drei Gruppen getheilt: die settled, die intermediate und die unsettled Districts. Die Ausdehnung der zwei erstbezeichneten Gebiete wurde festgelegt und für diejenigen der zweiten und dritten Art dem Governor die Ermächtigung ertheilt, Blocks von 16000 oder 32000 Acres auf 8 oder 14 Jahre zu verpachten. Jeder Pächter erwarb das Recht, 640 Acres zum festen

Preis von 640 Pfund Sterling als Heimstätte zu erwerben und die Pacht nach Ablauf der 14 Jahre auf weitere fünf erneuert zu erhalten. Ueberdies durfte verpachtetes Weideland während der Pachtfrist an keinen Anderen als den augenblicklichen Pächter verkauft werden. Die Pacht sollte nach der Höhe der Viehzahl bemessen werden. Für eine Weide, genügend für 4000 Schafe, sollten 10 Pfund Sterling gezahlt werden.

Diese weitgehenden Bestimmungen, welche zu einer ungeheueren Landspekulation und tiefgreifenden Folgen für die Entwickelung der Kolonie geführt haben, waren den australischen Landbesitzern der settled Districts nicht ganz genehm. Ein Ausschuß des Legislative Council erklärte unter Hinweis auf das Sinken der Landverkäufe in den Jahren 1843 bis 1846 den Mindestpreis von 1 Pfund Sterling für den Acre für viel zu hoch. Der Bericht wies darauf hin, daß die Bevölkerung sich von 1837 bis 1846 mehr als verdoppelt habe (1837: 85000, 1846: 196000 Personen). Der Export sei von 760000 Pfund Sterling auf 1481000 Pfund Sterling angewachsen; der Schiffsverkehr von 400 Schiffen mit 80000 Tonnen auf 767 mit 141000 Tonnen. Die Landverkäufe aber seien von 368000 auf 7000 herabgesunken! Dabei seien von den etwa 25 Millionen Acres der Kolonie erst 5 Millionen veräußert; es sei also Grund und Boden in Fülle verfügbar. Der Ausschuß verlangte Herabsetzung des Mindestpreises auf 5 Schilling und Ertheilung des Rechtes an die Squatters, ihre ganze Weide zu diesem Preis zu erwerben, und wies darauf hin, daß ohne solche Bestimmungen die Mehrzahl der Kolonisten kein Land mehr kaufen, sondern sich mit den billigen Pachten begnügen werde. — Diese Anregung blieb ohne Folgen.

Während die Landfrage diese Regelung erfuhr, lebte die Deportationsangelegenheit nochmals auf. Das Unterhaus hatte 1841 Fortsetzung der Verbannung von Strafgefangenen nach den Kolonien verlangt. Es waren daher bis 1844 nicht weniger als 40 000 Verbrecher nach Vandiemensland geschafft worden. Als die Ansiedelung weitere Gefangene nicht mehr aufnehmen konnte, war die Anlage einer neuen Strafkolonie in Nordaustralien ins Auge gefaßt worden. Die Ausführung dieses Planes machte unvorhergesehene große Schwierigkeiten. Dies gab dem neuen Staatssekretär Gladstone den Anlaß, sich an New South Wales zu wenden und dem Council 1846 Zu-

lassung neuer Sendungen von Sträflingen vorzuschlagen. Es war in der vertraulichen Depesche darauf hingewiesen, daß man in Port Phillip aus Arbeitermangel frühere Deportirte zulasse, daß allerlei Verbesserungen gegen früher geplant seien, und dergl. mehr. Ein Ausschuß des Council wurde mit der Frage betraut. Er stellte fest, daß mehr als 1800 frühere Sträflinge im Laufe von zwei Jahren durch Unternehmer oder auf eigene Hand nach Port Phillip gekommen seien, und daß Aehnliches in Sydney der Fall sei. Es wurde auch ermittelt, daß trotz des ausdrücklichen Verbotes Deportirte, welche in bedingter Weise freigelassen waren, sich in verschiedenen freien australischen Kolonien niedergelassen hatten. Dieser Umstand und der noch immer bei einzelnen Kolonisten rege Wunsch, billige gefangene Arbeiter zu bekommen, waren die Veranlassung, daß der Bericht des Ausschusses sich für Wiederaufnahme der Deportation nach New South Wales aussprach. Es wurden nur verschiedene Aenderungen gegen früher und Vertheilung der Gefangenen an Privatleute, was in Vandiemensland abgeschafft war, sowie gleichzeitige Sendung größerer Mengen von Frauen und freien Kolonisten gefordert. Die Kolonie sollte ein Drittel der Kosten tragen und die Verwaltung der Strafanstalten erhalten.

Bevor der Ausschuß sich noch geäußert hatte, entstand aber in Sydney und in ganz Australien lebhafte Agitation gegen den Plan. Meetings fanden statt, und Petitionen gegen die Deportation wurden an das Council und nach England gerichtet. Das Erstere sprach sich sehr lebhaft gegen die Vorschläge des Ausschusses aus, nur sieben Stimmen waren für Neubelebung der Strafkolonisation. Angesichts dieser Thatsache und des Sturzes Gladstones hielt man in Sydney die Angelegenheit für abgethan. Doch der neue Staatssekretär des Kolonialamtes, Earl Grey, erwies sich gleichfalls als Anhänger des Deportationswesens. Fortdauernde Klagen Vandiemenslands wegen Ueberfüllung der Insel mit Verbrechern sowie der Wunsch der Kolonisten Port Phillips nach gefangenen Arbeitern bewogen ihn, 1848 die Ordre in Council von 1840, welche der Deportation nach New South Wales ein Ende gemacht hatte, aufheben zu lassen und Einrichtung neuer Strafkolonien daselbst unter Beachtung der von dem erwähnten Ausschuß des Councils gestellten Forderungen in Aussicht zu nehmen.

Dieses Vorgehen erregte größte Entrüstung in Australien. Die

Folgen der Deportation in Vandiemensland und Norfolk Island wurden damals allgemein als höchst verderblich angesehen. Die Kolonisten theilten Darwins Auffassung, daß die Strafkolonisation unnütze Vagabunden zu tüchtigen Bürgern gemacht und, wenn sie auch als Strafe und Erziehungsmittel sich werthlos gezeigt, doch ein neues blühendes Staatswesen geschaffen habe, nicht. Sie hatten zu viel üble Wirkungen der massenhaften Einfuhr von Verbrechern vor Augen. Dazu protestirten die inzwischen eingewanderten freien Arbeiter gegen den Mitbewerb von Gefangenen. Der Zorn in Australien wuchs noch und breitete sich auch nach anderen Gegenden aus, als Earl Grey Ermächtigung der Königin zur Sendung von Sträflingen nach der Kapkolonie erwirkte und ein Schiff mit einigen hundert Gefangenen dahin abschickte. Die Bewohner von Capetown widersetzten sich aufs Aeußerste der Landung der Leute und setzten durch, daß das englische Parlament sich der Sache annahm und der Premierminister es für nicht räthlich erklärte, die Gefühle der Kapkolonisten zu verletzen. Earl Grey mußte sich zornig fügen. Er schrieb dem Governor von Capetown, daß er die Ausdrücke über das Betragen der Kolonisten nicht brauchen wolle, welche allein seinen Gedanken darüber Ausdruck geben könnten, bezeichnete dieses Verhalten des Kaps als Ablehnung einer Theilnahme an den Lasten des Reiches und verhehlte auch dem Governor seine Mißstimmung nicht. Er konnte aber nicht hindern, daß die Kapkolonie aus der Liste der Deportationsländer wieder gestrichen wurde.

Auch nach New South Wales hatte Grey bereits ein Schiff mit Sträflingen gesendet. Als es im Juni 1849 ankam, entstand hier nicht mindere Aufregung als in Südafrika. Ein Meeting fand am Hafen statt, lärmend wurde beim Governor protestirt. Doch es gab hier Leute, welche die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen wollten, die Gefangenen in aller Stille mietheten und ins Innere schafften. In Melbourne zwang man dagegen ein Schiff mit Sträflingen, umzukehren. Im Jahre 1850 wurde die Bewegung gegen die Deportation in ganz New South Wales lebendig. 36 500 Personen petitionirten dagegen, und das Council beschloß, daß keine Sträflinge unter irgend welchen Bedingungen nach irgend einem Theil der Kolonie mehr geschafft werden dürften! Im April 1851 fügte sich Earl Grey dem Willen der Australier hier. Er hatte aber wenigstens durchgesetzt, daß Western Australia Deportirte aufnahm, und hoffte

in Zukunft, Port Phillip oder Nordaustralien als Strafkolonie einrichten zu können. — In Vandiemensland war inzwischen auch eine große Bewegung gegen Fortsetzung der Deportation entstanden. Man verpflichtete sich gegenseitig, neu ankommende Sträflinge nicht mehr zu beschäftigen, und gründete einen großen Agitationsverband. Der Sturz Earl Greys im Jahre 1852 erleichterte den Gegnern der Strafkolonisation ihr Werk. Schon im November 1852 forderte die englische Thronrede das Parlament auf, Mittel zu suchen, um die Deportation nach Vandiemensland einzustellen, wo damals mehr als 20 000 meist schwere Verbrecher lebten. 1853 wurde in der That Aufhebung der Deportation nach Vandiemensland feierlich verkündet.

Es sind im Ganzen von 1788 bis 1839 nach New South Wales 59 788, von 1803 bis 1853 nach Vandiemensland 67 655 Personen deportirt worden. Das Sträflingselement bildete hier sonach einen recht ansehnlichen Theil der gesammten Bevölkerung, die bei New South Wales Anfang 1851 auf 187 200 Köpfe berechnet wurde. Sydney zählte um dieselbe Zeit 53 900 Bewohner. Die übrigen 79 Städte und Dörfer der Kolonie besaßen zusammen nur 33 300 Seelen.

Der Handel von New South Wales hat, wie nachstehende Tabelle ergiebt, in den 40er Jahren keine Fortschritte gemacht:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Pfund Sterling	
1840:	2 600 600	1 270 800
1845:	985 500	1 092 300
1848:	1 182 800	1 155 000
1850:	1 333 400	1 357 700
1851:	1 563 900	1 796 900

Viertes Kapitel.

Australien 1840—1850.

Hand in Hand mit der Entwickelung von New South Wales und Vandiemensland ging diejenige der jüngeren australischen Kolonien.

Western Australia hatte sich, wie erwähnt, kurz nach der ersten Ansiedelung am Swan River in recht schlimmer Lage be-

funden. Es war den schwierigen Verhältnissen des entlegenen Gebietes zu wenig Rechnung getragen worden. Die Gründer hatten weder für Unterkunft der Leute noch für Vermessung des Landes gesorgt, nicht einmal ein sicherer Ankerplatz war festgestellt worden. Große Landstrecken waren den Beamten umsonst überwiesen, doch wußte lange Niemand, wo sein Besitz lag. Monate lang hatten die Leute mit allen Vorräthen, Vieh ꝛc. am Strande gelegen und waren massenhaft von den Unbilden der Witterung weggerafft worden. Der halbe Besitz der ersten Einwanderer ging nutzlos verloren, ehe sie überhaupt Hand ans Werk legen konnten. Jahre verflossen, ehe genügend Land vermessen war, um nur fünf Meilen von dem Hafen entfernt einen Grenzzaun anlegen zu können. Dazu kamen große Schwierigkeiten mit den Eingeborenen. Inzwischen zogen viele Ansiedler weg, und Nachschub erfolgte nach den schlimmen Erfahrungen der ersten Kolonisten nicht. Trotz alledem befand sich die Kolonie 1835 schon in erträglicher Lage. Neben den beiden zuerst angelegten Städten Perth und Freemantle gab es noch drei andere und eine Niederlassung am King Georges Sund. Schaf- und Pferdezucht hatten sich rasch entwickelt. Es gab nur wenig Beamte, aber schon eine wöchentlich erscheinende Zeitung. 1 600 000 Acres waren an Ansiedler vergeben, fast alle freilich umsonst. Die Einnahmen deckten dem entsprechend bei Weitem nicht die Kosten der Verwaltung.

Um die Auswanderung nach Western Australia zu fördern und die Kolonie in die Höhe zu bringen, wurde 1835 in London eine Western Australian Association besonders durch Bemühung eines Major Irwin gegründet. Außer australischen Interessenten gehörten Bewohner von Calcutta dazu, welche in Westaustralien eine Erholungsstation und Handelsniederlassung schaffen wollten. Die Bemühungen dieser Vereinigung verschafften Western Australia manche Vortheile, doch blieb seine Entwickelung sehr langsam. 1838 erhielten die Kolonisten das Recht, vier Mitglieder ins legislative Council zu wählen. Zwei Jahre später betrug die Zahl der Weißen 2300. — Da die bloße Agitation nicht genug Erfolg hatte, rief die Association 1841 eine richtige Aktiengesellschaft ins Leben, welche von Stirling das ihm einst zugewiesene Land billig kaufen und nach den von Wakefield, welcher zu den Direktoren gehörte, stets vertretenen Grundsätzen zu 1 Pfund Sterling für den Acre verkaufen wollte. Diese Absicht wurde nicht ausgeführt. Captain Grey, der gerade von

Australien in England eintraf, veranlaßte die Direktoren, eine neue Ansiedelung im Norden, wo bei Championbay gutes Land entdeckt sein sollte, ins Auge zu fassen. Es wurden 1841 noch nach diesem Punkte Auswanderer abgeschickt. Ihr Führer Clifton zog es vor, die Leute zunächst bei Port Leschenault anzusiedeln, wo nach vielen Schwierigkeiten eine kleine Kolonie Australind entstand, die aber bald durch Auflösung der Gesellschaft ihrer Lebensader beraubt wurde. — Ungeachtet aller Ungunst der Verhältnisse, begann Western Australia damals langsam emporzukommen. Die Bevölkerung wuchs 1843 auf 3800, 1848 auf 4600 Köpfe. Während 1834 nur 564 Acres angebaut wurden, waren 1848 schon 3300 in Kultur. Man zählte in diesem Jahre hier schon 157 000 Stück Vieh, davon 141 000 Schafe. Der Handelsumsatz war von 51 000 Pfund Sterling im Jahre 1835 auf 75 000 Pfund Sterling gewachsen. An Wolle wurden allein schon 301 000 Pfund (lbs) für 9600 Pfund Sterling exportirt. Die Einnahmen der Kolonie beliefen sich 1848 auf 10 700 Pfund Sterling, während die Verwaltungskosten etwa 30 000 Pfund Sterling betrugen. Außer Wolle erzeugten die Kolonisten auch Olivenöl, Wein und führten werthvolle Hölzer aus.

Alle diese Erwerbszweige litten unter dem Mangel an Arbeitskräften. Die wenigen dorthin kommenden mittellosen Weißen fanden sehr billig, weit unter dem Regierungspreise, Land bei den anfangs mit großen Landschenkungen bedachten Kolonisten und machten sich daher selbständig. Zur Heranziehung massenhafter Einwanderung war andererseits kein Geld da.

Das Council zog die Beförderung der Einwanderung von Deutschen, ferner von mittellosen Personen und endlich von Sträflingen schon 1846 in Erwägung, um dem Arbeitermangel abzuhelfen. Die englische Regierung that in den ersten Hinsichten keine Schritte. Um so bereitwilliger griff sie das Verlangen nach Deportirten auf. 1848 wurden mehrere Schiffsladungen davon nach Perth gesandt, wo man sich um diese Arbeitskräfte riß. Im Mai 1849 wurde Western Australia durch Order in Council zu einem Platz erklärt, nach dem Deportation zuläßig sei, und im Jahre darauf sandte das Colonial Office eine Anzahl Ticket of Leave-Gefangener (bedingungsweise Begnadigter) nach der Kolonie.

Anfang 1852 waren schon 1500 Deportirte dort, die Hälfte davon bedingungsweise in Freiheit befindlich. Das englische Parla-

ment bewilligte damals 86 000 Pfund Sterling für Errichtung der Strafanstalten in Western Australia. Diese Summen, die Ernennung neuer Beamten, Verstärkung der Besatzung u. s. w. brachten den Ansiedlern großen Vortheil. Es wurde immer mehr Land gekauft und in Anbau genommen. Auch freie Auswanderer strömten zahlreicher zu. Kohlenminen wurden entdeckt, Guanolager erschlossen und Perlfischerei begonnen. Die Strafkolonisation hat also hier wesentlich zur Förderung des Landes beigetragen. Allerdings wurde sie auch nicht in der Weise wie in New South Wales und Vandiemensland betrieben. Weibliche Gefangene wurden z. B. auf Wunsch der Kolonisten niemals hierher gesandt, und das Ticket of Leave-System möglichst ausgebildet. Man erlaubte diesen bedingungsweise begnadigten Leuten sogar, sich durch Zahlungen von 7 bis 25 Pfund Sterling, je nach der Länge der Strafzeit, freizukaufen. Die Kolonie, deren Einnahmen noch immer die Ausgaben nicht deckten, zog daraus nicht unerhebliche Einkünfte, wenn es auch Jahre dauerte, ehe die Begnadigten ihre Schuld abtrugen.

1859, als die gesammte Bevölkerung 15 000 Köpfe betrug, waren etwa 41 pCt. der Männer Sträflinge oder als Deportirte angekommen. In den meisten Orten gab es mehr solche Leute als Freie. Im Ganzen sind bis 1868 an Deportirten 9718 nach Western Australia geschafft worden. Damals wurde, wie später zu erwähnen sein wird, auch hier die Strafkolonisation aufgehoben.

1850 besaß die erst gegen 5000 Weiße betragende Bevölkerung der Kolonie 150 000 Schafe, 12 000 Stück Hornvieh, 3000 Pferde. Der Handel hatte einen Werth von 80 000 Pfund Sterling. Der Hauptausfuhrartikel war Wolle, von der 400 000 lbs jährlich verschifft wurden.

In Victoria, dem damaligen Port Phillip, waren bis zum Ende des Jahres 1841 nicht weniger als 205 748 Acres Land meist an den Höchstbietenden verkauft und 394 300 Pfund Sterling dafür erzielt worden. Der Wohlstand der Kolonie war so groß und die Zahl der Arbeitskräfte so gering, daß Löhne und Preise eine nie dagewesene Höhe erreichten. Für einen Ochsen wurden 12 bis 15 Pfund Sterling, für ein Pferd 100 Pfund Sterling und mehr, für ein Schaf 3 Pfund Sterling bezahlt. Mehl kostete 80 bis 100 Pfund Sterling für 2000 lbs. 10 sh wurde als kein besonders hoher Tagelohn betrachtet. Einfache Häuschen, mit vier Räumen, kosteten

150 bis 200 Pfund Sterling Jahresmiethe. Der Governor von New South Wales berichtete einmal nach London, daß Champagner in solchen Massen getrunken werde, daß man die Straße nach Melbourne auf Meilen mit den Flaschen pflastern könnte!

Die hohen Gewinne lockten natürlich zahlreiche Einwanderer ins Land und führten zu solcher Förderung von Ackerbau und Viehzucht, daß bald ein gewaltiger Preissturz eintrat. Schon 1843 fiel der Preis von Hornvieh auf 12 sh., von Schafen auf 1 sh. 6 d. Die Löhne gingen entsprechend zurück, und es kam zu einem großen Krach. Von 1842 bis 1844 stellten in Melbourne nicht weniger als 282 Geschäfte ihre Zahlungen ein. Trotz dieser Krisis erlitt die Entwickelung der Kolonie nur geringe Verzögerung. Der Umfang des Handels der Kolonie, welcher 1837 erst 121 000 Pfund Sterling erreicht hatte, stieg 1843 auf 341 000, 1845 auf 548 000, 1848 auf 1 049 000 Pfund Sterling. Die Zolleinnahmen hoben sich von etwa 3000 Pfund Sterling im Jahre 1837 auf 52 000 Pfund Sterling während des Jahres 1848. Die Gesammteinnahmen der Kolonie erreichten 1848 die Höhe von 144 000 Pfund Sterling. Nicht weniger als 59 000 Pfund Sterling davon wurden durch Landverkauf erzielt. 1850 betrugen die Einkünfte von Port Phillip sogar 260 000 Pfund Sterling, wovon mehr als die Hälfte auf Landverkäufe entfiel. Die Zölle brachten im genannten Jahre 76 000 Pfund Sterling ein. 35 400 Acres Land, d. h. etwa 554 Quadratmeilen, waren damals im Ganzen in der Kolonie seit ihrer Gründung vergeben. Die Bewohnerzahl belief sich auf 77 345 Personen. Die Ausgaben der Kolonie blieben um etwa 30 pCt. hinter den Einnahmen zurück. Bereits 46 gewerbliche Anlagen waren damals entstanden, 19 davon in Melbourne. Es waren darunter 14 Brauereien und 13 Gerbereien. Der Handel hatte einen Werth von 1 750 000 Pfund Sterling erreicht. Etwa 1 Million entfiel auf die Ausfuhr. Ihr wichtigster Artikel war Wolle. Während 1837 davon nur 175 000 lbs exportirt werden konnten, stieg der Umfang dieses Exports 1845 schon auf 5 415 000, 1849 auf 12 697 000 lbs. Man zählte in der Kolonie damals schon mehr als 1 Million Schafe.

Je mehr der Wohlstand von Port Phillip aber stieg, je gewaltigere Fortschritte diese Ansiedelung machte, um so lästiger empfanden die Kolonisten die Abhängigkeit von dem 600 Meilen entfernten Sydney. Sie behaupteten, daß das Council von New South Wales, nach dem

sie ihre Vertreter senden mußten, von den Bedürfnissen Port Phillips nichts verstehe, und daß die so rasch erstarkte Kolonie eine eigene Vertretung brauche. Als wiederholte Eingaben in diesem Sinne nach England erfolglos blieben, entschlossen sich die unzufriedenen Wortführer der Kolonisten Port Phillips zu einem eigenartigen Schritt. Sie setzten durch, daß die Kandidaten für die sechs Abgeordnetensitze ihre Bewerbung zurückzogen, und wählten als einzigen Vertreter den englischen Staatssekretär Earl Grey! Nachträglich wurden allerdings doch noch Abgeordnete gewählt, aber die Demonstration verfehlte ihren Eindruck in England nicht. Das Board of Trade nahm sich der Sache Port Phillips an und auf sein Betreiben wurde 1850 die Ansiedelung zur selbständigen Kolonie unter dem Namen Victoria erhoben. Victoria erhielt dieselbe Verfassung wie die Mutterkolonie. Die Kolonisten sollten auch $^2/_3$ der Mitglieder des Councils wählen, während $^1/_3$ von der Regierung ernannt wurde. Der Governor sollte ein Einkommen von 2000, der Oberrichter ein solches von 1500 Pfund Sterling beziehen.

South Australia. Zum Governor dieser Ansiedelung erwählte der Colonial Secretary Lord John Russel 1841 den Captain Grey, welcher in den Jahren 1837 bis 1839 eine erfolgreiche Forschungsreise im Westen und Nordwesten Australiens ausgeführt hatte. Grey fand die Kassen Adelaides leer und, trotzdem das englische Parlament die von dem früheren Governor der Kolonie gezogenen Wechsel nachträglich bezahlt hatte, noch eine große Schuldenlast vor. Um sich zu helfen, stellte Grey zunächst alle nicht dringenden Bauten ein, entließ zahlreiche Beamte, setzte die Löhne herab und verminderte die Ausgaben. Unter den betroffenen Kolonisten entstand allerdings große Entrüstung, doch der Governor kehrte sich nicht an ihr Geschrei und setzte bald eine Besserung der Verhältnisse durch. Die Leute wandten sich der lange vernachlässigten Feldarbeit zu, der Umfang des bebauten Landes stieg 1841 von 2500 auf 6700, 1842 auf 20 000 Acres, während die Bevölkerung in den zwei Jahren nur von 14 600 auf 17 000 Köpfe wuchs. Trotz aller Sparsamkeit und Energie Greys hatte South Australia aber noch lange an den Folgen der Mißwirthschaft seines Vorgängers zu leiden. Im Laufe von vier Jahren hatten dieser und die South Australian Commissioners das Land in eine Schuldenlast von 405 000 Pfund Sterling gestürzt, wovon das britische Parlament nur 155 000 Pfund Sterling getilgt hatte.

Grey hatte verlangt, daß England auch den Rest der Schulden decke. Die von ihm gezogenen Wechsel wurden aber in London nicht bezahlt und vielmehr eine parlamentarische Untersuchung über die Angelegenheit angestellt. Der 1842 das Amt des Staatssekretärs der Kolonien bekleidende Lord Stanley übernahm nur 44 000 Pfund Sterling der Schuld auf die englischen Kassen, den Rest deckte er durch Anleihen, welche zum Theil das Mutterland, zum Theil die Kolonie verzinsten. Obwohl diese Regelung durchaus der Billigkeit entsprach, war sie wenig im Sinne der Kolonisten, die schwer unter der Krisis litten. 1843 lag Alles so danieder, daß nur 598 Acres Kronland verkauft wurden.*) Bald aber fand ein Aufschwung statt, da plötzlich reiche Kupferlager entdeckt wurden und ein lohnender Bergbau begann.**) Von nun an strömten zahlreiche Einwanderer ins Land, der Bodenpreis stieg, und die Wirkungen der früheren Mißwirthschaft wurden rasch verwunden. — Die Zahl der Landverkäufe nahm stetig zu. 1844 wurden 3400 Acres für 5600 Pfund Sterling, 1845 schon 49 000 Acres für 52 900 Pfund Sterling, 1846 gar 59 000 Acres für 58 500 Pfund Sterling verkauft. Im folgenden Jahre erst zeigte sich ein Rückgang. Es wurden nur etwa 35 000 Acres für 36 000 Pfund Sterling und 1848 etwa 29 000 Acres für denselben Preis meist an Einwanderer aus England verkauft. Für erzhaltige Gebiete nahm die Kolonie von 1843 bis 1847 im Ganzen 70 000 Pfund Sterling ein. Mit dem Erfolg des Kupferbergbaues gingen die Steigerung des Ertrages der Landwirthschaft und die Zunahme der Bevölkerung Hand in Hand. Von 200 Köpfen im Jahre 1837, welche bis 1842 auf 14 600 angewachsen waren, hob sich die weiße Bewohnerschaft der Kolonie 1848 bis auf 38 600. Dazu zählte man 3700 Eingeborene. Die regelmäßigen Einnahmen der Kolonie beliefen sich 1844 auf 27 800 Pfund Sterling. 1846 erreichten sie bereits die Höhe von 48 000, 1849 von 94 200 Pfund Sterling. Den größten Theil davon lieferten die Zölle, deren Ertrag von 20 000 Pfund Sterling im Jahre 1844 auf 73 000 im Jahre 1849 gestiegen ist. Diesen Einnahmen standen

*) 1842 fanden in Adelaide 37 Bankerotte statt, und von 1915 Häusern der Stadt waren 642 völlig verlassen.

**) Die Entdecker der ersten Kupferlager kauften das betreffende Land von 80 Acres für 80 Pfund Sterling! In London bot man ihnen später dafür 27 000 Pfund Sterling.

1844 Ausgaben in der Höhe von 29 450, 1846 von 37 200, 1849 von 80 300 Pfund Sterling gegenüber. Von 1845 an deckten die regelmäßigen Einnahmen die an die Verwaltung der Kolonie gestellten Forderungen, und es ergab sich sogar ein Ueberschuß, der durch die unregelmäßigen Einnahmen aus Landverkäufen und dergl. eine sehr ansehnliche Höhe erreichte. Es waren somit Mittel nicht allein für Tilgung der Schuld, sondern auch für öffentliche Arbeiten vorhanden. Der Handel der Kolonie zeigte ziemlich erhebliche Schwankungen. Ihre Einfuhr, die 1839 die Höhe von 346 600 Pfund Sterling erreichte, betrug 1843 nur 109 000, 1844: 118 800, 1846: 330 000, 1849: 384 000 Pfund Sterling. Die Ausfuhr stieg von 16 000 Pfund Sterling im Jahre 1839 auf 80 800 im Jahre 1843. 1844 betrug sie 95 200, 1846: 312 800, 1849: 504 000 Pfund Sterling.

Die beiden Hauptgegenstände des Exports waren Wolle und Erze. Von Ersterer wurde 1839 für 8700 Pfund Sterling, 1843 schon für 45 500, 1846 für 106 500, 1849 für 98 500 Pfund Sterling ausgeführt. Die Erzausfuhr stieg von 128 Pfund Sterling im Jahre 1843 auf 142 200 im Jahre 1846 und 320 000 im Jahre 1849. Im letzteren Jahre betrug die Menge der verschifften Erze 17 000 Tonnen! Es waren Ende 1848 nicht weniger als 26 Bergwerksgesellschaften in South Australia mit Kupfergewinnung beschäftigt. Die Minen erwiesen sich theilweise als so reich, daß die South Australian Mining Company, der ein Theil der Burra-Burra-Mine gehörte, beispielsweise in 15 Monaten 1847/48 1000 pCt. Dividende auszahlte! — Es gab 1848 in der Kolonie 25 Mühlen, 14 Brauereien, 7 Gerbereien, 4 Maschinenfabriken, 3 Seifensiedereien und eine Menge anderer gewerblicher Anlagen. Die Zahl der Ackerbauer stieg von 873 im Jahre 1842 auf 1846 im Jahre 1848. Man zählte 1847 in der Kolonie 1705 Pferde, 56 375 Stück Hornvieh, 784 811 Schafe. — Die großen Fortschritte South Australias kamen natürlich auch der Gründerin der Kolonie, der South Australian Company, zu Gute. Ihre Einnahmen aus verpachtetem Land hoben sich 1849 auf 14 400 Pfund Sterling, während sie 1844 nur 5900 Pfund Sterling betragen hatten.

Der energische Governor Grey, welcher große Verdienste um die Kolonie erworben hat, wurde 1845 nach New Zealand versetzt. Unter seinen weniger bedeutenden Nachfolgern begann mit der wachsenden Bevölkerung und dem zunehmenden Wohlstand der Wunsch

nach größeren politischen Rechten unter den Kolonisten laut zu werden. Bei Gründung der Kolonie hatte die Krone die Ertheilung einer Verfassung in Aussicht genommen, sobald die Bewohnerzahl 50 000 erreicht haben würde. 1842 bei Aufhebung des Amtes der South Australian Commissioners und der Regelung der Schulden der Kolonie war dem Governor ein Council von acht ernannten Mitgliedern beigegeben worden. Vier davon waren Beamte, vier vom Governor ausgewählte Kolonisten. Dieser Beirath vermochte natürlich wenig Einfluß zu üben, und der Governor konnte auch in Angelegenheiten, in denen die Kolonisten entschieden anderer Ansicht als er waren, seinen Willen durchsetzen. Um so freudiger wurde es daher begrüßt, als die englische Regierung 1850, nachdem die Bevölkerung die Kopfzahl von 50 000 erreicht hatte, in South Australia ein neues legislatives Council von 24 Mitgliedern schuf. Zwei Drittel davon wurden von den Kolonisten gewählt. Nur acht wurden vom Governor ernannt, und zwar durften nur vier aus der Zahl der Beamten genommen werden.

Die Kolonie Queensland verdankt ihre Entstehung dem Vordringen der Squatters von New South Wales. Von den Liverpool Plains aus schoben sie ihre Schafheerden beim Suchen nach neuen Weidegründen nach dem New England District und von dort bis zu den Darling Downs vor. So üppig diese Weidegründe waren, so störend war es für die Kolonisten, daß zwei unwegsame Bergketten sie vom Meere abschnitten und sie stets die lange Reise von und nach New South Wales machen mußten. Endlich gelang es ihnen, einen wenn auch schwierigen Paßweg nach Moretonbay aufzufinden. Aber hier war von Sydney aus die Strafkolonie Brisbane 1826 angelegt worden, und die Behörden verboten den Squatters, mit dem Platz in irgend welche Beziehungen zu treten. Erst die zeitweilige Einstellung der Deportation 1840 und die Aufhebung der Strafkolonie Brisbane führten hierin eine Aenderung herbei. Es wurden bessere Wege über die Berge hergestellt, und der Distrikt Moretonbay begann rasch aufzublühen. 1842 wurde das erste Land öffentlich verkauft, und es strömten Einwanderer aus Europa zu. Die Ansiedler sahen sich aber in ihren Erwartungen getäuscht, da es an Arbeitskräften vollständig mangelte. In ihrer Noth nahmen die Kolonisten von Moretonbay 1849 nicht allein die von Melbourne abgewiesenen englischen Sträflinge auf, sondern bezogen

auch zum ersten Male chinesische Kulis. Da diese sich aber mit den Weißen nicht vertrugen, kam hier die Deportationsfrage nicht zur Ruhe, und immer aufs Neue verlangten die Kolonisten Loslösung von New South Wales und Errichtung einer großen Strafanstalt in Brisbane, um von dort Arbeiter zu beziehen. Daß die englische Regierung hierauf nicht einging, hatte seinen Grund damals nur darin, daß Western Australia sich zur Aufnahme der Sträflinge bereit erklärt hatte, wohin der Transport billiger war.

New Zealand ist lange der Tummelplatz von Abenteurern verschiedener Völker gewesen, bis 1814 der Reverend Samuel Marsden, der Kaplan von Parramatta bei Sydney, mit zwei Missionaren sich hinbegab und eine Missionsniederlassung gründete. Seinem Beispiel folgten andere Missionsgesellschaften, und es entstanden rasch aufblühende Christengemeinden. Nur hatten diese viel unter den Missethaten der weißen Abenteurer*), die an verschiedenen Küstenpunkten lebten, zu leiden. Die Beschwerden der Missionare gaben den Anlaß zu einem Imperial Statute von 1817, wonach alle Verbrechen, die Mannschaften oder Passagiere eines Schiffes begingen, in New South Wales abgeurtheilt werden konnten. In dem Gesetz war indessen keine Behörde für die Inselgruppe vorgesehen und jeden Anspruch auf ihren Besitz auszudrücken vermieden. Auch ein Act von 1823, welcher die Aburtheilung von Verbrechen britischer Unterthanen in New Zealand den Gerichten von New South Wales und Vandiemensland zuwies, sprach keinerlei Rechtsanspruch auf New Zealand aus. England lehnte sogar bestimmt jede Herrschaft darüber ab, als ein englischer Offizier a. D., französischer Herkunft, Baron de Thierry, im selben Jahre für ein für ihn durch einen Missionar, den er als Begleiter einiger New Zealander 1820 in Cambridge kennen gelernt hatte, gekauftes Gebiet englischen Schutz verlangte. Thierry wandte sich deshalb an die französische Regierung, fand aber bei ihr und seinen Landsleuten ebensowenig ernsthafte Unterstützung wie beim englischen Publikum und den Vereinigten Staaten, bei denen er schließlich sein Heil versuchte.

Mehr Erfolg schien den Bemühungen der Missionare, eine geordnete Kolonisation ins Leben zu rufen, zu blühen, als 1825 in

*) Diese Leute, besonders englische Schiffer, veranlaßten die Maoris oft zu Blutthaten und unterstützten sie dabei, um ihnen dann die abgeschnittenen und getrockneten tätowirten Köpfe, die in Europa gesucht waren, abzukaufen.

England ungeachtet des gegen die Südsee bestehenden Vorurtheils unter dem Patronat Lord Durhams eine Gesellschaft für New Zealand ins Leben trat. Schon 1826 entsandte das neue Unternehmen mit Billigung Huskissons, des Präsidenten des Board of Trade, eine Anzahl Auswanderer nach der Südsee und machte Landankäufe im Norden New Zealands am Hokiangaflusse. — Zum Unglück herrschte in diesem Gebiete damals gerade Krieg, und die wilden Waffentänze der Maoris und die Erzählungen von den üblichen Grausamkeiten und Menschenfressereien erschreckten die Kolonisten, so daß die meisten das Land wieder verließen. Der Versuch, der 20 000 Pfund Sterling verschlungen hatte, blieb vergeblich wie alle anderen! Die Gründer der Gesellschaft, die Missionare und Spekulanten in Sydney, welche sämmtlich riesige Gebiete auf Neu Zealand im Laufe der Jahre erworben hatten, ließen jedoch nicht alle Hoffnung sinken. Sie hörten nicht auf, in London für die Besiedelung dieser Inseln Stimmung zu machen und Gerüchte über Kolonisationspläne Frankreichs, das die Südsee oft durch seine Schiffe besuchen ließ, auszusprengen. Als 1831 ein französisches Kriegsschiff in der Bay of Islands ankerte, bewogen die Missionare 13 Häuptlinge jener Gegend, König William IV. in einer Eingabe um Schutz für New Zealand gegen die Franzosen zu bitten.

Da gleichzeitig der Governor von New South Wales damals in London Anstellung eines Residenten auf den Inseln befürwortet hatte, um den rechtmäßigen Handel zu schützen, Gewaltthaten gegen die Eingeborenen entgegenzutreten und die Niederlassung entlaufener Sträflinge zu hindern, und vielleicht auch das Wiederaufleben kolonialer Bestrebungen in Frankreich, wie es sich in der Eroberung Algiers gezeigt hatte, in Großbritannien Einfluß übte, entschloß sich die Regierung, etwas zu thun. Ein Kolonist aus New South Wales, James Busby, wurde zum Residenten bei den verschiedenen Häuptlingen ernannt. Seine 500 Pfund Sterling betragende Besoldung sollte New South Wales ebenso wie eine Summe von jährlich 200 Pfund Sterling zu Geschenken an die Häuptlinge zahlen. Irgendwelche bewaffnete Macht wurde ihm freilich ebensowenig gegeben wie Jurisdiktion über britische Unterthanen. Seine Instruktion schrieb ihm vor, im Falle von ernsten Ausschreitungen britischer Seeleute nach Sydney zu berichten. Von dort würde er dann Vollmacht zur Verhaftung der Schuldigen erhalten. Es war

allerdings gleich dabei bemerkt, daß sich die Verfolgung von Schuldigen bei der Umständlichkeit des Verfahrens nur empfehle, wenn man ihrer wirklich habhaft werden und sie zur Aburtheilung nach New South Wales schaffen könne.

Der Resident wurde bei seiner Ankunft in der Bay of Islands Mai 1833 feierlich begrüßt, erregte indessen bei den zuchtlosen europäischen Siedlern nur Spott. Sie nannten ihn das „Kriegsschiff ohne Kanonen." Busbys erste That war die Verleihung einer Nationalflagge an New Zealand und Einführung der Registrirung der dortigen Schiffe. Auf seine Befürwortung erkannte Großbritannien Ende 1834 die neue Flagge an. Nicht zufrieden damit, veranlaßte er Herbst 1835 fünfunddreißig Häuptlinge des Nordens von New Zealand, ein von ihm verfaßtes Schriftstück zu unterschreiben, worin sie als United Tribes of New Zealand sich als unabhängiges Staatswesen proklamirten und erklärten, daß sie jährlich eine Versammlung abhalten und dort die erforderlichen Gesetze machen würden. Die südlichen Stämme sollten zum Anschluß aufgefordert und der König von England gebeten werden, dem neuen Staat auch ferner seinen Schutz zu gewähren. Die vorläufige Regierung beabsichtigte Busby mit Unterstützung eines zur Hälfte aus Eingeborenen bestehenden Councils zu leiten, die Rechtspflege durch Europäer und Eingeborene auszuüben und für die Kosten einen Vorschuß in Großbritannien aufzunehmen. Nach 21 Jahren sollten Abgeordnete gewählt und aus ihnen ein Parlament gebildet werden.

Die Veranlassung zu diesem von den Kennern der Verhältnisse nur belachten Schritte Busbys war ein Schriftstück, das Baron Thierry 1835 aus Tahiti sandte und worin er als „Souverain New Zealands und König von Nuhahiwa"*) seine baldige Ankunft ankündigte. Die Könige von Großbritannien und Frankreich sowie der Präsident der Vereinigten Staaten seien von seiner Absicht unterrichtet und damit einverstanden. Busby nahm dieses Schriftstück vollständig ernst. Er richtete zunächst nach seinem Empfang eine Proklamation an die britischen Unterthanen, worin er ihre Loyalität anrief und seine Absicht aussprach, die Häuptlinge über den beabsichtigten Eingriff in ihre Rechte aufzuklären. Dann schritt er zu der erwähnten Maßnahme und übermittelte die Proklamation der Häuptlinge nach London. Sir George Gipps hat sein Vorgehen

*) Eine Marquesasinsel.

einige Jahre später als ein „albernes und unautorisirtes" bezeichnet. Der damalige Staatssekretär Lord Glenelg nahm indessen von der Proklamation ohne weitere Bemerkung Kenntniß und wies den Governor von New South Wales an, den Häuptlingen mitzutheilen, daß die britische Regierung ihnen stets Wohlwollen bewahren und, soweit es mit den Rechten Anderer und den Interessen britischer Unterthanen vereinbar, Schutz gewähren werde!

Thierry erwiderte die Proklamation Busbys mit einem Protest unter Hinweis darauf, daß Tasman schon lange vor Cook in New Zealand gewesen und Besitz davon ergriffen habe. 1837 bot er jedoch in Sydney dem britischen Governor Verzicht auf seine Souveränetätsansprüche für die Gewährung von Schutz an. Obwohl ihm dieser auch jetzt versagt wurde, ging er, begleitet von 93 europäischen Abenteurern, Anfang 1838 nach New Zealand und versuchte, das von ihm einst gekaufte Land in Besitz zu nehmen. Er erlitt dabei arge Enttäuschungen. Die Häuptlinge leugneten den Verkauf des von ihm beanspruchten großen Gebietes. Die weißen Ansiedler verlachten und seine Begleiter verließen ihn, als sie sahen, wie die Dinge lagen.*)

So utopisch dieses ganze Unternehmen war, der französische Name des Barons und die Thatsache, daß der Papst in New Zealand einen Franzosen als Missionsbischof ernannte, erweckte neue Besorgnisse vor französischen Plänen bei den britischen Interessenten.**) Wieder ergingen Gesuche um britisches Protektorat nach London. Die Regierung zeigte sich jedoch auch jetzt nicht geneigt, diesen Wünschen entgegen zu kommen. Das Parlament hatte 1836/1837 auf viele Klagen hin über Mißhandlung und Ausbeutung der Eingeborenen in New Zealand und anderswo eine Untersuchung veranstaltet, welche zu Aufsehen erregenden Ergebnissen geführt hatte. Der Ausschuß, in dem u. A. Buxton, George Grey, Gladstone saßen, war dadurch zu einer scharfen Verurtheilung der Ausbeutung weniger entwickelter Völker veranlaßt worden und hatte in seinem Bericht erklärt, daß die Vorsehung dem britischen Reiche seine Macht, Reichthum, Glück und andere Vorzüge zu höherem Zwecke verliehen

*) Thierry führte längere Zeit mit seiner Familie ein bescheidenes Dasein als Ansiedler. Später ging er nach den Sandwichinseln und lebte Ende der 50er Jahre in Auckland.

**) Es gab Anfang 1838 etwa 2000 britische Unterthanen auf New Zealand.

habe, als dadurch allein seinen Handel zu fördern und Kriegsruhm zu erhöhen. Seine Aufgabe sei Ausbreitung von Gesittung und Menschlichkeit, Frieden und Gottesglauben, nicht Raub des Landes hülfloser Eingeborener und Verbreitung von Sittenlosigkeit und Krankheiten!

Bei der strengen Befolgung solcher Grundsätze hätte es um die Aussichten der Briten in New Zealand schlecht gestanden. Fast Alle waren gerade damals bemüht, den „unabhängigen" Maoris ihren Besitz abzujagen. Für Gewehre, Tücher, Beile kauften sie ihnen ungeheuere Flächen auf dem Papier ab. Einer beanspruchte die ganze Nordküste der nördlichen Insel, ein Anderer 20 100 000 Acres auf Middle Island. Die Insel Kapiti in der Cooksstraße war von fünf Parteien gleichzeitig gekauft worden! Der Resident Busby, weit entfernt, diesen Manövern entgegenzutreten, erwarb selbst eifrig Land.*) Auch verschiedene Missionare haben große Landstrecken gekauft, und in Sydney wurden Verkäufe von Ländereien in New Zealand offen betrieben.

Diese Kreise, um deren Ansprüche es im Falle einer fremden Besitzergreifung schlecht gestanden hätte, blieben aber nicht müßig und waren ohne Unterlaß bestrebt, New Zealand vor einer Einmischung fremder Staaten sicher zu stellen. Und die Anwälte der Sache der Eingeborenen konnten sich schließlich auch der Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Verhältnisse in diesem Theile der Welt nicht verschließen. Bei dem fortwährenden Zustrom von meist sehr bedenklichen Elementen kam es zu häufigen Zusammenstößen mit den Maoris, und das Werk der Mission wurde ernstlich bedroht. Der Kapitän eines englischen Kreuzers Hobson, der 1837 New Zealand besuchte, fand die Verhältnisse so bedrohlich, daß er Errichtung von Faktoreien in den Hauptansiedelungen und beim Government in Sydney Ernennung eines Beamten vorschlug, der den Schutz der britischen Interessen in die Hand nehmen solle, wie es schon Busby wiederholt vergebens befürwortet hatte.

Folgenreicher als alles dieses war die Thatsache, daß um dieselbe Zeit einflußreiche Kreise in England die Kolonisation New Zealands zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit machten. An ihrer Spitze stand Edward Gibbon Wakefield, der wenige Jahre zuvor die Kolonisation South Australias in die Wege geleitet hatte. Ihn unter-

*) 48 150 Acres.

stützten Lord Durham, Francis Baring und verschiedene Abgeordnete. Im Mai 1837 bildeten sie eine Association for the Colonization of New Zealand, in der Absicht, von der Krone die Vollmacht zu erwerben, den Eingeborenen ihre Souveränetät und Ländereien abzukaufen und die Letzteren an Auswanderungslustige zu angemessenem Preise in England zu verkaufen. Die Zwecke der Vereinigung wurden noch im Laufe des Jahres in einer Broschüre näher dargelegt. Es waren hier eine Anzahl amtlich festgestellter Ausschreitungen gegen die Maoris und die bösen Wirkungen des bisherigen Zustandes auf die Eingeborenen geschildert und eine Reihe von Maßnahmen zu deren Gunsten vorgeschlagen. In erster Linie faßte die Association Verbot des Kaufes von Land durch Private ins Auge. — Der Premierminister Viscount Melbourne und Lord Howick bezeugten der Association ein gewisses Interesse, hielten jedoch die Angelegenheit im Sommer 1837 noch nicht für reif. Nach Eingang der Berichte Hobsons erklärte der damalige Secretary of State Lord Glenelg dem Lord Durham Ende 1837 amtlich, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, der Vereinigung eine Royal Charter für eine Anzahl von Jahren zu ertheilen. Die Gesellschaft solle jedoch die Niederlassung nur mit freier Zustimmung der Häuptlinge gründen und die Krone Beamte ernennen, ohne deren Zustimmung kein Land von den Eingeborenen gekauft werden dürfe. Er behielt überdies der Krone eine Mitwirkung bei der Ernennung der Beamten und der Gesetzgebung vor, wahrte die Rechte der Eingeborenen und der Mission und verlangte zunächst Nachweis eines bestimmten Kapitals.

Diese Bedingungen waren der Association zu hart, zumal Glenelg ausdrücklich die Charter auf einen Theil New Zealands beschränken wollte und sich die Konzessionirung weiterer Gesellschaften vorbehielt. Sie brach die Verhandlungen ab und versuchte, durch das Parlament die Regierung zu größerem Entgegenkommen zu bringen. Auf ihr Betreiben beschäftigte sich das Oberhaus Anfang 1838 mit den ungeordneten Verhältnissen New Zealands und beauftragte einen Ausschuß mit Prüfung der Angelegenheit. Dieser Versuch mißglückte. Wohl nicht zum Wenigsten unter dem Einflusse einiger der Association feindlich gesinnter Missionare sprach sich der Untersuchungsausschuß nach Anhörung zahlreicher Sachkenner nur für eine Unterstützung der Missionsunternehmungen aus. Die Frage der Ausdehnung des

britischen Kolonialbesitzes erklärte er der Entscheidung der Regierung anheimstellen zu müssen!

Nunmehr wandten sich die Mitglieder der Association an das Unterhaus. Im Juni 1838 brachten Francis Baring und Sir George Sinclair, während Lord Durham in Begleitung Wakefields seine Mission in Canada ausführte, eine Bill ein, wonach ähnlich wie früher in South Australia sechzehn Commissioners zur Uebernahme der Regierung New Zealands ernannt werden sollten. Das unbebaute Land sollte an Ansiedler verkauft und aus dem Erlös ein Auswanderungsfonds geschaffen werden. Es war in dem Gesetzentwurf ferner die Prüfung aller früheren Landerwerbungen durch die Commissioners und Uebernahme der Rechte der 1825 entstandenen Company, die Regelung des Steuerwesens und der Justizverwaltung vorgesehen. — Auch diesem Schritt war kein Erfolg beschieden. Die Regierung bekämpfte die Bill, da sie den Nachweis der nöthigen Geldmittel bei der Association und Bürgschaften für gerechte Behandlung der Eingeborenen vermißte, und die Mehrheit des Hauses lehnte sie ab. — Die Association löste sich daraufhin auf, und eine Zeit lang schlief die Sache ein!

Doch im Herbst 1838 kamen Durham und Wakefield nach England zurück und Letzterer nahm die Pläne wegen New Zealands auf der Stelle wieder auf. Unter seinem Einflusse beschloß Lord Glenelg Ende 1838, in New Zealand einen britischen Konsul zu ernennen und die dort von Weißen besiedelten Gebiete*) zu New South Wales zu schlagen. Gleichzeitig entstand eine New Zealand Company unter dem Vorsitz Lord Durhams mit einem Kapital von 100 000 Pfund Sterling. Sie warb Auswanderungslustige, verkaufte ihnen im Voraus Land und miethete ein Schiff, um sie nach New Zealand zu bringen. Die Führung der Expedition übernahmen Colonel Wakefield, ein Bruder, und E. J. Wakefield, ein Sohn des Schriftstellers. Unbekümmert um die feindselige Haltung des neuen Kolonialministers, Lord Normanby, wurde das Schiff abgesandt und nachher dem Ministerium davon und von den großen Plänen der Company Mittheilung gemacht. Wie sehr das Publikum Wakefield und seinen Freunden Vertrauen schenkte, ergiebt sich daraus, daß,

*) Eines davon, Kororarika, in der Bay of Islands, wo einige hundert Briten wohnten, hatte sich Mai 1838 eine eigene Regierung gegeben.

als am 1. Juni 1839 die Company, welche noch gar keinen nennenswerthen Besitz ihr eigen nannte, 110 000 Acres Landes zum öffentlichen Verkauf brachte, zahlreiche Bieter sich fanden und binnen Kurzem 99 990 Pfund Sterling in die Kasse der Gesellschaft flossen!

Es war dieses Vorgehen Wakefields, dem die öffentliche Meinung zujubelte, welches Lord Normanby bestimmte, plötzlich mit der Zauderpolitik zu brechen und die von Lord Glenelg Ende 1838 beschlossenen Maßnahmen eiligst ins Werk zu setzen. Unterm 15. Juni 1839 wurde der Governor von New South Wales angewiesen, alle von Großbritannien zu erwerbenden Gebiete in New Zealand unter seine Verwaltung zu stellen. Kapitän Hobson wurde erst zum Konsul, dann zum Lieutenant Governor für New Zealand ernannt und angewiesen, die Eingeborenen zu bewegen, die Souveränetät der Königin von England für ihr ganzes oder Theile ihres Gebietes anzuerkennen und sich zu verpflichten, Land nur noch an die Krone zu verkaufen. Normanby wie sein Nachfolger Lord John Russell hofften dadurch die Pläne der zu eigenmächtigen Company zu vereiteln. Hobson hatte besonders dringenden Auftrag, den Erwerb größerer Gebiete durch Landspekulanten zu hindern und dafür zu sorgen, daß den Eingeborenen alles für sie nothwendige Land bleibe. Es war ihm auch aufgetragen, alle von britischen Unterthanen gemachten Landankäufe durch eine Kommission prüfen zu lassen. Governor Gipps sollte die Genehmigung der als berechtigt anerkannten Titel vorbehalten bleiben.

Die Company ließ sich durch diese Haltung der Regierung nicht entmuthigen. Ihre Agenten waren rascher als die Königlichen Beamten. Schon am 16. August 1839 kam Colonel Wakefield in Queen Charlottes Sund an und begann einen Fleck zur Niederlassung zu suchen Obwohl ihm die Missionare entgegenarbeiteten, gelang es ihm, mit Hülfe eines in New Zealand lebenden Seemanns an Cooks Strait durch drei Verträge ein Gebiet so groß wie Irland zu kaufen. Als Preis zahlte er außer Stoffen und allerlei Geräthen unter Anderem 200 Musketen, 1500 Flinten, Doppelgewehre, Pulver, Beile.*) Port Nicholson, wo Wellington gegründet wurde, wurde die Hauptniederlassung der Company. Ein Zehntel des gekauften Landes sollte für die Eingeborenen reservirt bleiben.

*) Die Waaren hatten etwa 9000 Pfund Sterling Werth.

Erst am 29. Januar 1840 traf der Lieutenant Governor Hobson, begleitet von einer Anzahl Beamten, in New Zealand ein. Mit Hülfe der Missionare bewog er die Häuptlinge in Waitangi, wo einst die Unabhängigkeit proklamirt worden war, und an verschiedenen anderen Orten, unter die Herrschaft Großbritanniens zu treten,*) und ging dann daran, sich mit der Company,**) welche inzwischen in Wellington eine eigene Regierung eingerichtet und Steuern zu erheben begonnen hatte, auseinanderzusetzen. Sein Sekretär Shortland erhielt Auftrag, mit 30 Soldaten nach Port Nicholson zu gehen, die dortige Regierung aufzuheben und den Eingeborenen das ihnen entrissene Eigenthum wieder zu geben. Die von Hobson gefürchteten Schwierigkeiten traten dabei nicht ein. Die Ansiedler erklärten, ihre Verwaltung nur vorläufig geregelt zu haben, nahmen Shortland freundlich auf und unterwarfen sich ohne Weiteres seinen Anordnungen. Die Wakefields versuchten sogar Hobson zu bewegen, den Sitz der Verwaltung von der Bay of Islands, wo er erst in Russell, dann in Auckland war, nach Wellington zu verlegen.

Die Behörden wollten aber von der Company nichts wissen.***) Governor Gipps und sein Council in Sydney, denen die neue Kolonie unterstand, trafen im Sommer 1840 Bestimmungen über den dortigen Landbesitz, die in erster Linie gegen die Company gerichtet waren. Es sollte danach von der Kommission für Prüfung der Besitztitel in New Zealand Niemandem mehr als ein Gebiet von 2560 Acres zugestanden und alles darüber Hinausgehende als Kron-

*) Wie nöthig es für England war, sich mit dieser Maßregel zu beeilen, beweist die Thatsache, daß August 1840 ein französisches Schiff mit Auswanderern in Akaroa (Middle Island) ankam und bald darauf auch ein französisches Kriegsschiff dort erschien. Die Veranstalter des Unternehmens, Kaufleute in Nantes, Bordeaux und Paris, hatten von der französischen Regierung Schutz zugesagt erhalten. Angesichts der britischen Besitzergreifung ließen sie ihre Pläne fallen.

**) Auf Einspruch Lord John Russells hatte die Company in London diese Absicht schon aufgegeben. Ihre Organe erhielten aber die entsprechenden Weisungen zu spät.

***) Unter den gegen die Company erhobenen Beschwerden befand sich auch die, daß sie 1840 die von ihr erworbenen, bis dahin herrenlosen kleinen Chatam Islands einer Hamburger Gesellschaft, an deren Spitze Syndikus Sieveking stand, verkaufen wollte. Der Verkauf wurde auf Betreiben der Gegner der Company von der britischen Regierung verboten. Näheres siehe bei Zimmermann, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, S. 309.

land erklärt werden. Da die Company allein 20 Millionen von den etwa 46 Millionen Acres, die Europäer damals auf New Zealand als Eigenthum ansahen, für sich beanspruchte, hätte eine strenge Durchführung der Maßnahmen der Gesellschaft den Garaus bereitet.

Bei dieser Haltung der Regierung von New South Wales setzten die Freunde und Mitglieder der New Zealand Company zunächst Erlaß einer Bill durch das britische Parlament durch, welche die Trennung New Zealands von Australien ermöglichte. Auf Grund davon wurde unterm 16. November 1840 New Zealand zu einer besonderen Kolonie mit executivem und legislativem Council erhoben und das Landgesetz aufgehoben. Der Governor erhielt Vollmacht, Privatleuten und Gesellschaften unbebautes Land zu überlassen. Das Budget der neuen Kolonie war auf 20 000 Pfund Sterling berechnet, von denen die Hälfte durch Zölle und ein Viertel durch Landverkäufe aufgebracht, der Rest von England bezahlt werden sollte. — Gleichzeitig erklärte sich Lord John Russell bereit, der Company für 40 Jahre eine Royal Charter zu ertheilen und ihr nach Ermittelung ihrer Ausgaben für je 5 Schilling der Letzteren 1 Acre Land in New Zealand zu überweisen. Unterm 12. Februar 1841 erhielt die Gesellschaft in der That ihre Charter unter der Bedingung, daß sie binnen Jahresfrist ein Kapital von 200 000 Pfund Sterling nachwiese und auf weitere Landkäufe von den Eingeborenen verzichtete. Auf Grund der von ihr nachgewiesenen Ausgaben wurden ihr zunächst 646 240 Acres zugesprochen und weitere 350 784 in Aussicht gestellt.*)

Die Gesellschaft nahm nunmehr ihre Thätigkeit mit neuem Eifer auf. Von der Stadt Wellington in Port Nicholson aus wurde die Ansiedelung Wanganui gegründet. Durch eine Vereinigung, welche sich New Plymouth Company nannte und von der New Zealand Company 50 000 Acres gekauft hatte, wurde die Niederlassung in Taranaki und endlich durch die letztgenannte Gesellschaft die Kolonie Nelson ins Leben gerufen. Die Regierung in Auckland mußte trotz ihrer Abneigung gegen die Company fortwährend mit ihr rechnen. Alle Einwanderer strömten nach ihrem Gebiet statt nach den von der Regierung vermessenen Flecken. Unausgesetzter Streit zwischen

---

*) Die Theilnehmer der Association von 1825 sollen für ihre Rechte mit 45 000 Pfund Sterling abgefunden worden sein.

der Company und dem Government war die Folge. Der Governor wollte die Gültigkeit der Landkaufverträge der Gesellschaft nicht anerkennen; die Maoris, welche die Ländereien abgetreten hatten, beeilten sich, dementsprechend nachträglich alle Verkaufsabsichten zu leugnen.*) Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen ihnen und den Ansiedlern, und Hobson stürzte, obwohl er 40 000 Pfund Sterling durch Landverkauf einnahm und 60 000 Pfund Sterling von London erhielt, das Land durch große militärische Aufwendungen in Schulden.

Trotz alledem entwickelte sich die Kolonie, 1842 hatte die Einfuhr 166 000, die Ausfuhr 18 000 Pfund Sterling Werth, die Zölle brachten 18 500 Pfund Sterling, man zählte 10 992 weiße Ansiedler, und es wurden bereits 9 Zeitungen im Lande gedruckt!

Hobson starb 1842. Es folgte ihm nach einigen Monaten, während deren sein Sekretär Shortland die Geschäfte führte, ein Captain Fitzroy als Governor. Dieser Mann wußte sich zwischen den verschiedenen auf ihn einstürmenden Interessenten nicht zu helfen. Um die Maoris zu gewinnen, hob er die Zölle auf; den Einwanderern erlaubte er, gegen eine Zahlung von 10 Schilling, später gar 1 Penny für den Acre an die Regierung, Land unmittelbar bei den Eingeborenen zu kaufen. Dadurch führte er nur neue Streitigkeiten herbei, ohne irgend Jemanden zufrieden zu stellen und Geld in die ganz erschöpften Kassen zu bekommen. Seine Stellung wurde noch erschwert dadurch, daß die New Zealand Company, welcher Lord Stanley, der Kolonialstaatssekretair des Ministeriums Peel, immer neue Schwierigkeiten in den Weg legte, und deren Thätigkeit durch die Unruhen in der Kolonie gelähmt war, in Geldverlegenheiten kam und ihre Geschäfte einstellte. Die Nachrichten von alledem machten den schlechtesten Eindruck. Und als nun gar noch ernste Unruhen ausbrachen und die Maoris Kororarika angriffen und niederbrannten, entstand in England ernste Besorgniß um das Schicksal der neuen Erwerbung.

Im Juni 1845 brachten die der Company befreundeten Whigs die Angelegenheit im Parlament zur Sprache. Vier Tage lang wurde die Sache erörtert. Die Redner bewiesen sämmtlich durch ihre Aeußerungen, daß sie von der wahren Lage der Dinge wenig unter-

*) Die amtliche Untersuchung durch einen Kommissar an Ort und Stelle bezeichnete 282 000 Acres als rechtmäßig durch die Company gekauft.

richtet waren. Einig war man aber in der Verdammung der bisherigen Politik. Die Folge war Ersatz des Governor Fitzroy durch den Governor von South Australia George Grey und Sendung von Geld, Schiffen und Mannschaften nach Auckland. — Grey traf im November 1845 dort ein. Er fand eine Schuld von 75 000 Pfund Sterling und eine zerfahrene, muthlose Verwaltung vor, während die Maoris überall Verschanzungen bauten und sogar an Anrufung auswärtiger Hülfe dachten. Da sein Versuch, die Aufständischen auf friedlichem Wege zu beruhigen, scheiterte, ging er energisch vor. Die Einfuhr von Waffen und Munition wurde verboten und die Macht der Maoris im Norden gewaltsam gebrochen. Ende Januar 1846 war an der Bay of Islands der Friede hergestellt. Im Laufe des Jahres und 1847 erfolgten zwar noch einzelne Ausbrüche. Sie wurden aber sämmtlich rasch niedergeschlagen.

Die während des Krieges gemachten Erfahrungen bewogen Grey zu durchgreifenden Reformen. Das Eingeborenenamt, an dessen Spitze ein Missionar stand, wurde aufgehoben und ein Offizier zum Native Secretary ernannt. Die Thatsache, daß Angehörige der Church Mission in den 20er und 30er Jahren von den Maoris 216 763 Acres Land erworben hatten, von denen ihnen 66 713 zugestanden worden waren, und daß die Aufständischen sämmtlich Anhänger dieser Mission waren, hatte den Governor gegen die Church Mission*) und wohl auch gegen die Mission im Allgemeinen mißtrauisch gemacht. — Die Fitzroysche Landgesetzgebung wurde aufgehoben und die nach ihrer Maßgabe abgeschlossenen Käufe einer genauen Prüfung unterworfen und meist rückgängig gemacht.

Eine weitere Folge des Krieges und der Mißwirthschaft, welche zu seinem Ausbruch beigetragen hatte, war der von Lord John Russell und Earl Grey**) Sommer 1846 herbeigeführte übereilte Beschluß des Parlaments, der New Zealand volle Selbstverwaltung gewährte. Die Kolonie sollte danach in zwei Provinzen getheilt werden, jede mit einem Lieutenant Governor, executiven und legislativen Council. An der Spitze des Ganzen sollte der Governor mit seinem Council und einem House of Representatives stehen. Die von

*) Diese Missionsgesellschaft verlangte damals von den Missionaren Verzicht auf ihr Land oder Austritt. Verschiedene, darunter Archdeakon H. Williams, zogen Letzteren vor!

**) War nicht verwandt mit Sir George Grey.

Europäern unbewohnten Gebiete sollten für die Maoris reservirt und unter besondere Verwaltung gestellt werden. Gleichzeitig ordnete das Ministerium Registrirung aller Landbesitztitel mit der Maßgabe an, daß die Rechte der Eingeborenen nur soweit anerkannt werden sollten, als sie das Land bearbeiteten.

Earl Grey hat diese Maßnahmen zum Theil aus Rücksicht auf die New Zealand Company getroffen, der er die Wege aufs Neue ebnen wollte. Er wollte sie durch die neue Gesetzgebung bis zu einem gewissen Maß dem Einfluß des Government in Auckland entziehen, um die Regierung in Stand zu setzen, ihr in der Landfrage entgegenzukommen. Seine Absicht scheiterte indessen am Widerspruch der New Zealander Verwaltung. Governor Grey und die Missionare erklärten es für unmöglich, die Eingeborenen ihrer Landansprüche zu berauben, ohne einen allgemeinen Aufstand heraufzubeschwören, und behaupteten, daß die volle Durchführung der neuen Verfassung, welche nur den des Lesens und Schreibens im Englischen kundigen Maoris Wahlrecht gab, dieselbe Wirkung haben würde. Es wurde nur zur Einrichtung zweier Provinzen geschritten. Die Einführung der neuen Volksvertretung unterblieb, und die Regierung billigte Governor Greys Anordnungen 1848, obwohl viele Kolonisten dagegen protestirten.

Der New Zealand Company wurde unter diesen Umständen in der Weise geholfen, daß ihr die Regierung 1846 und 1847 zwei Darlehen von zusammen 236 000 Pfund Sterling zinslos vorstreckte und 1847 ihr das gesammte Kronland in der Provinz New Munster bis Juli 1850 übertrug. Es war ihr nur die Beschränkung auferlegt, es nicht unter 1 Pfund Sterling für 1 Acre zu veräußern. Die Gesellschaft wurde auf diese Weise in den Stand gesetzt, die ganz erloschene Einwanderung nach New Zealand neu zu beleben. Unter ihrer Mitwirkung gründeten Mitglieder der Free Church of Scotland 1847 die Kolonie Otago und Angehörige der Church of England 1849 die Niederlassung Canterbury. — So erfreulich sich diese Ansiedelungen bald entwickelten, der Gesellschaft brachten sie keinen Nutzen, und 1850 sah die Direktion sich aus Mangel an Mitteln nicht mehr in der Lage, die Geschäfte fortzusetzen. Bei den vielen Unannehmlichkeiten, die das Bestehen der Company neben dem Government fortgesetzt bereitete, erschien es das Beste, die Gesellschaft abzufinden. Es geschah 1851 in der Weise, daß die Regierung ihr

gegen Rückgabe der Charter die Schuld von 236 000 Pfund Sterling erließ und den Aktionären eine Entschädigung von 5 Schilling für jeden Acre ihres Besitzes, d. h. 268 000 Pfund Sterling, zusprach, welche die Kolonie aus ihren Landverkäufen zahlen sollte.*)

Diese Entscheidung hat viele Anfechtung in New Zealand erfahren. Sie wurde indessen von allen ruhigen Beurtheilern mit Freuden begrüßt, da so viele Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt wurden.

Ein weiterer Fortschritt unter Sir George Greys Verwaltung war die Regelung der Finanzen der Kolonie. Von 1843 bis 1847 waren die Einkünfte aus Landverkauf auf unbedeutende Summen zusammengeschmolzen, und die gesammten eigenen Einnahmen New Zealands beliefen sich 1845 nur noch auf 12 800 Pfund Sterling, während sie 1841 die Höhe von 37 300 Pfund Sterling erreicht hatten. Von da an nahmen aber die Bezüge aus Landverkauf, Zöllen, Postwesen und Steuern regelmäßig zu. 1846 wurden 26 600, 1847: 43 200, 1848: 47 400, 1849: 50 400, 1850: 59 200 Pfund Sterling erzielt. Allerdings hätten diese Summen nicht zur Deckung der sehr erheblichen Kosten gereicht, welche die Niederwerfung des Aufstandes und die Beseitigung seiner Folgen verursachte. Für diese Zwecke hat die britische Militärverwaltung und das Parlament sehr ansehnliche Zuschüsse geleistet, so 1845: 200 000, 1846: 225 600 und von da bis 1850 jährlich 170 000 bis 190 000 Pfund Sterling. Um die Kosten der Besatzung herabzusetzen, welche Grey in jenen Jahren für unentbehrlich betrachtete, wurde in England aus entlassenen Soldaten schließlich 1847 ein eigenes Korps, die New Zealand Fencibles, gebildet und in vier Niederlassungen rund um Auckland angesiedelt. Jeder Mann erhielt ein Haus, das ihm sammt 5 Acres Land als Eigenthum zufiel, wenn er 7 Jahre diente. Die Offiziere erhielten 40 Acres und das Recht auf Kauf von 100.

*) Ein vollkommen klares Bild der Thätigkeit der Company läßt sich auch heute noch nicht gewinnen. Die vorliegenden Darstellungen sind durchweg gefärbt. Egerton meint in seiner Darstellung der britischen Kolonialpolitik, daß alle Theile zu tadeln sind. Die Gesellschaft sei allmählich zu einem schlecht geleiteten, gewöhnlichen Aktienunternehmen herabgesunken, aber nicht zum wenigsten, da ihr die nöthige Unterstützung der Regierung vorenthalten wurde. Das Colonial Office wollte die Eingeborenen schützen und dabei doch die Kolonisation fördern, ohne die wahre Sachlage zu kennen. Gibbon Wakefield und seine Freunde kamen dabei schließlich in den Verdacht, bloße Landspekulanten zu sein, was sie durchaus nicht waren.

Diese Einrichtung hat sich bewährt, und die Meisten der Leute sind in der Kolonie geblieben.

So gern die Kolonie diesen Bevölkerungszuwachs annahm, so lebhaft hat sie sich gegen die Einführung deportirter Verbrecher gesträubt, welche 1847 von der britischen Regierung vorgeschlagen wurde. Alle Ansiedelungen protestirten dagegen, und das Ministerium ließ seine Absicht 1849 fallen.

1851 betrug die weiße Bevölkerung der Kolonie schon 26 700 Köpfe neben 2158 Soldaten und ihren Familiengliedern. Die Zölle warfen bereits 43 600 Pfund Sterling ab; die Ausfuhr bezifferte sich 1849 auf 133 600, die Einfuhr auf 254 600 Pfund Sterling. 1853 belief sich Letztere auf 597 800, Erstere auf 303 200 Pfund Sterling. In der Bewirthschaftung von Europäern befanden sich 1851 bereits 40 625 Acres. Die Kolonisten hielten in jenem Jahr schon 2 333 000 Schafe, 34 700 Rinder, 16 200 Ziegen, 2800 Pferde. Die Maoribevölkerung, welche Anfang der vierziger Jahre auf 120 000 Köpfe veranschlagt wurde, zählte damals kaum noch die Hälfte.

Fünftes Kapitel.

Responsible Government in Australien.

Eine der wichtigsten Maßnahmen der kolonialen Verwaltung des Earl Grey war die Regelung der Verfassung der australischen Kolonien im Jahre 1850. Wie er in seinem Buche über die Kolonialpolitik des Ministeriums John Russell darlegt, veranlaßte ihn die lang erörterte Frage der Trennung der Kolonie Port Phillip von New South Wales, die Einführung der hier seit 1842 bestehenden Verwaltungsform auch in den anderen australischen Kolonien zu erwägen. Die Zeit dafür erachtete er bei der raschen Entwickelung dieser Gebiete in Victoria, Vandiemensland und South Australia durchaus für gekommen. In Western Australia schien der Augenblick auch nicht mehr fern, wo die Kolonie ihre Ausgaben aus eigenen Mitteln bestreiten und damit den Anspruch auf Verfügung über ihre Einnahmen erheben konnte. Schon 1847 setzte Grey den Governor von New South Wales von seinen Plänen in Kenntniß und theilte ihm mit, daß er in den australischen Kolonien nunmehr neben das

legislative Council auch ein Oberhaus setzen und die Deputirten aus den städtischen Gemeinden hervorgehen lassen wolle. Als gegen diese beiden letzten Punkte lebhafter Widerspruch laut wurde, ließ er sie fallen, wie er sagt, weil „wenn eine Volksvertretung in einer Kolonie eingeführt ist, man ihre Form nicht ohne sehr gewichtige Gründe durchs Parlament gegen den Willen derer, denen sie bewilligt worden, ändern dürfe." Den ganzen Plan legte er zunächst dem seit langer Zeit mit kolonialen Dingen nicht mehr befaßten Committee of the Privy Council for Trade and foreign Plantations vor. Diese Körperschaft erstattete Anfang 1849 einen von Sir James Stephen abgefaßten Bericht. Es wurde darin Einführung einer Repräsentativverfassung in South Australia, Vandiemensland und dem von New South Wales abzutrennenden Victoria empfohlen. Als Muster sollte die in New South Wales 1842 eingeführte Verfassungsform gelten, da die öffentliche Meinung sie der in anderen Kolonien geltenden, der britischen entsprechenden Einrichtung eines Ober- und eines Unterhauses vorziehe. Der weitere Ausbau der Verfassung solle den Parlamenten dieser Kolonien mit Genehmigung des Mutterlandes vorbehalten bleiben. Um die Entwickelung des Gemeindewesens zu fördern, regte der Bericht Ueberlassung des der Krone zukommenden Antheils von den Einkünften aus Landverkauf an die District Councils an. — Besondere Aufmerksamkeit widmete das Committee der Regelung des Zolltarifs. Sein Bericht erachtete es für unthunlich, daß jede Kolonie das Zollwesen nach eigenem Ermessen ordne. Er empfahl vielmehr, daß in allen Kolonien derselbe Tarif gelte. Er solle vor der Hand durchs britische Parlament aufgestellt und erlassen werden, in Zukunft aber ebenso wie Post, Bahnwesen, Schiffahrt, Maß, Gewichte und Rechtsprechung der Regelung einer von den Legislaturen der verschiedenen Kolonien gewählten General Assembly unterliegen!

Auf Grund dieses Gutachtens wurde eine Bill entworfen und dem Parlament vorgelegt. Sie fand nach langen Debatten die Zustimmung des Unterhauses. Im House of Lords aber wurden die auf die Bildung einer General Assembly bezüglichen Bestimmungen als nicht genügend vorbereitet gestrichen. Am 5. August 1850 wurde die Bill unter dem Titel: an act for the better government of Her Majesty's Australian Colonies Gesetz. Die neue Kolonie Victoria, Vandiemensland und South Australia bekamen dadurch

dieselbe Verfassung wie New South Wales, und es wurde bestimmt, daß Western Australia in gleicher Weise behandelt werden solle, sobald es die Kosten seiner Civilverwaltung selbst aufbringe. Das Wahlrecht wurde jedem 21 Jahre alten Besitzer von Land im Werthe von 100 Pfund Sterling, oder Miether eines Hauses oder Pächter eines Grundstückes von 10 Pfund Sterling jährlich ertheilt. Die Verfügung über die Zolleinnahmen kam in die Hände der Kolonien unter dem Vorbehalt, daß keine Differenzialzölle erhoben, Waaren zum Gebrauch der britischen Truppen nicht besteuert und die bestehenden Handelsverträge nicht verletzt würden.

Den Gedanken der Zusammengehörigkeit der australischen Kolonien suchte Lord Grey nach Einführung der neuen Verfassung dadurch lebendig zu halten, daß er den Governor von New South Wales zum Governor General und Governor jeder der vier Kolonien ernannte, während er an die Spitze von Victoria, Vandiemensland und South Australia Lieutenant Governors stellte. Die Einrichtung bewährte sich indessen nicht.*) 1855 trat an die Spitze jeder Kolonie ein Governor, und der von Sydney behielt bis 1861 nur den Titel Governor General ohne jede entsprechende Vollmacht.

Der Kolonie New Zealand war, wie erwähnt, eine ähnliche Verfassung wie den australischen Pflanzstaaten schon 1846 verliehen, aber nur theilweise in Kraft gesetzt worden. 1852 geschah dies nun, und gleichzeitig wurde die 1848 in zwei Provinzen getheilte Kolonie in sechs, später neun, jede mit eigenem Council, zerlegt. Ueber allen Provinzen stand die General Assembly, zusammengesetzt aus Governor, lebenslänglichem legislativen Council und House of Representatives.

Weitgehend wie diese Bestimmungen waren, stellten sie die Australier doch nicht zufrieden. Sie empfanden es unangenehm, daß die Zollerhebung noch in den Händen von Beamten lag, die von Großbritannien ernannt wurden; daß ihnen nicht die volle Verfügung über die Erträge der Kronlandverkäufe zugestanden war, sondern die britische Regierung noch immer die Hälfte zur Beförderung der Auswanderung einzog, und vor Allem, daß das Mutterland die Ernennung der höheren Beamten sich vorbehalten hatte! In Australien wie New Zealand wurde sogleich nach Einführung der neuen Ver-

*) Die eifersüchtigen Victorianer zahlten 1853 ihrem Lieutenant Governor 7000 Pfund Sterling Gehalt, während der Governor General 5000 erhielt!

fassung der Wunsch nach voller Selbstverwaltung, nach Einführung des „Responsible Government“ laut!

Diesen Wünschen ablehnend gegenüber zu treten, erschien den britischen Staatsmännern gefährlich. Die Bevölkerung Australiens enthielt so viele vor nichts zurückschreckende, unbändige, schlimme Elemente aus allen Staaten Europas und Amerikas, daß es gewagt gewesen wäre, mit ihr einen Streit heraufzubeschwören. Man zog vor, ihre Leidenschaften gegen die von ihr selbst gewählten Behörden und selbst geschaffenen Einrichtungen zu richten und den Vertreter der Königin in eine Stellung über und außerhalb der Parteien zu bringen. Nachdem 1851 die gesammte Zollverwaltung in die Hände der Kolonien gelegt, ihnen 1852 die Verwendung der Erträge der Goldfeldlicenzen überlassen und die Deportation, außer nach dem entlegenen Western Australia, abgeschafft war, wurde den australischen Regierungen vorgeschlagen, Entwürfe für die von ihnen für wünschenswerth erachtete Verfassung gemäß der ihnen durch die Act von 1850 ertheilten Vollmacht aufzustellen. Der damalige Staatssekretär für die Kolonien, Sir John Packington, sah dabei sogar von einem Drängen auf Gleichheit der Verfassungen in den verschiedenen Kolonien oder Klauseln für eine Bundesorganisation ab. Er verlangte nur, daß die canadische Verfassung zum Muster genommen und eine Civilliste für die Regierungen dauernd sicher gestellt werde.

Die Angelegenheit wurde der Gegenstand eifriger Berathungen von Ausschüssen der legislativen Councils in den vier australischen Kolonien. Vor Ablauf des Jahres 1854 hatten sie alle ihre Vorschläge nach London gerichtet. Die von South Australia und Tasmania erhielten ohne Weiteres die Königliche Genehmigung. Die von New South Wales und Victoria aber wurden dem Parlament vorgelegt, da sie neue Bestimmungen enthielten, welche ohne dessen Zustimmung nicht genehmigt werden konnten. Im Parlament erfuhren die beiden Entwürfe einige Abänderungen, mit denen sich die betreffenden Kolonien zufrieden gaben. Die britische Landverkauf-Act von 1842 wurde nunmehr aufgehoben, da diese Frage fortan der Gesetzgebung der Kolonien unterlag. Durch Act 18 und 19 Vict. Kap. 54 vom Jahre 1855 wurden die neuen Verfassungen der vier australischen Kolonien festgestellt.

Der wesentlichste Zug der neuen Verfassungen war, daß die Kolonien von dem Einkammer- zum Zweikammersystem übergingen.

In New South Wales wurde ein legislatives Council, bestehend aus 21 vom Governor ernannten, und eine Assembly aus 54 gewählten Mitgliedern eingeführt. Victoria schuf sich ein Council von 30, eine Assembly von 75 Mitgliedern. Beide Häuser wurden hier gewählt. In South Australia hatte man sich für ein ernanntes Council von 12, eine gewählte Assembly von 36 Abgeordneten entschieden, doch wurde schon 1856 für das Council die Zahl der Mitglieder auf 18 erhöht und ebenfalls die Wahl eingeführt. In Tasmania wurde für Council und Assembly gleichfalls das System der Wahl angenommen. Ersteres zählt jetzt 18, Letztere 37 Abgeordnete.

Für New Zealand wurde kein besonderes neues Verfassungsgesetz erlassen, da schon das von 1852 zwei Kammern vorsah. Man begnügte sich damit, nachdem die Frage in der Kolonie brennend geworden war, 1854 ausdrücklich das dortige Ministerium, das executive Council, der General Legislature verantwortlich zu erklären und die höchsten Beamtenstellen, wie in den australischen Staaten, durch Mitglieder der Legislature zu besetzen. Das Responsible Government war damit auch hier durchgeführt! Nur in der Eingeborenenfrage behielt sich Großbritannien damals das Verfügungsrecht vor. Erst 1862 verzichtete es darauf.

Die Entwickelung der australischen Kolonien hätte keine so raschen Fortschritte gemacht, wenn nicht zu Anfang der 50er Jahre die Verhältnisse hier durch Entdeckung reicher Goldfelder vollständig umgestaltet worden wären. Lange waren Gerüchte von Goldminen in diesem Theil der Erde verbreitet gewesen. Glauben hatten sie wenig gefunden. 1844 war von hervorragender sachverständiger Stelle aus in der Royal geographical Society erklärt worden, daß Steinproben aus der australischen Cordillere keine Spur von Gold aufwiesen. Die Entdeckung der kalifornischen Minen belebte den Eifer der Goldsucher aufs Neue. Ein Australier Hargraves, der 18 Monate in Kalifornien zugebracht hatte, verlegte sich 1851 auf Nachforschungen und fand am 12. Februar jenes Jahres Waschgold am Lewes Pond Creek. Er zeigte die Fundstelle einem von England gesandten Staatsgeologen, der sie im Mai für abbauwürdig erklärte. Nun begann eine lebhafte Bewegung nach jener Gegend. Schon am 1. Juni waren gegen 1000 Goldsucher am Werk.

Die juristischen Beiräthe der Regierung fanden, daß alle Edelmetallminen auf Kron- wie auf Privatbesitz dem Souverän gehörten,

und forderten den Governor auf, schleunigst Standrecht zu erklären und das Goldgraben zu verbieten, um die ruhige Entwickelung der Kolonie nicht zu stören. Sir Charles Fitzroy, der damalige Governor von New South Wales, fand jedoch, daß er mit der zur Verfügung stehenden Macht gar nicht oder höchstens unter ganz unverantwortlich starken Menschenopfern der Bewegung steuern könnte. Er begnügte sich, für das Goldsuchen Licenzen, die monatlich 30 Schilling kosteten, auszugeben und zur Ueberwachung der Goldgräber Commissioners an Ort und Stelle einzusetzen. Je zwei Goldgräber erhielten zum Goldwaschen ein Stück Land von neun Fuß Breite zugewiesen. Für die Ausbeutung von wirklichen Goldadern wurde im August eine Abgabe von 10 pCt. des Werthes eingeführt. Damit wurden nicht nur der Regierung große Einkünfte zugeführt, sondern auch die Entwickelung Australiens in hohem Maße gefördert. Begann doch jetzt, als ein neues Goldfeld nach dem anderen gefunden wurde, eine Einwanderung, die der kalifornischen wenig nachstand.

Nicht nur in New South Wales, sondern auch in Tasmania, South Australia, New Zealand und vor Allem in Victoria wurde Gold entdeckt. In der letzteren Kolonie strömten solche Massen von Goldsuchern herbei, daß binnen zwei Jahren ihre Zahl der der gesammten Bevölkerung der Kolonie gleichkam. 1861 zählte New South Wales: 358 200, Victoria: 541 800, South Australia: 126 800, Tasmania: 90 200, New Zealand: 99 000 Bewohner. Dazu waren noch Western Australia mit 15 600 und Queensland mit 34 800 Seelen getreten.

Zu Anfang bereitete das Goldfieber den Verwaltungen allerdings viele Schwierigkeiten. Die meisten arbeitsfähigen Männer eilten in die Goldwäschereien und ließen ihre Familien oft hülflos zurück. Der Landbau litt, die Regierungen wußten nicht, wo sie Beamte hernehmen sollten. Trotz hoher Zulagen verließen die Unterbeamten ihre Stellen, um Gold zu suchen. Alle Dienstzweige kamen in Verlegenheit. In Victoria, wo das Goldfieber am größten war, sah man sich genöthigt, ein Regiment von England zu erbitten und zur Besetzung der Beamtenposten 200 pensionirte Gefangenenaufseher kommen zu lassen. Abgesehen hiervon dauerte es nicht lange, bis die Massen der Goldsucher sich gegen Zahlung der Licenz sträubten. Sehr viele fanden wenig oder nichts und konnten die hohen monatlichen Gebühren nicht aufbringen. So begannen sie eine Agitation

dagegen unter Berufung darauf, daß sie im gesetzgebenden Körper nicht vertreten seien und dort ihre Interessen nicht geltend machen könnten. Man sah sich genöthigt, die Licenzgebühren bald erheblich herabzusetzen. Trotz dessen kam es im Herbst 1854 in den Goldfeldern Victorias zu einem kleinen Aufstand. Der Governor mußte alle verfügbaren Truppen gegen die Aufrührer senden. Es fand ein ernstlicher Kampf statt, bei dem gegen 30 der Goldgräber fielen und auch mehrere Soldaten ihren Tod fanden. Wie die Stimmung in der Kolonie war, ergiebt sich daraus, daß keine Jury die bei dem Kampfe gemachten Gefangenen verurtheilen wollte. — Die Licenzfrage wurde 1855 schließlich in der Weise geregelt, daß für das Jahr nur eine Gebühr von 1 Pfund Sterling erhoben wurde. Den Einnahmeausfall deckte man durch einen Ausfuhrzoll von 1/2 Krone für jede Unze Gold. Den Goldgräbern wurde ferner auch Wahlrecht verliehen.

Ganz Australien und New Zealand besaßen 1861 eine Bevölkerung von 1 266 400 Seelen bei einem Flächenraum, der auf 3 116 042 Quadratmeilen veranschlagt wurde. Die Finanzen der Kolonie zeigten folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	Schuld	
1. New South Wales .	1 843 000	1 973 200	4 017 600	Pfund Sterling
2. Victoria	2 952 100	3 092 000	6 345 000	„
3. South Australia . .	575 500	492 100	850 500	„
4. Western Australia . .	67 200	81 000	1 700	„
5. Tasmania	315 700	337 900	—	„
6. New Zealand . . .	782 000	—	600 700	„
7. Queensland	238 200	299 600	70 000	„
Summe .	6 773 900	—	—	Pfund Sterling.

Ueber den Umfang des Handels liegen nachstehende Angaben vor:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr von Gold	Ausfuhr von Wolle	Ausfuhr von Getreide	
1.	6 391 500	5 594 800	2 010 200	1 798 200	94 000	Pfund Sterling
2.	13 532 400	13 828 600	9 080 500	2 095 200	—	„
3.	1 976 000	2 032 300	—	695 400	684 900	„
4.	147 900	95 700	—	—	—	„
5.	954 500	905 400	—	326 400	81 900	„
6.	2 493 800	1 370 200	752 600	523 700	145	„
7.	967 900	709 500	3 900	613 000	—	„
Summe	26 464 200	24 536 800	—	—	—	Pfund Sterling.

In diesen Kolonien waren zusammen 747 900 Acres mit Weizen bestellt. Die Zahl des Hornviehs in ihnen belief sich auf 4 039 800, die der Schafe auf 23 741 500 Stück. Die größte Zahl der Letzteren war in Victoria (6 239 200). Dann kam New South Wales (5 615 000), Queensland (4 093 300), South Australia (3 038 300), New Zealand (2 761 300), Tasmania (1 714 409), Western Australia (279500).

Seit der Bewilligung des „Responsible Government" in Australien und New Zealand haben, wie es die britischen Staatsmänner voraussahen, Streitigkeiten der parlamentarischen Körperschaften untereinander und mit den Ministern diese Kolonien in erster Linie beschäftigt. In den 20 Jahren 1856 bis 1876 sind in Victoria 18, in New South Wales und New Zealand 17, in South Australia 29 verschiedene Ministerien am Ruder gewesen! Wiederholt kam es zu ernsten Streitigkeiten in einzelnen Kolonien.*) In Victoria lehnte z. B. 1865 das Council die Bewilligung des Budgets ab. Der Governor trat auf Seiten der Assembly und ließ das für die laufenden Geschäfte nöthige Geld von einer Bank vorschießen. Dieses Auftreten trug ihm eine ernste Maßregelung von der britischen Regierung ein. Es wurde ihm ausdrücklich eröffnet: „daß es eine der ersten Pflichten des Vertreters der Königin ist, sich so fern als möglich und über allen persönlichen Streitigkeiten zu halten. Er solle sich stets so einrichten, daß er mit den Männern arbeiten könne, welche ihm der Gang der parlamentarischen Entwickelung als seine vertraulichen Berather an die Seite stelle."

Doch hat es zeitweilig auch nicht an Zwistigkeiten zwischen den australischen Kolonien und dem Mutterlande in neuerer Zeit gefehlt. Eine Einladung des Royal Colonial Institute, des bekannten britischen Kolonialvereins, an alle Kolonien wegen Beschickung einer Konferenz: „über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien" im Jahre 1869 gab in Victoria Anlaß zu Beschlüssen der Assembly, welche einer Lossagung von England recht nahe kamen. Mit großer Mehrheit wurde damals gegen Einmischung des britischen Parlamentes in die inneren Angelegenheiten Victorias, außer mit Zustimmung der Bevölkerung der Kolonie, Einspruch erhoben und alle Instruktionen der Königin durch den Staatssekretär als der „Unab-

*) Auf die Einzelheiten einzugehen, liegt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit.

hängigkeit des Vertreters der Königin und als Verletzung der Grundsätze des Responsible Government wie der Verfassungsrechte der Kolonisten" bezeichnet! — Solche Sprache klang sehr bedrohlich; sehr ernst gemeint war sie aber schwerlich und sie veranlaßte die damalige britische Regierung nicht, das 1862 vom Parlament angenommene Programm der Rückziehung ihrer Truppen aus den Selbstverwaltung genießenden Kolonien aufzugeben. Obwohl die Regierung Victorias die Kosten für eine britische Truppenmacht zu übernehmen bereit war unter der Bedingung, daß die Abtheilung nicht aus der Kolonie gelegentlich abberufen werde, zog die britische Regierung 1870 alle Truppen zurück. Sie erklärte, auf keinerlei Bedingungen hinsichtlich der Verfügung über die Truppen eingehen zu können. Man fand in Großbritannien nicht mit Unrecht, daß sich volle Selbstregierung in den Kolonien mit dem britischen Kommando über die Truppen nicht vertrage, und daß die Responsible Government besitzenden Kolonien für eigene Vertheidigung im Innern und nach außen sorgen müßten.

Statt besonderer Freude erregte diese Maßregel in Australien, wo damals von zahlreichen Politikern eine volle Loslösung von England und Selbständigkeitserklärung befürwortet wurde, Zorn und Besorgnisse. Man sah plötzlich ein, wie hülflos man einem etwaigen Angriff von außen gegenüber stand, und welche Kosten eine genügende Rüstung erfordern werde. — Besonders schwer wurde das in New Zealand empfunden, wo die Reibungen zwischen der Kolonialregierung und der Krone am lebhaftesten gewesen waren. Der Hauptstreitpunkt war hier immer die Frage der Behandlung der Eingeborenen. Die Kolonisten und die Assembly verlangten darin freie Hand. Sie wünschten, den Maoris Landbesitz in großem Umfange wegzunehmen und Widerstand mit Gewalt niederzuschlagen. Die Regierung dagegen wollte das Interesse der Eingeborenen schützen und war durchaus abgeneigt, mit ihren Truppen und auf ihre Kosten hier neue Kriege zu führen. Sir George Grey, welcher 1861 den Governorposten New Zealands zum zweiten Male erhielt, schlug in London vor, den Wünschen der Kolonisten zu entsprechen und die Regelung der Maoriangelegenheiten ihnen zu überlassen. Das britische Ministerium entschloß sich, seinem Vorschlag 1862 zu entsprechen in der Absicht, dafür fortan keine Zuschüsse für militärische Zwecke zu leisten. Das war freilich nicht nach dem Sinne der New Zealander. Da man in England indessen

fest blieb, ging die Kolonie schließlich auf den Vorschlag ein. Um die nöthigen Kosten aufzubringen, wurde Ende 1863 von der Kolonialregierung ein Gesetz gemacht, wonach aufständische Eingeborene ihres Landes verlustig erklärt wurden.

Zur Thatsache wurde die Rückziehung der britischen Truppen hier von 1866 an, nachdem in jahrelangen blutigen Kämpfen die Maoris, welche seit 1860 in Aufruhr waren, geschlagen und zum Frieden gezwungen waren. Die Kolonisten, welche sich von 1867 an einem neuen Maoriaufstand gegenüber sahen, verlangten Belassung von 1000 Mann unter zu vereinbarenden Bedingungen auf noch fünf Jahre in New Zealand. Als die britische Regierung dies ablehnte, entstand in der Kolonie, deren Hauptstadt seit 1865 Wellington wegen seiner Lage im Mittelpunkte geworden war, höchste Entrüstung. Man sprach von Lossagung von England, das der Kolonie den Schutz versage, und Anschluß an die Vereinigten Staaten. Schließlich fand man aber doch, daß die Verbindung mit Großbritannien den Interessen New Zealands am besten entspreche, und vergaß für einen Vorschuß von 1 000 000 Pfund Sterling auf längere Zeit alle Beschwerden.

Eine Frage in den Beziehungen Englands zu Australien, welche noch heute ihre Erledigung nicht gefunden hat, ist die Regelung des Verhältnisses der einzelnen Kolonien zu einander und ihrer Zollpolitik. Die britische Regierung hat den australischen Kolonien in letzterer Hinsicht, gerade so wie den nordamerikanischen, volle Freiheit gelassen und lediglich darauf gehalten, daß sie keine Differenzialzölle einführten oder Vertragsverpflichtungen Großbritanniens verletzten. Die ursprüngliche Absicht, ein allgemeines australisches Parlament zu schaffen und ihm die Aufstellung eines einheitlichen Tarifs für alle Kolonien zu übertragen, hat sie, wie erwähnt, schon zu Anfang der 50er Jahre fallen lassen. — In Australien selbst zeigte sich lange Zeit wenig Neigung zu einem Zusammengehen der verschiedenen Kolonien, und die Anregungen Victorias, welches eine Art Führerschaft zu erlangen versuchte, blieben erfolglos. — Dies änderte sich 1871. Angespornt durch das Beispiel Canadas, wünschten die Australier damals, einen Zollverein zu gründen. Sie verlangten auf einer Konferenz der verschiedenen Kolonien zu Melbourne, daß Großbritannien keine Handelsverträge schließe, welche die Einführung von Zollbegünstigungen der Kolonien untereinander hindern könnten, und

daß es überhaupt den Kolonien die Regelung ihrer Handelsbeziehungen vollständig überlasse. Als sich Lord Kimberley, der damalige Staatssekretär der Kolonien, hiergegen ablehnend verhielt, fand 1873 eine neue Konferenz der australischen Kolonien statt, welche dieselben Forderungen stellte. Da die leitenden australischen Politiker hinter der Sache standen, fand das Ministerium Gladstone es nunmehr angebracht, nachzugeben. Durch die „Australian Colonies Duties Act 1873“ wurde jeder dieser Kolonien das Recht ertheilt, Differenzialzölle gegenüber einer anderen Kolonie einzuführen. Nur die Einfuhr aus Großbritannien oder fremden Staaten durften sie auch in Zukunft nicht durch Differenzialtarife treffen, und es war ihnen verboten, Vertragsverpflichtungen des Mutterlandes zu verletzen.

Praktische Folgen hatte die Maßregel nicht. Die einzelnen Kolonien waren so hartnäckig und eigensinnig, daß nicht einmal zwischen einzelnen auf einander eng angewiesenen Nachbarn eine Verständigung erreicht wurde! Auch auf der von allen australischen Staaten und New Zealand beschickten Konferenz zu Sydney im Jahre 1881 rückte die Angelegenheit nicht vorwärts. Die einzelnen Kolonien fuhren fort, sich nach Kräften zu chikaniren. — Die Ansprüche, welche Frankreich 1883 auf die Inselgruppe der neuen Hebriden erhob und die Erwerbung eines Theils Neu-Guineas und seiner Nachbarinseln durch Deutschland weckten ernsteres Streben nach einer näheren Verbindung der australischen Kolonien. Bei einer Konferenz, die Ende 1883 Abgeordnete aller australischen Kolonien in Sydney vereinigte, wurde die Schöpfung eines Federal Council beschlossen, in dessen Hand die gesetzgebende Gewalt in folgenden Angelegenheiten gelegt werden sollte: Beziehungen Australiens zu den Inseln des Stillen Ozeans; Einwanderung von Verbrechern; Fischerei; Verfolgung von Verbrechen, die in einer Kolonie begangen werden, in allen anderen; Fragen von allgemeinem australischen Interesse; Streitigkeiten zwischen den einzelnen Kolonien.

Durch die britische „Federal Council of Australasia Act 1885“ kamen die Beschlüsse der Konferenz in gesetzliche Kraft. Es wurde dadurch den australischen Kolonien anheim gestellt, das Federal Council ins Leben zu rufen, sobald vier von ihnen es wünschten. Der Beitritt und Wiederaustritt sollte allen Anderen nach Belieben freistehen. Jede Kronkolonie sollte das Recht haben, ins Federal Council einen Vertreter zu senden, den Selbstregierung genießenden Staaten waren

zwei bewilligt. Der Sitz des Council sollte zwischen den verschiedenen Kolonien wechseln. Regelmäßige Sitzungen sollten mindestens alle 2 Jahre durch den Governor der an der Reihe befindlichen Kolonie einberufen, außerordentliche konnten jeder Zeit veranlaßt werden, wenn drei Kolonien es wünschten. Jeder Beschluß des Councils sollte der Genehmigung des Governors der Kolonie, in der es gerade tagte, unterliegen.

So wenig diese Bestimmungen die Selbständigkeit der einzelnen Kolonien berührten, haben sich schließlich weder New South Wales noch New Zealand dem Bunde angeschlossen. Das Federal Council, welches einige Sitzungen abgehalten, hat daher seinen Zweck nicht erfüllt.

Die Konferenz von Abgeordneten aller britischen Kolonien, welche 1887 in London stattfand und bei der ein Plan für die Vertheidigung der australasischen Kolonien zur See angenommen wurde, brachte den Gedanken eines australasischen Bundes wieder auf die Tagesordnung. Nach dem Konferenzbeschluß, der 1888 Gesetz wurde, unterhält Großbritannien auf der australasischen Station dauernd 7 Kriegsschiffe. Die australasischen Kolonien verzinsen die Anschaffungskosten mit 5 pCt. und steuern für den Unterhalt im Frieden jährlich bis 91 000 Pfund Sterling bei, während im Kriegsfall das Mutterland die Kosten trägt. Die Vertheidigung Australiens zu Lande bleibt den Kolonien überlassen! — Um darüber eine Verständigung herbeizuführen, regte New South Wales 1889 eine neue Konferenz an, die Anfang 1890 in Melbourne abgehalten wurde. Hierbei wurden lebhafte Anstrengungen gemacht, New South Wales und New Zealand zu bestimmen, dem Federal Council beizutreten. Als dies vergeblich war, einigte man sich auf Berathung der Verfassung eines näheren Bundes im folgenden Jahre.

Die neue Konferenz trat März 1891 in Sydney zusammen und löste ihre Aufgabe nach wochenlangen Arbeiten. Nach der von ihr entworfenen „Federal Bill" sollen an die Spitze des australasischen Bundes ein von Großbritannien ernannter Governor General und ein Parlament, bestehend aus Senat und Unterhaus, treten. Die Wahl der Senatoren wird in die Hände der Legislaturen der verschiedenen Kolonien, die der Abgeordneten des Unterhauses in die der Wähler gelegt. Für die Zahl der Abgeordneten soll die Größe der Bevölkerung jeder Kolonie maßgebend sein. Die Abgeordneten des Bundeskongresses dürfen nicht Mitglieder eines Kolonialparlaments sein. Fortan soll aller Verkehr mit der Regierung des Mutterlandes

durch die Bundesbehörden erfolgen. Doch soll die Bundesregierung nicht wie in Canada in allen Angelegenheiten das Recht der Gesetzgebung besitzen, sondern nur in den ihr ausdrücklich übertragenen. In allen anderen Sachen behalten die einzelnen Kolonialregierungen volle Selbständigkeit. Das Zollwesen will die Federal Bill in die Hände der Bundesregierung legen. Sie soll einen einheitlichen Tarif für ganz Australien schaffen und durch ihre Beamten die Zölle erheben. Auch die Leitung des Post- und Telegraphenwesens, des Landheers, der Marine und des öffentlichen Gesundheitswesen sind als Gegenstände der Verwaltung des Bundes ins Auge gefaßt.

Bis zum heutigen Tage ist indessen dieser Bundesplan so wenig wie die früheren zur Ausführung gelangt. New Zealand findet es trotz mancher Schwankungen in der Auffassung seiner leitenden Politiker bedenklich, sich einer von seinem Gebiete viele hundert Meilen entfernten Bundesverwaltung unterzuordnen, und die meisten anderen Kolonien sträuben sich auch gegen die Schmälerung ihres Selbstbestimmungsrechtes. Die Gefahr eines Angriffes von außen erscheint ihnen allen so fern liegend, daß sie dieser Rücksicht nicht gern Opfer bringen wollen. Die Parlamente der verschiedenen Kolonien erachten es ferner für gefährlich, die Zollerhebung aus den Händen zu geben und sich so des Rechtes zu berauben, über diese Einnahmen nach dem jeweiligen Bedürfniß zu verfügen. Endlich scheuen diese Kolonien mit Rücksicht auf ihre, wie noch zu erwähnen sein wird, nichts weniger als blühende Finanzlage vor den Kosten zurück, welche die Einrichtung der Bundesregierung erfordern würde, und gegen welche die für die Angelegenheit wenig erwärmte öffentliche Meinung wahrscheinlich Einspruch erheben dürfte. — Die Vertreter der australischen Kolonien haben zwar noch auf verschiedenen Konferenzen 1895, 1897 und 1898 sich für Einführung der Bundesverfassung ausgesprochen. Praktische Folgen haben diese Beschlüsse aber nicht gehabt.

In Großbritannien steht man der Angelegenheit ruhig abwartend gegenüber. Es fehlt nicht an Stimmen, welche das Zustandekommen des australasischen Bundes als das Ende der britischen Herrschaft in diesen Kolonien ansehen. Andere sind der Ansicht, daß die Einigung dieser Kolonien für das Mutterland nicht gefährlicher sei als die der nordamerikanischen und der südafrikanischen. Sie meinen, daß die Vertretung ganz Australasiens durch einen High Commissioner in London an Stelle der verschiedenen Agenten die Beziehungen eher

bessern und inniger gestalten werde. Die Zeiten seien vorbei, wo man es in Großbritannien für nöthig erachtete, auf Uneinigkeit und Schwäche der überseeischen Besitzungen zu sehen!

Die Zahl der britischen Besitzungen in Australasien hat während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verschiedenen Zuwachs erhalten. 1859 wurde der Moretonbay District auf Wunsch der Mehrheit der Bewohner von New South Wales losgelöst und unter dem Namen Queensland mit voller Selbstregierung ausgestattet. Ein Council von 41 durch die Krone ernannten und eine Assembly von 72 erwählten Mitgliedern traten mit einem Governor an die Spitze der Verwaltung.*) Die Bevölkerung war allerdings damals noch sehr gering, nur etwa 30000 Köpfe. Von den 20 Städten und Dörfern zählte Brisbane, der größte Ort, 4000, der kleinste 55 Bewohner! Doch die Entdeckung von Goldminen führte ein rasches Zuströmen von Einwanderern herbei.

---

*) Die Instruktion, welche der Staatssekretär der Kolonien Lord E. B. Lytton dem zum Governor auserſehenen Sir George Bowen gab, ist noch heute von hohem Interesse. Es hieß darin: „Vermeiden Sie Einmischung in Parteistreitigkeiten. Seien Sie immer bereit, eine Vermittelung zu gewähren, und befleißigen Sie sich dazu vollster Unparteilichkeit. Geben Sie allen Parteien und allen Ministerien freiesten Spielraum. Studiren Sie die Eigenthümlichkeiten der Leute . . . Verlieren Sie nie die Finanzfrage aus den Augen. Das Gedeihen aller Staaten richtet sich nach der Güte ihrer Finanzverwaltung. Suchen Sie sobald als möglich die Kolonisten von der Nothwendigkeit ihrer Selbstvertheidigung zu überzeugen. Sorgen Sie für gute Polizei. Für Erziehung und Religion werden die Kolonisten sorgen. Sorgen Sie aus allen Kräften dafür, daß die Kolonisten stolz auf ihr Mutterland bleiben. In Ihrer Kolonie sympathisirt man durchaus mit dem Ideal eines Gentleman. — Da Sie freie Presse haben, werden Sie Zeitungen haben, die ihre Freiheit mißbrauchen. Lachen Sie darüber, und seien Sie nie feinfühlig solchen Angriffen gegenüber! Seien Sie peinlich höflich gegen Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitungen . . . Je mehr Sie die Leute als Gentlemen behandeln, um so mehr werden sie sich als solche benehmen. — Menschen werden eben durchs Herz ebensoviel wie durch den Kopf regiert! — Zeigen Sie Antheil am Fortschritt der Kolonie. Züge von Güte, Großmuth, Energie, wenn erforderlich, Theilnahme für die Schwachen, Enthaltung von Rachsucht oder Verdrießlichkeit, Gleichmüthigkeit, das sind die Eigenschaften, die Gouverneure mächtig machen. Männer, die nur scharf und klug sind, können dabei schwache und verabscheute Beamte abgeben. — Eine Regel finde ich in allen Kolonien bestätigt: der Gouverneur, der am wenigsten arbeitet und am sorgfältigsten die Vielregiererei vermeidet, besitzt die meiste Autorität.

Zwingen Sie alle unteren Beamten zur Höflichkeit. Oeffentliche Diener schulden sie dem bescheidensten Bürger!"

Western Australia, die zurückgebliebenste der australischen Kolonien, hat 1890 Responsible Government erhalten. Während alle anderen australischen Pflanzstaaten zu Ende der 50er Jahre ihre Streichung aus der Reihe der Strafkolonien erreichten, hatte sich Western Australia zur Zulassung von Verbrechern, wie oben erwähnt, bereit erklärt. Die Arbeitskraft der Leute und die von der britischen Regierung für die Deportation aufgewendeten Summen kamen der Entwickelung der Niederlassung zu Statten. Der fortdauernde Zustrom von Sträflingen, die nicht selten entwichen oder nach Verbüßung der Strafe in andere Kolonien gingen, erregte aber Entrüstung bei den anderen australischen Staaten. 1864 beantragte Victoria geradezu Zwangsmaßregeln gegen Western Australia, um es an weiterer Aufnahme von Sträflingen zu hindern. Obwohl daraus nichts wurde, entschloß sich Großbritannien, den Wünschen der Australier entgegenzukommen. 1867 segelte das letzte Schiff mit Deportirten nach Australien ab! In Western Australia erregte dieser Entschluß des Mutterlandes große Bestürzung. Die durch Sträflingsarbeit reich gewordenen Kolonisten fürchteten vollen Ruin. Wenn auch ihre Besorgnisse übertrieben waren, hat die Niederlassung doch nicht die rasche Entwickelung der anderen genommen, und erst in letzter Zeit ist sie in die Lage gekommen, ihre Ausgaben aus eigener Tasche zu decken. Das Council besteht jetzt aus 24 und die Assembly aus 44 gewählten Mitgliedern.

1874 ist Fiji britische Kolonie geworden. Es besteht aus über 200 Inseln verschiedener Größe, von denen etwa 80 dauernd bewohnt sind. 1835 hatten sich Wesleyanische Missionare hier niedergelassen. Sie brachten den einflußreichsten Häuptling 1858 dazu, sich taufen zu lassen und britischen Schutz nachzusuchen. Als die großbritannische Regierung sich abgeneigt zeigte, diesem Ansinnen zu entsprechen, versuchte der Häuptling unter Beirath der Mission eine Art konstitutioneller Regierung nach dem Muster der britischen Kolonien einzurichten. Begreiflicherweise wurde nur ein Zerrbild europäischer Einrichtungen erreicht. Die Inseln gewannen inzwischen durch ihren Palmkernhandel und Baumwollenbau, besonders während des amerikanischen Bürgerkrieges, eine nicht unerhebliche Bedeutung. Trotz dessen wollte die britische Regierung von ihrer Erwerbung nichts wissen. Als 1869 das Gerücht ausgesprengt wurde, daß die Vereinigten Staaten davon Besitz ergreifen wollten, meinte Lord

Grenville, daß dies für Großbritannien weniger unvortheilhaft sein würde als die Uebernahme ihrer Regierung. In Australien theilte man aber diese Ansicht nicht. Auf der Konferenz von 1870 verlangten diese Kolonien einstimmig Annexion Fijis und setzten durch, daß Großbritannien eine Kommission mit Untersuchung der Angelegenheit betraute. Der Bericht der Commissioners fiel durchaus im Sinne der Australier aus. Ohne britische Besitzergreifung fürchteten die Kommissare Ruin der britischen Interessen. So wurde Ende 1874 die Inselgruppe unter britischen Schutz gestellt.

Der Mann, der am eifrigsten hierfür gearbeitet hat, war der nachmalige High Commissioner und Consul General for the Western Pacific, Sir John Thurston. Er war 1866 als Angestellter am Konsulat nach Fiji gekommen und 1872 Minister des sogenannten „Königs" der Inseln geworden. In dieser Stellung hat er den britischen Einfluß nach Kräften gefördert.

Die Regierung der neuen Kolonie wurde in die Hände eines Governors, eines executiven Councils aus 3 und eines legislativen Councils aus 6 Mitgliedern gelegt. Die eigentliche Herrschaft über die Eingeborenen blieb in den Händen der Häuptlinge. Die Steuern werden in Gestalt von einheimischen Erzeugnissen erhoben.

Für die Erwerbung New Guineas, soweit es nicht unter holländischer Herrschaft stand, herrschte lange Zeit weder in England noch in Australien Neigung. Erst als das Gerücht auftauchte, daß Deutschland nach Erwerb der Insel trachte, regte New South Wales 1876 ihre Annexion an. Die britische Regierung machte ihre Zustimmung von Uebernahme der Kosten der Verwaltung durch die Australier abhängig. Da diese hiervon nichts wissen wollten, blieb die Sache liegen, bis 1878 die vorgebliche Entdeckung von Gold in New Guinea neues Interesse für die Insel wach rief. Sehr bald zeigte sich, daß die gehegten Erwartungen sich nicht erfüllten, doch die immer wieder laut werdenden Warnungen vor deutschen Kolonialplänen in der englischen Presse ließen die Frage der Annexion der Insel nicht zur Ruhe kommen. — Anfang 1883 erbot sich Queensland telegraphisch, die Kosten der Verwaltung zu tragen. Lord Derby, der damalige Staatssekretär für die Kolonien, fand die schwierige Angelegenheit jedoch nicht spruchreif. Man scheute in England davor zurück, die Regelung der Angelegenheiten der Eingeborenen der großen Insel in die Hand der Kolonisten Queenslands

zu legen. Nun sprach sich allerdings auch die australische Konferenz im Dezember 1883 für die Nothwendigkeit der Erwerbung New Guineas aus. Die Konferenz ließ aber wiederum die Frage der Kostendeckung unberührt. So kam es, daß zum großen Zorn der Australier 1884 Deutschland von dem nördlichen Theil der Insel Besitz ergreifen konnte. Großbritannien begnügte sich mit dem süd-östlichen Theil New Guineas, über den es 1884 sein Protektorat aussprach. Nachdem 1887 Queensland sich bereit erklärt hatte, jährlich 15 000 Pfund Sterling beizusteuern, wurde 1888 das Gebiet zur britischen Kolonie erklärt. An die Spitze trat als Administrator*) der seit Jahren in Fiji als Arzt, später als Steuereinnehmer thätige R. William Mac Gregor.

Noch weniger nach den Wünschen der Australier ist die Regelung der Besitzverhältnisse in der Inselgruppe der New Hebrides verlaufen. Die britische Regierung hat sich 1878 mit Frankreich über sie in dem Sinne verständigt, daß kein Theil davon Besitz ergreifen solle. Die Australier verlangten wiederholt, daß England die Franzosen durch anderweitige Zugeständnisse bewegen solle, ihr Anrecht aufzugeben. Trotz aller Anstrengungen erreichten sie aber nichts als die Herstellung eines gemeinsamen Protektorats beider Mächte über die Inseln im Jahre 1887.

Die übrigen Besitzungen Großbritanniens im Stillen Ozean, welche es meist erst in letzter Zeit erworben hat, beanspruchen mehr politisches als wirthschaftliches Interesse.

Nicht minder staunenswerth wie die politische ist die wirthschaftliche Entwickelung Australiens in den letzten Jahrzehnten gewesen. Die Bevölkerung hat sich seit 1861 beinahe vervierfacht. Man zählte:

	Fläche Quadrat-meilen	Bevölkerung 1861	1881	1895	Zahl der Eingeborenen
New South Wales	311 098	358 200	751 400	1 277 800	8 200
Victoria	88 198	540 300	862 300	1 181 700	500
South Australia .	903 690	126 800	279 800	357 400	3 100
Western Australia .	975 876	15 600	29 700	101 200	5 600
Tasmania . . .	26 215	89 900	115 700	160 800	keine
New Zealand . .	104 471	98 900	489 900	698 700	39 800
Queensland . . .	668 497	34 800	213 500	460 500	12 000
Summe	3 078 045	1 264 900	2 742 500	4 238 300	—
Fiji	7 740	—	127 000	120 200	—

*) Er erhielt später den Titel Lieutenant Governor.

Der Handel dieser Kolonien zeigt folgendes Bild:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr von				
			Gold	Getreide	Wolle	Konf. Fleisch	Wein
	Pfund Sterling						
New South Wales:							
1865	9 928 500	8 191 100	2 766 800	202 400	2 253 100	1 100	—
1870	7 213 200	5 852 700	1 878 700	72 900	1 940 000	71 900	—
1875	13 490 200	13 671 500	2 094 400	119 700	3 193 300	91 500	—
1880	13 950 000	15 525 100	838 400	85 200	8 437 500	213 800	—
1885	23 737 400	16 750 100	1 456 000	71 600	7 678 200	317 600	—
1890	22 615 000	22 045 900	2 318 900	5 800	9 232 600	167 800	—
1895	15 992 400	21 934 700	3 145 400	5 400	9 976 000	694 700	—
Victoria:							
1865	13 257 500	13 150 700	6 999 500	—	3 315 100	4 600	—
1870	12 455 700	12 470 000	6 697 500	—	3 205 100	151 800	—
1875	16 685 800	14 766 900	4 656 900	—	6 096 900	134 300	—
1880	14 556 800	15 954 500	3 888 500	719 500	6 417 400	142 500	—
1885	18 044 600	15 551 700	4 309 400	462 800	5 028 000	100 200	47 900
1890	22 954 000	13 266 200	2 739 400	191 100	5 933 600	23 600	63 300
1895	12 472 300	14 547 700	3 750 700	511 200	5 151 100	240 400	72 900
South Australia:							
1865	2 927 500	3 129 800	—	1 194 800	974 300	—	—
1870	2 029 700	2 419 400	—	453 600	1 000 300	—	—
1875	4 203 800	4 805 000	—	1 650 500	2 066 200	—	—
1880	5 581 400	5 574 500	—	2 459 800	2 065 100	—	—
1885	5 435 700	5 514 600	—	1 591 400	1 671 700	—	28 100
1890	8 376 700	8 982 300	—	1 382 400	1 871 200	—	57 600
1895	5 680 800	7 352 700	—	445 400	1 880 500	—	63 100
Western Australia:							
1865	168 400	179 100	—	—	—	—	—
1870	213 200	200 900	—	—	—	—	—
1875	349 800	391 200	—	—	—	—	—
1880	353 600	499 100	—	—	—	—	—
1885	650 300	446 600	—	—	248 400	—	—
1890	874 400	671 800	86 600	—	261 300	—	—
1895	3 774 900	1 332 500	879 700	—	185 500	—	—
Tasmania:							
1865	762 300	880 900	—	81 900	381 600	—	—
1870	792 900	648 700	—	46 100	246 400	—	—
1875	1 185 900	1 085 900	—	56 000	433 500	—	—
1880	1 369 200	1 511 900	—	18 600	542 200	—	—
1885	1 757 400	1 313 600	—	3 300	260 400	—	—
1890	1 897 500	1 486 900	—	12 700	419 100	—	—
1895	1 094 400	1 373 000	—	25 700	202 300	—	—

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr von Gold	Getreide	Wolle	Konf. Fleisch	Kaninchenfelle
	Pfund Sterling						
New Zealand:							
1865	5 594 900	3 713 200	2 252 600	5 900	1 141 700	—	—
1870	4 693 000	4 822 700	2 163 900	137 400	1 703 900	—	—
1875	8 029 100	5 828 600	1 407 700	228 700	3 398 100	7 400	—
1880	6 162 000	6 352 600	1 220 200	887 200	3 169 300	38 500	—
1885	7 479 900	6 819 900	890 000	475 600	3 206 300	455 200	85 500
1890	6 260 500	9 811 700	751 300	936 900	4 150 500	1 223 700	111 800
1895	6 400 100	8 550 200	1 162 100	161 200	3 662 100	1 328 900	85 000
Queensland:							
1865	2 505 500	1 153 400	—	—	885 200	765	—
1870	1 536 700	2 006 600	—	—	1 026 000	63 000	—
1875	3 328 000	3 857 500	1 508 400	—	1 366 000	53 100	—
1880	3 087 200	3 448 100	820 500	—	1 387 500	79 200	—
1885	6 422 400	5 243 400	1 138 800	—	1 779 600	183 500	—
1890	5 066 700	8 554 500	2 282 400	—	2 524 700	147 200	—
1895	5 349 000	8 982 600	2 283 900	—	2 991 400	1 028 900	—
Ganz Australien:							
1865	35 145 000	30 398 500	—	—	—	—	—
1870	28 880 800	28 421 300	—	—	—	—	—
1875	47 272 800	44 407 000	—	—	—	—	—
1880	45 060 600	48 866 100	—	—	—	—	—
1885	63 528 000	51 640 200	—	—	—	—	—
1890	68 045 000	64 819 600	—	—	—	—	—
1895	50 764 100	64 073 700	—	—	—	—	—
Fiji:							
1875	118 600	94 200	—	—	—	—	—
1880	185 700	229 500	—	—	—	—	—
1885	301 000	326 700	—	—	—	—	—
1890	208 900	364 500	—	—	—	—	—
1895	241 700	332 200	—	—	—	—	—

Weniger befriedigend hat sich die Finanzwirthschaft der australischen Kolonien entwickelt. Es beliefen sich:

	1865	1870	1875	1880	1885	1890	1895
	Pfund Sterling						
Die Einnahmen:							
1. N. S. Wales	2 237 200	2 575 300	4 121 900	4 904 200	7 587 300	9 494 500	9 400 20
2. Victoria . .	3 058 300	3 261 800	4 236 400	4 621 200	6 290 300	8 519 100	6 696 20
3. South Austr.	1 089 200	860 100	1 143 300	2 027 900	2 389 000	2 623 900	2 617 40
4. West. Austr.	77 900	98 100	157 700	180 000	323 200	414 300	1 125 90
5. Tasmania .	338 000	270 100	343 600	442 100	571 400	758 100	761 90
6. N. Zealand	1 525 800	1 732 900	2 813 900	3 285 000	3 859 900	4 208 000	4 556 00
7. Queensland	631 400	786 300	1 261 400	1 612 300	2 720 600	3 211 700	3 413 10
8. Ganz Austr.	8 958 000	9 584 800	14 078 500	17 073 000	23 734 100	29 250 000	28 571 10
9. Fiji	—	—	16 400	80 600	76 600	66 800	78 20
Die Ausgaben:							
1. N. S. Wales	2 314 700	3 298 300	3 341 300	5 560 000	8 561 900	9 403 500	9 948 90
2. Victoria . .	2 229 700	3 428 300	4 318 100	4 875 000	6 125 700	9 385 100	6 735 00
3. South Austr.	809 100	949 500	1 176 400	1 923 600	2 508 500	2 559 800	2 615 60
4. West. Austr.	74 900	113 000	169 200	204 300	308 800	401 700	936 70
5. Tasmania .	353 400	282 600	333 700	415 100	586 500	722 700	748 90
6. N. Zealand	2 906 300	2 697 300	3 431 900	4 019 800	4 282 900	4 081 500	4 370 40
7. Queensland	459 000	827 200	1 404 100	1 673 600	2 869 300	3 706 000	3 308 40
8. Ganz Austr.	9 147 400	11 596 600	14 174 900	18 671 700	25 243 800	30 260 700	26 664 20
9. Fiji	—	—	41 500	91 100	92 200	60 800	76 20
Die Schulden:							
1. N. S. Wales	5 749 600	9 861 100	11 470 600	14 903 900	35 564 200	46 009 400	58 063 90
2. Victoria . .	8 622 200	11 924 800	13 992 500	20 056 600	31 757 400	41 377 600	46 939 30
3. South Austr.	796 200	1 944 600	3 320 300	9 865 500	17 034 200	20 401 500	21 776 50
4. West. Austr.	1 700	—	135 000	361 000	1 288 100	1 367 400	3 978 20
5. Tasmania .	—	1 268 700	1 489 400	1 943 700	3 177 000	6 028 900	7 782 70
6. N. Zealand	4 368 600	7 841 800	17 400 000	28 583 200	34 586 800	38 802 300	43 050 70
7. Queensland	1 131 500	3 509 200	6 439 200	12 192 100	19 442 100	28 226 900	31 873 90
8. Ganz Austr.	—	—	54 247 200	87 906 100	142 849 800	182 214 300	213 465 40
9. Fiji	—	—	—	210 000	264 000	248 900	221 00

Die Verschuldung der australischen Kolonien hat diesen amtlichen Angaben zufolge eine Höhe*) erreicht, welche der Indiens nahezu gleichkommt, während die Einnahmen Australiens nur etwa ein Viertel der indischen ausmachen! Das Auftreten unvermutheter Anforderungen

*) 1896: 216 381 600 Pfund Sterling.

an die Kassen Australiens könnte demnach sehr bedenkliche Folgen haben.

Das Eisenbahnnetz der australischen Kolonien hatte 1873, dem ersten Jahre, für welches vollständige Angaben vorliegen, eine Länge von 1497 Meilen. 1880 zählte man 4855; 1885: 8037; 1895: 13 787. Es entfielen 1895 auf New South Wales 2615 Meilen; auf Victoria: 3104; auf South Australia: 1742; auf das dazu gehörige Northern Territory: 146; auf Western Australia: 1145; auf Tasmania: 475; auf New Zealand: 2181; auf Queensland: 2379. In Victoria, dem Northern Territory und Queensland befinden sich alle Bahnen in Staatsbesitz. Die Privatbahnen in den anderen Kolonien haben nur geringe Ausdehnung mit Ausnahme von Western Australia, wo 573 Meilen Staatsbesitz sind, während sich 572 in privaten Händen befinden.

Die Telegraphenlinien Australiens besaßen 1895 eine Länge von 47 050 Meilen.

Wie die Statistik ergiebt, bilden noch heute Landbau und Viehzucht die Grundlage der Volkswirthschaft Australiens. Der Bergbau kommt in zweiter Stelle,*) die Industrie erst in dritter.

Von der Bedeutung des Ackerbaues und der Viehzucht giebt die Statistik das nachstehende Bild:

Es waren seit Beginn der Kolonisation bis 1896

in	veräußert**)	verpachtet	es blieben verfügbar	unter Anbau
	Acres			
New South Wales	45 257 400	126 307 700	150 956 300	1 348 000
Victoria	23 090 600	—	33 155 000	2 864 000
South Australia	9 147 700	33 877 700	229 286 600	2 584 300
Western Australia	8 113 100	—	616 475 600	111 700
Tasmania	4 766 200	723 800	12 011 700	227 400
New Zealand	22 128 400	—	44 632 900	11 553 500
Queensland	12 850 800	—	413 211 200	336 700

*) Ueber Australiens Mineralreichthum vergl. Deutsches Handels-Archiv 1899, Februar II 53 ff.

**) Die Verfügung über das Kronland, welche mit der Einführung des Responsible Government in die Hände der Kolonialregierungen gelegt wurde, hat seitdem mannigfache Wandlungen erfahren. Das erstrebte Ziel, gleichzeitig die Ansiedelung in den Kolonien zu fördern, den Kassen Einnahmen zuzuführen und doch Spekulationen zu hindern, ist nirgends auch nur annähernd erreicht worden. Das Nähere ist zu ersehen in meinem Aufsatz in den Conradschen Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 1894/95.

in	bestellt mit Weizen Acres	Zahl der Pferde	Zahl des Hornviehs	Zahl der Schafe
New South Wales	866 100	510 600	2 226 100	48 318 700
Victoria	1 576 700	431 500 (1894)	1 833 900 (1894)	13 180 900 (1894)
South Australia .	1 087 300	192 300	638 500	6 402 500
Western Australia	31 400	57 500	199 700	2 248 900
Tasmania	74 500	29 400	157 200	1 640 500
New Zealand . . .	258 600	237 400	1 018 700	19 138 400
Queensland	35 800	452 200	6 507 300	19 593 600

Die Weizenproduktion Australiens ist starken Schwankungen unterworfen.

1880 wurden erzeugt 31 534 400 Bushels,
1883 " " 45 541 500 "
1890 " " 32 841 800 "
1895 " " 25 114 100 "
1896 " " 26 791 900 "

Neuerdings beginnt der Weinbau in allen Kolonien außer Tasmania und New Zealand einen bedeutenden Aufschwung zu nehmen. Von 16 100 Acres im Jahre 1882 ist die mit Wein bestellte Fläche 1896 auf 60 200 gestiegen. 1894 wurden 4 789 500 Gallons erzeugt.

Die gewerbliche Entwickelung Australiens zeigt 1896 nachstehendes Bild:

	Zahl der Betriebe mit mehr als 4 Arbeitern	Zahl der Arbeiter	Aufgewendetes Kapital
New South Wales	3 106	49 000	15 649 700
Victoria	2 838	46 300	12 317 200
South Australia .	756	12 400	—
Western Australia .	—	—	—
Tasmania	—	—	—
New Zealand . . .	2 459	27 300	5 796 000
Queensland	—	—	—

Dem Bildungswesen wird in Australien rege Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist überall Schulzwang eingeführt, und in New South Wales, New Zealand, South Australia und Victoria sind Universitäten errichtet worden. Es sind überall höhere Schulen und mehrere große Bibliotheken neben zahlreichen volksthümlichen Büchersammlungen vorhanden.

Die Rechtspflege ist in ähnlicher Art wie in Großbritannien geordnet.

Die Militärmacht der einzelnen Kolonien ist unbedeutend. Einem kräftigen Angriff von außen vermöchten sie nicht zu widerstehen. 1896 befanden sich in New South Wales 621 Reguläre, 4826 Freiwillige, 580 Marine. Die Kosten betrugen 224 100 Pfund Sterling. New Zealand unterhielt 681 Reguläre, 7169 Freiwillige, 80 Marine. Kosten 196 900 Pfund Sterling. Queensland: 130 Reguläre, 4600 Freiwillige, 5 Schiffe. South Australia: 974 Reguläre, 385 Freiwillige, 1 Schiff. Tasmania: 13 Reguläre, 499 Freiwillige. Victoria: 379 Reguläre, 2986 Freiwillige, 329 Marine, 6 Schiffe. Western Australia: 1 Company, 650 Freiwillige, Kosten 12 600 Pfund Sterling.



Die britische Kolonialverwaltung und Kolonialpolitik im Allgemeinen.

Bewunderswerth wie die Erfolge der Briten auf kolonialem Gebiete im 17. und 18. Jahrhundert sind, ihre Kolonialpolitik unterscheidet sich nicht so wesentlich von derjenigen der anderen Kolonialmächte, wie es oft behauptet worden ist.*) Der Drang, die halb sagenhaften, reichen Gebiete Indiens und Ostasiens aufzufinden, hat die englischen Entdeckungsreisenden und Kolonisatoren ebenso wie die der anderen Völker mehr als ein Jahrhundert lang geleitet; die Hoffnung, Gold und edle Steine zu entdecken, beseelte die ersten Ansiedler New Englands nicht minder stark als einst die ersten spanischen Eroberer in Amerika. Die Privilegirung mächtiger Handels- und Kolonialgesellschaften, die Verleihung von Charters für ungeheuere Kolonialgebiete ist von englischer Seite durchaus nach spanischem Vorbild geschehen. In Bezug auf Zollwesen und Steuern, Handel, Landbau, Gewerbebetrieb haben die Briten während des 17. und 18. Jahrhunderts im Wesentlichen dieselben merkantilistischen Grundsätze wie Spanier, Franzosen, Holländer befolgt, und ihr Vorgehen in Indien und Afrika ist keineswegs von weiteren und erleuchteteren Gedanken getragen worden als das ihrer Mitbewerber. Wenn einzelne fortgeschrittene Geister gelegentlich neue Wege erdacht und empfohlen haben, sind ihre Vorschläge bei den Leitern der englischen Politik auf nicht fruchtbareren Boden gefallen als anderweitig. Der erste Theil dieses Buches bietet dafür mehr als ausreichende Beweise.

Was die ältere britische koloniale Thätigkeit vor der anderer Völker auszeichnet, ist nicht die Weisheit ihrer Leitung, sondern der

*) Vergl. z. B. Roscher und Jannasch: Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung. Leipzig, 1885. S. 181 ff.

bewundernswerthe, nie der Anspornung bedürftige Wagemuth und Unternehmungsgeist, der tiefinnerliche Freiheitsdrang und Unabhängigkeitssinn sowie die staatsbildende Begabung des englischen Volkes. Dank diesen Eigenschaften ihrer Bevölkerung, welche der Regierung oft sehr unbequem waren, sind die New England-Kolonien so rasch zu blühenden, selbstbewußten Gemeinwesen erstarkt, haben alle fremden Elemente sich angepaßt und haben sich unbekümmert um alle verkehrten Regierungsmaßnahmen und vielfach gegen den Willen Englands nach ihren Bedürfnissen und Wünschen entwickelt. In Westindien, wo das Klima eine starke weiße Besiedelung ausschloß, konnten die Vorzüge der englischen Kolonisten nicht in gleicher Weise wie in New England zur Wirksamkeit kommen. In Indien und Afrika gar, wo Einwanderung englischer Bauern überhaupt nicht stattfand, lassen sich im 17. und 18. Jahrhundert wohl die Wirkungen der Weltmachtstellung Englands, aber nicht sein überlegenes kolonisatorisches Talent nachweisen.

Am besten ist es immer in den Kolonien gegangen, um welche sich die Regierung am wenigsten kümmerte. In den Kreisen der britischen Regierung selbst scheint man im 18. Jahrhundert davon durchdrungen gewesen zu sein. Verwaltete doch von 1724 bis 1748 das Amt des Leiters der amerikanischen Angelegenheiten ein Staatsmann, der nachgewiesener Maßen New England für eine Insel hielt, Jamaika im mittelländischen Meer liegend glaubte, und dergl. mehr.*) Als es zum Aufstand der New England-Kolonien kam, wurde vielfach in London behauptet, daß die Schuld daran nur die englischen Beamten trügen, welche die Berichte der Governors der Kolonien durchgesehen hätten, statt sie wie früher ungelesen zu den Akten zu legen.

In den Anfängen der britischen Kolonialpolitik war ein eigenes Organ für Leitung der sie betreffenden Angelegenheiten überhaupt nicht vorhanden. Die etwa auftauchenden Fragen allgemeiner Natur erledigte das königliche Privy Council. Die eigentliche Verwaltung überließ man den Interessenten. Erst Charles I. schuf ein dem Privy Council unterstehendes eigenes Council, zunächst für Virginien. Er erklärte es in dem betreffenden Aktenstück für unzulässig, die Regelung von staatlichen Fragen, wären sie auch noch so bedeutungslos, privaten Vereinigungen zu überlassen. Die neue Behörde scheint für seine Absichten sich nicht als aus-

---

*) Vergl. Band I. S. 176.

reichend erwiesen zu haben. 1634 übertrug er die oberste Leitung der Kolonien zwölf Commissioners, in deren Zahl sich zwei Erzbischöfe und der Lord Treasurer befanden. Diese Körperschaft hat die großen Freiheiten, welche die Kolonisten New Englands allmählich als ihr Recht in Anspruch nahmen, einzuschränken versucht,*) doch ohne Erfolg. Die englische Revolution fegte sie hinweg.

Das britische Parlament übertrug die Kolonialverwaltung 1643 einem Board of Commissioners, bestehend aus 5 Lords und 12 Abgeordneten des Unterhauses. Es gehörten dazu Oliver Cromwell, Lord Pembroke, Sir Henry Vane und Andere. An der Spitze stand als Governor in chief of all Plantations Lord Warwick. Als Charles II. den englischen Thron bestieg, ersetzte er die parlamentarische Körperschaft 1660 wieder durch ein Committee for the Plantations, das aus Mitgliedern des Privy Councils gebildet wurde. Neben ihm wurde als eigentliche Verwaltungsbehörde ein Council for the Plantations ins Leben gerufen. Dieses wurde 1672 mit dem ebenfalls 1660 gebildeten Council for Trade zu einer Behörde, dem Council for Trade and Plantations, vereinigt, dessen Leitung Lord Shaftesbury**) erhielt. Lange Dauer war ihm nicht beschieden. Schon 1675 trat an seine Stelle wieder ein Ausschuß des Privy Councils unter dem Namen: The Lords of the Committee for Trade and Plantations.

Erst William III. entschloß sich wieder ein eigenes Kolonialamt, Board of Trade and Plantations, 1695 ins Leben zu rufen. Diese Behörde, der J. Locke, der Earl of Bridgewater, J. Methuen angehörten, war auf die amerikanischen Angelegenheiten beschränkt, da die indischen von der East India Company erledigt wurden und die afrikanischen noch nicht in Betracht kamen. Die Leitung des Councils lag in den Händen des einen der zwei damals vorhandenen Secretaries of State, bis 1768 ein eigener Secretary of State for the American Department ernannt wurde. Diese Stellung wurde nach dem Abfall der New Englandkolonien aufgehoben. Von 1782 bis 1786 übernahm das Home Office die kolonialen Angelegenheiten. Dann wurde wieder das Committee of the Privy Council for Trade and Plantations ins Leben gerufen, bis der Ausbruch der Revolutionskriege Veranlassung wurde, daß 1794 der Kriegsminister die Kolonial-

*) Band I. S. 87 ff.

**) Ihm zur Seite stand der Philosoph John Locke.

verwaltung unterstellt erhielt. Das Committee for Trade and Plantations hörte 1801 überhaupt zu bestehen auf, und die Secretaries of War blieben bis 1854 an der Spitze der Kolonialverwaltung. Neben ihr stand seit 1784 unabhängig der Board of Control for East India, aus dem sich später das India Office entwickelte.

Der Verlust der New Englandkolonien, des werthvollsten Kolonialbesitzes Großbritanniens zu jener Zeit, hat die tiefgreifendsten Wirkungen auf Englands Kolonialpolitik geübt. Ihre Interessen und Wünsche traten eine Zeit lang in den Hintergrund. Es entstand die Bewegung gegen den Negersklaven-Handel in England. Unbekümmert um die Bedürfnisse Westindiens, erwärmte sich eine Menge hervorragender Männer Englands für das Loos der unglücklichen Afrikaner, während die Befürworter der Menschenrechte, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Frankreich sich wenig um diese Unterdrückten kümmerten und ihr Wohl dem der weißen Kolonisten unterordneten. Als dann während der Revolutionskriege der gesammte überseeische Besitz Hollands und Frankreichs in die Gewalt der Briten kam und gleichzeitig ihre kolonialen Versuche in Westafrika und Australien über Erwarten glückten, hätten wohl viele Politiker die in der Negerfrage geschehenen Schritte gern rückgängig gemacht. Nun aber war die Jahre hindurch beförderte Bewegung nicht mehr niederzuschlagen. Man mußte sich ihr beugen und versuchen, die den englischen Besitzungen aus der Beseitigung der Sklavenzufuhr erwachsenden Nachtheile dadurch auszugleichen, daß man die anderen Kolonialstaaten dazu brachte, ebenfalls auf Verwendung von Sklaven zu verzichten.

Eine weitere Folge des Abfalls der Vereinigten Staaten war von ebenso großer Wirkung auf die neuere britische Kolonialpolitik. Jeder englische Staatsmann ist Jahrzehnte hindurch von ängstlicher Besorgniß erfüllt gewesen, daß eine oder die andere fortgeschrittene Kolonie das Beispiel der Vereinigten Staaten nachahmen und eines Tages sich vom Mutterland lossagen könnte. Die Behandlung Canadas, Australiens, Südafrikas war fast immer von diesem Hintergedanken geleitet. Der Bruch mit der merkantilistischen Handelspolitik wäre niemals so rasch und so gründlich vollzogen, den Kolonien niemals eine so weitgehende Freiheit auf den Gebieten der Verwaltung und des Handels gewährt worden ohne die erwähnte

Befürchtung.*) Der gegenwärtig leitende Gedanke aller britischen Kolonialpolitik, die überseeischen Besitzungen durchweg zu sich selbst regierenden, nach ihren Bedürfnissen handelnden Staatswesen heranzubilden, die mit dem Mutterland durch Interesse und Liebe, nicht durch Zwang verbunden bleiben, verdankt seine allmähliche Entstehung nicht zum wenigsten den Lehren des amerikanischen Freiheitskrieges!

Als zu Ende der 30er Jahre zuerst in Canada unter den Kolonisten die Forderung nach dem Recht größerer Selbstverwaltung, nach eigener Verfügung über die Einnahmen laut wurde, erregte dies in England lautesten Unwillen. Der König William IV. erklärte, daß er niemals seine Zustimmung zur Bildung des dortigen bisher vom Governor ernannten Council durch Wahlen geben werde. Der Duke of Wellington meinte, ebenso gut könnte man in der Armee oder auf Kriegsschiffen den Leuten Wahlrecht ertheilen.**) Lord Durhams, den Wünschen der Canadier entgegenkommende Vorschläge wurden von den Tories in der Quarterly Review 1839 als „unsinnig und kindisch" behandelt. Jede unwidersprochen bleibende Behauptung seines Berichtes würde die Entschuldigung für eine künftige Empörung abgeben! Nichtsdestoweniger wurde schon 1840 ein wesentlicher Theil der Wünsche der Canadier im Sinne der Vorschläge Lord Durhams erfüllt, und die mit der canadischen Verfassung gemachten Erfahrungen waren derart, daß 1850 der Capkolonie noch weitergehende Freiheiten ertheilt und 1855 in Australien den Kolonien volle Selbstverwaltung und Responsible Government zugestanden wurde. 1867 haben das in der Dominion of Canada vereinigte britische Nordamerika, 1872 die Capkolonie, 1893 Natal ebenfalls volles Responsible Government erhalten. Diese Kolonien wechseln nicht allein ihre Ministerien nach Belieben, ernennen ihre Beamten und regeln frei ihre Gesetzgebung, sondern sie besitzen auch volle Selbstbestimmung in den Fragen der Handelspolitik. Sogar eine Benachtheiligung des Mutterlandes in den Zöllen ist ihnen nicht verboten. Die Furcht, daß eine solche Freiheit der Selbstbestimmung die Kolonien zur Lossagung vom Mutterlande bringen würde, ist als

*) Earl Grey spricht es in seinem Werke: The colonial policy of J. Russells administration, I. S. 7 offen aus.

**) Vergl. S. 176.

irrig erkannt worden. Man erblickt jetzt vielmehr in dieser Freiheit die beste Bürgschaft für die Treue der Kolonien.*)

Mit der veränderten Behandlung kolonialen Besitzes im Laufe des 19. Jahrhunderts fielen natürlich die Vortheile, welche früher damit verknüpft waren, weg. Von Handelsvortheilen auf ihre Kosten, von Steuereinnahmen für des Mutterlandes Kassen, von Versorgung von Günstlingen und dergl. war nun keine Rede mehr. Die Kolonien kamen nur noch als Felder für den britischen Handel, britischen Unternehmungsgeist und die britische Auswanderung sowie in politischer Hinsicht in Betracht. Sie erforderten fast sämmtlich Jahre hindurch bedeutende Aufwendungen aus den Mitteln des Mutterlandes**), ohne ihm unmittelbar einen entsprechenden Nutzen zu bringen.

Dieser Umstand war es in erster Linie, welcher schon in den 20er und 30er Jahren ernste Zweifel am Nutzen von Kolonien überhaupt erweckte.***) 1823 schon behauptete D. Hume†) im Parlament, daß die Kolonien das Mutterland nicht stärkten, sondern schwächten, und empfahl, sie sich selbst zu überlassen. 1830 schrieb Sir Henry Parnell in seinem Buche Financial Reform: „Die Geschichte der Kolonien seit langen Jahren ist die einer Reihe von Verlusten und von Kapitalvergeudung. Wenn man zu den so verlorenen Millionen Privatkapital noch einige Hundert Millionen rechnet, die durch Steuern in England aufgebracht und für die Kolonien ausgegeben worden sind, erscheint der Gesammtverlust Englands, an dem seine Kolonien schuld sind, enorm. . . . Die Entdeckung der wahren Quellen des Reichthums läßt es als Wahnsinn erscheinen, Menschenleben und Millionen für Kolonien zu vergeuden.“ Er verlangte Aufgabe von Ceylon, Capland, Mauritius und Nordamerika. — Ganz ähnlich äußerte sich J. St. Mill in seinem Buch über Representative Government.††) Er behauptete, daß der Vortheil, den England für seinen Handel

*) Vergl. Lord Elgins Anschauungen S. 181.

**) Nach einem Parliam. Paper von 1835 betrug damals die jährliche Ausgabe für koloniale Zwecke etwa 2 350 000 Pfund Sterling.

***) Siehe Earl Greys Werk, I. S. 10.

†) Der Tory Dean Tucker hatte schon vorher stets Aufgabe der Kolonien empfohlen und volle Trennung von Amerika als das größte Glück bezeichnet, das England begegnen könnte.

††) Die gleichen Ansichten vertrat Sir George Cornwall Lewis.

und sein Ansehen aus den Kolonien ziehe, reichlich durch die Kosten und die Schwächung seiner Streitmacht aufgewogen werde. — Diese Stimmung gewann Verbreitung nicht allein infolge der großen Unkenntniß des Publikums von den wahren Zuständen in den überseeischen Besitzungen und ihrer Bedeutung für den englischen Handel und der lange Jahrzehnte von Niemand bedrohten Weltstellung Großbritanniens, sondern auch auf Grund der allgemeinen Ueberzeugung, daß die Kolonien in einem gewissen Stadium ihrer Entwickelung doch abfallen müßten.*) Dazu kam, daß die immer mehr Boden gewinnende Freihandelslehre koloniale Politik überhaupt verwarf und die Mißstimmung, welche die Aufwendungen auf diesem Gebiete erregten, verschärfte.

Das Parlamentsmitglied J. A. Roebuck schrieb 1849: „Es giebt Philosophen und Staatsmänner von nicht geringem Ansehen, welche unsere kolonialen Besitzungen als eine unnöthige Last betrachten. Sie halten sie für einen kostspieligen und gefährlichen Anhang des Reiches, den man nur aus Stolz und in einer falschen Vorstellung von dem daraus zu ziehenden Nutzen erhalte. Sie versichern mit Recht, daß bisher unsere Kolonien nur eine Quelle ewigen Streites mit anderen Völkern und von nutzlosen Ausgaben gewesen seien; daß es besser für uns wäre, keine Kolonien zu besitzen als ihretwegen fortwährend Unannehmlichkeiten und Geldverluste zu erdulden."

Diese Auffassung hat die britische Politik in Südafrika**) während der 40er und 50er Jahre tiefgreifend beeinflußt und ist auch für die Behandlung der westafrikanischen Fragen lange Zeit maßgebend gewesen.

Hervorragende Stimmführer der Whigs, welche später in erster Linie im Zusammenhang mit den freihändlerischen Gedanken Reformen auch auf kolonialem Gebiet betrieben, haben allerdings die Abneigung gegen Kolonialpolitik im Allgemeinen nicht getheilt. Lord Durham, G. Wakefield, Charles Buller, H. Merivale, Earl Grey, Unterstaatssekretär Adderley und Lord John Russell wollten den überseeischen Besitzungen größere politische Freiheit und unbeschränkte Selbstverwaltung geben, um sie dadurch zu rascherer Entwickelung

*) Staatssecretär Huskisson sprach dies z. B. einmal 1828 ohne Umschweife aus. Die gleiche Ansicht vertritt Merivale. Lectures II. S. 291.

**) Siehe Seite 101 ff.

ihrer natürlichen Reichthümer zu veranlassen und zu nöthigen, ihre Ausgaben selbst zu bestreiten, aber sie waren weit davon entfernt, damit alle Kontrolle aus der Hand geben zu wollen.*) 1850 erklärte Lord John Russell es bestimmt als Pflicht Großbritanniens, seinen Besitz an Kolonien aufrecht zu erhalten. „Sie bilden einen Theil der Macht des Reiches und bieten dem Handel Häfen und Sicherheit." Wenn Leute ihre Aufgabe befürworteten, bedächten sie nicht, daß die Kolonien sich wahrscheinlich einfach an andere Staaten anschließen würden. Die Aussicht, daß einzelne Kolonien eines Tages so an Bevölkerung und Wohlstand erstarkten, daß sie sich unabhängig von England erklärten, sei noch fern. Jedenfalls dürfe diese Befürchtung England nicht abhalten, Alles zu thun, um sie in den Stand zu setzen, sich selbst zu regieren und ihren Wohlstand zu heben. Es behalte stets den Trost, „für das Glück der Welt" gearbeitet zu haben. Dem bekannten Parlamentarier John Bright entgegnete er, als dieser über die Ausgaben für koloniale Zwecke herfiel, ziemlich scharf: „Wenn das ehrenwerthe Mitglied des Hauses gegen Verwandlung des großen Reiches in ein kleines nichts zu sagen hat, so habe ich etwas dagegen zu sagen!"

Während des Höhepunktes der Freihandelsbewegung, Ende der 50er und in den 60er Jahren, verließen die Wortführer der liberalen Partei den früheren Standpunkt und verlangten bei Ausbruch des indischen Aufstandes rundweg Bruch mit der den Grundsätzen des freien Handels widersprechenden kolonialen Politik überhaupt. Cobden schrieb 1857 an einen Freund: „Ich bin und war immer der Meinung, daß wir etwas Unmögliches versucht haben, als wir es unternahmen, Hunderte Millionen von Asiaten zu regieren. Gott und seine sichtbaren natürlichen Gesetze haben dem Erfolg eines solchen Planes unüberwindliche Hindernisse entgegengestellt." Um dieselbe Zeit äußerte er zu J. Bright: „Es wird ein glücklicher Tag sein, wenn England keinen Acre Land auf dem asiatischen Festland mehr besitzt." Das Vorgehen der Regierung, welche mit unmenschlicher Strenge die Erhebung der Sepoys niederschlug, mißbilligten Cobden und seine Freunde scharf. Man verderbe dadurch den Charakter des englischen Volkes auch zu Haus und entsittliche es, wie Griechen und Römer durch ihre asiatischen Eroberungen allen Maßstab für Recht und

*) Siehe Earl Greys Buch, I, 11 ff.

Sitte verloren hätten. — Hinsichtlich Canadas meinte Cobden 1865, daß dieser Besitz eine ewige Gefahr für die Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten darstelle und im Falle eines Krieges mit Letzteren doch nicht zu halten sei. Es läge im Interesse Englands wie Canadas, das politische Band sobald als möglich zu lösen und sich auf Handelsbeziehungen zu beschränken! Derselben Ansicht war J. Bright, der 1867 im Parlament erklärte, man solle Canada volle Freiheit lassen, ob es seine Beziehungen zu England fortsetzen oder sich unabhängig erklären wolle. Wenn es einen Anschluß an die Vereinigten Staaten vorziehe, würde er auch das nicht bedauern. — Der radikalste Vertreter dieser Richtung war Professor Goldwin Smith, der 1863 das britische Kolonialreich als einen Traum für die Zukunft und eine Gefahr für die Gegenwart erklärte und den Gedanken der Lostrennung von England in Canada persönlich vertrat und predigte!

Verwirklicht sind derartige Gedanken von den am Ruder stehenden whigistischen Staatsmännern nicht worden. Nicht einmal die westafrikanischen Besitzungen, deren schlechtes Klima ungezählte Menschenleben kostete, und wo ewige Kriege die britischen Kassen in Anspruch nahmen, haben sie aufgegeben. Sie haben sich mit Verbilligung der Verwaltung und Verbot der Ausdehnung des bestehenden Besitzes begnügt und selbst diese Grundsätze nicht streng durchgeführt. Der Ausbau des Systems der Selbstregierung in den fortgeschritteneren Kolonien ist ihnen zwar oft als ein Verrath am britischen Reiche vorgeworfen worden. 1872 hat Disraeli sie beschuldigt, daß sie alle Klugheit, Geschicklichkeit und Energie auf Zerstückelung des Reiches verwendet hätten. Heutzutage steht es indessen als über jeden Zweifel erhaben fest, daß diese ihre Politik das britische Reich nicht geschwächt, sondern gefestigt hat.

Die natürliche Folge der Einführung voller verantwortlicher Regierung in verschiedenen Kolonien war die Rückziehung der britischen Truppen aus ihnen. Es erschien unbillig, daß England die Kosten für die militärische Macht in Gebieten tragen sollte, die ihrerseits nichts für englische Zwecke thaten. Wie ein Parlamentsausschuß 1859 feststellte, gab Großbritannien damals jährlich 3 968 500 £ für Truppen in den Kolonien aus, während diese nur 378 200 £ für diesen Zweck aufbrachten. Und dabei ergab sich als zweifellos, daß im Ernstfalle die Vertheidigungsanstalten in keiner

Kolonie ausgereicht hätten. 1861 wurde daher im Parlament empfohlen, den Selbstverwaltung genießenden Kolonien die Pflicht und Kosten ihrer Vertheidigung zu überlassen, und 1862 faßte das Unterhaus einen dahin gehenden Beschluß. Trotz des Sträubens einzelner Kolonien wurde die Maßregel während der folgenden zehn Jahre durchgeführt. Nur, falls die Kolonien erhebliche Zuschüsse zahlten, wurden ihnen englische Truppen zur Verfügung gestellt. Die Australier haben mit der Zeit sich auch zum Unterhalt der für sie nöthigen Kriegsschiffe entschließen müssen. — Die Befürchtungen, daß diese Maßregeln das Band zwischen Mutterland und Kolonien gefährlich lockern würden, haben sich durchaus nicht erfüllt. Die Kolonien empfinden es sehr angenehm, über ihre eigenen Truppen oder Milizen zu verfügen und keine Streitigkeiten mit den Befehlshabern britischer Truppen zu bestehen zu haben.

Als ein Verdienst werden heutzutage auch die Bemühungen der Whigs hinsichtlich der Ordnung der heimischen Kolonialverwaltung anerkannt. Die Unterstellung der Kolonien unter das Kriegsministerium, die ja während der Revolutionskriege berechtigt war, hat später arge Nachtheile gezeitigt. Die rasch wechselnden Secretaries of War*) hatten weder genügende Kenntnisse noch genügendes Interesse für die kolonialen Angelegenheiten. Lord Derby kennzeichnete einmal die Zustände im Kriegsministerium dadurch, daß er es das „Ministerium im Krieg mit allen Kolonien" nannte. Alle Unregelmäßigkeiten, unnützen oder verfehlten Ausgaben wurden bemäntelt, indem man sie aus dem Fonds für außerordentliche Ausgaben der Armee deckte. Am liebsten sah man es in dieser Behörde, wenn man möglichst wenig von einer Kolonie hörte. „Adieu mein Lieber", verabschiedete Lord Bathurst einst einen abreisenden Governor, „und lassen Sie uns sowenig wie möglich von Sich hören!" Die im Kriegsministerium heimischen Ueberlieferungen und Grundsätze paßten oft sehr wenig für die Verhältnisse in den Kolonien. Civilbeamte und die Grundsätze bürgerlicher Freiheit wurden zu sehr in den Hintergrund gedrängt.

Auf der anderen Seite verlieh die Vereinigung der Kolonien mit dem Kriegsministerium dem jeweiligen Secretary of State for

*) Im Text sind die verschiedenen Secretaries for War and Colonies der Einfachheit halber nur als Secretaries for the Colonies bezeichnet worden.

War eine solche Macht und Einfluß, daß keine Partei gerne eine Aenderung sah. Erst 1854 entschloß man sich zur Trennung der beiden Geschäftskreise und schuf ein eigenes Kolonialministerium. Eine sehr wichtige, oft wohl maßgebende Rolle haben auch nach dieser Trennung die ständigen Unterstaatssekretäre für die Kolonien, die unter den ewig wechselnden Staatssekretären*) die Geschäfte führen, behalten, doch hat die Schöpfung des eigenen Kolonialamts sicherlich große Vortheile für die überseeischen Besitzungen Englands gehabt. Der Minister war doch nicht mehr wie früher derartig mit Geschäften überhäuft, daß er den meisten gar keine Aufmerksamkeit schenken konnte.**)

---

*) Liste der Secretaries of State for War and Colonies: 1801 Lord Hobart. 1804 Lord Camden. 1805 Lord Castlereagh. 1806 W. Windham. 1807 Lord Castlereagh. 1809 Lord Liverpool. 1812 Lord Bathurst. 1827 F. Robinson (Lord Ripon). 1827 W. Huskisson. 1828 Sir G. Murray. 1830 Lord Goderich (Lord Ripon). 1833 E. Stanley (Lord Derby). 1834 Spring Rice. 1834 Lord Aberdeen. 1835 C. Grant (Lord Glenelg). 1839 Lord Normanby. 1840 Lord J. Russell. 1841 Lord Stanley (Lord Derby). 1845 W. E. Gladstone. 1846 Lord Grey. 1852 Sir J. Packington. 1852 Duke of Newcastle.

Secretaries of State for the Colonies: 1854 Sir G. Grey. 1855 S. Herbert. 1855 Lord J. Russell; Sir W. Molesworth; H. Labouchere (Lord Taunton). 1858 Lord Stanley (Lord Derby). 1858 Sir E. B. Lytton. 1859 Duke of Newcastle. 1864 E. Cardwell. 1866 Lord Carnarvon. 1867 Duke of Buckingham. 1868 Lord Granville. 1870 Lord Kimberley. 1874 Lord Carnarvon. 1878 Sir M. Hicks Beach. 1880 Lord Kimberley. 1882 Lord Derby. 1885 Colonel Stanley. 1886 Lord Granville. 1886 E. Stanhope. 1887 Sir H. Holland. 1892 Lord Ripon. 1895 J. Chamberlain.

Under Secretaries of State for the Colonies: 1825 bis 1836 R. W. Hay. 1836 bis 1847 Sir J. Stephen. 1847 bis 1859 Herman Merivale. 1860 bis 1871 Sir F. Rogers (Lord Blachford). 1871 bis 1892 Sir R. Herbert. 1892 bis 1897 Sir R. Meade. 1897 E. Wingfield.

**) Wie wenig die Beamten auch in England immer die Zufriedenheit der Interessenten gewinnen konnten, beweist folgende Schilderung des witzigen Charles Buller aus den 40er Jahren: „In einer nach hinten gelegenen Räumlichkeit findet ihr das ganze Mutterland, das die Herrschaft ausübt und die wirkliche Verbindung mit den großen und weitzerstreuten Kolonien Britanniens unterhält. Wir kennen nicht Namen, Geschichte oder Thätigkeit des Individuums, in dessen beschränkter Persönlichkeit wir das Mutterland verkörpert sehen. Es wohnt bescheiden irgendwo in der Vorstadt von London mit dürftigen Mitteln. Der Kolonist, der zum Amte wandert, ahnt nicht, daß der Mann,

Die große Mehrheit des englischen Volkes hat nie die Abneigung einzelner Politiker gegen koloniale Politik getheilt. Was Roebuck 1849 über ihre Gefühle schrieb, gilt auch für später. Trotz aller theoretischen Darlegungen blieb die Masse der Bevölkerung stets vom Nutzen kolonialen Besitzes überzeugt und mißbilligte jede Maßnahme, die zu seinem Verlust führen konnte. Auch der Sieg der freihändlerischen Lehren führte in der Auffassung des Volkes keine Aenderung herbei. Hier verlangte man trotz Allem Ausdehnung der kolonialen Politik und engere Verbindung mit den Kolonien, nicht Lockerung oder Aufgabe dieses Besitzes. Besonders beliebt war lange Zeit der schon vor der amerikanischen Revolution aufgekommene Gedanke, jeder Kolonie die Sendung eines oder mehrerer Vertreter ins britische Parlament zu gestatten. Hiergegen sprachen

---

den er über eine Brücke gehen oder seinen Einspänner lenken sieht, oder mit dem er auf dem Dache des Omnibus des Morgens zusammentrifft, der wahre Herrscher der Kolonien ist.

Im Colonial-Office giebt es Räume mit veraltetem spärlichen Meublement, Bücherbrettern voll kolonialer Zeitungen, grüngedeckten Tischen und einigen alten verblichenen Stühlen, wo die, welche Jemand sprechen wollen, zu warten verdammt sind. Hier findet man seltsame, ängstlich blickende Leute, die in fieberhafter Ungeduld auf und ablaufen oder niedergeschlagen am Tisch sitzen, unfähig, in ihrer Aufregung sich mit etwas die Zeit zu vertreiben, und jedesmal aufspringen, wenn die Thür geht, in der Hoffnung, daß ihre Zeit gekommen. Das sind Leute mit kolonialen Beschwerden. Selbst die Kanzleidiener kennen sie, ihre Anliegen und deren Aussichtslosigkeit und sehen sie mitleidig an, wenn sie auffordern, ihr langes gewöhnliches Warten zu beginnen. ... Einer ist ein abberufener Governor, kochend vor verletztem Stolz und wüthend über vereitelte Pläne; der Andere ein Richter, der abberufen ist, da er mit seiner Kolonie in Streit gerathen; wieder Einer ein Kaufmann, dessen Eigenthum durch irgendein Versehen oder Kniff zerstört worden; wieder ein Anderer bringt Beschwerden eines Kolonialparlaments; dann kommt eine Wittwe, die um eine Pension kämpft, von der ihre Existenz abhängt; endlich vielleicht ein Mann, der ein Projekt vorgelegt hat. Jeder von ihnen hat Stunden in dumpfem, ängstlichem Warten zugebracht. ... Nach kurzer Konferenz sieht man ihn gewöhnlich mit sehr enttäuschtem Gesicht wiederkommen, das Amt verlassen und seinen einsamen Heimweg einschlagen, um zu verzweifeln oder vielleicht in seine Kolonie zurückzukehren und dort eine Empörung anzuzetteln. Diese Zimmer des Leids heißen die Seufzerkammern!"

Gibbon Wakefield, der besonders um Australien verdiente Schriftsteller und Kolonialunternehmer charakterisirte die englische Kolonialverwaltung der 30er und 40er Jahre folgendermaßen: „Unser koloniales Verwaltungssystem ist das bureaukratische, das dadurch verdorben ist, daß es auf freie Institu-

aber folgende Erwägungen. Ließ man neben dem allbritischen Parlament dann die Parlamente in den einzelnen Kolonien weiter wirken, so änderte dies wenig am Bestehenden. Schaffte man Letztere dagegen ab und unterwarf alle Kolonien dem allbritischen Parlament, so wurde dies vor Aufgaben gestellt, denen es nicht gewachsen war, die Verwaltung der Kolonien wäre ganz in die Hände der Bureaukratie gekommen, und außerdem konnte eine solche Maßnahme nur zur Empörung und Abfall der entwickelteren Besitzungen führen!*)

H. Merivale**) wie Adderley und Wakefield widersprachen lebhaft einem solchen Plan. Wakefield empfahl, statt dessen auf die ältere Einrichtung zurückzugreifen, wonach jede Kolonie einen eigenen Agenten in London unterhielt, der ihre Interessen dort vertrat. Im Uebrigen wollte er den Einfluß des Mutterlandes auf Leitung der

---

tionen gepfropft wurde. Es ist wie ein Baum ohne Wurzeln, dessen Stamm und Zweige sich nach jeder Richtung drehen lassen. Es schlägt eine Richtung ein, ändert sie aber sofort, wenn ein Interesse, eine Clique oder Verein sich ernstlich dagegen äußern. Einmal beeinflussen es die Vertreter Westindiens, im nächsten Augenblick die Antisklaverei-Gesellschaft! ... Da das Kolonial-Office seiner Schwäche sich bewußt ist, die daher kommt, daß eine öffentliche Meinung fehlt, die es bei guten Maßnahmen unterstützt und an schlechten hindert, da es seine Unbeliebtheit als bureaukratische Einrichtung in einem freien Staate kennt und weiß, wie leicht die freie Presse und die freien Institutionen dieses Landes benutzt werden können, um einen unangenehmen Druck zu üben, leistet es nur geringen Widerstand, wenn Jemand ihm nachdrücklich zu Leibe geht." Ueber die Kolonialbeamten sagt er: „In einem Punkte sind die Beamten einer bureaukratischen Kolonie stets einig, in einer Hinsicht halten sie stets zäh zusammen. Das ist der Gedanke, daß Kolonisten oder Ansiedler, Leute, die nach einer Kolonie kommen, um durch eigene Arbeit ihre Lage zu verbessern, eine untergeordnete Menschenklasse sind. Vereint vereiteln sie jeden Versuch der Ansiedler, Beamte zu werden oder einen Antheil an der Regierung der Kolonie zu erhalten." ... „Interessen besonderer Art, nicht Fähigkeiten geben in Downing-Street (Kolonial-Office) den Maßstab für Ernennung von Beamten in den Kolonien ab. Und die erwählten sind nur »gut genug für die Kolonien«, d. h. es sind Leute, die unfähig sind, in der Heimath ein Amt zu bekleiden oder sonst ihr Brot zu verdienen." Er beschuldigt zahlreiche Beamten, ihre Pflichten schwer verletzt zu haben. Wenn man nicht die ärgsten in der Stille veranlaßte, ihren Abschied zu nehmen, würden Amtsentsetzungen sehr häufig stattfinden müssen!

*) Adderley schrieb 1869: Die Kolonien würden sich nicht durch englische Abstimmung, wir nicht durch eine koloniale Steuern auflegen lassen!

**) Professor in Oxford, bevor er infolge seines Buchs über Kolonialpolitik ständiger Unterstaatssekretär wurde.

politischen, militärischen, Post-Angelegenheiten und die Verfügung über das Kronland beschränkt sehen.

Zu Anfang der 40er Jahre regte Colonel Torrens, zweifellos veranlaßt durch die Erfolge des deutschen Zollvereins, Herstellung eines vollen Zollverbandes zwischen England und seinen Kolonien an. Durch Kampfzölle sollten die fremden Staaten gezwungen werden, dem britischen Zollbund volle Gegenseitigkeit in den Tarifen zu gewähren. Sein Vorschlag fand entschiedenen Widerstand in den sachverständigen Kreisen. Merivale wies z. B. nach, daß die Kampfzölle in erster Linie Englands Handel und Industrie Schaden bereiten und andere Produktionsgebiete auf Kosten derer, gegen welche der Kampf geführt werde, begünstigen würden. Er meinte, es würde freilich nicht schwer fallen, einen kolonialen Zollverein auf breitester Basis zu schaffen. Es würden sogar unabhängige Staaten ihm beizutreten geneigt sein. Aber den Nutzen würden nur die Kolonien, den Schaden die britische Industrie und die britischen Konsumenten haben, wenn die Erzeugnisse einzelner Mitglieder des Vereins Zollschutz erforderten!

Der volle Sieg der Freihandelspolitik in England ließ alle Pläne wegen Stärkung der Verbindung mit den Kolonien auf politischem oder wirthschaftlichem Gebiete in den Hintergrund treten. Den Kolonien wurde volle Freiheit ertheilt, ihr Zollwesen ganz nach ihren Bedürfnissen zu regeln. Westindien und Canada durften mit den Vereinigten Staaten eigene Verträge schließen und des Mutterlandes Erzeugnisse schlechter als die amerikanischen stellen.*) Die australischen Staaten wurden nicht daran gehindert, sich untereinander mit Kampfzöllen zu schädigen und Maßnahmen zu treffen, um ihre Erzeugnisse vor den englischen im Zoll zu bevorzugen. Die Verbindung zwischen den mit verantwortlicher Regierung ausgestatteten Kolonien und dem Mutterlande wird heutzutage nur noch durch die von Letzterem entsandten Governors**) und die von den Kolonien in London unterhaltenen Agenten hergestellt. Nur in politischer und militärischer Hinsicht hat Großbritannien sich die Leitung vorbehalten. — Das Gefühl der Zusammengehörigkeit pflegen, abgesehen von der Litteratur, Kirche und Wissenschaft, im Wesentlichen ver-

---

*) Siehe S. 155 und 197.

**) Ueber die ihnen zugedachten Aufgaben siehe S. 177 und 371.

schiedene Vereine. Unter ihnen steht an der Spitze das 1868 entstandene Royal Colonial Institute, das der kräftige Nachfolger einer 1837 entstandenen Colonial Society, die sich 1855 in eine Association for the Australian Colonies verwandelte, geworden ist. Daneben wirken seit 1884 die Imperial Federation League und seit 1891 die United Empire Trade League.

Unter dem großen Eindruck, welchen in England der Eintritt Deutschlands in die Zahl der Kolonialmächte gemacht hat, ferner unter dem Einfluß der zunehmenden Schutzzollpolitik verschiedener Länder, besonders der Vereinigten Staaten, ist seit Anfang der 80er Jahre in England der Gedanke nach Herstellung einer engeren Verbindung mit den Kolonien wieder lebendig geworden. Die Letzteren sollen nicht allein dazu herangezogen werden, die militärische Macht des Mutterlandes zu stärken, sondern man möchte sie auch dazu benutzen, Englands gesammte gewerbliche Produktion aufzunehmen und es dafür mit den nöthigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu versorgen. Das britische Reich würde dadurch unabhängig von der Zollpolitik anderer Staaten und erhielte zugleich natürlich eine weit größere Bewegungsfreiheit als jetzt, wo es stets mit den Maßnahmen seiner Hauptabnehmer und -Lieferanten zu rechnen hat.

Die Londoner Handelskammer forderte schon April 1885 die Regierung auf, der Frage eines Zollbundes näher zu treten und die Kolonien zur Prüfung der Frage und Aeußerung zu veranlassen. Anfang 1886 setzte sie einen Preis aus für den besten Plan einer allen Bedürfnissen entsprechenden Imperial Federation. Im Sommer desselben Jahres wurde von der genannten Körperschaft ein Kongreß der Handelskammern des ganzen Reiches anläßlich der damaligen Londoner Kolonialausstellung ins Werk gesetzt und dabei die Angelegenheit weiter erörtert. — Die Agitation hatte den Erfolg, daß die Thronrede von der Bewegung Notiz nahm und die Kolonialverwaltung in der That einen Meinungsaustausch mit den Kolonien einleitete. Das gab den Anlaß zu einer Konferenz, die am 4. April 1887 in London zusammentrat und von den selbständigen Kolonien wie von den wichtigsten Kronkolonien beschickt wurde. Die Erörterung einer Imperial Federation war allerdings von vornherein ausgeschlossen worden. Lord Salisbury meinte, „daß dies ein Gegenstand mehr für die Zukunft als für die Gegenwart sei“. Vor der Hand sei der Gedanke etwas Nebelhaftes, das sich im Laufe der

Jahre abkühlen und in eine Form verdichten werde, in der es wahrscheinlich viele praktische und geschäftliche Folgen haben könne. Nur die Vertheidigung des Reiches und seines Handels im Kriegsfalle, die Förderung der wirthschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien durch Entwickelung des Verkehrswesens wurden berathen. Dabei regten die Vertreter von Queensland und Kapland Einführung nicht eines vollen Zollvereins, für den sie die Zeit noch nicht gekommen erachteten, sondern eines Zollverbandes in der Art an, daß in allen Kolonien britische Waaren Zollvortheile vor denen fremder Länder genießen sollten. Der Vorschlag fand bei den Wortführern aller Kolonien außer New South Wales und Tasmania Anklang. Er entsprach dem Gutachten der Minderheit einer parlamentarischen Kommission, welche damals die Lage der britischen Volkswirthschaft erforscht und Vorzugszölle für die Erzeugnisse der Kolonien in England und umgekehrt empfohlen hatte.

Die englische Handelswelt erhob indessen lauten Einspruch gegen derartige Pläne, welche ihr die Grundlage der Ueberlegenheit Großbritanniens auf dem Weltmarkt zu erschüttern geeignet erschienen. Ihr Einfluß bewirkte, daß die Imperial Federation League den Gedanken des allgemeinen Zuschlagszolles fallen ließ und 1889 sogar ausdrücklich als unpraktisch erklärte. Auch in den Kolonien hegte die Masse der Bevölkerung für solche Maßnahmen wenig Sympathie. In Australien hatte man zunächst nur für engere handelspolitische Vereinigung der dortigen Kolonien Sinn. Nur in Canada, wo man gern Waffen gegen die Handelspolitik der Vereinigten Staaten gewinnen wollte, fand der Gedanke der Zuschlagszölle Beifall.

Es war nicht zum wenigsten der Einfluß canadischer Staatsmänner, welcher die Angelegenheit auf der Tagesordnung erhielt. 1891 wurde aufs Neue die Einberufung einer Kolonialkonferenz zur Berathung der Förderung des britischen Handels angeregt. Obwohl das Parlament einen darauf bezüglichen Antrag ablehnte, hatten die Wortführer der Bewegung doch die Genugthuung, daß der Premierminister Lord Salisbury sich grundsätzlich mit der Idee von Kampfzöllen gegen das Ausland und Begünstigung der britischen Erzeugnisse einverstanden erklärte.

Der Sturz des Ministeriums Salisbury machte bald darauf den Aussichten der Federationbewegung in England für längere

Zeit ein Ende. Die von Seiten der Londoner Handelskammer und Canadas unterhaltene Agitation wurde jedoch eifrig fortgesetzt. 1892 wurde im britischen Parlament bereits, wenn auch vergeblich, Kündigung aller Meistbegünstigungsklauseln in den bestehenden Handelsverträgen beantragt. Ein zweiter Kongreß der britischen Handelskammern wurde im selben Jahre in Scene gesetzt. 1894 fand auf Veranlassung Canadas in Ottawa eine Zusammenkunft von Vertretern aller Selbstregierung genießenden Kolonien statt, bei der allgemein die Herstellung eines engeren Verbandes der britischen Besitzungen und Begünstigung der britischen Waaren vor fremden als erforderlich bezeichnet wurde. — Die Anregung blieb erfolglos, doch die Canadier ließen nicht nach in ihrem Streben, der Handelspolitik der Vereinigten Staaten durch Zollmaßnahmen erfolgreicher als bis dahin entgegenzutreten. Sie beschlossen 1897, allen Staaten, die canadischen Erzeugnissen Zollfreiheit gewährten, besondere Zollbegünstigungen zu Theil werden zu lassen.*) Ein solcher Beschluß widersprach den von Großbritannien für sich und seine Kolonien Deutschland und Belgien gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Noch 1892 hatte es die Kündigung der betreffenden Verträge abgelehnt. Jetzt entschloß es sich dazu, nachdem auf einer 1897 zu London abgehaltenen Konferenz der Minister aller sich selbst regierenden Kolonien die Maßnahme dringend empfohlen worden war. — Der gegenwärtige Kolonial-Staatssekretär, Chamberlain, hat auf der erwähnten Konferenz auch die Frage einer engeren politischen und wirthschaftlichen Verbindung des Mutterlandes mit den Kolonien erörtert. Hierbei zeigte sich indessen, daß die Mehrheit der kolonialen Staatsmänner einer Aenderung des bestehenden Verhältnisses in politischer Hinsicht und einer Aufgabe auch nur eines Theiles der Bewegungsfreiheit nicht sehr geneigt ist. Sie wollten nur von engeren Verbänden der geographisch und wirthschaftlich zusammengehörigen Gebiete hören. Größere Opfer auf militärischem Gebiete wollten sie ebensowenig bringen, und auch in der Frage eines Zollvereins gingen sie über allgemeine zustimmende Worte nicht hinaus. — Der ganze Plan ist augenblicklich anscheinend wieder etwas in den Hintergrund getreten. Seiner Verwirklichung stehen doch noch sehr bedeutende Hindernisse entgegen, und sein Nutzen ist nichts weniger als zweifellos, wie schon ein Blick auf die Handelsstatistik beweist.

*) Siehe S. 198.

Der Handel Großbritanniens zeigt folgende Zahlen:

	Gesammt-Einfuhr	Gesammt-Ausfuhr	Einfuhr aus den Kolonien	Ausfuhr nach den Kolonien
	Pfund Sterling		Pfund Sterling	
1890	420 692 000	263 522 000	96 161 000	87 370 000
1891	435 441 000	247 235 000	99 464 000	85 956 000
1892	423 794 000	227 077 000	97 766 000	74 630 000
1893	404 688 000	218 095 000	91 769 000	72 015 000
1894	408 344 000	216 005 000	93 912 000	72 640 000
1895	416 689 000	225 890 000	95 530 000	70 002 000
1896	441 809 000	240 146 000	93 208 000	84 137 000

Der Handelsverkehr Großbritanniens mit den Kolonien stellt danach doch nur einen bescheidenen Bruchtheil seines gesammten Umsatzes dar. Neben ihm fallen die Beziehungen Großbritanniens mit anderen Staaten viel erheblicher, als die Vertreter der Federationpläne möchten, ins Gewicht:

Britischer Handel mit den	1895 Einfuhr	1895 Ausfuhr	1896 Einfuhr	1896 Ausfuhr
	Pfund Sterling		Pfund Sterling	
Verein. Staat.	86 548 000	27 948 000	106 347 000	20 424 000
Frankreich .	47 470 000	13 870 000	50 104 000	14 151 000
Deutschland .	26 992 000	20 586 000	27 585 000	22 244 000
Holland . .	28 419 000	7 375 000	29 261 000	8 333 000

Die britischen Kolonien zerfallen gegenwärtig, abgesehen von Indien, in drei Klassen:

1. Kronkolonien, in denen die britische Regierung Kontrole der Gesetzgebung und Verwaltung übt. Hierzu gehören Gibraltar und St. Helena, wo der Governor selbständig Gesetze erläßt. Ferner Ceylon, Mauritius, Hongkong, Labuan, Trinidad, Sta. Lucia, Fiji, wo dem Governor ein von der Krone kurzer Hand ernanntes Council zur Seite steht. Endlich Jamaica, Straits Settlements, Sierra Leone, Gambia, Gold Coast, Lagos, Grenada, Falkland Islands, Honduras, St. Vincent, Tobago. Hier ist das Council durch Reichs- oder Kolonialgesetz errichtet.*)

*) Ueber die Befugnisse der Councils vergl. S. 58. Ueber die Befugnisse der Governors ꝛc. siehe die in der Colonial Office List alljährlich abgedruckten Rules and Regulations.

2. Kolonien mit Parlament, aber ohne Responsible Government. Die britische Regierung besitzt die Kontrole der Beamten, übt aber nur ein Veto in Fragen der Gesetzgebung. Zu dieser Klasse gehören: Bahama, Barbados, Bermuda, British Guiana, Leeward Islands, Malta, Natal, Western Australia.

3. Kolonien mit Parlament und Responsible Government. Die britische Regierung besitzt das Veto in Fragen der Gesetzgebung, es steht ihr aber nur eine Kontrole über die Beamten außer dem Governor zu. Hierzu zählen: Canada, Cape of Good Hope, Newfoundland, New South Wales, Victoria, Queensland, Tasmania, South Australia, New Zealand.

Die oberste Leitung der Kolonien liegt im Londoner Colonial Office, an dessen Spitze der Secretary of State for the Colonies steht. Ihm beigegeben ist ein Parliamentary Under Secretary of State. Die eigentliche fortlaufende Verwaltung liegt in den Händen der ständigen Beamten. Sie setzen sich zusammen aus 1 Permanent Under Secretary, 3 Assistant Under Secretaries, 1 Chief Clerk, 6 Principal Clerks, welche an der Spitze der Departements stehen, 6 First Claß Clerks und 13 Second Claß Clerks. Von Letzteren sind je zwei, von Ersteren je einer in jedem Departement thätig. Daneben sind zahlreiche Bibliotheks-, Rechnungs-, Registraturbeamte &c. thätig.

Die Verwaltung Indiens liegt in der Hand des India Office, dessen Entstehung und Zusammensetzung auf S. 260 geschildert ist.





Verzeichniß der wichtigsten Quellen und Bearbeitungen.

Allgemeines.

Edgar Sanderson: The british empire in the XIX century. London, Glasgow, Edinburgh and Dublin. 1897/98.

Justin Mc. Carthy: A history of our own times. London 1881.

R. M. Martin: The british colonies, their History, extend etc. London and New York o. J.

C. P. Lucas: A historical geography of british colonies. Oxford 1888 ff.

Greswell: Growth and administration of british colonies. London 1898.

H. E. Egerton: A short history of british colonial policy. London 1897.

Cotton and Payne: Colonies and dependencies. (The english Citizen). London 1883.

Statistical Abstract for the several colonial and other possessions of the United Kingdom. Erscheint alljährlich seit 1862.

Colonial Office list. London. Erscheint alljährlich.

India Office list. London. Erscheint alljährlich.

Sir George Cornwall Lewis: Government of dependencies. 1841.

H. Merivale: Lectures on colonization and colonies delivered before the University of Oxford in 1839, 1840 and 1841. London 1841/42.

Torrens: The budget. On commercial and colonial policy. 1842.

J. A. Roebuck: The colonies of England. A plan for the government of some portion of our colonial possessions. London 1849.

E. G. Wakefield: A view of the art of colonization with reference to the british empire, in letters between a statesman and a colonist. London 1849.

Earl Grey: The colonial policy of Lord John Russell's administration. London 1853.

Sir C. B. Adderley: Review of the colonial policy of Lord J. Russell's administration. London 1869.

Sir Charles Dilke: Problems of Greater Britain. London 1890.

Sydney Smith Bell: Colonial administration of Great Britain. London 1859.

Alpheus Todd: Parliamentary government in the british colonies. London 1880.

A. Mills: On colonial constitutions. London 1891.

A. Zimmermann: Die gesetzliche Regelung des Grunderwerbs in den englischen, französischen und holländischen Kolonien. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. III. Folge. 1894/95.)

Cunningham: The growth of english industry and commerce in modern times. Cambridge 1892.

C. J. Fuchs: Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien. Leipzig 1893.

Afrika.

Sir E. Hertslet: Map of Africa by Treaty. London 1894.

F. van Ortroy: Conventions internationales concernant l'Afrique. Bruxelles 1898.

E. Banning: Le partage politique de l'Afrique. Bruxelles 1888.

J. Scott Keltie: The partition of Africa. II. ed. London 1895.

Carl Graf Kinsky: Vademecum für diplomatische Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent. Wien 1897.

Arrangements, actes et conventions concernant le nord, l'ouest et le centre de l'Afrique. 1881—98. Ed. du ministere des affaires étrangeres. Paris 1898.

E. Rouard de Card: Les traités de protectorat conclus par la France en Afrique 1870—95. Paris 1897.

M. V. Deville: Le partage de l'Afrique. Paris 1898.

A. S. White: The development of Africa. London 1890.

Edgar Sanderson: Africa in the XIX. century. London 1898.

Proceedings of the Association for promoting the discovery of the interior parts of Africa. London 1791.

Eigth report of the directors of the African Institution read at the annual general meeting on the 23. of March 1814. London 1814.

Thomas Clarkson: History of the rise, progress . . . of the abolition of the African slave trade by the British parliament. London 1808.

De la traite et de l'esclavage des noirs et des blancs. Paris 1815.

James Macqueen: The colonial controversy. Glasgow 1825.

James Bandinel: Some account of the trade in Slaves from Africa. London 1842.

R. Mohl: Die Aufhebung der Sklaverei in den englischen und französischen Kolonien. (Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. 1844.)

William B. Lawrence: Visitation and search. Boston 1858.

E. Gareis: Das heutige Völkerrecht und der Menschenhandel. Berlin 1879.

L'esclavage en Afrique par un ancien diplomate. Paris Letouzey et Ané. 1890.

W. E. Burghardt du Bois: The suppression of the African Slave-trade to the United States. New York 1896.

J. K. Ingram: A History of slavery and serfdom. London 1895.

An Abstract of the evidence delivered before a select committee of the house of Commons 1790/91 on the part of the petitioners for the abolition of the Slave-trade. London 1792.

Klüber: Akten des Wiener Kongresses. Erlangen 1815—18.

Reports from the Committees 1847/48. Slave-trade. vol. XXII. Sess. 47/48.

Correspondence respecting Sir Bartle Frere's mission to the East Coast of Africa. 1872/73. London (parl. paper).

Communication from Dr. Kirk resp. the suppression of the land slave trade traffic in . . . Zanzibar. London 1876. (Parl. pap. Slave-trade 3.)

William Lloyd Garrison: The story of his life told by his children. London 1885.

J. C. Colquhoun: William Wilberforce. His friends and his times. London 1866.

Dr. H. Krummacher: William Wilberforce. Barmen 1891.

Report from the select Committee on te West Coast of Africa. Ordered by the house of Commons to be printed 5. August 1842.

West Coast of Africa. Copies or extracts of any acts of Parliament etc. defining the existing Civil and judicial constitutions of the british Settlements on the West Coast of Africa. Ord. to be printed 11. July 1855.

West Coast of Africa. Copy of the report of Colonel Ord, the commissioner appointed to inquire into the condition of the british Settlements. Ord. to be printed 29. March 1865.

Report from the Select Committee on Africa (Western Coast). Ord. to be printed 26. June 1865.

West Coast of Africa. Correspondence relative to the cession . . . of the dutch settlements on the West Coast of Africa. London 1872.

West Coast of Africa. Return of the revenue and expenditure of each of the british Settlements. Colonial Office 7. May 1872.

C. P. Lucas: The historical geography of the british colonies. III. West Africa. Oxford 1894.

A. F. Mockler-Ferryman: Imperial Africa. I vol. British West Africa. London 1898.

William Fox: A brief history of the Wesleyan missions on the Western Coast of Africa. London 1851.

Remarks on the colonization of the Western Coast of Africa by the free negroes of the United States. New York 1850.

African Memoranda relative to an attempt to establish a british settlement on the island of Bulama on the Western Coast of Africa in the year 1792. By captain Philip Beaver. London 1805.

B. Cruickshank: 18 years on the Gold Coast of Africa. London 1853.
A. B. Ellis: A history of the Gold Coast of West Africa. London 1893.
George Macdonald: The Gold Coast past and present. London 1898.
W. Reade: The story of the Ashantee Campaign. London 1874.
A. B. Ellis: The Tshi-speaking peoples of the Gold Coast of West Africa. London 1887.
— The Ewe-speaking peoples of the Slave Coast of West Africa. London 1890.
E. G. Ingram: Sierra Leone after a hundred years. London 1894.
Georg Mc Call Theal: History of South Africa. London 1888 ff.
J. Noble: Illustrated official handbook of the Cape and South Africa. London 1896.
W. C. Holden: History of the colony of Natal. London 1855.
Preliminary prospectus of the South African Company. London 1840.
Wills and Collingridge: The downfall of Lobengula. London 1894.
Archibald R. Colqhoun: Matabeleland. London (o. J.)
Sir H. H. Johnston: British Central Africa. London 1897.
P. L. Mc. Dermott: British East Africa or Ibea. London 1893.
Handbook of british East Africa. Prepared in the Intelligence division. War Office. London 1893.
Sir Gerald Portal and Rennell Rodd: The british Mission to Uganda in 1893. London 1894.
Sir R. Temple: The Victoria Nyanza railway. Fortnightly Review. 1892.
Report on Mombasa Victoria lake railway survey. London 1893.
Lugard: The rise of our East African empire. London 1893.
F. Adams: The new Egypt. London 1893.
J. C. Mc. Coan: Egypt as it is. London, Paris, New York. o. J.
A. Frhr. v. Fircks: Aegypten 1894. Berlin 1895.
H. Pensa: L'Egypte et le Soudan égyptien. Paris 1895.

Westindien.

H. de Poyen: Les guerres des Antilles de 1793 à 1815. Paris, Nancy 1896.
Bryan Edwards: The history of the british West Indies. V. ed. London 1819.
Froude: The English in the West Indies London 1888.
O. T. Bulkeley: The lesser Antilles. London 1889.
J. Rodway: The West Indies and the spanish main. London 1896.
C. W. Eves: The West Indies. London 1897.
Report of the West India Royal Commission. London 1897.
J. Stephen: The Slavery of the british West India Colonies. London 1824.

James Macqueen: The colonial controversy containing a refutation of the calumnies of the anticolonists . . . Glasgow 1825.

The Jamaica movement for promoting the enforcement of the anti-slave treaties. London 1850.

G. W. Bridges: The annals of Jamaica. 2 vol. London 1828.

Musson and Roxburgh: The handbook of Jamaica. London, Jamaica.

V. L. Oliver: History of Antigua. London 1894.

Bermuda, a colony, a fortress and a prison. By a field officer. London 1857.

D. Morris: The colony of british Honduras. London 1883.

A. R. Gibbs: History of british Honduras. London 1883.

H. Dalton: History of British Guiana. London 1855.

Henry Kirke: 25 years in british Guiana. London 1898.

L. Crookall: British Guiana. London 1898.

Borde: Histoire de l'île de Trinidad 1498—1797. Paris 1876.

Britisch-Nordamerika.

W. Kingsford: History of Canada. Toronto. London 1887—98.

J. G. Bourinot: Canada. London 1896.

Greswell: History of the dominion of Canada. Oxford 1890.

G. R. Parkin: The great Dominion. London 1895.

E. v. Hesse-Wartegg: Canada und Neu Fundland. Freiburg i. B. 1888.

L. Dussieux: Le Canada. Paris 1883.

Eugène Guénin: La Nouvelle France. Tome II. Paris 1898.

Canada Handbook. London 1894.

J. E. C. Munro: The Constitution of Canada. Cambridge 1889.

J. G. Bourinot: Manual of the Constitutional history of Canada. Montreal 1888.

G. M. Adam: The Canadian North West. Toronto 1885.

G. Bryce: Manitoba. London 1882.

Dawson: Canada and New Foundland. (Stanfords Compendium I.) London 1897.

D. W. Prowse: History of Newfoundland. London 1895.

Hatton and Harvey: New Foundland. London 1883.

W. Fraser Rae: Columbia and Canada. London 1878.

A. Begg: History of British Columbia. London 1894.

Archer Martin: The Hudsons Bay Company's Land Tenures. London 1898.

Report on the affairs of British North America from the Earl of Durham. 1839.

Britisch-Asien.

I. II. III reports of the select committee appointed by the court of directors of the East India company to take into consideration the export trade from Great Britain to the East Indies 1793.

Papers respecting the negociation with His Majesty's ministers for a renewal of the East India company's exclusive privileges. London 1813.

Report from the select committee on the affairs of the East India company. August 1832.

Mill: The history of british India. IV ed. by Wilson. London 1848.

H. H. Wilson: History of British India from 1805—1835. London 1848.

Horace St. John: History of british Conquests in India. London 1852.

Trotter: History of the british empire in India 1844—62. London 1866.

Malleson: An historical Sketch of the native States of India. London 1875.

de Valbezen: Les Anglais et l'Inde. Paris 1857.

J. Briggs: India and Europe compared. London 1857.

W. Cooke Taylor and Mackenna: Ancient and modern India. London 1857.

A. Mills: India in 1858. London 1858.

M. Martin: Progress and present state of British India. London 1862.

de Valbezen: Les Anglais et l'Inde. Paris 1875.

J. Talboys Wheeler: India under british rule. London 1886.

W. W. Hunter: The Indian Empire. London 1886.

Carstairs: British work in India. London and Edinburgh 1891.

R. C. Dutt: England and India. London 1897.

Sir Courtenay Ilbert: The government of India. London 1898.

Peter Auber: Analysis of the constitution of the East India Company. London 1826.

J. W. Kaye: The administration of the East India Company. London 1853.

Fernand Delon: Etude sur les différentes chartes de la compagnie anglaise des Indes. Paris 1897.

Dacoitee in excelsis, or the spoliation of Oude by the East India Company. London.

Storrow: History of protestant missions in India. London 1884.

M'Gregor: The history of the Sikhs. London 1846.

Thackwell: Second Sikh war 1848/49. London 1851.

J. Harlan: A memoir of India and Avghanistaun. Philadelphia 1842.

Henry Mead: The Sepoy revolt. London 1857.

de Montalembert: Un débat sur l'Inde. Bruxelles 1858.

The History of the Indian Revolt. London 1859.

J. W. Kaye: A history of the Sepoy war in India 1857/58. V. ed. London 1870.

G. B. Malleson: History of the Indian Mutiny 1857/58. London 1878.

T. Rice Holmes: A history of the Indian Mutiny. London 1898.

Sir Arthur Cotton: The famine in India. London 1866.

W. W. Hunter: Famine aspects of Bengal districts. London 1874.

Sir H. Bartle Frere: On the impending Bengal famine. London 1874.

W. Digby: The famine campaign in Southern India 1876–78. London 1878.

Report of the Famine Commission 1880.

A. Zimmermann: Die letzte Hungersnoth in Indien. Zeitschrift für Socialwissenschaft. 1898.

Rouse: Dissertation concerning the Landed Property of Bengal. London 1791.

W. W. Hunter: Annals of rural Bengal. London 1872.

B. H. Baden-Powell: The land-systems of british India. Oxford 1892.

R. B. Buckley: Irrigation Works in India and Egypt. London 1893.

E. Davidson: The railways of India. London 1868.

J. Ferguson: Review of the planting and agricultural Industries. Colombo 1888.

E. L. Arnold: On the Indian hills or coffee-planting in Southern India. London 1893.

S. Baildon: The tea Industry in India. London 1882.

A. G. F. E. James: Indian Industries. London 1880.

Cl. J. Daniell: The industrial competition of Asia. London 1890.

Report of the Leprosy commission in India. National Leprosy fund. Calcutta 1893.

N. Chevers: A commentary on the diseases of India. London 1886.

E. J. Eitel: Europe in China. London-Hongkong 1895.

Mc Larty: Affairs of the colony. Being a history conc. the Strait Settlements. Penang 1893.

Papers relating to the affairs of Sulu and Borneo. London 1882.

Australasien.

R. H. Major: Early voyages to terra Australis. London 1859. Hakluyt society.

George Collingridge: The discovery of Australia. Sydney 1895.

Kritik dazu von Ruge. Verhandlungen der Berliner Gesellschaft für Erdkunde. 1896.

G. W. Rusden: History of Australia. London 1883.

Edward Jenks: The History of the Australasian colonies. Cambridge 1895.

Sir Henry Parker: 50 years in the making of Australian history. London 1892.

F. Hutchinson: New South Wales. Sydney 1896.

W. Epps: Land systems of Australia. London 1894.

J. D. Lang: The coming event! or freedom and independence for the 7 united provinces of Australia. London 1870.

The Australian Handbook. (Erscheint jährlich.) London, Melbourne, Sydney, Brisbane, Perth and Cape Town.

E. Jenks: The government of Victoria. London 1891.

W. Westgarth: The colony of Victoria. London 1864.
G. W. Rusden: History of New Zealand. London 1883.
A. S. Thomson: The story of New Zealand. London 1859.
Edwin Hodder: The history of South Australia. London 1893.
J. D. Woods: The province of South Australia. Adelaide 1894.
H. S. Russell: The Genesis of Queensland. Sydney 1888.
J. Fenton: History of Tasmania. Hobart 1884.
C. P. Tiele: Western Australia. London 1894.
F. Hart: Western Australia in 1893. London 1894.
British New Guinea. Annual reports.
H. H. Romilly: The Western Pacific and New Guinea. London 1887.
H. S. Cooper: The Islands of the Pacific. London 1888.
W. Coote: Western Pacific Islands. London 1883.

Ueber jede Kolonie erscheinen jährlich ein oder mehrere Blaubücher. Von diesen sehr werthvollen, im Texte viel benutzten Veröffentlichungen sind hier nur die allerwichtigsten einzeln aufgeführt.



Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn,
Berlin SW 12, Kochstraße 68—71.







Author Zimmermann, Alfred 47928 HBE.
Z73k
Title Die Kolonialpolitik Grossbritanniens. Vol.2

DATE. NAME OF BORROWER.

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

Do not
remove
the card
from this
Pocket.

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File."
Made by LIBRARY BUREAU

